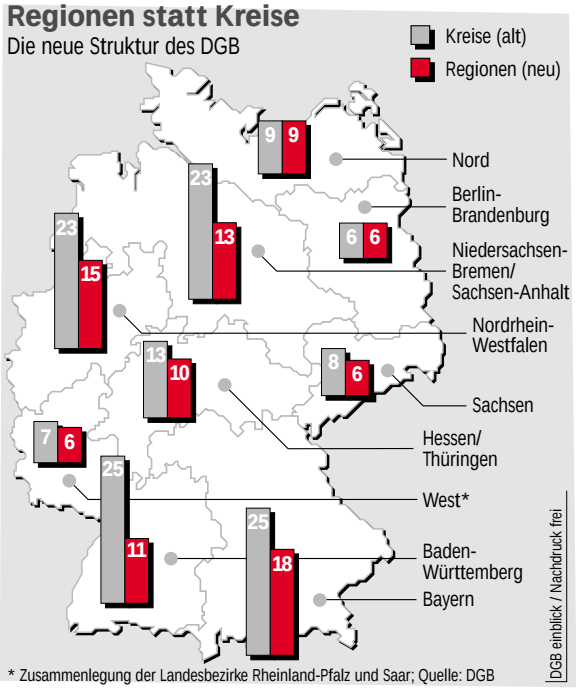
einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.01.2001
1/01

DGB

Organisationsreform

DGB-Umbau beginnt

Mit der Bildung von 94 Regionen, die an die Stelle der zurzeit 139 DGB-Kreise treten, beginnt Anfang März die Umsetzung der DGB-Reform. Ihr folgen im Juli die Entscheidung über Aufgaben und Ausstattung der Ortskartelle, die zur ehrenamtlichen vierten Ebene ausgebaut werden sollen, sowie im März 2002 die Wahl der neuen Bezirksvorstände. Das sieht ein Konzept zur DGB-Reform vor, das der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB Ende Februar beschließen will.



In Zukunft gliedert sich der DGB in 94 Regionen statt in 139 Kreise. An Stelle von 12 Landesbezirken gibt es 9 Bezirke.

Mit der Umsetzung der Organisationsreform endet eine bereits 1992 begonnene, teilweise von heftigen Kontroversen begleitete Debatte über Aufgaben und Funktion des Dachverbands. Mit der neuen Organisationsstruktur „reagiert der DGB nicht nur auf zurückgehende Beitragseinnahmen“, so DGB-Vorstand Günter Dickhausen, „sondern macht einen entscheidenden Schritt zur Stärkung seiner politischen Durchsetzungsfähigkeit“. Die Ressourcen würden am Ort der politischen Entscheidungsträger konzentriert, Verwaltungsaufgaben zugunsten politischer Arbeit reduziert.

Auch das anfangs umstrittene Konzept der ehrenamtlichen vierten Ebene, die an Stelle der bisherigen Kreise die Präsenz des DGB vor Ort sicherstellen soll, beginne zu greifen. „Mit Ehrenamtlichen kann man nicht das Gleiche machen wie mit Hauptamtlichen“, so Dickhausen, „aber die Zweifel, dass sich politische Arbeit auch ehrenamtlich organisieren lässt, schwinden.“ Herumgesprochen habe sich zudem die Erkenntnis, dass es dem Bundesvorstand nicht darum geht, die bisherige Arbeit der Ortskartelle zu beenden.

Um die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern, sollen die Ortskartelle eine finanzielle und logistische Grundausstattung erhalten. Die Beschlussfassung des Bundesvorstands über die Binnenstruktur der Bezirke, in der Aufgaben und Funktionen der vierten Ebene definiert werden, soll im Juli erfolgen. Dann liegen auch die Ergebnisse der drei Optimierungsprojekte vor, mit deren Hilfe der DGB zurzeit in den Landesbezirken Baden-Württemberg, Niedersachsen/Bremen und Nordrhein-Westfalen Ansätze zur Konkretisierung der Kernaufgaben in der Region, zur Neuorganisation der Arbeitsorganisation und zur Weiterentwicklung der ehrenamtlichen vierten Ebene erprobt. •

plusminusBERLIN

+ ***Das über ein Vierteljahrhundert alte Datenschutzrecht soll vereinfacht und modernisiert werden. Das hat Jörg Tauss, forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, erklärt. Er plädiert außerdem für mehr Selbstregulierung und Transparenz im Datenschutz.***

– ***Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, hält das Ausbildungsniveau für zu hoch. In „Bild“ forderte er: „Wir brauchen mehr zweijährige Turbo-Ausbildungen für Hochbegabte, die zum Beispiel für Gerüstbauer, Isolierfacharbeiter, Handelsfachpacker und Verkäufer möglich sind.“***

inhalt

Seite 3
Powern für Pendler
Der Auto Club Europa macht sich für Bus- und Bahnfahrer stark – und regt Tarifverträge für Berufspendler an

Seite 5
Wir leben unter unseren Verhältnissen
Interview mit dem Tarifexperten Reinhard Bispinck über die Tarifpolitik 2000/2001

Seite 7
Den Maßstab setzen andere
Eigene Medien sind für die Massenkommunikation der Gewerkschaften unverzichtbar, meinen Henrik Müller und Hermann Zoller von der IG Medien. Fortsetzung der einblick-Debatte über Gewerkschaftsmedien

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.teilzeit-info.de
Das Bundesarbeitsministerium informiert schnell und unkompliziert über alle Aspekte der Teilzeitarbeit

Im Faxabruf
0211/43 01 667
Zusammensetzung und Abgrenzung der DGB-Regionen

POLITIK AKTUELL

Ökosteuer

2,5 Milliarden Mark Entlastung für die Wirtschaft

Durch die Ökosteuer ist die gesamte deutsche Wirtschaft nach Schätzungen der Bundesregierung in den letzten beiden Jahren um 2,5 Milliarden Mark entlastet worden. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion hervor. Die Auswirkungen auf die einzelnen Branchen seien unterschiedlich. Die höchsten Zusatzkosten sind im Handel und im Verkehr aufgetreten, weil hier der nicht durch Ausnahmeregelungen begünstigte Kraftstoffverbrauch dominiere. Überdurchschnittliche Belastungen gebe es auch bei der energieintensiven Grundstoffproduktion. Entlastet würden dagegen die arbeitsintensiven Sektoren wie das Investitionsgewerbe, der Dienstleistungsbereich und das Baugewerbe, heißt es.

Modellrechnungen verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute wiesen einen durch die ökologische Steuerreform ausgelösten Beschäftigungszuwachs von bis zu 250 000 Arbeitsplätzen aus. Statistische Aussagen über Umsteigeeffekte vom Privatwagen auf öffentliche Verkehrsmittel durch die ökologische Steuerreform seien nicht verfügbar, so die Regierung. Sie erwarte jedoch, dass die Wettbewerbsposition des öffentlichen Personennahverkehrs gegenüber dem Individualverkehr gestärkt wird. Die Zahl der von privaten und kommunalen Unternehmen beförderten Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr sei von 1998 auf 1999 um 0,4 Prozent gestiegen. Das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) gehe für 2000 von einem weiteren Anstieg um 0,8 Prozent aus. •

In der Auseinandersetzung um die Besoldungsanpassung hat der Landesbezirk Berlin der Gewerkschaft der Polizei auf einen Nötigungsvorwurf von Bundesinnenminister Schily reagiert: In der Hauptstadt ist ein Foto des Bundesinnenministers von 1983 plakatiert, auf dem er nach einer Blockade des Verteidigungsministeriums von vier Polizisten weggetragen wird. Die GdP Berlin: „Wer im Glashaus sitzt ... Damals haben wir ihn auf Händen getragen, heute will er uns unsere gerechte Bezahlung verweigern." Zuvor hatten sich die Berliner Polizisten bereits in einem Offenen Brief an Schily gewandt: „Herr Schily, die Lebensumstände verändern eben den Menschen, das bemerkt man bei Ihnen als ehemaligem ‚Straßenkämpfer' und ‚Blockierer' sehr deutlich. Mit Ihrem Einkommen werden Sie nach vier Jahren als Bundesinnenminister Millionär sein."

wiewardiewoche?

Foto: Hermann Wesseling

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) hat als erste Gewerkschaft einen Internet-Senioren-Club (ISC) gründet. Den Startschuss gab DPG-Vorstandsmitglied Marita Stein am 10. Januar in Magdeburg auf der 5. außerordentlichen Bundes-VersorgungsempfängerInnenkonferenz ihrer Gewerkschaft. Zuständig für den Internet-Auftritt der DPG und die Betreuung des ISC ist Redakteur Bernd Steinmann, 47.

Die Woche war hektisch, aber erfolgreich. Die 150 SeniorInnen in Magdeburg waren regelrecht begeistert, als wir die Internet-Adresse www.dpg-senioren-club.de freigeschaltet und live präsentiert haben. Der Club ist Teil unserer Kommunikationsoffensive. Wir wollen auch die Mitglieder erreichen, die nicht mehr berufstätig sind. Und dazu eignet sich das World Wide Web hervorragend. Ein Ruheständler, der in Florida lebt, hat uns gemailt: „Seit ihr im Netz seid, erfahre ich mehr als früher!" Zudem wird die Gruppe der SeniorInnen – bereits 18 Prozent der Internet-Nutzer sind älter als 50 Jahre – immer größer; die Alten werden immer jünger, sind technisch interessiert und als DPG-Mitglieder schon von Berufs wegen neuen Kommunikationsmöglichkeiten gegenüber aufgeschlossen. Wer seinen Enkeln über die Schulter geschaut hat, will jetzt selbst wissen, wie Computer funktionieren, was das Internet ist und wie man da rein kommt. Die Vermittlung von Internet-Kenntnissen ist deshalb fester Bestandteil unserer Bildungsarbeit für SeniorInnen. Gemeinsam mit der Telekom haben wir im letzten Jahr SeniorInnen als Internet-Trainer ausgebildet, die nun ihrerseits Internet-Schnupperkurse anbieten.

Der Internet-Senioren-Club hat ein altenfreundliches Design – große Schaltflächen und gut lesbare Texte. Wir bieten Infos zu Themen wie „Rente & Versorgung", „Vererben" und „Haustürgeschäfte" an; wir stellen unsere Bildungsangebote und Veranstaltungstermine ins Netz, wir haben eine spezielle Link-Liste für SeniorInnen zusammengestellt. Die ISC-Homepage hat einen allgemein zugänglichen Teil und einen nur für Clubmitglieder. Unser Angebot kann sich zwar schon sehen lassen, wird aber ständig weiterentwickelt, wir probieren vieles aus. Unser Traum ist eine Rubrik unter dem Motto „Senioren helfen Senioren", die Alten sind doch vielfach Experten in eigener Sache, beispielsweise in versorgungsrechtlichen Fragen. Bald, so unsere Idee, sollen die Mitglieder den Club sozusagen übernehmen, soll sich der Club selbst tragen.

geplant... beschlossen

***Leistung statt Dienstjahre:** Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) plant ein neues Gehaltssystem. Er will seine MitarbeiterInnen ab 2002 leistungsbezogen entlohnen. Das berichtet das „Handelsblatt" unter Berufung auf DGB-Vorstandsmitglied Günter Dickhausen. Der Betriebsrat der Bundesvorstandsverwaltung habe bereits seine Zustimmung signalisiert: Dessen Vorsitzender Georg Faupel wird mit dem Satz zitiert: „Die alleinige Berücksichtigung von Dienstjahren bei einer Gehaltserhöhung ist fragwürdig." Nach Vorstellung von Dickhausen sollen 25 bis 30 Prozent der Vergütung künftig variabel sein. Als mögliche Leistungskriterien könnten Termintreue bei der Umsetzung politischer Beschlüsse und sparsame Haushaltsführung gelten. Die neue Gehaltsstruktur soll kostenneutral sein, das bisherige Budget für Gehaltserhöhungen nach Dienstjahren leistungsorientiert umverteilt werden.*

ACE-Initiative

Powern für Pendler

Der gewerkschaftliche Auto Club Europa (ACE) macht sich für Bus- und Bahnfahrer stark. Er schlägt vor, künftig spezielle Tarifverträge für Berufspendler abzuschließen; vereinbart werden könnten darin zum Beispiel Arbeitgeberzuschüsse für Jobtickets. Noch gibt es aber nicht einmal bundesweit Jobtickets.

Beim Bundesarbeitsministerium sind derzeit 52 000 Tarifverträge registriert. „Kein einziger beinhaltet spezielle Leistungen für Berufspendler“, so ACE-Sprecher Rainer Hillgärtner. Auch dem Tarifexperten der Hans-Böckler-Stiftung, Reinhard Bispinck, sind tarifvertraglich vereinbarte Arbeitgeberzuschüsse zu den Fahrtkosten „nie untergekommen“. Jedenfalls nicht in Flächentarifverträgen. Selbst in der tarifpolitischen Diskussion spiele dieses Thema keine Rolle. Fahrtkosten seien Lebenshaltungskosten, und die würden – so die herrschende Meinung – über Lohn und Gehalt bestritten.

Laut Statistischem Bundesamt sind die Verkehrsausgaben von Arbeitnehmerhaushalten mit 544 Mark im Monat der drittgrößte Kostenfaktor hinter Wohnen und Ernähren. Dem ACE geht es aber nicht nur darum, Berufspendler finanziell zu entlasten; er sieht in Tarifverträgen für Berufspendler auch ein wirksames Instrument dafür, den Berufsverkehr „bedarfsgerechter, kostengünstiger und intelligenter zu organisieren“. Den umweltschonenden Berufsverkehr fördert bislang nur ein 1994 zwischen Lufthansa und ÖTV geschlossener Konzerntarifvertrag. Dadurch werden die Ausgaben fürs Jobticket mit 23,60 Mark monatlich bezuschusst.

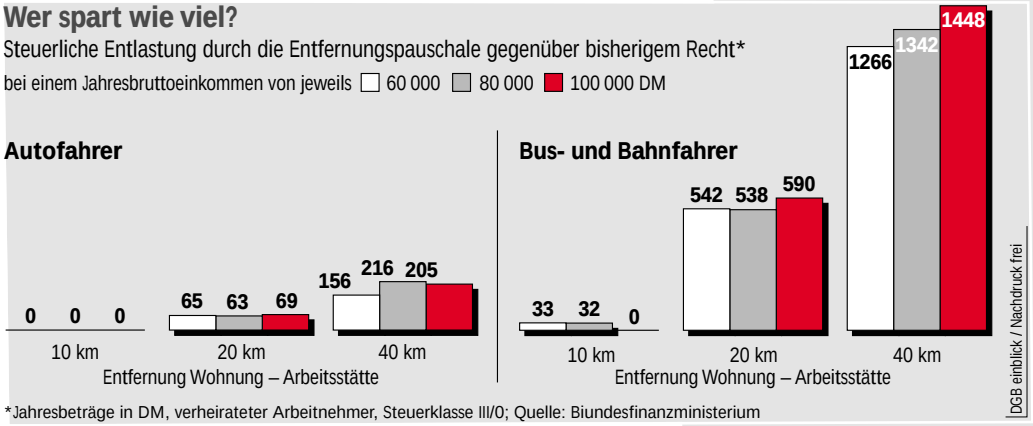
Das Prinzip dieser Tickets ist einfach: Eine Firma rührt die Werbetrommel für Bus und Bahn, sammelt die Fahrkartenwünsche und das Fahrgeld der Beschäftigten ein und gibt das an ein Verkehrsunternehmen weiter, das seinerseits diese Organisationshilfe mit einem Rabatt belohnt. Wie lukrativ das für die Beschäftigten sein kann, zeigt das Beispiel des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen. Er hat mit der Düsseldorfer Rheinbahn Anfang des Jahres einen Vertrag geschlossen, wonach die Kosten einer Monatskarte des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) – eine Mindestabnahme von 100 Karten vorausgesetzt – sich je nach Tarifstufe um 50,10 bis 96,50 Mark ermäßigen. Kein Wunder, dass die Zustimmung zum Jobticket „unheimlich hoch“ ist, so die stellvertretende Landesbezirksvorsitzende Brigitte Grosse.

Die Voraussetzungen für ein Jobticket und der Rabatt sind je nach Verkehrsverbund unterschiedlich. Warum bislang bundesweit nur 100 von 400 Verkehrsunternehmen solche Tickets anbieten, ist für den ACE „nicht nachvollziehbar“. Denn immerhin könnten sie auf diese Weise ohne großen Aufwand neue Kundengruppen hinzugewinnen. In den Verkehrsregionen Stuttgart und Hamburg ist der ACE dabei behilflich: Er tritt für alle kleinen und mittelständischen Unternehmen, die die Mindestabnahmequote nicht erfüllen können, als Vermittler des Großkundenabonnements auf und gibt die Vergünstigungen, die er dafür erhält, an die PendlerInnen weiter (Ansprecherpartner: in Stuttgart Dieter Kroll, Tel. 0711/53 03 181, in Hamburg Manfred Maertzke, Tel. 040/25 30 460).

Die Möglichkeiten, den Berufsverkehr umweltfreundlich zu organisieren, sind damit längst nicht erschöpft: So gilt für die Beschäftigten der Bausparkasse Schwäbisch Hall der Firmenausweis als Fahrkarte, Miele in Gütersloh bietet seiner Belegschaft sogar eine personenunabhängige, übertragbare Karte an, und die Beschäftigten des Württembergischen Genossenschaftsverbandes kostet das Jobticket nur eine Mark Bearbeitungsgebühr im Jahr. Nachzulesen sind diese und andere Beispiele im „Ratgeber für den Weg zur Arbeit: Was Berufspendler wissen müssen“ (Bund-Verlag, 111 Seiten, 19,90 DM). •

Ende der Diskriminierung

Mit der Bevorzugung der Autofahrer ist Schluss: Am 1. Januar 2001 ist die Kilometerpauschale von 70 Pfennig pro Entfernungskilometer – gemeint ist damit nur die Strecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, nicht der Weg hin und zurück – vom elften Kilometer an auf 80 Pfennig erhöht und in eine Entfernungspauschale umgewandelt worden. Das heißt, sie gilt für alle Berufspendler.



*Jahresbeträge in DM, verheirateter Arbeitnehmer, Steuerklasse III/0; Quelle: Biundesfinanzministerium

Die alte Kilometerpauschale kam nur den Autofahrern zu Gute. Von der neuen Entfernungspauschale profitieren auch die NutzerInnen von Bus und Bahn, die bislang nur ihre Ticket-Kosten steuerlich geltend machen konnten. Ihnen bringt deshalb die Entfernungspauschale – im Vergleich zum bisher geltenden Recht – am meisten. Laut Statistischem Bundesamt haben 54 Prozent der Berufstätigen einen Arbeitsweg von bis zu 10 Kilometern, 29 Prozent einen von 10 bis 25 Kilometern und 10 Prozent einen von 25 bis 50 Kilometern. 64 Prozent der Berufstätigen fahren mit dem Auto oder dem Motorrad, 14 Prozent nutzen öffentliche Verkehrsmittel und 11 Prozent gehen zu Fuß.

Wer wissen will, wie viele Mark Werbungskosten er künftig absetzen kann, dem bietet FOCUS Online ein Berechnungsprogramm an – am schnellsten erreichbar über www.ace-online.de und weiter über „Powern für Pendler“/“Rechenaufgabe“.

Im Internet

www.bundesfinanzministerium.de

Ein Berechnungsprogramm für alle, die genau wissen wollen, was ihnen die Entfernungspauschale bringt (Klick auf „Steuerberechnung“)

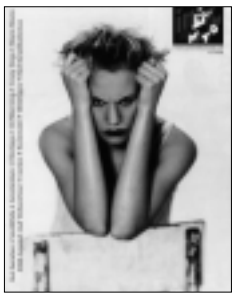
PROJEKTE UND PARTNER

Techno-Beratung (I)

Surfen erlaubt?

Darf der Chef die E-Mails seiner MitarbeiterInnen lesen, ist privates Surfen erlaubt, und wer haftet bei Bestellungen übers Netz? Antworten gibt die Broschüre „Internet und E-Mail – erste Anwendungen im Betrieb" der Technologieberatungsstelle (TBS) NRW. Zum 70-seitigen Heft gehört eine CD-ROM mit weiteren Infos. Preis: 14 Mark plus Porto. •

Fax: 0 23 31 / 1 49 03
tbs-nrw-ha@t-online.de



„in-4mation", die Jugendzeitung der Arbeitskammer desSaarlandes, geht andere Wege: eine frische Mischung aus Unterhaltung und Information aus der Arbeitswelt. Skate-Tipps, Musiktrends und Hinweise für Azubis im betrieblichen Alltag.
Fax: 0681 / 40 05 401
presse@arbeitskammer.de

Edupolis

Internet-Konferenz

„Strategien für die Netzwerk-Gesellschaft" ist der Titel einer virtuellen Konferenz vom 7. bis 21. März 2001. Zwei Wochen lang werden die Auswirkungen des Internets diskutiert. Veranstalter sind das DGB-Bildungszentrum Hattingen, das Forschungsinstitut für Arbeiterbildung und die Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie. •

www.edupolis.de

Erwerbslose

Anlaufstellen aufgelistet

„1032 gute Adressen – Erwerbslosenprojekte in Deutschland" heißt eine Broschüre des Fördervereins gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit. Sie informiert über Internet-Angebote und nennt AnsprechpartnerInnen in der öffentlichen Verwaltung. Die Liste gibt's auch als Datenbank im Internet. Preis: 6 Mark. •

Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.
Marktstraße 10, 33602 Bielefeld
Fax: 0521 / 9 67 84 22
info@erwerbslos.de
www.erwerbslos.de

anders reisen

Neuer Katalog erschienen

Seit 25 Jahren reisen SchülerInnen und Azubis mit der DGB-Jugend NRW ins europäische Ausland. 21 Fahrten stehen auf dem diesjährigen Programm von „anders reisen". Der Kreativurlaub in der Toskana ist ebenso dabei wie der Kanutrip in Schweden. Teilnehmen können Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren. •

Tel.: 0251 / 1 36 72 75
andersreisen@dgb.de

e-kademie

Mitarbeiterwissen richtig bündeln

Zahlreiche Unternehmen nutzen via Wissensmanagement das Know-how ihrer MitarbeiterInnen. Wie sich diese Strategie auf Gewerkschaften übertragen lässt, zeigen drei Workshops der e-kademie im DGB-Bildungswerk in Düsseldorf: „Wissensmanagement in Nonprofit-Organisationen" am 15. Februar führt in das Thema ein. Tipps zur Umsetzung geben die Workshops „Zur Praxis des Wissensmanagements" (20.3.) und „Erfolgreiche Einführung von Wissensmanagement" (25.4.). •

Fax: 0211 / 430 11 20
reception@e-kademie.de

Arbeitsamt NRW

Jobinitiativen für Jugendliche

Zahlreiche Projekte sollen erwerbslosen Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen zu einem Job verhelfen. Welche Initiativen für dieses Jahr geplant sind, zeigt die Broschüre „Wege aus der Jugendarbeitslosigkeit". Das Landesarbeitsamt NRW berichtet in dem kostenlosen Heft auch über die Erfolge früherer Projekte. •

Fax: 0211 / 43 06 888
laa.nrw.presse@t-online.de

Techno-Beratung (II)

Lernen mit Multimedia

Für die betriebliche Weiterbildung steht eine Vielzahl von Multimedia-Lernprogrammen bereit. Über die Effektivität dieser Software informiert die Broschüre „Lernen in Netzen – EDV-gestützte Lernformen und ihre betriebliche Gestaltung". Herausgeber ist das Innovationsforum Multimedia und Arbeitswelt der Technologieberatungsstelle (TBS) NRW. Preis: 10 Mark •

TBS NRW, Lothringer Straße 62
46045 Oberhausen
Fax: 0208 / 8 20 76 41

DGB-Bildungswerk

Zivilcourage zeigen lernen

Beherzt einschreiten und bei Rassismus Farbe bekennen, das kann man lernen. Während des Seminars „Zivilcourage zeigen – aber wie?" vom 23. bis 25. Februar in Hilders/Rhön zeigt das Frankfurter DGB-Bildungswerk, wie man die eigene Angst überwindet und andere zur Unterstützung motiviert. •

Tel.: 069 / 27 30 05 74
Fax: 069 / 27 30 05 79
frankfurt-main@dgb.de

AiB-Verlag

Programm im Doppelpack

Mit zwei dicken Seminarprogrammen startet der Verlag Arbeitsrecht im Betrieb (AiB) ins erste Halbjahr 2001: Von Betriebsvereinbarungen über Telearbeit bis zu Suchtproblemen am Arbeitsplatz reichen die rund 80 Seminare für Betriebsratsmitglieder. Über 50 Seminare richten sich an PersonalrätInnen. •

Fax: 0 22 03 / 9 35 25 41
aib@aib-verlag.de
www.aib-verlag.de

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Hessen*** plant ein ***gewerkschaftliches Schüler- und Studentennetzwerk.*** Diese neue Art der Interessenvertretung soll den beiden Gruppen mehr Mitsprache in der Bildungspolitik sichern. Die „SchülerInnen- und StudentInnen-Gewerkschaft" will sich vor allem gegen die Privatisierung des Bildungssystems engagieren. Infos: DGB-Jugend Hessen, Tel.: 069 / 27 30 05 56

••• Der ***DGB-Kreis Ortenau*** will mit der ***Aktion 50plus*** Arbeitslosen über 50 Jahren den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern. Dabei arbeitet der DGB eng mit der örtlichen IHK, der Handwerkskammer und dem Arbeitsamt zusammen, um Umschulungen, Vermittlungen und die Öffentlichkeitsarbeit für die Aktion besser zu koordinieren. Infos: Rolf Ruef, Tel.: 0781 / 2 54 74

Tarifpolitik – Bilanz und Ausblick

Wir leben unter unseren Verhältnissen

Kritik an der gewerkschaftlichen Tarifpolitik übt der Tarifexperte Reinhard Bispinck: Sowohl die Tariferhöhungen des vergangenen Jahres als auch – soweit bereits vereinbart – die für 2001 blieben „hinter den ökonomischen Möglichkeiten zurück".

Reinhard Bispinck, 49, ist Leiter des Tarifarchivs des WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.

Findet Tarifpolitik in diesem Jahr überhaupt statt? 2000 sind zahlreiche Tarifverträge mit zweijähriger Laufzeit vereinbart worden.

Dennoch wird 2001 in vielen kleinen und in einigen großen Branchen eine Lohn- und Gehaltsrunde laufen: etwa im Einzelhandel und bei Banken und Versicherungen. Außerdem stehen wichtige manteltarifliche Themen an: Bei Metall geht es um einheitliche Entgelttarifverträge für ArbeiterInnen und Angestellte und um tarifliche Regelungen zur Qualifizierung, bei Chemie wird über die Modernisierung des Entgeltrahmentarifvertrages gesprochen und anderswo steht die tarifliche Altersvorsorge auf der Tagesordnung.

Was ist daran so prickelnd, wo liegt das Konfliktpotenzial?

Konfliktpunkte sind zwischen den Metall-Tarifparteien zum Beispiel die Reklamations- und Mitbestimmungsrechte bei der Leistungsfestsetzung, die materielle Ausgestaltung der Entgeltstruktur und der Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle. Die tarifliche Altersvorsorge wird zwangsläufig ein wichtiges Thema, weil die Bundesregierung das gesetzliche Rentenniveau absenkt. Der Versuch der Gewerkschaften, die Arbeitgeber tariflich an der Finanzierung einer ergänzenden Altersversorgung zu beteiligen, wird die Lohnrunden zusätzlich belasten. Das ist ein Kuckucksei, das die Gewerkschaften der rot-grünen Rentenreform verdanken.

Die Tariferhöhungen 2000 bewegten sich zwischen zwei und drei Prozent. Um wie viel höher lag die Produktivitätsrate?

Der kostenneutrale Verteilungsspielraum lag im Jahr 2000 bei rund 5 Prozent (Produktivitätsanstieg +3 %, Preise +2 %). Die jahresbezogene Tarifsteigerung betrug durchschnittlich 2,4 Prozent.

Hat die „Bescheidenheit", die 1999 für beendet erklärt worden ist, jetzt wieder Platz gegriffen?

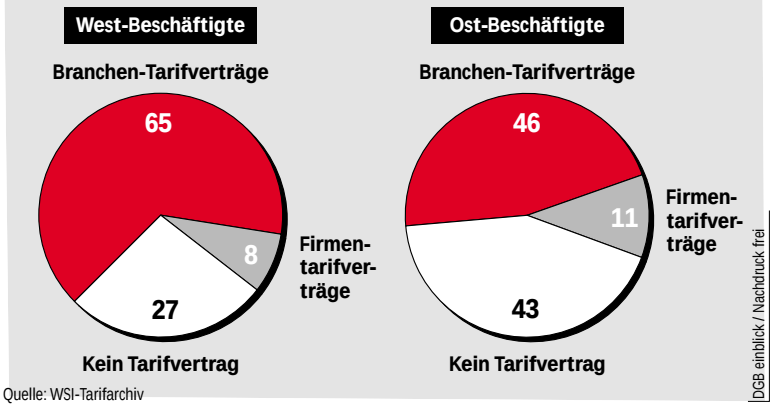
Tarifpolitisch haben wir im vergangenen Jahr nicht über, sondern eindeutig unter unseren Verhältnissen gelebt. Das gilt auch dann, wenn man die zusätzlichen Abschlussbestandteile wie verbesserte Altersteilzeit und Altersvorsorge in die Rechnung einbezieht. Auch die bereits vereinbarten Tariferhöhungen für 2001 bleiben hinter den ökonomischen Möglichkeiten zurück.

Das Bündnis für Arbeit hat die „Gefahr" hoher Tarifabschlüsse vorläufig gebannt. War es nur für die Arbeitgeber eine lohnende Veranstaltung?

BDA-Präsident Hundt hat festgestellt, dass das Bündnis eine wichtige Leitfunktion für die Tarifrunde 2000 erfüllt habe und die Tarifpolitik wieder „richtig Freude" mache. Die Gewerkschaften können allenfalls reale Pluspunkte bei der Altersteilzeit und im Ausbildungsbereich verbuchen. Die übrigen Absprachen sind oft das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden. Bestes Beispiel dafür ist die gemeinsame Absicht, den riesigen Überstundensockel abzubauen. Es fehlt eine aktive politische Kampagne, mit der die Gewerkschaften das Bündnis begleiten. Die gewerkschaftlichen Aktionen zur Rentenreform haben gezeigt, dass so durchaus Erfolge erzielt werden können.

Ost-Beschäftigte benachteiligt

Tarifbindung 1999 (Beschäftigte in Prozent)



Quelle: WSI-Tarifarchiv

DGB einblick / Nachdruck frei

Während in Ostdeutschland nur gut die Hälfte aller Beschäftigten die Vorteile eines Tarifvertrags genießen, sind es in Westdeutschland knapp drei Viertel. Das geht aus Erhebungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Im Westen unterliegen 52 Prozent der Betriebe keiner Tarifbindung, im Osten sogar 74 Prozent.

Tarifpolitik in Europa

Der Exekutivausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), die oberste Instanz des EGB zwischen den Kongressen, hat Mitte Dezember 2000 seine Absicht bekräftigt, die Tarifpolitik europaweit zu koordinieren.

In seiner Entschließung heißt es, Zweck der tarifpolitischen Orientierungslinie sei es,

- ***„erstens sicherzustellen, dass die Erhöhung der Nominallöhne mindestens über der Inflationsrate liegt und der für den Bruttolohnanstieg aufgewendete Produktivitätsanteil möglichst hoch ausfällt, um ein besseres Gleichgewicht zwischen Gewinnen und Löhnen zu erreichen***
- ***zweitens sicherzustellen, dass der verbleibende Produktivitätsanteil für andere unter die Tarifverträge fallende Elemente herangezogen wird, wie etwa die qualitativen Aspekte der Arbeit, wenn sie als Kosten quantifizierbar und kalkulierbar sind***
- ***und drittens die parallele Entwicklung der Löhne im öffentlichen und privaten Sektor sicherzustellen."***

Dem EGB-Exekutivausschuss gehören alle 67 Mitgliedsbünde aus 29 Ländern an.

Im Internet

www.tarifvertrag.de

Alles Wissenswerte zur Tarifpolitik – das Internet-Angebot des WSI-Tarifarchivs

kurz&bündig

Die IG Medien hat den ersten Teilsieg im Prager TV-Streik begrüßt. Das tschechische Fernsehen Ceska Televize (CT) sendet inzwischen wieder die Beiträge der streikenden JournalistInnen. „Jetzt müssen die gesetzlichen Weichen für eine staatsunabhängige Organisationsform des Rundfunks gestellt werden", fordert die IG Medien.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat Innenminister Otto Schily aufgefordert, die Gefährdung deutscher PolizistInnen auf dem Balkan durch Uranmunition zu untersuchen. Es müsse geklärt werden, ob auch BeamtInnen nach einem Balkan-Einsatz an Leukämie erkrankt sind. Derzeit sind rund 600 deutsche PolizistInnen in den Krisengebieten Ex-Jugoslawiens stationiert.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) haben vor der Potsdamer Staatskanzlei „für eine Wende in der Agrarpolitik" demonstriert. Gesundheitsschutz müsse Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.

Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel will 2001 zum „Jahr der Neueinstellungen" machen. Die Voraussetzungen dafür seien „günstig wie seit Jahren nicht". Die Arbeitgeber müssten den zugesagten Überstundenabbau endlich einlösen.

ver.di-Gründung

Sechs Frauen im Vorstand

6 der 19 Vorstandsmitglieder der geplanten Dienstleistungsgewerkschaft sollen Frauen sein. Das haben die fünf Gründungsgewerkschaften vorgeschlagen. Neben Margret Mönig-Raane (HBV), die als eine der vier stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden für die Tarif-, Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik zuständig sein soll, und Beate Eggert (ÖTV), die das Personalressort übernimmt, sollen auch die Fachbereiche Gesundheit/soziale Dienste (Ulla Derwein, ÖTV), Sozialversicherung (Isolde Kunkel-Weber, ÖTV), Handel (Franziska Wiethold, HBV) sowie Besondere Dienstleistungen, Bildung (N.N., DAG) von einer Frau geführt werden. Ihr Anteil an den Wahlfunktionen soll in den nächsten Jahren steigen: Spätestens bis zum zweiten ordentlichen ver.di-Kongress muss er dem der weiblichen Mitglieder von derzeit 49 Prozent entsprechen.

Verständigt haben sich die fünf Gewerkschaften auch auf einen Vorschlag für die Besetzung der übrigen Vorstandsfunktionen: Frank Bsirske (ÖTV) soll ver.di-Vorsitzender werden, die anderen vier Gewerkschaften erhalten je einen Stellvertreterposten. Zudem sollen die ÖTV sechs Bezirksleiter (Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Berlin-Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Saar), die DAG (Niedersachsen/Bremen, Sachsen-Anhalt), die DPG (Bayern, Hessen) und die HBV (Rheinland-Pfalz, Nord) je zwei und die IG Medien einen Bezirksleiter stellen (Baden-Württemberg). •

Im Faxabruf: 0211/43 01 674
Wahlvorschlag für den ver.di-Vorstand

Highlights 2001: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

26.2.	Beschluss des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB über die Bildung von Regionen
16. - 18.3.	Verschmelzungskongresse der Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV, Berlin
19. - 21.3.	ver.di-Gründungskongress, Berlin
1.5.	Tag der Arbeit; Job Parade, Schwerin und Dortmund
5. - 9.5.	Gewerkschaftstag der GEW, Lübeck
30.8. - 9.11.	Weltkongress der Internationale der Angestellten (UNI), Berlin
30.9. - 5.10.	Gewerkschaftstag der IG BAU, Bonn
21. - 25.10.	Gewerkschaftskongress der IG BCE, Frankfurt/M.
29.11. - 1.12.	Bundesjugendkonferenz des DGB, Berlin

Zwei Ereignisse beherrschen das Gewerkschaftsjahr 2001: Mit dem Beschluss über die Bildung von Regionen will der DGB Ende Februar die Phase der Umsetzung der Organisationsreform starten. Und Mitte März wollen sich DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV mit der Verschmelzung zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zur dann größten Einzelgewerkschaft der Welt zusammenschließen.

Mehr Termine im Internet: www.einblick.dgb.de – Im Faxabruf: 0211/43 01 684

IG BCE

Internet überarbeitet

Das Internet-Angebot der IG BCE ist komplett überarbeitet worden. Dabei sind klare Strukturen und Service Trumpf. Neu ist unter anderem ein Mitgliederbereich mit Tarifverträgen im Wortlaut sowie einer Datenbank mit dem bundesweiten Seminarangebot. Weitere neue Elemente sollen folgen.

Ebenfalls Hand angelegt hat die ÖTV an ihren Internet-Auftritt – und sie geht einen Schritt weiter: Die Gehaltstabellen sind für jeden abrufbar, „ÖTV vor Ort" liefert Infos aus den Bezirken und Kreisverwaltungen. Zwar sind zurzeit noch nicht alle vertreten, aber bundesweit arbeiten die Online-Redaktionen an einer Vervollständigung des Angebots. •

www.igbce.de
www.oetv.de

„Mut müsste man haben" steht auf 40 000 Postkarten, die das „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit" in Berlin-Brandenburg in Kinos, Kneipen und Restaurants verteilt hat. Das Bündnis sucht auf diesem Weg Menschen oder Initiativen, die Zivilcourage gezeigt haben und gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit vorgegangen sind. Ihnen soll ein Preis für Zivilcourage und das „Band für Mut und Verständigung" verliehen werden. Damit soll gewürdigt werden, wer sich für Völkerverständigung und Toleranz eingesetzt und sich im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit engagiert hat. Dem Bündnis gehören die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg, die Kirchen, die Jüdische Gemeinde sowie die Wohlfahrtsverbände an. Es wurde 1991 auf Initiative des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg ins Leben gerufen.

Einsendeschluss ist der 1. Februar 2001.

Weitere Infos unter *www.Berlin-Brandenburg.DGB.de*

Gewerkschaftsmedien

Den Maßstab setzen andere

Gewerkschaften brauchen keine Mitgliederzeitschriften, hat Jörg Barczynski, bis 1999 Pressesprecher der IG Metall, im Dezember im einblick erklärt. Henrik Müller und Hermann Zoller von der IG Medien widersprechen.

Man könnte mit einem Kopfschütteln wegen der zur Schau gestellten Ignoranz zur Tagesordnung übergehen. Aber die Ausführungen von Jörg Barczynski zu Pressearbeit und Gewerkschaftsmedien sind typisch für die Haltung vieler führender GewerkschafterInnen. Deshalb ist Widerspruch geboten.

Das fängt schon bei der Behauptung an, unsere Altvorderen im 19. Jahrhundert hätten auch keine eigenen Zeitungen gebraucht. Eine Ursache ihrer frühen Erfolge waren aber gerade die eigenen Medien. Der Verband der Deutschen Buchdrucker zum Beispiel brachte vor fast 140 Jahren den „Correspondent“ auf den „Markt“, der später dreimal wöchentlich erschien und mit dem die Buchdrucker ihre Organisation voranbrachten.

Die „bürgerliche“ Presse habe den Gewerkschaften damals nicht zur Verfügung gestanden, so Barczynski. Und heute? Wo gibt es regelmäßig Reportagen aus der Arbeitswelt? Wo sind die JournalistInnen, die qualifiziert mit der Wirklichkeit der Marktwirtschaft aus Sicht der ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen umgehen können? In den „bürgerlichen“ Medien geht es um den Shareholder-Value, um den Standort Deutschland, den die Gewerkschaften „kaputtmachen“, aber nicht um Verteilungsfragen oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Was die Gewerkschaften zu sagen haben, steht in den Zeitungen, sagt Barczynski. Er meint: Was der eine oder andere Gewerkschaftsvorsitzende zu sagen hat, steht in den Zeitungen. Das gilt vielleicht für Klaus Zwickel, weil die IG Metall die größte Gewerkschaft ist, oder für den IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt, weil den „bürgerlichen“ Medien gefällt, was er von sich gibt. Dafür brauchen wir in der Tat keine eigenen Medien. Wenn man das Selbstverständnis von der Gewerkschaft als Gegenmacht und autonomer Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten aufgibt, dann reicht es, alle 14 Tage via *Bild*-Zeitung die Marschrichtung anzugeben – aber nur, wenn die Richtung der *Bild*-Zeitung (ins Verkaufskonzept) passt.

Aber wenn Gewerkschaften das, was Millionen in den Betrieben tagtäglich bewegt, ernst nehmen, wenn sie in tarif-, wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Fragen einen innerorganisatorischen und gesellschaftlichen Diskurs eröffnen und wenn ihnen die Identifikation der Mitglieder mit ihrer Selbsthilfeorganisation am Herzen liegt, **dann brauchen sie** als demokratische Massenorganisationen **eigene Medien für die Massenkommunikation.**

Fotos: Joachim E. Röttgers

Henrik Müller, 45, ist verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Druck + Papier“, Hermann Zoller, 61, ist verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „M – Menschen machen Medien“ der IG Medien sowie deren Pressesprecher.

Um Wirksamkeit zu entfalten, müssten die meisten Gewerkschaftszeitungen allerdings besser werden: Sie müssten nicht nur finanziell und personell anders ausgestattet werden, sie müssten vor allem **spannender und interessanter, kontroverser und professioneller werden.** Sie müssten optisch und inhaltlich mit *Spiegel* und *Bild* mithalten können, denn dies sind die Medien, mit denen sie um Aufmerksamkeit konkurrieren. Aber warum sollten sie dazu nicht in der Lage sein?

Voraussetzung ist in jedem Fall ein gehöriges Maß an Unabhängigkeit der Redaktionen, Unabhängigkeit von instrumentellen Weisungen und Vorgaben und vor allem von tagespolitisch-taktisch begründeten oder gar der eigenen Eitelkeit geschuldeten Wünschen der herausgebenden Vorstände: **Unabhängigkeit im Rahmen einer publizistischen Grundhaltung,** die freilich durch Satzung und Beschlusslage der Organisation geprägt ist. Und diese Unabhängigkeit gehört verbrieft, möglichst in einem Redaktionsstatut. Nur so kommt die journalistische Kompetenz zur Geltung, und Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Gewerkschaftsmedien steigen. Ein solches Konzept mag führenden Gewerkschaftern nicht gefallen, sie sind schließlich vom Kongress gewählt und politisch verantwortlich. Aber die Redaktion muss in der Lage sein, im Widerspruch zum Herausgeber Kontroverses zu publizieren, ohne Sanktionen zu fürchten. •

In der Debatte über die Gewerkschaftsmedien sind zuletzt Beiträge von Wolfgang Storz (*einblick* 21/00) und Jörg Barczynski (*einblick* 23/00) erschienen.

Neues Flaggschiff?

29 Millionen Mark geben die fünf ver.di-Gewerkschaften jedes Jahr aus, um ihre Mitglieder über aktuelle politische Forderungen und interne Debatten zu informieren. Geld, das genutzt werden könnte, um ein Magazin zu finanzieren, das auch am Kiosk Bestand hätte. Das sieht eines von drei Publikationskonzepten vor, die eine Arbeitsgruppe aus den RedakteurInnen der fünf Gründungsgewerkschaften im April 2000 präsentiert hat. Das Ziel: Mit einem attraktiv gestalteten Magazin könnte das Zusammenwachsen der neuen Gewerkschaft unterstützt werden. Beihefter für Fachbereiche und Mitgliedergruppen könnten zudem zielgenau zusätzliche Informationen transportieren.

Denkbar sei auch ein Alternativmodell, bei dem das gemeinsame Mitgliedermagazin durch eigenständige Fachbereichspublikationen ergänzt wird. Möglich wäre auch eine Gewerkschaftszeitung mit gemeinsamen Mantel und Beilagen für Fachbereiche oder Regionen.

Noch hat der Vorstand von Go ver.di nicht entschieden, welches Konzept er favorisiert. Klar ist allerdings, dass die Zeitschriften der fünf Gründungsgewerkschaften nur noch bis Ende 2001 erscheinen. Dann muss das neue Produkt auf dem Markt sein. Und es soll nicht teurer werden als seine Vorgänger.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

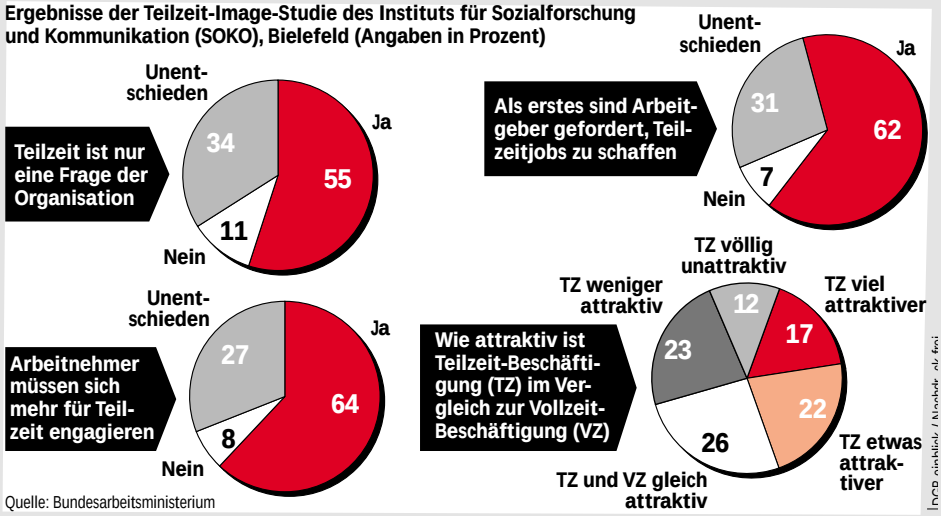
DIES & DAS

die DGB grafik

TEILZEITARBEIT: Großes Interesse trotz Image-Problemen

Das Interesse an Teilzeitarbeit ist größer als erwartet: 55 Prozent der Befragten meinen, die Einführung von Teilzeit sei „nur eine Frage der Organisation“. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des SOKO-Institutes Bielefeld. Eine noch größere Mehrheit erwartet sowohl von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite mehr Engagement für Teilzeitarbeit. Gleichwohl hält ein Drittel Teilzeit für weniger attraktiv als Vollzeit beziehungsweise für völlig unattraktiv.

Ergebnisse der Teilzeit-Image-Studie des Instituts für Sozialforschung und Kommunikation (SOKO), Bielefeld (Angaben in Prozent)



Quelle: Bundesarbeitsministerium

personalien

••• ***Oliver Suchy,*** 31, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Renate Rennebach (SPD), ist ab dem 1. Februar Referatssekretär in der Abteilung Sozialpolitik des DGB-Bundesvorstands in Berlin.

••• ***Nils Kammradt,*** 29, ist nach einem Studium der Politikwissenschaft und der Rechtswissenschaft an der FU Berlin sowie einem Referendariat am Kammergericht Berlin seit dem 17. Januar Referatssekretär in der Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamte des DGB-Bundesvorstands.

••• ***Ralf-Peter Hayen,*** 45, Sekretär der DGB-Rechtsschutz GmbH in Bremen, ist ab dem 1. Februar Referatssekretär in der Abteilung Arbeits-, Sozial- und Mitbestimmungsrecht des DGB-Bundesvorstands. Er folgt ***Jürgen Ratayczak,*** 47, der zum 1. Februar in die Abteilung Gewerkschaftliche Betriebsrätepolitik der IG Metall Vorstandsverwaltung in Frankfurt/M. wechselt.

••• ***Klaus West,*** 44, Referatsleiter in der Grundsatzabteilung des DGB, hat am 1. Januar die Leitung eines Forschungsprojekts der Universität Freiburg über „Bündnisse für Arbeit in Europa“ übernommen. Er ist wegen dieser Funktion bis Juni 2003 vom DGB beurlaubt.

••• ***Dieter Pougin,*** 41, Referatsleiter in der Grundsatzabteilung des DGB, ist in Frankfurt/M. zum Vorsitzenden des Beirats der „Stiftung Auschwitz für die Bundesrepublik Deutschland“ gewählt worden.

14 TAGE

23./24.1. DGB-Bundesvorstand, Klausursitzung, Hattingen

24.1. DGB Baden-Württemberg, Tagung „Frauen und Männer sind gleichberechtigt – auch in der Privatwirtschaft“, mit Bundesministerin Christine Bergmann, Stuttgart

27.1. „Für ein Europa ohne Rassismus“, Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag, Berlin

27.1. DGB Niedersachsen/Bremen, außerordentliche Landesbezirkskonferenz, Wahl des Landesbezirksvorsitzenden, Hannover

27.1. IG Metall, Tagung „Demokratie in den Kleinbetrieb!“, Frankfurt/M.

29.1. TRANSNET, Start der Kampagne „Raus aus dem Stau – Verkehrswende jetzt“, Magdeburg

31.1.-2.2. DPG, Fachtagung „Neu denken – neu handeln. Arbeit, Wirtschaft, Gewerkschaften“, mit Oskar Lafontaine und Dieter Schulte, Berlin

3.2. DGB Rheinland-Pfalz, Tagung „Effektive Beschäftigungspolitik für Rheinland-Pfalz“, Mainz

Schlusspunkt

„Gewerkschaft: Wegen BSE 10 000 Entlassungen“

Schlagzeile der „Osnabrücker Zeitung“ vom 13. Januar über einem Interview mit dem NGG-Vorsitzendem Franz-Josef Möllenberg

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030/85 99 46 24, Fax: 030/85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

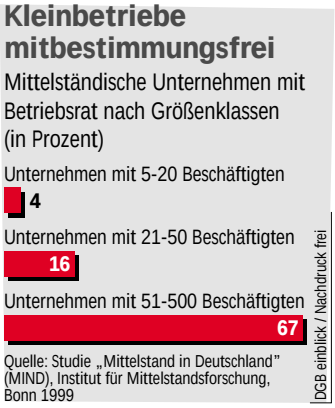
einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 05.02.2001
2/01

Kosten der Betriebsverfassung

Nullsummenspiel für Arbeitgeber

Der Streit um die Reform der Betriebsverfassung spitzt sich zu. Insbesondere gegen die vermeintlichen Kosten der Reform für kleine und mittlere Unternehmen laufen die Arbeitgeber Sturm. Die geplante Herabsetzung der Betriebsgröße für Freistellungen und der Arbeitnehmergrenzzahlen zur Bestimmung der Betriebsratsgröße sowie das erleichterte Wahlverfahren in Betrieben mit bis zu 50 Beschäftigten würden allein das Handwerk mit zusätzlichen Kosten von bis zu 4,4 Milliarden Mark belasten. Das hat Hans-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), erklärt – und gefordert, für Betriebe mit bis zu 50 ArbeitnehmerInnen die institutionelle Form der Mitbestimmung völlig abzuschaffen.

Während Arbeitsminister Walter Riester (SPD) die vom Handwerk errechneten Kostenbelastungen als „Horrorzahlen“ zurückwies, sieht Wirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) „zusätzliche Kosten“ auf kleine und mittlere Unternehmen zukommen. Eine ganz andere Rechnung machen die Gewerkschaften



Die meisten Kleinbetriebe sind „betriebsratsfreie Zonen“.

auf. Das vereinfachte Verfahren für die Wahl von Betriebsräten entlaste allein die Betriebe in der Metall- und Elektroindustrie um mehr als 50 Millionen Mark, so IG Metall-Vorstand Karin Benz-Overhage. Denn nach der Reform sei der dreiköpfige Wahlvorstand, der bislang mindestens acht Wochen tätig sein muss, wohl nur noch an einem Tag aktiv. Führe man das vereinfachte Wahlverfahren, wie von den Gewerkschaften gefordert, für alle Betriebe mit bis zu 100 Beschäftigten ein, erhöhe sich die Kostenentlastung auf über 100 Millionen Mark.

Diese Zahl errechnet sich so: Im Organisationsbereich der IG Metall gab es 1998 rund 6100 Betriebe dieser Größe mit Betriebsrat. Auf der Grundlage der vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ermittelten Kosten für ein Betriebsratsmitglied hat die IG Metall berechnet, dass die Einsetzung des Wahlvorstandes nach der geltenden Regelung 16 700 Mark kostet. Den Preis für die zusätzliche Freistellung von Betriebsratsmitgliedern durch Absenkung der Schwellenwerte von 300 auf 200 Beschäftigte beziffert sie für ihren Organisationsbereich auf insgesamt 113 Millionen Mark – ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass sich der Arbeitsaufwand der anderen Betriebsratsmitglieder erheblich reduziert, wenn ein Mitglied freigestellt ist. „Per Saldo ist der Entwurf für die gesamte Wirtschaft ein Nullsummenspiel“, lautet das Fazit von DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Die Kosten würden im Übrigen mehr als wettgemacht durch die effektive Arbeit der Betriebsräte, die kostenträchtige Konflikte vermeiden helfe.

Wo Betriebsräte in Klein- und Mittelunternehmen arbeiten, funktioniert die Kooperation. Das hat die Mittelstandsstudie MIND im Auftrag von Dresdner Bank und dem Wirtschaftsmagazin *Impulse* ergeben. Danach bezeichnen 65 Prozent der Unternehmer ihr Verhältnis zum Betriebsrat als gut oder sehr gut. „Ohne qualifizierte, sachkompetente und von allen Beteiligten anerkannte Betriebsräte ist heute ein Unternehmen nicht mehr effizient zu führen“, sagt Horst-Dieter Niedenhoff vom Institut der Deutschen Wirtschaft. •

plusminusBERLIN

+ ***Berlins Innensenator Eckart Werthebach (CDU) hat den nicht zu unterschätzenden Beitrag der Sprache zur kulturellen Identität erkannt. Es sei wichtig, „dass Kinder schon früh eine Fremdsprache erlernen und sprechen“. Das dürfe aber nicht zur Missachtung ihrer Muttersprache führen.***

– ***Derselbe Werthebach forderte die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst auf, „mehr auf die deutsche Sprache zu achten“ – und will ein Sprachschutzgesetz wie in Frankreich, nach dem bei Verstoß Geldbußen drohen. Die deutsche Sprache sei „unser Kulturgut Nummer eins, das es zu verteidigen gilt“.***

inhalt

Seite 3
Jobkiller BSE
50 000 Arbeitsplätze in Gefahr

Seite 5
Langfristige Beziehung gesucht
ÖTV, IG BCE und IG BAU wollen mit günstigen Versicherungsverträgen und exklusiven Einkaufsmöglichkeiten Mitglieder gewinnen

Seite 7
Weniger Arbeitslose – mehr Zuwanderung
DGB-Vorstand Heinz Putzhammer fordert eine integrierte Einwanderungs- und Beschäftigungspolitik

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.oekoline.net
Der gewerkschaftsnahe interaktive Fachinformationsdienst zum betrieblichen Umweltschutz

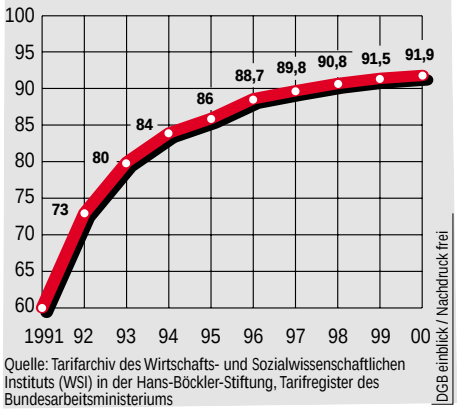
Im Faxabruf
0211/43 01 670
Arbeit 2001 – die beschäftigungspolitischen Schwerpunkte des DGB

POLITIK AKTUELL

Die Tarifeinkommen in Ostdeutschland haben sich denen in Westdeutschland weitgehend angeglichen. Im vergangenen Jahr, zehn Jahre nach der deutschen Einheit, entsprachen die tariflichen Grundvergütungen in den neuen Bundesländern denen in den alten Bundesländern zu 92 Prozent. Das Tempo der Angleichung hat sich 2000 jedoch weiter verlangsamt.

Tempo verlangsamt

Verhältnis des Tarifniveaus Ost – West
1991 bis 2000 (in Prozent)



Quelle: Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Tarifregister des Bundesarbeitsministeriums

wiewardiewoche?

Renate Schöntag, 53, ist Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei Eurest, Deutschlands größtem Cateringunternehmen. Gemeinsam mit anderen Betriebsräten und DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat die Mannheimerin Mitte Januar mit Bundeswirtschaftsminister Werner Müller über die Reform der Betriebsverfassung diskutiert.

Erfreulich war vor allem, dass wir in einer neuen Betriebsstätte die Betriebsratswahl eingeleitet haben. Bereits in zwei Wochen kann dort ein dreiköpfiger Betriebsrat gewählt werden – dank eines erleichterten Wahlverfahrens, ähnlich dem, wie es in der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes vorgesehen ist. Bei Eurest gilt diese Regelung schon seit über zehn Jahren. Möglich wurde sie durch einen Tarifvertrag, den die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten mit dem zuständigen Arbeitgeberverband abgeschlossen hat.

Die Arbeitsbedingungen sind in den verschiedenen Betriebsstätten ganz unterschiedlich, die Zahl der Beschäftigten liegt zwischen 5 und 50, es gibt Kantinen im Ein-, Zwei- oder sogar Dreischichtbetrieb. Das macht die Interessenvertretung vor Ort umso wichtiger. Auch die Betriebsräte in den Eurest-Betriebsstätten mit weniger als 20 Beschäftigten besitzen die vollen Mitbestimmungsrechte bei personellen Einzelmaßnahmen wie Eingruppierung oder Versetzung – anders als im geltenden Gesetz. Das vereinfachte Wahlverfahren, das im Übrigen auch für den Arbeitgeber preiswert ist, hat immerhin in 75 Betriebsstätten eine betriebliche Interessenvertretung ermöglicht.

Die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung klappt recht gut. Sie hat unsere tarifvertraglichen Regelungen nicht bereut und weiß zu schätzen, dass ein guter Betriebsrat immer auch das Wohlergehen des Unternehmens im Kopf hat. Leider schien mir Wirtschaftsminister Müller nicht besonders zugänglich für diese Praxisbeispiele, die zeigen, wie Unternehmen von einer guten Zusammenarbeit mit Betriebsräten profitieren. Deshalb war für mich unser Besuch bei ihm auch eher enttäuschend. Er hat sich gewunden wie ein Aal im Schlick und immer wieder auf das Arbeitgeber-Argument von den immensen Kosten der Gesetzesnovelle verwiesen. Viele Politiker wissen einfach nicht, was an der Basis los ist.

Bündnis für Arbeit

Bericht zur Chancengleichheit

Die Bundesregierung soll die bisherigen Aktivitäten im Bündnis für Arbeit daraufhin überprüfen, ob sie zur Chancengleichheit von Mann und Frau beitragen. Darauf hat sich die Steuerungsgruppe im Bündnis in ihrer letzten Sitzung verständigt. Außerdem soll in der Bündnis-Arbeitsgruppe Beschäftigungsförderung künftig ein besonderer Schwerpunkt auf die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen gelegt werden. •

Betriebsverfassung

Argumente zur Reform

Zu bürokratisch, investitionshemmend und in Zeiten der New Ecomony überholt – mit zahlreichen Einwänden laufen die Arbeitgeber gegen die geplante Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes Sturm. Die DGB-Broschüre „Widerlegt: Arbeitgeberargumente gegen Mitbestimmung“ setzt sich damit auseinander und soll zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Für die Broschüre wird ein Unkostenbeitrag von 2 Mark plus Versandkosten erhoben.

Bestellungen: toennes satz + druck Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Fax 0211/92 00 838, Schwendemann@toennes-gruppe.de

Argumente für die Reform der Betriebsverfassung bietet auch die Studie „Demokratie in den Kleinbetrieb? Was bringt die 2001 geplante Reform des Betriebsverfassungsgesetzes den Klein- und Mittelbetrieben?“, die im Auftrag der IG Metall vom Büro für Sozialforschung Kassel erabeitet wurde. Sie ist in einer Kurz- und einer Langfassung erhältlich. Unkostenbeitrag: 1 Mark pro Exemplar. •

Bestellungen: Fax 069/66 93 21 28 maria.peitz@igmetall.de

geplant... beschlossen

„Sozialer Dialog Berlin“ heißt eine Gesprächsreihe, die der DGB ins Leben gerufen hat. Sie dient der Diskussion und Vermittlung grundsätzlicher gewerkschaftlicher Positionen in der Berliner Politik- und Medienlandschaft und hat den Charakter von Hintergrundgesprächen. Das Thema der ersten Veranstaltung: „Mitbestimmung und Teilhabe“.

Der DGB will seine Standorte elektronisch vernetzen. Mit Hilfe eines Virtuellen Privaten Netzwerks (VPN) sollen ab Ende des Jahres 750 hauptamtliche MitarbeiterInnen sowie 500 Ehrenamtliche online interne Informationen austauschen können. In Gesprächen mit den Gewerkschaften prüft der DGB zudem, wie über das neue Netz auch ein Zugang zum Intranet der Mitgliedsgewerkschaften geschaffen werden kann.

ineigenerSache

Die *einblick*-Redaktion ist umgezogen. Von der DGB-Bundesvorstandsverwaltung an der Hans-Böckler-Straße in Düsseldorf, die komplett umgebaut wird, in die Feldstraße. Geändert hat sich nur die Hausanschrift: **Feldstraße 34, 40479 Düsseldorf.** Postfach-Adresse, Telefon- und Faxnummern sind gleich geblieben, unsere E-Mail-Anschriften und Internet-Adresse sowieso (siehe Impressum).

Jobkiller BSE

50 000 Arbeitsplätze in Gefahr

1000 Arbeitsplätze hat der Rinderwahn schon gekostet, 50 000 könnten es werden, befürchtet Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Die betroffenen Gewerkschaften NGG, IG Bauen-Agrar-Umwelt und IG Bergbau, Chemie, Energie verzeichnen dennoch erste Erfolge im Kampf gegen die BSE-Krise.

Der klassische Domino-Effekt: Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE) schlägt dem Verbraucher auf den Magen, lässt den Rindfleischmarkt zusammenbrechen und treibt ArbeitnehmerInnen erst in die Kurzarbeit, dann in die Arbeitslosigkeit – betroffen sind fast 400 000 Beschäftigte (113 000 auf Schlachthöfen und in der Fleisch verarbeitenden Industrie, 80 000 im Fleischerhandwerk und 12 000 in der Futtermittelindustrie, 190 000 in der Landwirtschaft und 3000 in der Lederindustrie).

Allein die NGG-Betriebsräte haben bereits 1000 Entlassungen registriert, die Gewerkschaft selbst hat bei den Landesarbeitsämtern über 7000 Fälle von Kurzarbeit ermittelt. „Das ist erst der Anfang“, so NGG-Sprecherin Karin Vladimirov, „die große Welle kommt ab Mitte Februar.“ Sie dürfte Recht behalten; die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg besitzt längst höhere Fallzahlen, rückt sie aber nicht heraus.

In der Landwirtschaft sind bislang weder Fälle von Kurzarbeit noch Entlassungen bekannt geworden; die IG BAU rechne aber damit, erklärt Agrarreferent Arnd Spahn: „In Großbritannien ist ein Viertel aller Arbeitsplätze verloren gegangen.“ Auf die Lederindustrie sieht IG BCE-Experte Norbert Mikulski „große Probleme“ zukommen. Häute würden bereits knapp, Schuhpreise steigen. „Ich kann Entlassungen nicht ausschließen.“

Die NGG-Hauptverwaltung hat inzwischen einen Krisenstab gebildet, der alle Informationen aus den Unternehmen sammelt, auswertet und verbreitet. Außerdem startet sie am 5. Februar die Kampagne „Nahrung Gesund Genießen“. „Runde Tische“ mit Politikern, Arbeitgebern und Betriebsräten, Verbraucherschützern und Wissenschaftlern sollen bundesweit Wege aus der Krise finden.

Die Bundesregierung will den Bezug von Kurzarbeitergeld für die von der BSE-Krise betroffenen ArbeitnehmerInnen von 6 auf 24 Monate verlängern. Zusätzlich fordern NGG, IG BAU und IG BCE Ausgleichszahlungen zum Kurzarbeitergeld. NGG-Chef Möllenberg drängt darauf, die Zeit der Kurzarbeit zu nutzen, um die Beschäftigten weiterzubilden und so die Fleischproduktion zu verbessern: „Qualität durch Qualifizierung“ lautet sein Motto, die Krise sei insofern „auch eine Chance“. Er will deshalb mit den Arbeitgebern Tarifverträge zur Qualifizierung abschließen.

Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Bündnis 90/Grüne) hat zugesagt, die geplante Vergabe von Gütesiegeln für Lebensmittel auch an die Einhaltung sozialer Mindeststandards zu knüpfen. Im Klartext: Den Qualitätsstempel erhalten nur die Produzenten, die auch Tarifverträge einhalten. Dasselbe soll, so die Forderung der Gewerkschaften, auch für das von ihnen unterstützte EU-Aufkaufprogramm zur Tötung von 400 000 Rindern gelten: Davon sollten nur die Schlachthöfe profitieren, die Tarifverträge anerkennen.

Die Gewerkschaften befürworten die von der Bundesregierung angekündigte Wende in der Agrarpolitik. Auch in Sachen Verbraucherschutz ziehen sie und die neue Ministerin an einem Strang: NGG-Chef Möllenberg plädiert für „Transparenz vom Acker bis auf den Tisch“ und fordert „eine lückenlose Kennzeichnung von der Stalltür bis zur Ladentheke“. Fleischwarenhersteller und Händler, die Wurst falsch deklarierten, sollten mit drastischen Strafen rechnen müssen. Wer den Zusatz von Rindfleisch in der Wurst unterschlage oder rindfleischhaltige Wurst gar als rindfleischfrei bezeichne, handle kriminell. „Die Verbraucher müssen sich darauf verlassen können, dass nur das in der Wurst ist, was auch drauf steht“, so Möllenberg. Dem Lebensmitteleinzelhandel wirft der NGG-Vorsitzende vor, Preisdrückerei betrieben und dem Verbraucher eingeredet zu haben, es gehe „immer noch billiger, billiger, billiger“. Dabei habe er vergessen, dass Qualität ihren Preis habe: „Jeder Autofahrer zahlt mehr für einen Liter Motoröl als der Verbraucher für das Öl, das er verzehrt.“

Kurzarbeit dank BSE

Betroffene Betriebe und ArbeitnehmerInnen nach Landesarbeitsämtern, vorwiegend in der Fleischindustrie (Stand: 25. Januar 2001)

Landesarbeitsamt	Betriebe	Arbeitnehmer Innen
Baden-Württemberg	1	100
Bayern	-	1388
Berlin/Brandenburg	6	33
Hessen	24	145
Niedersachsen/Bremen	7	180
Norhein-Westfalen	65	2739
Rheinland-Pfalz/Saarland	1	500
Nord	34	1408
Sachsen	4	19
Sachsen-Anhalt/Thüringen	31	664

Quelle: Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)

Allein in der Fleischverarbeitung waren Ende Januar nach offiziellen Angaben über 7000 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen. Tendenz steigend.

Anspruch auf Kurzarbeitergeld

***Die Voraussetzungen** für den Bezug von Kurzarbeitergeld sind im Sozialgesetzbuch III, §§ 169 – 181 geregelt. Danach haben ArbeitnehmerInnen Anspruch auf Kurzarbeitergeld, „wenn ein erheblicher Arbeitsausfall mit Entgeltausfall vorliegt“. Als erheblich gilt ein Bruttoeinkommensverlust von mehr als 10 Prozent, von dem mindestens ein Drittel der Belegschaft betroffen sein muss.*

***Die Dauer** der Geldzahlung beträgt grundsätzlich sechs Monate, das so genannte strukturelle Kurzarbeitergeld kann bis zu 24 Monate gezahlt werden, „wenn für die Arbeitnehmer Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung vorgesehen sind“.*

***Die Höhe** des Kurzarbeitergeldes beträgt für ArbeitnehmerInnen mit Kind 67 Prozent, für Beschäftigte ohne Kind 60 Prozent „der Nettoentgeltdifferenz“. Diese Differenz errechnet sich aus dem Unterschied zwischen Nettoentgelt ohne Arbeitsausfall und Nettoentgelt mit Arbeitsausfall.*

***Kurzarbeitergeld** wird frühestens von dem Kalendermonat an geleistet, in dem die Anzeige über den Arbeitsausfall beim Arbeitsamt eingegangen ist.*

Im Internet

www.politik-digital.de

Linksammlung zum Thema BSE: Zahlen, Daten und Fakten zum Rinderwahn

Ruhrfestspiele Recklinghausen

„Mut, sag ich, Mut“

Das Motto des 11. Europäischen Festivals der Ruhrfestspiele Recklinghausen vom 1. Mai bis 24. Juni wurde aus Schillers „Die Räuber“ entlehnt: „Mut, sag ich, Mut“. Ein Tag der Spielzeit, der 26. Mai, ist der Menschenrechtsorganisation amnesty international und ihrem Kampf gegen Folter gewidmet. Neben Produktionen bekannter internationaler Ensembles wie dem Wiener Burgtheater, dem kanadischen „Cirque Éloize“ oder dem Bahia Ballett aus Brasilien werden Soloabende renommierter KünstlerInnen wie Hanna Schygulla, Klaus Maria Brandauer oder Lisa Fitz geboten. Als Eigenproduktion präsentieren die Ruhrfestspiele zwei „Komödien um ArMut“. Festivalleiter Hansgünther Heyme bringt Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig“ und Goldinis „Der Diener zweier Herren“ auf eine ungewöhnliche Bühne: Spielstätte ist das Bergwerk Blumenthal/Haard, die letzte Zeche in Recklinghausen.

Dem portugiesischsprachigen Kulturraum ist das Weltmusik-Festival gewidmet, das das junge forum vom 9. bis 12. Mai veranstaltet. Es treten auf: Madredeus (Portugal), Márcio Faraco (Brasilien), Sara Tavares (Kapverden), Bonga (Angola). •

Kartenstelle der Ruhrfestspiele
Große-Perdekamp-Straße 25-27
45657 Recklinghausen
Fax: 0 23 61 / 92 18 18
101470.2375@compuserve.com
www.ruhrfestspiele.de

Techno-Beratung (I)

Was bringt Gleitzeit?

Gleitzeit, Jahresarbeitszeit oder Ampelkonten bringen den Unternehmen viele Vorteile. Ob auch die Beschäftigten davon profitieren und worauf Betriebs- und Personalräte achten müssen, zeigt ein Workshop der Technologie- und Innovationsberatung für Arbeitnehmer (TIB). Das Seminar „Arbeitszeitgestaltung – Chancen und Risiken für ArbeitnehmerInnen bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit“ findet sowohl am 6./7. März als auch am 30./31. Mai in Hamburg statt und kostet 960 Mark. •

TIB, Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
a.schmitt@tib-hamburg.de

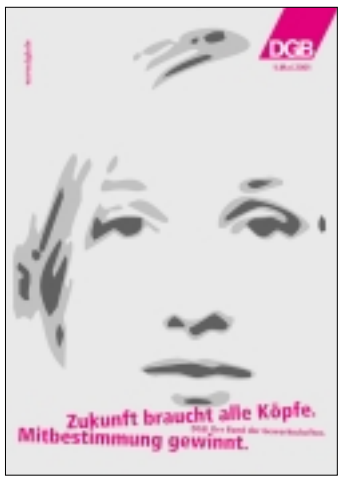
Techno-Beratung (II)

Krisen früh erkennen

Unternehmenskrisen entstehen nicht über Nacht, aber wenn sie ausgebrochen sind, ist es für die Rettung der Arbeitsplätze oft zu spät. Mit der Broschüre „Früherkennung betrieblicher Erfolgs- und Beschäftigungspotenziale“ (7 Mark plus Porto) stellt die Technologieberatungsstelle (TBS) Nordrhein-Westfalen jetzt eine Handlungshilfe für Betriebsräte zur Verfügung, mit der sie ihre betriebliche Situation analysieren und Initiativen zur Beschäftigungssicherung starten können. Die Broschüre stellt typische Gefährdungsstadien der Unternehmensentwicklung dar und ist damit bei der Identifizierung gefährdeter Betriebe behilflich. •

Fax: 0208/8 20 76 41

Am 1. Mai 2001 wirbt der DGB für das neue Betriebsverfassungsgesetz mit dem Slogan „Zukunft braucht alle Köpfe. Mitbestimmung gewinnt.“ Zur Unterstützung der Gesetzesreform hat der DGB-Bundesvorstand für die Zeit bis zur geplanten Verabschiedung der Novelle im Sommer einen Aktionsplan beschlossen. Geplant sind



Informationsveranstaltungen, Postkartenaktionen und Unterschriftensammlungen.

Arbeitsschutz

DASA bietet Rückentest an

Zwei Drittel aller Erwerbstätigen haben Rückenprobleme. Grund genug für die Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA), sich auch diesem Thema zu widmen. Bis Ende April können BesucherInnen ihre Rückenmuskulatur kostenlos testen und sich ein Trainingsprogramm erstellen lassen. Jeweils dienstags und mittwochs von 9.30 bis 12.30 Uhr sowie am 24./25. Februar und 31. März/1.April von 13 bis 17 Uhr. •

DASA, Friedrich-Henkel-Weg 1-25
44149 Dortmund-Dorstfeld
Tel.: 0231 / 90 71 645

Weiterbildung

BIBB schreibt Wettbewerb aus

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) schreibt im April/Mai den Weiterbildungs-Innovations-Preis (WIP) 2001 aus. Voranmeldungen unter Fax: 0228 / 1 07 29 55. Eine Darstellung aller zum WIP 2000 eingereichten Weiterbildungskonzepte bietet die Broschüre „Qualifikationsprofile innovativer Weiterbildung“ (15 Mark). •

Fax: 0228 / 1 07 29 67

Fahrtkostenzuschüsse

Und es gibt sie doch

Flächentarifverträge mit Fahrtkostenzuschüssen gibt es nicht, hat *einblick* behauptet (*einblick* 1/01: „Powern für Pendler“). „Falsch“, korrigiert die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Bereits seit 1997 gelte für die 32 000 Beschäftigten des Hamburger Gastgewerbes ein Manteltarifvertrag, der für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel einen Zuschuss von 10 Mark monatlich gewährt. •

Ernst-Oliver.Schulte@ngg.net

interregio

••• ***Hartmut Tölle,*** der neue DGB-Landesbezirksvorsitzende von Niedersachen/Bremen, hat sich ***drei Schwerpunkte gesetzt:*** Die Bildungspolitik müsse zum vorrangigen Thema im Bündnis für Arbeit werden, erklärte er. Zur DGB-Reform kündigte der niedersächsische DGB-Chef an, 18 DGB-Kreise zu 9 Regionen zusammenzuführen und 2002 einen gemeinsamen Bezirk mit Sachsen-Anhalt zu bilden. Tölle wurde am 27. Januar mit 96 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt. Mehr Infos: Ulf Birch, Tel. 0511 / 1 26 01 32

••• ***Fritz Schösser,*** DGB-Vorsitzender von Bayern und SPD-MdB, hat eine ***persönliche Erklärung zur Rentenrefom*** abgegeben, der sich 43 weitere SPD-Abgeordnete angeschlossen haben. Sie stimmten dem Gesetzesentwurf im Bundestag zwar zu, kritisieren die private Altersvorsorge aber als „Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung“. Mehr Infos: Heide Langguth, Tel. 089 / 54 33 02 40

Mitglieder-Service

Langfristige Beziehung gesucht

Anfang April ist der ÖTV Mitglieder-Vorteil-Service zwei Jahre am Markt. Er ist Vorbild für die nur wenige Monate später gegründeten Service-Gesellschaften von IG Bergbau, Chemie, Energie und IG Bauen-Agrar-Umwelt. Die Idee: Günstige Versicherungsverträge und exklusive Einkaufsmöglichkeiten sollen die ArbeitnehmerInnen für die Gewerkschaft gewinnen.

Das Konzept ist politisch „nicht unumstritten“, weiß Hans-Dieter Brand, Geschäftsführer der Mitglieder-Service GmbH der IG BCE. „Es ist mühsam, die Vorteile eines exklusiven Serviceangebots in die Köpfe zu transportieren.“ Für die ArbeitnehmerInnen sind Gewerkschaften für Tariferhöhungen zuständig, für den Schutz der Arbeitsplätze und die Sicherung der Rente. Nicht für den Abschluss eines günstigen Handy-Vertrags oder die private Altersversicherung. Die Service-Gesellschaften sehen ihr Angebot deshalb nicht als Konkurrenz zu den gewerkschaftlichen Kernleistungen, sondern als Zusatznutzen. Als ein Argument, das die Attraktivität der Gewerkschaften steigern soll.

Damit dieses Ziel erreicht wird, gibt es eine strikte Trennung zwischen der Gewerkschaft als Ideengeberin auf der einen und den Unternehmen, die als Produktgeber spezielle Angebote und Dienstleistungen entwickeln, auf der anderen Seite. Während die Gewerkschaften die Unternehmen auswählen und über die Qualität der Produkte wachen, haften die Unternehmen für den wirtschaftlichen Erfolg. Produktgeber sind bislang vor allem den Gewerkschaften nahe stehende Unternehmen: Volksfürsorge und BHW, die Direktbank DiBa und DGB-Reisen in Dortmund. Aber auch Handy-Anbieter und die Einkaufsgemeinschaft Europlus gehören dazu, seit November auch der Buchvertrieb Buch & Mehr.

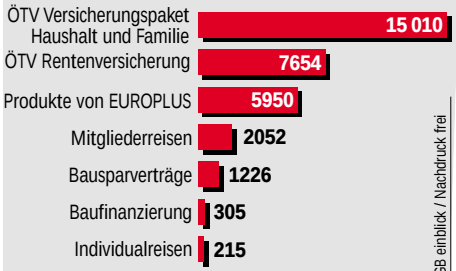
Noch befinden sich die Service-Gesellschaften im Aufbau, aber erste Trends sind erkennbar: Zwischen ein und zwei Prozent der Mitglieder von ÖTV, IG BCE und IG BAU haben auf das Angebot reagiert. Gefragt sind vor allem Familienversicherungen, Bauspar- und Rentenverträge, bei der IG BAU auch Kredite. Weniger gefragt sind Autos. Zwar haben viele IG BCE-Mitglieder bei Europlus einen Preisvergleich eingeholt, bestellt haben sie das Auto aber überwiegend woanders. „Das ist Wettbewerb“, kommentiert Hans-Dieter Brand das Kaufverhalten der Mitglieder.

Eine Chance haben die Produkte nur, wenn sie besser sind als die anderer Anbieter. Das gilt nicht nur für den Preis, auch der Service muss stimmen. Ziel sei nicht das „freie Wildern am Markt auf der Suche nach tagesaktuellen Billigangeboten“, betont Willi Mück, Geschäftsführer des ÖTV Mitglieder-Vorteil-Service. Billiganbieter würden vor allem auf Kosten der Beschäftigten sparen, indem sie beispielsweise die Provision der Vertriebsmitarbeiter radikal zusammenstreichen.

An die Produktgeber stellen die Gewerkschaften deshalb hohe Anforderungen. Beim BHW und bei der Volksfürsorge müssen die MitarbeiterInnen sogar lizensiert werden, bevor sie für die Service-Gesellschaften auftreten. Auch die Unternehmen setzen auf Qualität. „Das schnelle Geld gibt es bei uns nicht“, erklärt Wilfried Volz, Verantwortlicher für die Betriebsberater der BHW. Schließlich hätten viele Gewerkschafter nicht nur an die Neue Heimat schlechte Erinnerungen, sondern auch an Versicherungsunternehmen. •

Renten- und Haushaltsversicherungen gefragt

Vertragsabschlüsse und verkaufte Produkte des ÖTV Mitglieder-Vorteil-Service April 1999-Juli 2000



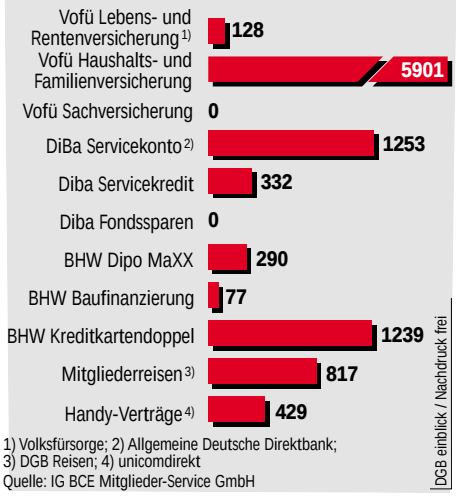
Quelle: ÖTV Service GmbH für Dienstleistungen

Nach der ersten Zwischenbilanz, die der ÖTV Mitglieder-Vorteil-Service im November 2000 vorgelegt hat, sind vor allem Versicherungen gefragt.

10 466 von 891 587 Mitgliedern haben im vergangenen Jahr die Angebote des IG BCE Mitglieder-Service genutzt.

Rückmeldungen von mehr als einem Prozent der Mitglieder

Vertragsabschlüsse 2000 der IG BCE Mitglieder-Service GmbH (Stand: Dezember 2000)



1) Volksfürsorge; 2) Allgemeine Deutsche Direktbank; 3) DGB Reisen; 4) unicomdirekt
Quelle: IG BCE Mitglieder-Service GmbH

Handy von der Gewerkschaft

Die DPG unterhält eigene Ferienhotels und vermittelt ihren Mitgliedern günstige Handys. Und IG Medien-Mitglieder erhalten bessere Konditionen bei der Lebensversicherung. Die Idee, die Nachfragemacht der Gewerkschaftsmitglieder zu bündeln, um günstigere Bedingungen am Markt durchzusetzen, ist nicht ganz neu. Aber nirgendwo wird sie so konsequent umgesetzt wie in den Mitglieder-Service-Gesellschaften von ÖTV, IG BCE und IG BAU, die in den vergangenen zwei Jahren gegründet wurden.

Erstellt werden die Dienstleistungen nicht von den Gewerkschaften, sondern von damit beauftragten Unternehmen, die auch das wirtschaftliche Risiko tragen. Präsentiert werden die Angebote in den Mitgliederzeitschriften und im Internet:

- ***ÖTV Mitglieder-Vorteil-Service***
  Service-Hotline:
  0 18 05 / 99 96 00
  www.bitteschoen24.de
- ***IG BCE Mitglieder-Service***
  Service-Hotline:
  0180 / 5 04 42 23
  www.igbce-mitgliederservice.de
- ***IG BAU-Mitglieder-Service***
  Service-Hotline:
  0180 / 5 07 07 77
  www.igbau-mitgliederservice.de
  (ab März 2001)

kurz&bündig

ÖTV, IG Metall, IG BAU und die DAG haben die Bundesregierung aufgefordert, ein Gesetz zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zur Energiegewinnung vorzulegen. Die geplante Quotenregelung für KWK sei ein erster Schritt, diese Technologie wettbewerbsfähig zu machen. Für den Standort Deutschland habe die KWK erhebliche umwelt- und beschäftigungspolitische Vorteile.

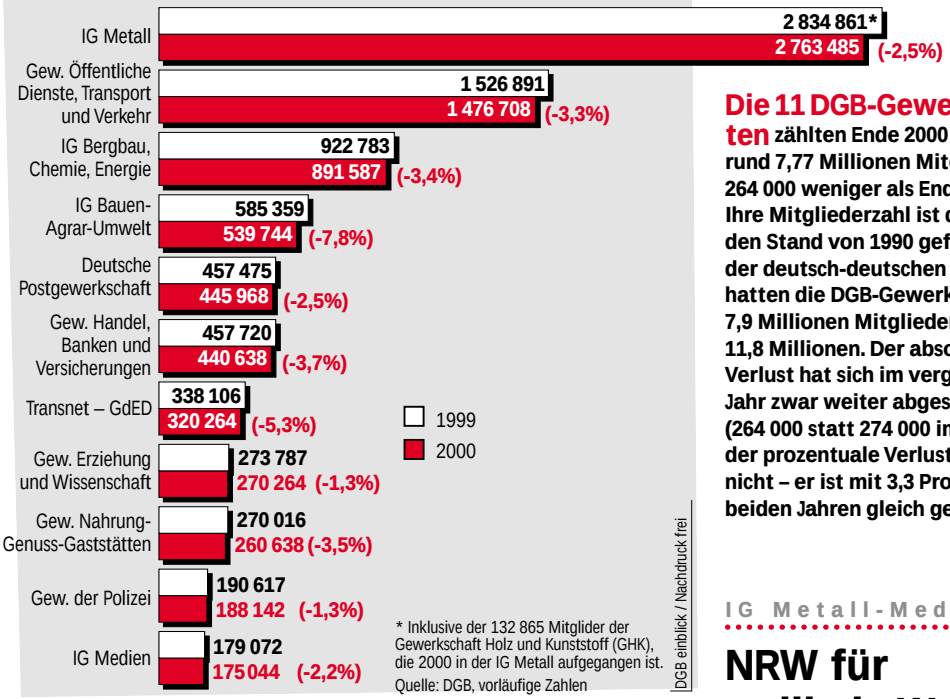
Die IG BCE lehnt die Einführung einer Quote für Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen in der Energiebranche ab. Im Vordergrund der Energiediskussion müsse die Senkung der Emissionen stehen, so der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt. Die IG BCE hatte bereits im November 2000 ein eigenes Konzept zur Schadstoffreduzierung vorgelegt.

Die IG Medien wirft der Deutschen Bahn AG vor, die Arbeit von JournalistInnen massiv behindert zu haben. Die Bahn hatte die Berichterstattung über eine Demonstration gegen Castor-Transporte am 21. Januar untersagt und JournalistInnen durch den Bundesgrenzschutz von den Bahnanlagen vertreiben lassen.

Die GEW und der Zentralrat der Juden in Deutschland haben eine intensivere Zusammenarbeit vereinbart. Mit Fremdenfeindlichkeit müssten sich besonders Schulen auseinander setzen.

264 000 Mitglieder weniger

DGB-Mitgliederentwicklung 1999/2000



* Inklusive der 132 865 Mitglieder der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), die 2000 in der IG Metall aufgegangen ist.

Quelle: DGB, vorläufige Zahlen

DGB einblick / Nachdruck frei

Die 11 DGB-Gewerkschaften zählten Ende 2000 rund 7,77 Millionen Mitglieder, 264 000 weniger als Ende 1999. Ihre Mitgliederzahl ist damit unter den Stand von 1990 gefallen: Vor der deutsch-deutschen Vereinigung hatten die DGB-Gewerkschaften 7,9 Millionen Mitglieder, danach 11,8 Millionen. Der absolute Verlust hat sich im vergangenen Jahr zwar weiter abgeschwächt (264 000 statt 274 000 im Jahr 1999), der prozentuale Verlust jedoch nicht – er ist mit 3,3 Prozent in beiden Jahren gleich geblieben.

Imagekampagne

ver.di trennt sich von Agentur

Die ver.di-Gewerkschaften DAG, ÖTV, DPG, HBV und IG Medien haben ihre Zusammenarbeit mit der Berliner Werbeagentur Scholz & Friends beendet. Erst im Nachhinein habe sich herausgestellt, dass sie auch die Arbeitgeber-Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ betreut. Die geplante 10 Millionen Mark teure Imagekampagne soll trotzdem auf dem ver.di-Gründungskongress am 19. März in Berlin starten. •

?...nachgefragt

Foto: Johannes. Haas

Die IG Bauen–Agrar–Umwelt (IG BAU) hat im vergangenen Jahr mit 7,8 Prozent die relativ meisten Mitglieder verloren. Ihr Bundesvorsitzender Klaus Wiesehügel, 47, sieht dennoch nicht schwarz.

Wir haben in der Bauwirtschaft in den letzten Jahren fast 400 000 Arbeitsplätze verloren. Das erklärt im Grunde schon, warum wir so viele Mitglieder verloren haben. Dennoch haben wir nach der erfolgreichen Werbeaktion 1998/99 den positiven Trend bei den Neuaufnahmen in 2000 verstärken können. Wir haben sieben Prozent mehr Mitglieder geworben als 1999. Das hat die Zahl der Neuaufnahmen auf 31 750 erhöht. Die Zahl der organisierten Auszubildenden haben wir sogar um 18 Prozent auf 16 180 steigern können. Unsere Werbeanstrengungen sind keine Strohfeuer, sondern inzwischen Teil unseres Alltagsgeschäfts. Außerdem werden wir uns künftig stärker den Branchen außerhalb des Bauhauptgewerbes widmen. Dem Garten- und Landschaftsbau und dem Gebäudemanagement zum Beispiel. Da und anderswo gibt's eine Menge Nachholbedarf.

IG Metall-Medien

NRW für radikale Wende

Heftige Kritik am Medienkonzept ihrer Gewerkschaft üben die nordrhein-westfälische IG Metall-Redakteurin Waltraud Bierwirth und sieben Bevollmächtigte des IG Metall-Bezirks NRW. Nach der Umstellung der Mitgliederzeitung *metall* von vierzehntägliche auf monatliche Erscheinungsweise, ihrer Reduzierung auf zehn Ausgaben im Jahr und dem Aufbau von Zielgruppenmedien verfüge die Gewerkschaft über kein Publikationsorgan mehr, „das die Interessen aller Mitglieder integriert“. Vorgeschlagen wird, *metall* wieder zwölf Mal jährlich erscheinen zu lassen, den Heftumfang von 32 auf 56 Seiten zu erweitern sowie die regionale und lokale Berichterstattung auszudehnen. Die regelmäßige Herausgabe der Zielgruppenmedien solle aufgegeben werden.

Laut IG Metall-Sprecher Claus Eilrich werden die NRW-Vorschläge in den Medienbericht einbezogen, den der Vorstand Mitte März diskutieren will. Möglicherweise werde das Medienangebot der IG Metall partiell korrigiert, für grundlegende Änderungen aber bestehe keine Notwendigkeit. •

Einwanderungsdebatte

Weniger Arbeitslose – mehr Zuwanderung

Mittelfristig führt an zusätzlicher Einwanderung von Arbeitskräften kein Weg vorbei. DGB-Vorstand Heinz Putzhammer fordert eine integrierte Einwanderungs- und Beschäftigungspolitik.

Die durch die Greencard ausgelöste Diskussion über die deutsche Einwanderungspolitik hat zwei entscheidende Probleme aufgedeckt:

1. Bereits seit Jahren warnen Bevölkerungs- und Sozialwissenschaftler vor einem 2010 beginnenden **dramatischen Rückgang der Bevölkerung und damit des Arbeitskräftepotenzials.** Gleichzeitig ist der deutsche Arbeitsmarkt nach wie vor von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, insbesondere in Ostdeutschland sowie bei gering Qualifizierten und Migranten.

Die Erweiterung der Europäischen Union wird zur Einwanderung von Arbeitskräften führen, die zum großen Teil mit einheimischen Arbeitslosen konkurrieren. Die Gewerkschaften befürchten gerade vom Einsatz kurzfristig entsandter ArbeitnehmerInnen eine Verschärfung der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Daher haben sie Übergangsfristen für die Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit gefordert. Sie sind der Auffassung, dass die Einwanderungspolitik sowohl die Folgen der Erweiterung der EU als auch die Situation auf dem einheimischen Arbeitsmarkt berücksichtigen muss.

2. Das deutsche Ausländerrecht ist auf Abwehr von Zuwanderung ausgerichtet und entspricht nicht den Erfordernissen einer globalisierten Weltwirtschaft. Gerade Asylbewerber und ihre Familienangehörige hatten auf Grund der Einschränkungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt nicht die Möglichkeit, für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen. Die Bundesregierung hat mit der Reduzierung der Wartefrist auf 12 Monate einen ersten Schritt getan. Jetzt muss das Ausländerrecht den Zielen einer Einwanderungsgesellschaft angepasst werden.

Die Gewerkschaften sind der Überzeugung, dass Deutschland mittel- und langfristig Einwanderung benötigt, auch wenn wir damit nicht die negative Bevölkerungsentwicklung aufhalten können. Einwanderung trägt aber mit dazu bei, **die Systeme der sozialen Sicherheit zu stabilisieren.** Daher fordern wir seit langem ein Einwanderungsgesetz, in dem die Bedingungen für die Einwanderung aus wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gründen geregelt werden. Die von der CDU/CSU geforderte Einschränkung des Grundrechts auf Asyl lehnen wir genauso ab wie Einschränkungen bei der Zuwanderung von Spätaussiedlern und jüdischen Migranten aus der ehemaligen UdSSR.

Foto: Inge Werth

DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, 59, ist zusammen mit dem DAG-Vorsitzenden Roland Issen, 63, Vertreter der Gewerkschaften in der von der Bundesregierung eingesetzten „Kommission Zuwanderung".

Einwanderung von Arbeitskräften ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Maßnahmen zur Integration dürfen nicht entsprechend der Haushaltslage eingeschränkt werden. Daher muss der Anspruch auf Basisintegrationsleistungen gesetzlich fixiert werden. Integration beginnt bereits im Herkunftsland. Bereits dort sollte eine erste Beratung stattfinden, die über Arbeitsmöglichkeiten und Gesellschaft der Bundesrepublik informiert. Nötig sind auch Basissprachkurse.

Nach der Einreise steht eine obligatorische Beratung am Anfang. Darin sollen individuelle Eingliederungshilfen erarbeitet werden. Zu den Basisfördermaßnahmen gehört zudem ein Sprachkurs. Neben Informationen über Gesellschaft und Kultur müssen auch Maßnahmen zur beruflichen Orientierung angeboten werden. Diese Kurse sind von den Arbeitsämtern und den Bildungsträgern zu organisieren. Die Basisintegrationsmaßnahmen sollten in den ersten 12 Monaten abgeschlossen werden. Die Kosten hierfür müssen vom Bund getragen werden. Dazu gehört aber nicht die berufliche Qualifizierung. Sie ist Aufgabe der Unternehmen. Die Unternehmen, die die Einwanderung von Arbeitskräften fordern, dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung für die Finanzierung stehlen. Sie müssen an den Kosten für die Integration beteiligt werden.

Einwanderung von Arbeitskräften ist ohne eine mittelfristige Planung nicht möglich. Dazu muss eine Einwanderungskommission aus Vertretern von Bundesregierung und Sozialpartnern eingerichtet werden. **Einwanderung ist nicht ohne die Akzeptanz in der Bevölkerung durchsetzbar.** Daher ist eine umfassende Informationskampagne unerlässlich. Die Bundesregierung täte gut daran, bereits jetzt damit anzufangen und nicht auf den kommenden Bundestagswahlkampf zu warten. •

Einwanderungsland Deutschland

Einen „weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe" wollte Bundeskanzler Gerhard Schröder mit seiner Greencard-Debatte starten. 20 000 IT-Spezialisten sollten weltweit abgeworben werden. Eingestellt hat die Wirtschaft hingegen nur 4000.

Längst hat die Greencard-Debatte die Grenzen der IT-Branche gesprengt. Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird inzwischen selbst von der Union nicht mehr bestritten. Gestritten wird nur noch über die Bedingungen der Einwanderung.

Bis August will die von der Bundesregierung im vergangenen Jahr eingesetzte „Unabhängige Kommission Zuwanderung" ihre Empfehlungen vorlegen. Die von der CDU-Politikerin Rita Süssmuth geleitete Kommission soll neben den Fragen der Einwanderung aus wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gründen auch über notwendige Integrationsmaßnahmen und Veränderungen beim Asylverfahren nachdenken. Ihre Empfehlungen sollen zudem in die Überlegungen zur Entwicklung eines europäischen Gesamtkonzepts einfließen.

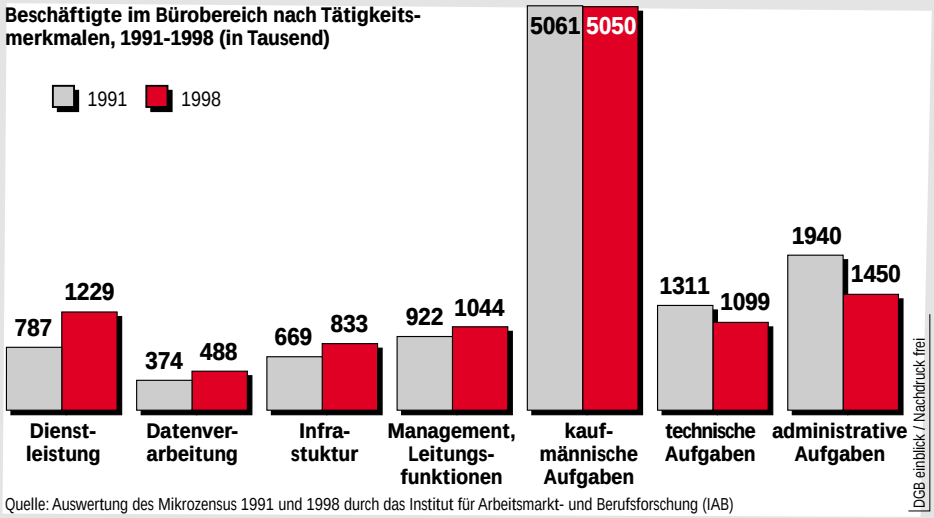
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

BÜROBERUFE: Sättigungsgrenze erreicht

Bis 2010 steigt der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor auf 76 Prozent. Der größte Teil der Neuzugänge muss jedoch einen Arbeitsplatz außerhalb des Büros finden. Dort ist die Sättigungsgrenze bereits erreicht: Nach kräftigen Zuwächsen in den siebziger und achtziger Jahren ist in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Bürojobs nur noch um ein Prozent (plus 130 000) gestiegen, im technischen (minus 16 Prozent) und im administrativen Sektor (minus 24 Prozent) war sie sogar rückläufig.



Quelle: Auswertung des Mikrozensus 1991 und 1998 durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

14 TAGE

14./15.2. Otto-Brenner-Stiftung, Workshop „Aufgaben und Perspektiven der kritischen Gewerkschaftstheorie", Frankfurt/M.

15.2. ÖTV, Deutscher Städtetag, Tagung „Umweltschutz und Beschäftigung durch Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung", Berlin

15.-18.2. DGB Nordrhein-Westfalen, Workshop „Einkommensgestaltung auf betrieblicher Ebene", Düsseldorf

16.-18.2. HBV, Bundesfrauenkonferenz, Leipzig

17.2. DGB Baden-Württemberg, Demonstration „Junge Leute braucht das Land – Altersteilzeit im Öffentlichen Dienst", Stuttgart

personalien

••• ***Dr. Michael Rediske,*** 47, Ex-Chefredakteur der *tageszeitung* und IG Medien-Vertreter im Deutschen Presserat, ist seit dem 1. Februar Redaktionsleiter der IG Metall-Publikationen *metall* und *direkt.*

••• ***Bernhard Schulz,*** 39, Pressereferent des DGB-Bundesvorstands in Berlin, ist seit dem 1. Januar Leiter des Sekretariats des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte.

••• ***Dr. Christel Degen,*** 37, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), ist seit dem 15. Dezember Referatsleiterin mit dem Schwerpunkt Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

••• ***S. Oliver Lübke,*** 48, Referatsleiter für berufliche Bildung beim DGB-Bundesvorstand, ist Ende Dezember 2000 ausgeschieden.

••• ***Ingrid Sehrbrock,*** 52, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, ist als Nachfolgerin von ***Regina Görner,*** 50, zur Vorsitzenden der christlich-demokratischen DGB-GewerkschafterInnen gewählt worden.

••• ***Rüdiger Holecek,*** 47, Pressesprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP), ist auch Chefredakteur der GdP-Zeitschrift Deutsche Polizei. Er folgt ***Adalbert Halt,*** 58, der zum 31. Januar in Altersteilzeit gegangen ist.

••• ***Julia Diamé,*** 33, Projektmanagerin bei der Berliner Agentur Piranha Kultur, ist seit dem 1. Februar Geschäftsführerin des jungen forum Recklinghausen, der Kulturwerkstatt der DGB-Jugend. Sie folgt ***Jürgen Krings,*** 48, der jetzt als Projektleiter bei der Projekt Ruhr GmbH arbeitet.

••• ***Christian Paulsen,*** 39, Geschäftsführer der Unternehmen der Bund-Verlagsgruppe (Bund-Verlag, AiB Verlagsgesellschaft, Buch & Mehr, einblick Verlagsgesellschaft), und ***Dr. Martin Wolmerath,*** 39, bisher Verlagsleiter der AiB Verlagsgesellschaft, sind zu neuen Geschäftsführern der ISA Consult Beratungsgesellschaft mbH, Bochum, bestellt worden und lösen den bisherigen Geschäftsführer, ***Dr. Heinrich Lienker,*** 48, ab. Neuer Leiter des AiB-Verlags ist seit dem 1. Februar ***Dr. Jürgen Schmidt,*** 47, Leiter Programm und Herstellung beim Bund-Verlag.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030/85 99 46 24, Fax: 030/85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Die Wirtschaft ist bereit, im Bündnis weiter mitzuwirken – allerdings mit der Einschränkung, dass das Betriebsverfassungsgesetz nicht in dieser Form geändert wird."

Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, zur Ankündigung der Bundesregierung, die Gespräche im Bündnis für Arbeit Anfang März fortzusetzen.

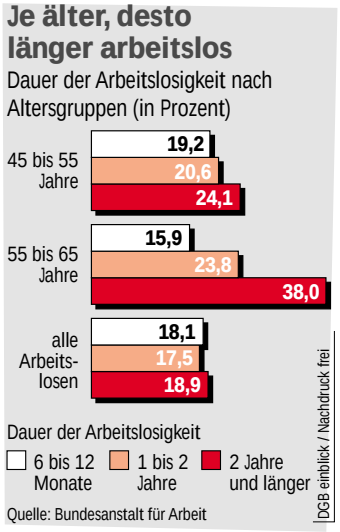
einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.02.2001
3/01

Bündnis für Arbeit

Arbeitgeber auf Ideenklau

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fordert einen „grundlegenden Richtungswechsel in der Beschäftigungs- und Tarifpolitik zu Gunsten älterer Arbeitnehmer". Und dieser „Paradigmenwechsel" müsse beim siebten Spitzentreffen des Bündnisses für Arbeit, das voraussichtlich am 4. März stattfindet, eingeleitet werden, so BDA-Hauptgeschäftsführer Reinhard Göhner. Diese neuen Töne hatten ein durchweg positives Presse-Echo: „Ältere sind wieder gefragt."

Dabei handelt es sich gar nicht um eine BDA-Forderung. Bereits Ende 2000 haben die Partner in der Bündnis-Arbeitsgruppe Beschäftigungsförderung / aktive Arbeitsmarktpolitik einen dreiseitigen „Beschlussvorschlag" zur „Verbesserung der Beschäftigungsaussichten älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" vereinbart – ohne öffentlichen Wirbel zu veranstalten. Die Diskussion darüber steht laut Gerd Andres, Staatssekretär von Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD), im Mittelpunkt der nächsten Bündnisrunde.



Am Stichtag 30. September 2000 waren von insgesamt 3,7 Millionen Arbeitslosen 1,6 Millionen zwischen 45 und 65 Jahre. Von Langzeitarbeitslosigkeit sind Ältere fast durchweg stärker betroffen als der Durchschnitt aller Arbeitslosen.

Anstelle der vorzeitigen Ausgliederung Älterer aus dem Erwerbsleben sollen künftig die vorbeugende Verhinderung von Arbeitslosigkeit und die Wiedereingliederung bereits Arbeitsloser das vorrangige Ziel der Arbeitsmarktpolitik sein. Das gebiete nicht nur die verbesserte Beschäftigungssituation und die zunehmende Arbeitskräfteknappheit in bestimmten regionalen und berufsfachlichen Teilarbeitsmärkten, sondern auch die Tatsache, dass das frühe Ausscheiden Älterer hohe gesamtgesellschaftliche Kosten verursache.

Zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Arbeitsloser schlagen die Bündnispartner deshalb vor, bei den Eingliederungszuschüssen für ältere ArbeitnehmerInnen die bisherige Altersgrenze von 55 auf 50 Jahre herabzusetzen. Diese bislang nur durch Rechtsverordnung bis Jahresende mögliche besondere Förderung Älterer habe sich bewährt und solle – befristet bis 2006 – gesetzlich verankert werden. Darüber hinaus solle der Zuschuss nicht erst bei bestehender Langzeitarbeitslosigkeit gezahlt werden, sondern bereits dann, wenn sie droht.

Für vorrangig halten die Bündnispartner jedoch eine Qualifizierungsoffensive zu Gunsten älterer Beschäftigter. Deren Weiterbildung sei zwar in erster Linie Sache der Unternehmen, aber die Bundesanstalt für Arbeit könne hier „Schrittmacherdienste" leisten. Vorgeschlagen wird, dass sich die Arbeitsämter „für einen befristeten Zeitraum von vier Jahren an der Finanzierung der Weiterbildungskosten von Arbeitnehmern über 50 Jahre" beteiligen. Voraussetzung für die Förderung soll das Fortbestehen des Beschäftigungsverhältnisses sein.

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer überbewertet die Bedeutung dieser Verabredungen nicht: „Es sind kleine, vernünftige Schritte." Wichtiger sei, „dass sich in den Köpfen etwas ändert – dass es nicht mehr heißt, Ältere hätten auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen." •

plusminusBERLIN

+ ***Ludwig Georg Braun, neuer Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, will die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern. Statt Experten über Green Cards ins Land zu holen, müsse „mehr in Bildung, Betreuung und Ganztagsschulen investiert werden, um das Potenzial der Frauen zu heben".***

– ***Laurenz Meyer, CDU-Generalsekretär, fürchtet „wachsenden Einfluss der Gewerkschaften". Im Interview mit der „Financial Times Deutschland" beschwor er die Gefahr, dass Gewerkschaften über mögliche zukünftige Pensionsfonds Druck auf Unternehmen ausüben, die in diese Fonds investiert haben.***

inhalt

Seite 3
Arbeitserlaubnis
Alle Ausländer haben die Chance auf einen Job – theoretisch

Seite 5
Industrielle Dienstleistungen
IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG und Transnet bauen ihre Zusammenarbeit aus

Seite 7
Bündnisse für Ausbildung
Erste Erfolge bei der Sicherung ausreichender Ausbildungsangebote entdeckt

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.bibb.de/ausbildungskonsens
Die Internetadresse des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Verbesserung der betrieblichen und regionalen Ausbildungsplatzsituation

Im Faxabruf
0211 / 43 01 657
Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand im Rahmen des Bündnisses für Arbeit

Überstunden

Gehören in den Arbeitsvertrag

Fordert ein Arbeitgeber Überstunden, muss die Verpflichtung zur Mehrarbeit im Arbeitsvertrag verankert sein. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden (Aktenzeichen C-350/99). Anlass war der Rechtsstreit zwischen einem Bremer Dreher und seinem Arbeitgeber. Der Arbeitnehmer hatte Überstunden verweigert, weil sein Arbeitsvertrag keine Angaben über die Leistung von Mehrarbeit enthielt; die Firma hatte ihm daraufhin gekündigt. Laut EuGH hat der Arbeitgeber „die wesentlichen Vertragsbedingungen schriftlich niederzulegen". Er muss den Arbeitnehmer über alle wesentlichen Punkte des Arbeitsverhältnisses unterrichten. Dazu gehört auch die Verpflichtung zur Mehrarbeit. •

wiewardiewoche?

Antworten finden auf die neuen Herausforderungen der Informationsgesellschaft wollte die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) mit ihrem Berliner Kongress „Neu denken – neu handeln". Lothar Schröder, 41, seit 1992 Leiter der Abteilung Technologie/Innovation beim Hauptvorstand der DPG und verantwortlich für den Kongress, ist zufrieden mit den Ergebnissen.

Der Kongress war für uns eine Möglichkeit, Bilanz zu ziehen, zu sehen, wo wir stehen auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Er war aber gleichzeitig auch ein Auftakt. Wir wollten Mut machen für weitere Initiativen. Die Deutsche Postgewerkschaft sucht seit geraumer Zeit und gemeinsam mit anderen Gewerkschaften in verschiedenen Projekten Antworten auf die sozialen Fragen, die sich mit der Ausprägung der Informationsgesellschaft stellen. Wir untersuchen, was wir an der so genannten New Economy ernst nehmen müssen und wo wir Nachholbedarf haben, beispielsweise bei unserem Kommunikationsmanagement. Wir sind beileibe noch nicht so weit, dass wir auf alle neuen Fragen schon Antworten haben – im Gegenteil: Wir müssen weiter nach neuen Regelungsmechanismen suchen, etwa bei Arbeitszeit, Taktzeiten und Pausen.

Mir sind während des Kongresses viele nachdenkliche Gesichter begegnet – aber auch die Bereitschaft, sich offen und selbstkritisch mit den offenen Fragen auseinander zu setzen. Etwa die wirtschaftlichen Umbrüche, die die wachsende Nutzung des Internets mit sich bringen. Der Rückgang örtlicher, zeitlicher, aber auch sozialer Bindungen, die sich immer schneller ändernden Qualifikationsanforderungen und Kommunikationskulturen – und die Veränderung von Wertschöpfungsketten und Belastungsfaktoren, das sind die Themen, mit denen wir uns zukünftig gerade auch in ver.di befassen müssen. Auch insofern ist diese Veranstaltung ein Auftakt gewesen, ein Signal an ver.di. Die neue Gewerkschaft wird an Schlagkraft gewinnen. Was wir aber noch brauchen und organisieren müssen, das ist Geschwindigkeit, sind effiziente Strukturen. Denn das haben unsere projektförmigen Arbeitsstrukturen gezeigt: Nur mit dem notwendigen Spielraum und einem definierten Rahmen für Experimente können wir den Anforderungen der Informationsgesellschaft gerecht werden.

Diskussion und Vorträge der Tagung im Internet unter www.neudenken-neuhandeln.de

Todesfälle durch Asbest

Dramatischer Anstieg

1,5 Millionen Menschen sind im vergangenen Jahr während der Arbeit oder auf dem Weg dorthin verunglückt. 25 000 weniger als ein Jahr zuvor. Dramatisch gestiegen ist dagegen die Zahl der Todesfälle infolge von Asbest: von 74 im Jahr 1980 auf 1002 im vergangenen Jahr. Opfer des Lungen- und Kehlkopfkrebs auslösenden Werkstoffs sind vor allem Bergleute, Bauarbeiter, Chemiker, Elektriker, Installateure, Isolierer, Maler und Lackierer sowie Kfz-Mechaniker. Wegen der langen Zeitspanne zwischen dem Kontakt mit Asbest und dem möglichen Krebsausbruch rechnet der Hauptverband der Berufsgenossenschaften (HVBG) trotz des inzwischen bestehenden Asbestverbotes in den nächsten Jahren mit einem weiteren Anstieg der Todesfälle. •

IAO-Prognose

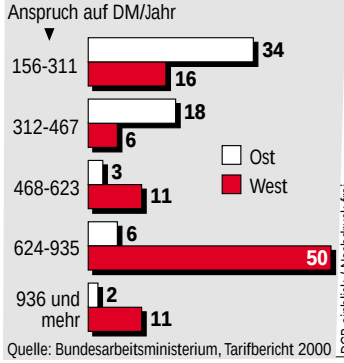
Fusionswelle kostet Stellen

Unternehmensfusionen, Deregulierung und Internet-Banking führen nach einer Prognose der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) bis 2002 europaweit zum Verlust von 300 000 Stellen im Banken- und Finanzsektor. Damit würde sich der Trend der neunziger Jahre fortsetzen. Schätzungen der IAO zufolge sind in dieser Zeit durch den Zusammenschluss von Banken 130 000 Stellen sowie durch Verschiebungen vom Filialgeschäft zum Internet-Banking weitere 200 000 Jobs verloren gegangen. In zwei Drittel aller fusionierten Finanzunternehmen seien die genannten Ziele – höhere Effizienz, niedrigere Kosten, höhere Aktienkurse – jedoch nicht erreicht worden.

Bezogen auf die Deutsche Bank, rechnet die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) entgegen der IAO-Prognose im Investmentbereich mit einem Zuwachs von 4000 Stellen bis zum Jahr 2003. Die Gewerkschaft wirft der Bank vor, bei der Veröffentlichung ihrer Jahresbilanz 2000 zur Beruhigung der Aktionäre statt des zusätzlichen Personalbedarfs einen Abbau von 2600 Stellen angekündigt zu haben. Dies sei „nur die halbe Wahrheit". •

Wessis kassieren mehr

Anspruch von ArbeitnehmerInnen auf vermögenswirksame Leistungen (in Prozent)



Quelle: Bundesarbeitsministerium, Tarifbericht 2000

DGB einblick / Nachdruck frei

Einen tarifvertraglichen Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen haben in den alten Bundesländern 94 Prozent der ArbeitnehmerInnen, in den neuen Ländern erst 63 Prozent. Im Westen haben die meisten Anspruch auf 624 bis 935 Mark, im Osten nur auf 156 bis 311 Mark. Die westdeutschen Beschäftigten kassieren durchschnittlich 555 Mark im Jahr, die ostdeutschen 283 Mark.

geplant... beschlossen

Der DGB-Bundesvorstand stellt im Internet ein Flugblatt „gegen die Kostenlüge der Arbeitgeber" zur Verfügung. Er kontert damit die zehn wichtigsten Arbeitgeber-Argumente gegen die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. Die zweiseitige Druckvorlage ist zum Download über die DGB-Homepage www.dgb.de abrufbar. Unter dem Stichwort „Für mehr Demokratie im Betrieb".

Arbeitserlaubnis

Vom (Un)sinn der „Vorrangprüfung“

Jeder Ausländer, der sich hierzulande legal aufhält, hat die Chance auf einen Job. Zumindest theoretisch. Tatsächlich tricksen viele Arbeitsämter und versperren Ausländern den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Arbeitssuchende Ausländer lassen sich in vier Gruppen aufteilen: In diejenigen,

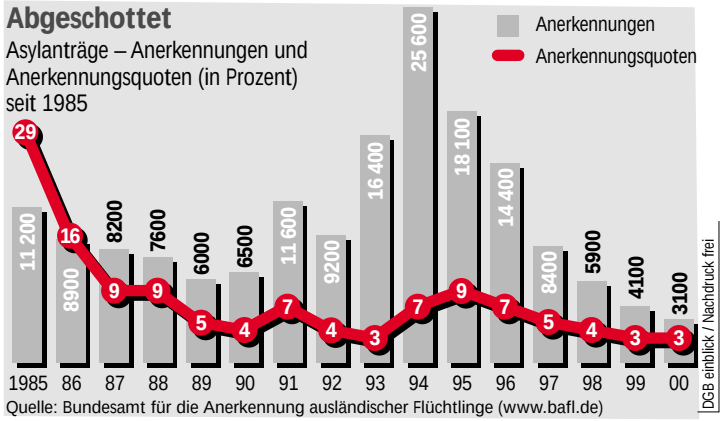
- ➜ die keine Arbeitserlaubnis brauchen
- ➜ die Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis haben
- ➜ die zwar keinen Anspruch auf Arbeitserlaubnis haben, aber eine bekommen können
- ➜ die erst nach zwölf Monaten Wartezeit eine Arbeitserlaubnis beantragen dürfen

Zur ersten Gruppe zählen alle Ausländer, die den deutschen Arbeitssuchenden rechtlich gleichgestellt sind, d.h. alle Angehörigen der EU-Mitgliedsstaaten sowie Norweger, Isländer und Liechtensteiner. Außerdem zählen dazu alle Ausländer, die eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsberechtigung besitzen. In die zweite Gruppe fallen alle Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbefugnis besitzen und entweder schon fünf Jahre eine Beschäftigung im Bundesgebiet ausgeübt haben oder sich seit sechs Jahren ununterbrochen im Bundesgebiet aufhalten; für Türken gelten laut EU-Assoziationsbeschluss kürzere Wartezeiten. Auch sie sind danach den deutschen Arbeitssuchenden gleichgestellt.

Diese ersten beiden Gruppen sind gewissermaßen privilegiert, denn sie benötigen keine besondere Genehmigung des Arbeitsamtes, um einer Beschäftigung nachgehen zu können. Anders diejenigen Ausländer, die zur dritten Gruppe zählen, die so genannten Drittstaatler, d.h. alle Angehörigen von Staaten außerhalb der EU. Ihnen „kann“ das Arbeitsamt die Arbeitserlaubnis erteilen, falls sie einen Job an der Hand haben, für den Deutsche oder gleichgestellte Ausländer „nicht zur Verfügung stehen“, so Paragraph 285 des Sozialgesetzbuches (SGB III). Ob das der Fall ist, prüft das Arbeitsamt. Und diese so genannte Vorrangprüfung muss für den arbeitswilligen Ausländer positiv ausfallen. Diese Hürde müssen auch die Ausländer der vierten Gruppe nehmen, zu der vor allem Flüchtlinge und Asylbewerber gerechnet werden.Sie dürfen den Antrag allerdings erst nach einem Jahr Wartezeit stellen – immerhin, noch vor ein paar Wochen waren Flüchtlinge und Asylbewerber, die seit Frühjahr 1997 eingereist sind, völlig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bzw. auf Sozialhilfe angewiesen.

Doch erst müssen sie die Vorrangprüfung bestehen. Das Arbeitsamt erteilt die Arbeitserlaubnis nur, wenn für den bereits gefundenen Arbeitsplatz kein Deutscher oder gleichgestellter Ausländer in Frage kommt. Diese Prüfung sei „richtig und wichtig“, erklärt DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy, denn sie erhöhe die Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes. Das klingt logisch: Fällt die Vorrangprüfung zu Ungunsten des Antragstellers aus, gibt es einen registrierten Arbeitslosen weniger. Sollte man meinen. Die Praxis sieht jedoch anders aus. Vielerorts ist den Arbeitsämtern die aufwendige individuelle Vorrangprüfung zu mühsam, sie praktizieren stattdessen eine „globale Arbeitsmarktprüfung“. So erstellt das Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen (LAA NRW) seit Anfang 1999 alle drei Monate eine Liste von Berufen, „bei denen die Arbeitsämter die Erteilung einer Arbeitserlaubnis wegen der generellen Feststellung einer ungünstigen Arbeitsmarktlage abzulehnen haben“. Vergleichbare Listen soll es auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt-Thüringen und Niedersachsen-Bremen geben. Für Isabel Basterra, DGB-Fachfrau für Ausländerrecht, sind es „Berufsverbotslisten“.

Basterra hält denn auch die Praxis der Vorrangprüfung „für fragwürdig“. Tatsächlich lässt sich über ihren Erfolg nichts aussagen. 81 237 Anträge auf Arbeitserlaubnis sind 1999 abgelehnt worden. In wie vielen Fällen registrierte Arbeitslose auf diese Weise zu einem Job gekommen sind, verrät keine Statistik. •



2000 haben knapp 79 000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt – so wenige wie seit 1987 nicht mehr. Von allen 105 502 Anträgen, die im vergangenen Jahr entschieden worden sind, wurden nur 3128 oder 2,96 Prozent anerkannt – so wenige wie noch nie.

Osterweiterung der EU – eine Gefahr?

Die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union (EU) mit den mittel- und osteuropäischen (MOE-)Staaten lösen Ängste aus: „Droht dem deutschen Arbeitsmarkt eine Zuwanderungswelle?“, fragen Elmar Hönekopp und Heinz Werner vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg.

Ihre Antwort im IAB-Kurzbericht Nr. 7/1999 klingt beruhigend: „Die Erfahrungen mit der Freizügigkeit in der EU zeigen, dass man ihrer Osterweiterung gelassen entgegensehen kann.“ Weder der EU-Beitritt von Italien noch der von Griechenland, Spanien oder Portugal habe die seinerzeit befürchtete Wanderungswelle ausgelöst. Nur drei Prozent der ausländischen Erwerbspersonen in Deutschland stammen aus einem andern EU-Land.

Zwar bestehe zwischen den MOE-Staaten und der EU noch ein großes Wohlstandsgefälle, aber in Polen, dem größten Land aus der Gruppe der Beitrittskandidaten, zeigten sich bereits Annäherungstendenzen an westliche Standards. Außerdem könne man die volle Freizügigkeit erst nach einer Wartezeit gewähren – „wie bei der Süderweiterung der EU“.

Im Internet
www.iab.de
IAB-Kurzbericht Nr. 7/1999

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Bildungswerk

Bringen Aktien Geld für alle?

Bedeuten Belegschaftsaktien das Ende der Mitbestimmung oder Wohlstand für alle? Das wird am 1. und 2. März während der Tagung „Börsenfieber: Unternehmenspolitik, Arbeit und Solidarität im Aktionärskapitalismus“ des DGB-Bildungszentrums Hattingen diskutiert. Beteiligt sind die Hans-Böckler-Stiftung, das Institut für Kirche und Gesellschaft sowie das Oswald-von-Nell-Breuning-Haus. Die Teilnahme kostet 50 Mark, Arbeitslose und Studierende zahlen 20 Mark. •

Fax: 0 23 24 / 508 300
hattingen@dgb-bildungswerk.de

Workshop Zukunft

Neue Ideen zur Rente diskutieren

Über Renten-, Sozial- und Pflegeversicherung reden Jugendliche und SeniorInnen im Internet. Die Aktion „Alt und Jung – Ein Generationenvertrag“ ist Teil des DGB-Projekts „Workshop Zukunft“. SchülerInnen erarbeiten über drei Monate Vorschläge im Schulunterricht; die SeniorInnen diskutieren online in Chat-Räumen. •

DGB-Bundesvorstand
Abteilung Bildung
Fax: 030 / 240 60 410
www.workshop-zukunft.de

DGB

Infos für Eltern

Mit dem In-Kraft-Treten des neuen Erziehungsgeldgesetzes am 1. Januar 2001 sind die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern mit kleinen Kindern verbessert worden. So wurde der Elternurlaub umbenannt in Elternzeit und auf eine partnerschaftliche Grundlage gestellt. Väter und Mütter in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten können nun gleichzeitig die Elternzeit in Anspruch nehmen. Außerdem erhalten wieder mehr Eltern Erziehungsgeld, die seit 1986 geltenden Einkommensgrenzen wurden um zehn Prozent erhöht. Über Einzelheiten des neuen Gesetzes informiert die DGB-Abteilung Frauenpolitik in einer Broschüre mit vielen praktischen Tipps, Fallbeispielen und Musterbriefen. •

Die Broschüre kostet pro Exemplar 1,80 Mark plus Mehrwertsteuer und Versandkosten. Mindestabnahme: zehn Exemplare.

Bestellungen:
toennes satz + druck gmbh
Niermannsweg 1-5
40699 Erkrath
Fax: 0211 / 920 08 38

Einzelexemplare gegen adressierten Freiumschlag (1,50 Mark; mindestens DIN A5) bei

DGB-Bundesvorstand
Abt. Frauenpolitik
Postfach 11 03 72, 10833 Berlin

Berufsfortbildungswerk

Weiterbildung im Internet

Im virtuellen Team gemeinsam Aufgaben lösen – das ist Teil des Weiterbildungsprogramms „Lernen online“, das vom Berufsfortbildungswerk (bfw) Saarbrücken und der Agentur Projects and More angeboten wird. Die Internet-Kurse zu Webdesign sowie Projekt- und Zeitmanagement starten am 24. März. Präsenztage gibt's am Anfang und am Schluss, dazwischen tauschen die TeilnehmerInnen in Online-Foren ihre Erfahrungen aus. Die sechs- und achtwöchigen Kurse kosten zwischen 945 und 1085 Mark. •

bfw Saarbrücken
Tel.: 0681 / 584 57 28
Fax: 0681 / 584 57 30
saarbruecken.schoemann@bfw.de
www.projects-and-more.de

Datenbank

Modelle gegen Arbeitslosigkeit

An vielen Orten in Deutschland werden neue Lösungen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit erprobt. Die Internet-Datenbank PRAXIMO, Praxismodelle „Jugend in Arbeit“, des Deutschen Jugendinstituts (DJI) bietet aktuelle Informationen über innovative Projekte und Strategien zur beruflichen Förderung von Jugendlichen. Die Datenbank kann auch auf einer CD beim DJI angefordert werden. •

DJI, Stallbaumstraße 9
04155 Leipzig
Tel.: 0341 / 566 54 16, www.dji.de

Arbeitsrecht im Betrieb

BetrVG-Reform in der Diskussion

Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) ist das Schwerpunktthema der Februar-Ausgabe von *Arbeitsrecht im Betrieb*. Zahlreiche ExpertInnen – JuristInnen wie GewerkschafterInnen – nehmen pointiert zu den geplanten Gesetzesänderungen Stellung. Interessant für alle, die bei der aktuellen Diskussion um das BetrVG mitreden wollen. •

Das Einzelheft kostet 14 Mark.
Fax: 069 / 79 50 10 10
aib@aib-verlag.de
www.aib-verlag.de

interregio

••• Am 1. Mai 2001 veranstaltet die ***DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen*** ihre erste ***Job-Parade NRW***. Unter dem Motto „jobs4party4jobs“ soll am 1. Mai ein Dutzend Mottowagen der DGB-Jugend NRW, der Gewerkschaften und befreundeter Organisationen durch Dortmund ziehen. Im Vorfeld wurde ein Song-Wettbewerb für Jugendliche aus NRW ausgeschrieben. Gefragt sind Lieder, in denen die Wörter „Job“, „Zukunft“ und „Party“ vorkommen. Der beste Song wird professionell vertont, dazu gibt's Sach- und Geldpreise. Einsendeschluss: 15. April. Infos: Ralf Woelk, Tel. 0211 / 36 83 129, www.jobparadenrw.de

••• Was kann man ***gegen Rassismus und Gewalt*** in Ausbildung und Berufsschule tun? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Forum des ***DGB Nord*** am 21. März in Schwerin. ExpertInnen und PraktikerInnen der beruflichen Bildung diskutieren handlungsorientierte Konzepte gegen Rechts in Aus- und Weiterbildung. Infos: Ingo Schlüter, Tel. 0385 / 63 83 200

••• ***„Wieviel Bildung braucht das Land?“*** fragt der ***DGB Rheinland-Pfalz*** am 13. März in einer Veranstaltung zur Landtagswahl 2001. Infos: Manuela Forster, Tel. 06131 / 28 16 35

••• Der ***DGB Niedersachsen/Bremen*** vergibt seinen ***Filmpreis*** in diesem Jahr zum vierten Mal. Im Rahmen des 12. Internationalen Filmfestes in Emden vom 6. bis 10. Juni werden drei Filme nominiert. Statt einer Jury sollen die ZuschauerInnen über den Preis entscheiden, der am 10. Juni verliehen wird. Das Preisgeld wurde um 2500 Mark auf 10 000 Mark erhöht. Infos: Ulf Birch, Tel. 0511 / 12 601 32

Projekt Industrielle Dienstleistungen

Kooperation bringt Mitglieder

Für die Gewerkschaften soll der 19. März 2001 ein historischer Tag werden: Wenn die Delegierten von DAG, DPG, HBV, ÖTV und IG Medien der Verschmelzung zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zustimmen, verringert sich nicht nur die Zahl der Gewerkschaften, sondern auch die Konkurrenz untereinander. Beitragen könnte dazu ebenfalls das ursprünglich gegen ver.di entstandene Kooperationsprojekt Industrielle Dienstleistungen (KIDs). Mit seiner Hilfe wollen die Industriegewerkschaften Metall, BCE und BAU zusammen mit NGG und Transnet Mitglieder im Dienstleistungsbereich gewinnen.

Die Industriegewerkschaften haben ihre Organisationsbasis in den produktionsorientierten Tätigkeiten. Durch das Outsourcing ganzer Bereiche, durch systematische Vernetzung von direkter Produktion und unterstützender Dienstleistung sowie durch den Wandel von Industriebetrieben zu komplexen Systemlieferanten sind die Grenzen aber fließend geworden. Auch im Bereich der Industriegewerkschaften übt ein wachsender Teil der Beschäftigten Dienstleistungstätigkeiten aus. Bei der IG BAU gilt das nach einer von den fünf Gewerkschaften in Auftrag gegebenen Studie des Instituts Arbeit und Technik (IAT) bereits für jeden vierten Arbeitnehmer (23,2 Prozent), bei der IG Metall für 42 Prozent und bei der IG BCE sogar für 53 Prozent der Beschäftigten. Die Gewerkschaften Transnet und NGG seien „ihrem Tätigkeitsprofil nach“ (62,5 bzw. 84,5 Prozent Dienstleistungsanteil) sogar „schon heute Dienstleistungsgewerkschaften“.

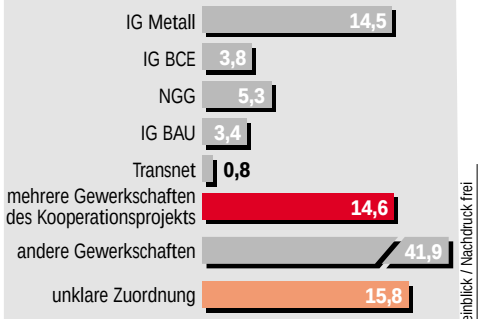
„Alle haben gemerkt, dass die Konkurrenz um Mitglieder nicht weiterhilft.“ Bernd Honsberg, Verantwortlicher der IG BAU für das Projekt KIDs, setzt deshalb bei der Erschließung der weißen Flecken, in denen die Gewerkschaften bislang kaum präsent sind, auf Kooperation. Die Zusammenarbeit müsse noch „sehr viel enger“ sein, als das im „2 plus 2 plus 2“-Papier vereinbart worden ist, das der DGB-Bundesvorstand im vergangenen Jahr beschlossen hat.

Zwei Jahre nach dem Start von KIDs ziehen die Beteiligten eine positive Zwischenbilanz. Die Zusammenarbeit der Gewerkschaftszentralen funktioniert, jetzt soll die Idee in ersten Projekten vor Ort umgesetzt werden. So wollen IG Metall, IG BAU und IG BCE in den nächsten beiden Jahren gemeinsam in zwei bundesweit operierenden Unternehmen der Industriereinigungsbranche zunächst Betriebsratswahlen organisieren, um auf dieser Basis neue Mitglieder zu gewinnen. Fernziel ist ein Tarifvertrag, der die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen ermöglicht. Bezahlt wird der eigens eingestellte Sekretär von allen drei Gewerkschaften.

In einem anderen Projekt wollen Transnet und IG Metall ein gemeinsames Konzept für das Telefonunternehmen Vodafone entwickeln. In Vorbereitung befinden sich zudem mehrere Kooperationsprojekte für unternehmensinterne Call-Center und für ausgegründete Betriebskantinen, wo Kunden- und Dienstleistungsbetriebsräte zusammengebracht werden sollen. Das ist „eine Menge Kleinarbeit“, betont Josef Bergmann von der IG Metall, aber „die Richtung stimmt“. Das scheint auch für die Dienstleistungsgewerkschaft zu gelten. „Wir müssen auch mit ver.di zusammenarbeiten“, fordert der Metaller. •

Starke Überschneidungen

Welche Gewerkschaft ist für die Beschäftigten zuständig? (in Prozent)

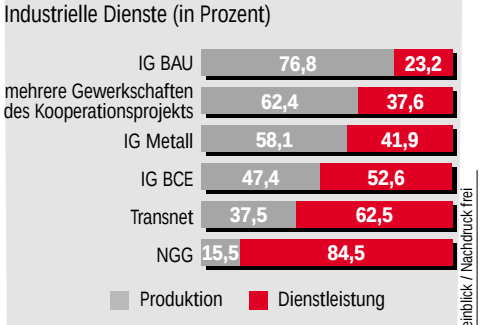


Quelle: Institut Arbeit und Technik (IAT), Struktur der Beschäftigung 1985-1998, Juni 2000

Nur 27,8 Prozent der Beschäftigten lassen sich eindeutig dem Organisationsbereich einer der fünf Gewerkschaften des Projekts Industrielle Dienstleistungen zuordnen. Für 14,6 Prozent sind mindestens zwei Gewerkschaften zuständig. Bei weiteren 15,8 Prozent ist die Zuordnung unklar.

Große Unterschiede

Dienstleistungsjobs im Organisationsbereich der Gewerkschaften des Kooperationsprojekts Industrielle Dienste (in Prozent)



Quelle: Institut Arbeit und Technik (IAT), Struktur der Beschäftigung 1985-1998, Juni 2000

Der Anteil von Dienstleistungstätigkeiten im Organisationsbereich der fünf Gewerkschaften des Projekts Industrielle Dienstleistungen schwankt zwischen 23,2 Prozent im Bereich der IG BAU und 84,5 Prozent bei der NGG.

Überlebensfrage

Deutschlands Arbeitsmarkt befindet sich im Umbruch. Zwar war Mitte der neunziger Jahre (1996) noch immer ein Fünftel (21,3 Prozent) aller ArbeitnehmerInnen im Produktionsbereich beschäftigt, gut drei Prozent mehr als im Schnitt der Europäischen Union (17,7), dennoch ist der Anteil des Produktionssektors in den letzten zwei Jahrzehnten stark gesunken: um 1,1 Millionen Arbeitsplätze allein in Westdeutschland. Gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor um 4,2 Millionen gestiegen. Für die Industriegewerkschaften ist die Präsenz im Dienstleistungsbereich deshalb zu einer Überlebensfrage geworden.

Zwei Wege scheinen nach einer von IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG und Transnet in Auftrag gegebenen Studie des Instituts Arbeit und Technik (IAT) besonders Erfolg versprechend:

- ***Zum einen könnten die Industriegewerkschaften versuchen, neue Mitglieder in den ausgegliederten industrienahen Dienstleistungsbereichen zu gewinnen.***
- ***Zum anderen müssen sie stärker kooperieren: Bei 15,8 Prozent aller Beschäftigten ist bereits heute unklar, welche Gewerkschaft sie organisieren soll. Bei weiteren 14,6 Prozent sind gleich mehrere Industriegewerkschaften zuständig.***

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Bei der neu gegründeten Transnet Service GmbH erhalten Mitglieder der Transnet GdED drei Prozent Rabatt auf Buchungen beim Reiseveranstalter „Berge&Meer“. Tel. 0 26 34 / 960 96 67

Die sechs Bundesministerien, die einen großen Teil ihrer MitarbeiterInnen in Bonn belassen haben, müssten „über kurz oder lang“ in Berlin zusammengelegt werden, so der ÖTV-Vorsitzende Frank Bsirske. Ansonsten erleide die politische Arbeit auf Dauer „Reibungsverluste“. Aus diesem Grund werde auch ver.di seinen Sitz in Berlin haben.

IG Metall-Vorstand Horst Schmitthenner fordert von der Bundesregierung einen „Deutschen Arbeitsschutzrat“. Dieser müsse Arbeitsschutzmaßnahmen von Bund, Ländern und Unfallversicherern koordinieren. Im Rat sollen VertreterInnen von Berufsgenossenschaften, Sozialverbänden, Bund und Ländern zusammenarbeiten.

Der DGB unterstützt Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) bei der Einführung eines Zwangspfands auf so genannte „ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen“. Die Pfandpflicht sei die Reaktion darauf, dass auf freiwilliger Basis keine ausreichende Mehrwegquote erreicht wurde, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer.

DGB Saar

Ermittlungsverfahren gefährdet Bündnis

Ein Disziplinarverfahren der saarländischen Landesregierung gegen den GEW-Landesvorsitzenden Klaus Kessler und mehrere Lehrer des Bundeslandes droht sich zu einer ernsthaften Belastung des regionalen Bündnisses für Arbeit auszuweiten. Kessler, der auch Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Gesamtschulen ist, hatte im Juni vergangenen Jahres an einer Demonstration teilgenommen, bei der 4000 LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern gegen eine Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte an Gesamtschulen protestiert hatten. Parallel zur Demonstration war es an zwei Gesamtschulen zu Arbeitsniederlegungen gekommen.

Verärgert hat den DGB, dass die saarländische Landesregierung die Einleitung eines disziplinarischen Ermittlungsverfahrens per Presseerklärung bekannt gegeben hatte. Darin war der Name von Klaus Kessler als einzigem Betroffenen öffentlich genannt worden. Der DGB Saar sieht im Vorgehen der Landesregierung ein „überkommenes, obrigkeitsstaatliches Verhalten“ und fordert die Einstellung des Verfahrens. Die Tätigkeit eines freigestellten Personalrats und die eines politisch aktiven Gewerkschafters lasse sich nicht trennen. Auch die GEW-Bundesvorsitzende Eva-Maria Stange sieht in dem Fall den Versuch einer „vordemokratischen Disziplinierung“ von Beschäftigten. Demgegenüber argumentiert die saarländische Landesregierung, dass das Verfahren gegen Klaus Kessler nicht seine Funktion als GEW-Vorsitzender betreffe, sondern ausschließlich seine Eigenschaft als Beamter und Vorsitzender des Hauptpersonalrates. •

IG Metall-Vorstand

Verwaltung wird reorganisiert

Die IG Metall-Vorstandsverwaltung in Frankfurt/M. will für ihre Verwaltungsstellen und Mitglieder „viel deutlicher“ als Dienstleister auftreten und deshalb bis 2003 eine „effizienter arbeitende Verwaltung“ aufbauen, heißt es in der ersten Ausgabe des neuen Mitarbeiter-Infos *IG Metall Intern.* In die Mitgliederwerbung werden Sach- und Personalkosten in Höhe von 72 Millionen Mark investiert. Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze soll von 600 auf 470 bis 450 reduziert werden – über Vorruhestand, Altersteilzeit und Arbeitszeitverkürzung; Neueinstellungen soll es nur noch in Ausnahmefällen geben. Um Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang zu bringen, müssten die Personalkosten von 11 auf 9,5 Prozent der Beitragseinnahmen reduziert werden. Die Vorstandsverwaltung, so die selbstkritische Einschätzung von IG Metall-Chef Klaus Zwickel, ist seit den siebziger Jahren „eher zufällig“ gewachsen.

Die Arbeitsorganisation des Vorstands ist laut *IG Metall Intern* „überholt“. Die Ansiedlung und die Abwicklung von Aufgaben seien „unklar oder regelrecht willkürlich“. Aus 30 Abteilungen sollen deshalb 17 Funktionsbereiche, aus 10 Vorstandsposten 7 werden, das Motto lautet „vernetztes Arbeiten“. Nach der Neuorganisation der Vorstandsverwaltung soll klarer sein, „wer in welchem Bereich über das Wissen und Know-how verfügt, um eine bestimmte Aufgabe schnell und zuverlässig zu erledigen“. •

Projektübergang

T.I.M. geht – ver.di kommt

T.I.M., das Projekt der ver.di-Gewerkschaften für die Beschäftigten in den Bereichen Telekommunikation, Informationstechnologie und Medien, wird mit der ver.di-Gründung im März in der neuen Gewerkschaft aufgehen. Offen ist noch, ob das vor zwei Jahren ins Leben gerufene Projekt der ver.di-Fachgruppe Medien oder Telekommunikation, Informationstechnologie und Datenverarbeitung zugeordnet wird. •

ver.di-Rechtsschutz

Richtlinie verabschiedet

Die Mitgliederversammlung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), zu der sich ÖTV, DAG, HBV, DPG und IG Medien zusammenschließen wollen, hat Ende Januar eine Rechtsschutz-Richtlinie verabschiedet. Damit werde „ein qualitativ hochwertiger Rechtsschutz sichergestellt“, heißt es. Die bisherigen Leistungen der beteiligten Gewerkschaften würden nicht eingeschränkt.

Der kostenlose Rechtsschutz von ver.di beinhaltet Rechtsberatung, Rechtsvertretung und Kostenübernahme. Er bezieht sich auf alle Rechtsstreitigkeiten, die mit dem Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis in direktem Zusammenhang stehen. Intern geklärt werden muss noch eine Reihe praktischer Fragen: von der Arbeitsteilung mit der DGB-Rechtsschutz GmbH bis zur Budgetierung. •

Bündnisse für Ausbildung

Jugendarbeitslosigkeit sinkt

Erste Erfolge bei der Sicherung ausreichender Ausbildungsangebote meldet eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Ihr Autor Winfried Heidemann: „Die Absprachen im Bündnis für Arbeit und die vielfältigen Aktivitäten in Regionen und Betrieben haben zu einer deutlichen Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und zu einer leichten Besserung der Lehrstellensituation beigetragen."

Die Jugendarbeitslosigkeit sank 1999, im ersten Jahr des Bündnisses für Arbeit, doppelt so stark wie die allgemeine Arbeitslosigkeit – um 1,3 Prozentpunkte. In erster Linie bedingt durch das 100 000-Jobs-Programm der Bundesregierung, auch JUMP („Jugend mit Perspektive") genannt (mehr dazu unter www.100000jobs.de). Geplant waren Maßnahmen für 100 000 TeilnehmerInnen, realisiert wurden 219 000. Die Laufzeit des Programms, ursprünglich auf ein Jahr begrenzt, ist verlängert worden. Die Eintrittszahlen sind im Jahr 2000 allerdings gesunken. Kritisch anzumerken ist, dass ein Viertel der TeilnehmerInnen **nach dem Austritt aus JUMP wieder arbeitslos ist.**

Der von den Wirtschaftsverbänden zugesagte Zuwachs an betrieblichen Ausbildungsstellen hat auf sich warten lassen. Während die Bundesverwaltung ihr Angebot 1999 um 12 statt der zugesagten 6 Prozent erhöhte und im Jahr 2000 nochmals 2,5 Prozent draufsattelte, stieg die Zahl der betrieblichen Lehrstellen zunächst nicht um die versprochenen 10 000, sondern sank um 10 000. Erst im vergangenen Jahr zog die Wirtschaft kräftig an, erhöhte ihr Angebot auf 564 400 Lehrstellen und trug damit wesentlich zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage bei. Rein rechnerisch stand am Jahresende bundesweit jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung, allerdings mit ganz erheblichen regionalen Unterschieden.

Wäre die außerbetriebliche Ausbildung auf dem Niveau von 1999 gehalten worden, hätte es in mehr Regionen einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage gegeben. Doch die gemeinsame Verpflichtung der Bündnispartner – auch der Gewerkschaftsvertreter – auf den ordnungspolitischen Grundsatz, den Staatseinfluss in der Berufsbildung zurückzufahren, **hat eine weitere Besserung zu Gunsten der Jugendlichen verhindert.**

Nicht nur die Bündnisgespräche in Berlin (www.buendnis.de) haben zu der in Ansätzen positiven Entwicklung beigetragen, auch die Landesbündnisse – am ausgeprägtesten organisiert in Nordrhein-Westfalen und in Bayern – sowie die regionalen Ausbildungsplatzkonferenzen. Eine zunehmende Rolle spielen die Tarif- und Betriebsvereinbarungen. Regelungen zum Ausbildungsplatzangebot gab es

Winfried Heidemann, 53, Leiter des Referats Qualifikation der Hans-Böckler-Stiftung: „Auf Bundesebene, in den Ländern sowie in Vereinbarungen der Tarif- und Betriebsparteien werden verstärkt Absprachen über die Sicherung der Ausbildung und die Entwicklung der Weiterbildung getroffen."

1999 in 55 Tarifbereichen; beispielsweise von der Art, die Zahl der Ausbildungsstellen zu erhöhen, so geschehen in der Chemischen Industrie und in der Metallindustrie. In 62 Tarifbereichen gab es sogar Regelungen zur – meist auf 3 bis 6 oder 12 Monate – befristeten Übernahme von Azubis in Beschäftigungsverhältnisse. Außerdem hat eine Auswertung von 139 betrieblichen Vereinbarungen zur Beschäftigung ergeben, dass in 31 Fällen Übernahme-Zusagen und in 19 Fällen Vereinbarungen zum Erhalt betrieblicher Ausbildungsstätten getroffen worden sind.

All diese kurzfristigen Erfolge dürfen nicht überbewertet werden. Die bundesweiten Bündnisse für Aus- und Weiterbildung **brauchen eine langfristige Orientierung.** Schnelle, durchschlagende Erfolge konnten realistischerweise nicht erwartet werden. Es gibt angesichts der komplexen Regulierungsmechanismen und der zahlreichen Akteure im deutschen Berufsbildungssystem keinen Mechanismus, der gewissermaßen auf Knopfdruck alle quantitativen und qualitativen Mängel des Ausbildungsangebots beseitigt. Auch die von manchen noch immer favorisierte Umlage zur Finanzierung der beruflichen Bildung würde daran nichts ändern. Die Erfahrung aus den Beschäftigungspakten in anderen europäischen Ländern lehren uns: Anhaltende Erfolge bedürfen einer langfristig angelegten Politik. •

Bündnisse für Aus- und Weiterbildung in Deutschland
Studie der Hans-Böckler-Stiftung
(Arbeitspapiere 34, 34 Seiten, 16 Mark plus Porto)
Bestellungen:
Der Setzkasten
Fax: 0211/4080080
E-Mail: red.einblick@t-online.de

Zahlen, Daten, Fakten

Die allgemeine Arbeitslosenquote ist von 1998 bis 2000 um 1,6 Prozentpunkte auf 10,7 Prozent gesunken, die der 15- bis 24-Jährigen um 2,3 Prozentpunkte auf 9,5 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit nahm also rascher ab als die Arbeitslosigkeit insgesamt.

Die Zahl der Ausbildungsverträge erhöhte sich im selben Zeitraum um 9200 auf 621 700. Dabei handelte es sich zu 90 Prozent um betriebliche Lehrstellen (564 400), 10 Prozent (57 300) waren außerbetriebliche.

Nur 13 Prozent der JUMP-TeilnehmerInnen im Zeitraum Januar 1999 bis September 2000 ergatterten Lehrstellen, gut die Hälfte nahm an berufsvorbereitenden und Weiterbildungsmaßnahmen teil. Gut ein Viertel der TeilnehmerInnen war anschließend wieder arbeitslos, je ein Drittel konnte in ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis vermittelt werden.

Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) hat die Fortsetzung von JUMP mit jährlich zwei Milliarden Mark bis zum Jahr 2003 angekündigt. Die Hälfte der Finanzmittel sollen in diesem Jahr die neuen Bundesländer erhalten. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf Mobilitätshilfen gesetzt, um den Übergang von außerbetrieblichen Ausbildungsstellen in betriebliche zu unterstützen.

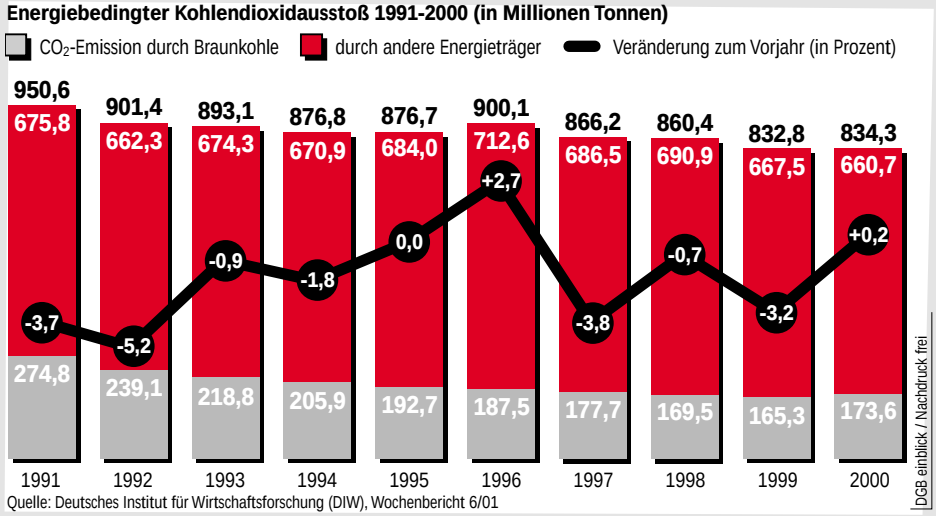
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

KLIMASCHUTZ: CO_2-Emission wieder gestiegen

Ohne zusätzliche Anstrengungen wird Deutschland sein Ziel nicht erreichen, den Ausstoß des klimagefährdenden CO_2-Gases bis 2005 um 25 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Zwar konnte der CO_2-Ausstoß in den vergangenen 10 Jahren um 15 Prozent zurückgeführt werden, im Jahr 2000 stieg er aber wieder (plus 0,2 Prozent). Zudem geht der Rückgang des CO_2-Ausstoßes in den neunziger Jahren fast ausschließlich auf die Reduzierung der Braunkohleverfeuerung zurück.



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 6/01

Tipp

Broschüre: *Winfried Heidemann u.a.,* ***Weiterentwicklung von Mitbestimmung im Spiegel betrieblicher Vereinbarungen,*** *Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2000, Best.-Nr. 13045, 74 S., 16 DM*

Mehr als 1600 Betriebs- und Dienstvereinbarungen hat die Hans-Böckler-Stiftung ausgewertet. Ein Ergebnis ist, dass durch diese freiwilligen Vereinbarungen neue Gestaltungsbereiche der Mitbestimmung erschlossen werden, die das Betriebsverfassungsgesetz noch nicht vorsieht. Sie beziehen sich vor allem auf die Arbeitsorganisation (Gruppenarbeit und Telearbeit), die Unternehmensorganisation (Outsourcing/Insourcing), die Beschäftigungssicherung und den Umweltschutz. Sichtbar wird in den Vereinbarungen auch die Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen an der Modernisierung des jeweiligen Unternehmens.

Insofern bietet die Broschüre interessantes Hintergrundmaterial zur aktuellen Diskussion um die Reform der Betriebsverfassung.

Bestellungen an: Der Setzkasten, Fax 0211/408 00 80

personalien

••• ***Dr. Stephan Kernd'l,*** 40, Dipl.-Ingenieur für Elektrotechnik, Mitarbeiter des Genossenschaftlichen Systemberatungs-Service (GIS), ist ab dem 1. Mai Referatsleiter Informationstechnik des DGB-Bundesvorstands.

••• ***Hans Jürgen Beck,*** 58, von 1982 bis 1990 Bundesvorstandssekretär des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit, danach Redakteur des Informationsdienstes *Raster* und zuletzt mit Sonderaufgaben betraut, geht zum 1. März in Altersteilzeit.

••• ***Hans-Peter Rudolph,*** 52, ist am 24. Januar als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats (GBR) des DGB zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde ***Heiner Schäffer,*** 53, gewählt, der bislang stellvertretender GBR-Vorsitzender war.

••• ***Hans-Peter Müller-Wühler,*** 40, seit Anfang 1999 stellvertretender Chefredakteur des IG Metall-Mitgliedermagazins *metall*, wechselt am 1. März zur *Badischen Zeitung* nach Freiburg.

14 TAGE

24.2. DGB Niedersachsen/Bremen, Kommunalpolitische Konferenz mit Ministerpräsident Hans Gabriel (SPD), Hannover

26.2. DGB, Beschlussfassung des Geschäftsführenden Bundesvorstands über die Bildung der Regionen

7.3. DGB-Bundesausschuss, Berlin

8.3. Internationaler Frauentag

Schlusspunkt

„Lasst die Tassen im Schrank!"

Walter Haas, DGB-Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen, zum Streit um die Betriebsverfassung

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030/85 99 46 24, Fax: 030/85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick

gewerkschaftlicher Info-Service vom 05.03.2001

4/01

DGB

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Krönungsakt zur Gründung

Am 17. März fällt die letzte Entscheidung: Wenn an diesem Tag nach der ÖTV auch die Delegierten von DPG, HBV, IG Medien und DAG auf ihren parallel in Berlin tagenden Kongressen der Verschmelzung ihrer Gewerkschaften zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zustimmen, ist der Weg zur neuen Supergewerkschaft endgültig frei. Trotz hoher Quoten – bei den IG Medien müssen 75, bei den übrigen Gewerkschaften 80 Prozent der Delegierten zustimmen – sind alle Beteiligten optimistisch, dass die Mehrheiten stehen.

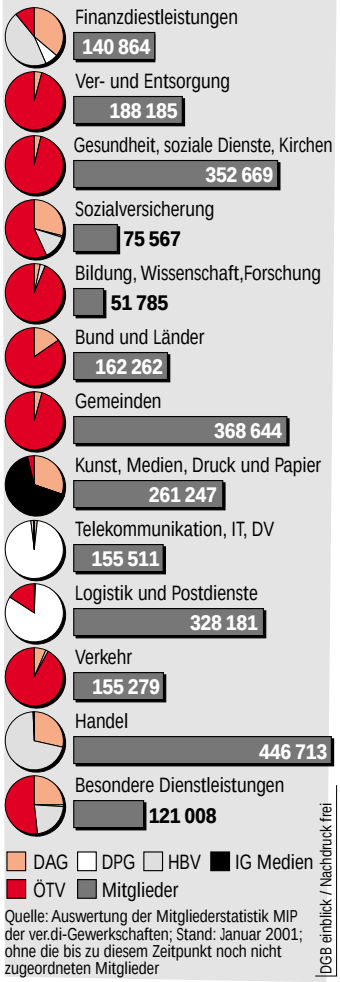
Unmittelbar im Anschluss an die Selbstauflösung der fünf Gewerkschaften will ver.di vom 19. bis zum 21. März mit einem dreitägigen Gründungskongress erstmals öffentlich Flagge zeigen. Ihr Anspruch: Mit ver.di entsteht nicht nur die größte Gewerkschaft der Welt, sondern ein politischer Machtfaktor, mit dem die Gewerkschaften auf die veränderten Strukturen in Politik und Wirtschaft reagieren.

Damit die neue Großorganisation mit mehr als 2,9 Millionen Mitgliedern und fast 1000 Berufen beherrschbar ist, hat sich ver.di – erstmals in der Geschichte der Gewerkschaftsfusionen – eine Binnenstruktur zu Grunde gelegt, die quer zur Struktur der Gründungsgewerkschaften liegt: Statt nach Herkunftsgewerkschaft werden die Mitglieder in 13 an Berufsgruppen und Branchen orientierten Fachbereichen organisiert. Während die IG Medien geschlossen in einen Fachbereich aufgeht und sich die DPG- und HBV-Mitglieder auf drei bzw. vier Fachbereiche verteilen, werden ÖTV und DAG nahezu atomisiert. Der Streit um die so genannte Matrixorganisation und die Zahl der Bezirke hatte bis in den Herbst vergangenen Jahres die Bildung der neuen Gewerkschaft belastet. Der inzwischen gefundene Kompromiss gilt in allen fünf Gewerkschaften als mehrheitsfähig.

Um zu gewährleisten, dass die bestehenden Tarifverträge auch für ver.di gültig bleiben, können die Delegierten von ÖTV, DPG, HBV, IG Medien und DAG ohnehin den im November 2000 beschlossenen Gründungsdokumenten nur als Paket zustimmen oder sie komplett ablehnen. Mit zwölf programmatischen Anträgen sollen die 1000 Delegierten und rund 4000 Gastdelegierten in Berlin zudem die Debatte über die politische Ausrichtung der neuen Gewerkschaft eröffnen. Viel Zeit dazu bleibt allerdings nicht, weil allein die Verpflegung der über 5000 TeilnehmerInnen des Mammutkongresses die Tagungszeit zusammenschmelzen lässt. Zudem müssen die Delegierten den ver.di-Vorstand wählen. •

Wer dominiert?

Mitglieder und Zusammensetzung der 13 ver.di-Fachbereiche



Quelle: Auswertung der Mitgliederstatistik MIP der ver.di-Gewerkschaften; Stand: Januar 2001; ohne die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugeordneten Mitglieder

DGB einblick / Nachdruck frei

2 891 297 Mitglieder hat die neue Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Die Stärke der 13 Fachbereiche schwankt zwischen 52 000 und rund 450 000 Mitgliedern.

plusminusBERLIN

+ ***Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) will das Schadensersatzrecht reformieren. Bei Verletzungen von Körper, Gesundheit, Freiheit und sexueller Selbstbestimmung soll es grundsätzlich Schmerzensgeldanspruch geben. Kinder unter zehn sollen bei Unfällen von der Haftung ausgeschlossen werden.***

– ***Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, ist gegen ein Ausstiegsprogramm für Rechtsextreme. Durch finanzielle Hilfen für Rechtsradikale, die sich aus gewaltbereitem fremdenfeindlichem Milieu lösen, würde „auch der Einstieg in die rechte Szene schmackhafter“.***

inhalt

Seite 3

Land unter bei den Kommunen

In Oppositionszeiten hat Rot-Grün über die finanzielle Austrocknung der Kommunen durch die Bundesregierung geklagt. Jetzt klagen die Städte über die Lasten der rot-grünen Steuerreform

Seite 5

Nichts ist geschlechtsneutral

Gewerkschaften entdecken das Gender Mainstreaming

Seite 7

Ihr spinnt doch, Leute

In lockerem Ton und frischem Design rücken die Aktionen des DGB die Fakten gerade, die die Arbeitgeber mit ihrem Sturmlauf gegen die neue Betriebsverfassung verdrängen wollen

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.labourstart.org/opera.shtml

Der erste gewerkschaftliche Web-Browser

Im Faxabruf 0211/43 01 659

Hans-Böckler-Stiftung: Erste Ergebnisse einer repräsentativen Betriebsräte-Befragung

Castor-Transport

DGB-Kreis für Verzicht

Der DGB-Kreis Nord-Ost-Niedersachsen, in dessen Einzugsgebiet auch das Atomlager Gorleben liegt, hat alle Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen, sich am friedlichen Protest gegen die angekündigten Atommüll-Transporte nach Gorleben zu beteiligen. Nach Ansicht des DGB bestehen angesichts der „mangelnden Sicherheit des Salzstocks“ in Gorleben „erhebliche Zweifel“ an der Eignung des geplanten Endlagers. Statt in Gorleben sollten die aus den Wiederaufbereitungsanlagen kommenden Castoren bis zur Klärung der Frage eines Endlagers „möglichst standortnah in den Kernkraftwerken an der Grenze nach Frankreich“ zwischengelagert werden.

Ob sich der DGB an der Demonstration am 24. März in Lüneburg auch mit einem Redner beteiligt, ist noch nicht entschieden. Nicht beteiligen will sich der DGB hingegen an allen Aktionen, die im Wendland geplant sind. •

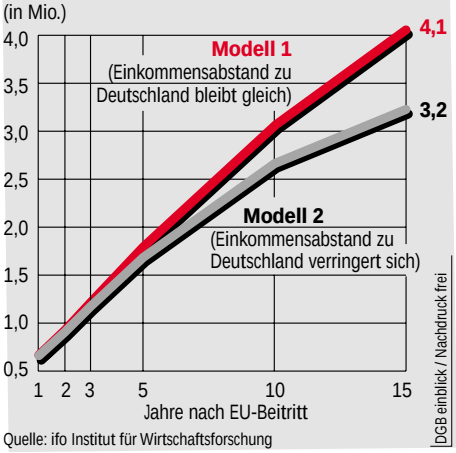
geplant... → beschlossen

Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des DGB hat die Bildung von 94 Regionen beschlossen. Sie sollen die zurzeit noch 139 DGB-Kreise als dritte hauptamtliche Ebene ablösen.

Das „Schöneberger Forum“, die Veranstaltungsreihe des DGB zum öffentlichen Sektor, soll fortgesetzt werden. Im November diesen Jahres steht die Tagung unter dem Titel „Der aktivierende Staat und seine Beschäftigten: Chancen und Bedrohungen“.

Zu viele, zu schnell

EU-Osterweiterung: Das Zuwanderungspotenzial bei sofortiger Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit (in Mio.)



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung

3,2 bis 4,1 Millionen Menschen aus Polen, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn würden innerhalb von 15 Jahren nach dem EU-Beitritt dieser Staaten hierzulande einwandern, falls die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit sofort eingeführt würde. So lauten Schätzungen des ifo-Instituts im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums. Die Forscher schlagen deshalb eine Übergangszeit für die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit von fünf bis sieben Jahren vor. Der DGB nennt keine konkreten Jahreszahlen, verweist aber auf die – sechsjährige – Übergangsfrist, die beim Beitritt Spaniens und Portugals gegolten hat. Die IG Bauen-Agrar-Umwelt fordert eine Frist von zehn Jahren.

Die ifo-Studie „EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration“ ist abrufbar unter www.ifo.de

Gewerkschaft

Zugang zu Firmen-E-Mails

Die spanische Gewerkschaft Comisiones Obreras (CC.OO.) bekommt freien Zugang zum E-Mail-Server der Unternehmensgruppe Banco Bilbao Viscaya Argentaria (BBVA). Das hat das Nationale Obergericht Spaniens entschieden. CC.OO. nutzte seit 1999 den internen Server der Firma, um Beschäftigte zu informieren. Dagegen hatte das Unternehmen zunächst keine Bedenken. Als 2000 eine E-Mail-Übertragung der Gewerkschaft das Firmennetz überlastete, stoppte die Unternehmensleitung die Zustellung der elektronischen Gewerkschaftspost.

Das Gericht betont in seiner Entscheidung die Notwendigkeit, Gesetze im Licht der aktuellen technischen Entwicklung auszulegen. Die sich aus dem Gesetz über Gewerkschaftsfreiheit von 1985 ergebende Verpflichtung des Arbeitgebers, der Gewerkschaft Mittel zur betriebsinternen Information zur Verfügung zu stellen, erfordere eine zeitgemäße Anwendung. Bei der Nutzung des Unternehmensnetzes dürfe aber der betriebliche Ablauf nicht gestört werden. •

wiewardiewoche?

„Mit Lebensarbeitszeitkonten die Berufsunfähigkeit und den Ruhestand absichern“, das ist nur eines von vielen Themen, mit denen sich Rudi Clemens, 49, Polier, Betriebsratsvorsitzender und so genannter Internet-Guide beim privaten Internet-Portal „meome“ täglich beschäftigt.

„meome“ ist eine Plattform, auf der Internet-Nutzer einen Ansprechpartner finden, der Fragen zu allen möglichen und unmöglichen Themen, in meinem Fall aus der Arbeitswelt, beantwortet. Da geht es zum Beispiel um Lohnfortzahlung bei Schlechtwetter oder um Kündigungsfristen. Daneben ist es meine Aufgabe, Artikel zu aktuellen Themen aus der Arbeitswelt zu schreiben, wie etwa jetzt über die Verwendung von Überstunden für Lebensarbeitszeitkonten. Im Portal bei www.meome.de/arbeitsplatz findet man diese Informationen unter der Rubrik „Artikel“. Unter „Webseiten“ sortiere ich interessante Links zum Thema. Außerdem gibt es noch ein Forum und einen Chat, wo man live über Themen diskutieren kann, die die Menschen zurzeit bewegen. Um diese Aufgaben zu erledigen und die E-Mails zu bearbeiten, ist einiges an Zeit erforderlich, für einen neuen Artikel geht der ganze Abend drauf.

Wenn's mal nicht so viel ist, pflege ich die Internet-Seiten unseres Betriebsrats, des ersten Baubetriebsrats im Netz. Unter der Adresse www.betriebsrat-frauenrath.de gibt es aktuelle Meldungen, Tarifinfos und anderes mehr. Neu ist jetzt ein Newsletter, den ich den Kollegen in der Firma zumaile, aber auch Bekannten aus Politik und Gewerkschaft und Leuten, die sich ins Gästebuch eingetragen haben. Da ich als Betriebsrat nicht freigestellt bin und die Kollegen tagsüber auf den Baustellen unterwegs sind, kommen auch viele Anfragen an mich nach Dienstschluss zu Hause an.

Bedauerlich finde ich, dass unsere Gewerkschaft zwar online präsent ist, aber zu wenig an virtuellen Dienstleistungen anbietet. Wenn jemand eine Frage hat, muss er sich unter Umständen frei nehmen, kilometerweit zum Bezirksverband fahren und dort noch warten. Dabei könnte man doch bestimmte Fragen online unter Angabe der Mitgliedsnummer stellen. Nur wer sie angibt, bekommt Antwort oder kann sich Tarifverträge runterladen. Vorbildlich in dieser Richtung ist das neue Internet-Angebot der IG BCE. Hoffentlich ziehen andere bald nach. Gewerkschaft bedeutet für mich Dienstleistung, Dienstleistung, Dienstleistung.

Auswirkungen der Steuerreform

Kommunen werden stärker belastet

Die Kommunen schlagen Alarm: Als Folge der Steuerreform verlieren sie allein in diesem Jahr 8,3 Milliarden Mark Einnahmen. Ab 2005 steigen die Verluste sogar auf über 12 Milliarden Mark.

„Die Auswirkungen der Steuerreform und anderer Bundesgesetze für die städtischen Haushalte sind so massiv, dass wir Bund und Länder dringend auffordern, den finanziellen Handlungsspielraum der Städte nicht immer weiter zu schmälern, sondern endlich durch eine grundlegende Gemeindefinanzierungsreform zu erweitern“, meint Hajo Hoffmann, Präsident des Deutschen Städtetages. Auf seiner Hauptversammlung vom 8. bis 15. Mai in Leipzig will der Städtetag, der größte kommunale Spitzenverband, eine Initiative für eine solche Reform vorstellen.

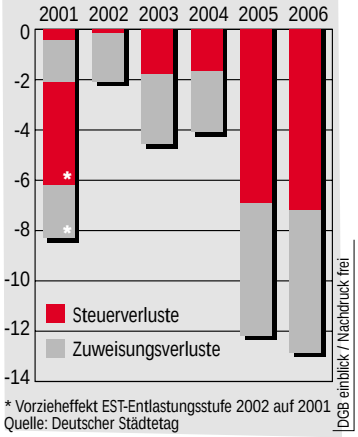
In der Opposition prangerten SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Politik der Kohl-Regierung zu Lasten der Kommunen noch an. Doch als Regierungsparteien haben sie an der Politik der Lastenverschiebung nicht viel verändert. „Rot-Grün hat weiter Lasten auf die Kommunen verschoben, anstatt diesen Trend umzukehren“, so der ÖTV-Vorsitzende Frank Bsirske.

Die künftigen Steuerausfälle führten dazu, sagt Hajo Hoffmann, „dass die Städte wichtige Investitionen – etwa für Straßen, Kanalisation, Schulen und soziale Einrichtungen – nicht vornehmen können.“ Bereits seit Beginn der 90er Jahre verfolgen viele Gemeinden einen harten Sparkurs, der tiefe Spuren hinterlassen hat: Arbeitsplatzabbau, Einschränkung, Ausgliederung und Privatisierung kommunaler Dienstleistungen sowie geringere Investitionen. Weitere Einsparpotenziale sind bei den wenigsten Kommunen noch vorhanden, ohne dass zentrale Aufgaben erheblich beeinträchtigt würden.

Besonders prekär ist die finanzielle Lage der ostdeutschen Kommunen. Obwohl in vielen Bereichen der Infrastruktur noch immer nicht das Westniveau erreicht ist, sind schon jetzt kaum noch Handlungsspielräume für gestaltende Investitions- und Dienstleistungsentscheidungen vorhanden. Die Verschuldung vieler ostdeutscher Gemeinden hat bereits das Niveau der westdeutschen Kommunen erreicht. Und die lang anhaltende hohe Arbeitslosigkeit im Osten wird die kommunalen Haushalte mit steigenden Ausgaben für Sozialhilfe zusätzlich belasten.

Arme Kommunen

Kommunale Einnahmeverluste durch Steuersenkungsgesetz (in Mrd. DM)



* Vorzieheffekt EST-Entlastungsstufe 2002 auf 2001
Quelle: Deutscher Städtetag

DGB einblick / Nachdruck frei

Nach Berechnungen des Deutschen Städtetages summieren sich die kommunalen Mindereinnahmen dank Steuerreform 2005 auf 12 Milliarden Mark.

Weiterer Personalabbau in den Verwaltungen ist absehbar, die Zahl der Beschäftigten sank bereits 2000 um 4 Prozent. In Leipzig, das ohne die neue Verschlechterung bereits ein Defizit von 100 Millionen Mark im Verwaltungshaushalt hat, wurden die Entlassungen bisher mit einem Sozialplan abgefedert, weitere Mindereinnahmen in Millionenhöhe werden dies erschweren.

Besonders hart trifft es auch Städte in NRW. Viele fahren seit Jahren Defizite im zwei- oder dreistelligen Bereich ein. Beispiel Wuppertal: Dort wurde bereits vor Jahren angesichts der Haushaltslage eine tief greifende Verwaltungsreform durchgeführt und Haushaltskonsolidierung betrieben. Ziel: Nach 2002 sollte die Netto-Neuverschuldung auf null sinken, und bis 2007 sollten sogar die Altschulden getilgt sein. Nun reißen Steuerausfälle und neue Ausgabenposten, etwa in der Hilfe zur Pflege, ein neues Loch von 80 Millionen Mark. „Es ist frustrierend“, so Stadtkämmerer Johannes Slawig.

Dietmar Bell, Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung in Wuppertal, sieht die Selbstverwaltung der Kommunen in Gefahr und befürchtet einen radikalen Ausverkauf bei den städtischen Töchtern und Beteiligungen. Die ÖTV hatte ein lokales Bündnis für Arbeit geschlossen und die Haushaltskonsolidierung kritisch-konstruktiv begleitet. Jetzt erwartet Bell harte Auseinandersetzungen, denn es droht die Schließung von Bädern, Sportstätten, Bibliotheken und Jugendeinrichtungen. Die FDP beantragt den Verkauf der Wohnungsgesellschaft und aller städtischen Immobilien, die CDU betreibt die Teilprivatisierung der Kliniken. Bell hält eine NRW-weite Kampagne zum Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge für notwendig. Griffiger Titel: „Der Eigentümer bist DU!“

Der Städte- und Gemeindebund dagegen sieht die Lösung der Krise in einer radikalen Reform des Sozialsystems. Der Präsident des Spitzenverbandes, Roland Schäfer, spricht sich für eine private Komponente in der Krankenversicherung, für eine obligatorische private Altersvorsorge und einen späteren Ruhestand aus. Der Eigenbeitrag solle im gesamten Sozialsystem Pflicht sein: „Wer arbeiten kann, eigenes Vermögen oder Unterhaltsansprüche hat, darf keine staatliche Fürsorge erwarten“, so Schäfer.

Forderungen der ÖTV zur Gemeindefinanzreform

„Der kommunalen Selbstverwaltung und der Selbstständigkeit der Bürger fehlt die Basis, wenn die Gemeinden kein Geld haben. Wie ernst es die Bundesregierung mit ihrem Programm des aktivierenden Staates meint, messe ich auch daran, ob sie die Finanzausstattung der Kommunen mit einer Gemeindefinanzreform nachhaltig verbessert.“

Frank Bsirske,
ÖTV-Vorsitzender

Die ÖTV (und später ver.di) wird das Thema Kommunalfinanzen und Gemeindefinanzreform, so Bsirske, wieder stärker in die finanzpolitische Debatte bringen. Folgende Elemente sollen dabei diskutiert werden:

- ***stärkere Beachtung der Notwendigkeit, dass Aufgaben und Finanzausstattung in einem angemessenen Verhältnis stehen (Konnexitätsprinzip)***
- ***Stärkung der eigenen gemeindlichen Steuereinnahmen und damit der kommunalen Finanzautonomie***
- ***Erhöhung des kommunalen Anteils an der Einkommenssteuer, um die unverhältnismäßigen Belastungen durch die Steuerreformgesetze zu kompensieren***
- ***größere Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei der Verwendung von Länderzuweisungen***

PROJEKTE UND PARTNER

IG Metall Wolfsburg

Bürgerpreis für Zivilcourage

Zivilcourage und Engagement bei der Integration von Ausländern belohnt die IG Metall Wolfsburg mit einen „Bürgerpreis für Toleranz und Solidarität". Erfolgreiche Projektarbeit wird mit 10 000 Mark honoriert. Voraussetzung: Das Engagement muss im IG Metall-Verwaltungsbereich Wolfsburg (Kreise Gifhorn und Helmstedt) stattfinden. Bewerbungsschluss ist der 31. März. •

IG Metall Wolfsburg
Tel. 0 53 61 / 20 02 42
igmetall@igmetall-wob.de
www.igmetall-wob.de

DGB-Bildungswerk

Studienreise nach Schweden

Neue Impulse zur Diskussion über Sozialstaat und Einwanderung verspricht die Studienfahrt „Vorbild Schweden?". Während der Reise vom 27. Mai bis 2. Juni nach Göteborg stehen Treffs mit Volvo-Betriebsräten sowie Vertretern des Arbeitsamtes und der Einwanderungsbehörde auf dem Programm. Das Seminar des DGB-Bildungswerks NRW kostet 870 Mark. •

DGB-Bildungswerk NRW
Tel. 0211 / 36 83 143
Fax 0211 / 36 83 161
www.dgb-bildungswerk-nrw.de

GEW Hessen

Fachtagung gegen rechts

„Damit rechts nicht alltäglich wird", veranstaltet die GEW Hessen am 26. März unter diesem Titel eine Fachtagung im Frankfurter DGB-Haus. Vormittags spricht der Vorsitzende des Landesverbandes jüdischer Gemeinden in Hessen, Moritz Neumann. Nachmittags geht's weiter mit vier Foren: „Organisationsformen der rechten Szene", „Was tun gegen rechts?", „Rechtsrock" sowie „Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus". Anmeldeschluss ist der 16. März. •

GEW Hessen
Tel. 069 / 97 12 93 0
Fax 069 / 97 12 93 93

bfw Saar

Newsletter aufgelegt

Berufliches Lernen ist der Schwerpunkt der ersten Ausgabe von *Info regional*, dem Newsletter des Berufsfortbildungswerks (bfw) Saarbrücken. Der Rundbrief ist kostenlos. • *bfw Saarbrücken*
Fax 0681 / 5 84 57 30
saarbruecken@bfw.de

Techno-Beratung (I)

Zielvereinbarung gestalten

Wer mitentscheidet, kann produktiver arbeiten. Wie der Betriebsrat bei Zielvereinbarungen Freiräume für ArbeitnehmerInnen schafft, ist Thema des Seminars „Mitarbeitergespräch und Zielvereinbarungen – Erfahrungsaustausch und Handlungsoptionen" am 24./25. April in Hamburg. Veranstalterin ist die Technologie- und Innovationsberatung für Arbeitnehmer (TIB). Die Teilnahme kostet 960 Mark. •

TIB
Tel. 040 / 28 58 685
Fax 040 / 28 58 651
a.schmitt@tib-hamburg.de

Mit Aktionen in allen Verwaltungsstellen will die IG Metall am 21. März Flagge gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt von Rechtsradikalen zeigen. Auch DGB-Kreise und -Landesbezirke beteiligen sich daran: Unter dem Motto „getup! Der Norden gegen RechtsExtremismus" appelliert der DGB Nord mit Postkarten an die Zivilcourage der Gewerkschaftsmitglieder. Und der DGB Zwickau übernimmt die Berliner „Aktion Notausgang", mit der Geschäfte durch Aufkleber an der Ladentür erklären, dass sie Ausländern Schutz gewähren, wenn sie von Rechtsradikalen bedroht werden. Der 21. März wurde 1966 von der UNO zum „Internationalen Tag gegen Rassismus" erklärt.

Techno-Beratung (II)

Betriebsräte ans Internet

Betriebsinterne Computernetze erlauben dem Chef eine weitgehende Überwachung seiner MitarbeiterInnen. Das Seminar „Internet für Betriebs- und Personalräte" am 2./3. April in Hamburg zeigt, wie sich die Privatsphäre am vernetzten Arbeitsplatz schützen lässt. Kosten: 960 Mark. •

TIB
Tel. 040 / 28 58 685
Fax 040 / 28 58 651
a.schmitt@tib-hamburg.de

interregio

••• Der ***DGB-Kreisvorsitzende von Frankfurt/M.,*** Harald Fiedler, hat an die ***Öffentlichkeit appelliert,*** mit dafür zu sorgen, dass die Mainmetropole „nicht zum Tummelplatz von Neonazis wird". Für den 1. Mai planen Rechtsradikale dort eine bundesweite Großdemonstration. Mehr Infos: Harald Fiedler, Tel. 069 / 27 30 05 71

••• Der ***DGB Niedersachsen/Bremen*** fördert das kommunalpolitische Engagement gewerkschaftlich organisierter ArbeitnehmerInnen. In einem ***Aufruf zur Kommunalwahl*** am 9. September fordert er aktive GewerkschafterInnen auf, sich als KandidatInnen zur Verfügung zu stellen. Mehr Infos: Ulf Birch, Tel. 0511 / 1 26 01 32

DAG-Bildungswerk

Mehr Arbeit ohne Überstunden?

Ob eine Reduzierung der Überstunden wirklich Arbeitsplätze schaffen kann, diskutieren die TeilnehmerInnen des Fachgesprächs „Beschäftigungssicherung durch Überstundenabbau?" am 3. Mai in Frankfurt/M. Die Teilnahme an der Veranstaltung der Beratungsstelle für Technologiefolgen und Qualifizierung (BTQ) der DAG Hessen kostet 80 Mark. Anmeldeschluss ist der 5. April. •

BTQ Kassel
Tel. 0561 / 77 60 04
Fax 0561 / 77 60 57

Neuer Mail-Service

Weltweiter Arbeitsschutz

Neues zum europäischen und weltweiten Arbeits- und Gesundheitsschutz kommt jetzt per E-Mail ins Haus. Denn erstmals erscheint der elektronische Newsletter *OSHmail* der Europäischen Arbeitsschutz-Agentur im spanischen Bilbao auch auf Deutsch. •

http://europe.osha.eu.int/oshmail

OnForTe

Handbuch zu Telelearning

Alles Wissenswerte rund ums Lernen mit dem PC bietet die Broschüre „Basisinformation Telelearning" des Online Forums Telearbeit (OnForTe). Das Heft zeigt Vor- und Nachteile des neuen Fernlernens und gibt Tipps zur Beurteilung guter Software. Die Broschüre kostet für ArbeitnehmerInnen 12,50 Mark, Mitglieder von DAG, DPG, HBV und IG Medien bezahlen 10 Mark. •

Online Forum Telearbeit
Tel. 0180 / 5 24 56 78
Fax: 069 / 66 16 32 80
info@onforte.de
www.onforte.de

Chancengleichheit durch Gender Mainstreaming

Nichts ist geschlechtsneutral

Eine neue Strategie sorgt in der Gleichstellungspolitik für Furore: Gender Mainstreaming.

Das Ziel: Alle Entscheidungsprozesse sollen auf die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtet sein. Das Neue: Nicht nur die Frauenabteilungen sind für die Umsetzung der Gleichstellung verantwortlich, sondern die gesamte Organisation. Konsequent umgesetzt, könnte Gender Mainstreaming die Entwicklung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft langfristig stark beeinflussen. Geprägt wurde der Begriff 1995 auf der Weltfrauenkonferenz in Peking. Schon 1996 hat die EU-Kommission vereinbart, dass alle EU-Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf die verschiedenen Geschlechter hin überprüft werden müssen. Seit der Reform der EU-Strukturfonds werden nur noch Projekte gefördert, die den Gender-Aspekt berücksichtigen. Auch die Beschäftigungspolitischen Leitlinien sind am Gender Mainstreaming ausgerichtet. Und 1996 haben sich im Amsterdamer Vertrag alle EU-Staaten verpflichtet, das Prinzip in ihrer Politik umzusetzen. Auch innerhalb der Gewerkschaften wird Gender Mainstreaming zunehmend zum Thema. Auf dem EGB-Kongress 1995 haben sich die Mitgliedsbünde verpflichtet, Frauen- und Männerinteressen in alle gewerkschaftlichen Handlungsfelder mit einzubeziehen. Vorreiter ist in Deutschland die ÖTV, die 1998 beschloss, das Prinzip in der Tarifarbeit umzusetzen. In zahlreichen Veranstaltungen und Gender-Trainings wird für das Prinzip geworben. Andere Gewerkschaften und der DGB ziehen nach, und die neue Gewerkschaft ver.di will Gender Mainstreaming sogar in der Satzung verankern. Werden klassische Frauenpolitik, Quotierung oder Frauenförderpläne überflüssig, wenn sich alle politischen AkteurInnen nun mit Chancengleichheit beschäftigen? „Keinesfalls“, sagt Gender-Expertin Barbara Stiegler von der Friedrich-Ebert-Stiftung, „die Gender-Analyse bekräftigt fast immer, dass besondere Frauenfördermaßnahmen notwendig sind.“ Für Stiegler ist klar: „Auf qualifizierte Frauen kann keine Organisation, kein Unternehmen mehr verzichten. Deshalb ist Gender Mainstreaming unverzichtbarer Bestandteil von Modernisierungsprozessen.“ •

Fragen an ...

Petra Ganser, 41, ist seit 1998 Gender Mainstreaming-Beauftragte im Tarifsekretariat der ÖTV

■ Was sind deine Aufgaben?

■ *Gender Mainstreaming in der Tarifpolitik heißt: Auf allen Ebenen, von der Planung bis zur Umsetzung, sollen die Interessen von Männern und Frauen mit einbezogen werden, um Chancengleichheit herzustellen. Alles unter der Geschlechterperspektive zu betrachten ist zunächst ein ungewohnter Blickwinkel. Meine Aufgabe ist es, in der Organisation dafür zu werben, sich darauf einzulassen. Das Tarifsekretariat erstellt außerdem Handlungshilfen für Tarifverhandlungen unter dem Gender-Aspekt. Außerdem nehme ich an den Sitzungen der Großen Tarifkommission der ÖTV teil.*

■ Was bedeutet die Geschlechterperspektive für die Tarifpolitik?

■ *Dass Frauen für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten, ist heute selbstverständlich. Anders sieht es aus, wenn man sich die Bezahlung gleichwertiger Arbeit ansieht. Bereits Anfang der 90er Jahre haben die ÖTV-Frauen eine Kampagne zur tariflichen Aufwertung von Frauenberufen gestartet. Ein Gutachten im Rahmen der Kampagne belegt, dass an sich wertfreie Tätigkeitsmerkmale in den Tarifverträgen in der Praxis zu unterschiedlicher Bewertung und Bezahlung gleichwertiger Tätigkeiten von Männern und Frauen führen. In einem wissenschaftlich begleiteten Projekt mit der Stadt Hannover entwickeln wir neue Bewertungsmaßstäbe und wollen sie auch exemplarisch anwenden. Nach wie vor gibt es mittelbare Diskriminierung, etwa wenn Beförderungen an ununterbrochene Betriebszugehörigkeit gebunden sind. Auf Grund von Erziehungspausen sind Frauen dabei meist benachteiligt.*

■ Gibt es auch mittelbare Diskriminierung von Männern?

■ *Ja. So steht noch immer im Tarifvertrag, dass Männer bei der Geburt ihrer Kinder nur Urlaub bekommen, wenn sie mit ihrer Partnerin verheiratet sind.*

■ Wie bewertest du den Erfolg deiner Arbeit?

■ *Ein Erfolg ist sicher, dass es überhaupt eine Gender-Beauftragte für Tarifpolitik gibt. Gender Mainstreaming beginnt sich zu etablieren. In der Tarifrunde 2000 war die Einbeziehung der Geschlechterperspektive Teil des von der Tarifkommission beschlossenen Orientierungsrahmens. Gender Mainstreaming ist unverzichtbar bei der Modernisierung des Tarifsystems – nicht nur im öffentlichen Dienst.*

Die EU-Definition

„GENDER MAINSTREAMING bedeutet die (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Bewertung des Politikprozesses mit dem Ziel der Integration der Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter in alle Politiken auf allen Ebenen und allen Stufen von allen politischen Akteuren.“

Council of Europe, Group of Specialists on Mainstreaming

„GLEICHSTELLUNG der Geschlechter (Gender Equality) ist nicht gleichbedeutend mit Gleichheit, mit der Verallgemeinerung von Männern, ihrem Lebensentwurf und ihren Lebensbedingungen als die Norm.“

Expertinnengruppe des Europäischen Rates zum Gender Mainstreaming

Mehr Infos über Konzept, Strategie und konkrete Umsetzung gibt es in zwei kostenlosen Broschüren:

Barbara Stiegler: Wie der Gender in den Mainstream kommt, herausgegeben vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Abt. Arbeit und Sozialpolitik. Bestellungen: FES, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn

Gender Mainstreaming in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit, ÖTV-Tagungsdokumentation. Bestellungen: ÖTV-Bundesfrauensekretariat, Postfach 10 36 62 70031 Stuttgart Fax: 0711/1 20 97 166 vera.morgenstern@oetv.de

kurz&bündig

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darf die Polizei auch bei Gefahr im Verzuge nur noch in Ausnahmefällen Hausdurchsuchungen durchführen. Für den GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg ist dieses Urteil „lebensfremd". Eine effektive Strafverfolgung werde „erheblich erschwert".

Der designierte ver.di-Chef Frank Bsirske hält es für notwendig, den Beschäftigten in der New Economy gegenüber in Vorleistung zu treten, etwa bei Rechtsschutz und Weiterbildung. Die Inanspruchnahme dieser Angebote dürfe nicht länger eine Mitgliedschaft voraussetzen.

Transnet und Bündnis 90/Die Grünen haben in einer gemeinsamen Erklärung die Stärkung des Verkehrsträgers Schiene gefordert. Zwei ihrer Forderungen lauten: dauerhafte staatliche Investitionen in die Schieneninfrastruktur sowie Halbierung der Mehrwertsteuer für den Schienenverkehr.

Die Firma Xerox hat nach Angaben der HBV ihrem Betriebsratsvorsitzenden Jürgen Stroop bereits zwei „Disziplinierungsmaßnahmen" zugestellt, weil der Gewerkschafter Stellungnahmen zu Entlassungsplänen auf einer Homepage von Xerox-Beschäftigten veröffentlicht hat: www.xexit.de

Einkommen der DGB-Beschäftigten

Stärkere Differenzierung geplant

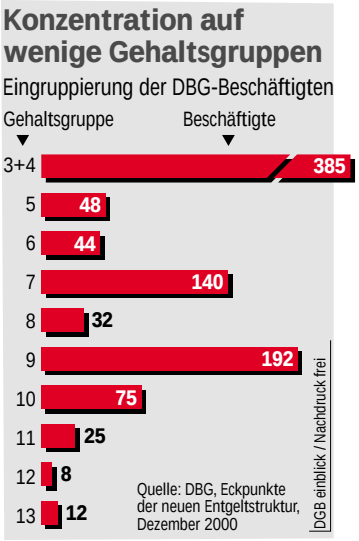
Das Einkommen der DGB-Beschäftigten soll in Zukunft stärker nach den wahrgenommenen Aufgaben und Funktionen statt nach Hierarchiestufen und Eingangsqualifikationen differenziert werden. Politische SekretärInnen sollen zudem in Relation zu den Verwaltungsangestellten besser gestellt werden. Das geht aus den „Eckpunkten einer neuen Entgeltstruktur" hervor, die der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des DGB dem Gesamtbetriebsrat (GBR) vorgeschlagen hat.

Statt 13 Gehaltsgruppen mit bis zu sechs an die Betriebszugehörigkeit gekoppelten Stufen soll das künftige Gehaltssystem 11 Gruppen umfassen. In jeder Gruppe soll es neben einem Grundgehalt vier von Qualifikation und Leistung abhängige Stufen geben: Die ersten beiden Stufen sollen bei Neueinstellungen für eine Eingruppierung nach Qualifikation genutzt werden. Die letzten beiden sind Aufstiegsstufen. Zudem sollen Aushilfskräfte im ersten halben Jahr niedriger eingruppiert werden.

Mit dem neuen Gehaltssystem will der DGB „besser als bislang besonders qualifizierte MitarbeiterInnen anwerben können", so DGB-Vorstand Günter Dickhausen. Zudem soll „das Einkommen wachsen, wenn jemand stärkere Leistungen erbringt". Gleichzeitig muss sich der DGB in den nächsten Jahren aber auf weiter sinkende Einnahmen einstellen. Laut GBV-Beschluss soll die neue Entgeltstruktur deshalb zu einer insgesamt „geringeren Gehaltskostensteigerung als nach dem jetzt angewandten System" führen.

Was die neue Gehaltsstruktur für die DGB-Beschäftigten in Mark und Pfennig bedeutet, ist noch nicht entschieden. „Wir sind in einem sehr frühen Stadium der Verhandlungen", so Dickhausen. Nach Berechnungen des Betriebsrats könnte zwar ein Teil der Beschäftigten in den oberen Gehaltsgruppen mit einem höheren Einkommen rechnen, Beschäftigte bis zur jetzigen Gehaltsgruppe 6 wären aber negativ betroffen. GBR-Vorsitzender Heiner Schäffer fordert, dass alle Gehaltsgruppen von den durch niedrigere Eingangsstufen frei werdenden Personalmitteln profitieren. Zudem müssten „vergleichbare Aufgaben auf Regional- und Bundesebene gleich bezahlt werden".

Parallel zu den Gesprächen über eine neue Gehaltsstruktur verhandeln GBV und GBR auch über einen Sozialplan. Als Folge der Organisationsreform soll die Zahl der DGB-Beschäftigten bis Ende 2002 von 961 auf 750 sinken. •



Ende 2000 hatte der DGB 961 Beschäftigte. 74 Prozent davon sind in den bisherigen Tarifgruppen 3 und 4 (VerwaltungsangestellteSekretärInnen), 7 (Organisationssekretäre, Jugendsekretäre, SekretärInnen der Vorstandsmitglieder etc.) und 9 (Kreisvorsitzende, Referatssekretäre) eingruppiert.

?...nachgefragt

Foto: Manfred Witt

Heftige Reaktionen hat ein in deutscher, englischer und französischer Sprache verfasster Aufruf des DGB-Landesbezirks Nord verursacht: Ausländische Besucher sollten aus Sicherheitsgründen die Hamburger Innenstadt während einer Demonstration von Neonazis am 17. Februar meiden. Peter Deutschland, 56, Vorsitzender des DGB Nord, sieht sich durch das große Presseecho bestätigt.

Für unseren Aufruf haben wir nicht nur Lob bekommen. Manche haben sogar geglaubt, wir würden dem Ziel der Neonazis, Teile der Stadt zur „ausländerfreien Zone" zu machen, Vorschub leisten. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Mit unserer ungewöhnlichen Protestform haben wir gezeigt, dass es nicht reicht, Demonstrationen von Neonazis polizeilich abzuarbeiten. Immerhin war es der 11. Aufmarsch von Neonazis, den die Hansestadt in kurzer Zeit erlebt hat.

Von vielen unserer ausländischen Mitglieder wissen wir, dass sie vor Aufmärschen der Neonazis Angst haben und sich nicht mehr auf die Straße trauen. Auf diesen unhaltbaren Zustand hat unser Aufruf aufmerksam gemacht. Das Medienecho zeigt, dass wir den Finger in eine Wunde gelegt haben: „Wie lange müssen wir uns das noch gefallen lassen?", hat die Bild-Zeitung *am nächsten Tag getitelt.*

Unser Aufruf hatte aber auch noch einen anderen Effekt: Er hat innerhalb des DGB Nord eine Diskussion über die Frage entfacht: Wie weit darf der DGB bei seinen Aktionen gegen Neonazis gehen? Wie provozierend dürfen die Gewerkschaften sein, um tatsächlich etwas zu erreichen? Die Frage wird innerhalb des Landesvorstands durchaus unterschiedlich beantwortet. Aber ohne unseren Aufruf hätte es keine Debatte darüber gegeben.

Neue Betriebsverfassung

„Ihr spinnt doch, Leute“

Mit der Rhetorik-Keule versuchen die Arbeitgeberverbände die Reform der Mitbestimmung in Grund und Boden zu reden. Als „Investitionshemmnis“ (BDI-Präsident Michael Rogowski) oder gar als „GAU“ (BDA-Präsident Dieter Hundt) diffamieren sie die notwendige Novellierung der fast 30 Jahre alten Betriebsverfassung. Wie der DGB darauf reagiert, erläutert Sabine Nehls.

Es ist also mitnichten so, dass die Beschäftigten und die Gewerkschaften sich zurücklehnen könnten in dem Wissen, die Reform werde schon kommen. Auch in den nächsten Monaten werden die Arbeitgeber mit allen Mitteln versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die Modernisierung zu verhindern. Zudem ist zwar der jetzt vorliegende Entwurf eine gute Basis. Das heißt aber nicht, dass Gutes nicht noch zu verbessern wäre. Und so wird der DGB im Gesetzgebungsverfahren versuchen, noch einige Ergänzungen und Verbesserungen durchzusetzen. Insbesondere aber gilt es zu verhindern, dass die Arbeitgeber Verschlechterungen am Entwurf durchdrücken.

Sabine Nehls, 43, ist Pressesprecherin des DGB.

Der DGB-Bundesvorstand hat bereits im Februar Aktionen beschlossen, die die Novellierung der Betriebsverfassung begleiten sollen. Rund 500 000 Mark stehen dafür zur Verfügung. Eine Postkartenaktion, eine eigene Website und Tagungen sollen der Forderung nach einem modernen Betriebsverfassungsgesetz Nachdruck verleihen. Die Ziele der Aktionen, so heißt es im Beschluss, sind die Unterstützung der Reform gegen den Widerstand der Arbeitgeber, die Mobilisierung der Mitglieder und Funktionäre, die Einflussnahme auf den Gesetzgeber und die Werbung in der Öffentlichkeit.

Und so setzt der DGB jetzt dem Getöse der Arbeitgeber Aktionen entgegen, die mit lockerem Ton und frischem Design die Fakten gerade rücken. „Tag, Chef – Post für Sie!“ So kündigt ein Plakat vier Postkarten an, deren Überschriften zusammengesetzt diesen Slogan ergeben: „Ihr spinnt doch, Leute“. Die Karten werden ab Ende März über die DGB-Kreise und die Gewerkschaften im Umlauf sein. Mit ihnen können die Absender begründen, warum eine Reform der Betriebsverfassung notwendig ist. Die Karten können entweder direkt bei den DGB-Kreisen abgegeben oder an eine Postfachadresse geschickt werden. Ende Mai sollen die gesammelten Karten an die Arbeitgeberverbände übergeben werden. Ergänzt werden die Materialien durch ein Leporello, das den Landesbezirken, Kreisen und Gewerkschaften zur Verfügung gestellt wird.

Wie schon bei vorangegangenen Aktionen wird auch das Internet wieder eine wichtige Rolle übernehmen. Ab Anfang März sind unter *www.mitbestimmung.dgb.de* sowohl aktuelle Infos als auch Hintergründe zu Geschichte und Gesetzentwurf, Betriebsräteporträts, Materialien und Links zu finden. Darüber hinaus wird es ein Diskussionsforum geben. Zudem können die Internet-Nutzer aus einer Sammlung von Zitaten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften das „Zitat des Monats“ wählen. „Mit Bestimmt gewinnen alle!“ lautet der Abbinder für alle Materialien und den Internetauftritt.

Für die Aktionen soll in Anzeigen in Gewerkschaftszeitschriften und Fachpublikationen wie *Arbeitsrecht im Betrieb* und *Computerwissen* geworben werden. Die vier Postkarten als Einhefter zum Heraustrennen und die Anzeigen, mit denen gezielt auf den Internetauftritt hingewiesen wird, sollen ein möglichst breites Publikum aktivieren, sich an den Aktionen zu beteiligen. Mit gezielt ausgesuchten Großplakatflächen soll deshalb in der Mitte Berlins auf die Aktion aufmerksam gemacht werden.

Die DGB-Jugend will mit eigenen Aktivitäten auf ihre Schwerpunktthemen „Bessere Rechte für Jugendvertretungen und Auszubildende in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten“ hinweisen. So wird es einen Flyer mit einer Postkarte, einen Videoclip und eine Tagung geben.

Auch der 1. Mai steht im Zeichen der Mitbestimmung: „Zukunft braucht alle Köpfe. Mitbestimmung gewinnt.“ heißt das diesjährige Motto. Zu hoffen ist, dass auch an diesem Tag auf den zahlreichen Veranstaltungen viele Postkarten gesammelt werden, damit die Aktion ein Erfolg wird.

Die Agentur „Büro für bessere Kommunikation“ hat die Kommunikationsstrategie für die Aktionen entwickelt und gemeinsam mit der Werbeagentur FGK das Design entworfen. Sie hat auch den Internetauftritt zusammen mit der Agentur Karsten Weckelmann gestaltet. Im DGB ist eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die unter Federführung der Abteilung Arbeitsrecht die Aktionen steuert. •

Was fehlt

Der DGB ist mit dem Entwurf zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, den das Bundeskabinett Mitte Februar verabschiedet hat, weitgehend einverstanden. Er will aber im Gesetzgebungsverfahren noch Verbesserungen durchsetzen, ohne das In-Kraft-Treten des Gesetzes zu verzögern.

Der Gesetzentwurf sei „das Mindestmaß an notwendiger Veränderung“, so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer.

Er müsse noch vor der Sommerpause vom Parlament verabschiedet werden.

Nur dann könne das neue Gesetz bei den nächsten Betriebsratswahlen im Frühjahr 2002 greifen.

Eine der wichtigsten Nachbesserungen, die der DGB fordert, lautet: Ausdehnung des vereinfachten Wahlverfahrens auf Betriebe bis 100 statt wie geplant bis 50 Beschäftigte.

Für notwendig hält der DGB zudem „weiter gehende Mitbestimmungsrechte“ bei der Beschäftigungssicherung und Arbeitsorganisation, als sie im Entwurf vorgesehen sind.

Im Internet

www.dgb.de

Reform der Betriebsverfassung – ReferentInnen und Material

Im Fax-Abruf:

0211 / 43 01 660

Der Gesetzentwurf zur Reform der Betriebsverfassung – die wichtigsten Änderungen auf einen Blick

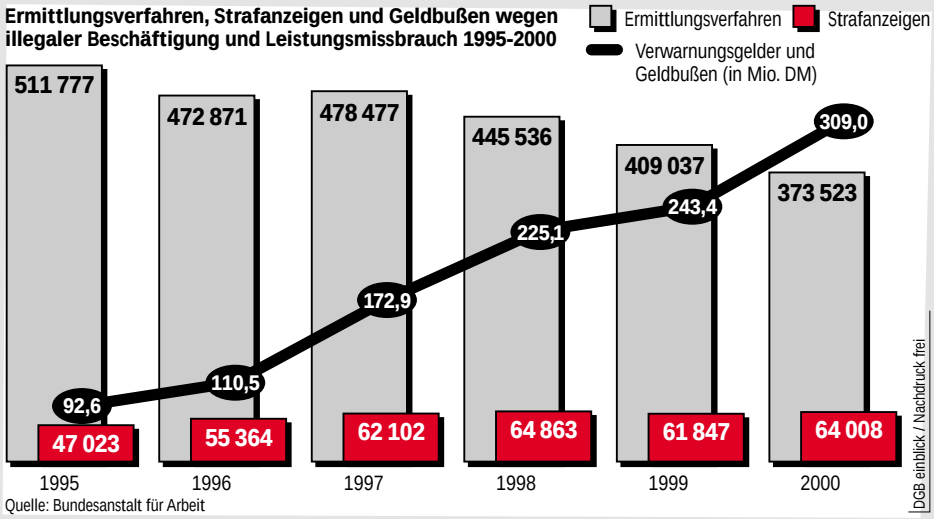
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ILLEGALE BESCHÄFTIGUNG: Trend zu Straftaten hält an

Die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch trägt Früchte: Die festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen erreichten im Jahr 2000 die neue Rekordsumme von 309 Millionen Mark. Die relativ meisten Bußgelder gab's wegen Verstoßes gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, wegen illegaler Ausländerbeschäftigung und illegaler Arbeitnehmerüberlassung. Während die eingeleiteten Ermittlungsverfahren weiter rückläufig waren, nahm die Zahl der Strafanzeigen erneut zu.



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

14 TAGE

5.3. DGB Hessen, Tagung „Nach Nizza: Sozialstrategien in Europa", Frankfurt/M.

7.3. DGB-Bundesausschuss, Berlin

8.3. Internationaler Frauentag

8./9.3. IG BCE, Tagung „Deutsche Einheit – Herausforderung für Ost und West", Berlin

9./10.3. DGB Niedersachsen/Bremen, Tagung Arbeits- und Gesundheitsschutz, Bad Nenndorf

13.3. DGB Rheinland-Pfalz, Tagung „Wie viel Bildung braucht das Land?", Mainz

15.3. Junge Gruppe in der GdP, Forum gegen Rechts, Berlin

16.-18.3. Verschmelzungskongress der ÖTV, Berlin

17.3. DGB Baden-Württemberg, Familienpolitischer Aktionstag, Stuttgart

17.3. DGB Hessen, Landesjugendkonferenz, Fulda

17.3. DGB Rheinland-Pfalz, „Rentenreform – ein Flop für Frauen?", Mainz

17./18.3. Verschmelzungskongresse von DAG, DPG, HBV und IG Medien, Berlin

18.3. Kommunalwahl in Hessen

19.-21.3. Gründungskongress der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030/85 99 46 24, Fax: 030/85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.
Dieser Ausgabe liegt eine Abonnement-Werbung für die Zeitschrift *Reden-Berater* bei.

personalien

••• ***Dr. Sigrid Bachler,*** 42, Studium der politischen Wissenschaften, Pädagogische Mitarbeiterin im Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel, ist seit dem 1. März Referatssekretärin in der Grundsatzabteilung des DGB.

••• ***Renate Gabke,*** 52, Mitarbeiterin der DGB-Rechtsschutz GmbH, ist seit dem 1. März Referatssekretärin für Arbeits- und Gesundheitsschutz beim DGB-Bundesvorstand.

••• ***Harald Reutter,*** 44, Studium der Sprach- und Rechtswissenschaften, Referent in der Pressestelle der ÖTV, ist seit Ende Februar neuer Pressesprecher der ÖTV. Er folgt ***Olga Leisinger,*** 57, die nach vierjähriger Tätigkeit als Pressesprecherin in die Abteilung Sozialwesen der ÖTV wechselt.

Tipp

Buch: *Ralf Pieper/Bernd-Jürgen Vorath (Hrsg.),* ***Handbuch Arbeitsschutz – Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz,*** *Bund-Verlag Frankfurt/M. 2001, 415 S., 98 DM*

Betrieblicher Arbeitsschutz – ein Buch mit sieben Siegeln? Der Bund-Verlag hat jetzt erstmals eine umfassende Darstellung zum Thema Arbeitsschutz „mit sämtlichen relevanten Vorschriften, Gesetzen, Richtlinien und Normen" vorgelegt. Ein praxisorientiertes Nachschlagewerk für alle, die mit Arbeitsschutz befasst sind – für Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte, Sicherheitsbeauftragte und Führungskräfte.

Schlusspunkt

„Die Betriebe sollen doch keine Ikebana-Kurse bezahlen."

Berthold Huber, IG Metall-Bezirksleiter Baden-Württemberg, in einem Gespräch mit der FAZ über den Widerstand der Arbeitgeber gegen die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.03.2001 5/01

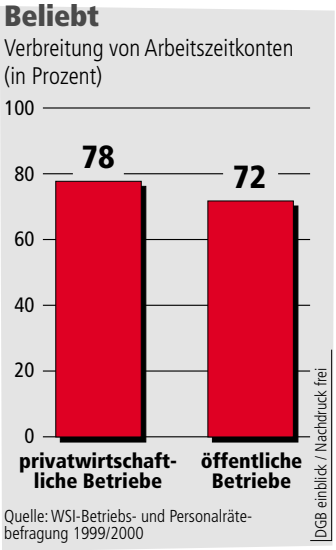
DGB

Kurzarbeitergeld

Arbeitszeitkonten in Gefahr

Arbeitszeitkonten erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Nicht nur bei den Beschäftigten. Auch Bundesregierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften sind von ihnen begeistert, das Bündnis für Arbeit forderte noch Anfang März die Tarif- und Betriebsparteien zur „Schaffung von Jahres-, Langzeit- und Lebensarbeitszeitkonten" auf. Ein Zeitsparbuch bietet in der Tat allen etwas: Produktionsschwankungen können damit ausgeglichen und Entlassungen vermieden werden. Außerdem erhöhen Zeitguthaben die Zeitsouveränität der ArbeitnehmerInnen. Das sollen sie zumindest.

Als jedoch der Arbeitgeberverband Stahl eine Empfehlung zur Einführung von Langzeitkonten herausgeben wollte, tauchte ein Problem auf, das die allgemeine Freude dämpfen und die weitere Verbreitung von Zeitkonten behindern könnte. Das Arbeitsamt kann nämlich vor Zahlung von Kurzarbeitergeld diese Konten plündern. Im Fall von Kurzzeitkonten ist das durchaus im Sinne der Beschäftigten, weil sie dann weiter Lohn und Gehalt kassieren.



Arbeitszeitkonten existieren bereits in 78 Prozent der privatwirtschaftlichen und in 72 Prozent der öffentlichen Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. In 69 bzw. 55 Prozent dieser Betriebe führen alle Beschäftigten ein Zeitkonto.

Im Fall von Langzeitkonten sieht die Sache anders aus. Sie werden von Beschäftigten angelegt, um sich für längere Zeit von der Arbeit freistellen zu lassen. Zum Beispiel zu Fortbildungszwecken, um sich der Kindererziehung widmen oder um ein Haus bauen zu können. Vor dem Zugriff des Arbeitsamtes sind allerdings nur die Konten geschützt, die „ausschließlich" dazu bestimmt sind, dass der Kontoinhaber vorzeitig in Rente gehen kann. So steht's in Paragraph 170 Sozialgesetzbuch (SGB) III. Fehlt diese Zweckbestimmung, kann das Arbeitsamt zuschlagen. Geschützt sind Zeitguthaben dann nur, soweit sie zehn Prozent der Jahresarbeitszeit übersteigen oder länger als ein Jahr unverändert bestanden haben. Diese gesetzliche Bestimmung sei „leider eindeutig", sagt Robert Sadowsky, Tarifexperte des IG Metall-Bezirks Nordrhein-Westfalen. Hinnehmen mag er das nicht: „Diese Konten werden zu ganz bestimmten, individuellen Zwecken aufgebaut – und sollen gefälligst auch dafür genutzt werden können."

Im Bundesarbeitsministerium (BMA) ist man sich dieses Problems durchaus bewusst, verteidigt aber zunächst die geltende Rechtslage. Zum einen könne die Versichertengemeinschaft erwarten, dass vor Auszahlung von Leistungen wie dem Kurzarbeitergeld die Begünstigten einen zumutbaren Eigenanteil leisten. Zum anderen solle die Reichweite der Zugriffsmöglichkeit des Arbeitsamtes nicht überbewertet werden. Zumal Kurzarbeit derzeit ein relativ geringes Problem sei. Dennoch wird die Kritik nicht völlig von der Hand gewiesen. BMA-Sprecher Martin Weiland: „Wir stehen, was die Verbreitung von Langzeitkonten betrifft, erst ganz am Anfang. Sollte sich herausstellen, dass die Zugriffsmöglichkeit des Arbeitsamtes ein echtes Hindernis darstellt, wird man das Gesetz gegebenenfalls ändern müssen." •

plusminusBERLIN

+ *Hansjörg Schäfer,* Aids-Berichterstatter der SPD-Fraktion, unterstützt die Abgabe preiswerter Medikamente an Aids-Patienten in Südafrika. 41 Pharma-Firmen haben dagegen geklagt. Schäfer forderte Bayer, Boehringer, Aventis, Merck und Roche auf, die Klage „umgehend" zurückzuziehen.

– *Marita Sehn,* weinbaupolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, fordert die Abschaffung der Schaumweinsteuer. Eine Regierung, „die sich mit dem Pazifismus schmückt", könne nicht auf „Relikte des preußischen Militarismus" zurückgreifen. Die Sektsteuer war ursprünglich eine Kriegssteuer.

inhalt

Seite 3
Betriebliche Altersversorgung
Tarifliche Pensionsfonds könnten der Betriebsrente zum Durchbruch verhelfen

Seite 5
Beendet die Closed-Shop-Politik!
Im Osten Deutschlands überaltern die Betriebe, warnt Hanjo Lucassen. Arbeitgeber und Betriebsräte verhindern gemeinsam Neueinstellungen

SPEZIAL: ver.di
- *Der Kongress der Superlative: Tränen zum Abschied*
- *Gender Mainstreaming: Ohne Brüche geht es nicht*
- *Kommunikation für Dienstleister: Vernetzt in die Zukunft*

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.jobparade.de
Infos, Bilder und ein E-Mail-Newsletter zur Job Parade in Schwerin am 1. Mai 2001 inklusive Quick-Link zur ersten Job Parade NRW in Dortmund (www.jobparadenrw.de)

Im Faxabruf
0211 / 43 01 673
DGB-Stellungnahme zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (Kabinettsbeschluss)

Standort Deutschland

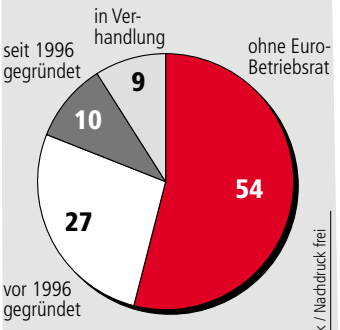
Mitbestimmung kein Investitionshemmnis

Die Mitbestimmung in Deutschland ist kein negativer Standortfaktor. Das ergab eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin im Auftrag von Bertelsmann- und Hans-Böckler-Stiftung. Befragt wurden die Manager der 400 größten deutschen Töchter ausländischer Unternehmen. Die Studie belegt, dass weder das System der Arbeitsbeziehungen noch die Mitbestimmungspraxis hierzulande Investitionsentscheidungen hemmen. Besonders positiv schätzen die Manager die Möglichkeit ein, Betriebsvereinbarungen abschließen zu können. Die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten bewerten die meisten als gut bis sehr gut. Steuerpolitik und Energiekosten werden für den Standort Deutschland negativer beurteilt als das System der Arbeitsbeziehungen. •

www.bertelsmann-stiftung.de

Nur jedes Zweite hat ihn

Transnationale Unternehmen mit und ohne Euro-Betriebsrat (in Prozent)



Stand: Anfang 2000; Quelle: Lecher/Platzer/Rüb/Weiner: „Verhandelte Europäisierung", Schriften der Hans-Böckler-Stiftung, Band 48, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2001

DGB einblick / Nachdruck frei

Von 1650 transnationalen Unternehmen in Europa haben 54 Prozent noch keinen Euro-Betriebsrat. Europäische Betriebsräte (EBR) können in Firmen gegründet werden, die in der EU plus Norwegen, Liechtenstein und Island mindestens 1000 ArbeitnehmerInnen und mindestens je 150 Beschäftigte in zwei Ländern haben. Fast ein Drittel der Euro-Betriebsräte sind auf freiwilliger Basis vor In-Kraft-Treten der EBR-Richtlinie im September 1996 gegründet worden. Artikel 13 der Richtlinie sichert ihnen Bestandsschutz zu. Nur ein Zehntel der Euro-Betriebsräte konstituierte sich nach Einführung der Richtlinie, die Zusammensetzung sowie Anhörungs- und Unterrichtungsrechte der Euro-Betriebsräte regelt. In weiteren neun Prozent der Unternehmen wurde Anfang 2000 über die Einrichtung eines Euro-Betriebsrates verhandelt.

Weitere Infos: www.igmetall.de/betriebsraete/eurobr/englisch/eurobr_liste.html

wiewardiewoche?

Claudia Schröppel, 27, Verwaltungsfachangestellte und ÖTV-Mitglied, hat gemeinsam mit anderen Studierenden der Akademie der Arbeit (AdA) in Frankfurt/M. eine Solidaritätsaktion zu Gunsten der streikenden Arbeiter des spanischen Telefonunternehmens Sintel gestartet.

Auf unserer Studienfahrt nach Madrid haben wir zufällig vom Arbeitskampf der Sintel-Beschäftigten gehört, sind hingefahren und haben sie vor Ort besucht. Erst mussten wir uns mit Händen und Füßen und unseren drei Brocken Spanisch verständigen. Später kam uns ein Englisch sprechender Arbeiter zu Hilfe. Es ist unglaublich: Seit Ende Januar kampieren 1200 Streikende vor dem Ministerium für Industrie und Energie, weil sie seit über sieben Monaten keinen Lohn mehr bekommen haben.

Der Konflikt hat mit der Privatisierung des spanischen Telefonmarktes zu tun. Vor ein paar Jahren hat Sintel noch 3700 Menschen beschäftigt, heute sind es nur noch 1800. Die Firma ist aus dem ehemals staatlichen Telekommunikationsunternehmen Téléfonica ausgegliedert worden, um die Löhne drücken zu können. Gekauft worden ist Sintel von Mas Canosa, einem Freund des spanischen Ministerpräsidenten José Maria Aznar. Canosa ist aber nur an den Sintel-Beteiligungen in Südamerika interessiert, um einen problemlosen Zugang zu diesem riesigen Markt zu haben. Die Beschäftigten haben das Nachsehen. In Spanien wird dieser Skandal weitgehend totgeschwiegen, weil Téléfonica, mitverantwortlich für diesen Konflikt, Mitbesitzerin vieler Medien ist und kein Interesse daran hat, den Fall publik zu machen. Die spanischen KollegInnen sind auf Solidarität angewiesen.

Es kann doch nicht sein, dass in einem Land, das europäische Sozialstandards anerkennt, Arbeiter ohne Lohn auf der Straße leben. Deshalb berichten wir in Deutschland über diesen Arbeitskampf. Wir rufen zur Unterstützung auf. Hilfreich wäre zum Beispiel ein Protest-Fax an die Spanische Botschaft: 030 / 25 79 95 57. Darin sollte die spanische Regierung aufgefordert werden, darauf hinzuwirken, dass die Verantwortlichen bei Sintel und Téléfonica den Konflikt im Sinne der Betroffenen beilegen. Wir informieren laufend weiter – unter www.transnet.gded.de/sintel/sintelhome.html

Betriebsverfassung

Aktionstag am 5. April

Anlässlich der ersten Bundestags-Lesung der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) am 5. April rufen der DGB und seine Gewerkschaften zu einem bundesweiten betrieblichen Aktionstag auf. An diesem Tag, so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, „werden sich die Beschäftigten in den Betrieben und Verwaltungen zu Wort melden und die anstehende Novellierung auf Betriebsversammlungen, in den Pausen und allen ihnen möglichen Zusammenhängen diskutieren". Gestartet hat der DGB auch eine Postkartenaktion an die Adresse der Arbeitgeberverbände. Mit der Aktion „Ihr spinnt doch, Leute" will der DGB den Arbeitgebern demonstrieren, dass viele Beschäftigte hinter der Reform stehen. Die Postkarten werden Ende März über die DGB-Kreise und Gewerkschaften in den Betrieben verteilt, gesammelt und Anfang Juni vom DGB den Arbeitgeberverbänden übergeben. Auf den Karten können die Absender begründen, warum die BetrVG-Reform notwendig ist. •

www.mitbestimmung.dgb.de

geplant... beschlossen

Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) und der Betriebsrat der Bundesvorstandsverwaltung des DGB haben eine Betriebsvereinbarung zur Teleheimarbeit abgeschlossen. Die Vereinbarung sieht vor, dass jeder Beschäftigte der Bundesvorstandsverwaltung einen Antrag auf Einrichtung eines Teleheimarbeitsplatzes stellen kann. Über Einrichtung von Teleheimarbeitsplätzen muss Einvernehmen zwischen dem Beschäftigten und dem GBV bestehen. Der DGB stellt analog dem in der Bundesvorstandsverwaltung geltenden Standard die technische Ausstattung für den Heimarbeitsplatz zur Verfügung und beteiligt sich mit einer Pauschale von 120 Mark/Monat an den Raumkosten. Zudem sieht die Vereinbarung vor, dass Beschäftigte nicht wegen Teleheimarbeit benachteiligt werden. Die Vereinbarung muss noch vom GBV bestätigt werden.

Betriebliche Altersversorgung

Vor dem Durchbruch?

Die betriebliche Altersvorsorge ist die schwächste Säule der Altersversorgung. Das könnte sich dank Bündnis für Arbeit und Rentenreform radikal ändern. Vor allem die geplante Einführung von Pensionsfonds bietet die Chance zur Trendwende.

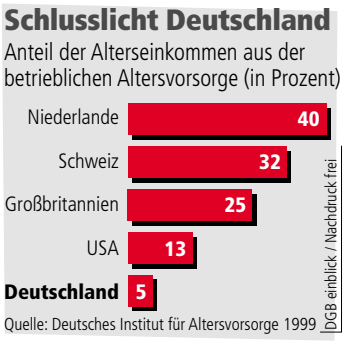
So deutlich hat sich das Bündnis für Arbeit noch nie zum Thema Betriebsrente geäußert: In der gemeinsamen Erklärung des jüngsten Spitzentreffens am 4. März heißt es, die Bündnispartner erwarteten von den Tarifpartnern noch „vor der nächsten Tarifrunde" Vorschläge für eine Fortentwicklung der tarifvertraglichen Möglichkeiten zur Altersvorsorge. Denn „in den neuen gesetzlichen Möglichkeiten zur kapitalgedeckten Altersvorsorge" – gemeint ist das geplante Altersvermögensgesetz, das noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf – steckten „Chancen für eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge".

Für die Idee, noch vor der Tarifrunde 2002 mit den Arbeitgebern über den Ausbau der betrieblichen Altersversorgung zu verhandeln, warb DGB-Chef Dieter Schulte schon vor dem Bündnistreffen: „Mit der Verabschiedung der Rentenreform geht jetzt die Post ab", erklärte er dem *Handelsblatt*, „und wir müssen schauen, dass wir vorne auf dem Zug sind."

Für seinen Vorstoß erntete der DGB-Vorsitzende prompt Kritik. Sein Vorgehen entspreche „nicht dem Diskussionsstand in der Metallindustrie", sagte Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter von Niedersachsen. Und Werner Bischoff, Tarifpolitiker im Vorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), legte nach: „Bei aller Kollegialität – für Tarifverträge sind die Einzelgewerkschaften zuständig und nicht der DGB."

Auch Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt bezeichnete Schultes Aufforderung, rasch über die Altersvorsorge zu verhandeln, als „völlig unakzeptabel". Dennoch erklärte auch er sich Tage später in der Berliner Bündnisrunde bereit, aufs Tempo zu drücken.

Dieter Schulte unterstützt zudem den Vorschlag des DAG-Vorsitzenden Roland Issen, professionell gemanagte Kapitalsammelstellen nach dem Vorbild der gewerkschaftlichen US-Pensionsfonds zu gründen. Die Führung solcher



Verschwindend gering ist der Anteil der Betriebsrenten am Einkommen von Zwei-Personen-Rentnerhaushalten – er beträgt gerade mal 5 Prozent. In den Niederlanden sind es dagegen 40 Prozent

Fonds soll Finanzmarktprofis überlassen bleiben. Denn die Gewerkschaften haben aus der Geschichte der Gemeinwirtschaft gelernt: „Wir brauchen keine zweite Neue Heimat", versichert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer.

Bezogen auf die von Rot-Grün gewollten Pensionsfonds legt der DGB besonderen Wert auf höchstmögliche Sicherheit der geleisteten Einzahlungen: „Sicherheit muss vor Rendite gehen", so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, spekulative Anlagegeschäfte seien bei der betrieblichen Altersvorsorge fehl am Platz.

Wohin die Reise gehen könnte, macht VW vor. Das Unternehmen finanziert seine Betriebsrenten künftig – statt über Rückstellungen – über einen Pensionsfonds. Es hat deshalb den VW Pension Trust gegründet, der auf dem Kapitalmarkt Vermögenszuwächse erwirtschaften soll und eine Verzinsung der eingezahlten Gelder von 3 Prozent pro Jahr garantiert. Falls die externen Treuhänder eine höhere Rendite erwirtschaften, werden die MitarbeiterInnen daran beteiligt. „Das Risiko", sagt VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Klaus Volkert, „ist durch die Langfristigkeit der Anlagen beherrschbar."

Die Rentenreform soll den Tarifparteien ab 2002 Möglichkeiten bieten, die betriebliche Altersvorsorge zu fördern. Existiert ein Pensionsfonds, darf der individuelle Anspruch der Beschäftigten auf Betriebsrente durch Entgeltumwandlung auf den Fonds beschränkt werden. Die Einzahlungen in den Fonds bleiben bis zur Höhe von 4 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze – zurzeit 8600 Mark/Monat (West) und 7300 Mark/Monat (Ost) – dauerhaft steuer- und sozialabgabenfrei. Renten aus dem Pensionsfonds unterliegen der nachgelagerten Besteuerung.

Den ArbeitnehmerInnen bieten diese externen Träger der betrieblichen Altersvorsorge den Vorteil, ihre Ansprüche bei einem Wechsel des Arbeitgebers mitnehmen zu können. Für die auf der Basis von Entgeltumwandlung erworbenen Anwartschaften gilt sofortige gesetzliche Unverfallbarkeit.

Bisherige tarifliche Altersvorsorge-Modelle – das prominenteste Beispiel bietet die chemische Industrie – nutzen den Tatbestand, dass tarifliche Einmalzahlungen wie vermögenswirksame Leistungen weitgehend steuer- und sozialabgabenfrei in Rentenansprüche umgewandelt werden können. Das aber will der Gesetzgeber nur noch bis Ende 2008 zulassen. •

Tarifliche Altersvorsorge

Tariflich geregelte Zusatzversorgungssysteme existieren schon seit Jahrzehnten: im Baugewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Brot- und Backwarenindustrie sowie in Zeitungsverlagen. Die Tarifverträge sind allgemeinverbindlich erklärt, gelten also für alle ArbeitnehmerInnen der jeweiligen Branche. Das Leistungsniveau fällt sehr unterschiedlich aus. Die bestausgestattete Zusatzversorgung existiert im öffentlichen Dienst. Dort können die Beschäftigten eine Gesamtversorgung von bis zu knapp 92 Prozent des letzten Nettoeinkommens erreichen. Im westdeutschen Bauhauptgewerbe kann je nach Alter eine Zusatzrente von 90 bis 190 Mark monatlich erzielt werden.

In den vergangenen Jahren bieten Tarifverträge vermehrt die Möglichkeit, vermögenswirksame Leistungen oder Sonderzahlungen zum Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge einzusetzen. Das ist der Fall im Banken- und Versicherungsgewerbe, in der Eisen- und Stahlindustrie sowie in der chemischen Industrie. Dort können seit Jahresanfang sogar 1200 Mark Entgelt umgewandelt werden. Künftig, so WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck, werde die Tarifrente „vor allem eine Ersatzfunktion" für die Kürzung der gesetzlichen Rente haben.

PROJEKTE UND PARTNER

Hans-Böckler-Stiftung

Hearing zur Mitbestimmung

Die von der Bundesregierung beschlossene Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes hat in Unternehmen und Gewerkschaften heftige Kontroversen ausgelöst. Der DGB-Bundesvorstand unterstützt die Ziele der Bundesregierung, hält aber Ergänzungen für notwendig. Unter dem Titel „Berichte aus der Praxis der betrieblichen Mitbestimmung" findet deshalb am 29. März in Berlin ein Experten-Hearing statt. Arbeitsdirektoren und Betriebsräte berichten über neue Formen der Arbeitsorganisation, Entlohnungssysteme und Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Veranstalter ist die Hans-Böckler-Stiftung, die Vertreter des DGB, der Arbeitgeberverbände sowie Bundestagsabgeordnete eingeladen hat. Das Hearing beginnt um 10 Uhr im Berliner Rathaus Schöneberg. •

Hans-Böckler-Stiftung
Elisabeth Bernhardt
Bertha-von-Suttner-Platz 1
40227 Düsseldorf
Fax 0211 / 77 78 120

Jobbörsen

Stellensuche im Internet

Die Unternehmensberatung Adcore Deutschland hat eine Studie zu Online-Jobbörsen vorgelegt. Darin stellt sie große Unterschiede hinsichtlich Nutzerfreundlichkeit und Effektivität fest: „Die Qualität einer Online-Jobbörse erweist sich spätestens bei der unmittelbaren Suche nach einem bestimmten Stellen- und Mitarbeiterprofil." •

Online-Jobbörse:
kommentierte Link-Liste unter
www.einblick.dgb.de

Freiwilligen-Jahr

Wer ist sozial engagiert?

Das Bundesfamilienministerium hat eine Erhebung über freiwilliges Engagement durchführen lassen. Auf einer Fachtagung am 29./30. März in Bonn sollen die wichtigsten Befunde vorgestellt und diskutiert werden. Hintergrund: Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 zum Jahr der Freiwilligen erklärt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. •

Institut für sozialwissenschaftliche
Analysen und Beratung (ISAB)
Fax 0221 / 41 20 94
isab@isab-institut.de

Arbeitszeit

Bildung managen

Eine flexible Arbeitswelt erfordert kontinuierliche berufliche Qualifikation. Lebenslanges Lernen contra täglicher Arbeitszeit? Am 29./30. März versucht der vom Berliner Senat initiierte Kongress „Der flexible Mensch", Lösungen zu finden. Teilnahmegebühr: 170 DM. •

Anmeldung und Informationen:
tagungen@bbj.de

80 Prozent der Schnittblumen für den deutschen Markt werden importiert. Zur Hälfte aus Ländern, in denen Kinderarbeit und der Einsatz von Pestiziden alltäglich sind. Importeure, Produzenten und Gewerkschaften in den Herkunftsländern haben deshalb das Flower-Label-Programm (FLP) gestartet. Blumen mit FLP-Siegel garantieren soziale und ökologische Produktionsmethoden. Die Einhaltung der Kriterien werden von Menschenrechtsorganisationen wie FIAN (Food First Informations- und Aktions-Netzwerk) vor Ort kontrolliert. Die Blumen kosten pro Stück fünf bis zehn Pfennig mehr. DGB und IG BAU unterstützen das Projekt.

Geschäfte, die Blumen mit FLP-Siegel führen: www.fian.de/blumen/haendler.php3

Arbeitsschutz

Leitfaden für Kleinbetriebe

Über 1,5 Millionen Arbeitsunfälle werden jährlich den Berufsgenossenschaften und Versicherungen gemeldet. Hilfe für Betriebsräte vermittelt der Leitfaden „Werkzeugkasten – Arbeitsschutz im Kleinbetrieb" der Beratungsgesellschaft IQ-Consult. Das Heft enthält Checklisten, Musterbriefe und Konzepte. Preis: 49,90 Mark. •

IQ-Consult
Fax 0211 / 43 01 398

Öffnungszeiten

Kunden kontra Beschäftigte?

Ob und wie Arbeits- und Öffnungszeiten auf die Bedürfnisse von Kunden eingehen können, ohne dabei die Interessen der Beschäftigten zu vernachlässigen, ist Thema des Workshops „Was du nicht willst, das man dir tut... – Arbeitszeitgestaltung im Zwiespalt zwischen Kunden und Beschäftigteninteressen". Die Veranstaltung findet am 26. April in Wuppertal statt. Veranstalter sind das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans Böckler Stiftung und das Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen. •

WSI
Tel. 0211 / 77 78 259
Svenja-Pfahl@boeckler.de

Verbraucher-Ratgeber

Richtig versichert?

Verständliche Informationen, Tipps und Beispiele aus der Praxis liefert der neue Ratgeber „Versicherungsvertrag". Preis: 16,50 Mark. Herausgeber ist die Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen. •

Verbraucher-Zentrale
Fax 0211 / 38 09 235
publikationen@vz-nrw.de

Neues WSI-Angebot

Das Abc des Tarifvertrags

Was ist ein Tarifvertrag? Warum überhaupt Tarifverträge? Wie entsteht ein Tarifvertrag? Auf diese und weitere Fragen geben die neuen Internetseiten des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) Auskunft: eine knappe Einführung in das Tarifsystem, geeignet für alle, die sich rasch einen Überblick verschaffen wollen. •

www.tarifvertrag.de

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Saar*** veranstaltet unter dem Motto „kreativ statt primitiv" einen ***Plakat- und Multimedia-Wettbewerb.*** Jugendliche, Jugendgruppen und Schulklassen sollen sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander setzen. Teilnahmeschluss ist der 1. Juli. Die besten Kunstwerke werden prämiert. Die öffentliche Preisverleihung findet am 1. September statt. Mehr Infos: Holger Meuler, Tel. 0681 / 4 00 01 24

••• Der ***Deutsche Gewerkschaftsbund*** hat mit dem Land Nordrhein-Westfalen über eine ***Einbindung der Ruhrfestspiele*** in die „Ruhr-Triennale" verhandelt. Die Festspiele in Recklinghausen würden „Herzstück" der Triennale. Ihre Eigenständigkeit und Tradition sollen jedoch erhalten bleiben. Das Triennale-Konzept sieht vor, ab 2003 Kulturevents wie die Ruhrfestspiele auf die gesamte Ruhrregion auszudehnen. Mehr Infos: www.ruhr-triennale.de

Jugendarbeitslosigkeit im Osten

Beendet die Closed-Shop-Politik!

Bei der Jugendarbeitslosigkeit gibt es eine erste Trendwende, hat HBS-Experte Winfried Heidemann im Februar im einblick geschrieben (Ausgabe 3/01). Der Osten ist davon noch weit entfernt, hält Hanjo Lucassen entgegen. Er fordert ein Umdenken von Arbeitgebern und Betriebsräten in Ostdeutschland: Wer nur auf die Stammbelegschaften schielt, rennt in die demographische Falle.

Foto: Herbst

Hanjo Lucassen, 56, ist Landesbezirksvorsitzender des DGB Sachsen.

Während in Westdeutschland die Jugendarbeitslosigkeit zurückgeht, steigt ihr Anteil im Osten im zweistelligen Bereich. Den stärksten Anstieg verzeichnete im vergangenen Jahr Thüringen mit 16 Prozent, Sachsen hatte 13 Prozent Zuwachs bei den jungen Arbeitslosen. Derzeit sind im Osten 164 000 Jugendliche ohne Arbeit, das sind 17,2 Prozent. Betroffen sind zunehmend die 20- bis 25-Jährigen, die nach der Ausbildung keine dauerhafte Anstellung finden. Ein Trend, den auch das ohne Zweifel erfolgreiche Sofortprogramm Jump (Jugend mit Perspektive) **nicht aufhalten konnte,** obwohl im Osten im vergangenen Jahr 50,7 Prozent aller Jump-Mittel für Lohnkostenzuschüsse genutzt wurden.

Die Jugend reagiert auf ihre dramatische Situation verständlich: Zunehmend gehen gerade die gut ausgebildeten Jugendlichen nach Westdeutschland, wo feste Arbeitsplätze und bessere Verdienstaussichten locken. Ein Exodus, der zum Teil sogar durch das Arbeitsamt unmittelbar gefördert wird. Eine Umfrage der *Leipziger Volkszeitung* hat ergeben, dass jeder Dritte zwischen 18 und 29 Jahren vorhat, den Osten zu verlassen. Und 53 Prozent der Befragten sehen ihre Lebensperspektive eher im Westen. Die Älteren, so die Untersuchung, haben Verständnis dafür.

Derzeit drängen auch im Osten die geburtenstarken Jahrgänge ins Arbeitsleben. **Die Industrie setzt den beginnenden Aufschwung aber nicht in Arbeitsplätze um.** Im vergangenen Jahr ging die Zahl der Erwerbstätigen im Osten abermals zurück, um ein Prozent. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der offenen Stellen sogar um sieben Prozent. Die Zahlen offenbaren ein neues Versäumnis: Viele Betriebe haben keine ausreichende mittelfristige Personalplanung.

Die Belegschaften in den ostdeutschen Betrieben sind im Durchschnitt älter als die im Westen. Die Entlassungswellen nach der Wende haben im Osten zu Belegschaften geführt, in denen es kaum Ältere gab. Doch das ist jetzt fast zehn Jahre her.

Nach dem großen Personalabbau in den Betrieben rückte im Osten die Konsolidierung in den Vordergrund. Arbeitgeber und Betriebsräte haben hier bis heute ein gemeinsames Ziel: Die Stammbelegschaft, die eine schwierige Zeit überwunden hat, muss zusammengehalten werden. Neue Kräfte wären zwar grundsätzlich sinnvoll, aber beide Seiten scheuen die Festeinstellung. **Die Angst vor möglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verstellt den Blick auf die Notwendigkeiten der Zukunft.** Hausgemachte Probleme verhindern so den innerbetrieblichen Austausch von Wissen und Erfahrung.

Die Folge: Der zusätzliche Personalbedarf wird nicht über Neueinstellungen, sondern mit Überstunden und Leiharbeitnehmern abgedeckt. Ausbildung als Teil einer kontinuierlichen Personalentwicklung wird vernachlässigt. Immer mehr ostdeutsche Unternehmen werden so zu „Closed Shops". Eine Gefahr für die Beschäftigungsentwicklung in den Betrieben wird dabei übersehen: In fünf bis zehn Jahren werden die heutigen Leistungsträger in den Ruhestand gehen. Die jetzigen Stammbelegschaften werden sich auflösen. Nachrückende jüngere Leistungsträger sind in den Betrieben dann aber zu wenig vorhanden. Schlimmer noch: Zum gleichen Zeitpunkt wird durch den wendebedingten Geburtenknick eine riesige Lücke bei den Nachwachsenden gerissen.

Ab 2006 wird in den ostdeutschen Betrieben ein historisch beispielloser Geburtenrückgang wirksam werden, der die Zahl der Ausbildungsbewerber halbiert. Der größte Personalbedarf zur Kompensation der Altersabgänge wird in einer Zeit eintreten, in der es zu wenig junge Menschen gibt, die ins Erwerbsleben eintreten. Deshalb müssen Arbeitgeber und Betriebsräte jetzt umdenken. **2001 muss das Jahr der Einstellung und der Ausbildung werden.** Nur wenn es gelingt, die jüngeren Menschen jetzt in das Erwerbsleben im Osten zu integrieren, kann die demographische Falle abgemildert werden. Nur dann müssen die jungen Menschen nicht weiter in den Westen abwandern, sondern können in ihren Heimatregionen Arbeit finden. •

Go West

Gegensätzlicher könnte die Entwicklung kaum sein: Während die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland in den vergangenen fünf Jahren zumindest geringfügig um ein halbes Prozent gesunken ist, von 8,3 auf 7,8 Prozent, ist die ohnehin höhere Arbeitslosigkeit im Osten noch gestiegen: von 14 Prozent 1995 auf 17,8 Prozent im Jahr 2000. Und sie steigt weiter: Im Februar 2001 lag die Arbeitslosenquote im Osten bereits bei 18,9 Prozent. Und mit ihr sinkt die Erwerbsquote. Während im Westen der Anteil der Erwerbstätigen in den vergangenen fünf Jahren von 466 auf 480 je 1000 Einwohner gestiegen ist, sank er im Osten von 432 auf 427 je 1000 Einwohner.

Verlierer dieser Entwicklung sind vor allem die Jüngeren. Ihnen bleibt oft nichts anderes, als in immer größerer Zahl in den Westen zu gehen. Mehr als 1,7 Millionen Menschen haben seit der Wende den neuen Bundesländern den Rücken gekehrt. Viele für immer.

Doch wirklich dramatisch ist eine andere Zahl: die wachsende Abwanderung der Jungen und Leistungsfähigen, die in nur wenigen Jahren die überalterte Schicht der jetzigen Facharbeiter und Leistungsträger im Osten ersetzen sollen. 30 000 von ihnen sind 1998 in den Westen gegangen. 1999 waren es bereits 43 000 und im vergangenen Jahr fast 50 000.

kurz&bündig

Der mit 20 000 Mark dotierte „Otto-Brenner-Preis" soll in diesem Jahr an junge Menschen verliehen werden, die „mutiges Verhalten gegen Rechtsextremismus" gezeigt haben. Bewerbungen bis zum 30 Juni an: Otto-Brenner-Stiftung, Heike Kauls, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin.

Die DPG-Jugend konnte mit der Werbekampagne „Wer drin ist, ist fein raus" im vergangenen Jahr 4000 neue Mitglieder gewinnen. Damit wurde erstmals wieder nicht nur der Verlust im Jugendbereich gestoppt, sondern die Mitgliederzahl real gesteigert.

Der Vertrag von ARD und ZDF mit der Kirch-Gruppe über die Übertragung der Fußballweltmeisterschaft 2002 und 2006 sind für die IG Medien „eine populistische Imagekampagne der Politiker gegenüber fußballbegeisterten Zuschauern". Für die Übertragungsrechte 2002 zahlten die öffentlich-rechtlichen Anstalten „Wucherpreise", für 2006 gebe es lediglich „ungewisse Zusagen", kritisiert die Gewerkschaft.

Die IG BAU hat den Arbeitgebern ein „Bündnis gegen Dumping am Bau" vorgeschlagen. Die Einhaltung von Mindestlöhnen könne nicht das einzige Kriterium für Tariftreue sein. Vielmehr müsse die „gesamte Tariftabelle" Richtschnur für die Arbeitgeber sein.

Sozialplan für den DGB

Umzug nicht ausgeschlossen

Geschäftsführender Bundesvorstand (GBR) und Gesamtbetriebsrat des DGB (GBV) haben einen Sozialplan zur Umsetzung der Organisaztionsreform entworfen. Das Ziel: Trotz Zusammenlegung der 139 DGB-Kreise zu 94 Regionen und der Reduzierung der Zahl der DGB-Beschäftigten von 961 auf 750 in den nächsten zwei Jahren sollen betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden.

Beschäftigten, deren Arbeitsplatz als Folge der Organisationsreform wegfällt, soll ein „wirtschaftlich gleichwertiger oder zumindest angemessener Arbeitsplatz" beim DGB angeboten werden, der allerdings „auch an einem anderen Ort" liegen kann. Zudem will der DGB sich dafür einsetzen, dass alle frei werdenden Stellen bei den Mitgliedsgewerkschaften und den gewerkschaftsnahen Einrichtungen vor einer Ausschreibung den DGB-Beschäftigten angeboten werden.

Beschäftige, denen kein Ersatzarbeitsplatz angeboten werden kann, erhalten eine Abfindung von maximal 18 Monatsgehältern. Die Abfindung erhöht sich bei vorzeitigem Ausscheiden um bis zu 20 000 Mark. Zudem sieht der Sozialplan vor, dass DGB-Beschäftigte, die betriebsbedingt umziehen müssen, einen Umzugkostenzuschuss erhalten sowie einen zeitlich befristeter Ausgleich für eine doppelte Haushaltsführung. Wenn eine einvernehmliche Versetzung mit einer Abgruppierung verbunden ist, soll das Gehalt zudem erst in Stufen abgeschmolzen werden.

Der GBR hat dem Sozialplan am 12. März zugestimmt. Ausschlaggebend ist für ihn, „dass der Stellenabbau beim DGB so abgefedert werden kann, dass betriebsbedingte Kündigungen möglichst vermieden werden", so GBR-Vorsitzender Heiner Schäffer. Demgegenüber verweist Personalvorstand Günter Dickhausen auf die Mobilitätskomponente. Wegen der Konzentration der DGB-Standorte werde es in Einzelfällen „nicht ohne Umzug gehen". Wichtiger sei das Ziel, den Beschäftigten „den Gang zum Arbeitsamt zu ersparen". Im GBV steht der Sozialplan am 19. März auf der Tagesordnung. •

EU-Osterweiterung

Nur mit Vergabegesetzen

Die EU-Osterweiterung muss sozial flankiert werden – unter anderem mit Vergabegesetzen für öffentliche Aufträge. Das haben die Vorsitzenden der Gewerkschaften ÖTV, Frank Bsirske, IG BAU, Klaus Wiesehügel und NGG, Franz-Josef Möllenberg, gemeinsam vor der Presse erklärt. Längst überfällig seien Bundes- und Landesgesetze, „die für die Vergabe öffentlicher Aufträge soziale und technische Standards festlegen". Außerdem bedürfe es Übergangsfristen von mindestens zehn Jahren insbesondere für das In-Kraft-Treten der Dienstleistungsfreiheit für die Beitrittsstaaten. Ansonsten könnten die Firmen aus diesen Ländern in Deutschland Dienstleistungen zu ihren erheblich niedrigeren heimischen Beschäftigungs- und Steuerbedingungen anbieten. Von den Auswirkungen der EU-Osterweiterung sei der gesamte Dienstleistungsbereich betroffen: die Bauwirtschaft genauso wie der Personennahverkehr oder die Schlachthöfe. Die Gewerkschaftsvorsitzenden betonen, dass in der Dienstleistungsbranche mit ihrem hohen Personalkostenanteil die Versuchung besonders groß sei, durch Billiglöhne Wettbewerbsvorteile zu erschleichen. Zwar handle es sich bei Dienstleistungen um ein Gut, das immer vor Ort erbracht werden muss. Da dafür aber keine Fabrikhallen benötigt werden, sei die Beweglichkeit des Dienstleisters ungleich größer als in der Produktion. Deshalb müsse sichergestellt werden, dass die Tarifverträge des Ortes gelten, an dem die Dienstleistung erbracht wird. •

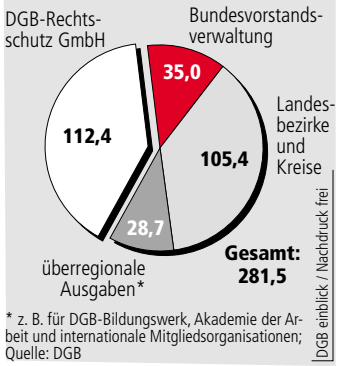
Gebäudereinigung

Bau und Bahn kooperieren

IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und Transnet arbeiten in der Reinigungsbranche künftig zusammen, um die negativen Folgen von Tarifflucht, Eigentümerwechsel und Ausgliederung für die Beschäftigten zu reduzieren. Das haben die Vorsitzenden beider Gewerkschaften vereinbart. Gemeinsames Ziel ist die Harmonisierung der Tarifstandards in der Gebäudereinigung. Auch die Laufzeiten der Tarifverträge sollen vereinheitlicht werden. Für die Reinigungsbranche bleibt die IG BAU zuständig, für die Betriebe der Bahnreinigung Transnet. •

Auf Sparkurs

DGB-Haushalt 2001
(Angaben in Mio. DM)



* z. B. für DGB-Bildungswerk, Akademie der Arbeit und internationale Mitgliedsorganisationen; Quelle: DGB

DGB einblick / Nachdruck frei

Der DGB-Haushalt 2001 hat ein Volumen von 281,5 Millionen Mark; das sind 2 Millionen Mark oder 0,7 Prozent weniger als im Vorjahr. „Wir bleiben weiter strikt auf Sparkurs", so Norbert Haak, Bereichsleiter Finanzen des DGB. Die Arbeitsfähigkeit des Gewerkschaftsbundes sei gesichert, seine Reorganisation und Modernisierung würden fortgeführt.

ver.di-Gründung: Tränen zum Abschied

Foto: Action Press

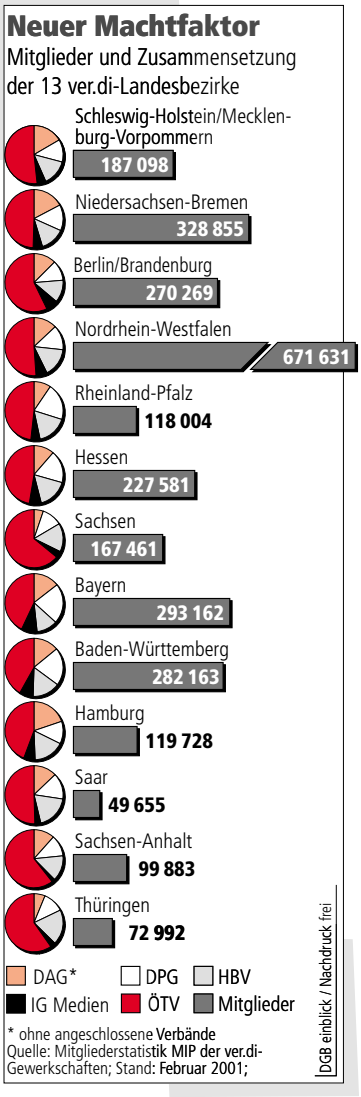
„ver.di kommt." Mit dieser optimistischen Botschaft sind die Gewerkschaftsvorsitzenden Roland Issen (DAG), Margret Mönig-Raane (HBV), Frank Bsirske (ÖTV), Kurt van Haaren (DPG) und IG Medien-Vorstand Frank Werneke wenige Tage vor den Verschmelzungskongressen in Berlin vor die Presse getreten.

1000 Delegierte und fast 4000 Gastdelegierte, JournalistInnen und KongressbeobachterInnen nehmen vom 19. bis 21. März am ver.di-Gründungskongress in Berlin teil. Der Kongress soll mit der Wahl des ver.di-Vorstands die im Oktober 1997 eingeleitete Verschmelzung von zunächst sieben, nach dem Ausstieg von GEW und Transnet noch fünf Gewerkschaften zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) vollenden. Ein Kongress der Superlative, der die ver.di-Gründung vor allem symbolisch widerspiegeln soll, denn entschieden wird woanders: von den Delegierten der zuvor tagenden Verschmelzungskongresse der fünf Gewerkschaften (16. bis 18. März), die ihre Auflösung beschließen müssen, und von der parallel tagenden Mitgliederversammlung der Gründungsorganisation ver.di (Go ver.di), die bis zur Eintragung von ver.di ins Vereinsregister als Übergangsorganisation die fünf Gewerkschaften formal aufnehmen muss.

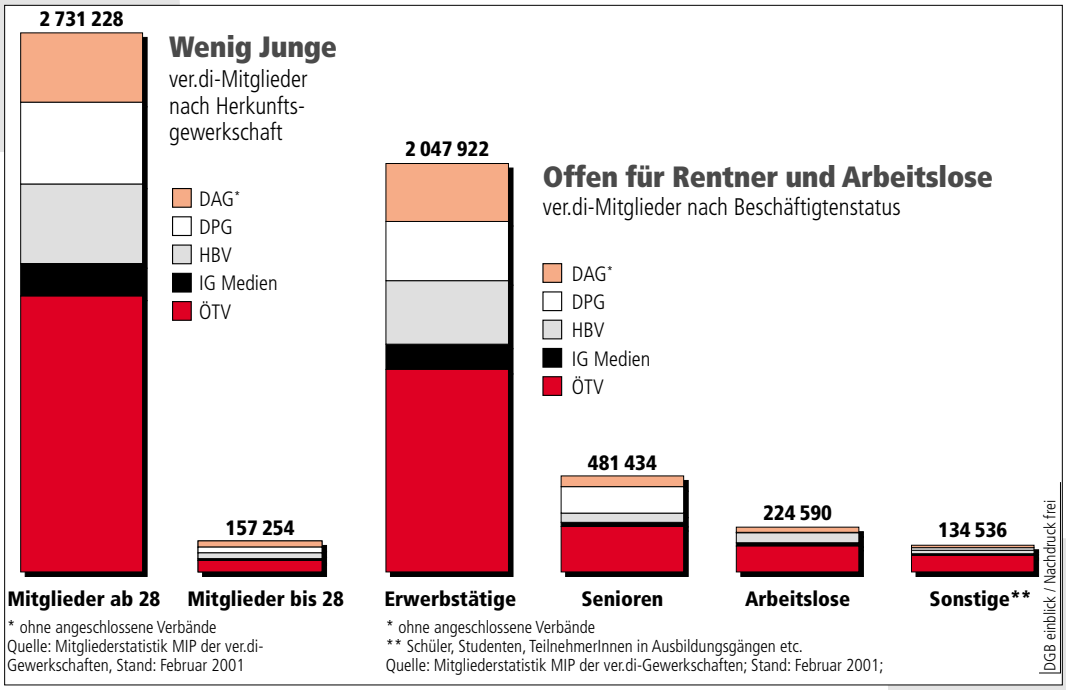
Vier Monate nach der verheerenden Abstimmungsniederlage der ver.di-Befürworter auf dem ÖTV-Kongress in Leipzig geben sich alle Beteiligten optimistisch, dass die erforderlichen Mehrheiten stehen. Nicht ob ver.di kommt, sondern die Frage, wie schnell es der neuen Gewerkschaft gelingt, die komplexe Matrixstruktur, die die Fachbereiche mit den ver.di-Ebenen verbindet, mit Leben zu füllen, ist in den letzten Wochen in den Vordergrund gerückt.

Dass die Delegierten des ver.di-Gründungskongresses faktisch kaum etwas entscheiden können, liegt auch am deutschen Vereinsrecht. Um den Fortbestand der von den fünf Gründungsgewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge nicht zu gefährden, dürfen die bereits im November vereinbarten Verschmelzungsverträge zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr verändert werden. Die Delegierten der Verschmelzungskongresse können sie nur noch als Paket annehmen oder ablehnen.

Auch für den Gründungskongress gelten etliche Besonderheiten: Zwar sind die Delegierten in ihrer Entscheidung frei, ob sie dem zwischen den Gewerkschaften ausgehandelten Vorschlag für den ver.di-Vorstand folgen, aber für die Gründungsphase haben die fünf beteiligten Gewerkschaften ein besonderes Vorschlagsverfahren für Wahlen vereinbart, das sicherstellen soll, dass in der Anfangsphase keine Gewerkschaft von einer anderen majorisiert wird: Analog zur Mitgliederzahl liegt das Vorschlagsrecht bei Wahlfunktion im Verhältnis 48 (ÖTV) zu 16 zu 16 zu 16 (DAG; DPG; HBV) zu 8 (IG Medien) bei den fünf Gründungsgewerkschaften. Auch die Programmdebatte, sonst Herzstück der meisten Gewerkschaftskongresse, dürfte in Berlin kaum eine Rolle spielen. Zwar liegt den Delegierten dazu ein ganzes Dutzend Leitanträge vor, die den Start der Programmdebatte in ver.di bilden sollen, aber für eine echte Programmdebatte bleibt auf dem Gründungskongress kaum Zeit. Nicht nur weil die Verpflegung von fast 5000 KongressteilnehmerInnen die Verantwortlichen vor große logistische und zeitliche Probleme stellt, sondern auch, weil am Ende einer ganzen Kongresswoche die Luft für eine tief greifende politische Debatte raus ist. Im Vordergrund steht stattdessen der Gründungsakt der neuen Gewerkschaft und die vorangehende Auflösung der zum Teil über einhundert Jahre alten Gründungsgewerkschaften. Ein Aufbruch, bei dem auch Tränen fließen werden. •



Mit ver.di entsteht ein neuer Machtfaktor. In Berlin/Brandenburg, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen–Bremen hat die neue Gewerkschaft jeweils mehr als 270 000 Mitglieder, in Nordrhein-Westfalen sind es sogar 670 000. Das sind mehr Mitglieder, als vier der fünf Gründungsgewerkschaften haben.



Nur 157 000 der 2,9 Millionen ver.di-Mitglieder sind unter 28 Jahre. Das sind 5,4 Prozent. Schlusslicht bei den Jüngeren ist die ÖTV: Zwar kommt jedes dritte ver.di-Mitglied unter 28 von der ÖTV, bei ihr liegt der Anteil der unter 28-Jährigen aber unter 4 Prozent. Beim Spitzenreiter DAG sind es 8,2 Prozent.

Nach den Erwerbstätigen sind die Senioren mit 481 434 Mitgliedern die zweitgrößte Mitgliedergruppe in ver.di. Aber auch Arbeitslose sind in der Gewerkschaft organisiert: Jedes zehnte ver.di-Mitglied ist zurzeit ohne Job. Statistisch kaum ins Gewicht fällt dagegen die Gruppe der freiberuflich Tätigen. Obwohl nicht nur Journalisten zunehmend diese Form der Erwerbsarbeit wählen, sondern zum Beispiel auch die Inhaber der von der DPG betreuten Postagenturen, weist nur die IG Medien die Selbstständigen in der Statistik aus. Bei ihr sind immerhin 22 849 Mitglieder selbstständig.

ver.di call back

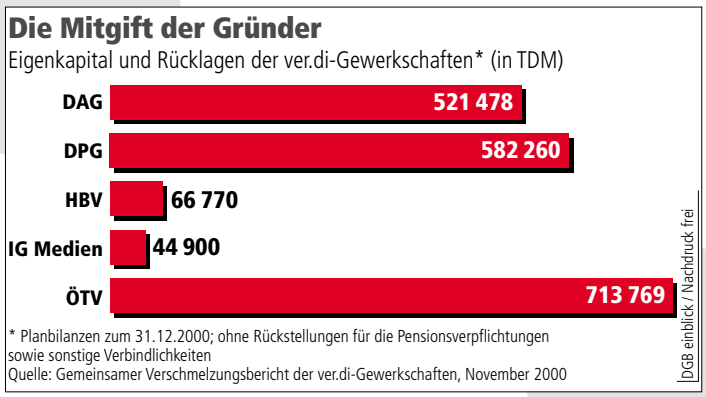
„Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne" – unter diesem Motto hat ver.di eine neue Service-Hotline eingerichtet. Ab dem 22. März ist die neue Dienstleistungsgewerkschaft von montags bis freitags von 7 bis 21 Uhr unter der Servicenummer 0180 / 22 22 27 erreichbar.

In Vorbereitung ist zudem ein Rückrufservice, bei dem Internetsurfer angeben können, wann und wo sie zu bestimmten Fragen von ver.di-MitarbeiterInnen zurückgerufen werden wollen.

www.verdi-net.de
(demnächst: www.ver-di.de)

Die Imagekampagne

Zehn Millionen Mark ist den ver.di-Gewerkschaften ihre Imagekampagne wert, die auf dem Gründungskongress vorgestellt wird. Den Zuschlag für die Kampagne hat die Agentur Odeon Zwo erhalten. Die Werbeagentur mit Sitz in Hannover und Berlin war unter anderem verantwortlich für Schröders letzte Landtagswahlkampagne in Niedersachsen und hat auch bereits für Gewerkschaften gearbeitet: So hat sie das IG BCE-Logo entwickelt und die Fusion der IG Medien mit einer Kampagne unterstützt.



Auf knapp 1,9 Milliarden Mark addiert sich das Vermögen, das die fünf ver.di-Gewerkschaften in die neue Dienstleistungsgewerkschaft einbringen. 300 Millionen davon fließen in die Aufstockung der Rückstellungen, mit denen Verpflichtungen aus dem gewerkschaftseigenen Betriebsrentensystem eingelöst werden sollen. Während IG Medien und HBV lediglich über ein Vermögen von 45 bzw. 67 Millionen Mark verfügen, bringen DPG und DAG, verglichen mit ihrem Mitgliederanteil, das größte Vermögen in die neue Dienstleistungsgewerkschaft ein.

?...nachgefragt

Foto: Cordula Kropke

Anfang März hat Martin Kempe, 57, Mitbegründer der linken *Tageszeitung (taz)*, freier Journalist und Buchautor, die Aufgabe übernommen, als Kommunikationsmanager die Medienaktivitäten der ver.di-Gewerkschaften zu integrieren. Die Bündelung aller Öffentlichkeitsarbeit in dieser Funktion ist ein Ergebnis eines Kommunikationsprojektes von ÖTV und Bertelsmann-Stiftung (einblick 9/00). Die Kommunikation von fünf Gewerkschaften zusammenzuführen, ist kein leichter Job. Was steht ganz oben auf der Agenda? Das hat *einblick* Martin Kempe gefragt.

Zunächst – ich bin sozusagen der erste ver.di-Mensch, zwar erst mal beim Hauptvorstand der ÖTV angestellt, aber ich wurde mit der Perspektive ver.di eingestellt. Der Grundgedanke des neuen Konzeptes ist, die verschiedenen Zweige medialer Vermittlung gewerkschaftlicher Inhalte zu verknüpfen und Öffentlichkeitsarbeit, Printmedien, Internet oder Kampagnen-Medien in einer großen Kommunikationseinheit im Vorstandsbereich 1, Vorsitzender, zusammenzuführen. Das Ziel: ver.di soll mit einer Stimme sprechen. Noch nicht entschieden ist, wie der Bereich Werbung integriert wird. Ich halte den Ansatz, den Bereich Kommunikation in einer Abteilung zu organisieren, für sehr effektiv – insbesondere im Verschmelzungsprozess. Er ermöglicht eine Kommunikation der kurzen Wege. ver.di muss bei zentralen Themen wie Bündnis für Arbeit oder EU-Osterweiterung einheitliche Akzente in der Öffentlichkeit setzen.

Nach der ver.di-Gründung sollten die fünf Gewerkschaften als Einheit auftreten. Eine ver.di-Homepage gibt es bereits, jetzt gilt es, schnell ein publizistisches Konzept für die ver.di-Mitgliederzeitung zu entwickeln. Der Zeitdruck ist enorm: Zwar erscheinen die bisherigen Medien – ergänzt durch eine ver.di-Beilage – noch bis Ende 2001. Doch schon im Januar 2002 soll das neue Medium auf dem Markt sein. Im März und April müssen die Weichen für die Konzeptphase gestellt werden und die Arbeitsstrukturen stehen. Das ist derzeit meine vorrangige Aufgabe. Immerhin wird die neue Mitgliederzeitung mit einer Auflage von knapp drei Millionen das wichtigste ver.di-Medium – in der Außendarstellung und für die Identitätsbildung. Es soll ein lebendiges, offenes Medium werden, das gewerkschaftliche Positionen darstellt, sich aber auch allgemeinpolitischen Themen widmet – sehr diskursiv und diskussionsfreudig, nicht propagandistisch. Ergänzt werden soll das zentrale Medium durch Fachbereichspublikationen. Das könnten die vorhandenen Medien sein, die ver.di-Identität muss aber schon vom Format her sichtbar sein. Neun Monate sind eine kurze Zeit für ein solch ambitioniertes Projekt – es müssen nicht nur ein überzeugendes Konzept erarbeitet und ein, zwei Null-Nummern produziert werden. Auch die Redaktion muss aufgebaut werden – mit RedakteurInnen der bisherigen Mitgliederorgane, sicher auch mit Externen. Ich bin fest entschlossen, eine Frau an die Spitze zu stellen, schließlich ist ver.di auch die größte Frauenorganisation der Republik.

Gender Mainstreaming: Ohne Brüche geht es nicht

Mit ver.di entsteht nicht nur die größte Gewerkschaft der Welt, sondern auch die größte Frauenorganisation in Deutschland. 1 466 155 Männer stehen in ver.di 1 422 327 Frauen gegenüber. Margret Mönig-Raane, designierte stellvertretende ver.di-Vorsitzende, will Gender Mainstreaming zu einem Grundprinzip der neuen Gewerkschaft machen.

■ ver.di ist die Frauengewerkschaft schlechthin – mit einem Frauenanteil von fast 50 Prozent.

■ ***Ich hoffe, dass ver.di eine Gewerkschaft wird, die Männer und Frauen in ihren jeweiligen Realitäten annimmt und adäquatere Antworten auf ihre Lebensentwürfe findet, als Gewerkschaften und Gesellschaft dies in der Vergangenheit getan haben. Deshalb haben wir Gender Mainstreaming in der Satzung verankert: Wir wollen, dass alle Projekte und Maßnahmen aus der Perspektive von Männern und Frauen betrachtet werden. Wir wollen in unserer Politik die Folgen berücksichtigen, die sie für beide Geschlechter hat. Insofern hoffe ich nicht, dass ver.di eine Frauengewerkschaft wird, sondern eine Gewerkschaft, in der Frauen einen gleichberechtigten Platz haben. Daran werden sich dann andere messen lassen müssen. Für moderne Organisationen ist die Berücksichtigung des Gender-Prinzips eine Überlebensfrage.***

Die HBV-Vorsitzende Margret Mönig-Raane, 52, soll als einzige Frau eine der vier stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden werden.

■ Gleichberechtigung ist auch eine Machtfrage.

■ ***Das wird auch in ver.di nicht ohne Brüche gehen. Es geht nicht um eine theoretische Betrachtung, was Gleichberechtigung bedeutet, sondern um handfeste Interessen. Deshalb haben wir in der Satzung eine Quotierung festgeschrieben. Das heißt, dass ein Mann auch einmal seinen Platz räumen muss. Sicher wollen wir, dass alle Aktiven aktiv bleiben können. Aber bei den Machtpositionen wird es zu Einschnitten kommen.***

■ Für die Gründungsphase gilt die Quotierung nicht.

■ ***Sie gilt auch für die Gründungsphase, allerdings gibt es Ausnahmen. Es gibt Realitäten, die wir nicht wegzaubern können: Im hauptamtlichen Bereich, insbesondere bei den Wahlfunktionen, bringt jede Gewerkschaft ihre Geschichte mit. Diese Funktionen sind überwiegend von Männern besetzt, und das kann man nicht von heute auf morgen ändern. Aber es gibt für ver.di ein Personalentwicklungskonzept, und bis zum 2. ordentlichen Kongress 2007 muss die Quotierung auch bei den Wahlfunktionen vollzogen sein.***

■ Wie soll die Quote durchgesetzt werden?

■ ***Dazu ist eine gezielte Einstellungs- und Förderungspolitik notwendig, für Männer und Frauen wohlgemerkt. Wir wollen sicherstellen, dass sich ausreichend Kolleginnen um Wahlfunktionen bewerben, damit wir nicht mehr Kolleginnen suchen müssen, die Funktionen übernehmen können. Wir brauchen auch bei den Frauen eine Wahlmöglichkeit. Erst dann haben wir den Normalzustand erreicht.***

■ Gender ist mehr als Quotierung. Wie soll es zu einem Grundprinzip des täglichen Handelns werden?

■ ***Wir haben das noch nicht zu Ende diskutiert. Aber wir wollen in allen Abteilungen Gender-Beauftragte einsetzen, nicht nur in der Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik. Und es wird ein Gender-Controlling geben, das in der Abteilung Planung und Controlling beim Vorsitzenden angesiedelt ist, damit Gender zu einer Aufgabe der Gesamtorganisation wird.***

■ Bei der Verteilung von Kompetenzen geht es auch um Macht. In 2000 ist hart zwischen Gründungsgewerkschaften gefochten worden. Was bleibt davon hängen?

■ ***An Bitterkeit nichts. Was noch nicht hinreichend gelöst ist, ist das Problem ehrenamtlicher KollegInnen, deren bisheriger Wirkungskreis praktisch zerlegt wird, die sozusagen eine völlig neue Gewerkschaftskarriere starten müssen. Ich fürchte, das werden nicht alle wollen. Aber es ist unsere Aufgabe, alle ins Boot zu holen und ihnen zu signalisieren, dass wir sie brauchen und dass es wichtige Aufgaben für sie gibt – wenn auch nicht in den alten Funktionen.***

■ Wie kann erreicht werden, dass ver.di mehr ist als die Addition von politischen Gruppeninteressen, also die Betriebsräte der Kernkraftwerke sagen, dass der Castor-Transport wieder rollen soll, und die Verkäuferinnen der HBV entscheiden, wie lange die Läden geöffnet bleiben?

■ ***Das wird die gelebte Matrix entscheiden. Es wird gemeinsame Positionen geben, die nicht allen Fachgruppen oder Fachbereichen gefallen, und umgekehrt müssen die Fachbereiche die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu äußern. Das wird sich manchmal widersprüchlich anhören, aber das muss man dann aushalten. Allerdings sollte das nicht das permanente Bild sein.***

■ Nach der Satzung gibt es einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter. Du kandidierst für einen Stellvertreterposten. Kannst du dir auch vorstellen, zweite Vorsitzende zu sein?

■ ***Diese Frage stellt sich nicht. Bis 2007 haben wir vier stellvertretende Vorsitzende.***

■ Aber du bist in diesem Gremium die einzige Frau. Unter Gender-Aspekten ist da noch einiges zu tun.

■ ***Wohl wahr.***

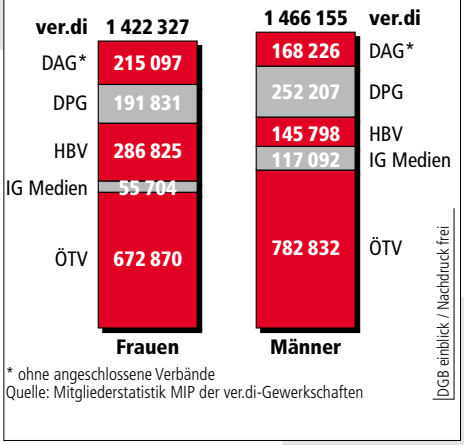
■ Das Modell der Doppelspitze wäre eher „gegendert" gewesen.

■ ***Ja. Aber man muss sehr sorgfältig sehen, wann man welchen Schritt macht. Und mit der Person des designierten Vorsitzenden ist ver.di gut beraten. Zudem war es für die ÖTV sehr wichtig, dass sie den Vorsitzenden stellt. Denn für sie war es mit am schwersten, sich auf einen Prozess der gleichberechtigten Gestaltung der neuen Gewerkschaft einzulassen. Aber spätestens 2007 sieht das unter dem Gender-Aspekt anders aus.*** •

Langfassung des Interviews: www.einblick.dgb.de Faxabruf 0211 / 43 01 675

Stark im Kommen

Anteil der Frauen in den ver.di-Gewerkschaften im Vergleich zu dem der Männer



* ohne angeschlossene Verbände
Quelle: Mitgliederstatistik MIP der ver.di-Gewerkschaften

Trotz niedrigerer Erwerbsbeteiligung ist der Anteil der Frauen in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fast so hoch wie der der Männer. Bei DAG und HBV gibt es sogar mehr Frauen als Männer.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

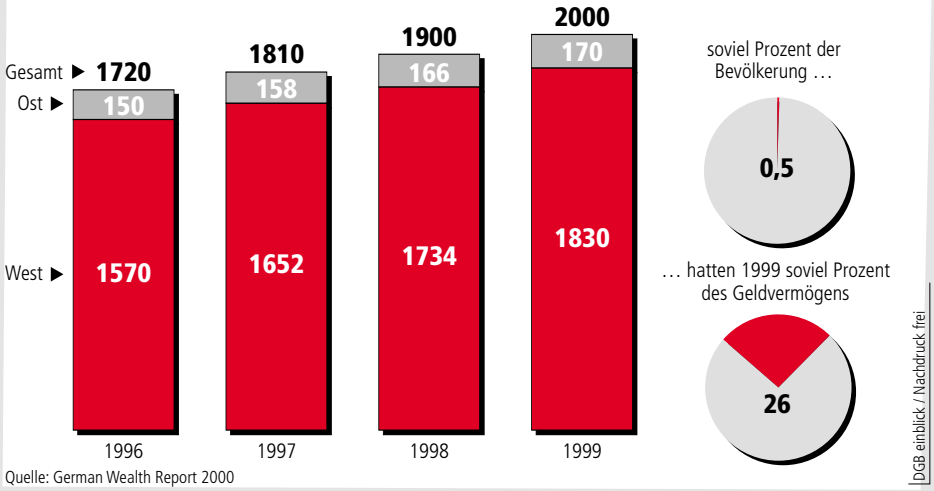
DIES & DAS

die DGB grafik

GELDVERMÖGEN: Super-Reiche legen zu

Die Zahl der Super-Reichen in Deutschland mit mehr als 1 Million Euro Geldvermögen ist in den Jahren 1996 bis 1999 um 52 000 auf 365 000 gestiegen. Das entspricht einer jährlichen Zunahme von 5 Prozent. Im selben Zeitraum wuchs ihr Geldvermögen von insgesamt 1720 auf 2000 Milliarden Euro (4 000 000 000 000 Mark). Diese Super-Reichen stellen 0,5 Prozent der Bevölkerung. Sie besitzen 26 Prozent des gesamten deutschen Geldvermögens. Nur 3700 von ihnen nennen 612 Milliarden Euro ihr eigen.

Vermögensentwicklung der Reichen (in Milliarden Euro)



Quelle: German Wealth Report 2000

14 TAGE

19.-21.3. Gründungskongress der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin

21.3. DGB Nord, Foren zum Internationalen Tag gegen Rassismus, Kiel und Schwerin

22.3. DGB Sachsen, „Arbeit, Ausbildung, Mitbestimmung", Podiumsdiskussion mit dem DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte, Dresden

22./23.3. IG BAU, Bundeskonferenz Forst und Naturschutz, Magdeburg

24.3. DGB Hessen, Landesfrauenkonferenz, Frankfurt/M.

25.3. Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

personalien

••• ***Sabine Nehls,*** 43, Pressesprecherin des DGB-Bundesvorstands in Berlin, wechselt als Abteilungsleiterin Öffentlichkeitsarbeit zur Hans-Böckler-Stiftung. Sie folgt ***Ditmar Gatzmaga,*** 49, der seit November vergangenen Jahres Leiter der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin ist.

••• ***Ulrich Klotz,*** 52, Koordinator für Technologie- und Umweltpolitik beim Vorstand der IG Metall, ist für das laufende Semester als Gastprofessor an die Offenbacher Hochschule für Gestaltung berufen worden. Um die von der Leitner GmbH finanzierte Gastprofessur hatten sich 17 Hochschulen beworben.

Tipp

Buch: ***Jeremy Waddington, Reiner Hoffmann (Hrsg.), Zwischen Kontinuität und Modernisierung: Gewerkschaftliche Herausforderungen in Europa, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, 482 Seiten, 68 Mark***

Globalisierung, veränderte Produktionsweisen, Wertewandel: Um mit den tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen Schritt halten zu können, müssen sich die Gewerkschaften in Europa modernisieren – programmatisch und strukturell. Der vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) herausgegebene Band informiert über den Stand gewerkschaftlicher Reformbemühungen in sechzehn Ländern. Jeder Beitrag enthält vier Schwerpunkte: das Verhältnis von betrieblicher, regionaler, nationaler und europäischer Interessenvertretung; neue Formen gewerkschaftlicher Repräsentation am Arbeitsplatz; die Bemühungen, „neue" Arbeitnehmergruppen zu organisieren; der Entwicklungsstand gewerkschaftlicher Fusionen und Restrukturierungen. Ergänzt werden die fakten- und kenntnisreichen Länder-Porträts durch einen Beitrag über europäische Gewerkschaftsstrukturen und die Perspektiven europäischer Arbeitsbeziehungen.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Warum stellt man nicht einfach Leute ein, die diese zwei Milliarden Überstunden abfeiern?"

Der Kabarettist Kalle Pohl in der RTL-Sendung „7 Tage – 7 Köpfe" am 9. März

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 02.04.2001 6/01

DGB

Reform der Arbeitsförderung

Betriebliche Weiterbildung sponsern

Ein Ruck soll durch die Betriebe gehen, fordert der DGB, damit die von Bundesregierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften allseits beschworene Qualifizierungsoffensive keine Papier-Forderung bleibt. Eine Initialzündung zu Gunsten betrieblicher Weiterbildungsinitiativen sei vonnöten, heißt es in Berlin.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer hat deshalb Ende März vorgeschlagen, dass die Arbeitsämter in den nächsten fünf Jahren ein Drittel bis zur Hälfte der Kosten betrieblicher Weiterbildung übernehmen – vorausgesetzt, es liegen tarifliche oder betriebliche Vereinbarungen zur Weiterbildung vor.

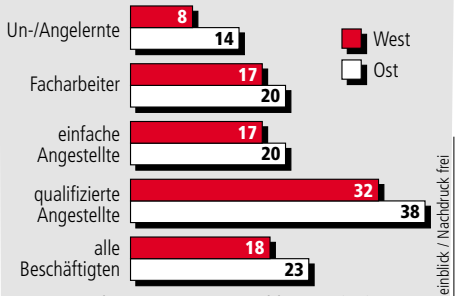
Das knüpft an die Verabredung der Sozialpartner im Bündnis für Arbeit an, die beim jüngsten Spitzentreffen Anfang März erklärt haben, „Rahmenbedingungen für Weiterbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens" schaffen zu wollen. Eine Finanzspritze aus Nürnberg täte deshalb gut und käme wie gerufen. Zumal die Tarifparteien ihre Möglichkeiten in Sachen Weiterbildung bis heute „nur unzureichend genutzt" haben, wie eine Studie des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung kritisch feststellt. Trotz zahlreicher Einzelregelungen könne von einer systematischen und flächendeckenden Förderung der Qualifizierung durch Tarifverträge „bislang nicht gesprochen werden", so der Leiter des Tarifarchivs, Reinhard Bispinck.

Kein Wunder, dass nur ungefähr jeder fünfte Arbeitnehmer an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen teilnimmt. Das hat eine Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in 9762 Betrieben Mitte 1999 ergeben. Herausgefunden haben die ForscherInnen zudem, dass ausgerechnet die unteren Qualifikationsgruppen bei Weiterbildungsmaßnahmen oft außen vor bleiben. Betriebliche Weiterbildung bedeute in den meisten Fällen „Qualifizierung der Qualifizierten", sagt die IAB-Expertin Ute Leber.

Die geplante Reform der Arbeitsförderung im Sozialgesetzbuch (SGB) III zum 1. Januar 2002 bietet die erstbeste Chance, die Forderung nach Kofinanzierung betrieblicher Weiterbildung durch die Arbeitsämter zu realisieren. Zumal alle Partner im Bündnis für Arbeit dieser Idee – allerdings nur bezogen auf die Qualifizierung älterer ArbeitnehmerInnen – bereits prinzipiell zugestimmt haben: Ihrer Auffassung nach soll die Bundesanstalt für Arbeit hier „Schrittmacherdienste leisten" und sich „für einen befristeten Zeitraum an der Finanzierung der Weiterbildungskosten von Arbeitnehmern über 50 Jahre beteiligen". Gedacht ist aber nur an eine Anschubfinanzierung. Ihre Verantwortung für die betriebliche Weiterbildung sollen die Unternehmer behalten. DGB-Vize Engelen-Kefer: „Betriebliche Weiterbildung kann keine Daueraufgabe der Bundesanstalt für Arbeit werden." •

Bildung spaltet

Anteil der TeilnehmerInnen an betrieblicher Weiterbildung nach Qualifikation (in Prozent)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Betriebspanel 1999

DGB einblick / Nachdruck frei

Die betriebliche Weiterbildung vergrößert bestehende Bildungsunterschiede tendenziell – und trägt somit zur Verstetigung ungleicher Beschäftigungs- und Einkommenschancen bei.

plusminusBERLIN

+ ***Annette Widmann-Mauz und 14 weitere CDU/ CSU-Abgeordnete machen sich für berufstätige Frauen stark. Laut Anfrage 14/5597 wollen sie von der Regierung wissen, wie diese den Frauenanteil an den Fördermaßnahmen des Europäischen Sozialfonds (EFS) steigern will.***

– ***Ina Lenke, frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, ist gegen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Zwar müsse es „oberste Priorität" in Wirtschaft und Politik sein, „Frauen wirkliche Chancen zu geben". Aber Gleichstellungsgesetze würden „in der Praxis" nur „die Frauen diskriminieren".***

inhalt

Seite 3

Wechselfieber dämpfen

Das stürmische Wachstum der konkurrenzlos billigen Betriebskrankenkassen geht zu Ende

Seite 5

ver.di

Raus aus den Gewerkschaftsghettos, rein ins Leben. Die ersten Tage der neuen Dienstleistungsgewerkschaft

Seite 7

Zweifelhafte Solidarität

Die Politik der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft hat viele Unternehmen von einer Beteiligung am Fonds zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter abgehalten, kritisiert Rolf J. Freyberg, Vorstandssprecher der BGAG

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.projects-and-more.de

Lernen online mit dem bfw

Im Faxabruf 0211 / 43 01 674

„Die Zukunft der Erwerbsarbeit unter den Bedingungen der Dienstleistungsökonomie". 10 Thesen des Industriesoziologen Martin Baethge

Betriebsverfassung

Bundesratsausschuss für Reform

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat in einem Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder appelliert, sich im Bundesrat für eine positive Bewertung des Gesetzentwurfs zur Reform der Betriebsverfassung einzusetzen. In den Bundesratsausschüssen wurde der Entwurf bereits beraten. Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung erkennt den grundlegenden Novellierungsbedarf an und begrüßt den Entwurf. Zudem schlägt er vor, zu überprüfen, inwieweit arbeitnehmerähnliche Selbstständige und die über- und außerbetrieblichen Auszubildenden in die Betriebsverfassung mit einbezogen werden können. •

geplant... beschlossen

Der DGB hat einen Zeitplan zur Aufnahme der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) erarbeitet: Bis zu der für den 2. Juli erwarteten Eintragung der neuen Gewerkschaft ins Vereinsregister wirkt die Mitgliedschaft der vier ver.di-Gründungsgewerkschaften, die zugleich Mitglied des DGB sind (DPG, HBV, IG Medien und ÖTV) , unverändert nach. Auch am Delegiertenschlüssel, an Mandaten und Vertretungsrechten der vier DGB-Gewerkschaften ändert sich zunächst nichts, weil ver.di erst mit der Eintragung ins Vereinsregister juristisch als gegründet gilt. Ab diesem Zeitpunkt ist die neue Gewerkschaft in den DGB-Vorständen auf Bundes-, Kreis- und Regionalebene statt mit vier VertreterInnen von DPG, HBV, IG Medien und ÖTV nur noch mit einem Vertreter präsent.
Zuvor muss der Bundesausschuss noch über die Aufnahme von ver.di in den DGB entscheiden.

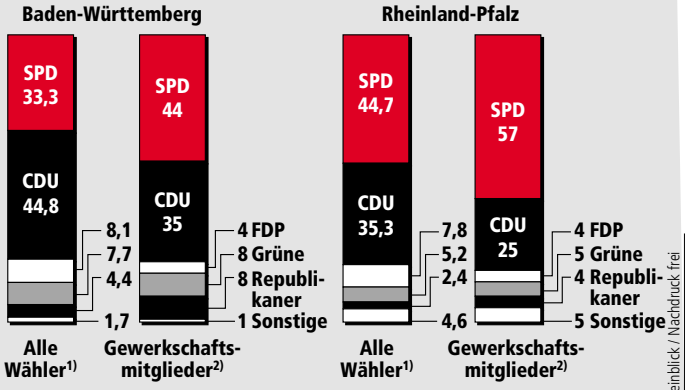
Arbeitsmarkt Bildung

Lehrerklau geht weiter

Trotz gegenteiliger Versprechungen der Kultusminister werden etliche Bundesländer auch in den nächsten Jahren LehrerInnen aus benachbarten Bundesländern abwerben. Das prognostiziert der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm in einer Studie über den Teilarbeitsmarkt Bildung im Auftrag der GEW. Zu den Ländern, die unter ihrem Bedarf ausbilden, zählen u.a. das Saarland, Schleswig-Holstein und Hessen. „Offenbar ist Abwerbung billiger, als selbst auszubilden", kritisiert Klemm. Ab 2005 werde sich die Situation an den Schulen dramatisch verschärfen, weil bis zum Ende des Jahrzehnts die Hälfte der heutigen LehrerInnen in Pension geht. Gleichzeitig wanderten gerade in den Mangelfächern FachlehrerInnen zunehmend in besser bezahlte Stellen in der Wirtschaft ab. Die GEW fordert eine stärker vorausschauende Einstellungspolitik. LehrerInnen sollten für Mangelfächer nachqualifiziert werden, bevor sie durch Abwanderung dem System Schule für immer verloren gingen. •

Gewerkschafter: SPD klar vorn

Stimmenanteile bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 26. März 2001 (in Prozent)



1) Vorläufiges amtliches Endergebnis; 2) Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund); Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

DGB einblick / Nachdruck frei

GewerkschafterInnen gegen den Trend: Während bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz die gewerkschaftlich organisierten WählerInnen der SPD eine satte absolute Mehrheit bescherten (57 %), würde das Votum der GewerkschafterInnen in Baden-Württemberg für eine rot-grüne Mehrheit (44 % SPD, 8 % Bündnis 90/Die Grünen) reichen – und den Republikanern den Wiedereinzug in den Landtag sichern: acht Prozent der Gewerkschaftsmitglieder gaben ihre Stimme der rechtsextremen Partei.

wiewardiewoche?

Christiane Benner, 33, ist seit Juli 2000 bei der Bezirksleitung der IG Metall Hannover zuständig für die Beschäftigten der IT-Branche, Engineering und Angestellte. Unter dem Motto „IG Metall – Ihr Partner in der IT-Industrie" hat sie während der CEBIT den BesucherInnen die IG Metall als kompetenten Partner näher gebracht.

Der Tagesablauf während der weltgrößten Computermesse ist fast jeden Tag der gleiche: Gegen 8.30 Uhr trifft sich das Team an unserem Messestand in der Job-Börse in Halle 10. Das Team besteht aus 10 bis 15 Leuten, Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsräten und Beschäftigten aus der IT-Industrie, die zum Teil für ihre Beratungstätigkeit während der CeBIT Urlaub genommen haben. Nach dem morgendlichen Briefing geht's dann „an die Front". In erster Linie bringen wir unser IT-Magazin, den Ratgeber Arbeitsrecht und unsere Entgelt-Analyse unter die Leute. Wir sind auf so große Resonanz gestoßen, dass wir das IT-Magazin schon nachdrucken mussten.
Einen großen Anteil unserer Arbeit macht die Beratung aus. Mittlerweile haben wir bereits über zwanzig Anfragen, die auf die Gründung von Betriebsräten zielen. Die Beweggründe für die beabsichtigte Organisation der Arbeitnehmerinteressen in den IT-Unternehmen sind dabei häufig die Arbeitsbedingungen – und da vor allem die Arbeitszeit. Das Thema scheint an Bedeutung zu gewinnen, man will offenbar nicht mehr endlos arbeiten. Angst vor der wirtschaftlichen Entwicklung und Misstrauen gegenüber den Entscheidungen des Managements führen aber auch zu Kritik an den Führungsetagen. Bei den häufig sehr jungen Firmengründern wird die Führungskompetenz in Frage gestellt. Institutionalisierte Mitbestimmung soll dafür sorgen, dass sich die Beschäftigten nicht mehr nur mit den Entscheidungen konfrontieren lassen müssen. So kommt es wohl auch, dass wir insgesamt eine große Offenheit spüren, die Menschen sind an Gewerkschaften interessiert. Und sie wissen, welche Informationen sie brauchen. Dazu gehört dann auch, dass unsere Vorträge – z. B. über Frauen in der New Economy – mehr als gut besucht sind.

Gesetzliche Krankenkassen

Wechselfieber dämpfen

Die stürmische Entwicklung der konkurrenzlos billigen Betriebskrankenkassen dürfte ihrem Ende zu gehen: Der Kassen-Wettbewerb um gesunde Mitglieder soll gedrosselt, der Wettbewerb um bessere Versorgungsleistungen stattdessen gefördert werden.

Seit dem 1. Januar 1996 können gesetzlich Krankenversicherte ihre Kasse frei wählen. Davon profitieren vor allen die mittlerweile 313 Betriebskrankenkassen (BKK). Ihre günstigen Beitragssätze locken zunehmend Kassenwechsler an. Zwei Drittel der Wechsler sind jung, gesund und einkommensstark – im Jargon der Gesundheitsexperten „gute Risiken". Während die gesetzlichen Krankenkassen insgesamt im vergangenen Jahr zwei Prozent je Mitglied mehr ausgaben als 1999, sanken die Ausgaben der BKK um 3,5 Prozent, ihre Beitragseinnahmen stiegen hingegen um zwei Prozent. Kein Wunder, dass sie bundesweit die niedrigsten Beitragssätze anbieten können.

Leidtragende der Massenflucht sind die großen Volkskassen, allen voran die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK). Ihnen verbleiben die „schlechten Risiken": Alte, chronisch Kranke und Einkommensschwache.

Weil zwischen den gesetzlichen Krankenkassen Solidarität und Wettbewerb gleichermaßen herrschen soll, gibt es den Risikostrukturausgleich (RSA): Alle Kassen zahlen denselben Prozentsatz ihrer Einnahmen ein, das Bundesversicherungsamt ermittelt dann den Beitragsbedarf jeder Kasse – und wenn die Finanzkraft einer Kasse geringer ist als ihr Beitragsbedarf, erhält sie einen Ausgleich aus dem RSA-Topf. 1999 wurden auf diese Weise 22,7 Milliarden Mark umverteilt; die AOK zum Beispiel erhielten 19,7 Milliarden Mark, die BKK zahlten 5,1 Milliarden drauf.

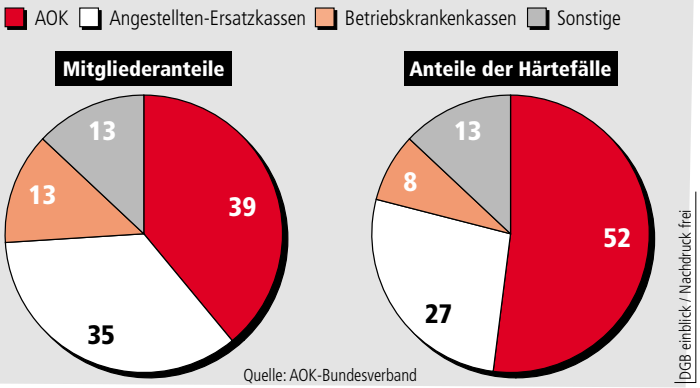
Dennoch hat der Risikostrukturausgleich einen Webfehler: Bei der Ermittlung des Beitragsbedarfs einer Kasse spielen nur die Kriterien Alter, Geschlecht, Erwerbs- und Berufsunfähigkeit der Versicherten eine Rolle. Nicht aber die so genannte Morbidität, die Häufigkeit von Erkrankungen. Anders ausgedrückt: Der RSA belohnt Kassen, die niedrige Beiträge anbieten können und benachteiligt die, die sich um Schwerkranke – Aids- und Krebspatienten oder Diabetiker – kümmern müssen. „Versorgungsqualität" ist kein Kriterium.

Das soll sich ändern. Das Bundesgesundheitsministerium einerseits, die AOK, die Ersatz- und Innungskrankenkassen andererseits haben je eine Gutachtergruppe beauftragt, Vorschläge zur Reform des RSA zu erarbeiten. Und auf Drängen von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) haben sich beide Gruppen auf gemeinsame Lösungsvorschläge verständigt, die auch mit den Vorstellungen des DGB übereinstimmen: Ab dem Jahr 2007 soll sich der Risikostrukturausgleich ausschließlich an der Häufigkeit der Erkrankungen orientieren („Morbiditäts-RSA"), ab 2006 soll der RSA je zur Hälfte nach altem und neuem Recht durchgeführt werden. Als Übergangslösung wird vorgeschlagen: Ein „Risikopool", der Kassen mit überdurchschnittlich teuren Versicherten entlasten soll, und eine „Wechslerkomponente", die Kassen mit unterdurchschnittlichen Ausgaben belasten soll.

Schon im April will Gesundheitsministerin Schmidt einen Referentenentwurf vorlegen. Die RSA-Reform soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden. •

Das Solidarprinzip wankt

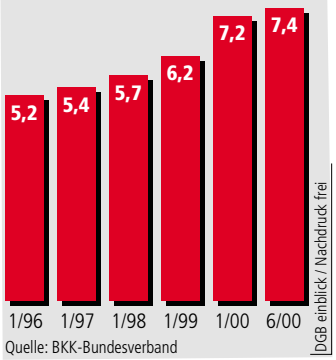
Krankenkassen: ihre Mitgliederanteile und ihre Anteile an den Härtefall-Ausgaben, 1999 (in Prozent)



Die AOK versichert 39 Prozent aller Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, zahlen aber für 52 Prozent aller Härtefälle. Als solche gelten gering verdienende oder chronisch kranke Versicherte.

Die Profiteure

Betriebskrankenkassen: ihre Mitgliederentwicklung seit Beginn der Kassenwahlfreiheit (in Mio)



In nur viereinhalb Jahren erhöhten die Betriebskrankenkassen ihre Mitgliederzahl um mehr als 40 Prozent. Die AOK verliert knapp 10 Prozent oder 2,2 Millionen ihrer Mitglieder.

Wer ist die billigste im Land?

Gesetzlich Krankenversicherte dürfen ihre Kasse frei wählen, niemand darf abgewiesen werden.

Pflichtversicherte mit einem Bruttoeinkommen von bis zu 78 300 Mark in 2001 können mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende kündigen. Die Kündigung muss also spätestens am 30. September bei der Krankenkasse eingegangen sein. Danach ist der Versicherte zwölf Monate an seine neue Kasse gebunden. Es sei denn, er wechselt währenddessen den Arbeitgeber.

Erhöht eine Kasse den Beitrag, hat jedes Mitglied ein Sonderkündigungsrecht. Es muss im Monat nach In-Kraft-Treten der Erhöhung ausgeübt werden. Freiwillig Versicherte dürfen stets wechseln. Ihre Kündigungsfrist beträgt zwei Monate zum Monatsende.

Versicherte mit einem Einkommen von 3000 bzw. 5000 Mark/Monat können bei einem um einen Prozentpunkt geringeren Beitrag 180 bzw. 300 Mark im Jahr sparen.

Die Stiftung Warentest bietet eine aktuelle Übersicht aller wählbaren Kassen und ihrer Beitragssätze an: per Faxabruf unter 0 19 05 / 1 00 10 86 39 (5 Seiten; 1,21 Mark / Minute).

PROJEKTE UND PARTNER

NGG-Initiative

„Fair Catering"-Siegel

Die Gewerkschaft Nahrung–Genuss–Gaststätten (NGG) plant die Einführung eines Qualitätssiegels für die Catering-Branche. Sie verfolgt damit zwei Ziele: Zum einen sollen für Betriebskantinen, die von Catering-Unternehmen geführt werden, fachliche und soziale Mindeststandards gelten, zum anderen will die NGG den Betriebsräten der Auftraggeberunternehmen Entscheidungshilfen geben. NGG-Experte Klaus Schroeter: „Immer wieder fragen uns Betriebsräte, unter welchen Bedingungen Betriebskantinen betrieben werden müssen."

Antworten auf diese Fragen liefert das Oberjosbacher Forum vom 2. bis 4. Mai zum Thema „Fair Catering". Auf diesem Betriebsräte-Seminar nach Paragraph 37.6 Betriebsverfassungsgesetz wird das „Fair Catering"-Siegel vorgestellt. Teilnahmegebühr: 750 Mark. •

Anmeldung:
Bildungszentrum Oberjosbach
An der Eiche 12
65527 Niedernhausen
Mehr Infos:
NGG-Hauptverwaltung
Klaus Schroeter
Tel. 040 / 380 13 119

DGB-Bildungswerk Hessen

Parlez-vous français?

Das DGB-Bildungswerk Hessen bietet einen Intensivsprachkurs Französisch für Anfänger mit Vorkenntnissen und für Fortgeschrittene an. Der viertägige Kurs in Châtillon-sur-Chalaronne bei Lyon beginnt am 18. Juni. Die Kosten betragen inklusive Vollpension 1150 Mark. •

DGB-Bildungswerk Frankfurt/M.
Tel. 069 / 27 30 05 61

Handbuch

Arbeitshilfen für Behinderte

Das aktualisierte Handbuch der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin „Technische Arbeitshilfen" zeigt, wo Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen eingerichtet werden können. Es informiert über die behindertengerechte Ausgestaltung der Arbeitsplätze und verweist auf unterstützende Datenbanken und Institutionen. Preis: 94,50 Mark •

Wirtschaftsverlag NW
Postfach 10 11 10
27511 Bremerhaven

Jugendcamp Dachau

„Zukunft gestalten"

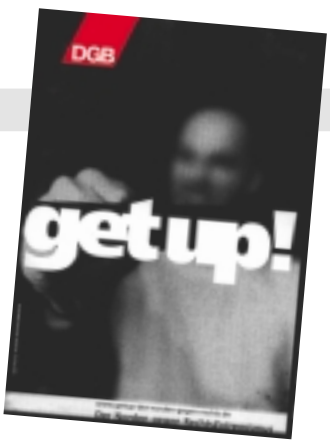
Die internationale Jugendbegegnung im ehemaligen Konzentrationslager Dachau steht in diesem Jahr unter dem Motto „erinnern – begegnen – verstehen – Zukunft gestalten". Für vier verschiedene Termine im Juli und August sind Anmeldungen möglich. Die Teilnahmegebühren betragen zwischen 70 und 395 Mark. •

Katholische Jugendstelle Dachau
Tel. 08131/81845
Fax 08131/350114
www.kjr-dachau.de

interregio

••• Der ***DGB Sachsen*** hat sein ***Arbeitslosenbarometer*** im Internet erweitert. Neben dem Arbeitslosenindex SAX informiert jetzt der JUMAX über die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Sachsen. Mehr Infos: www.dgb-sachsen.de

••• Der ***DGB Nord*** setzt seine ***Kampagne gegen den Rechtsextremismus*** fort: unter dem Motto „Get up!" jetzt auch mit



Postkarten, Plakaten und einer Internet-Seite. Mehr Infos: www.get up-der-norden-gegen-rechts.de

DGB-Bildungswerk

Gesundheit managen

Informationen zum Thema betriebliche Gesundheitsvorsorge bietet „Betriebliches Gesundheitsmanagement – ein erfolgreicher Weg zu gesunden MitarbeiterInnen". Die Veranstaltung von DGB-Bildungswerk, AOK und IG BAU findet vom 17. bis 20. Juni in Berlin statt. Teilnahmegebühr: 800 Mark. •

www.dgb-bildungswerk.de

EXPO 2000

Video-Doku jetzt im Verleih

Neun Tänze symbolisierten auf der EXPO 2000 im Themenpark „Zukunft der Arbeit" die unterschiedlichen Facetten der Arbeitswelt. Das Bundesarbeitsministerium hat dazu eine Video-Dokumentation erstellt. Die Kassette kann kostenlos ausgeliehen werden. •

www.bma.bund.de

Virtuelles Netz

Politische Bildung online

Mit einer Präsenzveranstaltung setzt das DGB-Bildungszentrum Hattingen die virtuelle Internet-Konferenz „Strategien für die Netzwerk-Gesellschaft" fort. Vom 18. bis 20. April sollen dort Erfahrungen ausgetauscht und die Potenziale des Internets für die politische Bildung erörtert werden. Parallel dazu können drei Workshops besucht werden: „Internet für EinsteigerInnen", „Einführung in HTML" sowie „Webbasierte Seminare". •

DGB-Bildungszentrum Hattingen
Am Homberg 46 - 50
45529 Hattingen
www.netzwerkgesellschaft.de

Vertrauensleute

„Nah' dran und kompetent"

Welche Aufgaben, welche Rechte haben Vertrauensleute? Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat? Auf all diese Fragen und mehr geht die neue Broschüre für Vertrauensleute „Nah' dran und kompetent" der IG Metall ein. Sie ist erhältlich bei allen IG Metall-Verwaltungsstellen und der Union-Druckerei (Bestell-Nr.1425, Preis: 75 Pfennig). •

Union-Druckerei
Fax: 069 / 77 79 71

Verbraucher-Zentrale NRW

Tipps für PatientInnen

Darf der Arzt Patientenakten herausgeben? Wie sieht ein korrekter Behandlungsvertrag aus? Wer haftet für Kunstfehler? Tipps im Umgang mit den Göttern in Weiß gibt der Ratgeber „Mein Recht als Patient", herausgegeben von der Verbraucher-Zentrale NRW. Zahlreiche Beispiele machen klar, was Krankenhäuser, Ärzte und Kassen trotz knapper Budgets leisten müssen. Das Buch hat 380 Seiten und kostet 17,50 Mark. •

Verbraucher-Zentrale NRW
Adersstraße 78
40215 Düsseldorf
Tel.: 0180 / 500 14 33
Fax: 0211 / 38 09 235
publikationen@vz-nrw.de

ver.di – DIE GRÜNDUNG

Fotos: Jürgen Seidel

Sechs Tage hatten sich die fast fünftausend Delegierten, Gäste und JournalistInnen Zeit genommen, um vom 16. bis 21. März auf sechs parallelen Kongressbühnen ver.di endgültig auf den Weg zu bringen. Doch dann geht alles ganz schnell. Um 16.48 Uhr ist die Debatte bei der ÖTV bereits beendet. Gleich am ersten Tag und nach nur zwei Wortmeldungen. „Am Inhalt hat sich seit Leipzig nichts mehr geändert", stellt zuvor noch einmal Heinrich Graskamp, einer der ver.di-Kritiker, fest, aber dies dürfe heute wenigstens „offen gesagt werden". Nur eine Stunde später, um 17.40 Uhr, steht das Ergebnis der geheimen Abstimmung fest. „Mit Enthaltung haben zwei KollegInnen gestimmt, mit Nein 65", kann Hartmut Jungermann, Sprecher der Wahlkommission, gerade noch sagen. Fast fünf Minuten lang geht das Ende der ÖTV im tosenden Beifall unter. Dann kann Jungermann 474 Ja-Stimmen nachtragen. ■ ■ ■ „Wir brauchen alle. Die, die mit ‚Ja' gestimmt haben, die, die mit ‚Ja' gestimmt haben, aber ‚Ja – aber' gemeint haben, und die, die mit ‚Nein' gestimmt haben, sagt Noch-ÖTV-Vorsitzender Frank Bsirske hinterher. Und dann gibt's für die Delegierten statt der erwarteten Nachtsitzung eine Suppe. Für sie ist schon gelaufen, was die Delegierten von DAG, DPG, HBV und IG Medien noch vor sich haben. ■ ■ ■ Nur die Wahlkabinen trennen die beiden Säle, in denen zehn Kilometer von ÖTV, DAG und IG Medien entfernt, HBV und DPG ihrer Auflösung entgegenfiebern. Das Rednerpult auf einem roten fliegenden Teppich montiert, scheint die Entscheidung fast vorwegzunehmen. Ein riesiges ver.di-Logo, auf dem HBV und DPG förmlich aufeinander zu fliegen. Doch es dauert lange, bis auch die letzte Hürde überwunden ist. Um 17.22 Uhr stimmt die HBV mit 84,4 Prozent für ver.di. Erst zweieinhalb Stunden später, um 19.52 Uhr, zieht die DPG mit 91,44 Prozent nach. Da haben schon längst DAG mit 89,3 Prozent und IG Medien mit 80 Prozent für ver.di votiert. ■ ■ ■ „Wir haben länger gebraucht, aber wir toppen alle", kommentiert später der DPG-Vorsitzende Kurt van Haaren den Tag. Und diesmal gibt es nicht nur Suppe. Stattdessen rauschende Abschiedsfeste der fünf Organisationen. ■ ■ ■ Mit 95,9 Prozent der Stimmen wird Frank Bsirske zum ver.di-Vorsitzenden bestimmt und mit ihm gleich der ganze Vorstand. Denn gewählt wird im Block, damit in den schwierigen Aufbaujahren keine der fünf Gründungsgewerkschaften hinten runterfällt. Das strukturelle Misstrauen sitzt tief, doch in Berlin herrscht Aufbruchstimmung. Die Inszenierung stimmt – nicht nur in der Tanz-Choreographie bei der Gründungsveranstaltung. Eine gelungene Einweihungsfete unterm neuen Gewerkschaftsdach: Der Zusammenschluss zu ver.di habe Maßstäbe in der Fusionskultur gesetzt, so der Tenor in Berlin. ■ ■ ■ „Wer von euch am Donnerstag mit dem Bus zur Arbeit fährt, der kann – wenn der Bus halbwegs voll ist – sicher sein: Außer ihm ist mindestens noch ein ver.di-Mitglied im Bus. Rein statistisch jedenfalls. Mit dem Busfahrer sind's natürlich noch mehr." Bsirskes Grundsatzrede tut den gerade Fusionierten gut, macht „Schluss mit der Nabelschau" und zeigt, wohin die Reise geht: „Raus aus den Gewerkschaftsghettos – rein ins Leben." Eine moderne Organisation, die neue Beweglichkeit entwickelt – mit Professionalität nach innen und neuen Aktionsformen nach außen. Ein wenig Lernen von Greenpeace, aber auch von den HBV-Kollegen und ihren Aktionen bei der Drogerie-Kette Schlecker. Oder den E-Mails der IG Medien/DAG-Projekte TIM und connexx.AV an alle Beschäftigten der Internet-Agentur Pixelpark. ver.di soll nicht nur Verbündete von sozialen Bewegungen sein, sondern selbst eine werden. Ganz oben auf Bsirskes Agenda: den Mitgliederschwund stoppen und vor allem die Zahl der jungen Mitglieder unter 30 erhöhen. Eine „Zielmarke", an der sich „dieser Bundesvorstand messen" lassen will. ■ ■ ■ Unter dem Motto „Wegen Umbau geöffnet" gibt's drei Tage später die ersten ver.di-Anzeigen in der Tagespresse. Die am 24. März gestartete Imagekampagne steht für den „kontinuierlichen Dialog mit unseren Mitgliedern, aber auch mit der breiten Öffentlichkeit", so Bsirske. „Dialogorientiert" soll künftig gewerkschaftliche Kommunikation sein: „Wir müssen Bewährtes neu erklären, auf neue wie alte Zielgruppen zugehen. Wir müssen ins Gespräch eintreten – und zugleich neue Angebote entwickeln, um auch die Menschen anzusprechen, die bislang mit Gewerkschaften nur wenig Berührung hatten." ■ ■ ■ Die zehn Millionen Mark teure Kampagne ist zunächst bis zum 15. Oktober geplant. Mit Anzeigen in Tageszeitungen, Magazinen oder Stadtillustrierten, U-Bahn- und Fußballstadien-Werbung und einem Kinospot meldet sich „Deutschlands größtes Start-up" zu Wort. Motivanzeigen zeigen die Vielfalt der in ver.di vertretenen Berufe: Künstler und Krankenschwestern, Banker und Beamte, Musikerinnen und Müllmänner, Fahrer und Freelancer. Drei Millionen Menschen aus tausend Berufen. Gemeinsam, so der Slogan, machen sie ver.di „aufregend bunt und beruhigend stark". Mehr Infos gibt's unter der Hotline-Nummer 0180 / 222 22 77. Oder im neuen Internet-Auftritt www.verdi-net.de, der täglich von 13 bis 15 Uhr zum Chat einlädt. ●

kurz&bündig

Die IG BAU will „in Partnerschaft mit ver.di" Arbeitsplätze und Tarifstandards in der Forstwirtschaft schützen. In den vergangenen zehn Jahren sei dort jeder vierte von einst 100 000 Jobs verloren gegangen.

Mit einem Rekordergebnis endeten die Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) im Organisationsbereich der IG BCE: In 716 Betrieben wurde eine Interessenvertretung gewählt. Damit stieg die Zahl der Betriebe mit JAV um rund 150. Die IG BCE-KandidatInnen errangen 84 Prozent der Sitze – vier Prozent mehr als 1998.

Die Eingliederung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in die IG Metall habe sich „bezahlt gemacht", so IG Metall-Vorstand und Ex-GHK-Vize Wolfgang Rhode. Erstmals seit 10 Jahren sei es 2000 gelungen, in der Holz- und Kunststoffbranche einheitliche Tarifabschlüsse durchzusetzen: 2,5 Prozent Lohnerhöhung, Ausstieg mit 60, Übernahme nach der Ausbildung.

Nach Auffassung des GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg ist die Polizei nicht ausreichend für den Kampf gegen Rechts gerüstet, weder personell noch materiell. Freiberg fordert zudem, stärker gegen die Vertreiber von Tonträgern, Computerspielen und Videokassetten mit rechtsextremen Inhalten vorzugehen.

Metall-Tarifpartner

Wettbewerb für Toleranz

Die nordrhein-westfälische IG Metall und der Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen haben die Initiative „Aktiv gegen Rechtsradikalismus" ins Leben gerufen. Im Mittelpunkt steht der „Wettbewerb für Toleranz". Die Tarifvertragsparteien wollen damit „den Betrieben Mut machen, sich aktiv und nachhaltig für ein Arbeitsklima einzusetzen, das von wechselseitiger Achtung, Toleranz und Offenheit geprägt ist", so die Vorsitzenden beider Organisationen, Peter Gasse und Michael Jäger. Die besten Maßnahmen und Projekte zum Thema sollen prämiert werden. Dafür haben die Tarifpartner ein Preisgeld von jährlich 30 000 Mark ausgelobt. •

DGB Thüringen

Mit MoBiT gegen Rechts

Der DGB Thüringen hat gemeinsam mit Vertretern der evangelischen Kirche, der jüdischen Landesgemeinde und von Jugendverbänden den Verein Mobile Beratungsteams in Thüringen (MoBiT) gegründet. Die Gründung des Vereins sei eine Reaktion auf die rechtsextremen Entwicklungen im Freistaat und die Zurückhaltung der Landesregierung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, so der thüringer DGB-Chef und MoBiT-Vorsitzende Frank Spieth. Der Verein will zusammen mit der katholischen Kirche und anderen Trägern von Beratungsteams gegen den Rechtsextremismus Anfang Juni eine Arbeitsgemeinschaft gründen. •

Mehr Infos unter
MoBiT/DGB Thüringen
Warsbergstraße 1
99092 Erfurt
Tel. 0361/5 96 14 30
www.dgb-thueringen.de

Kongressvorschau: Sechs von acht Gewerkschaften tagen bis 2003

5. – 9.5.2001	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Gewerkschaftstag in Lübeck
30.9. – 5.10.2001	IG Bauen-Agrar-Umwelt, Gewerkschaftstag in Bonn
21. – 25.10.2001	IG Bergbau, Chemie, Energie, Gewerkschaftskongress in Frankfurt/M.
27. – 31.5.2002	Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundeskongress in Berlin
7. – 10.10.2002	Gewerkschaft der Polizei, Bundeskongress in Magdeburg
6. – 10.10.2003	Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten Gewerkschaftstag in Magdeburg

Sechs der acht DGB-Gewerkschaften haben in den kommenden zwei Jahren einen ordentlichen Gewerkschaftstag. Den Anfang macht die GEW Anfang Mai in Lübeck. Ihr folgen IG BAU, IG BCE, GdP und NGG. Und der DGB wird im Mai 2002 in Berlin seinen Vorstand neu wählen. Zudem plant die neue Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für 2002/2003 ihren ersten ordentlichen Bundeskongress. Ort und Zeit stehen noch nicht fest.

Pensionsfonds

IG BCE baut Tarifrente aus

Die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) will ihre tarifvertraglichen Regelungen zur Altersvorsorge weiterentwickeln. „Dabei ist auch die Einrichtung von Pensionsfonds ein wichtiges Thema", deutete IG BCE-Vorstand Werner Bischoff Mitte März an. Geplant sei, gemeinsam mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie im Herbst einen Pensionsfonds aufzulegen. Damit soll neben den bisher bestehenden vier Modellen (Pensionskasse, Unterstützungskasse, Direktzusage und Direktversicherung) eine weitere „attraktive Alternative" zur Altersversorgung angeboten werden. In der chemischen Industrie bieten 83 Prozent der Betriebe eine Altersvorsorge an. Das hat eine Befragung von 905 Unternehmen ergeben. •

Die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) hat eine Kampagne gestartet, um ihrer Forderung nach einer Wende in der Agrarpolitik Nachdruck zu verleihen. Unter dem Motto „Nahrung Gesund Genießen" wirbt die Gewerkschaft für ein unbefristetes Verbot der Verfütterung von Tiermehl in der EU und die Einführung einer Positivliste für alle Inhaltsstoffe bei der Nahrungs- und Futtermittelproduktion. Außerdem will die Gewerkschaft den Produktionsprozess „vom Acker bis auf den Tisch" zurückverfolgen können. BSE hätte gezeigt, dass der Herkunftsnachweis einschließlich der Angabe aller Inhaltsstoffe für den Verbraucherschutz unverzichtbar sei. Das von der Bundesregierung geplante Gütesiegel für gesunde Lebensmittel dürfe zudem nur an Betriebe verliehen werden, die auch soziale Standards wie Tarifverträge einhielten.
Am 25. April will die NGG gemeinsam mit anderen europäischen Gewerkschaften für ihre Forderung in Luxemburg auf die Straße gehen. Dann tagt dort der EU-Ministerrat. *Mehr Informationen: www.ngg.net*

Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft

Zweifelhafte Solidarität

Nach zwei Jahren hat die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft endlich die fünf Milliarden Mark für die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern zusammen. Zur Befriedigung besteht jedoch kein Anlass, meint Rolf J. Freyberg, Vorstandssprecher der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), die sich an der Stiftungsinitiative beteiligt. Er ist sich sicher: Die Politik der Stiftungsinitiative hat viele Firmen verschreckt.

Mit nur 5900 Unternehmen hat sich nur ein winziger Teil der Wirtschaft beteiligt. Das Ansehen der deutschen Wirtschaft hat ernsthaft gelitten. Von mangelhaftem Verantwortungsgefühl ist die Rede, von unterentwickelter Moral, gar von „Schamlosigkeit". Die Schuld an diesem Imageschaden wird schnell den „Drückebergern" zugeschoben. Sofern damit Zahlungsverweigerer gemeint sind, die selbst in das nationalsozialistische Herrschaftssystem verstrickt waren, sind geharnischte Worte gerechtfertigt. Bei der Mehrheit der Nichtzahler handelt es sich jedoch um jüngere Unternehmen, die erst nach Kriegsende gegründet wurden. Aber auch von ihnen wären sicher viele bereit gewesen, den Opfern des NS-Terrors Hilfe zu gewähren. **Dass es nicht gelungen ist, diese vielen Anständigen zu gewinnen, hat die Stiftungsinitiative zu einem hohen Maß selbst zu verantworten.**

Ein Grund für den mangelhaften Zuspruch dürfte in der wenig professionellen Art liegen, in der die Stiftungsinitiative versucht hat, das Geld einzutreiben. Die Beiträge wurden regelrecht abgefordert, die zu zahlende Summe wurde jedem Unternehmen vorgegeben. Wäre es nicht erfolgreicher gewesen, das Ganze als eine Initiative auf freiwilliger Basis aufzuziehen, an der sich jedes Unternehmen nach eigenem Ermessen beteiligen kann?

Aber das sind Stilfragen. Entscheidender für die geringe Beteiligung war, dass den meisten Unternehmen schnell klar geworden ist, worum es bei der Stiftungsinitiative im Kern geht: Nicht in erster Linie um die Entschädigung von Zwangsarbeitern, sondern vor allem um den Abbau von Risiken für deutsche Unternehmen im internationalen Geschäft. **Nicht um Moral, sondern um Rechtssicherheit.** Von Beginn an hat die Stiftungsinitiative keinen Zweifel daran gelassen, dass „umfassende und dauerhafte Rechtssicherheit" eine „unabdingbare Voraussetzung" für die Bereitstellung der Mittel sei. Wie ernst das gemeint war, zeigt sich jetzt. Obwohl endlich die fünf Milliarden Mark erreicht sind, zögert die Initiative nach wie vor mit der Überweisung des Geldes. Dabei weiß jeder, dass es eine Rechtssicherheit in vollem Umfang nicht geben kann. **Die Frage der „ausreichenden" Rechtssicherheit darf nicht überstrapaziert werden.** Sonst nimmt man den von der Nazi-Verantwortung nicht betroffenen, aber zahlungswilligen Unternehmen ihre moralisch-ethische Legitimation für ihren Solidarbeitrag.

Mit einem übertriebenen Herumreiten auf der Rechtssicherheit könnte die Stiftungsinitiative die moralische Dimension selbst in Frage stellen. **Was als große Geste des guten Willens daher kam, könnte sich als reines Tauschgeschäft entpuppen: „Geld gegen Sicherheit".** Dies könnte gutwillige Unternehmen davon abhalten, sich zu beteiligen. Daraus zu schließen, der überwiegenden Mehrheit der deutschen Unternehmen fehle es an ethischer Verantwortung, wäre ein fataler Fehler.

Dr. Rolf J. Freyberg, 57, ist seit vier Jahren Vorstandssprecher der BGAG, Frankfurt/M.

Denn auch viele erst nach 1945 gegründete Unternehmen haben die Stiftungsinitiative unterstützt. Sogar Opfer der Nazi-Zeit sind Mitglied geworden. Dazu gehören auch Unternehmen, die sich ganz oder teilweise im Besitz der Gewerkschaften befinden. Sie haben sich angeschlossen, um ein Zeichen zu setzen. Um den Imageschaden für die deutschen Unternehmen in Grenzen zu halten. Und vor allem, weil die eingezahlten Gelder letztlich einem guten Zweck zugute kommen. Dass dieses Engagement nicht gereicht hat, ist sehr bedauerlich. Es ist aber kein Grund, all jene zu verdammen, die für diese Initiative kein Geld bereitstellen wollten. **Wenn der Ruf der deutschen Wirtschaft gelitten hat, dann haben das jene zu verantworten, die aus der Entschädigung für Zwangsarbeiter ein Geschäft gemacht haben.** Nutznießer sind Unternehmen, die in der Nazi-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigten und nun Rechtssicherheit brauchen. Wenn diese Firmen jetzt den Topf auffüllen, dann ist das ihre selbstverständliche Pflicht.

Nachdem die erforderliche Summe nun beisammen ist, gehört sie schnellstmöglich ausgezahlt. Darauf haben vor allem die Opfer des braunen Terrors einen Anspruch. Aber auch diejenigen, die Geld zur Verfügung gestellt haben. •

Gerechtigkeit für die Überlebenden der NS-Zeit: Jetzt!

Unter diesem Titel richtet sich ein von der IG Metall initiierter Aufruf sowohl an die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft als auch an den Bundestag. Die UnterzeichnerInnen appellieren u.a. an die Bundestagsfraktionen: „Bestätigen Sie so rasch wie möglich, dass ausreichende Rechtssicherheit (...) besteht. Geben Sie die Gelder (...) auch dann frei, wenn noch einige juristische Fragen im Bereich der Banken zu klären sind. Die Überlebenden der NS-Zeit haben keine Zeit mehr zu verlieren. Täglich sterben mehr als zweihundert. Eine weitere Verzögerung der Auszahlung (...) beschämt unser Land."

Die ErstunterzeichnerInnen:
Klaus Zwickel, IG Metall
Dr. Rolf J. Freyberg, BGAG
Hans Koschnick, Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie"
Lothar Evers, Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte
Prof. Dr. Hartmut von Hentig
Prof. Carola Stern
Günter Grass
Prof. Dr. Susanne Miller, Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten
Norbert Rüthers, Aufsichtsratsvorsitzender Flughafen Köln
Tatjana Groeteke, Geschäftsführung FC St. Pauli

MEHR INFOS: April-Ausgabe der Zeitschrift „metall"

einblick 6/01

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

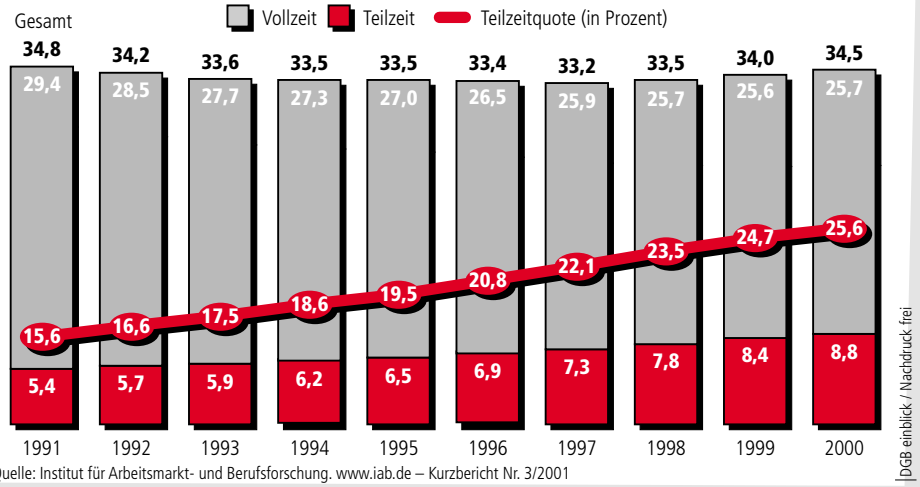
DIES & DAS

die DGB grafik

BESCHÄFTIGUNG: Teilzeit auf dem Vormarsch

3,5 Millionen Menschen arbeiten heute mehr in Teilzeit als noch vor zehn Jahren. Jeder vierte Beschäftigte jobbt inzwischen in Teilzeit. Die Gesamtzahl aller Beschäftigten hat mit 34,5 Millionen fast wieder das Niveau von 1991 erreicht. Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche ist seit 1991 für die Vollzeitbeschäftigten von 38,7 auf 37,8 Stunden gesunken. Die durch Krankheit ausgefallenen Arbeitstage verringerten sich um zwei auf 9,3 Tage pro Jahr.

Entwicklung der beschäftigten ArbeitnehmerInnen in Deutschland 1991 – 2000 (in Mio.)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. www.iab.de – Kurzbericht Nr. 3/2001

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

••• ***Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen,*** 50, Bundesvorstandssekretär des DGB, ist vom Vorstand des DGB Köln-Leverkusen-Erft als Nachfolger des Kreisvorsitzenden ***Konrad Gilges,*** 60, vorgeschlagen worden. Uellenberg-van Dawen will das Amt im Falle seiner Wahl nach dem DGB-Bundeskongress im Mai 2002 antreten.

••• 19 Mitglieder umfasst der ver.di-Vorstand, den die Delegierten des ver.di-Gründungskongresses am 20. März in Berlin gewählt haben. Vorsitzender ***Frank Bsirske,*** 49, ÖTV, ist u. a. für die Bereiche Politik und Planung, Kommunikation und Controlling zuständig. Als stellvertretender Vorsitzender übernimmt ***Gerd Herzberg,*** 50, DAG, den Bereich Finanzen, interne Organisationsentwicklung und Mitgliederservice, ***Michael Sommer,*** 49, DPG, den Bereich Organisation, Betriebs- und Personalräte, Senioren sowie Technologiepolitik, ***Margret Mönig-Raane,*** 52, HBV, den Bereich Tarifpolitische Grundsatzfragen, Wirtschafts- sowie Gleichstellungspolitik und ***Gerd Nies,*** 57, IG Medien, den Bereich Rechtsschutz und Justitiariat sowie freie Mitarbeiterinnen und Erwerbslose. Verantwortlich für Personalpolitik ist ***Beate Eggert,*** 50, ÖTV.

••• Mitglied des ver.di-Vorstands sind zudem die LeiterInnen der 13 Fachbereiche: ***Hinrich Feddersen,*** 56, HBV, übernimmt den FB Finanzdienstleistungen, ***Erhard Ott,*** 47, den FB Ver- und Entsorgung, ***Ursula Derwein,*** 52, ÖTV, den FB Gesundheit, soziale Dienste, ***Isolde Kunkel-Weber,*** 47, ÖTV, den FB Sozialversicherungen, ***Petra Gerstenkorn,*** 46, ÖTV, den FB Bildung, Wissenschaft, ***Christian Zahn,*** 52, DAG, den FB Bund und Länder, Beamte, ***Kurt Martin,*** 54, den FB Gemeinden, Tarifpolitik öffentlicher Dienst, ***Frank Werneke,*** 33, IG Medien, den FB Medien, Kunst und Kultur, Industrielle Dienste und Produktion, ***Rüdiger Schnulze,*** 57, DPG, den FB Telekommunikation, Informationstechnologie, ***Rolf Büttner,*** 51, DPG, den FB Postdienste, Logistik, ***Jan Kahmann,*** 53, den FB Verkehr, ***Franziska Wiethold,*** 54, HBV, den FB Handel und ***Dorothea Müller,*** 51, DAG, den FB Besondere Dienstleistungen, Bildungspolitik.

••• Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrats ist ***Silvia Benz,*** 41, Vorsitzende des Gewerkschaftsrats der DAG und Vorsitzende des Betriebsrats der Bosch-Hauptverwaltung in Stuttgart.

14 TAGE

4.4. DGB Hessen, Lesung mit Viviane Forrester: „Die Diktatur des Profits", Frankfurt/M.

5.4. Aktionstag der Gewerkschaften zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

6.–8.4. IG BAU, Bundesjugendkonferenz, Oberhausen

11.4. DGB Jugend, Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Solidarität", Berlin

Schlusspunkt

„Nie wieder ÖTV"

Schlagzeile der Berliner „Tageszeitung" (taz) am 19. März zu einem Artikel über die Zustimmung der ÖTV-Delegierten zu ver.di

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.04.2001
7/01

DGB

DGB-Beschluss

Das Bündnis kommt auf den Prüfstand

Der DGB-Bundesvorstand wird zur Jahreswende 2001/2002 „eine materielle Bilanz und politische Bewertung" zum Bündnis für Arbeit erstellen. Das haben die Gewerkschaftsvorsitzenden am 3. April beschlossen. Eine Vorentscheidung treffen sie damit nicht – die Prüfung selbst ist ergebnisoffen. Mögliche Konsequenzen werden nicht einmal angedeutet.

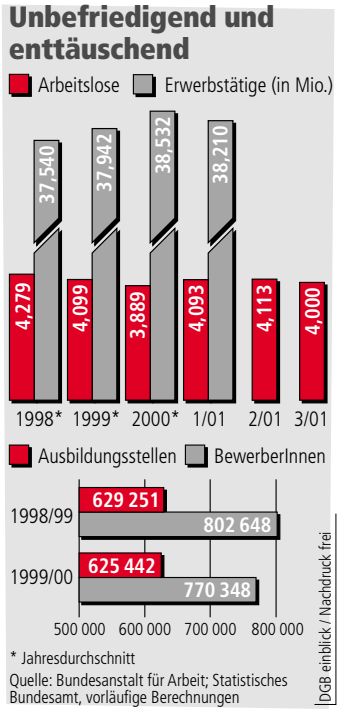
Allerdings hat der DGB Prüfkriterien aufgestellt, die sich an den Zielen des Bündnisses orientieren: Als vorrangig gelten der Abbau der Arbeitslosigkeit sowie die Steigerung der Beschäftigten- und Ausbildungsplatzzahlen. Das Bündnis müsse sich daran messen lassen, „ob und in welchem Umfang diese Ziele erreicht werden".

Die derzeitige Zwischenbilanz lässt zum Jahreswechsel kein positives Ergebnis erwarten. Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen werden im DGB-Beschluss – mit Blick auf den Konjunktur-Boom des vergangenen Jahres – als „unbefriedigend" und „enttäuschend" bezeichnet. Gleichzeitig berichten Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt, dass sich die Abschwächung des Wirtschaftswachstums schon am Arbeitsmarkt auswirkt. Und ein neuer Konjunktur-Boom ist nicht in Sicht.

Beziffert werden die Ziele, die das Bündnis aus gewerkschaftlicher Sicht erreichen muss, in dem Beschluss nicht. Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel hat jedoch erklärt, die Zahl der Arbeitslosen müsse zum Jahresende „deutlich näher an drei als an 3,5 Millionen liegen". Das ist weit entfernt von den 3,5 Millionen, die Bundeskanzler Gerhard Schröder erst zu Ende 2002 in Aussicht gestellt hat.

Die Gewerkschaften wollen zum Jahreswechsel auch ihre eigenen Leistungen selbstkritisch prüfen und feststellen, inwieweit es ihnen gelungen ist, Tarifverträge zur Qualifizierung, zur Altersvorsorge und zum Überstundenabbau abzuschließen.

Hintergrund des DGB-Beschlusses ist der unbefriedigende Verlauf des letzten Spitzentreffens der Bündnispartner Anfang März. Es war zu keinen verbindlichen Absprachen in Sachen Überstundenabbau gekommen, und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hatte von einem „2 : 0-Erfolg für uns" gesprochen. Zudem hat Schröder der Wirtschaft zugesagt, sich auch in Zukunft im Bündnis für moderate Lohnabschlüsse stark zu machen. Dazu heißt es im DGB-Beschluss, es sei „unannehmbar, die Lohnpolitik zum Gegenstand von Verabredungen im Bündnis zu machen". •



Die Arbeitslosen werden nicht weniger – im März lag ihre Zahl nur um 141 000 unter der von März 2000. Der Zuwachs an Erwerbstätigen, zu denen alle Selbstständigen und abhängig Beschäftigten zählen, geht zum großen Teil auf die Sozialversicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte zurück. Und auf dem Ausbildungsstellenmarkt klafft nach wie vor eine riesige Lücke.

plusminusBERLIN

+ ***Die CDU steht einer stärkeren Bürgerbeteiligung nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenüber. Generalsekretär Laurenz Meyer hält es für „nachdenkenswert, dass der Bundestag Themen behandeln muss, wenn ein bestimmter Anteil der Bevölkerung dies wünscht". Volksentscheide über Gesetzesinitiativen lehnt er aber ab.***

– ***Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) hat zwar ein Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung in der Dritten Welt vorgelegt. Die Erhöhung der unter Kohl von 0,7 auf 0,26 Prozent des Bruttosozialprodukts halbierten Entwicklungshilfe hat die SPD-geführte Regierung jedoch unter Haushaltsvorbehalt gestellt.***

inhalt

Seite 3

Freiwillig klappt nicht

Statt des geplanten Gleichstellungsgesetzes für die Wirtschaft setzt Bundeskanzler Schroeder auf Freiwilligkeit. Für die Frauen wären es drei verlorene Jahre, fürchtet Heide Pfarr

Seite 5

Kleines Branchenwunder

Allen Unkenrufen zum Trotz: Drei Jahre nach dem Management-buy-out (MBO) durch vier Beschäftigte hat der traditionsreiche Bücherklub wieder Tritt gefasst

Seite 7

Wilde Ehe

Statt auf feste Bindung setzen die Beschäftigen der New Economy auf neue Formen von Verbindlichkeit

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.igmetall.de/gesundheit
Aktuelle Nachrichten des Fachinformationsdienstes „Arbeit & Ökologie-Briefe" zum Gesundheits- und Umweltschutz

Im Faxabruf 0211/43 01 665
Thesen des DGB zur Regelung der Einwanderung

Europäische Übernahmerichtlinie

Regierungen blockieren

Mitte April soll der Vermittlungsausschuss von Europäischem Parlament und Europäischem Rat über die Ausgestaltung der EU-Richtlinie für Unternehmensübernahmen entscheiden. Während der von den Regierungen der Mitgliedsstaaten gebildete Europäische Rat die Zielgesellschaft bei Vorlage eines Übernahmeangebotes zur strikten Neutralität verpflichten will, fordert das Parlament eine Lockerung der Neutralitätspflicht sowie stärkere Rechte für den Aufsichtsrat und die ArbeitnehmerInnen des von der Übernahme betroffenen Unternehmens. Dem widersetzt sich auch die deutsche Bundesregierung. •

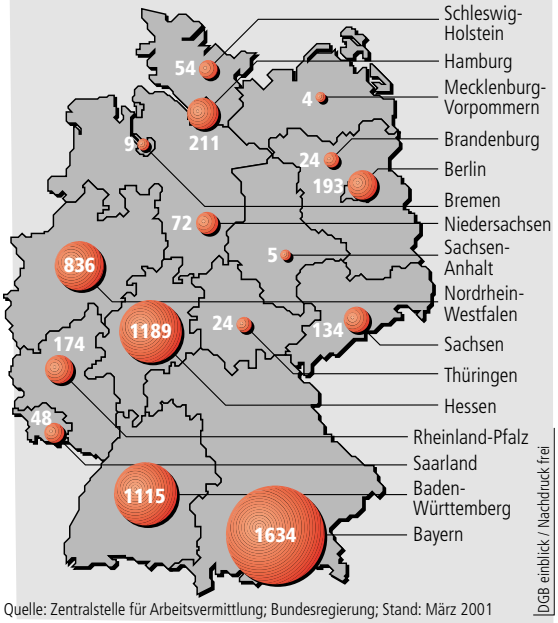
Ehrenamt

Potenzial nicht genutzt

21 Prozent aller ArbeitnehmerInnen sind grundsätzlich bereit, sich neben ihrer Erwerbstätigkeit ehrenamtlich zu engagieren. 4 Prozent würden „sicher", 17 Prozent „vielleicht aktiv werden", wenn sie eine Möglichkeit dazu sehen. Das sind doppelt so viele, wie die Zahl der tatsächlich ehrenamtlich aktiven ArbeitnehmerInnen. Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) ermittelt. Als Hinderungsgrund gaben 54 Prozent der Befragten an, bislang „kein passendes Ehrenamt gefunden zu haben". Für jeden Dritten (33,9 Prozent) ist die „fehlende Vereinbarkeit mit der Arbeitszeit" ausschlaggebend, für jeden vierten Befragten (24,7 Prozent) die „berufliche Belastung". Weniger gravierend ist dagegen die Frage der Freistellung von der Arbeit. 19 Prozent aller ehrenamtlich tätigen ArbeitnehmerInnen verfügen über einen Freistellungsanspruch, aber die Hälfte davon hat ihn bislang „höchstens einmal im Jahr" oder „überhaupt noch nicht" in Anspruch genommen. •

Nur 7 Prozent im Osten

Verteilung der „Greencard"-Fachkräfte auf die Bundesländer



Quelle: Zentralstelle für Arbeitsvermittlung; Bundesregierung; Stand: März 2001

Fast 70 Prozent der „Greencard"-Fachkräfte arbeiten in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg. Nur knapp 7 Prozent der 5678 nach Deutschland zugewanderten IT-Spezialisten sind in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin tätig.

wiewardiewoche?

Foto: Rüdiger Möller

Kirsten Genenger, 30, ist seit November letzten Jahres Geschäftsführerin des Vereins „Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.".

Die Woche begann mit der Darstellung unseres Projektes vor dem DGB-Bundesvorstand. Entstanden ist das Projekt 1998 in Sachsen im Rahmen der Kampagne „Für Demokratie Courage zeigen". Die Wahlerfolge der Rechten und ein Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig waren Anlass für die DGB-Jugend Sachsen, so genannte Projektschultage zu konzipieren. Wir haben mit SchülerInnen Rassismus und jede Art der Diskriminierung thematisiert und gemeinsam Konzepte und Argumente gegen rechte Parolen entwickelt. Die Arbeit war so erfolgreich, dass die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg das Projekt aufgegriffen hat. Jetzt soll es sogar auf alle neuen Länder ausgedehnt werden, ein Netzwerk Ostdeutschland ist in greifbare Nähe gerückt. Selbst Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben Interesse bekundet.

Bisher gibt es drei unterschiedliche Konzepte: Das Planspiel „Monolizien" beschäftigt sich mit Gehorsam, Autorität, Macht und Widerstand. Die SchülerInnen erleben am eigenen Leib, wie es ist, wenn man mächtig oder ohnmächtig ist – etwa wenn die regierende Partei behauptet, bestimmte Menschen seien eine Gefahr für die Gesellschaft. „Schublade offen! Am Anfang war das Vorurteil" befasst sich mit den gängigen Vorurteilen. Weshalb fliehen Menschen aus ihrem Heimatland? Was wissen die SchülerInnen über Asylsuchende? Unter dieser Fragestellung werden per Rollenspiel, Video und Diskussion Fluchtursachen und das Leben von Asylsuchenden in Deutschland vermittelt. Wie man sich gegen rechte Kultur wehren kann und sich und anderen Mut macht, sich gegen Ausgrenzung zu stellen, vermittelt der dritte Workshop „@-Generation. Wir können auch anders!"

Bei all dem heißt unser wichtigstes Prinzip „Jugend für Jugend" – deshalb werden die Projektschultage von ehrenamtlichen TeamerInnen durchgeführt, die nicht viel älter sind als die Schüler. Ich glaube, das ist ein Grund dafür, dass Diskussionen entstehen und unsere Arbeit meist von Erfolg gekrönt ist.

geplant... beschlossen

Der DGB-Bundesvorstand hat die Entscheidung des Exekutivausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) begrüßt, die Verhandlungen über eine Sozialvereinbarung zur Leiharbeit in der EU für gescheitert zu erklären. Während der EGB eine Gleichbehandlung der LeiharbeiterInnen mit ihren regulär beschäftigten KollegInnen hinsichtlich Entlohnung, Arbeitszeit sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz fordert, wollen die Arbeitgeber verhindern, dass LeiharbeiterInnen entsprechend den im Einsatzgebiet geltenden Tarifbestimmungen bezahlt werden. Obwohl der Gleichbehandlungsgrundsatz in 10 von 15 EU-Staaten durch Gesetz oder Tarifvertrag gilt, fordern die Arbeitgeber eine stärkere Deregulierung. Der EGB hat die EU-Kommission aufgefordert, Mindestanforderungen für Leiharbeit jetzt durch eine Richtlinie festzuschreiben.

Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft

Freiwillig klappt es nicht

Versprochen, doch nicht eingelöst: Ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft hatte Rot-Grün in der Koalitionsvereinbarung angekündigt. Jetzt will der Kanzler der Wirtschaft vor einem Gesetz weitere drei Jahre für freiwillige Initiativen einräumen. Hat das Gesetz überhaupt noch eine Chance? einblick fragte Arbeitsrechtlerin Heide Pfarr, Beraterin von Frauenministerin Christine Bergmann beim Gesetz.

Vor dem Siemens-Unternehmerforum hat Schröder der Wirtschaft weitere drei Jahre für freiwillige Gleichstellungsmaßnahmen gegeben. Erst wenn das nicht fruchtet, führe „der Gesetzgeber eine verbindliche Klärung herbei". Ist damit das Gesetz erledigt?

■ *Wenn er das wirklich gesagt und gemeint hat, wird es zumindest sehr, sehr schwer. Leider haben die Gegner des Gesetzes sich beim Kanzler viel mehr Gehör verschafft als die Befürworter.*

Was verlangt der Entwurf der Wirtschaft ab, dass sie sich so wehrt?

■ *Sie wollen gar keine Regulierungen mehr. Auch sieht der Entwurf Rechtsfolgen vor, wenn die Unternehmen sich einer Gleichstellungspolitik verweigern – wie etwa ein Verbandsklagerecht. Ohne diese Rechtsfolgen wäre das Gesetz aber wie eine Frauentagsrede in Paragraphenform und eher peinlich. Und im Übrigen auch für die Rechtskultur schlecht. Aber zunächst: Ein offiziell abgestimmter Gesetzentwurf existiert noch nicht. Im September 2000 hat Christine Bergmann Eckpunkte für das Gesetz vorgelegt. Auf dieser Basis habe ich gemeinsam mit anderen Juristinnen im Auftrag der Ministerin einen Entwurf geschrieben, den sie sich allerdings nicht vollständig zu Eigen macht.*

Was ist konkret vorgesehen?

■ *Das Gesetz soll zwei Stufen enthalten. Zunächst wird den Unternehmen Raum gelassen, Vereinbarungen mit den Betriebsräten zu treffen, die bestimmten Mindeststandards entsprechen. Erst wenn diese Eigenverantwortung innerhalb einer Frist von zwei Jahren nicht fruchtet, müssen die Betriebe weiter gehende Anforderungen erfüllen, zum Beispiel eine Gleichstellungsbeauftragte benennen. Wenn die Unternehmen aber ihrer Selbstverpflichtung nachkommen, haben sie keine Sanktionen zu befürchten. Und es werden ihnen nicht mal detailliert Maßnahmen vorgeschrieben. Das Gesetz funktioniert nach dem Motto: Lasst tausend Blumen blühen, es muss nur auf dem Felde der Gleichstellung sein.*

Deshalb die ganze Aufregung? Ein solches Gesetz lässt den Unternehmen jede Menge Gestaltungsfreiheit.

■ *Ja, genau. Bei dem Spitzengespräch beim Kanzler, das die Ministerin mit Arbeitgebervertretern Ende März geführt hat, sind konkrete Regelungen gar nicht Thema gewesen. Die Arbeitgeberverbände wollen kein Gesetz, wie immer es auch aussähe, sie behaupten, freiwillige Selbstverpflichtungen brächten es. Sie wollen ihre Mitgliedsunternehmen auffordern gleichzustellen. Das tun sie bereits seit Jahren – mit unwesentlichen Erfolgen, wie wir alle wissen. Ich halte die Vorschläge der Wirtschaft für einen groben Witz.*

Gibt es auch Unternehmen, die keine Einwände gegen gesetzliche Regelungen haben?

■ *Ja. Bevor die Ministerin die Eckpunkte formulierte, fand ein intensiver Dialog mit Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Unternehmen statt. Trotz dieser Konsensgespräche fanden schon die Eckpunkte nicht die Zustimmung der Arbeitgeberverbände, wohl aber derjenigen Unternehmen, die mit Erfolg Konzepte zur Chancengleichheit umsetzen.*

Was sind das für Unternehmen?

■ *Große Unternehmen wie VW oder Telekom – aber auch Klein- und Mittelbetriebe. Wie die Comet GmbH, ein erfolgreiches Münchner IT-Unternehmen mit rund 60 Beschäftigten, davon mehr als die Hälfte weiblich. Die Chefin verfolgt eine besondere Firmenpolitik: Teilzeitarbeit, Telearbeit und Kinderbetreuung sind eine Selbstverständlichkeit. Der Aufwand ist groß – weniger an Finanzen denn an Aufmerksamkeit. Ich befürchte, dass viele Firmen genau diesen Aufwand scheuen, auch wenn sie davon nur profitieren können.*

Prof. Dr. Heide Pfarr, 56, ehemalige hessische Frauenministerin (SPD), ist Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung.

Besteht noch eine Chance, dass das Gesetz in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird?

■ *Möglich wäre es schon, denn ein Entwurf ist fertig. Aber die Ministerin allein kann es nicht durchsetzen. Sie muss zumindest die Fraktionen hinter sich haben.*

Bisher halten sich die Regierungsfraktionen wie auch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) bedeckt.

■ *Die Fraktionen müssen spüren, dass sie Ärger bekommen, wenn es nicht zu dem Gesetz kommt. Deshalb müssen die Frauenorganisationen, die Gewerkschaftsfrauen, die Gewerkschaften insgesamt mehr Druck machen. Die Ministerin ist zäh, aber sie ist nicht von Freunden umstellt. Um ihr den Rücken zu stärken, braucht sie Unterstützung. Betriebsrätinnen wissen, dass Unternehmen nur in Ausnahmefällen etwas freiwillig machen. Die Frauen müssen zeigen, dass sie nicht bereit sind, noch drei weitere Jahre in Sachen Gleichstellung zu verschenken.* •

Unverzichtbar

Zu bürokratisch, zu teuer: Mit den altbekannten Argumenten lehnen die Arbeitgeberverbände ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft ab. Und finden beim Kanzler Gehör. „Es muss nicht für jedes gesellschaftliche Problem ein Gesetz gemacht werden", erklärte Gerhard Schröder Anfang April. Volle Unterstützung für Ministerin Bergmanns Gesetzesvorhaben gibt es dagegen bei den Gewerkschaften: Vor dem Spitzengespräch zum Gesetz Ende März forderten neben DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer auch die Vorsitzenden von ver.di und IG Metall die Regierung auf, die Zusage aus der Koalitionsvereinbarung einzuhalten und einen Entwurf für ein wirksames Gesetz vorzulegen.

Bis Anfang Mai sollen sich die Beteiligten auf Ziele und Instrumente der Gleichstellung einigen. Bislang sind die Arbeitgeberverbände lediglich bereit, Betriebe für freiwillige Maßnahmen zu motivieren. „Das reicht nicht. Chancengleichheit darf nicht vom Zufall abhängen", so Engelen-Kefer.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 666
Interview-Langfassung

Im Faxabruf
0211 / 43 01 679
DGB-Eckpunkte für ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft

PROJEKTE UND PARTNER

Gesellschaft für Arbeitswissenschaft

Die Arbeitswelt von morgen sozial gestalten

Die Gesellschaft für Arbeitswissenschaft (GfA) mit Sitz an der Universität Dortmund hat zwei Jahre lang über die Entwicklung der Arbeitswelt vor dem Hintergrund arbeitswissenschaftlicher Handlungsmöglichkeiten diskutiert. Als Ergebnis liegt seit einigen Wochen ein Memorandum zum Strukturwandel unter dem Titel „Die Zukunft der Arbeit erforschen" vor, das gleichzeitig Leitbild für die Arbeit der GfA werden soll.

Das Memorandum beschäftigt sich mit „traditionellen" Themenfeldern, setzt aber auch bei gesellschaftlichen Problemen an. „Beschäftigung sichern", „Arbeitsfähigkeit erhalten" und „Arbeit neu werten" stehen gleichwertig neben dem Themenblock „Arbeit von morgen gestalten".

Die GfA, eine Vereinigung von Wissenschaftlern und Interessierten, die die Arbeitswissenschaft fördern wollen, will mit dem Memorandum auf die Potenziale der Arbeitswissenschaft zur Lösung gesellschaftlicher Fragestellungen hinweisen. Die Arbeitgeberverbände, ArbeitnehmerInnen und deren Organisationen sollen in diesen Prozess eingebunden werden, sie sind eingeladen, das Memorandum breit zu diskutieren. •

Anfordern: DGB-Bundesvorstand
Sekretariat Tarifpolitik
Ekkehard Schwabe
ekkehard.schwabe@bundesvorstand.dgb.de

Berufsausbildung

Neuer Ratgeber für Betriebe

Die „Ausbildungsfibel 2001 – Tipps und Hilfen für Betriebe" zeigt, was bei der Einrichtung von Ausbildungsplätzen zu beachten ist. Sie informiert über die für einen Ausbildungsbetrieb wichtigen gesetzlichen Bestimmungen und gibt Hinweise auf die finanziellen Förderprogramme der Länder. Herausgeber der Broschüre sind das Bundesinstitut für Berufsbildung und die Bundesanstalt für Arbeit. •

Bundesanstalt für Arbeit
Referat 1b1
90327 Nürnberg
Fax: 0911 / 17 93 555

Tarife 2001

WSI mit neuem Tarifhandbuch

„Tarifliche Altersvorsorge" lautet das Schwerpunktthema der neuen Ausgabe des WSI-Tarifhandbuchs, das Ende April im Bund-Verlag, Frankfurt/M. erscheint (290 Seiten, 29,90 Mark). Im Mittelpunkt steht eine umfassende Darstellung des aktuellen Regelungsbestands zur Tarif-Rente. Darüber hinaus liefert das Handbuch eine Tarifchronik und die Tarifabschlüsse der Jahre 2000/2001. •

WSI-Tarifhandbuch 2001
Fax: 0211 / 77 78 250

Stiftung Warentest

Lohnsteuerhilfe mit Mängeln

Lohnsteuerhilfevereine unterstützen ArbeitnehmerInnen bei der Steuererklärung – für einen geringen Jahresbeitrag. Diese preiswerte Hilfe rechnet sich jedoch nicht immer. „Viele Helfer sind schlecht informiert und beraten ihre Mitglieder nur unzureichend", so die Stiftung Warentest. 18 von 66 getesteten Beratungsstellen haben laut Stiftung falsche Steuererklärungen erstellt – zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Die Tester haben neun überregionale Lohnsteuerhilfevereine mit Beratungsstellen in mindestens sieben Städten unter die Lupe genommen. Das Ergebnis steht in *test* 4/01. •

Verbraucher-Zentrale

Neuer Ratgeber zur Sozialhilfe

Scheidung, Arbeitslosigkeit oder zu kleine Rente – schnell können finanzielle Notlagen entstehen. Informationen und Tipps rund um die Sozialhilfe gibt der Ratgeber „Sozialhilfe – Hilfe zum Lebensunterhalt" der Verbraucher-Zentrale NRW. Preis: 16,50 Mark •

Fax: 0211 / 38 09 235
publikationen@vz-nrw.de

Fritz-Hüser-Institut

Tag des offenen Archivs

Mit einem „Tag des offenen Archivs" vermittelt das Dortmunder Fritz-Hüser-Institut am 19. Mai Einblicke in die Kulturgeschichte der Arbeiter. Das städtische Archiv ist die einzige Einrichtung in Europa, die sich auf die Sammlung und Erforschung der Literatur- und Kulturgeschichte von Arbeitern und Angestellten spezialisiert hat. Zu den Sammlungsschwerpunkten gehören neben der klassischen Arbeiterliteratur auch die Erforschung der Kultur von Arbeitslosen. •

Fritz-Hüser-Institut
Ostwall 64, 44135 Dortmund
www.dortmund.de/fhi

Techno-Beratung

Ganzheitliches Management

Kommunikation und Information in Projekten richtig handhaben, projektorientiert denken und handeln, Projektziele definieren – diese Fähigkeiten werden im Rahmen des Seminars „Projektmanagement für Betriebs- und Personalräte" vermittelt. Die Veranstaltung der Technologie- und Innovationsberatung für Arbeitnehmer (TIB) vom 14./15. Mai in Hamburg kostet 960 Mark. •

TIB Hamburg
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
beratung@tib-hamburg.de

interregio

••• Nach der im März angelaufenen Bildung der Regionen will der ***DGB*** bis Anfang kommenden Jahres mit acht Bezirkskonferenzen die ***Umsetzung der DGB-Refom auf Regionalebene*** abschließen. Den Anfang macht am 8. Dezember der neue DGB-Bezirk West. Dort wird auch der neue Bezirksvorstand gewählt. Die übrigen sieben Bezirkskonferenzen folgen im Februar 2002: Sachsen, Hessen-Thüringen und Nord am 2. Februar, Niedersachen-Bremen-Sachsen-Anhalt am 8./9. Februar, Berlin-Brandenburg am 15. Februar, Nordrhein-Westfalen am 15./16. Februar, Bayern am 22. Februar und Baden-Württemberg am 23. Februar.

••• Mit einem breiten Bündnis versucht der ***DGB-Kreis Essen*** einen für den 1. Mai geplanten ***Aufmarsch der NPD*** zu ***verhindern.*** Die geplante NPD-Demonstration am Tag der Arbeit sei eine „bewusste Provokation" der Gewerkschaften, gewaltsame Zusammenstöße seien vorprogrammiert. Die rechtsradikale NPD hat auch in Berlin, Dresden, Mannheim, Augsburg und Frankfurt/M. ausländerfeindliche Demonstrationen angekündigt.

Büchergilde Gutenberg

Kleines Branchenwunder

Allen Unkenrufen zum Trotz: Die Büchergilde Gutenberg gibt's im 77. Jahr nach ihrer Gründung noch immer. Dank des Engagements von vier Beschäftigten, die vor drei Jahren den traditionsreichen Buchclub in eigener Regie übernahmen.

1997 stand die Gilde vor dem Aus. Zwanzig Jahre hatte das gewerkschaftseigene Unternehmen rote Zahlen geschrieben, die Mitgliederzahl schrumpfte. Trotz vieler Versuche gelang es nicht, den Buchclub zu sanieren. Verkauf oder Auflösung schienen die einzigen Alternativen – bis MitarbeiterInnen der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) ein Übernahmeangebot machten. Die Chance, durch das Management-buy-out (MBO) einen großen Teil der Arbeitsplätze zu erhalten, gab den Ausschlag. Gestützt auf eine Machbarkeitsstudie der Unternehmensberatung ISA Consult sah der BGAG-Vorstand gute Chancen für die neuen Gesellschafter, die Gilde zu konsolidieren.

Seit 1998 schreibt die Büchergilde alle zwei Jahre einen Essaypreis aus. Motto des letzten Wettbewerbs: „Chancengleichheit, Sozialpartnerschaft, Gerechtigkeit – Werte mit Zukunft?" Die sieben besten Beiträge finden sich in dem gleichnamigen Band (32 DM).

Wie's scheint, ist die Rechnung aufgegangen: Drei Jahre nach dem MBO sei ein großer Teil der Probleme bewältigt, zieht Mario Früh, Geschäftsführer und Mitinhaber, Bilanz und zählt einige Sanierungsschritte auf: die Installation einer modernen EDV, eine effizientere Verlagsorganisation, der Wechsel zu einer wettbewerbsfähigen Auslieferung, die Sicherung von insgesamt rund 160 Arbeitsplätzen im Verlag und in den Buchhandlungen und die Durchführung des Sozialplans ohne Arbeitsgerichtsprozesse. „Der wichtigste Schritt war die Umwandlung der 22 eigenen Buchhandlungen in Franchise-Läden." Zudem sei es gelungen, das Netz der Partner-Buchhandlungen von 73 auf 85 zu erhöhen.

Weniger zufrieden ist Früh mit der Mitgliederentwicklung. Über 300 000 Mitglieder hatte die Gilde zu ihren besten Zeiten in den 60ern, heute sind es rund 130 000. „Allein den Mitgliederstand auf dem Niveau von 1998 zu halten, war nicht einfach. Wir mussten erst beweisen, dass wir das Profil der Büchergilde nicht ändern." Die neuen Eigentümer knüpfen an die alten Traditionen an – mit anspruchsvoller Literatur wie einer Grass-Werkausgabe, ambitionierten Reihen wie der „Bibliothek Exilliteratur", wunderschön illustrierten Bänden sowie engagierten Sachbüchern. Ausgebaut wurden das exklusive Grafik-Angebot und das Non-Book-Programm. Mit mehr Eigenproduktionen und der Förderung des literarischen Nachwuchses hat die Gilde an Format gewonnen. Seit Anfang 2001 gewinnt sie verstärkt neue Mitglieder – insbesondere bei den 28- bis 38-Jährigen. Dabei gilt das Buchclub-Geschäft als überholt, und für aufwendige Werbekampagnen fehlt das Geld.

„Wenn wir vor drei Jahren gewusst hätten, was auf uns zukommt, hätten wir das MBO nicht gewagt. Ich bin aber froh, dass wir uns getraut haben", ist Frühs Resümée der ersten drei Jahre Unabhängigkeit der Verlagsgesellschaft, die heute bei einem Umsatz von 14 Millionen Mark 30 MitarbeiterInnen beschäftigt.

„Man kann der Büchergilde nur wünschen, dass sie sich in dem starken Wettbewerb weiter behauptet und es ihr gelingt, ihr Profil und ihr hohes Niveau aufrechtzuerhalten", meint BGAG-Vorstandssprecher Rolf J. Freyberg. „Mit Erleichterung", stellt IG Medien-Vorsitzender Detlef Hensche fest, dass der Leidensweg der Gilde ein Ende habe. „Das ehrgeizige Programm macht die Gilde unersetzbar. Die Übertragung auf die Beschäftigten hat Energien freigesetzt, die eine weitere Existenz ermöglichen."

„Sehr mutig" fand es 1998 Klaus Lang, für die IG Metall im Aufsichtsrat der BGAG, dass Beschäftigte das Sorgenkind Büchergilde übernahmen. „Ich freue mich, dass mit Hilfe der Anschubfinanzierung der BGAG das Experiment MBO gelungen scheint." Angesichts der Entwicklung der Medienlandschaft sei das ambitionierte Programm der Gilde wichtiger denn je. „Ich schätze die Bücher der Gilde sehr – allerdings ist die Zielgruppe begrenzt, und die Gilde erreicht mit ihrem Programm nicht die Masse der Gewerkschaftsmitglieder."

Zumindest vor Ort klappe die Kooperation mit den Gewerkschaften gut, stellt Dagmar Rein fest, die den Gilde-Laden im Hamburger Gewerkschaftshaus betreibt. „Die meisten hier im Haus sehen uns als ihre Buchhandlung." Sie bereut den Schritt in die Selbstständigkeit nicht: „Ich bin stolz darauf, dass die Büchergilde zum Teil von MitarbeiterInnen übernommen wurde. Eine bessere Werbung kann es für ein Unternehmen kaum geben, als dass Beschäftigte, die alle Probleme kennen, bereit sind, das wirtschaftliche Risiko zu tragen." •

Bücher voll guten Geistes

„Dass sich der Mensch durch Bücher bilde, schuf Gutenberg die Büchergilde", dichtete Erich Kästner zum 40. Geburtstag der Gilde. Gute, mit aufklärerischer Absicht und schöne, mit handwerklicher Präzision hergestellte Bücher anzubieten war das Ziel, als der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker 1924 in Leipzig die Gründung beschloss. „Bücher voll guten Geistes und von schöner Gestalt" sollten zu günstigen Preisen gerade auch ArbeiterInnen zugänglich gemacht werden. Bis heute ist der Buchclub dem Auftrag der Gründer treu geblieben, sich mit sorgfältig ausgestatteten Büchern in die gesellschaftliche Diskussion einzumischen.

Seit letztem Herbst ist die Gilde auch im Internet präsent: www.büchergilde.de

Büchergilde Gutenberg
Postfach 160 165
60064 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 27 39 08 57
service@buechergilde.de

kurz&bündig

Nach Recherchen der IG BAU gibt es in Deutschland nicht genügend zertifiziertes Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft. Der Markt sei da, die Nachfrage nach umweltverträglich produziertem Papier werde, anders als in anderen europäischen Ländern, in Deutschland aber von der Industrie nicht befriedigt.

Der DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg hat eine „Härtefallregelung für hochbetagte und kranke Zwangsarbeiter" gefordert. Die Wirtschaft stelle immer neue Forderungen zur Rechtssicherheit. Diese beträfen nahezu ausschließlich Vermögensschäden und nicht Zwangsarbeiter-Klagen.

Die Gewerkschaft TRANSNET hat einen Mitgliederwettbewerb gestartet. Die WerberInnen erhalten Bonuspunkte, über die sie eine Prämie aussuchen können. Unter den Erfolgreichsten verlost TRANSNET eine USA-Reise.

Die IG Metall will wissen, was ArbeitnehmerInnen von ihr halten. Aufklärung soll ein Fragebogen bringen, der im Mai in der Mitgliederzeitschrift metall beiliegt. Die von den Verwaltungsstellen unterstützte Umfrage ist Teil der im vergangenen Jahr gestarteten „Zukunftsdebatte" der mit 2,7 Millionen Mitgliedern größten Industriegewerkschaft Deutschlands.

Rechtsextremismus

Umsetzungsbericht Kommission Rechtsextremismus

Ein Jahr nachdem die Kommission Rechtsextremismus ihren Bericht vorgelegt hat, liegt nun ein Zwischenbericht vor, der sich mit der weiteren Entwicklung des Rechtsextremismus im vergangenen Jahr befasst und ein Profil beispielhafter DGB-Aktivitäten gegen rechte Gewalt zeichnet.

Der Zwischenbericht greift die Entwicklung der gemeldeten rechtsextremistischen Straftaten auf, sieht aber insgesamt keine eindeutigen Belege für deren Zunahme. Vielmehr, so die Autoren, sei davon auszugehen, „dass die öffentliche Diskussion über den Rechtsextremismus das Anzeigeverhalten der Bürgerinnen und Bürger positiv beeinflusst hat". Auch die erhöhte Wachsamkeit der Polizei spiele eine wesentliche Rolle. So beträgt etwa die Steigerungsrate der Delikte mit antisemitischem Hintergrund beinahe 70 Prozent.

Wegweisend für die weitere Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sieht der Bericht die politische Kultur – und damit die Debatte über die so genannte „deutsche Leitkultur" und über das „richtige Vaterlandsverständnis". Der über die Medien ausgetragene Streit, der in dem Satz gipfelte, „ich bin stolz, ein Deutscher zu sein", habe Legitimationsmuster geliefert für Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen. Dieser Streit habe „nicht zur Herstellung eines gesellschaftlichen Klimas beigetragen, in dem sich Demokratie und Toleranz entfalten können."

Der Zwischenbericht umfasst zudem Eckpunkte für eine Musterbetriebsvereinbarung zur Gleichbehandlung. •

Im Faxabruf: 0211/43 01 680
Im Internet:
www.einblick.dgb.de
Eckpunkte für eine Musterbetriebsvereinbarung

Vorruhestand

Frauen gewinnen gegen IG Metall

Die Vorruhestandsregelung der IG Metall ist unzulässig, weil sie Frauen benachteiligt. Zu diesem Urteil kommt das Arbeitsgericht Frankfurt/M. in einem Prozess, den sieben ehemalige Mitarbeiterinnen der – Anfang 2000 in die IG Metall aufgegangenen – Gewerkschaft Holz und Kunststoff angestrengt haben.

Die umstrittene Vorruhestandsregelung sieht vor, dass Frauen wie Männer mit 56 Jahren in Frührente gehen können. Dann aber müssen sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt die gesetzliche Rente beantragen, was für langjährig versicherte Frauen das 60. Lebensjahr, für Männer das 63. Lebensjahr bedeutet. Mit anderen Worten: Vom Vorruhestandsgeld, das höher ausfällt als die gesetzliche Rente, profitieren Männer länger. Hinzu kommt, dass sich der Rentenabschlag von 3,6 Prozent pro Jahr für Frauen auf 18 Prozent, für Männer auf 7,2 Prozent summiert.

Die Vorruhestandsregelung der IG Metall verstößt nach Auffassung des Frankfurter Arbeitsgerichts gegen europäisches Recht. So habe der Europäische Gerichtshof schon 1990 entschieden, dass betriebliche Rentenregelungen nicht das unterschiedliche gesetzliche Rentenzugangsalter zu Grunde legen dürfe. Die IG Metall bestreitet, Frauen zu diskriminieren. Ihr Sprecher Claus Eilrich: „Wir müssen uns am deutschen Rentenrecht orientieren." Die Gewerkschaft will in Berufung gehen.

Mehr als 200 Metallerinnen sind im Vorruhestand. Sollten die sieben Klägerinnen Recht behalten, rechnet die IG Metall mit Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe. Unter den betroffenen Frauen wird diskutiert, ob die IG Metall die betriebliche Vorruhestandsregelung nicht aufheben und durch die in der Metallindustrie praktizierte Altersteilzeit ersetzen soll. Diese behandelt Männer und Frauen gleich. •

1.-Mai-Aktionen

Der Rave kommt in den Westen

„Zukunft braucht alle Köpfe. Mitbestimmung gewinnt" – unter diesem Motto wollen die Gewerkschaften die traditionellen Kundgebungen am 1. Mai nutzen, um ihrer Forderung nach einer zeitgemäßen Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes Nachdruck zu verleihen. Ort der zentralen Maikundgebung ist in diesem Jahr Rostock. In den meisten Städten schließen sich an die Maidemonstrationen Familien- und Kulturfeste an.

Einer der Höhepunkte ist in diesem Jahr die erste Job Parade in NRW. Unter dem Motto „jobs 4 party – party 4 jobs" soll sich ein Zug aus Tausenden von Ravern unüberhörbar durch die Dortmunder Innenstadt schlängeln. Entstanden ist die Idee der Job Parade bereits vor vier Jahren in Schwerin. Unter dem Slogan „Youth can't wait" hatten dort im vergangenen Jahr über 45 000 Raver für bessere Ausbildungschancen getanzt. In Recklinghausen starten am gleichen Tag auch die vom DGB mitgetragenen Ruhrfestspiele. •

Im Internet:
www.jobparade.de (Schwerin)
www.jobparadenrw.de (Dortmund)
Im Faxabruf: 0211/43 01 686
Redner und Kundgebungsorte

Mitbestimmung in der New Economy

Wilde Ehe statt feste Bindung?

Die Zukunft der Mitbestimmung hängt davon ab, ob sie den Bedürfnissen der WissensarbeiterInnen entgegenkommt. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, auch wenn die Mitbestimmung nicht für die New Economy konstruiert wurde, die durch Individualismus, Eigenverantwortung und Wettbewerb geprägt ist.

Mit den neuen Arbeitsformen haben sich nicht automatisch die Herrschaftsverhältnisse geändert. Und von neuartigen Beschäftigungsverhältnissen findet man in den jungen Mittelstandsunternehmen kaum eine Spur: Die Regel sind konventionelle Normal- und Vollzeitverhältnisse, Free-Lancer-Arbeiten bleiben auf bestimmte Segmente beschränkt. **Das Mitunternehmertum ist weitgehend Ideologie geblieben,** auch wenn viel vom „Arbeitskraftunternehmer" oder der „Ich-AG" die Rede ist.

In der New Economy gibt es jede Menge gewohnter und neuer Ansatzpunkte für Mitbestimmung:

- Individuelle Konflikte und Schutzbedürfnisse entstehen dort gerade deshalb, weil der Einzelne in schnelle Prozessverläufe mit gravierenden Folgen für das Unternehmen direkt verstrickt ist.
- Wissensarbeiter arbeiten im Team. Aber gerade hier treten Konflikte auf – häufig in Extremsituationen. Und Konfliktbewältigung durch eine Interessenvertretung hat einen anderen Charakter als Konfliktbewältigung durch die Personalabteilung.
- Weil das Können des Einzelnen im Mittelpunkt steht, müssen sich die Unternehmen schließlich um die Attraktivität der Arbeitsplätze kümmern: Das ermöglicht Initiativen zur Weiterbildung, zum Erhalt der persönlichen Fitness im Interesse der zukünftigen Arbeitsfähigkeit, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Systematische Personalentwicklung liegt im Interesse aller Beteiligten.
- Zudem ist es auch aus der Sicht der Unternehmensleitungen notwendig, Rahmenbedingungen zu setzen: Die MitarbeiterInnen identifizieren sich umso mehr mit ihrer Arbeit und mit dem Unternehmen, je mehr Vertrauen sie in die Konditionen ihrer Arbeit haben. Andernfalls könnten sie noch immer nebenan im Unternehmen anfangen.

Neu an der jetzigen Situation ist, dass MitarbeiterInnen und Unternehmensleitungen über Ausstiegsoptionen aus dem tradierten System der deutschen Arbeitsbeziehungen verfügen. Politik und Gewerkschaften müssen sich schon etwas einfallen lassen, damit ihr Angebot eines neuen Mitbestimmungsgesetzes **attraktiv ist und die Ausstiegsoptionen nicht wahrgenommen werden.**

Dabei kommt es nicht darauf an, dass Beschäftigte und Unternehmen in der New Economy die Instrumente der Old Economy übernehmen, sondern darauf, was sie selbst aus dem Instrument der Mitbestimmung machen: Auf der Suche nach professioneller Unternehmensorganisation sind vor allem Mechanismen für die innerorganisatorische Vertrauensbildung gefragt. Mitbestimmung kann dabei ein zentrales Element sein. Sie kann dies wegen ihres grundsätzlichen Charakters. Denn sie ist als ein Recht konstruiert, das unabhängig von ökonomischen Erfolgskriterien existiert.

Norbert Kluge, 46, ist Leiter des Forums Mitbestimmung und Unternehmen, das von der Bertelsmann-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung getragen wird.

Für die Arbeitsbeziehungen in vielen (jungen) Unternehmen mag es zunächst genügen, den Inhalt des Gesetzes zu kennen. Mitbestimmungstradition ist dort – im Unterschied zu herkömmlichen IT-Unternehmen – keine Quelle für eine Mitbestimmungspraxis, die den neuen Anforderungen genügt. Gerade **in der New Economy werden die Mitarbeiter balancieren** zwischen dem Vorteil, durch Wahl in der Belegschaft legitimiert zu sein und entsprechend gegenüber der Unternehmensleitung auftreten zu können, und dem Nachteil, womöglich als Betriebsrat nur noch formal im Informations- und Kommunikationsverhalten der Unternehmensleitung behandelt zu werden.

Die Arbeit eines Betriebsrats in der New Economy dürfte sich um einiges vom herkömmlichen Bild unterscheiden. Die Erwartungen der Beschäftigten neuer Mittelstandsunternehmen dürften über den rein betrieblichen Rahmen von Mitbestimmung hinausgehen, insbesondere weil sie sich mit ihren Tätigkeiten statt mit dem Unternehmen identifizieren. Für bestimmte Probleme hat sich eine überbetriebliche Interessenvertretung als erfolgreich erwiesen. Die Chance der Gewerkschaften liegt darin, diese Probleme aufzunehmen und in Service-Angebote zu übersetzen. •

Der stark gekürzte Beitrag ist ein Vorabdruck aus den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* 4/2001.

Neue Beziehung gesucht

Mit der Mitbestimmung in den Unternehmen des neuen Mittelstands ist es wie mit wilden Ehen: Die Formen des Zusammenseins werden lockerer, man vertraut vor allem sich selbst und braucht zumindest zu Anfang des noch jungen Glücks nichts und niemanden außer sich selbst. Kommt die Beziehung in die Jahre, werden Verträge doch attraktiver, vielleicht gerade deshalb, weil man sich nun besser kennt. Aber man muss nicht unbedingt heiraten, sondern kann versuchen, eigene Wege des Zusammenlebens zu gehen.

Darin könnte das Neue in den Arbeitsbeziehungen der New Economy liegen. Nicht die absolute, krisensichere Bindung steht auf dem Wunschzettel vieler WissensarbeiterInnen, sondern das Interesse an Verbindlichkeit. Persönliche Freiräume in der Arbeit und hohe soziale Standards stehen hoch im Kurs. Solange man selbst dafür sorgen kann, tut man es. Und wenn das nicht mehr so einfach geht – wie gegenwärtig in der Krise –, greift man gern und pragmatisch auf die Idee kollektiver Sicherung zurück. Warum sollte man auch das Rad neu erfinden?

einblick 7/01

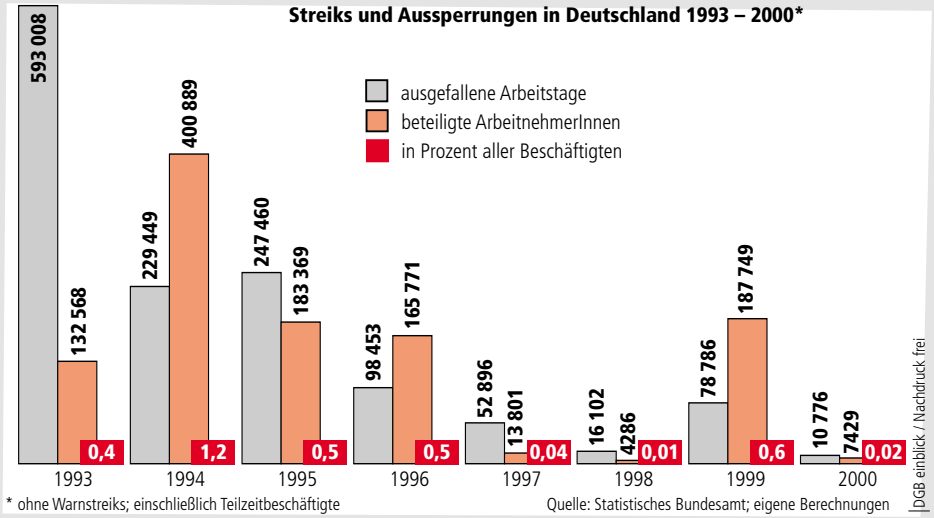
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSKÄMPFE: Unternehmer-Paradies Deutschland

In Deutschland gibt es kaum Streiks. In den vergangenen acht Jahren war die Zahl der streikenden bzw. der von Aussperrungen betroffenen ArbeitnehmerInnen sogar rückläufig: von 400 889 in 1994 auf 7429 im vergangenen Jahr. Das entspricht 0,02 aller ArbeitnehmerInnen. Gesunken ist auch die Zahl der durch Arbeitskämpfe ausgefallenen Arbeitstage. Fielen 1993 noch knapp 600 000 Arbeitstage Streiks und Aussperrungen zum Opfer, so lag deren Zahl im vergangenen Jahr bei 10 776.



* ohne Warnstreiks; einschließlich Teilzeitbeschäftigte

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

personalien

••• Drei der dreizehn ver.di-Bezirke werden von Frauen geführt. Das geht aus dem Wahlvorschlag der fünf ver.di-Gründungsgewerkschaften hervor, über den bis zum 19. Mai die Delegierten der ver.di-Landesbezirke auf ihren Bezirkskonferenzen entscheiden müssen. Vorgeschlagen für den Bezirk Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern ist ***Rüdiger Timmermann,*** 49, HBV, für Hamburg ***Wolfgang Rose,*** 53, ÖTV, für Niedersachsen/Bremen ***Wolfgang Denia,*** 50, DAG, für Nordrhein-Westfalen ***Hartmut Limbeck,*** 51, ÖTV, für Hessen ***Karl-Heinz Häuser,*** 57, DPG, für Saarland ***Rolf Linsler,*** 58, ÖTV, für Rheinland-Pfalz ***Uwe Klemens,*** 45, HBV, für Baden-Württemberg ***Sybille Stamm,*** 55, IG Medien, für Bayern ***Josef Falbisoner,*** 51, DPG, für Berlin/Brandenburg ***Susanne Stumpenhusen,*** 46, ÖTV, für Sachsen-Anhalt ***Jürgen Schenk,*** 49, DAG, für Sachsen ***Wolfgang Anschütz,*** 48, ÖTV, und für Thüringen ***Claudia Rühlemann,*** 39, ÖTV.

14 TAGE

14.-16.4. Ostermärsche für Frieden und Abrüstung

23.4. DGB Berlin-Brandenburg, „Mitbestimmt gewinnen alle!", Podiumsdiskussion mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, Berlin

24.4. NGG, Demonstration „Safe Feed – Safe Food – Safe Meals – Safe Jobs", Luxemburg

24.4-19.5. Gründung der 13 ver.di-Landesbezirke

24.-26.4. ÖTV, Fachtagung „Politische Steuerung in gemischtwirtschaftlichen kommunalen Strukturen", Stuttgart

25.4. Öffentliche Anhörung des Europäischen Parlaments zur EU-Richtlinie für Euro-Betriebsräte, Brüssel

27.-29.4. IG Medien, Internationaler KünstlerInnen-Kongress „Profession Artists", Frankfurt/M.

1.5. Zentrale Mai-Kundgebung des DGB, Rostock;
Job Parade, DGB Nord, Schwerin;
Job Parade, DGB NRW, Dortmund

1.5. Eröffnung der Ruhrfestspiele 2001, Recklinghausen

Tipp

Buch: ***Dietmar Besgen u. a., Aushilfslöhne 2001. Aushilfen, Teilzeitbeschäftigte, 630-DM-Jobs, nebenberufliche Tätigkeiten, Stollfuß Verlag, Bonn 2001, 208 Seiten, 44,80 Mark***

Der in 21. Auflage erschienene Ratgeber „Aushilfslöhne" ermöglicht einen schnellen Überblick über die arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen geringfügiger Beschäftigung. Der Praxisbezug des Buches wird durch zahlreiche Fallbeispiele, Musterverträge und Modellrechnungen hergestellt. Ein ausführliches Sachregister erleichtert die Orientierung in dem nicht nur für Arbeitgeber und Personalabteilungen interessanten Handbuch.

Schlusspunkt

„Damit du es nicht aus der Zeitung erfährst, will ich dir nur sagen: Mach's gut."

Norbert Blüm laut Berliner Zeitung vom 4. April am Telefon zu Jürgen Rüttgers über seinen geplanten Rückzug aus der Politik.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 30.04.2001
8/01

DGB

Solidarpakt II

DGB Ost fordert mehr Aufbauhilfe

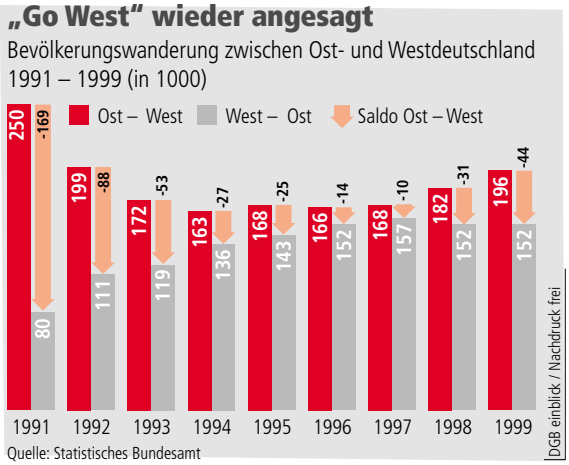
Die fünf DGB-Vorsitzenden in den neuen Bundesländern legen sich für den Aufbau Ost ins Zeug. Der Solidarpakt II ab 2005 müsse zumindest das Niveau der bisherigen Transferleistungen haben, fordern sie. Am 7. Mai treffen sich die DGB-Landesvorsitzenden mit dem Ostbeauftragten der Bundesregierung, Rolf Schwanitz.

Es sei „ein verheerender innenpolitischer Fehler", zu glauben, der Aufbau Ost sei abgeschlossen, erklärt der DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz. Er unterstützt die umstrittene These von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) – „Ostdeutschland steht auf der Kippe" – und plädiert für eine „illusionslose Bestandsaufnahme": Das Wirtschaftswachstum im Osten liege nach wie vor unter dem Westdeutschlands, die kommunale Steuerkraft betrage lediglich ein Drittel des Westvolumens, die privaten Haushalte verfügten nur über zwei Drittel der Westeinkommen.

Fünf Forschungsinstitute haben vor einem Jahr im Auftrag der ostdeutschen Ministerpräsidenten für die Zeit ab 2005 einen Investitionsbedarf in die Infrastruktur der neuen Länder von bis zu 300 Milliarden Mark ermittelt. Ihre Gutachten hält Peter Deutschland, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Nord, für „eine korrekte Beschreibung der Situation". Dennoch rechnet er nicht damit, dass Bund und Länder die Aufbauhilfe Ost ab 2005 erhöhen: „Ich gehe nicht davon aus, dass es zusätzliche Mittel gibt."

Das sieht auch der sächsische DGB-Chef Hanjo Lucassen so. Er hält aber eine andere Verteilung der Mittel für möglich und sinnvoll: Das Geld solle nicht über die gesamte Laufzeit des neuen Solidarpakts gleichmäßig fließen, sondern anfangs besonders kräftig sprudeln. Ein solcher Kraftakt brächte neuen Schwung in den Aufbau Ost. Außerdem sollten konkrete Zielvorstellungen für die Aufholjagd Ost–West entwickelt werden, „dann lässt sich auch besser über den Abbau von Fördermitteln diskutieren".

Der DGB-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, Jürgen Weißbach, hält nicht nur die Fortsetzung der Aufbauhilfe Ost für „dringend nötig", sondern auch zusätzliche Mittel in Höhe von zwei Milliarden Mark in den nächsten drei Jahren. Dass nicht einmal das bisherige Niveau gehalten wird, befürchtet hingegen der thüringische DGB-Chef Frank Spieth: „Ich rechne damit, dass es ab 2005 weniger gibt als bisher" – auf Grund der Sparpolitik des Bundes und der Bemühungen der reichen West-Länder, ihre Hilfen zu drosseln. Spieth hält deshalb nach wie vor die Wiedereinführung der Vermögensteuer für erforderlich: „Ich sehe keine Alternative." •



Die Zahl der Menschen, die von Ost- nach Westdeutschland abwandern, steigt seit 1998 wieder – die der Zuwanderer aus dem Westen stagniert. Deshalb vergrößert sich der Wanderungssaldo zu Lasten der neuen Bundesländer.

plusminusBERLIN

+ ***Für den CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber sind Tariftreueerklärungen Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Bauaufträge. Das sichere ArbeitnehmerInnen den „sozial angemessenen Lohn", so Stoiber in der IG BAU-Zeitschrift „Der Grundstein". Bayern hat einen entsprechenden Gesetzesantrag in den Bundesrat eingebracht.***

– ***Der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) will nur einen Teil der geplanten Kindergelderhöhung auszahlen und den Rest für den Kauf von Schulcomputern nutzen. Bis zu einem Drittel der Erhöhung könne in einen entsprechenden Fonds fließen. Dies werde die „Hinwendung der Schüler zu neuen Technologien beleben".***

inhalt

Seite 3

Startklar

Sobald die rot-grüne Rentenreform beschlossen ist, tritt die tarifliche Zusatz-Rente der IG BAU in Kraft

Seite 5

ver.di kommt wieder auf die Tagesordnung

In Lübeck will sich die GEW als Bildungsgewerkschaft positionieren. Für die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange ist die Dienstleistungsgewerkschaft damit nicht für immer vom Tisch

Seite 7

Jenseits der Appelle

Die Imagekampagne der Bundesregierung mit dem Papi-Kameraden verdeckt, dass die Politik ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.oekoline.net

Fachinformationsdienst für betrieblichen Umweltschutz

Im Faxabruf

0211 / 43 01 662

Modernisierung durch Investionsoffensive Memorandum 2001 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Auszüge)

POLITIK AKTUELL

Kindertageseinrichtungen

46 Milliarden Mark nötig

Der von der Bundesregierung geplante flächendeckende Ausbau von Kindertageseinrichtungen kostet 46 Milliarden Mark. 23 Milliarden davon entfallen auf einmalige Investitionen. Das geht aus einem Positionspapier des Deutschen Städtetages hervor, das die *Leipziger Volkszeitung* veröffentlicht hat. Nach Berechnung des Städtetages geben die Kommunen bereits heute pro Jahr 51 Milliarden Mark für soziale Leistungen aus. Ein Ausbau der Kinderbetreuung sei ohne dauerhafte Beteiligung von Bund und Ländern nicht finanzierbar. •

IW-Studie

Arbeitgeber-Lob für Betriebsräte

Betriebsrat und Betriebsleitung regeln ihre Konflikte in 98 Prozent der Fälle im gemeinsamen Gespräch. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Umfrage des arbeitgebereigenen Institutes der deutschen Wirtschaft (IW) bei Betriebsräten, Unternehmern und Managern. Nur in zwei Prozent der Fälle werden Meinungsverschiedenheiten durch Einigungsstellen oder Gerichtsverfahren beigelegt. Grundlagen einer effizienten Zusammenarbeit seien Integrität, Glaubwürdigkeit und Vertrauen zwischen den Betriebsparteien. „Weit gehende Informationen und frühzeitige Einbeziehung des Betriebsrates vermeiden Konflikte", so die Studie. •

Montanmitbestimmung

50 Jahre paritätisch

Mit einem Festakt erinnern DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 21. Mai in Essen an die Verabschiedung des Gesetzes zur Montanmitbestimmung durch den Bundestag vor 50 Jahren. Vorausgegangen war dem am 10. April 1951 beschlossenen Gesetz, das die paritätische Mitbestimmung in den Großunternehmen im Bergbau sowie in der Eisen- und Stahlindustrie sichert, eine heftige Auseinandersetzung zwischen der damaligen Bundesregierung und den Industriegewerkschaften Metall und Bergbau sowie dem DGB. Hauptredner bei der Veranstaltung in Essen ist Bundespräsident Johannes Rau. •

Gutachten zum Nahverkehr

Kommunen sollen selbst entscheiden

Städte und Gemeinden müssen selbst entscheiden können, wann und wohin bei ihnen Busse und Straßenbahnen fahren. Das schließt das Recht ein, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) selbst zu erbringen, statt ihn über Ausschreibungen an Dritte zu übertragen. Das ist die Kernaussage eines Gutachtens zur Zukunft des ÖPNV, das ver.di Mitte April den deutschen EU-Abgeordneten in dem seit längerem schwelenden Streit zwischen deutschen Städten und der EU über den Nahverkehr vorgelegt hat. Während die EU aus Wettbewerbsgründen sämtliche Nahverkehrsleistungen künftig ausschreiben will, sehen die Kommunen die Existenz ihrer Verkehrsbetriebe gefährdet. Ein stärkerer Wettbewerb sei zwar im Interesse eines kundenorientierten Nahverkehrs sinnvoll, so das ver.di-Gutachten, die von der EU geplante Verordnung zum Nahverkehr greife aber in unzulässiger Weise in die Daseinsvorsorge der Kommunen ein. •

Einwanderung

Punktesystem und Startpaket

Zur Steuerung der Einwanderung hat der DGB ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild vorgeschlagen. Nach diesem System erhalten Einwanderungswillige für die Erfüllung bestimmter Kriterien wie Schul- und Berufsbildung oder Kenntnisse der jeweiligen Landessprache entsprechend hohe Bewertungen. Dabei lehnt der DGB allerdings ausdrücklich ein Punktesystem ab, das sich nur auf Anforderungen einzelner Arbeitsplätze bezieht. Die Bewertung müsse für die Einwanderer transparent und nachvollziehbar sein. Außerdem soll allen Einwanderern ein Startpaket angeboten werden, das individuelle Beratung, sozialpädagogische Betreuung sowie Deutschkurse mit Informationen über das deutsche Gesellschafts- und Wirtschaftssystem enthält. Die Kosten sollen von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragen werden. •

wiewardiewoche?

Dr. Wolfgang Nicht, 56, Referent des DGB Sachsen, war fünf Tage lang mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen aus Polen und Tschechien auf Spurensuche.

Begonnen hat die vom DGB Sachsen und vom Internationalen Bund für Sozialarbeit (IB) organisierte Spurensuche jenseits der Grenze in Zgorzelec/Görlitz. Dort habe ich sieben ehemalige ZwangsarbeiterInnen aus Polen abgeholt, später sind zu uns auch drei Zwangsarbeiter aus Tschechien gestoßen. Gemeinsam haben wir in den nächsten Tagen die Orte aufgesucht, in denen die Polen und Tschechen in der Zeit des Nationalsozialismus zur Zwangsarbeit gezwungen waren.

Begonnen hat unsere Spurensuche in Dresden. Dort war in einem der Hauptgebäude der Technischen Universität nicht nur das Amtsgericht untergebracht, sondern auch die Hinrichtungsstätte, in der ein großer Teil der von den Nazis in Zivilprozessen zum Tode verurteilten Menschen aus dem „Sudetengau", dem heutigen Nordböhmen, und aus Polen exekutiert wurde. Aber wir waren auch in Leipzig und in kleinen Orten im Vogtland. Dort haben wir nicht nur die früheren Arbeitsorte der Zwangsarbeiter aufgesucht, sondern Menschen wieder getroffen. Zum Beispiel jene Frau aus dem Vogtland, die 1945 als Lehrling dem damaligen Zwangsarbeiter Karel Horak das Überleben erleichtert hat, als er in einer Textilfabrik im sächsischen Falkenstein Rüstungsgüter für die Wehrmacht herstellen musste. Und wir haben Jugendliche getroffen, die mit Courage e. V. zeigen, wie sich heute junge Deutsche gegen Neonazis wehren können.

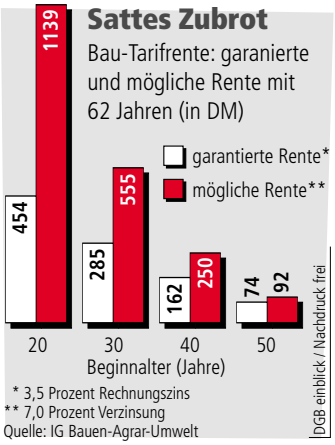
Dass sich der DGB Sachsen für die ehemaligen Zwangsarbeiter einsetzt, ist kein Zufall. Begonnen hat diese Arbeit bereits im Mai 1995, 50 Jahre nach der Befreiung der Deutschen vom Nationalsozialismus. Das damals vom DGB beschlossene „Dresdener Manifest" ist das erste Dokument, in dem eine große Organisation öffentlich eine Entschädigung der Zwangsarbeiter fordert. Drei der vier ehemaligen Zwangsarbeiter aus Tschechien, zu denen ich seither einen besonders intensiven Kontakt habe, sind inzwischen verstorben. Das zeigt, wie dringend die Frage der Entschädigung ist.

Bau-Tarifrente

Warten auf den Bundesrat

Die Unionsblockade der rot-grünen Rentenreform im Bundesrat kostet die Bau-Beschäftigten bares Geld. Die unterschriftsreife tarifliche Zusatz-Rente, von der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit den Bau-Arbeitgebern längst ausgehandelt, tritt erst in Kraft, sobald Riesters Rentenreform in Berlin beschlossene Sache ist.

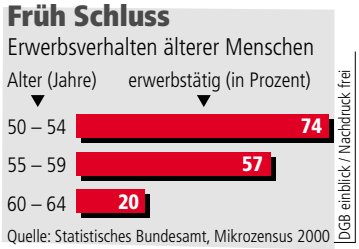
Die Zusatzrente der IG BAU ist die erste und bislang einzige Tarifrente, die gezielt mit Blick auf die geplante und vom DGB anfangs heftig bekämpfte Rentenreform konzipiert worden ist. Sie soll die Absenkung der gesetzlichen Rente ausgleichen, spekuliert auf die staatliche Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge – und war deshalb gewerkschaftsintern lange umstritten. IG BAU-Vize Ernst-Ludwig Laux: „Uns wurde vorgeworfen, wir höhlten mit unserem tariflichen Ansatz das gesetzliche Rentensystem aus, ermunterten damit die Bundesregierung zu weiteren massiven Einschnitten ins Rentensystem."



Einem 20-jährigen Bauarbeiter beispielsweise garantiert die Bau-Sozialkasse später eine Rente von monatlich 454 DM. Das entspricht einem Rechnungszins von 3,5 Prozent. Weil die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes in den vergangenen zehn Jahren tatsächlich aber eine Rendite von rund sieben Prozent erzielt hat, sind auch 1139 Mark Rente möglich.

Inzwischen ist die Preisgabe der bislang ausschließlich paritätisch finanzierten Rente greifbare Realität, die Union wird ihren Widerstand gegen das so genannte Altersvermögensgesetz, den zustimmungspflichtigen Teil der Rentenreform, im Bundesrat wohl aufgeben. Banken und Versicherungen machen ihr Druck. Es winkt ein äußerst lukratives Geschäft. Denn die Bundesregierung will die private Altersvorsorge mit rund 20 Milliarden Mark ab 2008 jährlich fördern.

Die politische Entwicklung hat der IG BAU also Recht gegeben. Sie steht jetzt glänzend da. Und ist auf ihren Erfolg mächtig stolz. IG BAU-Sprecher Michael Knoche: „Während andere Gewerkschaften noch öffentlich nachdenken, ob sie mit Tarifverträgen, Versorgungswerken oder gar Pensionsfonds die Altersvorsorge begünstigen wollen, haben wir bereits einen Tarifvertrag über die Einführung der tariflichen Zusatz-Rente abgeschlossen."



Junge Alte: Nur jeder Fünfte in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen ist noch erwerbstätig. Nicht zuletzt aus gesundheitlichen Gründen scheiden viele vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze aus dem Berufsleben aus, vor allem im Baugewerbe.

Im Kern sieht die Tarifrente vor, dass die 740 000 westdeutschen Baubeschäftigten monatlich 78 Mark, die 300 000 ostdeutschen Baubeschäftigten monatlich 26 Mark für ihre Altersvorsorge ansparen können. Die Arbeitgeber zahlen davon 60 bzw. 20 Mark. Die 22 Prozent Pauschalsteuer teilen sich beide Seiten.

Was die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes, kurz Sozialkasse oder Soka-Bau genannt, aus diesen Beträgen macht, ist erstaunlich (siehe Grafik „Sattes Zubrot"). So kann ein westdeutscher Bauarbeiter, der sich für den Standardtarif 1 – eines der fünf Versicherungsprodukte der Soka-Bau – entscheidet, nach 42 Versicherungsjahren derzeit mit 1139 Mark Rente rechnen. Die Rendite von rund sieben Prozent in den vergangenen zehn Jahren macht's möglich. Soka-Bau bietet damit „mehr als die meisten Lebensversicherungen", lobt das *Handelsblatt*. Der Grund ist einfach: Soka-Bau zahlt an ihre – angestellten – Berater keine Abschlussprovisionen und an ihre Eigentümer, die Tarifparteien des Baugewerbes, keine Dividende. Alles bleibt im Topf und kommt den Versicherten zugute. Und weil Soka-Bau eine paritätisch besetzte Pensionskasse ist, hat die IG BAU zudem direkten Einfluss auf ihre Geschäftspolitik. Nicht zu ihrem Nachteil: 1957 gegründet, ist die Bau-Kasse inzwischen die drittgrößte Pensionskasse im Land – mit einem Vermögen von sechs Milliarden Mark.

Weil die tarifliche Zusatz-Rente der IG BAU den riesterschen Förderkriterien entspricht, können die Versicherungsbeitrage brutto für netto eingezahlt werden. Zudem ist sie äußerst flexibel handhabbar: Die Beschäftigten können die Höhe ihrer Altersvorsorge und deren Aufteilung auf Rentenleistungen, Invaliditätsschutz und Hinterbliebenenversorgung individuell ihren persönlichen Bedürfnissen anpassen.

Die IG BAU verknüpft ihre Tarifrente übrigens mit einer pfiffigen Idee: Sie strebt nicht deren Allgemeinverbindlichkeit an, Anspruch auf die Tarifrente sollen ausschließlich IG BAU-Mitglieder haben – ein zugkräftiges Werbe-Argument. •

Doppelt rückständig

In Sachen betriebliche Altersvorsorge ist Deutschland im europäischen Vergleich doppelt rückständig: bezogen auf die Zahl der begünstigten Beschäftigten und bezogen auf das Leistungsvolumen der Betriebsrente.

„Während bei uns nur rund ein Viertel der Beschäftigten erfasst wird, liegt die Größenordnung in mehreren Nachbarländern bei 90 Prozent und mehr. Während bei uns kümmerliche fünf Prozent eines Arbeitnehmer-Alterseinkommens aus betrieblichen Quellen kommen, haben mehrere europäische Nachbarländer Anteile von einem Fünftel und mehr erreicht."

So Prof. Dr. Diether Döring, Autor einer aktuellen Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die voraussichtlich im Herbst bei Suhrkamp erscheint – unter dem Titel „Zukunft der Alterssicherung". Döring ist Leiter der gewerkschaftlichen Akademie der Arbeit (AdA) in Frankfurt/M. und geistiger Vater der Bau-Tarifrente.

Im Internet
www.boeckler-boxen.de
Mehr Infos zur Alterssicherung
www.soka-bau.de
Mehr Infos zur Bau-Tarifrente

Im Faxabruf
0211 / 43 01 672
Rentenreform – die wichtigsten Neuregelungen

PROJEKTE UND PARTNER

Sozialforschungsstelle Dortmund

Mobbing-Opfer gesucht

Mobbing ist weit mehr als der übliche „Büroklatsch". Mobbing ist massiver Psychoterror am Arbeitsplatz, den meist kleinere Gruppen von Beschäftigten gegen Einzelne ausüben. Über eine Million Menschen sind täglich davon betroffen – mehrere Milliarden Mark büßen die Unternehmen jährlich ein. Jetzt soll das Phänomen Mobbing erstmals bundesweit untersucht werden: Im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz sucht die Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) Personen, die von Mobbing betroffen sind und bereit sind, sich per Fragebogen an einer Studie zu beteiligen. Ziel ist die Entwicklung von Handlungsrezepten, mit denen sich Betroffene besser gegen Mobbing schützen können. •

Sozialforschungsstelle Dortmund
Evinger Platz 17
44339 Dortmund
Tel.: 0321 / 85 96 244
www.sfs-dortmund.de

Arbeitslosengruppen

Aktionstag im Juni

„Arbeitslose sind faul. Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit." Solchen, kürzlich selbst vom Bundeskanzler geförderten Vorurteilen gegen Erwerbslose will der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit mit einem bundesweiten Aktionstag am 7. Juni entgegentreten. Unter dem Motto „Arbeitslose fördern statt verurteilen!" wollen Betroffene mit Infoständen und Postkartenaktionen auf ihre Situation hinweisen. Musterflugblätter, Postkarten und Ideen für Straßenaktionen hat die Bielefelder Koordinierungsstelle. •

Tel.: 0521 / 9 67 84 0
www.erwerbslos.de

Bildungsurlaub

Fairer Handel mit Mode?

„Vom Baumwollfeld zur Altkleiderkiste" – unter diesem Motto beschäftigt sich ein Bildungsurlaubsseminar des DGB-Bildungswerks in Hattingen mit den Produktions- und Vertriebsbedingungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Vom 24. bis 29. Juni nehmen die TeilnehmerInnen sowohl die Frage der Entstehung und Entsorgung von Kleidung als auch die Begriffe „Trend" und „Mode" genauer unter die Lupe. Die Teilnahme kostet 190 Mark. •

Tel.: 0 23 24 / 5 08 104
manfred.kubik@dgb-bildungswerk.de

ver.di-KBV

Handbuch zum Arbeitsschutz

Viele Beschäftigte im privaten Dienstleistungssektor leiden unter hoher Arbeitsbelastung, einem prekären Beschäftigungsverhältnis und schlechten Arbeitsbedingungen. Der 500 Seiten starke Materialordner zum „Arbeits- und Gesundheitsschutz im privaten Dienstleistungsbereich" der ver.di-KBV hilft Betriebsräten, eine menschengerechte Arbeitsplatzgestaltung durchzusetzen. Der Reader enthält neben Grundlageninformationen auch etliche Checklisten, Arbeitshilfen und Empfehlungen für die betriebliche Praxis. Preis: 60 Mark. •

Gemeinnützige ver.di-KBV mbh
Kanzlerstr. 8, 40472 Düsseldorf

DGB-Bildungswerk

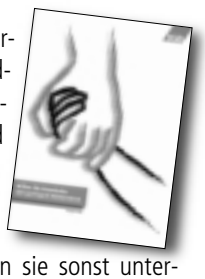
Umweltschutz im Betrieb

Durch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und die neue Öko-Audit-Verordnung der EU haben Betriebsräte künftig mehr Beteiligungsmöglichkeiten beim betrieblichen Umweltschutz. Über die dabei zu beachtenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen informiert das Seminar „Orientierungshilfe im grünen Paragraphendschungel: Umweltrecht im Betrieb". Das Betriebsräteseminar vom 20. bis 23. Mai in Niederpöcking wird vom DGB-Bildungswerk organisiert. Die Kosten betragen 950 Mark zzgl. Unterkunft. •

Tel.: 0211 / 43 01 329
Fax: 0211 / 43 01 500

DGB-Ratgeber

Niedrige Einkommen



ArbeitnehmerInnen mit niedrigem Erwerbseinkommen und Arbeitslose haben Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe, wenn sie sonst unterhalb des Existenzminimums leben würden. Welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen und wie sich die staatliche Unterstützung errechnet, zeigt die DGB-Broschüre „Hilfe für Haushalte mit geringem Einkommen". Einzelexemplare der aktualisierten Neuauflage gibt es kostenlos bei allen DGB-Kreisen. Größere Stückzahlen liefert gegen eine auflagenabhängige Kostenbeteiligung zwischen 70 Pfennig und einer Mark je Exemplar die Firma toennes satz + druck. •

Fax: 0211 / 9 20 08 38

ver.di-Fachtagung

Arbeiten fürs Internet

Was wird in Online-Redaktionen verdient? Brauchen Internet-Journalisten Tarifverträge? Diese Fragen will die ver.di-Fachgruppe Journalismus am 30. Juni in Karlsruhe diskutieren. Die Tagung unter dem Motto „Die Onliner – zwischen Lust und Frust, ein Tag ohne Bits und Bytes" richtet sich an Internet-JournalistInnen. •

manfred.hantke@cityinfonetz.de

DGB-Bildungswerk

Basiswissen EDV

Bis Ende des Jahres veranstaltet das DGB-Bildungswerk Hessen fünf Anfänger-Seminare zum Thema Anwenderprogramme und Internet. Die Lehrgänge zur beruflichen Qualifizierung vermitteln auch Grundkenntnisse in Excel, in Ergonomie und Gesundheitsschutz bei der Bildschirmarbeit. •

Tel.: 069 / 27 30 05 61
Fax: 069 / 27 30 05 66
bildungswerk@hessen.dgb.de

interregio

••• Der ***DGB-Landesbezirk Nord*** veranstaltet im Rahmen seines DGB-Forums eine ***Tagung*** zum Risikostrukturausgleich im Krankenversicherungsbereich. Unter den DiskussionsteilnehmerInnen am 5. Mai in Kiel ist auch DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Mehr Infos: Andreas Hering, Tel. 040 / 28 58 243.

••• Klaus Hoffmann und die Rockgruppe Jan Fedder und Big Balls gehören zu den Highligths beim ***„Fest für Menschlichkeit"*** am 12. Mai, das der ***DGB Hamburg*** gemeinsam mit dem „Hamburger Ratschlag für Toleranz – gegen Rechtsextremismus und Gewalt" organisiert. Mehr Infos: Heinrich J. Schümann, Tel. 040 / 28 58 246; www.hamburger-ratschlag.de

GEW-Gewerkschaftstag

ver.di kommt wieder auf die Tagesordnung

Seit dem Ausstieg aus dem ver.di-Prozess versucht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sich als eigenständige Bildungsgewerkschaft zu positionieren. Für die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange bleibt ver.di trotz positiver Reformbilanz künftig auf der Tagesordnung.

Foto: Inge Werth

Dr. Eva-Maria Stange, 43, kandidiert auf dem Gewerkschaftstag am 5. – 9. Mai in Lübeck erneut für den GEW-Vorsitz.

Zwei Drittel aller GEW-Mitglieder sind LehrerInnen. Wie groß sind die Chancen, auch außerhalb der Schule Mitglieder zu gewinnen?

■ *Die GEW war nie eine reine Lehrergewerkschaft, auch wenn das in den Medien und im DGB lange so wahrgenommen wurde. Seit 1990 haben sich mit dem Zusammenschluss von Ost- und West-GEW die Gewichte zudem weiter verschoben. Heute sind bereits 30 Prozent unserer Mitglieder außerhalb der Schule beschäftigt, 40 Prozent sind Angestellte, nicht Beamte. Deshalb war es konsequent, dass wir nach unserem Ausstieg aus ver.di auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag Anfang 1999 beschlossen haben, das Profil der GEW als Gewerkschaft für die Beschäftigten in allen Bildungsbereichen zu schärfen.*

Bislang ist der Organisationsgrad außerhalb der Schule gering. Von den 600 000 Beschäftigten im Bereich Jugendhilfe/Sozialarbeit hat die GEW gerade einmal 35 000 organisiert. Im Weiterbildungs- und Hochschulsektor sind es 25 000.

■ *Das ist zu wenig. Aber in diesem Punkt unterscheiden wir uns kaum von anderen Gewerkschaften, auch nicht von ver.di. Deshalb habe ich auch keine Sorge, dass es hier Konkurrenz um Mitglieder zwischen ver.di und der GEW gibt. Viel wichtiger ist es, die Beschäftigten überhaupt für die Gewerkschaft zu interessieren. Wenn wir in den Bildungseinrichtungen etwas erreichen wollen, muss der Organisationsgrad – wie in jedem anderen Betrieb – stimmen.*

Dennoch könnte ver.di zu einer Konkurrenz werden. Immerhin hat die neue Gewerkschaft ganz andere Ressourcen zur Verfügung.

■ *Ich wünsche mir, dass ver.di eher Kooperationspartner ist. Wir haben dazu auch ein Angebot unterbreitet. Und wir bieten etwas, was andere nicht haben. Wir bieten den Beschäftigten im Bildungssektor eine starke Berufsorientierung, mit professionellen Fachveranstaltungen und gezielten Beratungsangeboten. Wir stellen eine Verbindung zwischen den Bildungssektoren her, zum Beispiel zwischen Kindertagesstätten und Schulen oder zwischen dem Weiterbildungsbereich und der Hochschule.*

Ist auch eine weitergehende Zusammenarbeit vorstellbar?

■ *Nach der Auseinandersetzung, die es dazu in der GEW gegeben hat, ist das derzeit nicht denkbar. Aber was die Zukunft bringt, hängt auch davon ab, wie sich die Kooperation gestaltet.*

Die GEW hat 13 Pilotprojekte gestartet, um Mitglieder außerhalb der Schule zu gewinnen. Was ist das Ziel?

■ *Wir wollen mit Hilfe der Pilotprojekte neue Organisationsstrukturen entwickeln. Die GEW ist föderal aufgebaut. Die 16 Landesverbände haben eigene Personal- und Finanzhoheit. Das führt dazu, dass wir das Rad manchmal 16-mal neu erfinden. Wir wollen die föderalen Grenzen ein Stück weit aufweichen. Wir brauchen mehr Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden, damit wir die Ressourcen freibekommen, um neue Mitglieder außerhalb der Schule zu gewinnen.*

Ein Pilotprojekt beschäftigt sich zum Beispiel mit den ErzieherInnen an den Fachschulen. Das ist ein Bereich, in dem die GEW nur sehr sporadisch präsent ist. In dem Projekt versuchen drei Landesverbände gemeinsam, ihre Mitgliederbetreuung zu intensivieren und so junge KollegInnen, die sich auf den Beruf vorbereiten, für die GEW zu interessieren.

In den nächsten zehn Jahren erreicht ein Viertel der GEW-Mitglieder das Rentenalter. Reicht das Reformtempo?

■ *Für mich ist nicht das Tempo entscheidend, sondern die Frage, ob wir ernsthaft an den Reformen arbeiten. Deshalb sind mir diejenigen, die aktiv bei den Reformen mitmachen, aber auch die Kritiker lieber als diejenigen, die alles so lassen wollen, wie es ist.*

Die GEW wird sich in den nächsten Jahren stark verändern. Neben der Organisations- und Finanzstruktur steht auch das Bildungskonzept auf dem Prüfstand. Wenn die Runderneuerung scheitert, steht ver.di dann erneut auf der Tagesordnung?

■ *Ich glaube nicht, dass die Modernisierung scheitert. Aber auch dann wird ver.di noch einmal auf die Tagesordnung kommen. Weil die Strukturen, wie sie im Moment im DGB bestehen, nicht das letzte Wort sind. Ich glaube nicht, dass die Ziehung von Organisationsgrenzen, so wie wir sie heute haben, zukunftsfähig ist. Aber das ist keine Bedrohung. Wenn es für die Fähigkeit, ArbeitnehmerInnen zu organisieren, insgesamt günstiger ist, müssen sich die Gewerkschaften aus ihrem historischen Korsett befreien. Aber das ist ein Blick in die Zukunft, kein Thema für unseren jetzigen Gewerkschaftstag.* ●

„Wir bilden die Zukunft"

Unter diesem Slogan hat die GEW im September vergangenen Jahres eine viel beachtete Image-Kampagne gestartet. Gezeigt werden in den Anzeigenmotiven nicht nur heruntergewirtschaftete Schulgebäude und mit sich selbst allein gelassener Jugendliche, sondern auch bildungshungrige SeniorInnen. Es lohnt sich, in Bildung zu investieren, lautet die Kernbotschaft der Kampagne. Aber dazu müssen die Rahmenbedingungen stimmen, weil die Qualität von Bildung leidet, wenn die Schulgebäude nicht in Ordnung oder Unihörsäle überfüllt sind.

Mit der Kampagne unterstreicht die GEW ihre Kompetenz als Bildungsgewerkschaft. Ihr Ziel: Die GEW will sich als Interessenvertretung für die Beschäftigten in allen Bildungssektoren präsentieren. Dazu soll nicht nur der Anteil der Mitglieder außerhalb des Schulbereichs erhöht, sondern auch das 20 Jahre alte Bildungskonzept der GEW modernisiert werden.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 686
Interview mit Eva-Maria Stange (Langfassung)

kurz&bündig

Die Gewerkschaft TRANSNET fordert einen einheitlichen Lokführerschein für das Schienennetz. Bisher sei die Ausbildung nur unverbindlich geregelt. Die Bundesregierung müsse eine Rechtsverordnung erlassen, damit nach der Öffnung des Schienennetzes für alle Eisenbahnunternehmen gleiche Anforderungen gelten.

Die Deutsche Journalisten-Union (dju) feiert in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen. Der am 1. April 1951 in der IG Druck und Papier gegründete Verband ist inzwischen Mitglied im Fachbereich 8 von ver.di. Zum Festakt am 11. Mai in Köln werden Justizministerin Herta Däubler-Gmelin und der IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche erwartet.

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg hat eine Ausweitung des Überholverbotes für Lkw auf Autobahnen gefordert. Lastkraftwagen verursachten immer häufiger „immense Staus". Selbst ein generelles Überholverbot müsse geprüft werden.

Die NGG hat einen mit 10 000 Mark dotierten Journalistenpreis ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden Beiträge zum „Strukturwandel in der Agrarwirtschaft und der Lebensmittelindustrie", die nach dem 1. November 2000 im Fernsehen, Rundfunk oder in Print-Medien erschienen sind. Bewerbungsschluss ist der 14. September.

DGB-Broschüre

Mit Mobbing Betriebsräte verhindern

Obwohl die Zahl der Unternehmen wuchs, gibt es seit Mitte der 80er Jahre immer weniger Betriebsräte. Gerade mal 35 Prozent aller Beschäftigten werden zurzeit noch durch einen Betriebsrat vertreten. Die DGB-Broschüre „Das wäre ja noch schöner – Wenn der Herr im Hause keinen Betriebsrat zulässt" stellt anhand zahlreicher Beispiele dar, wie manche Arbeitgeber gegen Betriebsratswahlen vorgehen. Dabei reicht das Arsenal an Tricks von Mobbing, Einschüchterung und Hinhalten engagierter MitarbeiterInnen und GewerkschafterInnen bis zu juristischen Schritten und direktem Rechtsbruch. „Noch immer scheuen viele Unternehmer die Wahl eines Betriebsrates wie der Teufel das Weihwasser", so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) soll die Wahl von Betriebsräten erleichtert werden. Dazu sieht der Gesetzentwurf für Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten ein vereinfachtes Wahlverfahren vor. Der DGB fordert, dieses Verfahren auf Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten auszuweiten. Bekräftigt werden soll diese Forderung auch bei einer „alternativen öffentlichen Anhörung" zur BetrVG-Reform am 14. Mai von 14 bis 16 Uhr am Brandenburger Tor in Berlin – parallel zur offiziellen Anhörung im Bundestag. Die Broschüre kostet 2 Mark plus Versandkosten. •

Bestellungen:
toennes satz+druck gmbh
Niermannsweg 3-5
40699 Erkrath
Fax: 0211 / 9 20 08 38
lehmann@toennes-gruppe.de

Reform der Betriebsverfassung

Mehr Rechte für Azubis

Mit E-Mails, Postkarten und Aktionen vor Ort macht die DGB-Jugend auf ihre Forderungen zur Reform der Betriebsverfassung aufmerksam. Mit der Reform werden auch die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) gestärkt, der Gesetzesentwurf berücksichtigt aber wesentliche Forderungen der Gewerkschaftsjugend nicht. Insbesondere vermisst die DGB-Jugend Mitbestimmungsrechte für Auszubildende in außer- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Derzeit absolvieren mehr als 200 000 Jugendliche vor allem im Osten eine außerbetriebliche Ausbildung. Weder das geltende Betriebsverfassungsgesetz noch der Reformentwurf gesteht diesen Azubis eine Interessenvertretung zu. Am 15. Mai 2001 sollen u.a. in Hamburg, Dortmund, Frankfurt/M. und München öffentlichkeitswirksame Aktionen steigen. Per Luftballon werden die wichtigsten Forderungen auf Flugblättern nach Berlin geschickt, um ein Fachgespräch der DGB-Jugend mit PolitikerInnen am 30. Mai in Berlin in den Medien vorzubereiten.

Mit der Postkartenaktion „Ihr spinnt doch, Leute" kommentieren junge ArbeitnehmerInnen die Blockade-Haltung der Arbeitgeber. Postkarten gibt´s bei der DGB-Jugend vor Ort. Bereits seit Anfang April werden die Mitglieder im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie die Fraktionen mit E-Mails mit den wichtigsten Forderungen und der Stellungnahme der DGB-Jugend zur Reform versorgt. Die Aktion läuft noch bis Ende Juni. Adressen und den Mustertext gibt's beim Jugendsekretär vor Ort, per Mail bei jugend@bundesvorstand.dgb.de oder per Faxabruf unter 0211 / 43 01 162. •

Weitere Infos und Materialien:
www.mitbestimmung.dgb.de

?...nachgefragt

Mit modernem Outfit, neuen Inhalten, viel Service zu Ausbildung und Beruf sowie IG Metall- und ÖTV-ver.di-Sonderteilen präsentiert sich *ran*, das gewerkschaftliche Jugendmagazin, seit einem Jahr neu (*einblick* 8/00). Möglich wurde der Relaunch insbesondere durch einen Vertrag der IG Metall mit dem ran-Verlag zur Unterstützung des Projektes. Die Resonanz auf die neue *ran* ist gut – aber nicht ausreichend. Da die angestrebte Zahl neuer Abos nicht erreicht wurde, gibt es jetzt keine finanzielle Förderung durch den IG Metall-Vorstand mehr. Bedeutet dies das Aus für die *ran*? *einblick* fragte Klaus-Jürgen Eichhorst, 48, Geschäftsführer des ran-Verlags.

ran bleibt, daran arbeiten wir. Die deutschen Gewerkschaften – rund 8 Millionen Mitglieder und keine Jugendzeitschrift? Wer kann das wollen? Die ran hat immer noch viele Freunde und Unterstützer. Auf deren Solidarität bauen wir. Natürlich müssen wir vieles umstellen, kostengünstiger arbeiten und den neuen Bedingungen anpassen, aber die ran soll weiter erscheinen.

Ein kostenloses Probeheft gibt's beim ran-Verlag, Aduchtstr. 7, 50668 Köln oder unter www.ranmagazin.de

Väter-Kampagne

Jenseits gut gemeinter Appelle

Die Väter-Kampagne des Familienministeriums verdeckt, dass die rot-grüne Familienpolitik an den alten Geschlechterrollen nicht ernsthaft rüttelt. Davon ist der Journalist Thomas Gesterkamp überzeugt.

Das Herrenmagazin *Der Spiegel* lästert über den „Aufruf zum Windeldienst", die *taz* deckt die angebliche „Lüge von den neuen Vätern" auf, und *Die Welt* meint, „dass kleine Kinder ihre Mütter dringender brauchen als Väter": Die Kampagne von Familienministerin Christine Bergmann erzielte ein enormes Medienecho – bei einem Thema, das die männerbündische Politikwelt, wie einst Kanzler Schröder, gern als „sonstiges Gedönse" abtut.

Dass Männer sich heute mehr für ihre Kinder interessieren, ist keine Lüge. **Das zarte Pflänzchen einer anderen Väterlichkeit wächst aber langsam** und bedarf der sorgfältigen Pflege. Nur im postalternativen Milieu der Großstädte experimentieren Männer in nennenswerter Zahl mit ihren Rollen. Die süffisante Kritik von ungeduldigen Feministinnen und enttäuschten 68ern, die wieder und wieder den Stillstand ausrufen, ist dennoch billig. Männer sind faule Taugenichtse und abwesende Drückeberger, sie flüchten vor Kochtöpfen und Kleinkindern, sie sind schuld an der „vaterlosen Gesellschaft": Solche Schelte ist nicht nur auf feministischen Tagungen, sondern ganz ähnlich auch auf konservativen Familienkongressen zu hören. „Die Männer riechen den Braten, den sie demnächst mit vorbereiten müssen", so formulierte es vor Jahren die Rednerin einer Gewerkschaftsveranstaltung. Männer sind nach dieser Lesart ganz zufrieden mit dem Status quo, ihnen fehlt das Interesse an Veränderungen. Ihre Rolle ist vergoldet, sie sind von Geschlechts wegen privilegiert oder fühlen sich zumindest so.

Die „Frauengleichstellung" scheitert nicht nur an der gläsernen Decke im Bankenpalast, sondern auch am fehlenden privaten Engagement der (Ehe-)Männer. Viele Väter unterliegen einer gewissen Selbsttäuschung. Auf das Umdenken folgt keine Änderung im Verhalten. Nach der Geburt von Kindern wirken alte Bilder: Papa „verdient einfach mehr", die Traditionsfalle schnappt zu. **Der Anspruch, sich gemeinsam um den Nachwuchs zu kümmern, bleibt meist Illusion.** Da helfen weder Fernsehspots noch (missglückte) Anzeigenmotive. Der smarte Papa aus Pappe, der jetzt die Werbeseiten der deutschen Illustrierten füllt, scheint einem Katalog für Herrenmode entsprungen zu sein. Mit Lambswool-Pullover und sauberen Bügelfalten steht er

Thomas Gesterkamp, 43, Vater einer Tochter und Journalist in Köln, ist Koautor von „Hauptsache Arbeit? Männer zwischen Beruf und Familie" (Rowohlt 1998). Sein neues Buch über „Männer, Frauen und die Informationsgesellschaft" erscheint 2002 bei Klett-Cotta.

desorientiert in sterilen Einbauküchen oder düsteren Kinderzimmern herum. „Wäre es nicht schön, wirklich dabei zu sein?" Nein danke. Das verbreitet eher Depression als Lust auf engagierte Vaterschaft.

Das Familienministerium hatte ursprünglich mehr vor als diesen neuerlichen Appell an die Männer, sich endlich, endlich zu ändern. Nach dem Regierungswechsel 1998 hatten Publizisten, Gewerkschafter und Wissenschaftler in einem offenen Brief an Bergmann eine „neue Väterpolitik" gefordert, um Männern „Wege aus ihrer eindimensionalen Ausrichtung auf die Erwerbsarbeit" zu eröffnen. Rhetorisch ist seither viel von „Gender Mainstreaming" und „Geschlechterdemokratie" die Rede. Der uncoolen Frauenförderung verpasste man ein anderes Etikett, **die wirklich neuen Akzente aber fehlen.** Die Initiativen veränderungsbereiter Männer brauchen eigene Foren und Finanzmittel, in Forschung und Wissenschaft wie in Verbänden und Institutionen. Die laufende Kampagne sollte ursprünglich in diese Richtung zielen und praxisnahe Väterprojekte fördern. Die Unterstützer solcher Ansätze im Ministerium konnten sich nicht durchsetzen.

Gut gemeinte Sprüche wie „Verpass nicht die Rolle deines Lebens!" haben zuvor schon Bergmanns Länderkolleginnen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ausgegeben. An den patriarchalen Rahmenbedingungen aber ändert sich trotz leichter Verbesserungen bei Teilzeit und Erziehungsgeld wenig. Steuer- und Familienrecht stützen nach wie vor die alten Geschlechterrollen. Rot-Grün traut sich weder, nach skandinavischem Vorbild eine obligatorische und gut bezahlte „Vaterzeit" einzuführen, noch am Ehegattensplitting zu rütteln, dem wichtigsten Pfeiler des Hausfrauen- und Zuverdienerinnenmodells. Die Imagekampagne mit dem Papi-Kameraden verdeckt, **dass die Politik selbst ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat.** •

Staffellauf durch die Betriebe

Mit der Werbeaktion „Mehr Spielraum für Väter" möchte Familienministerin Christine Bergmann männliche Arbeitnehmer für die reformierte „Elternzeit" begeistern. Seit Januar 2001 können junge Paare auch gemeinsam in die Babypause gehen und nebenher bis zu 30 Stunden wöchentlich arbeiten. Die fünf Millionen Mark teure Kampagne umfasst Plakate, Anzeigen, Fernseh- und Hörfunkspots sowie einen Internet-Auftritt.

In den meisten deutschen Betrieben sind intensive Vater-Kind-Beziehungen nicht vorgesehen. „Wer eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen will, muss in der Arbeitswelt ansetzen", weiß Bergmann, die Wert auf die Kooperation mit der Industrie legt. In Gesprächen mit Personalleitern will sie einen „Prozess des Umdenkens" und eine höhere Akzeptanz „väterfreundlicher Arbeitszeiten" beobachtet haben.

Rund ein Dutzend Unternehmen – darunter die Telekom, Volkswagen oder BMW – sind in den nächsten Monaten Ziel eines ungewöhnlichen „Staffellaufes". Auf betrieblichen „Vatertagen" sollen männliche Beschäftigte ermuntert werden, eine Erziehungspause einzulegen oder langfristig Teilzeit zu arbeiten.

***Mehr Infos:** www.mehr-spielraum-fuer-vaeter.de*

einblick 8/01

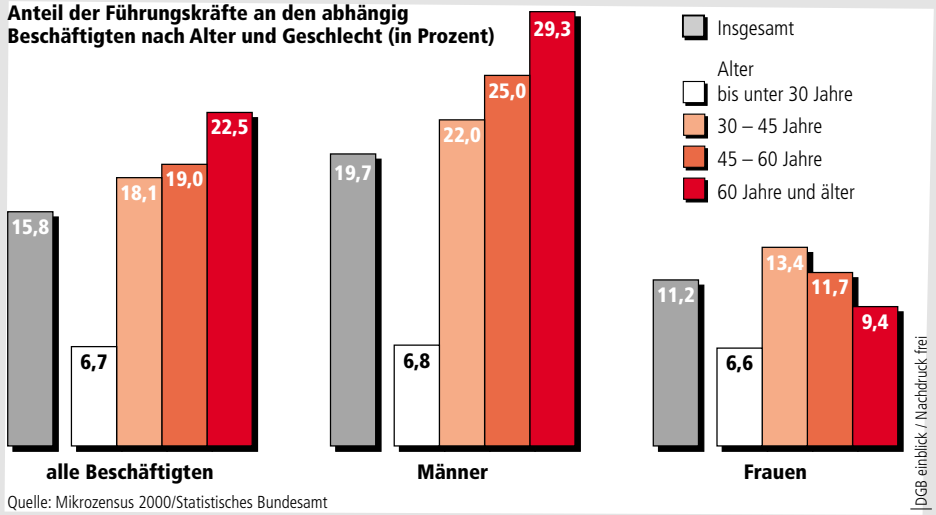
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSWELT: Männer beherrschen die Chefetagen

Führungskräfte in Deutschland sind meist Männer im „besten Alter". Das ergibt sich aus dem Mikrozensus 2000 des Statistischen Bundesamtes, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa. Knapp ein Drittel aller Führungskräfte (1,6 Mio.) ist weiblich, mehr als zwei Drittel (3,5 Mio.) sind männlich. Während nur 11,2 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen zu den Führungskräften zählen, sind es bei den Männern 19,7 Prozent, bei den über 60-Jährigen sogar 29,3 Prozent.



Quelle: Mikrozensus 2000/Statistisches Bundesamt

14 TAGE

1.5. Zentrale Mai-Kundgebung des DGB, Rostock;
Job Parade, DGB Nord, Schwerin
Job Parade, DGB NRW, Dortmund

1.5. Eröffnung der Ruhrfestspiele 2001, Recklinghausen

3.5. DGB Sachsen, Konferenz zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes mit Staatssekretär Gerd Andres und DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, Leipzig

5.-9.5. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Lübeck

7.5. Rhein-Main-Runde zur Gewerkschaftspolitik, Perspektiven des Finanzplatzes Frankfurt, Frankfurt/M.

11.5. Festakt „50 Jahre Deutsche Journalisten-Union (dju)", Köln

12.5. Verleihung des ver.di-Fernsehpreises, Leipzig

12./13.5. IG Bauen – Agrar – Umwelt, Handwerkskonferenz, Augsburg

14.5. Deutscher Bundestag, öffentliche Anhörung zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG), Berlin;
DGB Berlin-Brandenburg, „Alternative öffentliche Anhörung" zur BetrVG-Reform am Brandenburger Tor, Berlin

15.5. DGB-Jugend, dezentrale Aktionen zum Betriebsverfassungsgesetz, Hamburg, Frankfurt/M., Dortmund, München u.a.

16.5. Mitgliederversammlung von Go-ver.di, Berlin

personalien

••• ***Susanne Kolb,*** 34, freie Journalistin, ist seit dem 24. April Pressereferentin beim DGB-Bundesvorstand.

••• ***Marion Knappe,*** 34, bisher Redakteurin für die HR-Gesprächsrunde „Vorsicht! Friedman", ist ab dem 1. Mai ebenfalls Pressereferentin beim DGB-Bundesvorstand.

••• ***Dr. Michael Rediske,*** 47, seit 1. Februar Redaktionsleiter von *metall* und *direkt*, verlässt zum 31. Mai die IG Metall und wird stellvertretender Chefredakteur der Nachrichtenagentur AFP Deutschland in Berlin.

Tipp

Broschüre: *Hartmut Klein-Schneider,* ***Personalplanung – Analyse und Handlungsempfehlungen,*** *Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2001, Best.-Nr. 13047, 93 Seiten, 16 Mark*

Technischer Fortschritt und neue Unternehmensstrukturen erfordern ein anspruchsvolles Personalmanagement. Mit einer Veröffentlichung über die betrieblichen Rahmenbedingungen von Personalplanung setzt die Hans-Böckler-Stiftung ihre Reihe zu Betriebs- und Dienstvereinbarungen fort. Ein Kapitel widmet sich den Mitbestimmungsrechten und -instrumenten.

Bestellungen: Der Setzkasten Fax 0211 / 4 08 00 80

Schlusspunkt

„Für den Mauerbau hat auch die CDU-Ost gestimmt. Es ist eine überfällige Geste, wenn sie sich bei der Bevölkerung in Ostdeutschland dafür entschuldigt".

Harald Ringstorff (SPD), Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern am 24. April in einem Gespräch mit der Freien Presse Chemnitz

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.05.2001
9/01

DGB

inhalt

Seite 3
Zu kurz gesprungen
Jugendliche, die überbetrieblich ausgebildet werden, bleiben trotz Reform der Betriebsverfassung außen vor

Seite 5
Einsatz für Verfolgte
Die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international (ai) wird 40 Jahre alt

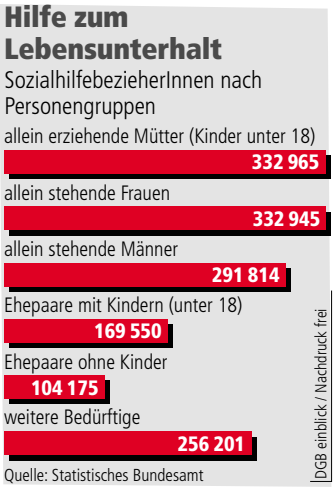
Seite 7
Sozialhilfe grundlegend reformieren
Der SPD-Armutsexperte und Gewerkschafter Konrad Gilges zieht Konsequenzen aus dem ersten Armutsbericht der Bundesregierung

Zusammenarbeit von Sozial- und Arbeitsämtern

Mozart nährt Befürchtungen

Mehrfach hat Bundesarbeitsminister Riester bereits Überlegungen präsentiert, wie künftig die Arbeit von Sozial- und Arbeitsämtern „verzahnt" werden soll. Die Initiative dazu, ursprünglich im rot-grünen Koalitionsvertrag angelegt, lässt Befürchtungen bei Betroffenen und Gewerkschaften aufkommen: BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe, so die Vermutungen, sollen in die Sozialhilfe abgedrängt werden.

„Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen" – was Bundeskanzler Schröders Rundumschlag gegen die Zeugen seines sich abzeichnenden Versagens ins Rollen brachte: Es trägt bereits Früchte. Hatte Schröder noch im vergangenen Halbjahr Erfolg oder Misserfolg seiner Regierung von der Entwicklung der Arbeitsmarktstatistik abhängig gemacht, so sollen nun offenbar kosmetische Operationen den Regierungserfolg sicherstellen. Indiz dafür: die vom Bundesarbeitsminister im April vorgestellten Modelle zur besseren Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern unter dem Namen Mozart. Zur Unzeit habe Riester die Modelle der Öffentlichkeit präsentiert, mit Ergebnissen sei in dieser Legislaturperiode gar nicht zu rechnen. CDU/CSU und Arbeitgeberverbände indes nutzten Riesters Vorpreschen, um erneut die Anpasssung der Arbeitslosenhilfe an die niedrigere Sozialhilfe zu fordern.



1,5 Millionen Haushalte bezogen Ende 1998 Sozialhilfe, 40 Prozent der Familien mit drei und mehr Kindern sind von Sozialhilfe abhängig. Außerdem massiv betroffen: allein erziehende Mütter und ausländische wie deutsche MigrantInnen. Rund 700 000 könnten von einer tatsächlich verbesserten Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern profitieren.

Riesters Idee: Im Rahmen der Modellprojekte können Arbeits- und Sozialämter die für ihre Arbeit erforderlichen personenbezogenen Daten austauschen, Sozial- und Arbeitslosenhilfe kann von einem der beiden Ämter ausgezahlt werden. So bliebe den Betroffenen die Lauferei zwischen zwei Ämtern erspart, zudem könne Leistungsmissbrauch wirksamer bekämpft werden. In der Praxis bedeutet die Idee, dass Arbeitsämter Leistungen der Sozialämter erbringen können, wie die Vermittlung einer Schuldnerberatung. Umgekehrt erhalten Sozialhilfeempfänger etwa Zugang zu Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung.

Auch DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer plädiert angesichts von rund 700 000 arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern dafür, die von der Regierung Kohl aus dem Gesetz gestrichene Verpflichtung zur Zusammenarbeit von Arbeits-und Sozialämtern zu erneuern. Gleichzeitig lehnte sie aber Vorschläge ab, die auf ein Aufgehen der Arbeitslosenhilfe in die niedrigere Sozialhilfe zielen. Das gehe zu Lasten der Arbeitslosen und der Kommunen. Die Bundesregierung solle stattdessen Arbeitslosengeld und -hilfe „armutsfest" machen, um Sozialhilfebedürftigkeit zu vermeiden. Der DGB biete an, sich konstruktiv an der Weiterentwicklung der Sozial- und Arbeitslosenhilfesysteme zu beteiligen. •

plusminusBERLIN

+ *Monika Griefahn (SPD), Vorsitzende des Bundestags-Kulturausschusses, will die Besteuerung ausländischer Künstler teilweise aussetzen. Das geltende Recht sei „für Künstler wie Michael Jackson" gemacht und behindere kulturelle Austauschaktivitäten kleinerer Veranstalter.*

− *Rainer Brüderle, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, will das Bundesarbeitsministerium auflösen und ins Wirtschaftsministerium eingliedern. Begründung: Das Riester-Ministerium sei „fest im Griff der Gewerkschaften", verwalte nur die Arbeitslosigkeit und verhindere Arbeitsplätze*

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.altersdiskriminierung.de
„Zeitsprung" – Büro gegen Altersdiskriminierung e. V.

Im Faxabruf
0211 / 43 01 677
Akademikermangel erwartet
GEW-Studie zur Entwicklung des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen (Auszug)

DGB-Fachtagung

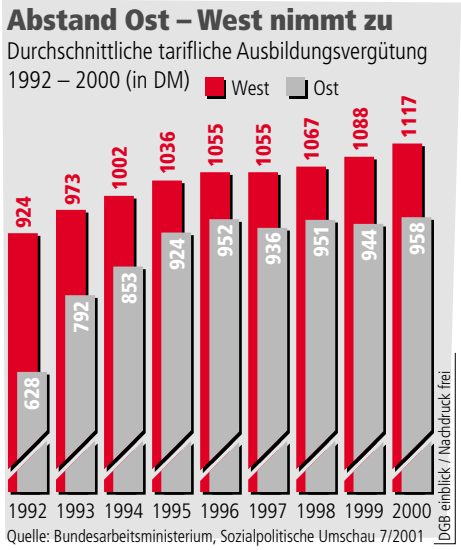
Vermögenspolitik jetzt vorantreiben

Die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland wird immer größer. Das belegt nicht nur der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zur Verteilung des Privatvermögens. Noch gravierender ist die Ungleichverteilung beim Produktivvermögen: Weniger als 3 Prozent der bundesdeutschen Haushalte besitzen mehr als 80 Prozent des Firmenkapitals. „Diese Zahlen belegen eindrucksvoll den Bedarf einer umfassenden Korrektur der Einkommens- und Vermögensverhältnisse", so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer und DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer. Nach ihrer Auffassung bieten die Thematisierung der Vermögensbildung im Bündnis für Arbeit und die Aufwertung der betrieblichen Altersvorsorge im Rahmen der Rentenreform jetzt „Chancen für eine günstigere Verteilungssituation".

Welche Richtung die verteilungspolitischen Aktivitäten der Gewerkschaften nehmen können, ist Gegenstand der DGB-Fachtagung „Vermögenspolitik und betriebliche Altersvorsorge" am 26. Juni im Wilhelm-Leuschner-Saal des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg. Vorgestellt werden die gewerkschaftlichen Forderungen zur Mitarbeiterbeteiligung am Produktivvermögen und zur betrieblichen Altersvorsorge. Auf der Tagesordnung stehen auch die betriebliche Praxis der Volkswagen AG und die Erfahrungen mit Pensionsfonds in den Niederlanden. •

Anmeldungen bis 28. Mai
DGB-Bundesvorstand
Fax: 030/2406 0218

Im Jahr 2000 erhielten Auszubildende eine durchschnittliche Vergütung von 1085 Mark pro Monat. Sie stieg gegenüber 1999 um 2,5 Prozent. Die Vergütung der westdeutschen Auszubildenden betrug im Schnitt 1117 Mark, die der Ostdeutschen 958 Mark. Der Abstand zwischen Ost und West nimmt wieder zu. Konnten sich die West-Azubis 1999 über 2 Prozent und 2000 über 2,7 Prozent mehr Geld freuen, sanken die Vergütungen in den neuen Ländern 1999 um 0,7 Prozent und erhöhten sich 2000 nur um 1,5 Prozent. Das Versicherungsgewerbe ist eine Ausnahme: Auszubildende zum Versicherungskaufmann/-frau erhalten in West und Ost jeweils 1439 Mark.



Lkw-Maut ab 2003

Schweizer Modell soll Vorbild sein

Die „Allianz pro Schiene", ein Zusammenschluss von Transnet – Gewerkschaft GdED, Umweltverbänden und Autoclubs, möchte die Schweizer Lkw-Maut nach Deutschland exportieren. Das Schweizer Modell, nach dem ein 40-Tonner seit Jahresbeginn eine Schwerverkehrsabgabe von 80 Pfennig pro Kilometer zahlt, solle Vorbild für die Verkehrspolitik in Deutschland sein, so der Allianz-Vorsitzende Norbert Hansen. Bestätigt sieht sich Hansen durch die in der Schweiz gesammelten Erfahrungen. Die seit dem Jahreswechsel geltende Abgabe werde „vom Transportgewerbe akzeptiert" und funktioniere „tadellos", meint Hans Werders, Eidgenössischer Generalsekretär für Verkehr und Umwelt. Als Einstieg in eine deutsche Straßenbenutzungsgebühr für große Lkw fordert die „Allianz pro Schiene" ab 2003 einen Pfennig pro Kilometer und Tonne. Der Betrag müsse in den folgenden Jahren „dynamisch steigen". •

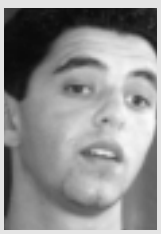
Gleichstellungsgesetz

Schluss mit der Hinhaltetaktik

Versprochen, doch bisher nicht eingelöst: Ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft hatte Rot-Grün bereits in der Koalitionsvereinbarung angekündigt. Fraglich scheint derzeit, ob ein solches Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird (*einblick* 7/01). Immerhin finden, so eine Sprecherin des Frauenministeriums, zurzeit noch Gespräche statt. Volle Unterstützung für das Gesetzesvorhaben gibt es nach wie vor bei den Gewerkschaften: Der DGB-Bundesvorstand hat jetzt noch einmal die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes bekräftigt. Der Deutsche Frauenrat hat dazu aufgefordert, per E-Mail, Fax oder Post bis Ende Mai den Bundeskanzler, die MinisterInnen und die Abgeordneten an das versprochene Gesetz zu erinnern: „Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz, mit dem die Unternehmen zum Handeln verpflichtet werden. Wir brauchen gesetzliche Regelungen mit Sanktionsmöglichkeiten." •

Den Musterbrief des Frauenrates gibt's im Internet unter www.frauenrat.de

wiewardiewoche?



Omar Tissoudali, 19, Industriemechaniker-Azubi aus Remscheid und Jugendvertreter bei ThyssenKrupp Stahl, ist Sieger des Songwettbewerbs der DGB-Jugend von Nordrhein-Westfalen zur Job-Parade am 1. Mai.

Nein, wahnsinnig überrascht hat's mich eigentlich nicht, dass ich Platz eins belegt habe, trotz der rund hundert Einsendungen zum Songwettbewerb. Keine Ahnung, ich bin halt überzeugt von dem, was ich so mache. Ich schreibe seit drei Jahren Songtexte. Und Hip-Hop ist cool, mit der Musik lassen sich am besten Gedanken und Gefühle transportieren. Rapper machen dir klar, du bist mit deinen Problemen nicht allein.

Als ich auf einem IG Metall-Seminar von dem Wettbewerb erfahren habe, einen Rap zum Thema Job zu schreiben, habe ich mich ein Wochenende lang hingehockt, Erfahrungen verarbeitet. Kostprobe? „Zehn Jahre Schule habe ich hinter mir gelassen; die Gesellschaft, ja, sie lehrte mich das Hassen! Soll ich einen Job erlernen? Ob ich das tu, steht noch in den Sternen …" Die meisten von uns sind unzufrieden, nehmen, was kommt. Und selbst wenn man einen Ausbildungsplatz findet, weiß man nicht, ob man in dem Beruf später auch arbeiten kann. Da herrscht viel Pessimismus.
Jetzt soll mein Text im Musikstudio professionell vertont werden, das ist der Preis. Dann wird alles auf der You, der Jugendmesse Mitte Juni in Essen, öffentlich präsentiert. Bin gespannt, was passiert.

DGB-Jugend zur Reform der Betriebsverfassung

Riester ist zu kurz gesprungen

Mit der Bundestagsanhörung zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) am 14. Mai geht das Gesetzgebungsverfahren in die heiße Phase. Nachbesserungsbedarf gibt es aus Sicht der Gewerkschaften unter anderem bei der Vertretung von Azubis und jungen Beschäftigten.

Gerade mal 40 Prozent aller Beschäftigten werden noch durch einen Betriebsrat vertreten – eine Quote, von der Azubis, was ihre Vertretung durch Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) angeht, nur träumen können. Keinerlei Interessenvertretung besitzen gar diejenigen Jugendlichen, die eine außerbetriebliche Ausbildung absolvieren – nach offiziellen Schätzungen sind das derzeit über 200 000 junge Menschen vor allem im Osten (siehe Grafik). Und auch der Reformentwurf soll daran nichts ändern. Mit zahlreichen Aktionen macht die DGB-Jugend zur Zeit auf ihre Forderungen zur BetrVG-Reform aufmerksam (*einblick* 8/01). Insgesamt, heißt es in der Stellungnahme der DGB-Jugend, enthalte der Entwurf viele „positive Ansätze und Regelungen, die unmittelbar die Möglichkeiten der Partizipation von jungen Menschen im Betrieb erweitern". Wenn man aber die Begründung des Referentenentwurf ernst nähme, nach der es das Ziel ist, die Attraktivität und die Effizienz der Arbeit in betrieblichen Interessenvertretungen zu steigern, dann „ist Riester zu kurz gesprungen".

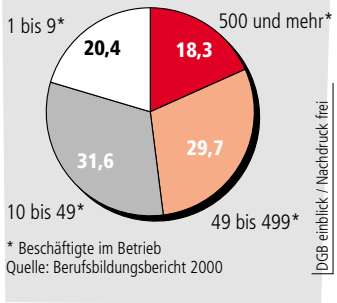
Mehr Rechte für die nichtbetrieblichen Azubis stehen ganz oben im Forderungskatalog der DGB-Jugend zur BetrVG-Reform. „Eine Lücke im Entwurf, die dringend geschlossen werden muss", sagt Ingrid Sehrbrock, DGB-Bundesvorstand, zumal sie die Kluft zwischen dem Ausbildungsmarkt im Osten und im Westen noch verstärke: Der „Normal-Azubi" im Westen genieße einen Ausbildungsplatz im Betrieb mit demokratischen Vertretungsstrukturen. Dagegen müssten sich viele Ostdeutsche mit einer außerbetrieblichen Lehrstelle begnügen, die keinerlei gesetzliche Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Ausbildungsbedingungen bietet. Die Qualität in diesen Ausbildungszentren lasse oft zu wünschen übrig, so Claudia Meyer, Referentin in der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand. „Bei Praxiseinsätzen in Betrieben werden die Jugendlichen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt."

Dabei gehören sie rechtlich nicht einmal zu den Arbeitnehmern des Betriebes im Sinne von § 5 Abs. 1 BetrVG. „Das muss geändert werden", so Ingrid Sehrbrock, „bislang war keiner der Lösungsvorschläge von Seiten der Politik so überzeugend wie unser Vorschlag, diese Azubis im Arbeitnehmerbegriff des Gesetzes mitaufzunehmen."

Nachbesserungsbedarf gibt es aus Sicht der DGB-Jugend auch bei der Erhöhung der JAV-Mandate. Zwar sieht der Entwurf eine Erhöhung in Betrieben mit mehr als 150 Azubis und Beschäftigten unter 25 vor. Die reiche aber nicht aus, weil die wenigsten Azubis in Großbetrieben ausgebildet werden (siehe Grafik). Zudem sollten JAVen in betriebsratslosen Betrieben wählbar sein. Auch der Schutz der Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen bei der Übernahme nach der Ausbildung müsse ausgebaut werden. Und sie sollten – wie Betriebsräte – für ihre Tätigkeit als InteressenvertreterInnen ein gesetzlich geregeltes Mindestmaß an (Teil-)Freistellungen eingeräumt bekommen. „Politiker klagen über die Politikverdrossenheit junger Menschen. Mit einer Stärkung der Vertretung junger Beschäftigte im Betrieb haben sie eine echte Chance, zu beweisen, dass sie es ernst meinen damit, Jugendliche stärker in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen", so Claudia Meyer. •

Azubis: Nicht mal ein Fünftel in Großbetrieben

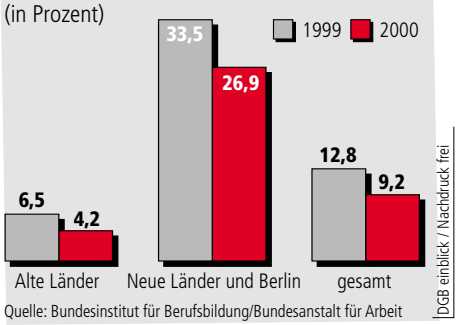
Verteilung der Auszubildenden nach Betriebsgröße 1998 (in Prozent)



Über 80 Prozent aller Azubis werden in Betrieben mit bis zu 500 Beschäftigten ausgebildet. Legt man die durchschnittliche Ausbildungsquote von 4,8 % zugrunde, verbleiben nur knapp 20 % der Azubis in Betrieben mit mehr als 25 Auszubildenden.

Ausbildung im Osten: Ein Großteil außerbetrieblich

Anteil der Ausbildungsverträge im außerbetrieblichen Bereich an allen neu abgeschlossenen (in Prozent)



Geteilter Ausbildungsmarkt: Um dem betrieblichen Ausbildungsengpass entgegenzuwirken, ist in den neuen Ländern ein großes Angebot an außerbetrieblichen Ausbildungsstätten geschaffen worden.

Mehr Mitbestimmung bei Befristung

2,7 Mio. bzw. 9 Prozent aller Beschäftigten sind nur befristet eingestellt (Statistisches Bundesamtes April 2001); in den neuen Bundesländern liegt die Quote mit 13 Prozent noch höher. Besonders betroffen sind junge Menschen: Jeder Fünfte unter 30 Jahren, also 20 Prozent, hat einen befristeten Vertrag.

Wenn es eine wirksame Kontrolle der inzwischen gesetzlich zulässigen Befristungen geben soll, muss sich der Betriebsrat stärker als bisher im Gesetzentwurf vorgesehen einschalten können. Deshalb fordert der DGB in seiner Stellungnahme zum Entwurf, dass der Betriebsrat bei jeder befristeten Einstellung die gleichen Rechte der Überprüfung haben und denselben Schutz geben können muss wie bei unbefristet Beschäftigten (§ 99, Abs 1 BetrVG). Zudem sollte ein Anhörungs- und Widerspruchsrecht kurz vor Auslaufen der befristeten Beschäftigung sicherstellen, dass sie in eine unbefristete Dauerbeschäftigung umgewandelt werden kann, wenn ein freier Arbeitsplatz vorhanden ist. So würde „eine echte Brücke in ein Dauerarbeitsverhältnis" geschaffen.

Die ausführliche Stellungnahme der DGB-Jugend zur BetrVG-Reform sowie weitere Infos und Materialien gibt's unter: www.mitbestimmung.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

Gewerkschaften in NRW

Seriöse Zeitarbeitsfirmen auszeichnen

Mit einem Gütesiegel wollen die DGB-Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen seriöse Zeitarbeitsfirmen auszeichnen. Das Zeichen soll für Transparenz in der Branche sorgen, sagte der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Walter Haas. Es soll helfen, die seriösen Firmen von den schwarzen Schafen der Branche zu unterscheiden.

Mit ihrer Aktion „Gütesiegel Zeitarbeit" bekräftigen die Gewerkschaften gleichzeitig einen politischen Kurswechsel: „Früher haben wir versucht, Zeitarbeit zu verhindern", so der Düsseldorfer IG Metall-Bezirksleiter Peter Gasse, „jetzt machen wir Tarifverträge für die ZeitarbeitnehmerInnen."

Das Projekt von DGB, IG Metall, ÖTV und HBV macht Druck: Denn in Unternehmen, die Zeitarbeiter einsetzen, sollen die Betriebs- und Personalräte künftig auf eine Kooperation mit den prämierten Verleihern drängen. Kriterien für die Auszeichnung sind unter anderem die Einhaltung eines Tarifvertrags.

Das Gütesiegel wird zunächst für drei Jahre vergeben. Nach einer erneuten Prüfung gilt es unbefristet, kann aber bei Verletzung der Vergabekriterien aberkannt werden. In NRW gibt es rund 94 000 ZeitarbeitnehmerInnen in 1300 Verleihfirmen. •

DGB-Landesbezirk NRW
Friedrich-Ebert-Straße 34 – 38
40210 Düsseldorf
Fax: 0211 / 36 83 159
www.dgb-nrw.de

Arbeitsvermittler

Chancen durch Eigeninitiative

Tipps für Stellensuchende gibt die Broschüre „Viele Wege führen in Ihre Zukunft", herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bundesverband Personalvermittlung. Das Heft stellt die Angebote öffentlicher und privater Arbeitsvermittler vor und zeigt, wie Arbeitssuchende ihre Chancen durch Eigeninitiative erhöhen können. Die kostenlose Broschüre gibt es bei den Arbeitsämtern und im Internet unter *www.bpv-info.de*

Der DGB hat zum selben Thema auch eine Broschüre herausgegeben, Titel: „Mit 33 Tipps zum neuen Job" (7 Mark). •

toennes satz+druck GmbH
Niermannsweg 1–5
40699 Erkrath
Fax 0211 / 9 20 08 38

ver.di-Medienprojekt

Animationsfilm prämiert

Das ver.di-Medienprojekt „connexx.av" hat am 1. Mai erstmals einen Preis für Animationsfilm vergeben. Während der Studentenfilmtage „SehSüchte" in Potsdam-Babelsberg wurde Arne Beck aus Schwäbisch Gmünd für seinen Film „5 sonderbare Gesellen" mit 5000 Mark belohnt. Mit dem Preis will das Projekt auch auf die unzureichenden Arbeitsbedingungen in der Filmbranche hinweisen. Nach Arbeitszeitumfragen der Filmschaffenden-Verbände kam es bei insgesamt 151 Produktionen zu 2125 Gesetzesverstößen. •

connexx.av
Dudenstraße 10, 10965 Berlin
www.connexx-av.de

Hans-Böckler-Stiftung

Transfer zur neuen Stelle

Streicht ein Unternehmen Jobs, können Transfergesellschaften oder Vermittlungsagenturen die betroffenen Beschäftigten vor Arbeitslosigkeit bewahren helfen. Wie solche Firmen arbeiten und wer die Tarifparteien bei deren Gründung unterstützt, erklärt das Arbeitspapier 35 der Hans-Böckler-Stiftung „Beratungsangebote zu Transfergesellschaften und Transferagenturen in Deutschland" (14 Mark). •

Der Setzkasten GmbH
Am Kreuzberg 4
40489 Düsseldorf
Fax: 0211 / 4 08 00 80
lavista@setzkasten.de

Techno-Beratung

Lernsoftware richtig nutzen

Vom Lösen kleiner PC-Probleme bis zum Umgang mit komplizierter Software: Besonders kleine Unternehmen profitieren vom Einsatz moderner Lernprogramme. Der Leitfaden „Einsatz von Lernsoftware in der beruflichen Weiterbildung – elf Arbeitsschritte" der Technologieberatungsstelle (TBS) Schleswig-Holstein hilft bei der Auswahl passender Angebote und ihrer Einführung im Betrieb (10 Mark). •

TBS Schleswig-Holstein
Legienstraße 22, 24103 Kiel
Tel. 0431 / 5 57 80 10
Fax 0431 / 5 57 80 12
www.tbssh.de

TransFair e.V.

Aktionswoche für faire Ware

Mit einer Aktionswoche vom 24. bis 30. September wollen Dritte-Welt-Organisationen „fair gehandelte" Produkte bekannter ma-

chen. Für die „Faire Woche 2001" suchen TransFair e.V. und Partner MitstreiterInnen, die sich mit Infoständen, Plakataktionen oder Veranstaltungen an der Kampagne beteiligen. Das Fair-Siegel klebt meist auf Bananen oder Kaffeebeuteln und soll angemessene Erzeugerlöhne garantieren. •

TransFair e.V.
Remigiusstraße 21, 50937 Köln
Fax: 0221 / 94 20 40 40
www.faire-woche.de

interregio

••• Der ***DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg*** ist seit dem 1. Mai mit einer ***Website*** online. Der Internetauftritt bietet neben Infos über den DGB auch die Möglichkeit, Pressemeldungen öffentlich im Netz zu kommentieren. Surfer finden auf der Site zudem eine Sammlung von fast 250 gewerkschaftlichen und politischen Links. www.dgb-bw.de

••• Der ***DGB-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen*** informiert mit der Zeitschrift ***Courage*** über Möglichkeiten, Neonazis und Ausländerfeinden entgegenzutreten. In dem vierseitigen Magazin werden Taktik, Struktur und führende Persönlichkeiten der rechten Szene vorgestellt, Tipps zu antifaschistischer Literatur und Weblinks gegeben sowie Kontakte zu Initiativen und Arbeitskreisen gegen Rechts vermittelt. *Courage* wird vom Land Niedersachsen finanziell unterstützt. Für die Kommunalwahlen im September ist eine zweite Ausgabe geplant.
Mehr Infos: Sebastian Wertmüller, E-Mail: goettingen@dgb.de

Vierzig Jahre amnesty international

Einsatz für verfolgte GewerkschafterInnen

Vor 40 Jahren, am 28. Mai 1961, wurde die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) gegründet. Bis heute stehen Repressionen gegen Gewerkschaften und ihre Mitglieder immer wieder im Mittelpunkt der Arbeit von ai.

„Sie können Ihre Zeitung an jedem x-beliebigen Tag der Woche aufschlagen, und Sie werden darin einen Bericht über jemanden finden, der irgendwo auf der Welt gefangen genommen, gefoltert oder hingerichtet wird, weil seine Ansichten oder Religion seiner Regierung nicht gefallen." Dieser Satz, den der ai-Gründer Peter Benenson am 28. Mai 1961 in der britischen Zeitung *Observer* schrieb, hat nichts an Aktualität verloren. Die Resonanz auf Benensons weltweit nachgedruckten „appeal for amnesty" war überwältigend. Im ersten amnesty-Büro in einem Londoner Keller gingen viele tausend Briefe aus aller Welt ein. Bereits zwei Monate später wurde die bundesdeutsche Sektion gegründet.

Mehr als eine Million Mitglieder und Förderer in über 140 Staaten zählt ai heute, darunter 40 000 in Deutschland. Hunderte deutscher ai-Gruppen kümmern sich ständig um mehr als 500 Fälle politischer Gefangener und anderer Opfer von Menschenrechtsverletzungen oder beteiligen sich an den rund 1000 Eilaktionen, die ai alljährlich startet. Nicht selten geht es dabei um verfolgte GewerkschafterInnen.

Fünfzig Jahre nachdem die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Konventionen zum Schutz der Gewerkschaftsrechte verabschiedet hat, werden in zahlreichen Ländern immer noch GewerkschafterInnen unterdrückt, verfolgt und getötet. „Gewerkschafter sind überdurchschnittlich häufig von Menschenrechtsverletzungen betroffen, weil sie sich für die Belange und Rechte anderer einsetzen", so Ben Nixdorf vom Vorstand der deutschen ai-Sektion. Mit Briefen, Telegrammen, Faxen und E-Mail-Appellen, mit Veranstaltungen und mit Öffentlichkeitsarbeit übt ai Druck auf die Verantwortlichen aus.

Das Engagement für bedrohte GewerkschafterInnen, aber auch für nicht gewerkschaftlich organisierte ArbeitnehmerInnen wird bei ai von einer ehrenamtlichen Koordinationsgruppe getragen, deren Sprecherin Sylvia Krautwald ist, wie alle Mitglieder der Gruppe, gewerkschaftlich organisiert. Für das aktive ÖTV-Mitglied Krautwald ist wichtig, dass „ai ein wirklich basisorientierter Verein ist, in dem die Mitglieder vielfältige Möglichkeiten haben, sich einzubringen".

Foto: Rüdiger Möller

Am 2. September 2000, dem Tag der Gewerkschaften auf der EXPO, besuchten der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte und Barbara Lochbichler, ai-Generalsekretärin in der Bundesrepublik, die ai-Station auf dem EXPO-Gelände.

Regelmäßig werden von der Gruppe neben den Informationen des ai-Hauptbüros in London auch die des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) ausgewertet. Alljährlich gibt der IBFG einen Bericht zur Verfolgung von GewerkschafterInnen heraus. 113 Länder wurden im Bericht von 2000 aufgeführt, registriert wurden 140 getötete und 1500 verletzte GewerkschafterInnen, 3000 Verhaftungen und mehr als 12 000 Entlassungen.

Ein Schwerpunkt der ai-Gewerkschaftsgruppe sind Aktionen zum 1. Mai. Jedes Jahr steht ein Land oder eine Aktion im Mittelpunkt. Für 2001 wählte die Gruppe Myanmar (Burma) aus, das wegen Zwangsarbeit und Folter auch auf der diesjährigen ILO-Konferenz am Pranger stehen wird. Die ILO hatte vor einem Jahr in einer Resolution der Junta eine Frist bis Ende 2000 gesetzt, jegliche Form der Zwangsarbeit zu beenden. Bisher gibt es keine Verbesserung. Zurzeit sitzen mindestens 1850 politische Gefangene in verschiedenen Haftzentren ein. Zwei Mitglieder des Exekutivkomitees der „Federation of Trade Unions-Burma" sind seit Juni 1997 in Haft.

Auch während der EXPO 2000 in Hannover setzten sich ai und DGB gemeinsam gegen Menschenrechtsverletzungen ein. Unter dem Motto „One World – One Dream – Solidarity" veranstalteten sie ein Solidaritätskonzert am Tag der Gewerkschaften auf der EXPO. Mehr als 50 000 Appell-Faxe wurden von den ai-Terminals auf dem EXPO-Gelände verschickt, um akut von Folter oder Haft bedrohte Menschen zu unterstützen. In neun von 26 vorgestellten Fällen führten die Protest-Faxe zu einer Verbesserung der Situation der Verfolgten. Zahlreiche politische Gefangene wurden im Laufe der Jahre auf Grund des von amnesty ausgelösten Drucks freigelassen.

Bis heute ist der Einsatz für die Menschenrechte ein langwieriger Kampf mit den Institutionen und Verantwortlichen. „Die Arbeit der Gewerkschaftsgruppe von ai erfordert viel Geduld und Beharrlichkeit", sagt Sylvia Krautwald. Umso mehr freut sie sich, wenn sie wie im April die Freilassung eines Gewerkschafters verkünden kann. Jaime Alberto Duque Castro, Präsident der Gewerkschaft der ZementarbeiterInnen in El Cairo, Kolumbien, ist wieder auf freiem Fuß. •

Aktionen der ai-Gewerkschaftsgruppe:

AKTUELL

***Äthiopien:** Lehrergewerkschafter wurde aus vorgeschobenen Gründen verhaftet und verbüßt unter grausamen Bedingungen seine Haftstrafe*

***Kolumbien:** GewerkschafterInnen erhalten schriftliche Todesdrohungen von Paramilitärs*

***Tunesien:** Angriff auf MenschenrechtsverteidigerInnen*

***China:** Weil ein Aktivist Massenproteste und Streiks publik machte, wurde er zu sieben Jahren Haft verurteilt*

In den letzten beiden Jahren wurde die Gruppe über 20-mal aktiv:

***Kolumbien:** Gewerkschaftsführer in Lebensgefahr*

***Guatemala:** Auf den Spuren verschwundener Gewerkschafter*

***Südkorea:** Tigerstaat sperrt Andersdenkende ein*

***Indien:** tödliche Polizeigewalt bei Arbeiterprotesten*

***Türkei:** willkürliche Verhaftungen von GewerkschafterInnen, Gefahr von Folter und Misshandlung in Haft*

***Iran:** keine medizinische Versorgung für Gewerkschafter in Haft*

Kontakt zur ai-Gruppe Gewerkschaften:
gewerkschaften@anmesty.de
Tel. 069 / 29 43 04

Mehr Infos:
amnesty international
Sektion der Bundesrepublik
Deutschland e.V.
53108 Bonn
Tel. 02 28 / 9 83 73 0
Fax 02 28 / 63 00 36
www.amnesty.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske fordert eine Diskussion um volle Bürgerrechte für Arbeitsimmigranten in Deutschland. Außerdem sollten Bund und Kommunen für Deutschkurse ausländischer Mitbürger auch finanziell aufkommen, so Bsirske auf dem Gründungskongress von ver.di-Bayern.

Die IG Metall setzt ihre Zukunftsdebatte online fort. Nachdem drei Millionen Fragebogen an Mitglieder und Nichtorganisierte in die Betriebe verschickt wurden, kann sich jeder seit Anfang Mai auch unter www.igmetall.de an der Umfrage über seine Erwartungen an die größte Industriegewerkschaft beteiligen. Die Ergebnisse sollen im Herbst als „Zukunftsreport" vorgelegt werden.

Nach Ansicht der GdP muss die Polizei künftig das Recht haben, bei häuslicher Gewalt in Familien dem Täter „für einen längeren Zeitraum" das Betreten der eigenen Wohnung zu verbieten. Das geplante „Gewaltschutzgesetz" müsse dahingehend erweitert werden.

Die IG BAU fordert, die ostdeutschen Löhne vor der EU-Erweiterung 2004 auf West-Niveau anzuheben. Ohne volle Angleichung würden Wettbewerbsvorteile für die neuen EU-Staaten entstehen und das Ziel „gleicher Lohn in Ost und West" werde niemals erreicht.

ver.di-Start in Berlin

Zentrale am Potsdamer Platz

Sechs Wochen nach der Gründung von ver.di steht nun auch der Sitz von Bundesvorstand und Hauptverwaltung der Dienstleistungsgewerkschaft fest: Am Potsdamer Platz, mitten im Zentrum von Berlin, wird sie mit rund 650 MitarbeiterInnen zwei Häuser der Park Kolonnaden beziehen. Nach Abschluss von Innenausbauten sollen die Räume mit einer Fläche von insgesamt 18 000 Quadratmetern ab 1. August bezugsfertig sein. Geplant ist, dass der ver.di-Umzug nach Berlin spätestens im dritten Quartal 2002 abgeschlossen ist. Die Immobilie ist von ver.di für drei Jahre von der HVB Projekt GmbH, einer Tochter der Hypo Vereinsbank, gemietet worden. In dieser Zeit soll ebenfalls an zentraler Stelle in Berlin ein eigenes Haus gebaut werden. •

GEW-Hotline

Attraktiv für Honorarkräfte

Gewerkschaften sind auch für freiberuflich Beschäftigte attraktiv, wenn der Service stimmt. Das zeigt die erste Zwischenbilanz der Anfang des Jahres gestarteten Service-Nummer 0800 / 100 92 76, über die die GEW in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz montags zwischen 19 und 23 Uhr sowie dienstags zwischen 11 und 13 Uhr freiberuflich arbeitende Honorarkräfte im Weiterbildungssektor berät. Deren Arbeitsverhältnisse sind oft prekär: mit niedrigen Einkommen und oft fehlendem Versicherungsschutz. „Die Hotline ist ein Renner", meinen die beiden GEW-Landesbezirke, die den neuen Service zurzeit testen, aber der Telefonberatung „sind Grenzen gesetzt". Auch die „wohnortnahe Beratung durch Ansprechpartner vor Ort" müsse stimmen. Die Hotline ist Teil einer Reihe von 13 Pilotprojekten, mit deren Hilfe die GEW nach neuen Wegen sucht, um ihre Attraktivität für Beschäftigte außerhalb der Schule zu steigern. Ein Überblick über alle Pilotprojekte steht im Internet: *www.gew.de* •

?...nachgefragt

Der DGB will die Einwanderungspolitik aktiv gestalten. Und fordert deshalb Zuwanderungsquoten. Was können die Gewerkschaften tun, um die Akzeptanz dieser – angesichts von Massenarbeitslosigkeit nicht unumstrittenen – Forderung zu erhöhen? Das fragte *einblick* Ulrich Freese, 50, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Entwicklung braucht die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft Zuwanderung. Deshalb ist die Gestaltung der Migration notwendig. Das Interesse der Einheimischen an sozialer Sicherheit muss dabei ebenso anerkannt werden wie das Interesse der Zuwandernden an Schutz und Verbesserung ihrer Lebenssituation. Es ist ein Fehlschluss zu glauben, dass Zuwanderer nur bei Arbeitskräftemangel hierzulande Chancen auf Beschäftigung haben. Sowohl die Anwerbung in den fünfziger Jahren – damals gab es 1,5 Millionen Arbeitslose – als auch die Erfahrungen mit der unregulierten Zuwanderung zu Beginn der neunziger Jahre haben gezeigt, dass der Arbeitskräftebedarf nicht allein aus dem Kreis der einheimischen Arbeitslosen oder Arbeitssuchenden befriedigt werden kann. Vor diesem Hintergrund ist Migrationspolitik kein konkurrierender Politikbereich neben anderen, sondern muss integraler Bestandteil künftigen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Handelns sein.

Migrationspolitik muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die einheimische Bevölkerung Zuwanderung als selbstverständlichen Bestandteil ihres Lebens begreift. Es muss eine politische Kultur entwickelt werden, in der über Einwanderung offen diskutiert wird, ohne dass sich bereits Zugewanderte bedroht, ausgegrenzt oder unerwünscht fühlen.

Nicht jeder Zuwanderungswillige kann gehen, wann und wohin er will, es müssen jährlich Quoten festgelegt werden. Diese Festlegung der Zuwanderungszahlen muss im Konsens erfolgen. Zu ihrer Ermittlung und Steuerung ist die Einrichtung einer auf Dauer angelegten Zuwanderungskommission notwendig, die paritätisch besetzt ist. Migration ist untrennbar mit der Notwendigkeit von Integrationsmaßnahmen für alle Zuwanderer verbunden.

Die Gewerkschaften werden sich für eine Politik der Gleichbehandlung und gegen jede Form von Diskriminierung einsetzen. Im Organisationsbereich der IG BCE gibt es bereits Betriebsvereinbarungen (Ruhrkohle AG, AVENTIS Pharma), die solch eine Politik fördern. Die Gewerkschaften haben auf Empfehlung der DGB-Projektgruppe Rechtsextremismus eine Musterbetriebsvereinbarung beschlossen. Auf dieser Grundlage müssen jetzt in möglichst vielen Betrieben solche Vereinbarungen abgeschlossen werden. Wir als IG BCE werden unseren Beitrag dazu leisten.

Im Faxabruf 0211 / 43 01 680: Musterbetriebsvereinbarung zur Gleichbehandlung

Armuts- und Reichtumsbericht

Sozialhilfe grundlegend reformieren

Die Steuerschlupflöcher verstopfen, das Sozialhilfe-, Steuer- und Vermögensrecht reformieren, die Spendenbereitschaft erhöhen: Der SPD-Linke Konrad Gilges zieht eine ganze Palette politischer Schlussfolgerungen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundesarbeitsminister Walter Riester hat am 25. April den ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vorgestellt. Auf 635 Seiten analysiert der zweibändige Bericht die Lebenslagen in Deutschland. Der Bericht fußt auf den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Er soll künftig regelmäßig erstellt werden – und sowohl Instrument zur Analyse der sozialen Lage als auch zur Kontrolle politischer Maßnahmen sein.

Dass eine sozialdemokratisch geführte Regierung den ersten Armuts- und Reichtumsbericht erstellt hat, ist ein bemerkenswerter Umstand. Sind damit doch zehn Jahre Diskussion beendet worden, in deren Verlauf die konservativ-liberalen Bundesregierungen sich ideologisch verstockt gegenüber diesem Vorhaben gezeigt haben. Erst die rot-grüne Koalition hat auf Initiative der SPD-Fraktion und gemäß ihrem Wahlversprechen von 1998 die Berichterstattung eingeleitet. Nicht genug gewürdigt werden können in diesem Zusammenhang die Armutsberichte des DGB, die in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband entstanden sind. Sie haben viele Jahre als Beispiel dafür gedient, dass ein Armutsbericht überhaupt erarbeitet werden kann.

Da es sich bei dem Bericht um einen Armuts- und Reichtumsbericht handelt, müssen aber auch seine Mängel festgehalten werden. Der erste Bericht, der in verhältnismäßig kurzer Zeit geschrieben werden musste, ist in einigen Punkten noch unzureichend. Dies betrifft besonders die unbefriedigende Datenlage zum Reichtum in Deutschland. Hier gilt es, erwartungsvoll auf den nächsten Armuts- und Reichtumsbericht zu schauen. Ein weiteres Manko: Die wichtigste Datengrundlage ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die nur alle fünf Jahre erhoben wird. Die letzte EVS fand 1998 statt; deshalb spiegeln auch die allermeisten Ergebnisse des Berichts die soziale Lage von 1998 wider.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass bis 1998 die Grundtendenz zunehmender sozialer Polarisierung vorherrschte. Die vermögendsten 10 Prozent der Haushalte verfügten über mehr als 40 Prozent des Privatvermögens, die ärmeren 50 Prozent besaßen nur 4,5 Prozent des gesamten Vermögens. Nach der EVS umfasste das private Vermögen 1998 rund 8,2 Billionen Mark. Ursachen für Armut sind vor allem Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen.

Konrad Gilges, 60, ist DGB-Kreisvorsitzender von Köln-Leverkusen-Erft, SPD-Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Arbeitsgruppe Armut der SPD-Bundestagsfraktion.

Aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ergeben sich zunächst drei Reformbereiche:

1. Alle Bürger müssen in das Steuersystem integriert werden, d.h. die Steuerflucht der Reichen bzw. das Umgehen bestehender Regelungen muss weiter beschränkt werden. Das gesellschaftliche Transfersystem wird durch Steuern finanziert, wobei eine geschätzte Zahl von 100 Milliarden Mark hinterzogenen Steuern nicht hinnehmbar ist.

2. Das Bundessozialhilfegesetz muss grundlegend reformiert werden, ebenso das Steuer- und Vermögensrecht. Diese Systeme, die bisher nicht an der starken sozialen Polarisierung ausgerichtet sind, müssen „armutsfest" gestaltet werden. Das derzeitige Sozialhilferecht ist auf Armut als Massenphänomen nicht ausgerichtet. Die soziale Polarisierung wird durch das bisherige Abgabensystem eher noch verschärft. Deshalb brauchen wir höhere Steuerfreibeträge, vor allem für die Bezieher niedriger Einkommen. Erforderlich ist auch eine generelle Grundsicherung für auf Dauer Erwerbslose. Diskutiert werden sollte auch – unabhängig vom Thema Kindergeld – die Höhe des notwendigen Familieneinkommens.

3. Neben mehr Hilfe zur Selbsthilfe braucht unsere Gesellschaft mehr Solidarität. Die Reichen in unserer Republik sollten mehr Verantwortung für die Armen übernehmen. Hier zu Lande liegt ihre Bereitschaft, für soziale Zwecke zu spenden, weit hinter der in anderen Ländern wie zum Beispiel den USA zurück. •

Konsequenzen

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung müsse eine Diskussion um soziale Gerechtigkeit auslösen, fordert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer: „Die Bundesregierung muss konkrete Maßnahmen vorlegen, um die Verteilung der Vermögen, Einkommen und Lebenschancen zu verbessern." Ihr Bericht zeige, dass Inhaber großer Vermögen unterdurchschnittlich an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligt seien. Die Abschaffung der Vermögenssteuer habe diesen Trend besonders begünstigt.

Auch DGB-Vorsitzender Dieter Schulte hält eine Politik der Umverteilung für notwendig: „Wenn 50 Prozent der Bundesbürger lediglich über 4,5 Prozent des Privatvermögens verfügen, dann ist das Anlass für die Politik zur Umverteilung."

IG Metall-Vize Jürgen Peters wirft der rot-grünen Koalition vor, keine überzeugenden Konzepte „für eine wirksame Politik der Armutsbekämpfung und der fairen Verteilung" vorzulegen.

Im Internet
www.bma.bund.de/de/sicherung/armutsbericht/index.htm
Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Im Fax-Abruf:
0211 / 43 01 688
Armuts- und Reichtumsbericht – Auszüge aus der Zusammenfassung

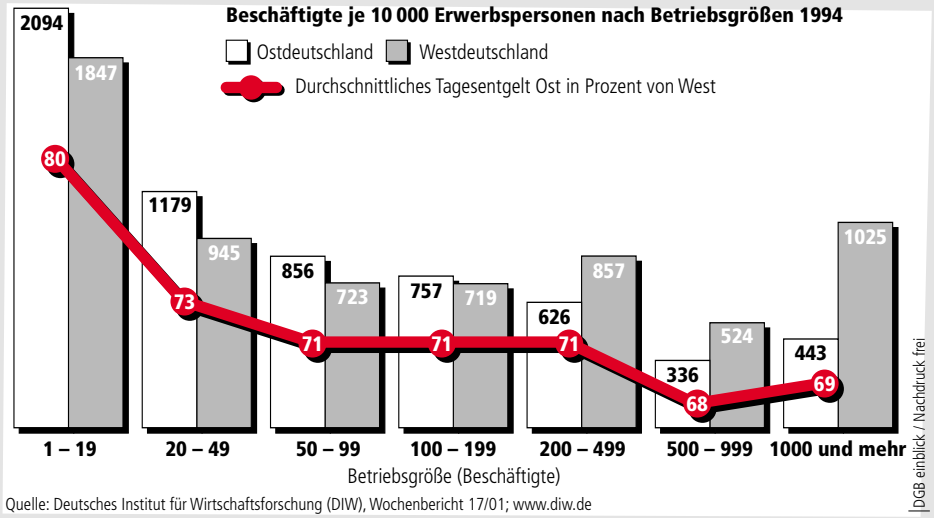
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

OSTDEUTSCHLAND: Löhne kein Wettbewerbsproblem

Ost-Unternehmen haben noch immer große Wettbewerbsprobleme. Der Versuch, diese Probleme durch eine weitere Öffnung der Lohnschere zwischen Ost und West zu lösen, ist jedoch „wenig Erfolg versprechend", so das DIW. Denn überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze sind im Osten ausgerechnet in den Betrieben entstanden, die ähnlich hoch entlohnen wie die West-Unternehmen. Und die wenigsten Jobs sind dort entstanden, wo der Lohnabstand zum Westen am größten ist.



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 17/01; www.diw.de

14 TAGE

14.5. DGB Berlin-Brandenburg, „Alternative öffentliche Anhörung" zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, Brandenburger Tor, Berlin

15.5. DGB-Bundesvorstand, Reihe „Sozialer Dialog Berlin", Thema Zuwanderungspolitik, Berlin

16.5. Mitgliederversammlung Go-ver.di, Berlin

16.-18.5. ÖTV, Kongress der europäischen Verkehrsgewerkschaften, Zagreb (Kroatien)

19.5. Abschluss der Gründungskongresse der ver.di-Landesbezirke

21.5. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Festveranstaltung „50 Jahre Montanmitbestimmung", Essen

24.-27.5. GEW-Mai-Meeting zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Erkner bei Berlin

personalien

••• ***Sylvia Honsberg,*** 46, Referentin des DGB Hessen, ist seit dem 17. April Bundesfrauensekretärin der IG BAU. Sie folgt ***Brunhilde Hoffmann,*** 55, die in Altersteilzeit gegangen ist.

••• ***Heinz Putzhammer,*** 60, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, ist in den von Bundeskanzler Schröder eingesetzten „Nationalen Ethikrat" berufen worden.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Tipp

Buch: ***Jürgen Ulber, Arbeitnehmer in Zeitarbeitsfirmen, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2001, 216 Seiten, 29,90 Mark***

Zeitarbeit – keine andere Branche hat in den vergangenen Jahren einen vergleichbaren Boom erlebt. Fast 500 000 ArbeitnehmerInnen werden jedes Jahr von Zeitarbeitsfirmen an andere Betriebe ausgeliehen, Tendenz steigend. Beim Einkommen und in Sachen Rechtssicherheit haben die LeiharbeiterInnen dagegen den Anschluss verpasst. Ihr Einkommen liegt im Schnitt ein Drittel unter dem vergleichbarer ArbeitnehmerInnen. Weil nicht nur Tarifverträge, sondern oft auch Betriebsräte fehlen, kommt es hier zudem häufiger zu Verstößen gegen das Arbeitsrecht als anderswo.

Der Ratgeber „Arbeitnehmer in Zeitarbeitsfirmen" hilft LeiharbeiterInnen, ihre eigenen Rechte notfalls auch ohne Unterstützung eines Betriebsrates wahrzunehmen. Er zeigt, worauf LeiharbeiterInnen in den Einsatzbetrieben achten müssen, welche Regeln bei der Formulierung und Änderung des Arbeitsvertrags gelten und welche Fristen beispielsweise bei ständig wechselnden Einsatzorten eingehalten werden müssen. Denn die fehlende Planbarkeit der eigenen Arbeitszeit ist eines der Kernprobleme der Leiharbeit. Hilfreich ist der Ratgeber auch für Betriebsräte, in deren Unternehmen häufig LeiharbeiterInnen zum Einsatz kommen.

Schlusspunkt

„Ich rate jungen Menschen, eine Ausbildung im Westen zu erwägen."

Gerd Andres (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, am 7. Mai in einem Gespräch mit der Leipziger Volkszeitung zum Lehrstellenmangel in Ostdeutschland

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.05.2001 10/01

DGB

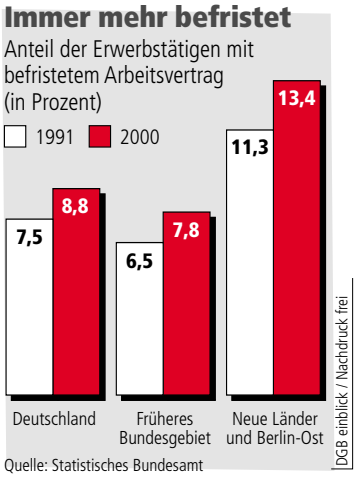
Reform der Betriebsverfassung

Kleine Verbesserungen noch möglich

Die letzte Runde ist eingeläutet: Nach der Anhörung zur Reform der Betriebsverfassung (BetrVG) im Bundestagsausschuss für Arbeit am 14. Mai beraten jetzt die ArbeitsmarktpolitikerInnen der Regierungskoalition über mögliche Änderungsanträge zum Gesetzentwurf.

Der Zeitplan ist eng: Am 29. Mai wollen sie sich auf eine gemeinsame Linie verständigen. Spätestens in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung am 20. Juni müssen die Anträge vorliegen. Zwei Tage später, am 22. Juni, soll sich der Bundestag in zweiter und dritter Lesung abschließend mit der BetrVG-Novelle befassen. Bereits im August soll die Reform in Kraft treten.

Viel Zeit bleibt deshalb weder Gewerkschaften noch Arbeitgeberverbänden mehr, ihre Änderungswünsche durchzusetzen. „Moderate Veränderungen", so haben die Fraktionen von SPD und Grünen angedeutet, seien aber durchaus noch möglich. „Dazu gehören vor allem eine Ausdehnung des vereinfachten Wahlverfahrens auf Betriebe mit bis zu 100 Arbeitnehmern



Die Gewerkschaften fordern, dass die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Befristung ausgedehnt werden.

und eine präzisere Verankerung der Mitwirkungsrechte bei Qualifizierung und befristeter Beschäftigung", erklärte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Klaus Brandner nach der BetrVG-Anhörung.

Auch die Fragen der Zusammensetzung des Betriebsrates, etwa in Hinsicht auf Frauenförderung, und der Ausschüsse müssten noch einmal erörtert werden. Viel mehr ist über den Stand der Diskussionen in der Koalition derzeit nicht zu erfahren, die Beteiligten haben Stillschweigen vereinbart.

Mit der Aufnahme der Azubis in überbetrieblichen Ausbildungsstätten in den Arbeitnehmerbegriff des BetrVG ist wohl nicht zu rechnen. Einig sind sich SPD und Grüne, dass ihnen endlich Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden müssen (*einblick* 9/01) – aber nicht im BetrVG. Überlegt wird ein gemeinsamer Entschließungsantrag zum Berufsbildungsgesetz.

Diskutiert wird noch die Regelung bei der Besetzung von Betriebsratsausschüssen. Der Entwurf sieht vor, dass künftig die Mehrheit im Betriebsrat über die Besetzung entscheidet. Möglicherweise wird das Verhältniswahlrecht beibehalten.

Die Besetzung der Ausschüsse war einer der Punkte, bei dem die Wogen während der Anhörung hoch gingen. So bemängelte der Deutsche Beamtenbund, dass der Minderheitenschutz bei der Betriebsratswahl ausgehebelt werde, wenn im neuen Gesetz das Verhältniswahlrecht beseitigt würde.

Eine Behauptung, die schlicht falsch sei, so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Nach dem Regierungsentwurf sei es in allen Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten möglich, sowohl das Mehrheits- als auch das Verhältniswahlrecht anzuwenden. Listenwahl bleibe also möglich. Lediglich bei der Besetzung von Ausschüssen und bei Freistellungen, die der Betriebsrat beschließe, solle dem bisherigen starren Listenproporz ein Riegel vorgeschoben werden. Der Betriebsrat benötige ein hohes Maß an Geschlossenheit, um in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber Erfolg zu haben. •

plusminusBERLIN

+ *Maritta Böttcher, hochschulpolitische Sprecherin der PDS, fordert für studentische Vertretungen ein „allgemeinpolitisches Mandat". Das bestehende Verbot brächte StudentenvertreterInnen regelmäßig vor den Kadi. Eine entsprechende Gesetzesänderung hatten SPD und Grüne bereits 1998 versprochen.*

– *Johannes Singhammer, sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, will nicht an der Einweihung des neuen Arbeitsministeriums teilnehmen. Die Begründung: Die „Einweihung" sei ohne kirchlichen Segen geplant und finde deshalb auch nicht den Segen der Union.*

inhalt

Seite 3
Zurück aus dem Bermuda-Dreieck
Die Chancen für ein Vergabegesetz für öffentliche Aufträge steigen. Am 29. Mai treffen sich Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften im Wirtschaftsministerium, um darüber zu beraten

Seite 5
Die revolutionären Ideen des Harald S.
NRW-Arbeitsminister Schartau will mit Arbeitslosen Verträge abschließen

Seite 7
Längst überfällig
Das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ist vernünftig und überfällig, sagt Traudel Klitzke, Leiterinder Frauenförderung bei VW

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.gewerkschaftshaus.de/coala/coala.html
Virtuelles Kompetenzzentrum für Online-Arbeitswelten

Im Faxabruf
0211 / 43 01 671
„Leben in der Illegalität in Deutschland" Positionspapier der deutschen Bischofskonferenz (Auszüge)

POLITIK AKTUELL

?...nachgefragt

Gleichstellungsfragen sollen künftig mit dem Betriebsrat beraten werden. So sieht es die Reform der Betriebsverfassung vor. Aber diese Maßnahme genügt weder den Gewerkschaften noch den meisten Frauen in den Regierungsfraktionen. Sie fordern, Frauenförderung mitbestimmungspflichtig zu machen. Konnten sie sich durchsetzen? *einblick* fragte Christel Humme, 51, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Kategorie „Geschlecht" wird möglicherweise in die Auswahlrichtlinien für Personal nach § 95 Abs. 2 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) aufgenommen. Das würde bedeuten, dass in Betrieben mit mindestens 200 Beschäftigten der Gleichstellung von Frauen und Männern bei Einstellung, Versetzung und Kündigung Rechnung getragen werden muss.
Es sieht momentan so aus, als könnten wir für unsere Forderung nach Aufnahme der Gleichstellung in den Katalog der mitbestimmungspflichtigen Fragen nach § 87 BetrVG keine Mehrheit bekommen. Die parlamentarischen Beratungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Minister Riester unterstützt unsere Forderung nach Aufnahme der Gleichstellung in den § 87 BetrVG nicht. Er verweist auf das geplante Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft, das für ihn wie für uns unentbehrlich ist.
Momentan arbeiten wir an einer neuen Initiative für ein solches Gleichstellungsgesetz. Unserer Überzeugung nach soll die Durchsetzung von Chancengleichheit im Betrieb gemeinsame Aufgabe der Tarifvertragsparteien werden. Nach Ablauf einer ausreichend langen Frist soll beispielsweise durch ein Gleichstellungsaudit geprüft werden, ob die Tarifvertragsparteien ihrer Verpflichtung zur Gleichstellung nachgekommen sind. Verweigert sich ein Unternehmen gänzlich der Gleichstellungspolitik, muss dies rechtlich geahndet werden können. Möglicherweise per Verbandsklage.

Berufsbildung

Gewerkschaften sauer auf Bulmahn

Die paritätisch besetzten Berufsbildungsausschüsse der Industrie- und Handelskammern (IHK) sind „in allen wichtigen Angelegenheiten der beruflichen Bildung zu unterrichten und zu hören". So steht's im Berufsbildungsgesetz von 1969 – und seitdem ist umstritten, was „wichtige Angelegenheiten" sind. Gerichtlich klären lassen können das die Arbeitnehmer nicht, weil sie kein Klagerecht haben. Deshalb hat DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock Bildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) gebeten, den Arbeitnehmervertretern per Gesetzesänderung ein Klagerecht einzuräumen. Es antwortete ihr Staatssekretär Uwe Thomas: Von einem Klagerecht halte er nichts, er habe jedoch die Wirtschaft aufgefordert, „auf einen sensiblen Umgang der zuständigen Stellen mit den Berufsbildungsausschüssen hinzuwirken". Der DGB reagierte sauer: Darauf könne sich „doch nicht die politische Handlungsfähigkeit der Bundesministerin beschränken", heißt es in einem Schreiben an die Arbeitnehmerbeauftragten in den Berufsbildungsausschüssen. Sie sollen Staatssekretär Thomas per E-Mail (uwe.thomas@bmbf.bund.de) oder Fax (01888/572308) auffordern, „umgehend ernsthafte Gespräche über die Durchführung des Anhörungsrechtes zu führen". •

wiewardiewoche?

Hartmut Meine, 49, Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, verhandelt mit VW über das Projekt „5000 x 5000": 5000 Arbeitslose sollen ab Oktober 2002 für 5000 Mark im Monat einen neuen Minivan produzieren. Der Haken: Die Arbeitszeit soll 48 Wochenstunden betragen, in Spitzenzeiten sogar 60 Stunden. Am Montag, 21. Mai, fand die dritte Verhandlungsrunde statt.

Nein, der Durchbruch war's noch nicht. Aber immerhin: VW hat sich in der umstrittendsten Frage, bei der Arbeitszeit, bewegt. Unsere Ansage, dass eine 48-Stunden-Woche mit uns nicht zu machen ist, hat gewirkt. Das wäre auch ein total falsches Signal gewesen, eine Kehrtwende um 180 Grad, nachdem VW 1994 die 28,8-Stunden-Woche eingeführt hat. Das macht sogar betriebswirtschaftlich keinen Sinn. Die Arbeitsorganisation und der Vertrieb werden radikal optimiert. Das erspart Kosten. Da muss die Arbeitszeit nicht noch bis Ultimo erhöht werden. Das Problem scheint aber lösbar. Vorgesehen ist ja, dass die Beschäftigten während der Arbeitszeit laufend qualifiziert werden. Das bietet ihnen für ihre berufliche Zukunft eine Riesenchance. Unser Lösungsvorschlag lautet deshalb, dass die neuen KollegInnen einen Teil der Qualifizierungszeit auf ihre Kappe nehmen.
Auch in anderen Punkten liegen wir noch weit auseinander. Das Projekt sollte aber nicht scheitern. 5000 Arbeitslose kommen in Lohn und Brot. Sie genießen zudem permanente Weiterbildung. Sie arbeiten sehr selbstbestimmt, in Teams, es gibt nur flache Hierarchien. Außerdem wollen wir per Tarifvertrag neue Maßstäbe in der Mitbestimmung setzen. Ich hoffe also, dass wir bis Ende Juni einen Abschluss hinkriegen.

Arbeitsförderung

DGB strebt neue Ziele an

Der DGB-Bundesvorstand hat Eckpunkte für die geplante Reform der Arbeitsförderung beschlossen: Befristet auf fünf Jahre sollen die Arbeitsämter tarifliche Bildungsprogramme fördern können. Außerdem sollen sie wieder verpflichtet werden, Arbeitslose nur in tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse zu vermitteln. Ferner fordert der DGB, dass SozialhilfeempfängerInnen die Möglichkeit erhalten, an Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsämter teilzunehmen. Die Absenkung der Arbeitslosenhilfe um drei Prozentpunkte müsse zurückgenommen werden. •

geplant... beschlossen

Unter dem Slogan „Verhandeln statt verordnen" startet der DGB gemeinsam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nach der Sommerpause eine neue Kampagne zur Stärkung der Verhandlungsrechte von BeamtInnen. Diese waren in der Tarifrunde 2000 faktisch leer ausgegangen.

Vergabe öffentlicher Aufträge

Tariftreue-Erklärungen sind unerlässlich

Erst schien es, als „drohte das Thema Vergabegesetze für öffentliche Aufträge im Bermuda-Dreieck von EU, Bund und Ländern unterzugehen", so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Doch jetzt scheint Bewegung in die Sache zu kommen. Reinhard Dombre (DGB) jedenfalls setzt große Hoffnungen in eine Arbeitsgruppe, die sich am 29. Mai im Wirtschaftsministerium mit Tariftreue-Verpflichtungen bei öffentlichen Aufträgen befasst.

■ Was passiert am 29. Mai?

■ *Unter Leitung des Wirtschaftsministeriums kommt eine Arbeitsgruppe zusammen, um eine verfassungskonforme Lösung für die Tariftreue-Verpflichtung zu entwickeln. Beteiligt sind an dem Gespräch das Bau- und Arbeitsministerium, die Arbeitgeberverbände, die IG BAU und der DGB. Zugesagt wurde diese Zusammenkunft in einer Bau-Runde des Bündnisses für Arbeit am 5. April vom Bundeskanzler selbst.*

■ Was versprichst du dir davon?

■ *Wir setzen große Hoffnungen in diese Arbeitsgruppe. Wir brauchen im Vergaberecht Tariftreue-Anforderungen, damit der Wildwuchs im Vergabewesen beim Bund und in den Ländern endlich aufhört.*

■ Die bisherigen Regelungen erscheinen ziemlich undurchschaubar.

■ *Nachdem das bisherige Vergaberechtsänderungsgesetz zum 30. Juni 2000 ausgelaufen ist, besteht eine erhebliche Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Anforderungen an die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen. Auf Bundesebene kommt der Gesetzgeber einfach nicht weiter in der Festlegung von Tariftreue-Anforderungen. Solange sich der Bund nicht bewegt, passiert auch in den Ländern nicht viel, auch wenn es jetzt aktuell eine Gesetzesinitiative des Landes NRW im Bundesrat gibt. Sie besagt, dass sämtliche Bau-Leistungen und der Personennahverkehr in diese Tariftreue-Regelung aufgenommen werden müssen.*

■ Es existieren ja bereits Länder-Regelungen zur Vergabe, die das Kriterium Tariftreue beinhalten.

■ *Ja, im Saarland, in Bayern und in Berlin. Auch in Sachsen-Anhalt wurde jetzt ein Vergabegesetz verabschiedet. Dennoch brauchen wir eine Bundesgesetzgebung. Auch der Bund ist Auftraggeber.*

■ Wie ist der Sachstand auf EU-Ebene?

■ *Die entsprechenden Richtlinien werden derzeit in den Ausschüssen des EU-Parlamentes beraten. Wir haben vor einem Dreivierteljahr der Bundesregierung unsere Position dazu übermittelt. Bisher hat sich dort nicht viel bewegt. Das Verfahren liegt im Gesetzgebungsbereich des Europa-Parlamentes. Solange aber die Bundesregierung in dieser Sache nur mit halber Kraft fährt, können wir nicht allzu viel erreichen, auch wenn wir ständig Lobby-Arbeit betreiben.*

■ Was bedeutet die Freizügigkeit in der EU für die Tarifverträge?

■ *Wir haben der Regierung deutlich signalisiert, dass wir mit Blick auf die EU-Osterweiterung ein europäisches Vergaberecht brauchen, das Tariftreue festschreibt. Wir befürchten, dass es sonst durch Dumpingangebote von Anbietern aus Beitrittsländern mit erheblich niedrigeren Löhnen zu einem ruinösen Wettbewerb kommt.*

■ Wie soll die Einhaltung überprüft werden? Gibt es Sanktionen?

■ *Ja. Nach unseren Vorstellungen sollen Bund bzw. Länder Unternehmen, die eine solche Zusage machen, aber nicht einhalten, von weiteren öffentlichen Aufträgen ausschließen können.*

■ Was soll aus Sicht der Gewerkschaften bei der Vergabe öffentlicher Aufträge neben dem Preis berücksichtigt werden?

■ *Es geht uns um die Qualität, die Frage der Einhaltung von Tarifverträgen und Sozialstandards. Schon jetzt werden immer wieder Standards unterlaufen. Das reicht bis zu Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.*

Reinhard Dombre, 51, ist Tarifexperte beim DGB-Bundesvorstand.

■ Soll die Vergabe öffentlicher Aufträge auch an weitere Kriterien geknüpft werden?

■ *Ja, wir haben in der Vergangenheit auch die Aufnahme der Kriterien Frauenförderung und Ausbildung gefordert. Aber ich sehe da keine große Bewegung bei der Bundesregierung, obwohl das europäische Recht eine Aufnahme von sozialpolitischen Kriterien ermöglichen würde. Das bestätigen juristische Gutachten.*

■ Wenn die Bundesregierung sich bisher kaum bewegt, wieso sollte sich jetzt am 29. Mai etwas tun?

■ *Weil jetzt der Bundeskanzler selbst eine deutliche Zusage gemacht hat. Zielvorgabe der Runde im Wirtschaftsministerium ist nach Maßgabe des Kanzlers, bis Herbst eine verfassungskonforme Lösung zu finden. Es steht noch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Tariftreue-Erklärung des Landes Berlin aus.*

■ Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kann sich aber doch noch hinziehen.

■ *Bis das Bundesverfassungsgericht entscheidet, das kann tatsächlich noch zwei, drei Jahre dauern. Die Politik kann sich nicht mit dem Verweis auf dieses Urteil weiter vor einer Regelung der Tariftreue drücken. Wenn man das machen würde, wäre Politik handlungsunfähig.* •

1,4 Billionen Mark

macht in den 15 EU-Mitgliedsländern das Volumen der öffentlichen Aufträge im Jahr aus. Bund, Länder und Gemeinden in der Bundesrepublik vergeben alljährlich Aufträge in Höhe von 400 Mrd. Mark – fast ein Zehntel des gesamten Bruttosozialprodukts.

In § 97 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen heißt es: „Aufträge werden an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen vergeben ... weiter gehende Anforderungen dürfen ... nur gestellt werden, wenn dies durch Bundes- und Landesgesetz vorgesehen ist."

DGB und Gewerkschaften fordern, öffentliche Aufträge nur an Firmen zu vergeben, die Tarifverträge einhalten. Zwar existieren in Bayern, im Saarland und in Berlin entsprechende Gesetze, aber seitdem das Vergaberechtsänderungsgesetz am 30. Juni 2000 ausgelaufen ist, gibt es keine Regelung mehr auf Bundesebene. Mit dem Hinweis auf das ausstehende Urteil aus Karlsruhe zur Berliner Tariftreue-Regelung hat Rot-Grün bisher in den Überlegungen für ein neues Vergaberecht die Tariftreue ausgeklammert.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 678
Mehr Infos zum Thema Vergaberecht

PROJEKTE UND PARTNER

Seminarangebote

Drogen machen vor Betrieben nicht Halt

Fünf Prozent aller Beschäftigten, schätzt die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (DHS), haben ein Alkoholproblem. Weitere zehn Prozent seien akut gefährdet.

In der betrieblichen Praxis wird damit sehr unterschiedlich umgegangen. Heftig umstritten ist das so genannte Drogen-Screening, bei dem Arbeitgeber Job-Bewerber auf den Konsum illegaler Drogen testen. Suchtprävention steht nur in wenigen Betrieben auf der Tagesordnung. Meist beschränkt sich ihre Aktivität auf einmalige Aufklärungsveranstaltungen. Vielfach wird das Thema verdrängt.

Das Institut für Betriebliche Suchtprävention in Berlin unterstützt Betriebe und Verwaltungen darin, umfassende Suchtpräventionsprogramme zu realisieren. Es hilft auch dabei, Dienst- und Betriebsvereinbarungen zu entwickeln, und bietet Seminare zum Thema Drogen im Betrieb an. Das neue Seminarprogramm 2001/2002 kann ab sofort bestellt werden. •

Institut für Betriebliche Suchtprävention
Gierkezelle 39, 10585 Berlin
Fax 030 / 3 48 00 950

Fraunhofer Institut

Humane Arbeit als Strategie

Wie können Arbeitsschutz und Personalentwicklung in der Unternehmensstrategie verankert werden? Chancenreiche Modelle werden auf einer neuen Homepage des Fraunhofer Instituts vorgestellt. Dort sollen Wissenschaft, Unternehmen und Beschäftigte auch über Veränderungen in der Arbeitsgestaltung und Unternehmensorganisation diskutieren. •

www.bilanzierung-arbeitsgestaltung.de

DGB-Schulprojekt

Jung und Alt einigen sich

Schüler und Senioren, TeilnehmerInnen des DGB-Schulprojekts „Generationenvertrag – miteinander reden, voneinander lernen", haben Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) ihre per E-Mail-Dialog und Online-Chat gemeinsam ausgehandelten Generationenverträge überreicht. DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock: „Wir wollen den Dialog zwischen den Generationen anregen und zeigen, dass keine Generation für sich allein glücklich werden kann." •

www.workshop-zukunft.de/generationenvertrag

Böckler-Boxen

Konzentrierte Information

Fakten und Service aus Forschung und Praxis – die Böckler-Boxen, das neue Internet-Angebot der Hans-Böckler-Stiftung, informieren klar und konzentriert. Der Erstauftritt bietet geballte Informationen zu den Themen des Bündnisses für Arbeit: Alterssicherung, Arbeitszeit, Beschäftigungspolitik, neue Arbeit, Qualifizierung und Verteilungspolitik. •

www.boeckler-boxen.de

Berufsbildung

Jobinitiativen auszeichnen

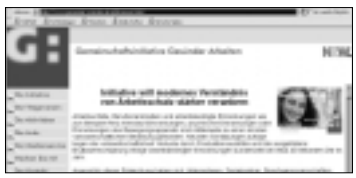
Projekte und Ideen für mehr Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern belohnt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Bis zu 20 Projekte werden mit je 5000 Mark ausgezeichnet, fünf Erfolg versprechende Konzepte bekommen je 25 000 Mark Starthilfe. Bewerbungsschluss ist der 2. Juli. •

BIBB, Stichwort „Wettbewerb"
Fax 0228 / 1 07 28 84

Arbeitsministerium NRW

Doppelt im Netz vertreten

Gleich zwei neue Internet-Projekte zum Thema Arbeitsschutz unterstützt das NRW-Arbeitsministerium: Auf Mobbing und Stress im Job macht die Seite „Gesünder Arbeiten" aufmerksam. Beim „Bürgerportal Arbeitsschutz" können sich Interessierte über aktuelle Beratungsangebote des Ministeriums informieren. •



www.gesuender-arbeiten.de
www.arbeitsschutz.nrw.de

AiB-Verlag

Umgang mit Rechten regeln

Wie im Betrieb mit Fremdenfeindlichkeit umgegangen wird, sollte eine Betriebsvereinbarung festlegen. Eine Mustervereinbarung steht auf der Internet-Seite des AiB-Verlags. •

www.aib-verlag.de

Arbeitsämter

Infos über EU-Anwärter

Infos rund um die Beitrittskandidaten der Europäischen Union hat die Bundesanstalt für Arbeit ins Netz gestellt. Unter „Europa kommt – gehen wir hin!" gibt es Hinweise zu Land und Leuten sowie Tipps und Kontakte für Studium, Job und Praktikum im osteuropäischen Ausland. Ab Ende Juni sollen die Informationen auch als Broschüre in den Arbeitsämtern ausliegen. •

www.arbeitsamt.de

Techno-Beratung

Auswirkungen des Internets

Die Auswirkungen des Internets auf Arbeit und Privatsphäre im Büro sind Schwerpunkte des Seminars „Internet für Betriebs- und Personalräte" am 2./3. Juli und 4./5. Oktober in Hamburg. Die Veranstaltung der Technologie- und Innovationsberatung für Arbeitnehmer (TIB) zeigt außerdem, wie das Medium die Betriebsratsarbeit erleichtern kann. Kosten: 960 Mark. •

TIB, Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Fax 040 / 28 58 651
www.tib-hamburg.de

interregio

••• Der ***DGB-Kreis Hamburg*** und das Bündnis „Hamburger Ratschlag" laden für den 21. Juni zu einer ***Fachtagung „Rechtsextremismus"*** ins Hamburger Gewerkschaftshaus ein. Vormittags diskutieren die TeilnehmerInnen über Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, nachmittags suchen sie nach Antworten auf den organisierten Rechtsextremismus. Mehr Infos: Petra Heese, Tel. 040 / 28 58 242

••• Der ***DGB-Kreis Göttingen-Northeim*** ist mit einer ***Homepage gegen Rechts*** online gegangen. User können ab sofort Demo-Termine abrufen oder an Voten zum Thema Rechtsextremismus teilnehmen. Mehr Infos: www.suedniedersachsengegenrechts.de

Arbeitsmarktpolitik

Die revolutionären Ideen des Harald S.

Künftig sollen Arbeitslose mit dem Arbeitsamt einen Vertrag abschließen, der exakt regelt, was sie tun müssen, um wieder in Arbeit zu kommen – „und dafür kriegen sie dann eine Art Gehalt", so NRW-Arbeitsminister Harald Schartau im Gespräch mit **einblick**. *Davon, nur den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen, hält er nichts: „Bei den Sanktionen müssen wir keine Phantasie entwickeln, da ist schon alles da."*

Radio Eriwan: „Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) forderte, künftig auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zu verzichten." Das meldete die Nachrichtenagentur Reuters Mitte Mai mit Verweis auf *Welt am Sonntag*. Tatsächlich stand's in *Bild am Sonntag* und lautete korrekt so: „ ... müssen wir weg von öffentlich geförderten Maßnahmen wie ABM, Umschulungs- und Qualifizierungskursen, die keinen Bezug zum ersten Arbeitsmarkt haben."

Nein, versichert Schartau, er sei nicht grundsätzlich gegen ABM, aber strikt gegen alle Maßnahmen, die sich nicht am ersten Arbeitsmarkt orientieren. Quantifizieren ließe sich das Problem nicht, aber es existiere. „Wir haben ein System entwickelt zur Qualifizierung von Arbeitslosen, wo der Bezug zum ersten Arbeitsmarkt nicht zwangsläufig ist. Du kannst in den blauen Dunst qualifizieren. Es gibt Maßnahmen-Karrieren, wo die Leute von ABM zu ABM gehen, die kommen gar nicht mehr in den Betrieb!" Und damit müsse Schluss sein.

„Meine Idee ist, dass die Arbeitslosen mit dem Arbeitsamt einen Vertrag abschließen, der regelt, welche Schritte sie unternehmen müssen bis zur Neuaufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses; und dafür kriegen sie dann eine Art Gehalt." Nicht die Zahlung von Arbeitslosengeld, sondern individuelle Hilfe – „soziale Assistenz" – auf dem Weg zum neuen Job, professionelle Hilfe statt Zahlung von Geld – das soll in Zukunft der Gegenwert sein für die Beiträge, die alle Beschäftigten in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Das meint Schartau, wenn er davon spricht, die Arbeitsförderung „vom Kopf auf die Füße" zu stellen: echte Hilfe statt bloß Knete.

Dass dafür die Rechtslage umgekrempelt werden muss, interessiert ihn noch nicht – da sollen sich die Juristen drum kümmern. „Mir geht es darum, dass wir uns besinnen: Worum geht's, wenn jemand seinen Job verloren hat? Um einen neuen Job!" Und die Schritte dorthin, über Qualifizierung, Umschulung und Praktika, sollten die Arbeitsämter mit jedem Einzelnen individuell vereinbaren. Die Ämter, glaubt Schartau, seien dazu im Verein mit Unternehmen, Zeitarbeitsfirmen und Qualifizierern durchaus in der Lage; „mehr Personal muss nicht sein." Das Verhältnis der Arbeitslosen zum Arbeitsamt werde sich verändern, prophezeit der Minister: „Es geht nicht mehr um das Ausfüllen von Formularen und die Angabe der Kontonummer."

Foto: Jürgen Seidel

Harald Schartau, 48, ist seit Juni 2000 Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Und wenn die Betroffenen nicht mitspielen – müssen dann die Zumutbarkeitskriterien verschärft und die Sperrzeiten verlängert werden? Das seien „Begriffe aus der Vergangenheit", wehrt Schartau ab. Es brauche keine neuen Druckmittel, sondern neue Ideen. „Den Leuten zu helfen, einen neuen Job zu finden – das ist die hohe Kunst der Arbeitsmarktpolitik, nicht das Drohen mit Sanktionen."

Er will „erst fördern, dann fordern". Letzteres aber auch. „Ich mache keinen Hehl daraus, zu sagen, wenn jemand meint, er müsse die angebotene Hilfe nicht annehmen, ‚okay, dann kriegst du auch kein Geld'." Solidarität, so der ehemalige IG Metall-Bezirksleiter von NRW, sei keine Einbahnstraße. Und er hat auch eine Antwort parat für den Fall, dass Arbeitslose meinen, erst einmal „halblang machen" zu können: „Sollen sie machen, aber das bezahl' ich doch nicht." Schartau warnt vielmehr davor, „dass mit dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit der Qualifikationsverlust beginnt". Er hält deshalb auch „nicht viel von Sozialplänen, bei denen es nur um Abfindung geht". Das Geld müsse genutzt werden, „damit die Leute möglichst nahtlos einen neuen Job kriegen". Auch bei anstehenden Massenentlassungen solle Arbeitslosigkeit möglichst gar nicht erst entstehen.

Schartau will NRW „zur Bühne für neue Ansätze in der Arbeitspolitik" machen, Transferagenturen und Transfergesellschaften sollen die Vermittlung und Qualifizierung der von Arbeitslosigkeit Bedrohten organisieren. Landesweit sind bisher rund 120 solcher Agenturen und Gesellschaften entstanden.

Politische Unterstützung für seine Ideen findet Schartau „überall dort, wo ich davon erzähle". Tatsächlich kommt die geplante Reform des Sozialgesetzbuches (SGB) III, die noch in diesem Jahr auf der Tagesordnung steht, seinen Vorstellungen entgegen. Ihr Ziel: Die Arbeitsämter sollen künftig mit den Arbeitslosen sofort nach Beginn der Arbeitslosigkeit Eingliederungspläne erarbeiten. •

Worte und Wirkung

„Es gibt Menschen, die beziehen Arbeitslosengeld und machen nebenher Schwarzarbeit und sind damit zufrieden ... Es gibt Leute, die haben in ihrem Leben nichts anderes gelernt, als vom Sozialamt ihre Unterstützung abzuholen. Das gibt es genauso wie Leute, die Steuern hinterziehen. Ich will, dass ein solches Verhalten künftig geächtet wird."

So stand's im Interview mit NRW-Arbeitsminister Harald Schartau, das die „Berliner Zeitung" am 2. April veröffentlichte.

Prompt forderte die PDS eine Bundestagsdebatte „zum rechtlichen Umgang mit Arbeitslosen vor dem Hintergrund der jüngsten Vorschläge des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers".

Schartau reiste am 5. April nach Berlin, verspottete die PDS („Florence Nightingale der Arbeitslosen") und verteidigte vor dem Bundestag seine Thesen sowie das NRW-Konzept „Fördern und fordern".

Bundeskanzler Gerhard Schröder muss da etwas nicht ganz richtig verstanden haben: Anderntags veröffentlichte „Bild" ein Interview mit ihm unter der Überschrift „Kein Recht auf Faulheit". Seitdem herrscht Aufregung im Land.

kurz&bündig

Anfang Mai wurde zum letzten Mal der DAG-Fernsehpreis verliehen. Die Auszeichnung in „Gold" ging an ein Fernsehspiel des ORB über Dietrich Bonhoeffer. Die Idee des DAG-Fernsehpreises soll unter neuem Namen in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fortgesetzt werden.

Das Ergebnis der jüngsten Vertrauensleutewahlen wertet die IG Metall als Erfolg. In Betrieben unter 500 Beschäftigten stieg die Zahl der Vertrauensleute um 25 Prozent. Ohne die Fusion mit den Gewerkschaften Textil – Bekleidung sowie Holz und Kunststoff sei das Ergebnis allerdings „nicht ganz so positiv", so der Info-Dienst „direkt".

Mit dem Projekt „FiDi.direct" will ver.di gezielt Beschäftigte in Call-Centern von Direktbanken ansprechen. Diese Branche sei bisher weitgehend „gewerkschafts- und tarifvertragsfrei", das Gehaltsniveau liege deutlich unter dem der Stammhäuser.

Die NGG hat ihren bundesweit ersten Tarifvertrag zur betrieblichen Altersvorsorge abgeschlossen. Für die 55 000 Beschäftigten der Süßwarenindustrie vereinbarte die Gewerkschaft einen Einstieg in die betriebliche Zusatzrente, in die 0,35 Prozent aus der Tariferhöhung 2001 fließen.

ver.di-Sozialplan

Zustimmung der Betriebsräte noch offen

Sieben Wochen nach Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft haben der ver.di-Vorstand und VertreterInnen der Betriebsräte der fünf Gründungsgewerkschaften am 18. Mai einen Sozialplan-Entwurf verabschiedet. Er regelt die Voraussetzungen, unter denen die Beschäftigten von DPG, HBV, IG Medien, ÖTV und DAG zu ver.di versetzt werden. Falls auch die Vorstände und Betriebsräte der fünf ver.di-Gewerkschaften zustimmen, wäre damit eines der größten Hindernisse beseitigt, das bislang den Aufbau der neuen Gewerkschaft erschwert.

Betroffen sind neben den Beschäftigten der Hauptverwaltungen, die nach Berlin umziehen müssen, auch die MitarbeiterInnen in den Landesbezirken und Kreisen. Durch den Abbau von Doppelstrukturen und die Erschließung neuer Arbeitsfelder werden die meisten der fast 5000 ver.di-Beschäftigten neue Aufgaben erhalten. Zwar gilt für sie ein bis Ende 2007 wirksamer Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, dennoch müssen sie ein hohes Maß an Flexibilität mitbringen, damit die ver.di-Strukturen aufgebaut werden können.

Bei personellen Maßnahmen soll grundsätzlich „das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt bleiben". Auf die „Arbeitssituation älterer KollegInnen" soll ebenso „Rücksicht genommen" werden wie auf die „besondere Lebens- und Erwerbssituation von Frauen". Andererseits müssen die Beschäftigten zu erheblich längeren Arbeitswegen bereit sein. „Tägliche Pendelzeiten von bis zu 2 1/2 Stunden" gelten im Sozialplan als zumutbar. Beate Eggert, ver.di-Vorstand für Personal, bewertet das Verhandlungsergebnis positiv. Die höhere Mobilität der Beschäftigten sei notwendig, „um die Arbeitsfähigkeit der neuen Gewerkschaft sicherzustellen". Zudem verweist Eggert auf das „materiell hohe Niveau" des Sozialplans, nach dem ausscheidende Beschäftigte eine Abfindung von bis zu 210 000 Mark erhalten.

Barbara Öhmischen, Verhandlungsführerin der Betriebsräte, sieht die Zustimmung der ArbeitnehmerInnen dagegen als „noch nicht gesichert" an. Kritik kommt vor allem von den Beschäftigten der Hauptverwaltungen, die einen höheren Ausgleich für die Kosten ihres Umzugs nach Berlin fordern, insbesondere wenn sie längere Zeit pendeln müssen. Bis zum 11. Juni wollen die Betriebsräte entscheiden, ob sie dem Sozialplan zustimmen. •

Neonazis

GdP fordert Strategiewechsel

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg hat die Gewerkschaften aufgefordert, ihre Strategie gegen Rechtsradikale zu überprüfen. Weil die Neonazis dazu übergegangen sind, eine Vielzahl paralleler Demonstrationen anzukündigen, sei auch die Zahl der Gegendemonstrationen sprunghaft gestiegen. Es sei zwar ermutigend, dass viele Menschen den braunen Marschierern nicht die Straße überlassen wollten, oft brächten aber erst die Gegendemonstrationen den ausländerfeindlichen Aufmärschen die öffentliche Beachtung, statt sie ins Leere laufen zu lassen. Zudem würden die Rechtsradikalen peinlich darauf achten, das Versammlungsrecht einzuhalten, während es bei den Gegendemonstrationen häufiger zu Verstößen komme. Die Polizei habe „nicht das geringste Interesse, den ‚Rechten' auch nur dem Anschein nach zu helfen", dies sei aber das Ergebnis, „wenn sie auf Grund des Verhaltens von Gegendemonstranten zum Einschreiten gezwungen" sei. •

Qualifizierung

IG Metall strebt Pilotvertrag an

Die IG Metall Stuttgart fordert als einziger IG Metall-Bezirk einen tarifvertraglichen Anspruch auf Qualifizierung. Künftig sollen der Bedarf jedes Arbeitnehmers regelmäßig festgestellt und die sich daraus ergebende Weiterbildung festgeschrieben werden. Der Arbeitgeberverband Südwestmetall lehnt das strikt ab. In Baden-Württemberg nahmen deshalb 50 000 ArbeitnehmerInnen aus 150 Betrieben an Warnstreiks teil. IG Metall-Chef Klaus Zwickel: „Die Arbeitgeber sollten ihren Sonntagsreden zum lebenslangen Lernen endlich Taten folgen lassen" •

DGB-Landesbezirke

1,3 Millionen für EDV-Ausstattung

Für das laufende Jahr hat der DGB Investitionen im Datenverarbeitungssektor von 1,3 Millionen Mark beschlossen. Mit diesen Mitteln sollen die DGB-Landesbezirke und -Kreise ältere Einzelplatz- und Netzwerkrechner der ersten Pentiumgeneration sowie Drucker gegen neuere und zum Teil wirtschaftlichere Geräte ersetzen.

Darüber hinaus will der DGB-Bundesvorstand in einem Pilotprojekt die Möglichkeit zur Verschlüsselung und Signatur von E-Mails erproben. Verschiedene Werkzeuge zur bundesweiten Administration der Hardware sowie zur Unterstützung und Qualifizierung der PC-NutzerInnen sowie des PC-Anwendungsservices werden ebenfalls aus dem Etatposten finanziert, der den Rückstellungen zur Verwaltungsmodernisierung entnommen ist. •

Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

Vernünftig und überfällig

Aus Sicht des Managements des Volkswagen-Konzerns spricht nichts dagegen, das geplante Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft in die Praxis umzusetzen. Traudel Klitzke, Leiterin der Frauenförderung beim VW-Konzern, erläutert, weshalb sie ein solches Gesetz für „vernünftig und überfällig" hält.

Als Unternehmen, das, basierend auf einer zwischen Vorstand und Gesamtbetriebsrat verabschiedeten Betriebsvereinbarung, seit mehr als zehn Jahren Frauenförderung realisiert, hat die Volkswagen AG immer mit großem Interesse die jeweilige Regierungspolitik zur Chancengleichheit bzw. Frauenförderung verfolgt. Als die rot-grüne Koalition in dem Programm „Frau und Beruf" ein wirksames Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ankündigte, waren wir natürlich interessiert, aus erster Hand zu erfahren, was dies beinhalten sollte.

Wir haben deshalb Bundesfrauenministerin Christine Bergmann im Oktober 1999 nach Wolfsburg eingeladen. Sie hat ihre Vorstellungen Mitgliedern des Konzernvorstandes und des Gesamtbetriebsrates sowie 80 ManagerInnen und etwa 100 Frauen aus allen Hierarchieebenen präsentiert. Der Dialog gestaltete sich außerordentlich fruchtbar. **Das Gesetzesvorhaben schien uns nicht nur vernünftig, sondern auch überfällig.** An dieser Einschätzung hat sich bis heute nichts geändert. Dr. Peter Hartz, Arbeitsdirektor der Volkswagen AG, erklärte sich bereit, Frau Bergmann zu unterstützen und in ihrem ExpertInnengremium „Frauenförderung in der Privatwirtschaft" mitzuwirken.

Bevor die Ministerin ihre Eckpunkte für das Gesetz vorlegte, fand ein intensiver Dialog über Pro und Kontra mit Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Unternehmen, Politik und Wirtschaft statt. Wir haben uns im gesamten Diskussionsprozess um die Gestaltung des Gesetzes sehr gut einbezogen gefühlt und konnten unsere praxisbezogene Sichtweise einbringen – insbesondere in den insgesamt vier Dialogforen im vergangenen Jahr, in denen Regelungen zur Gleichstellung diskutiert und erfolgreiche Initiativen aus der Wirtschaft vorgestellt wurden.

Wesentlich ist für uns, dass nach den Vorstellungen von Frau Bergmann zwar ein verbindlicher Handlungsrahmen für alle Unternehmen der Privatwirtschaft vorgesehen ist, aber die Ausgestaltung, also das WAS und das WIE, als originäre Aufgabe der betrieblichen Akteure definiert wird. Bei der betrieblichen Umsetzung will sie eine angemessene Frist von etwa zwei Jahren einräumen, bevor weitere Anreize greifen sollen. Auch dies ist begrüßenswert, da die meisten Unternehmen Zeit brauchen werden, ihre Personalpolitik neu auszurichten. Man muss dabei berücksichtigen: **Von den rund drei Millionen Unternehmen in der Bundesrepublik haben nur etwa hundert ein Frauenförderprogramm.** Mit elf Prozent Frauen in Führungspositionen sind wir im Ländervergleich der Industrienationen das Schlusslicht. In den USA liegt der Frauenanteil im Management bei 46 Prozent – dort gibt es bereits seit den 60er Jahren ein Gleichstellungsgesetz.

Traudel Klitzke, 53, Leiterin der Frauenförderung beim VW-Konzern, engagiert sich in vielen Verbänden und Netzwerken für die Gleichstellung der Frau in der Wirtschaft.

Seit Jahren arbeiten wir aktiv bei „Total E-Quality Deutschland" mit, ebenso im „Forum Frauen in der Wirtschaft", in dem rund 20 Konzerne vertreten sind. So konnten wir die Erfahrungen aus der Wirtschaft immer wieder in das eigene Unternehmen rückkoppeln. Das hat uns in der Ansicht bestärkt, dass beide Wege notwendig sind. Unternehmen brauchen eine stärkere Orientierung hin zu einer nachhaltigen und vorausschauenden Personalpolitik, die sie selbst entwickeln. Sie brauchen in der Masse aber auch Anreize „von außen", sprich: eine gesetzliche Verpflichtung. Wir sollten ohne Scheu über den Tellerrand schauen – um von den Erfahrungen der Länder zu profitieren, in denen bereits seit längerem solche Gesetze existieren – wie in den USA, in der Schweiz oder bei den nordeuropäischen Nachbarn.

Wir erhoffen uns mit dem Gesetz einen Schub nach vorne in der Geschlechterdemokratie. Wir sollten nicht länger die kreativen Potenziale der Frauen brachliegen lassen. Generell spielen Frauen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Deutschland eine untergeordnete Rolle, die weder den gleichstellungspolitischen Zielen des Grundgesetzes noch denen auf EU-Ebene entspricht. Mit dem Amsterdamer Vertrag hat sich auch Deutschland zur Verwirklichung der Chancengleichheit als einem der vier Eckpfeiler aktiver Beschäftigungspolitik verpflichtet. Das sollten wir nun gemeinsam in der Wirtschaft angehen. •

Gleichstellungspolitik und Unternehmenskultur

Es gibt sie, die Unternehmen, bei denen wie bei der Volkswagen AG Gleichstellungspolitik zur Unternehmenskultur gehört. Aber sie sind nach wie vor die Ausnahmen.

Gerade mal rund 50 Betriebe wurden bisher mit dem „Total E-Quality"-Prädikat für ihre auf Chancengleichheit ausgerichtete Personalpolitik ausgezeichnet – bei drei Millionen Betrieben in Deutschland nicht viel. Vergeben werden die Prädikate vom Verein „Total E-Quality Deutschland", einer vom Bund unterstützten Initiative von Unternehmen und Tarifparteien.

„Total E-Quality" geht davon aus, dass Chancengleichheit den Unternehmen Vorteile im Wettbewerb verschafft und für eine innovative und zukunftsweisende Personalpolitik unerlässlich ist.

Mehr Infos:
www.total-e-quality.de

Kampagne des Deutschen Frauenrates für ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft:
www.frauenrat.de

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Fax-Abruf:
0211 / 43 01 679
Daten – Fakten – Argumente zum Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

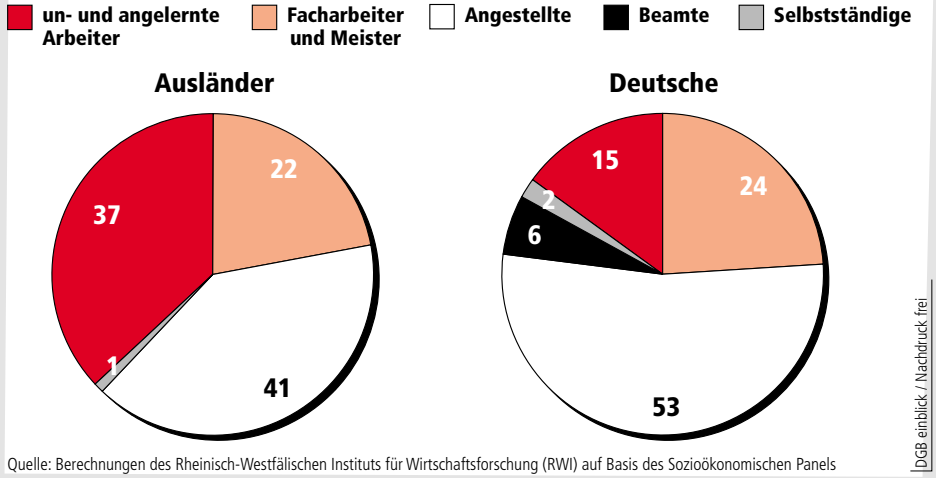
DIES & DAS

die DGB grafik

EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND: Potenzial nicht genutzt

Die „mangelhafte Integration" der hier lebenden Ausländer kostet jedes Jahr zwischen 40 und 80 Milliarden Mark an entgangenem Wachstum. Das hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) ermittelt. Hauptursache sind die geringe Bildungsbeteiligung und der hohe Anteil ausländischer Erwerbstätiger mit einfacher Tätigkeit. Eine bessere Integration würde sich auch für den Staat mit Mehreinnahmen zwischen 7 und 15 Milliarden Mark rechnen.

Berufliche Stellung deutscher und ausländischer Erwerbstätiger unter 25 Jahren (in Prozent)



Quelle: Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) auf Basis des Sozioökonomischen Panels

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

••• ***Christian Kühbauch,*** 31, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landtagsbüro des bayerischen DGB-Vorsitzenden Fritz Schösser, seit 1998 Jugendsekretär beim DGB-Kreis München, ist ab dem 1. Juli Sachgebietssekretär in der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstands.

••• ***Carsten Dannel,*** 28, Studium der Kommunikationswissenschaften, Arbeit als freier Kommunikationsberater, ist ab dem 1. Juni Referatssekretär Werbung/PR in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des DGB-Bundesvorstands.

••• ***Jörg-Peter Ludwig,*** 50, Referatssekretär für Organisation/Verwaltung beim DGB-Landesbezirk Berlin–Brandenburg, ist ab dem 1. Juni Referatssekretär in der Abteilung Organisation des DGB-Bundesvorstands.

••• ***Ulrich Pithan,*** 60, auf dem GEW-Kongress am 7. Mai in Lübeck wieder gewählter Schatzmeister der GEW, ist Mitte Mai verstorben. Seine Funktion übernimmt bis zu der für den November vorgesehenen Neubesetzung der Stelle kommissarisch die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange, 43.

••• ***Ingrid Sehrbrock,*** 52, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, ist als Mitglied der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) gewählt worden.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

29./30.5. ver.di-Bundesvorstand, Auftaktkonferenz zum „Gender Mainstreaming", Leipzig

30.5. DGB-Jugend, Fachgespräch zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, Berlin

6.6. DGB, Arbeitstagung „Perspektiven gewerkschaftlicher Seniorenpolitik", Berlin

6.-9.6. Verband deutscher Schriftsteller (VS), Wahlkongress mit Literaturprogramm „Mitte Europas – Literatur unserer Nachbarn", Leipzig

7.6. Arbeitsmarktbericht für den Monat Mai, Nürnberg

7.6. Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit, bundesweiter Aktionstag „Arbeitslose fördern statt verurteilen!"

10.6. DGB-Niedersachsen/Bremen, Vergabe des DGB-Filmpreises, Emden

Tipp

Buch: ***Markus Mohr, Die Gewerkschaften und der Atomkonflikt, Verlag Westfälisches Dampfboot, Schriftenreihe der Hans-Böckler-Stiftung, Münster 2001, 493 Seiten, 68 Mark***

Die Auseinandersetzung um die Atomenergie hat an Brisanz gewonnen, seit mit dem Ausstiegsbeschluss die Castortransporte wieder rollen. Kenntnisreich zeichnet Markus Mohr die nicht immer widerspruchsfreie, von unterschiedlichen Branchenin teressen geprägte Rolle nach, die die Gewerkschaften seit den Anfängen der Atompolitik gespielt haben. Die Betriebsräte der Kernkraftwerke hätten dabei ein weit über ihrer Mitgliederstärke liegendes Gewicht gehabt.

Schlusspunkt

„Der Händedruck einer alternden Männerriege ändert nichts an den gesellschaftlichen Verhältnissen."

IG Medien-Vorsitzender Detlef Hensche auf der Landesbezirkskonferenz der IG Medien NRW am 12. Mai 2001 zum Bündnis für Arbeit

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.06.2001 11/01

DGB

Mitarbeiterbeteiligung

Kein Königsweg zu mehr Produktivität

Unternehmen, die ihre Belegschaften am Gewinn oder Kapital beteiligen, sind produktiver als Firmen ohne Mitarbeiterbeteiligung. Das hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg festgestellt.

„Im Westen liegt die Wertschöpfung pro Beschäftigten in Beteiligungsbetrieben bei durchschnittlich 125 000 DM, in den anderen bei 79 400 DM", heißt es im jüngsten *IAB-Kurzbericht.* Im Osten sei die Differenz zwar kleiner, „aber statistisch ebenso nachweisbar".

Diese Feststellung deckt sich mit einer Erkenntnis der schweizerischen Vermögensverwaltung SAM. Danach stieg der Kurs von Aktiengesellschaften, deren Kapitalbasis den Beschäftigten offen steht, zwischen Juni 1998 und März 2001 um 88,5 Prozent; die Aktienkurse von Firmen ohne Mitarbeiterbeteiligung hingegen brachten es nur auf ein Plus von 11,4 Prozent.

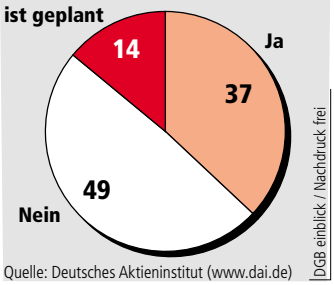
Dass zwischen Mitarbeiterbeteiligung und Produktivität ein positiver Zusammenhang besteht, hält Peter Wilke von ISA Consult zwar für „plausibel", einen kausalen Zusammenhang jedoch nicht für bewiesen. Die Bochumer Beratungsgesellschaft ISA Consult hat sich im Rahmen des gewerkschaftlichen EXPO-Projekts „Einkommen der Zukunft" für die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivkapital stark gemacht. Claus Schäfer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung bestreitet sogar energisch, dass Mitarbeiterbeteiligung die Ursache für höhere Produktivität sei: „Wenn das so wäre, würden alle Manager Beteiligungsmodelle einführen." Diese Modelle seien vielmehr „ein Abfallprodukt von Unternehmen, denen es gut geht, die ihre Gewinne nicht verstecken können."

Die meisten Firmen wollen mit der Einführung von Mitarbeiterbeteiligungssystemen die Identifikation ihrer Beschäftigten mit dem Unternehmen erhöhen. Erst an fünfter Stelle steht das Ziel „Erhöhung des Unternehmenserfolgs", so das Ergebnis einer Umfrage des Deutschen Aktieninstituts und der Unternehmensberatung Hewitt.

Das IAB will zwar den „reinen" Effekt der Mitarbeiterbeteiligung erfasst und alle anderen Einflussfaktoren auf die betriebliche Produktivität ausgeschlossen haben. Fest steht aber, dass Beteiligungsbetriebe im Schnitt größer sind als andere Unternehmen, mehr exportieren, mehr ausbilden, innovativer und häufiger an Tarifverträge gebunden sind. •

Im Aufwind

Unternehmensbefragung: Existiert eine Mitarbeiterbeteiligung am Produktivvermögen? (in Prozent)



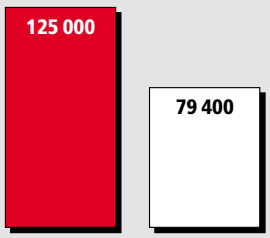
Quelle: Deutsches Aktieninstitut (www.dai.de)

DGB einblick / Nachdruck frei

Von 616 befragten Unternehmen planen 86, ihre MitarbeiterInnen am Kapital zu beteiligen.

Höhere Wertschöpfung

Wertschöpfung pro Beschäftigten ■ mit und □ ohne Mitarbeiterbeteiligung (West 1998, in DM)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (www.iab.de)

DGB einblick / Nachdruck frei

Firmen mit Mitarbeiterbeteiligung haben eine um rund 50 Prozent höhere Produktivität.

plusminusBERLIN

+ *Verbraucherministerin Renate Künast (Bündnis 90/Grüne) will verhindern, dass gentechnisch veränderter Mais kommerziell angebaut wird. Weil die Kompetenz dazu im jetzt SPD-geführten Gesundheitsministerium liegt, soll das Bundessortenamt aktiv werden, das bislang nur die Ertragskraft neuer Pflanzen prüft.*

− *Irmgard Schwaetzer, sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, fordert die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau. Als „Anreiz" für eine schnelle Rückkehr ins Erwerbsleben sollen zudem für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe die Rentenversicherungsbeiträge entfallen.*

inhalt

Seite 3

Die bessere Alternative

Die geplanten Pensionsfonds bieten mehr als die private Altersvorsorge

Seite 5

Kreativer Kick

Gender Mainstreaming verändert die Gewerkschaften

Seite 7

Von Cockpit lernen

Die Tarifforderung der Piloten geht nicht zu Lasten der Lufthansa-Beschäftigten, meint Constanze Lindemann von der IG Medien Berlin-Brandenburg

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.web-gegen-rechts.de

Internetportal gegen rechte Gewalt

Im Faxabruf

0211 / 43 01 651

Kompetenzzentrum Mobilität. Argumente der Gewerkschaft Transnet für ein gewerkschaftsnahes Institut für Verkehrspolitik

POLITIK AKTUELL

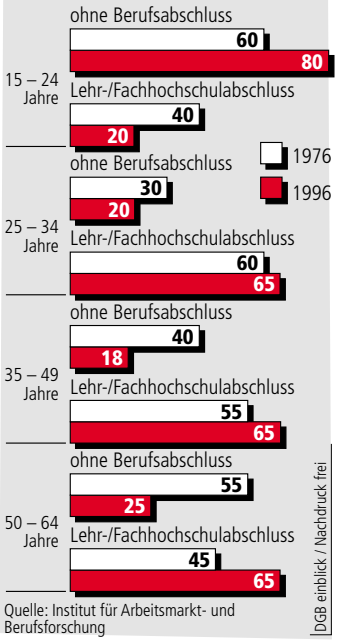
?...nachgefragt

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in Thüringen hat Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen Bundeskanzler Gerhard Schröder gestellt. Der Grund: die umstrittenen Faulenzer-Äußerungen des Kanzlers. Dazu Jörg Zimmermann, 43, stellvertretender Landesleiter der HBV und künftiger ver.di-Landessekretär:

Wenn hier zu Lande die Bemerkung „Soldaten sind Mörder" strafrechtlich geahndet werden kann, dann muss auch die Bezeichnung Arbeitsloser als Faulenzer strafrechtlich belangt werden können. Und immerhin: Das Echo ist groß, die öffentliche Reaktion geht weit über die ehemaligen Mauern hinweg, wir haben eine lebhafte Diskussion ausgelöst. Die Quintessenz der meisten Kommentare: Toll, dass ihr was macht.

Arbeitsmarkt: Fachkräftemangel droht

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und Bildungsbeteiligung (in Prozent)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

DGB einblick / Nachdruck frei

Demographische Entwicklung und stagnierende Bildungsbeteiligung nachrückender Generationen bedrohen langfristig den Technologiestandort Deutschland. Die gut ausgebildete Generation der 35- bis 49-Jährigen rückt dem rentenfähigen Alter näher – gleichzeitig folgen geburtenschwächere Jahrgänge. Aus der Bildungsexpansion ist darüber hinaus seit Beginn der Neunziger eine Bildungsstagnation geworden.

DGB-Forderung

Verbandsklage jetzt regeln

Der DGB hat die Bundesregierung aufgefordert, das in der Koalitionsvereinbarung zugesagte Verbandsklagerecht der Tarifvertragsparteien „noch in dieser Legislaturperiode" gesetzlich zu verankern. Mit diesem Recht sollen Tarifverstöße von Arbeitgebern durch die Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände geahndet werden können. •

Sozialgesetzbuch IX

Mehr Rechte für Behinderte

260 Mark bekommen Behinderte, die in den alten Bundesländern in Werkstätten arbeiten, im Schnitt als Arbeitsentgelt. Im Osten sind es 160 Mark. Der Grund für die schlechte Bezahlung: Behinderte haben keinen Anspruch auf ein Tarifgehalt, sondern werden aus den Erlösen der Behindertenwerkstätten bezahlt.

Mit der Einführung des ab Juli geltenden neuen Sozialgesetzbuchs IX, dass die bisherigen Gesetze im Reha-Bereich zusammenfasst, verbessert sich ihre Situation zumindest partiell: Behinderte, die in Werkstätten arbeiten, erhalten ein zusätzliches Arbeitsförderungsgeld von 50 Mark. Zudem entfällt die Bedürftigkeitsprüfung, nach der die Behinderten bislang ihren Werkstattplatz selbst bezahlen mussten, wenn sie über geringe Geldbeträge verfügten. Ab Juli haben die Behinderten, für die seit 1996 ein arbeitnehmerähnlicher Status gilt, zudem einen Rechtsanspruch auf eine eigene Interessenvertretung. •

geplant... beschlossen

Der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB (GBV) will gemeinsam mit den Landesbezirksvorsitzenden nach Wegen suchen, wie die bislang nur mit Zwei-Jahres-Verträgen angestellten JugendbildungsreferentInnen länger beim DGB beschäftigt werden können. Dazu sollen „ausgehend vom Grundsatz der befristeten Beschäftigung" Möglichkeiten „von Projektarbeit auch über zwei Jahre hinaus" genutzt werden. Die bislang üblichen kurzen Beschäftigungszeiten erschweren eine kontinuierliche Jugendarbeit.

Der GBV hat eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen der Abteilungen Finanzen und Organisation, aus vier Landesbezirken und dem Gesamtbetriebsrat eingesetzt, die bis Jahresende ein Konzept zur Neuordnung der Finanzbuchhaltung auf Landesebene entwickeln soll.

wiewardiewoche?

Foto: FTD/Uta Rademacher

Katja Karger, 32, ist seit 1997 beim Internet-Dienstleister Pixelpark beschäftigt. Seit Anfang Mai ist sie als Betriebsratsvorsitzende auch dafür zuständig, dass Arbeits- und Mitbestimmungsnormen eingehalten werden.

Seit ich bei Pixelpark bin, wusste ich: Wir brauchen einen Betriebsrat. Nur damals war es noch so, dass Pixelpark wirklich die neuen Arbeitsformen gelebt hat. Meinungsunterschiede und kleinere Schwierigkeiten wurden in der Küche oder am Roundtable diskutiert. Bis auch die Pixel lernen mussten: Es gibt Interessenskonflikte, da ist mit Goodwill allein nichts zu erreichen. An solchen Punkten wurden uns Bonbons gereicht wie etwa das von der Firma bezahlte Taxi, wenn man nach 22 Uhr erst das Büro verlässt. Wie notwendig der Betriebsrat beim inzwischen längst international agierenden Internet-Dienstleister ist, hat sich nicht nur gezeigt, als die Pixelpark-Aktie fiel. Mitte Mai, der Betriebsrat war mit der hervorragenden Unterstützung des Gewerkschaftsprojekts connex.av gerade gewählt, war von 200 Stellenstreichungen bundesweit die Rede. Davon sollte auch die Berliner Zentrale betroffen sein. Ohne den Betriebsrat überhaupt zu informieren, haben Gespräche über Aufhebungsverträge stattgefunden. Informationen, die wir als Betriebsrat gebraucht hätten, wurden uns verweigert. So mussten wir wenige Tage, nachdem wir im Amt waren, Klage einreichen, damit der Betriebsrat bei der anstehenden „Kapazitätsanpassung" nicht außen vor blieb. Zwar hat das Arbeitsgericht diese Klage zurückgewiesen, es hat aber gleichzeitig die beiden Parteien zu Verhandlungen aufgefordert und vom Pixelpark-Vorstand verlangt, uns alle Informationen sowie die notwendigen Erläuterungen zu geben. Ab Mitte Juni werden wir über einen Sozialplan verhandeln.

Pensionsfonds

Die bessere Alternative

Der Chor der Mahner schwillt an: Politiker und Gewerkschafter, Verbraucherschützer und Finanzexperten warnen davor, jetzt schon private Rentenverträge mit Banken und Versicherungen abzuschließen.

„Herr Kaiser kann warten", witzelt *metall,* das Mitgliedermagazin der IG Metall. Jürgen Peters, 2. Vorsitzender der Gewerkschaft, befürchtet: „Wer heute übereilt Verträge abschließt, wird sich später vermutlich ärgern." Deshalb rät die Stiftung Warentest: „Bloß noch nichts unterschreiben." Und *Finanztest*-Redakteur Jörg Sahr sagt, warum: Man schlösse sonst womöglich einen Vertrag ab, der einen langfristig binde, „aber kein Geld vom Staat bringt".

Fest steht: Die Förderung unterliegt Richtlinien, nachzulesen im so genannten Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz. Danach prüft das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV), ob die angebotenen Altersvorsorgeprodukte – gerechnet wird mit 20 000 Angeboten – den Förderkriterien entsprechen: ohne BAV-Prüfsiegel kein Geld. Aber noch trägt kein Rentenvertrag diesen Stempel, damit ist frühestens im Spätherbst zu rechnen. Zudem sagt das BAV-Siegel nichts über Rentabilität, Sicherheit und Flexibilität der privaten Rentenverträge aus.

Jeder sei gut beraten abzuwarten, bis zertifizierte Produkte da sind, empfehlen Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) und Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Bündnis 90/Grüne). Manfred Westphal vom Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände rät: „Vor Ende des Jahres nichts entscheiden."

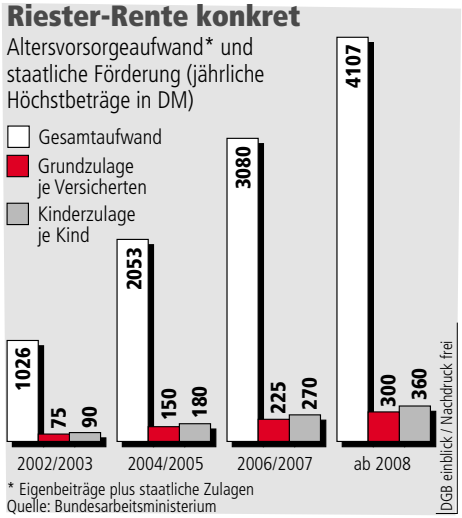
Bislang ist das Interesse der Bürger auch erstaunlich gering: „Nur 20 Prozent wollen die Riester-Rente", hat das Meinungsforschungsinstitut dimap im Auftrag von *Bild* und Mitteldeutschem Rundfunk ermittelt.

Dass Versicherer und Banker jetzt massiv und trickreich um die Gunst der Kunden buhlen, hat zwei Gründe: Zum einen verspricht die Riester-Rente ein gigantisches Geschäft, allein die staatliche Förderung beläuft sich ab 2008 auf 20,8 Milliarden Mark jährlich. Zum anderen sitzen der Branche die Gewerkschaften im Nacken. Diese haben zwar – mit Ausnahme der IG BAU – noch keinen Pensionsfonds aufgelegt, arbeiten aber mit Hochdruck daran. Allen voran IG Metall und ver.di. Noch in diesem Jahr wollen sie gemeinsam mit den Arbeitgebern professionell gemanagte überbetriebliche Fonds gründen.

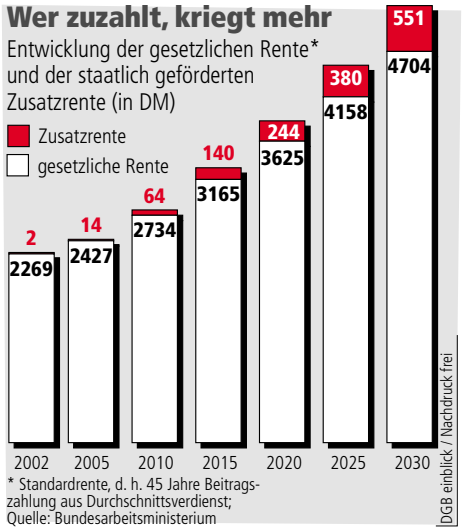
Und ihre Aussichten, den Konkurrenzkampf zwischen privater und betrieblicher Rente zu gewinnen, sind nicht schlecht.

Erstens sind die Verwaltungskosten von Kollektivverträgen geringer als von individuellen. Während Letztere bis zu 20 Prozent des Kapitals verschlingen, können die Verwaltungskosten von Pensionsfonds auf unter fünf Prozent gedrückt werden. Das kommt voll den Beschäftigten zugute und macht letztlich 20 000 bis 30 000 Mark aus.

Zweitens bevorzugt der Gesetzgeber Pensionsfonds. Sie müssen nicht zertifiziert werden und kassieren die volle staatliche Förderung schon ab 2002, nicht erst wie Privatverträge ab 2008. Außerdem kann in die Fonds per Entgeltumwandlung bis 2008 steuer- und sozialabgabenfrei eingezahlt werden. •



Die volle staatliche Förderung erhält nur, wer – einschließlich aller Zulagen – in den Jahren 2002/2003 je ein Prozent, 2004/2005 je zwei Prozent, 2006/2007 je drei Prozent und ab 2008 vier Prozent seines sozialversicherungspflichtigen Bruttoeinkommens fürs Alter zurücklegt. Zusätzlich kann der Altersvorsorgeaufwand als Sonderausgabe steuerlich geltend gemacht werden.



Während der Rentenbeitrag steigt (von 19 Prozent des Bruttoeinkommens 2002 auf 22 Prozent 2030), sinkt das Rentenniveau (von 70 auf 68 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens). Wettmachen lässt sich das durch persönliche Vorsorge plus staatliche Zulage: Beides erhöht die Gesamtrente anfangs nur minimal, dann um mehrere hundert Mark – und das Rentenniveau klettert bis 2030 auf 76 Prozent.

Begünstigt

Von der Riester-Rente können alle profitieren, die Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen, Beschäftigte wie Arbeitslose. Nicht zum Kreis der Begünstigten zählen im Wesentlichen Beamte, die ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes, freiwillig Versicherte, geringfügig Beschäftigte und die in berufsständischen Versorgungswerken Pflichtversicherten.

Förderfähig ist die betriebliche Altersvorsorge in Form von Direktversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds.

ArbeitnehmerInnen erhalten einen individuellen Anspruch auf betriebliche Altersversorgung aus ihrem Entgelt, indem sie auf Teile des Entgelts verzichten und diese vom Arbeitgeber einzahlen lassen. Besteht eine Pensionskasse oder wird ein Pensionsfonds gebildet, zahlt der Arbeitgeber das Geld dort ein. Ansonsten können die Beschäftigten von ihm den Abschluss einer Direktversicherung verlangen.

Im Internet

www.warentest.de

Mehr Infos zur Riester-Rente (Klick auf „Aktuelle Meldungen" / „Finanzen und Recht")

PROJEKTE UND PARTNER

Kemnade International

Festival rund um den Orient

Ein Multikulti-Festival mit Konzerten, Tänzen und einem orientalischen Basar – das ist die „Kemnade International" vom 22. bis 24. Juni in der Nähe von Bochum, auf dem Gelände der Wasserburg Haus Kemnade im Ruhrtal. Das Motto der „Biennale der Weltmusik": Orient Inside.

Mehr als 250 Künstler aus zehn Ländern präsentieren auf zwei Open-Air-Bühnen, in einem orientalischen Zelt und in der „Global Dance Hall" Sounds zwischen klassischer Tradition und DJ-Avantgarde. Einen Schwerpunkt bilden KünstlerInnen aus der Türkei und der türkischen Musikszene Nordrhein-Westfalens. Angeboten werden zudem Workshops (Chorgesang, Instrumentenbau, Sufi-Tanz) und ein Kinderprogramm. Das DGB-Bildungswerk veranstaltet während des Festivals eine Fachtagung zum deutsch-türkischen Kulturaustausch. Tageskarten kosten acht, ermäßigt fünf Mark. Kinder unter zwölf haben freien Eintritt. •

www.bochum.de/orient-inside

BIBB-Check

Weiterbilden mit Qualität

Sprachunterricht, Computerlehrgänge oder Redetraining – das Angebot an Weiterbildung ist unüberschaubar. Wie man einen seriösen Anbieter findet, zeigt die „Checkliste Qualität beruflicher Weiterbildung". Das kostenlose Handbuch des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) sagt, was Weiterbildung kosten darf und welche Abschlüsse anerkannt sind. •

BIBB, Hermann-Ehlers-Straße 10
53113 Bonn
Fax 0228 / 1 07 29 67
www.bibb.de/checkliste.htm

NRW-Initiative

Arbeitszeit flexibilisieren

Bei der Einführung flexibler Arbeitszeiten können sich kleine und mittlere Betriebe in Nordrhein-Westfalen kostenlos professionellen Rat holen. Der neue Service des Landesarbeitsministeriums entstand aus dem „100 Betriebe"-Programm, mit dem seit Anfang 2000 Firmen beim Arbeitszeitwechsel unterstützt werden. An der Umsetzung dieses Programms ist auch die DGB-Technologieberatungsstelle beteiligt. •

www.arbeitszeiten.nrw.de

Forum Mitbestimmung

Mehr Erfolg dank Mitsprache

„Nicht politisches Gezerre um Mitbestimmungsregelungen, sondern praktische Unterstützung des kooperativen Wegs hilft mittelständischen Unternehmen, ihren Standort in Deutschland zu behaupten." Mit diesen Worten kommentierte Norbert Kluge, Leiter des Forums Mitbestimmung von Bertelsmann-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung, das Erscheinen einer neuen Studie des Forums. Deren Fazit: In Kombination mit Formen direkter Mitarbeiterbeteiligung und kooperativer Unternehmensführung unterstützt die Mitbestimmung den unternehmerischen Erfolg. Titel der Studie: „Innovation und ökonomischer Erfolg durch Prozesse kooperativer Modernisierung". Nachlesbar im Internet. •

www.boeckler.de/projekte

Bund-Verlag

Weniger Steuern auf Abfindungen

Abfindungen sollen die finanziellen Nachteile des Jobverlusts mildern. Doch unter Umständen fallen auf das Abschiedsgeld hohe Steuern an. Welche Freibeträge gelten und wie sich die Abgabenlast mindern lässt, erklärt der Ratgeber „Kündigung – was tun?". •

Bund-Verlag, Frankfurt/M., 2001
342 Seiten, 29,90 Mark

DGB-Bildungswerk

Multimedia-CD Globalisierung

Grenzen verschwinden, die Welt wird kleiner: Mit Hilfe einer CD-ROM will das DGB-Bildungswerk dazu beitragen, die Globalisierung zu verstehen und Denkanstöße für die politische Arbeit zu geben. Geographische und soziale Zusammenhänge werden erklärt, multimedial erfährt der Betrachter, wie die globalisierte Welt funktioniert. Preis: 45 Mark. •

toennes satz+druck
Fax 0211 / 9 20 08 38

Stiftung Solidarität

Förderpreis für soziale Arbeit

Außergewöhnliches Engagement für Menschen in sozialer Not wird mit dem „Förderpreis der Solidarität" belohnt. Die „Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut" zeichnet damit Personen, Institutionen und Initiativen aus. Die Würdigung ist mit 30 000 Mark dotiert. Bewerbungsschluss: 30. Juli 2001. •

Stiftung Solidarität
Fax 0521 / 17 55 06

Nord-Süd-Netz

Solidarität mit Brasilien

Die Solidaritätsarbeit mit Brasilien steht in der Evangelischen Sozialakademie Schloss Friedewald auf dem Programm. Vom 22. bis 24. Juni wird unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich" über Brasilienpolitik, Landlosenbewegung und das Weltsozialforum diskutiert. Organisiert wird die Veranstaltung vom Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks. Teilnahmebeitrag: 100 Mark. •

Evangelische Sozialakademie
Tel. 0 27 43 / 92 36 65

interregio

••• Der ***DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz*** diskutiert am 2. Juli über ***Reformen im Gesundheitswesen.*** Auf einer Tagung im Mainzer DGB-Haus präsentieren VertreterInnen aus Politik, Krankenkassen und Gewerkschaften ihre Reformvorschläge. Mehr Infos: Heiner Boegler, Tel. 0 61 31 / 28 16 20

••• Das von der ***ver.di-Kreisverwaltung Düsseldorf*** mit initiierte ***Bürgerbegehren*** gegen den Verkauf der Stadtwerke ist am 20. Mai von der Bevölkerung angenommen worden. Der Rat hatte beschlossen, die Mehrheit am kommunalen Energieversorger an private Investoren zu verkaufen. Nun muss die Stadt mindestens 50,1 Prozent der Anteile halten und hat weiterhin Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Stadtwerke. Der Erfolg des Düsseldorfer Bürgerbegehrens passt in die Kampagne von ver.di NRW „Stop dem Ausverkauf – Sozialstaat muss sein!". Mehr Infos: www.buergerbegehren-duesseldorf.de

Gender Mainstreaming

Kreativer Kick für ver.di

ver.di scheint's ernst zu meinen mit dem Ziel der Geschlechterdemokratie: ihre erste große Veranstaltung widmete sich gleich dem Thema „Gender Mainstreaming".

Als erste Gewerkschaft hat ver.di dieses Instrument in der Satzung verankert (*einblick* 4/01). Künftig sollen alle wichtigen Entscheidungen daraufhin abgeklopft werden, ob die unterschiedlichen Interessen von Männern wie Frauen bedacht wurden.

Unter dem Titel „Geschlechterdemokratie ist das Ziel. Gender Mainstreaming ist der Weg" stellten sich Ende Mai rund 200 ver.di-anerInnen in Leipzig der Frage, wie dieses Prinzip durchgesetzt werden kann – in der eigenen Organisation, in Betrieben und Verwaltungen, in der Tarifpolitik und der Bildungsarbeit.

Schon die Anmeldung zum Kongress war ein Novum – teilnehmen konnte man nur im geschlechtsgemischten Tandem: Verhindert werden sollte, dass wie sonst üblich vor allem Frauen über den „Geschlechter-Interessen-Check" diskutieren. Schließlich hat Gender Mainstreaming mit dem traditionellen Konzept der Förderung von Frauen wenig zu tun, sondern verfolgt Chancengleichheit für beide Geschlechter. Auch Männer profitieren, weiß Gender-Experte Peter Döge. „Wie etwa der allein erziehende Vater mit dem Wunsch nach Teilzeit. Die Ausrichtung nach den alten männlichen Rollen- und Karrieremustern entspricht keinesfalls mehr den Bedürfnissen aller Männer."

Chancengleichheit wird im Gender-Konzept nicht so verstanden, dass alle „über einen Kamm geschoren" werden. Vielmehr werden die unterschiedlichen Lebenssituationen mit einbezogen. Traditionelle Frauenförderung, so Peter Döge, soll Frauen fit machen, sich in den männlich geprägten Strukturen zu behaupten. Das Gender-Konzept dagegen will die Organisation verändern, die Strukturen sollen sich an männliche und weibliche Lebensentwürfe anpassen. Überflüssig würden klassische Instrumente durch das neue Konzept erstmal nicht. Die Gender-Analyse bekräftige oft, dass Frauenfördermaßnahmen notwendig sind. „Wichtig ist", so Peter Döge, „dass Frauen endlich aus der Bittstellerinnen-Position herauskommen, wenn alle für die Umsetzung von Chancengleichheit verantwortlich sind."

Foto: Christiane Eisler/transit

Joachim H. Klett, Leiter der Personalabteilung der HBV, und Ilona Schulz-Müller, Bundesfrauenleiterin der DAG, sollen als Gender-Beauftragten beim ver.di-Bundesvorstand die Durchsetzung des Gender-Prinzips koordinieren und organisieren.

„Das Konzept ist ein neuer, ein zusätzlicher Weg, um zu mehr Geschlechterdemokratie in Beruf, Familie und Gesellschaft zu kommen", unterstreicht Margret Mönig-Raane, stellvertretende ver.di-Vorsitzende. Das bedeute zum Beispiel, dass Tarifforderungen daraufhin überprüft werden müssen, wie sie sich auf Frauen und Männer auswirken. Dabei kann ver.di an die Erfahrungen der ÖTV anknüpfen, die 1998 beschloss, das Gender-Prinzip in der Tarifarbeit umzusetzen, und eine Gender-Beauftragte im Tarifsekretariat einsetzte.

Mit der Leipziger Kick-off-Veranstaltung eröffnet ver.di die innergewerkschaftliche Diskussion über das neue Konzept, von dem sich Joachim H. Klett, einer der beiden Gender-Beauftragten beim ver.di-Bundesvorstand, „einen kreativen Kick" für die gesamte Organisation erhofft. Wichtig sei, dass der Gender-Blick auf alle Maßnahmen nicht als zusätzliche Belastung, sondern als Chance begriffen werde. Notwendig sei dafür, ergänzt Kletts Kollegin Ilona Schulz-Müller, dass haupt- wie ehrenamtliche KollegInnen Unterstützung, Motivation und Angebote zum Erwerb von Gender-Kompetenz erhalten.

ver.di will flächendeckend Gender-Beauftragte einsetzen. Koordiniert wird der Prozess von den beiden Gender-Beauftragten beim Bundesvorstand. Mit der Besetzung dieser Stellen mit einem Mann und einer Frau als gleichberechtigte AbteilungsleiterInnen setzt ver.di Zeichen. Die Landesbezirke Hamburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben bereits nachgezogen und Stellen für Gender-Beauftragte geschaffen. In einer der nächsten Sitzungen will der Gewerkschaftsrat über die Gender-Strukturen entscheiden. Wichtig sei, sagt Klett, mit dem Gender-Prozess dort zu beginnen, wo rasch Wirkungen zu erkennen seien, und nennt die Bereiche Personalentwicklung, Bildungsarbeit und Tarifpolitik. Auf dem nächsten ver.di-Kongress 2003 soll eine erste Bilanz gezogen werden.

Auch der DGB will den Gender-Prozess in der eigenen Organisation vorantreiben. Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat eine hausinterne Arbeitsgruppe beschlossen, die Vorschläge für die Umsetzung des Gender Mainstreaming-Prinzips in allen Handlungsfeldern des DGB erarbeiten soll. Jede Abteilung soll in der Arbeitsgruppe vertreten sein, federführend ist der Vorstandssekretär des Vorsitzenden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Frauenpolitik. Bis Anfang September soll ein erster Bericht über den Stand der Gleichstellungspolitik beim DGB vorliegen. •

Mentoring-Projekt: Positive Bilanz

Als erste Gewerkschaft hat die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) „Mentoring", eine innovative Strategie der Personalentwicklung, eingesetzt, um junge Frauen aus den eigenen Reihen fit zu machen für haupt- und ehrenamtliche Führungspositionen. Das Mentoring-Projekt „VERA" (= Veränderung durch Entwicklung, Rat geben, Austausch) stellte 13 jungen DPG-Kolleginnen, so genannten Mentees, erfahrene GewerkschafterInnen als BeraterInnen bzw. MentorInnen zur Seite.

Das im Februar 2000 gestartete Projekt ist jetzt abgeschlossen, die Bilanz ist durchweg positiv. Alle Beteiligten, Mentees wie MentorInnen, hätten von dem Programm profitiert, so das Deutsche Jugendinstitut, das „VERA" wissenschaftlich begleitete.

70 Prozent der Mentoring-Paare wollen den Kontakt aufrecht erhalten. 58 Prozent der Mentees gehen mit gestärktem Selbstbewusstsein aus dem Programm, und zwei Drittel von ihnen sind sich sicher, dass sich durch Mentoring die Zahl der weiblichen Führungskräfte erhöhen wird.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 654
Mehr Infos zum Thema Gender Mainstreaming

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die GdP will den Verkauf von Alkohol an Tankstellen verbieten lassen. Besonders Jugendliche würden sich dort abends „mit alkoholischen Getränken versorgen". Alkohol in den auf Kraftfahrer ausgerichteten Tankstellen zu vertreiben, konterkariere jede Aufklärungskampagne, so der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg.

Die IG Metall und die Stadt Nürnberg wollen gemeinsam Menschenrechtsverletzungen in aller Welt dokumentieren. Eine Tafel am Nürnberger Gewerkschaftshaus wird in Zukunft auf aktuelle Fälle aufmerksam machen. Unterstützt wird die Aktion von amnesty international.

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte hat in der Frage der Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter die deutsche Wirtschaft aufgefordert, nicht nur die vereinbarten fünf Milliarden Mark, sondern auch die angefallenen Zinsen auszuzahlen. Nach Schätzungen der IG Metall betragen diese täglich 700 000 Mark.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat bei der Deutschen Post AG das für Ende 2002 geplante vollständige Outsourcing des Fahrdienstes verhindert. Mit Protestaktionen und Verhandlungen wurde ein Bestand von mindestens 4500 Fahrerstellen bis 2007 gesichert.

Gewerkschaftszentralen

ver.di kommt, Metall bleibt

Die IG Metall zieht nicht – wie bislang geplant – in ihr im Bau befindliches Hochhaus „MainForum" im Frankfurter Bahnhofsviertel um, sondern bleibt auf Dauer in ihrer jetzigen Zentrale im Stadtteil Niederrad. Das hat der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel erklärt. Der 22-stöckige Neubau, der Raum für 1400 Büroarbeitsplätze sowie 66 Wohnungen bietet, soll komplett vermietet werden. Im Bahnhofsviertel ließen sich höhere Mieteinnahmen realisieren als in Niederrad. Hintergrund der Entscheidung ist zudem ein verändertes Personalkonzept der IG Metall. Während die Industriegewerkschaft Anfang der neunziger Jahre ihre Zentrale von 650 auf 1000 MitarbeiterInnen ausbauen wollte, sind inzwischen nur noch 450 Beschäftigte ab 2003 geplant.

Zweimal umziehen müssen hingegen die Beschäftigten der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Während die provisorische Zentrale ab August am Potsdamer Platz entsteht (*einblick* 9/01), ist der Standort für den geplanten Neubau im Zentrum Berlins noch offen. •

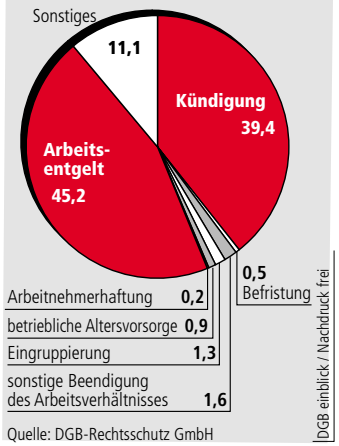
DGB-Rechtsschutz

1,7 Milliarden erstritten

1,7 Milliarden Mark hat die DGB-Rechtsschutz GmbH im vergangenen Jahr für die Gewerkschaftsmitglieder erstritten. 1,2 Milliarden davon entfielen auf arbeitsrechtliche Verfahren, 455 Millionen auf sozialrechtliche Auseinandersetzungen. Das geht aus der Fallbilanz 2000 hervor, die die DGB-Rechtsschutz GmbH vorgelegt hat. Danach lag der durchgesetzte Streitwert trotz des erneuten, leichten Rückgangs der Zahl der Streitfälle von 180 602 auf 166 693 um 520 Millionen Mark über dem von 1999. Ursache ist, dass sich der in Arbeitsgerichtsverfahren durchgesetzte Streitwert beinahe verdoppelt hat. Unverändert geblieben ist die unterschiedliche Inanspruchnahme des Rechtsschutzes: 43 Prozent aller Verfahren entfielen auf IG BAU, NGG und die ver.di-Gewerkschaft HBV. •

Kündigungsschutz und Entgelt gefragt

Klagegrund bei Arbeitsgerichtsverfahren mit DGB-Rechtsschutz 2000 (in Prozent)

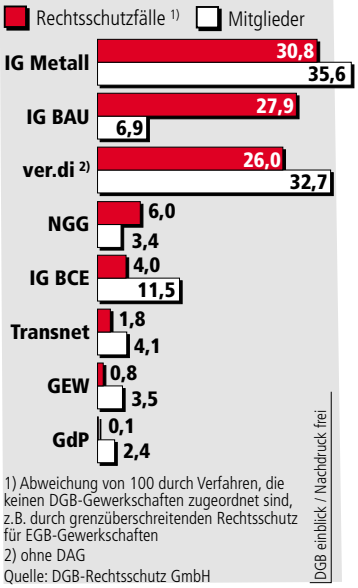


Quelle: DGB-Rechtsschutz GmbH

81 242 neue Arbeitsgerichtsverfahren hat die DGB-Rechtsschutz GmbH im vergangenen Jahr aufgenommen. In 39 Prozent aller Fälle ging es um Kündigungsschutz, bei 45 Prozent der Auseinandersetzungen um das Arbeitsentgelt.

Drei Großkunden

Neue Rechtsschutzfälle 2000 und Mitgliedsstärke der Gewerkschaften (in Prozent)



1) Abweichung von 100 durch Verfahren, die keinen DGB-Gewerkschaften zugeordnet sind, z.B. durch grenzüberschreitenden Rechtsschutz für EGB-Gewerkschaften
2) ohne DAG
Quelle: DGB-Rechtsschutz GmbH

85 Prozent aller im vergangenen Jahr eingeleiteten Verfahren der DGB-Rechtsschutz GmbH entfallen auf die IG Metall, die IG BAU und die vier DGB-Gewerkschaften in ver.di. Überproportional genutzt hat den Rechtsschutz neben der IG BAU und der NGG auch die ver.di-Gewerkschaft HBV mit 9,2 Prozent aller Verfahren, aber nur 5,7 Prozent der Mitglieder.

ver.di

Kampf um die Kirchen

1,2 Millionen Beschäftigte arbeiten bundesweit bei der Caritas und der Diakonie sowie den Kirchen. 80 000 davon sind Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Sie sollen zum Arbeitskampf aufgerufen werden, wenn die Kirchen sich weiter weigern, für ihre Beschäftigten Tarifverträge abzuschließen.

Hintergrund des drohenden Konflikts ist der Versuch der Diakonie, die Arbeitskosten durch massive Gehaltsabsenkungen zu reduzieren. Den Beschäftigten, die bislang in Anlehnung an den Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) bezahlt werden, drohen nach ÖTV-Angaben Einkommensverluste von bis zu 1000 Mark.

Die Diakonie begründet ihre Weigerung, Tarifverhandlungen zu führen, mit dem christlichen Sendungsauftrag. Dieser verbiete Aussperrungen und damit auch Tarifverhandlungen. ver.di hält die Weigerung für verfassungswidrig. Sie stützt sich dabei auf ein Ende Mai präsentiertes Gutachten des ehemaligen Verfassungsrichters Jürgen Kühling, nach dem sich auch Religionsgemeinschaften „nicht über Grundprinzipien unserer Rechtsordnung hinwegsetzen" dürfen. Die von der Diakonie geforderte Beschränkung der Koalitionsfreiheit sei „mit Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz unvereinbar". •

Tarifpolitik

Von Cockpit lernen

Seit die Pilotenvereinigung Cockpit ihrem Arbeitgeber Lufthansa eine Erhöhung der Bezüge um 35 Prozent abhandeln will, kochen die Wogen hoch in den DGB-Gewerkschaften. Das Fazit der meisten: Die Pilotenforderung passt nicht in die tarifpolitische Landschaft. Doch mehren sich auch andere Stimmen. In Baden-Württemberg unterstützt eine landesweite DGB-Initiative die Pilotenforderung. Und für den Landesbezirk Berlin-Brandenburg der IG Medien bezieht die Berliner Bezirksvorsitzende Constanze Lindemann im „einblick" für die Pilotenforderung Stellung.

Zugegeben: dieser Arbeitskampf ist eine Provokation. **Eine wunderbare Provokation.** Denn es werden auf einen Schlag Strukturen und Stand von gesellschaftlichem und gewerkschaftlichem Bewusstsein bloßgelegt, die in den letzten Jahren wie Mehltau jede frische, auf eigenständige Interessenvertretung ausgerichtete Regung – meistens schon vor einem möglichen Ausbruch – im Keime erstickten.

Angesichts von Milliarden-Gewinnen – Tendenz weiter steigend – bei VW, Bertelsmann, der Deutschen Bank und anderen mehr wird von den Gewerkschaften vollmundig das „Ende der Bescheidenheit" verkündet, angefangen von der IG Metall, über die IG Medien bis hin zur HBV. Und es werden ganz mutig 5 Prozent gefordert, 5,5 Prozent werden schon **kurz vor der Tollkühnheit** angesiedelt, um dann bei glatten 3,1 Prozent zu landen. Rein rechnerisch, versteht sich, bei zweijähriger Laufzeit. Und der Personalabbau zu Tausenden – Tendenz weiter ungebremst – wird selbstredend sozialverträglich ohne betriebsbedingte Kündigungen geregelt. Nicht ohne dabei das Regiment des Shareholder Value an den Pranger zu stellen. Die Meinungsfreiheit ist ein besonders hohes Gut unserer Verfassung.

Toni Nemes/transit-berlin

Constanze Lindemann, 53, Bezirksvorsitzende der IG Medien Berlin und Mitglied des Landesbezirksvorstands der IG Medien Berlin-Brandenburg

Zugegeben: In einer solchen tarifpolitischen Landschaft ist das Verlangen nach 35 Prozent Lohnerhöhung als Ausgleich für jahrelang geleisteten Verzicht bei der Sanierung der Lufthansa **starker Tobak.** Erst recht, wenn dieser Forderung, klar durchgerechnet, international verglichen und vernünftig gewerkschaftlich begründet, mit einem Streik der nötige Nachdruck verliehen wird.

Wir brauchen diesen starken Tobak, um zusammen mit unseren Gewerkschaften die Unterwerfung unter neoliberale Standortlogik zu beenden und eine Kehrtwende in der Tarifpolitik einzuleiten. Es gilt, endlich wieder zur Verteidigung und Durchsetzung unserer eigenen Interessen zurückzukehren. Verzichten kann jeder von uns alleine, dazu braucht es keine Gewerkschaft und keine Solidarität. •

Resolution des Landesbezirksvorstandes der IG Medien Berlin-Brandenburg in ver.di vom 22. Mai 2001

Liebe Kolleginnen und Kollegen
in der Vereinigung Cockpit,
die IG Medien Berlin-Brandenburg in ver.di gratuliert Euch zu Eurem mutigen, legitimen und in jeder Hinsicht in die Zeit passenden Arbeitskampf! Wir erklären Euch unsere uneingeschränkte Solidarität und unterstützen Eure Forderungen auf angemessene Beteiligung an den von Euch selbst und allen anderen Beschäftigten bei der Lufthansa erarbeiteten Gewinnen.
Endlich einmal setzen Kolleginnen und Kollegen zusammen mit ihrer Gewerkschaft ein Zeichen! Ein Zeichen gegen die seit Jahren von uns Gewerkschaften praktizierte verfehlte Tarifpolitik, die in Fortführung der Unternehmer-Parolen vom „Gürtel enger schnallen" und zum Vorteil von Aktionären den Verzicht in Tarifverträgen festschreibt. Wir würden uns allerdings wünschen, daß diese Forderungen von Euch für alle und zusammen mit allen Beschäftigten der Lufthansa gestellt würden.
Wir wenden uns gegen jeden Versuch, Euren Arbeitskampf als „unverhältnismäßig" oder „sozialdarwinistisch" zu verunglimpfen.
Die Kolleginnen und Kollegen auf der letzten Landesbezirksvorstandssitzung der IG Medien Berlin-Brandenburg wünschen Euch allen Erfolg!

Solidarität ist unsere Stärke! Auch in ver.di!

Nicht nur um Prozente

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer hat den Piloten der Lufthansa vorgeworfen, einen „Alleingang" auf Kosten aller Beschäftigten auf den Flughäfen zu unternehmen. Die Solidarität gerate in Gefahr, wenn einzelne Berufsgruppen eigene Tarifverträge aushandelten. Das Argument der Piloten, sie hätten in der Vergangenheit Verzicht geleistet, um die Lufthansa zu retten, trage nicht, da auch andere Beschäftigtengruppen derartigen Verzicht geleistet hätten.

Ähnlich sieht das ver.di-Chef Frank Bsirske: Er befürchtet, dass berufsgruppenspezifische Tarifauseinandersetzungen dazu führen, dass „Tarifpolitik sich selbst gegen die Wand" fährt. Mit einem solchen „Windhundrennen" sei keinem geholfen. Aufgabe der Gewerkschaften sei nicht nur, den Arbeitnehmern Erfolge zu gönnen, sondern diese Erfolge auch zu organisieren und dafür zu sorgen, dass sich die Arbeitnehmer nicht „gegenseitig ins Knie schießen".

Dass es nicht allein um Prozente, sondern auch um „Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen" gehe, betont Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie. „Gewerkschaften sind Interessenvertretungen, sie sind aber auch dem Allgemeinwohl verpflichtet."

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

LOHNZURÜCKHALTUNG: Keine Garantie für Arbeitsplätze

Lohnzurückhaltung führt nicht zu mehr Arbeitsplätzen. Obwohl die Lohnentwicklung in den neunziger Jahren – mit Ausnahme von 1992/1993 – und im vergangenen Jahr deutlich hinter der Produktivitätsentwicklung zurückgeblieben ist, gab es in den letzten zehn Jahren nur einen geringen Beschäftigungszuwachs. Zwischen 1993 und 1997 ging die Zahl der Arbeitsplätze sogar zurück, trotz Reallohnsteigerungen von im Schnitt weniger als einem Prozent.

(Mehr Infos: Broschüre „Lohnzurückhaltung und Nullrunden", ver.di HBV, Kanzlerstraße 8, 40472 Düsseldorf; kostenlos)

personalien

••• ***Dietmar Muscheid,*** 44, stellvertretender Leiter des ver.di-Landesbezirks Rheinland-Pfalz sowie Vorsitzender des gleichnamigen ÖTV-Bezirks, ist vom DGB-Vorstand Rheinland-Pfalz als Nachfolger für ***Dieter Kretschmer,*** 63, als Landesbezirksvorsitzender nominiert worden. Gewählt wird am 8. Dezember. Wer Vorsitzender des im Februar 2001 aus Rheinland-Pfalz und Saar entstehenden DGB-Bezirks West wird, ist noch nicht entschieden.

••• ***Dieter Lenz,*** 48, Verantwortlicher für die Prozessführung I.–III. Instanz bei der DGB-Rechtsschutz GmbH, ist zum 1. Mai in die Kanzlei des früheren HBV-Vorsitzenden Lorenz Schwegler gewechselt.

••• ***Volker Scharlowsky,*** 48, Referatsleiter Öffentlicher Dienst/Beamte beim DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 1. Juni kommissarischer Leiter der Abteilung Bildung. Er folgt ***Horst Kowalak,*** 61, der Anfang Dezember vergangenen Jahres in Altersteilzeit gegangen ist. Seine Funktion in der Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamte wird Scharlowsky noch bis Ende des Jahres parallel zu seiner neuen Funktion ausüben.

••• ***Isabel Basterra,*** 50, Referatssekretärin im Referat Migration des DGB-Bundesvorstands, ist seit dem 1. Juni Geschäftsführerin des „Arbeitskreises Asyl Nordrhein-Westfalen" in Düsseldorf.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

13.6. NGG, BUND, Verbraucherverbände, Tagung „Qualitätssiegel für Lebensmittel", Berlin

13.-17.6. DGB, Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten", Evangelischer Kirchentag, Frankfurt/M.

15.6. Ordensleute für den Frieden, DGB-Kreis Frankfurt, Protestzug durch das Bankenviertel, Frankfurt/M.

16.6. DGB Saar, Landesfrauenkonferenz „Frauen qualifizieren ... bis ins Finale", Saarbrücken

22.-24.6. DGB Baden-Württemberg, ÖTV-Jugend, GEW-AK Lesbenpolitik, Frauen- und Lesbencamp, Markelfingen/Bodensee

23.6. DGB Rheinland-Pfalz, Landesfrauenkonferenz „Gender Mainstreaming", Frankenthal

23./24.6. DGB Nordrhein-Westfalen, Landesjugendkonferenz, Hattingen

Tipp

Buch: ***Guido Rißmann-Ottow, Jörg Scherz, Sigrid Stenzel (Hrsg.), Gewerkschaftliche Jugendpolitik zwischen HBV und ver.di, Leske + Budrich, Opladen 2001, 288 Seiten, 24,80 DM***

Jugendliche sind für die Gewerkschaften fast ein weißer Fleck – das gilt auch für ver.di. Gerade mal 5,4 Prozent der Mitglieder sind unter 28. Aus der Perspektive der HBV-Jugend formulieren die AutorInnen Visionen für die künftige ver.di-Jugendarbeit. Dargestellt werden die vielfältigen Formen und Politikfelder der gewerkschaftlichen Jugendarbeit der letzten Jahre, Selbstverständnis und gelebte Kultur der jungen HBV.

Schlusspunkt

„Nun warten Sie mal ab. In den großen Branchen stehen keine Verhandlungen an."

IG BCE-Vorsitzender Hubertus Schmoldt in der Zeitung „Sonntag Aktuell" vom 27. Mai auf die Frage, was er von den harten Tarifrunden hält, die IG Metall und ver.di für kommendes Jahr angekündigt haben

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.06.2001 12/01

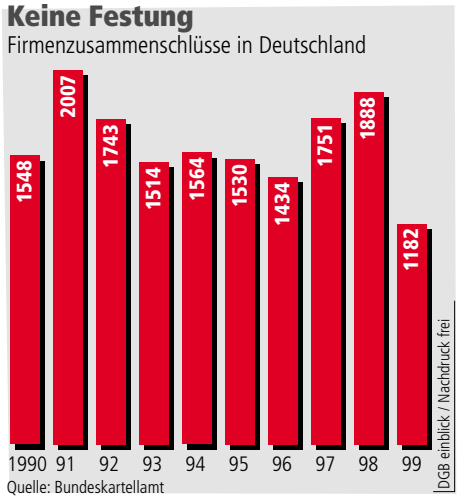
DGB

Firmenübernahme

Neutralitätspflicht soll kippen

Das heftige Tauziehen um das EU-Gesetz für Firmenübernahmen könnte noch eine überraschende Wende nehmen. Voraussichtlich am 5. Juli entscheidet das Europaparlament, ob es den umstrittenen Beschluss des Vermittlungsausschusses von Parlament und Ministerrat akzeptiert. Der hatte am 6. Juni mit knapper Mehrheit entschieden, dass sich Firmenvorstände ab 2006 nicht mehr gegen feindliche Übernahmen wehren dürfen, sondern sich strikt neutral verhalten müssen. Jedenfalls soll das Management keine so genannten Vorratsbeschlüsse gegen Übernahmeangebote fassen dürfen.

Fraglich ist, ob das Parlament diese Entscheidung akzeptiert oder kassiert. Es stehe „fifty-fifty", mutmaßt Klaus-Heiner Lehne (CDU), Berichterstatter des EU-Parlaments und erklärter Gegner der Neutralitätspflicht. Denn die Entscheidung des Vermittlungsausschusses stehe im krassen Gegensatz zum Beschluss des EU-Parlaments, das sich Mitte Dezember 2000 mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen hat, den Vorständen so genannter Zielgesellschaften Abwehrmöglichkeiten an die Hand zu geben. Träte die EU-Übernahmerichtlinie jedoch in Kraft, so Lehne, herrsche in Europa keine Waffengleichheit mehr. Denn unabhängig von der Richtlinie bestünden in 14 von 15 EU-Staaten weiterhin Möglichkeiten, Firmenaufkäufe abzuwehren – „nur nicht in Deutschland". Deutschland würde sich zu einem Hauptkampfplatz für Übernahmeschlachten entwickeln. Zumal ab 2002 die geplante Steuerfreiheit für Gewinne aus Beteiligungsverkäufen gelte. Schon jetzt fänden europaweit hier zu Lande mit die meisten Fusionen statt.



Die Deutschland AG schotte sich ab, behaupten Kritiker der Bundesregierung, die deutsche Firmen vor feindlichen Übernahmen schützen will. Tatsächlich herrscht ein reges Treiben auf dem Firmenmarkt – und daran würde auch das geplante Berliner Übernahmegesetz nichts ändern.

Auch die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt (SPD), ebenfalls Mitglied des Vermittlungsausschusses, ist der Meinung, dessen Beschluss stehe „auf wackligen Füßen". Es gäbe „die Chance auf eine Mehrheit gegen ihn". Es sei „zwar gut und schön", dass bei einem Übernahmeangebot für die betroffenen ArbeitnehmerInnen weitgehende Informationsrechte gelten sollen. „Aber das nützt wenig, wenn gleichzeitig der Vorstand zur Tatenlosigkeit verdonnert wird."

Der DGB hat sich zwar stets für Abwehrmöglichkeiten ausgesprochen, hält sich aber mit Kritik am Vermittlungsausschuss zurück. Nur die IG Metall bezieht gegen dessen Beschluss eindeutig Stellung und hat an das EU-Parlament appelliert, ihn „nicht zu billigen". Wichtiger dürfte für die Europaabgeordneten aber die Position des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) sein. Und der hat sich – jedenfalls noch Anfang des Jahres – gegen die Neutralitätspflicht ausgesprochen. •

plusminusBERLIN

+ ***Für Irmingard Schewe-Gerigk, familienpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, hat der in Frankreich beschlossene zweiwöchige Vaterschaftsurlaub nach der Geburt Vorbildfunktion. Auch deutsche Väter müssten ihr Kind zur „Chefsache" machen können.***

– ***Jürgen Donges, Vorsitzender des Sachverständigenrates der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, will das Rentenalter von 65 auf 67 Jahre erhöhen. „Wenn die Menschen gesünder und älter würden, sollten sie auch länger arbeiten".***

inhalt

Seite 3
Rückkehr des Ehrenamts
DGB plant flächendeckendes Netz ehrenamtlicher Kreise

Seite 5
Langfristig brauchen wir eine direkte Mitgliedschaft beim DGB
Interview mit dem scheidenden IG Medien-VorsitzendenDetlef Hensche

Seite 7
Übergangsfristen sind ein Randproblem
Peter Deutschland fordert eine grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik mit den Beitrittsländern der EU

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.nelp.de
Diskussionsforum „Netzwerk Europäische LernProzesse"

Im Faxabruf
0211 / 43 01 663
Das neue Betriebsverfassungsgesetz Die wichtigsten Änderungen auf einen Blick

Betriebsräte stimmen der Reform der Betriebsverfassung zu, hätten sich aber weiter gehende Mitbestimmungsmöglichkeiten gewünscht. Das ergibt eine bundesweite Umfrage des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, an der sich 1200 Betriebsräte beteiligt haben. Den mit 95 Prozent Zustimmung stärksten Beifall findet der Vorschlag, dass die Arbeitgeber künftig verpflichtet sind, sich mit der Arbeitnehmervertretung in Sachen Beschäftigungssicherung zu beraten. Unter den gewerkschaftlichen Forderungen rangiert die nach Mitbestimmung bei befristeter Beschäftigung auf Platz eins (94 Prozent). Die meisten Vorschläge der Arbeitgeber werden von den Arbeitnehmervertretern abgelehnt; auf ein gewisses Verständnis stößt nur die Forderung nach einem verbindlichen Kostenrahmen für Einigungsstellenverfahren (23 Prozent).

Das vollständige Umfrageergebnis im Faxabruf: 0211 / 43 01 668

Nachbesserungen erforderlich

Reform der Betriebsverfassung: WSI-Betriebsräte-Befragung zu den Vorstellungen der Bundesregierung ■ und den Forderungen der Gewerkschaften ■ (Grad der Zustimmung in Prozent)

Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung

DGB einblick / Nachdruck frei

Nazi-Kundgebungen

Länderchefs um Mithilfe gebeten

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte hat die Ministerpräsidenten der Länder gebeten, mit dafür Sorge zu tragen, dass die gewerkschaftlichen Veranstaltungen am Tag der Arbeit künftig nicht mehr von Neonazi-Kundgebungen überschattet werden. Auch in diesem Jahr sei der 1. Mai von rechtsextremen Parteien missbraucht worden. Deren Aufmärsche seien ein direkter Angriff auf die Gewerkschaften und würden von vielen Menschen als persönliche Bedrohung empfunden. Die Gewerkschaften hätten bislang gemeinsam mit Polizei und Verwaltung erfolglos versucht, die Auftritte der Rechtsradikalen gerichtlich verbieten zu lassen. Es sei deshalb außerordentlich wichtig, „alle notwendigen Schritte" zu unternehmen, um Kundgebungen der Neonazis zu unterbinden. •

geplant... beschlossen

400 Delegierte werden vom 27. bis 31. Mai 2002 am 17. ordentlichen DGB-Bundeskongress in Berlin teilnehmen. Die Frist zur Einreichung der Anträge und zur Meldung der Delegierten soll auf den 25. Februar 2002 festgelegt werden. Grundlage für die Berechnung des Delegiertenschlüssels sollen die Mitgliedsdaten der Gewerkschaften vom Juli 2001 sein. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand dem DGB-Bundesvorstand vorgeschlagen.

Militärkosten

Deutschland auf Platz vier

Deutschland gibt nach den USA, Japan und Frankreich weltweit das meiste Geld für sein Militär aus. Das geht aus dem neuen Jahrbuch des Internationalen Konversionszentrums Bonn hervor. Danach wandte die Bundesrepublik 1999 rund 35 Milliarden Dollar für ihre Streitkräfte auf. Die USA hatten Rüstungsausgaben von 255 Milliarden, Japan zahlte 43 und Frankreich 40 Milliarden Dollar. •

Korea

Solidaritätsapell

Der koreanische Dachverband der Gewerkschaften KCTU bittet um Solidarität. Seit Beginn des Jahres wurden in Korea 113 Arbeiter für ihr gewerkschaftliches Engagement inhaftiert. Nach einem Generalstreik Anfang Juni wurden allein 40 GewerkschafterInnen inhaftiert. Polizeieinheiten versuchen, den untergetauchten Vorsitzenden des Dachverbandes festzunehmen. Die KCTU bittet darum, sich schriftlich an den Präsidenten Koreas KIM Dae-Jung zu wenden. •

Musterbrief (engl.)
Faxabruf: 0211 / 43 01 682

wiewardiewoche?

Peter Toussaint, 54, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim, hat das Meinungsforschungsinstitut polis damit beauftragt, per Umfrage die Arbeit der IG Metall-Verwaltungsstelle bewerten zu lassen. 1019 Mitglieder, ausgetretene Mitglieder und nicht organisierte ArbeitnehmerInnen wurden befragt. Die Ergebnisse der polis-Studie liegen jetzt vor.

Sicher, dass eine Verwaltungsstelle eine solche Befragung in Auftrag gibt, ist ungewöhnlich. Wir haben darüber auch lange diskutiert. Denn wer so etwas macht, geht ein hohes Risiko ein – er hält sich einen Spiegel vor. Aber wir wollen eine aktive Rolle spielen, sowohl im Rahmen der Zukunftsdebatte unserer Gesamtorganisation als auch im Rahmen der Imagekampagne unseres Bezirks Baden-Württemberg. Und erst wenn man weiß, wo man steht, kann man sagen, wohin man will.

Was mich natürlich riesig freut, ist, dass wir im Vergleich zur bundesweiten polis-Umfrage von 1998 so gut abschneiden. Knapp 60 Prozent aller Befragten sind mit der Arbeit und der Politik der IG Metall Mannheim „sehr zufrieden" beziehungsweise „zufrieden". Das macht mich gleichzeitig etwas besorgt, denn dahinter verbergen sich riesige Erwartungen. Was ich im Stillen gehofft habe, hat sich bestätigt: Der Zuspruch der Jüngeren ist da. 63 Prozent der unter 30-Jährigen halten uns für „modern und zukunftsfähig". Positiv ist, dass die Studie dem Gerede widerspricht, die Gewerkschaft müsse ein Dienstleister sein. Wir werden als starkes Gegengewicht zu den Arbeitgebern und als politischer Machtfaktor in Mannheim wahrgenommen – und akzeptiert: 70 Prozent bescheinigen uns, „hart, aber kompromissfähig" zu sein.

Dass 30 Prozent der Mitglieder schon mal an Austritt gedacht hat, erschreckt mich nicht. Das bestätigt doch nur, dass wir uns Tag für Tag bewähren müssen. 42 Prozent der nicht Organisierten können sich vorstellen, einzutreten. Dieses Potenzial werden wir offensiv für die Mitgliederwerbung nutzen. Dass wir mit 57 Prozent den bundesweit höchsten Organisationsgrad in der IG Metall haben, heißt ja nicht, dass wir ihn – bei aller Bescheidenheit – nicht noch steigern könnten.

Pilotprojekte zur DGB-Reform

Rückkehr des Ehrenamts

Bis Ende des Jahres sollen die derzeit noch 128 DGB-Kreise zu 94 Regionen zusammengelegt werden. Statt durch hauptamtliche politische SekretärInnen wird der DGB dann vor Ort durch ehrenamtliche Kreisvorsitzende repräsentiert. Ob das funktioniert, hat der DGB in drei Pilotprojekten erprobt, deren Ergebnisse am 3./4. Juli im Lenkungsausschuss für die Organisationsreform präsentiert werden.

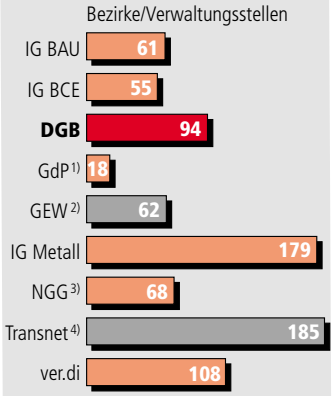
Die Pilotprojekte sollen Aufschluss darüber geben, in welchen Städten und Landkreisen die Bildung ehrenamtlicher DGB-Kreise sinnvoll ist, und wie die Kreisvorsitzenden und -vorstände legitimiert werden können, damit sie ohne großen bürokratischen Aufwand von der regionalen Öffentlichkeit und den Gewerkschaften vor Ort als Sprecher des DGB akzeptiert werden. Geklärt werden soll auch, wie sie in das gewerkschaftsinterne Kommunikationsnetz eingebunden werden können, welche Qualifikationen für die Übernahme der Wahlfunktion erforderlich sind, und wie die neue, ehrenamtliche vierte Ebene materiell ausgestattet werden muss.

Koordiniert werden die noch bis 30. Juni laufenden Pilotprojekte von den DGB-Landesbezirken Baden-Württemberg, Niedersachsen/Bremen und Nordrhein-Westfalen. Während in Niedersachsen neue Formen der Arbeitsorganisation erprobt sowie Tätigkeitsfelder für die Verwaltungsangestellten entwickelt werden, deren Arbeitsplätze durch die DGB-Reform wegfallen, steht in Baden-Württemberg die Konkretisierung der Kernaufgaben der vierten Ebene im Vordergrund. Im mitgliederstärksten Landesbezirk NRW wird erprobt, wie der DGB genügend engagierte Mitglieder finden kann, um ein flächendeckendes ehrenamtliches Netz aufzubauen. Aufschluss sollen dabei die Erfahrungen geben, die der Landesbezirk in den vergangenen Monaten in den Regionen Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein sowie Ostwestfalen/ Bielefeld gesammelt hat. Dort ist es dem DGB gelungen, mit Krefeld, Grevenbroich, Neuss, Viersen und Mönchengladbach sowie mit Minden-Lübbecke und Herford einen Teil der ehemals eigenständigen DGB-Kreise in ehrenamtlicher Form wieder zu beleben.

Dass die neuen ehrenamtlichen Strukturen kein hauptamtlich besetztes Büro ersetzen können, wissen alle Beteiligten. „Aber wenn wir uns aus der Fläche zurückziehen", mahnt Sabine Katzsche-Döring, früher Organisationssekretärin beim DGB und heute ehrenamtliche Kreisvorsitzende in Minden-Lübbecke, „geht der DGB kaputt."

Präsenz in der Fläche

DGB-Regionen und hauptamtlich besetzte Büros der Gewerkschaften für die Mitgliederbetreuung



1) 16 Landesbezirke sowie Bezirke für Bundesgrenzschutz bzw. Bundeskriminalamt
2) ohne Landesgeschäftsstellen
3) einschließlich Ortsstellen
4) Die überwiegend ehrenamtlich oder mit einer/m Verwaltungsangestellten besetzten Ortsverwaltungen werden durch sechs Regionalbüros unterstützt.

Quelle: DGB, Gewerkschaften

DGB einblick / Nachdruck frei

Das dichteste Netz von Standorten mit mindestens einer/m politischen SekretärIn haben IG Metall und ver.di. Auch nach der Zusammenlegung der derzeit 129 DGB-Kreise zu 94 Regionen hat der DGB mehr mit GewerkschaftssekretärInnen besetzte Büros als sechs der acht Mitgliedsgewerkschaften.

Ob das Experiment gelingt, hängt von den Gewerkschaften ab. „Deren hauptamtliche Sekretäre müssen uns als Partner anerkennen. Das wird das Schwerste", meint Katzsche-Döring. Und es hängt von der Unterstützung durch den DGB ab. Neben einem gezielten Weiterbildungsangebot für die vierte Ebene ist deshalb auch ein eigenständiger Etat für die DGB-Kreise geplant. Über dessen Höhe ist allerdings noch nicht entschieden.

Offen ist auch, wie die künftigen Kreisvorsitzenden legitimiert werden sollen. Denkbar ist sowohl ein vereinfachtes Wahlverfahren als auch eine Ernennung durch den Regionalvorstand oder die Bestätigung durch eine Kreisdelegiertenkonferenz. In der geplanten Richtlinie für die Binnenstruktur der Regionen könnten auch unterschiedliche Formen der Legitimation zugelassen werden, empfiehlt Manfred Wotke, Leiter des NRW-Projekts zur vierten Ebene. Entscheidend sei, „dass Vertreter aller großen Gewerkschaften vor Ort an der Personalentscheidung beteiligt sind".

Nach dem Lenkungsausschuss will sich im September auch der DGB-Bundesvorstand mit der so genannten „Binnenstruktur der Regionen" befassen. „Ob alle Erfahrungen der Pilotprojekte 1:1 übertragbar sind, muss die Praxis zeigen", meint DGB-Vorstand Günter Dickhausen. Wichtiger sei, „dass es dem DGB in den Pilotprojekten gelungen ist, qualifizierte Mitglieder zu gewinnen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren". Jetzt sei Schwung drin. Die Bezirke sollten deshalb „so schnell wie möglich Flagge zeigen". Dickhausen hält die Entstehung von 300 Kreisen innerhalb eines Jahres für denkbar.

Kostenpauschale geplant

1500 DM haben die ehrenamtlichen DGB-Kreise, die im Rahmen des Pilotprojekts entstanden sind, als Anschubfinanzierung zur Verfügung gehabt. Das Geld ist keine Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche politische Arbeit, sondern soll verhindern, dass die vor Ort anfallenden Sachkosten für Telefon und Fax, für Internet sowie für Fahrten vom Wohnort zu Gewerkschaftsterminen im Nachbarort privat finanziert werden müssen. Ob der Etat in Zukunft in dieser Höhe für alle ehrenamtlichen DGB-Kreise zur Verfügung steht, ist noch nicht entschieden.

Der DGB-Bundesvorstand werde sich aber in jedem Fall mit einer Anschubfinanzierung und mit seiner politischen Unterstützung am Aufbau der vierten Ebene beteiligen, so Hermann Fischer, Vorstandssekretär und Leiter der Abteilung Organisation des DGB. Allerdings seien die künftigen Kreise „Teil der Binnenstruktur der Regionen" und müssten von den Regionen finanziert werden. Denkbar sei auch eine Umschichtung des Sachmitteletats der Bezirke. Vor einer Entscheidung will der DGB erst die Ergebnisse der Pilotprojekte auswerten.

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Filmpreis

Französischer Regisseur ausgezeichnet

Für seinen Film „Ressources Humaines" hat der französische Filmemacher Laurent Cantet den diesjährigen Filmpreis des DGB-Landesbezirks Niedersachsen/Bremen erhalten. Er wurde im Rahmen des 12. Internationalen Filmfestes in Emden vom Landesvorsitzenden Hartmut Tölle verliehen. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert und wird für die beste Regie eines gesellschaftspolitisch engagierten Films vergeben.

Laurent Cantet schildert in seinem einfühlsam-kraftvollen Streifen den Aufstieg des Arbeitersohnes Frank aus der Provinz zum Absolventen eines Business-Colleges in Paris. Als Frank in seine Heimatstadt zurückkehrt, wird ihm dort ein Job angeboten. Er muss feststellen, dass mit seiner Hilfe Entlassungen vorbereitet werden – auch sein Vater ist betroffen. Frank wechselt die Seiten, malt Streikplakate, es kommt zur Konfrontation zwischen Vater und Sohn. •

Filmszene aus „Ressources Humaines"

Otto-Brenner-Preis

Mut gegen Rechts

Die Zahl rechtsextremer Straftaten hat im Jahr 2000 mit mehr als 15 000 einen neuen Höchststand erreicht. Die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall will deshalb die Menschen unterstützen, die Zivilcourage gegen Rechtsradikale zeigen. Unter dem Motto „Jugend für Zivilcourage" zeichnet sie „mutiges Verhalten, vorbildliches Engagement und Standhaftigkeit" aus. Die Preise sind mit 20 000, 10 000 und zweimal 5000 Mark dotiert. Bewerbungen sind noch bis 30.Juni möglich. •

Otto-Brenner-Stiftung
Alte Jakobstraße 149,
10969 Berlin
Tel. 030 / 25 39 60 13

Arbeitslose

Tagung als Startschuss

Unter dem Motto „Arbeit und Einkommen fairteilen" suchen die TeilnehmerInnen der 15. Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen nach Wegen aus der Beschäftigungskrise. Die Veranstaltung vom 26. bis 29. August in der IG Metall-Bildungsstätte Lohr am Main ist gleichzeitig Startschuss für den bundesweiten Aktionstag der Erwerbsloseninitiativen am 30. Oktober. Die Teilnahme an der Tagung kostet 190 Mark. Anmeldeschluss ist der 30. Juli. •

Koordinierungsstelle
gewerkschaftlicher
Arbeitslosengruppen
Marktstraße 10
33602 Bielefeld
Fax 0521 / 9 67 84 22

BIBB

Karriere ohne Lehre

Mehr als 150 000 SchülerInnen besuchen Fachschulen, die einen vollwertigen Berufsabschluss vermitteln – mehr als doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat 2500 AbsolventInnen gefragt, warum sie sich für die Berufsfachschulen entschieden haben, und welche Berufschancen der Abschluss eröffnet. Die Ergebnisse der Untersuchung sind unter dem Titel „Auf dem Schulweg zum Beruf" erschienen und kosten 42 Mark. •

W. Bertelsmann Verlag
Postfach 10 06 33
33506 Bielefeld
Fax 0521 / 911 01 19

DGB-Bildungswerk NRW

Was tun für Freelancer?

Einblick in die Arbeit von Freelancern ermöglicht die Handlungshilfe „Neue Selbstständige in der Informationsgesellschaft" des DGB-Bildungswerks NRW. Die Broschüre erläutert die Vor- und Nachteile freier Tätigkeit und formuliert die Anforderungen dieser wachsenden Berufsgruppe an die Gewerkschaftsarbeit. Eine Musterbetriebsvereinbarung zeigt, wie der Betriebsrat Freien zu Mitwirkungsrechten im Betrieb verhelfen kann. Beispiele aus den USA, den Niederlanden und Österreich verdeutlichen, was in anderen Ländern bereits umgesetzt worden ist. Einzelexemplare der 40 Seiten starken Broschüre sind kostenlos. •

DGB-Bildungswerk NRW
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
Fax 0211 / 36 83 161

ver.di

Schmerzen durch Bildschirmarbeit

Bei der Bildschirmarbeit sind ständig wiederkehrende Bewegungen der Hände und Arme unvermeidbar. Im Laufe der Jahre kann sich daraus eine ernst zu nehmende Krankheit entwickeln. Über Ursachen und Symptome der so genannten Repetitive Strain Injury (RSI) informiert ein Faltblatt der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Den Flyer gibt's per Post, weitere Infos stehen im Internet. •

T.I.M.-Regionalbüro Rhein-Main
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77
60329 Frankfurt/M.
Fax 069 / 27 40 19 99
www.ergo-online.de

AiB-Verlag

100 neue Seminare

Rund 100 Betriebsratsseminare bietet der Verlag Arbeitsrecht im Betrieb (AiB) für das zweite Halbjahr 2001. Das Angebot reicht von „E-Commerce" (07.11., Bremen, 575 Mark) über „Englisch in der betrieblichen Praxis" (14. - 19.10., Irland, 2300 Mark) bis zu „Suchtproblemen am Arbeitsplatz" (22. - 27.07., Gera, 1980 Mark). •

Fax 0 22 03 / 9 35 25 41

interregio

••• Der ***DGB Sachsen-Anhalt*** setzt die ***DGB-Imagekampagne „Wer, wenn nicht wir!"*** auf Fußball-Trikots fort: Der Kreisligist Eintracht Gladau läuft jetzt jeden Sonntag mit diesem Motto auf der Brust zu seinen Spielen auf. Der Punkt im Ausrufezeichen von „Wer, wenn nicht wir!" hat die Form der DGB-Raute. Dadurch „beantwortet sich die Frage selbst", so der Trickot-Sponsor. Mehr Infos: Bernhard Becker, Tel. 0391 / 6 25 03 23

••• Die ***DGB-Jugend Essen*** hat ihr ***Internet-Café „inc@"*** wieder eröffnet. Nach Umbau und Erweiterung stehen sieben PCs mit Internet-Zugang sowie Drucker, Scanner und CD-Brenner kostenlos zur Verfügung. Wer sich vom Surfen, Mailen und Chatten erholen will, kann auch eine Runde am Darts-Automaten einlegen. Das Café hat jeden Mittwoch von 18 bis 21.45 Uhr geöffnet. Mehr Infos: Hans Hampel, Tel. 0201 / 8 10 71 12

Auflösung der ver.di-Gründungsgewerkschaften

Langfristig brauchen wir eine direkte Mitgliedschaft beim DGB

Am 2. Juli 2001 wird ver.di ins Vereinsregister eingetragen. Dann endet die Geschichte der fünf Gründungsgewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV. Für den ***einblick*** *zieht der scheidende IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche Bilanz.*

Am 2. Juli scheidest du nach 32 Jahren hauptamtlicher Tätigkeit aus dem Amt. Gehst du mit einem guten Gefühl?

■ *Ja. Ich höre mit Erleichterung auf. Was ver.di betrifft: Dieses Projekt war und ist ohne Alternative.*

Deine Vorstellungen zur Neustrukturierung gehen viel weiter. Du hast eine direkte Mitgliedschaft beim DGB vorgeschlagen.

■ *Ja. Aber das ist kein Gegensatz zu ver.di. Die Grundlagen der Industriegewerkschaften bröckeln. Statt festgefügter Branchen sind heute fließende Grenzen die Regel; statt dominierender Großbetriebe gibt es eine wachsende Zahl kleinerer Betriebe und überbetrieblicher Kooperationen. Und neben das auf Dauer angelegte betriebliche Arbeitsverhältnis treten abweichende Beschäftigungsverhältnisse bis hin zur freiberuflichen Tätigkeit. Eine organisatorische Neuordnung ist an der Zeit. ver.di ist ein wichtiger Schritt dabei. Aber längerfristig müssen wir zu einer Mitgliedschaft der acht Millionen GewerkschafterInnen unmittelbar beim DGB kommen. Wir müssen die Grenzen der Fachgewerkschaften flexibel gestalten. Doch je größer die Einheiten werden, umso mehr brauchen wir ein hohes Maß an Dezentralisierung.*

Gilt das auch für die Tarifpolitik?

■ *Ja und nein. Wenn wir die Arbeit gerechter verteilen wollen, indem wir die Arbeitszeit verkürzen, muss dies allgemein gelten. Doch bei der Gestaltung kürzerer Arbeitszeiten versagt die klassische Einheitslösung. Für RedakteurInnen an Tageszeitungen gilt die 36-Stunden-Woche. Aber wer redaktionelle Arbeit kennt, weiß, dass kein Redakteur täglich auf die Uhr schaut. Da brauchen wir eine andere Arbeitszeitgestaltung. Bei SchichtarbeiterInnen hingegen ist unverändert eine verlässliche, nach Stunden bemessene Arbeitszeitordnung notwendig. Und wir haben Beschäftigungsbereiche, für die ist das Recht auf Weiterbildung wichtiger als die Einkommensfrage. In dieser Hinsicht sind wir immer noch zu stark auf Einheitslösungen fixiert.*

Jürgen Seidel

Der IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche, 62, gilt als einer der intellektuellen Köpfe im DGB.

Gilt das auch für die Öffnung der Gewerkschaften für freiberuflich Beschäftigte?

■ *Freiberuflich Tätige haben ganz andere Erwartungen an gewerkschaftlichen Schutz und an Netzwerke für den Erfahrungsaustausch. Wenn wir sie organisieren wollen, brauchen wir ein Höchstmaß an Berufsnähe. Das bedeutet aber auch, dass die Beschäftigten selbst entscheiden, wo sie die Prioritäten setzen. Und das setzt ein hohes Maß an innergewerkschaftlicher Demokratie voraus.*

Viele fürchten, die Gewerkschaften könnten zu einer Serviceagentur verkümmern.

■ *Wir werden unverändert beides sein müssen: eine Gegenmacht, die sich auch politisch einmischt und soziale Interessen politisiert, sowie ein Verband, der den Mitgliedern kompetente und professionelle Unterstützung bietet. Wer Beiträge zahlt, hat auch einen Anspruch auf gute Beratung. Hier sehe ich wachsende und sich ausdifferenzierende Bedürfnisse von Mitgliedern und Betriebsräten. Dabei sind wir noch nicht am Ende unserer organisatorischen Fantasie angelangt.*

Du willst Entscheidungen dezentralisieren. Gibt es auch Dinge, die zentralisiert werden müssen?

■ *Das gilt zum Beispiel für politische Kampagnen, etwa zur elenden Niedriglohn-Debatte. Ich halte es für erwägenswert, dass wir den Spieß umdrehen und uns in einer branchenübergreifenden tarifpolitischen Kampagne für einheitliche Mindestlöhne einsetzen: „Keine Vollzeitarbeit unter 2 000 Euro", gleich ob es um Arbeiten in Call-Centern, bei Fracht- und Kurierdiensten, in der Gebäudereinigung oder unteren Lohngruppen in der Industrie geht.*

Im Herbst wollen die Gewerkschaften über ihren Verbleib im Bündnis für Arbeit entscheiden.

■ *Ich halte das Bündnis für moribund. In einzelnen Bereichen, zum Beispiel bei der Weiterbildung, kann es noch Fortschritte geben. Aber dass sich die drei Parteien zusammensetzen, um etwas zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu tun, sehe ich nicht. Die Bündnis-Idee ist richtig. Aber es fehlt der notwendige wirtschaftspolitische und sozialstaatliche Grundkonsens. Stattdessen werden die Gewerkschaften mit flotten Erklärungen des Bundeskanzlers vorgeführt, wie etwa, dass die Tarifrunde des letzten Jahres ein Bündnisprodukt sei.*

Werden die Gewerkschaften im Herbst aussteigen?

■ *Ich würde den schwarzen Peter lieber den anderen überlassen und schon aus taktischen Gründen nicht aussteigen. Aber ich wäre dafür, eine Denkpause bis nach der Bundestagswahl einzulegen.* ●

100 Tage ver.di

Genau 105 Tage nach der politischen Gründung soll ver.di am 2. Juli ins Vereinsregister eingetragen werden. Damit ist die Dienstleistungsgewerkschaft auch juristisch gegründet.

Dass diese Gewerkschaftsfusion trotz aller Widerstände gelang, lag auch am Verhandlungsgeschickt der Vorsitzenden der fünf Gründungsgewerkschaften. Nur eine von ihnen, die HBV-Vorsitzende* Margret Mönig-Raane*, 52, gehört auch dem ver.di-Vorstand an. Der DAG-Vorsitzende* Roland Issen*, 63, ist noch bis 2003 Europa-Präsident der Gewerkschaftsinternationalen „United Network International (UNI). Der DPG-Vorsitzende* Kurt van Haaren *ist bis Herbst ihr Weltpräsident. Und der IG Medien-Vorsitzende* Detlef Hensche *will sich noch einmal in den Rechtsanwaltsberuf stürzen. Der wegen der Auseinandersetzung um den Beitritt zu ver.di im Oktober zurückgetretene ÖTV-Vorsitzende* Herbert Mai*, 53, ist bereits seit Ende 2000 Arbeitsdirektor beim Frankfurter Flughafen.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 681
Langfassung des Interviews mit Detlef Hensche über die Zukunftsperspektiven der Gewerkschaften und die Modernisierung der Tarifpolitik

kurz&bündig

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft hat vor der von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) geplanten Zusammenlegung der Aufsichtsämter für Banken, Wertpapierhandel und Versicherungen gewarnt. Die Instrumente der Versicherungs- und Bankenaufsicht seien „zu unterschiedlich".

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg lehnt die Forderung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) nach einer Green-Card-Regelung ab. Für den Personalmangel im Gastgewerbe seien vor allem „miserable Löhne und die familienfeindlichen Arbeitszeiten" verantwortlich.

Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel fordert von den Verbänden der Bauindustrie ein „Zertifikat für qualifiziertes Bauen". Das Gütesiegel solle an Firmen vergeben werden, die Aufträge fachlich korrekt und unter fairen Wettbewerbsbedingungen ausführen.

In der Metallindustrie Baden-Württembergs gilt ab September ein Tarifvertrag zur Weiterbildung: Die 820 000 Beschäftigten haben dann Anspruch auf regelmäßige Gespräche über Qualifizierungsnotwendigkeiten und -wünsche. Für die IG Metall ist die Vereinbarung der „Einstieg in weitere tarifvertragliche Qualifizierungsvereinbarungen für die gesamte Metallindustrie".

Gewerkschaftshäuser im Westen

Verwaltung neu ausgeschrieben

Die VTG Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des DGB hat die Immobilienverwaltung der westdeutschen Gewerkschaftshäuser neu ausgeschrieben. Der Vertrag mit der AGI (Allgemeine Immobilienverwaltungsgesellschaft), ein Unternehmen der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), wurde zum Zwecke der Neubewertung oder des Neuabschlusses zum Jahresende vorsorglich gekündigt. Jetzt fürchten die 135 Beschäftigten der AGI, überwiegend als Hausmeister in den Gewerkschaftshäusern beschäftigt, um ihre Jobs.

Dazu bestehe kein Anlass, versichern die VTG-Geschäftsführer Norbert Haak und Gottfried Feichtinger. Selbst ein Verwalterwechsel habe, heißt es in einem Brief der VTG an die Vorsitzenden der DGB-Kreise und -Landesbezirke, „keine Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in den Gewerkschaftshäusern, da die infrastrukturelle Bewirtschaftung in unverändertem Umfang erforderlich bleibt und hierfür die nötigen qualifizierten und motivierten Beschäftigten örtlich zur Verfügung stehen". Mit der Ausschreibung wolle die VTG den notwendigen Marktvergleich herstellen und Verbesserungen in der Verwaltung erreichen.

Diese Versicherung reicht dem AGI-Betriebsratsvorsitzenden Karl-Heinz Jantzen nicht aus. Weder liege eine verbindliche Zusage vor, „dass die Beschäftigten vor Ort ihren Arbeitsplatz behalten", noch habe die VTG erklärt, „auf welche Weise die Arbeitsplätze gesichert werden sollen". Zudem habe die Belegschaft, die bis 1998 direkt bei der VTG beschäftigt war, schon einmal „schlechte Erfahrungen" gemacht: Anfang 1998 gründete die VTG ihre Immobilienverwaltung aus, die Beschäftigten gingen auf die AGI über. Während die gewerblichen MitarbeiterInnen ihre Arbeitsplätze behielten, wurden die kaufmännischen gekündigt und per Sozialplan abgefunden. Seitdem erledigt die BGAG-Tochter BGIS die kaufmännische Verwaltung.

Die neuen Ausschreibungskriterien seien so definiert, dass die AGI, so Geschäftsführer Jörg Thiessen, sie allein nicht erfüllen kann. Um den Auftrag zu retten, sei die AGI eine Bietergemeinschaft mit der Philipp-Holzmann-Tochter HSG eingegangen. Falls AGI/HSG den Zuschlag erhalten sollte, sei HSG bereit, die Beschäftigten „zu übernehmen", so Thiessen. Betriebsrat Jantzen beurteilt einen Übergang auf HSG skeptisch. HSG sei weder tarifgebunden, noch habe sie einen Betriebsrat. •

Altersvorsorge

IG Metall plant Versorgungswerk

Die IG Metall und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall wollen ein gemeinsames Versorgungswerk für die staatlich geförderte Altersvorsorge aufbauen. Profitieren würden davon die 3,5 Millionen ArbeitnehmerInnen in der Metall- und Elektroindustrie. Die Verhandlungen sollen am 6. Juli beginnen und spätestens Ende Oktober abgeschlossen sein. „Wir wollen für die zusätzliche Altersvorsorge möglichst schnell ein attraktives Angebot mit soliden Anlage- und Wachstumsperspektiven entwickeln", erklärte der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel. •

?...nachgefragt

Organisations- und Personalentwicklung sind bei der Gewerkschaft Transnet-GdED derzeit auf der Tagesordnung. Dabei „steht bei der Neustrukturierung die Weiterentwicklung im Vordergrund", betont Regina Rusch-Ziemba, 46, Mitglied des erweiterten Vorstandes von Transnet und als Projektleiterin verantwortlich für den Entwicklungsprozess.

Der Prozess ist notwendig, weil sich auch um uns herum alles weiter entwickelt. Die Grundlage dafür sind die Beschlüsse unseres 16. Gewerkschaftstages. Es geht dabei nicht darum, dass wir uns aus der Fläche zurückziehen. Im Gegenteil: Unsere Mitglieder erwarten, dass sie ansprechend betreut werden und dass sie den Service bekommen, der für eine moderne Organisation selbstverständlich ist. Angesichts solcher Erwartungen wäre ein Rückzug aus der Fläche ein großer Fehler.

Wenn wir über eine Rückführung organisatorischer Strukturen nachdenken, dann über eine Veränderung der existierenden Dreistufigkeit – Ortsverwaltung, Regionalleitung, Hauptverwaltung. Über die Umsetzung der Projektergebnisse wird unser Beirat im kommenden Oktober entscheiden.

Die Beschäftigten von Transnet-GdED müssen sich keine Sorge um ihren Arbeitsplatz machen. Die Intensivierung der Betreuung und Beratung unserer Mitglieder, eine Mitgliederoffensive sowie der Ausbau des Serviceangebots bedeuten einen hohen Personalbedarf. Möglichkeiten für Einsparungen sehen wir eher bei den Sachkosten.

EU-Osterweiterung

Übergangsfristen sind ein Randproblem

Weil nicht genügend einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, muss sich Deutschland in den kommenden Jahren verstärkt um Zuwanderung bemühen. Auch die Gewerkschaften setzen auf Einwanderung, fordern aber bei der Ost-Erweiterung der EU Übergangsfristen, weil sie die Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte befürchten. Peter Deutschland rät den Gewerkschaften, stärker die Chancen zu nutzen, die durch die Bildung neuer, grenzüberschreitender Wirtschaftsregionen entstehen.

Die Gewerkschaften haben zur EU-Erweiterung mehr beizutragen, als Übergangsfristen für ArbeitnehmerInnen und eine Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit zu fordern. Wenn wir uns auf diese Rolle festlegen ließen, würden wir nur mithelfen, bestehende Vorurteile und Ressentiments – beispielsweise gegenüber Polen – zu verstärken.

Oft ist es nicht so sehr die Frage, was man sagt, sondern wie man es sagt. Die Übergangsfristen sind ein Beispiel dafür. Es gibt unterschiedliche Szenarien zur Frage, wie viele Menschen nach einem EU-Beitritt in die bisherigen EU-Staaten und vor allem nach Deutschland kommen. Die Zahlen schwanken für einen Zeitraum von mehreren Jahren zwischen wenigen Hunderttausend und mehreren Millionen. Ich glaube, dass die tatsächliche Zahl eher am unteren Ende der Prognosen zu finden sein wird. Aber Politik, auch gewerkschaftliche, muss vorausschauend reagieren. Und es gibt – auch unter Gewerkschaftsmitgliedern – die Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes. Dem müssen wir Rechnung tragen. Aber wir dürfen als Gewerkschaft nicht ein ebenso wichtiges Ziel vergessen: **aufzuklären und Vorurteilen entgegenzuwirken.** Und schließlich gibt es auch den Aspekt der europäischen Solidarität. Wir deutschen Gewerkschaften arbeiten beispielsweise mit unseren polnischen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Gewerkschaftsbund und grenzüberschreitend im Interregionalen Gewerkschaftsrat Pommerania zusammen. Damit haben wir die Pflicht, die Interessenlage der polnischen Gewerkschaftsmitglieder unseren Mitgliedern verständlich zu machen. Wohlgemerkt: Wir müssen den polnischen Standpunkt nicht übernehmen. Und umgekehrt erwarte ich von unseren polnischen Partnern, dass sie unseren – deutschen – Standpunkt ihren Mitgliedern vermitteln.

Die Grenzregionen sind Laboratorien, in denen die europäische Integration im Kleinen stattfindet. Das verlangt von Regierungen, aber auch von den Gewerkschaften, dass sie **nicht abwarten, bis die EU-Erweiterung gewissermaßen über uns herfällt.** Sondern wir müssen bereits jetzt diesen Prozess vorwegnehmen und konzeptionell begleiten. Mecklenburg-Vorpommern ist in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel. Traditionell agrarisch geprägt und mit einer geringen Bevölkerungsdichte kann dieses Bundesland mit der EU-Erweiterung unter starken ökonomischen Druck geraten. Ein Oberzentrum, also eine Stadt mit mehreren hunderttausend Einwohnern, gibt es auf der deutschen Seite nicht. Wohl aber in Polen. Stettin dürfte mit der EU-Erweiterung ein neues regionales Oberzentrum werden, das in industrieller Hinsicht eine Sogwirkung erzeugt. Eine neue Studie der gewerkschaftsnahen Unternehmensberatung ISA-Consult für die Landesregierung in Schwerin belegt sehr überzeugend dieses Szenario. Deshalb muss die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern ihr strukturpolitisches Konzept dahin gehend verändern, dass das Land wegkommt von lohnintensiven Branchen hin zu höherwertigen Leistungsangeboten. Ebenso wichtig wäre es, die Wirtschaft des Landes nicht nur zu europäisieren, sondern auch zu internationalisieren. Der Anteil Mecklenburg-Vorpommerns am deutschen Export liegt gerade einmal bei 0,25 Prozent. Und schließlich brauchen wir eine grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik. Zur Vorbereitung auf diese Situation ist schon jetzt **ein grenzüberschreitendes Koordinierungsbüro** zur Entwicklung struktur- und beschäftigungspolitischer Konzepte notwendig.

Manfred Witt

Peter Deutschland, 56, Landesbezirksvorsitzender des DGB Nord, fordert eine grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik mit den Beitrittsländern der EU.

Damit stehen die Gewerkschaften vor einer Reihe wichtiger Herausforderungen: Sie müssen, wenn sie die Idee der europäischen Integration tatsächlich ernst nehmen, ihre Mitglieder auf die Erweiterung vorbereiten. Und sie müssen den Partnerorganisationen in Mittel- und Osteuropa ihre Position erklären, damit nicht der Eindruck entsteht, sie würden mithelfen, die Türen geschlossen zu halten. Und schließlich müssen sie eine aktive Rolle im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik übernehmen. Keine leichte Aufgabe. Aber ist es das nicht wert? •

Zuwanderung nach Punkten

„Deutschland braucht Einwanderer", hat der DGB-Bundesvorstand unmissverständlich in einem Anfang April präsentierten Thesenpapier festgestellt. Einwanderung setze aber die Akzeptanz in der Bevölkerung voraus. Ihr Ziel sei nicht, „einheimische Arbeitnehmer zu verdrängen". Der DGB fordert deshalb, die Einwanderungspolitik zum „Bestandteil der Arbeits- und Beschäftigungspolitik" zu machen und Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Aus- und Weiterbildung „Vorrang vor der Einwanderung" zu geben.

Während die Arbeitgeber in Anlehnung an die Greencard-Regelung den Einsatz kurzfristig angeworbener Arbeitskräfte favorisieren, setzen die Gewerkschaften auf ein langfristig ausgerichtetes Integrationskonzept. Zuwanderer sollen sich mit Hilfe eines am Branchenbedarf, am Lebensalter sowie an fachlicher und beruflicher Qualifikation orientierten Punktesystems bewerben können. Eine Zuwanderungskommission aus Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Bundesregierung soll über die Quoten und Auswahlkriterien entscheiden.

Im Fax-Abruf:

0211 / 43 01 665

Thesen des DGB für die Regulierung der Einwanderung

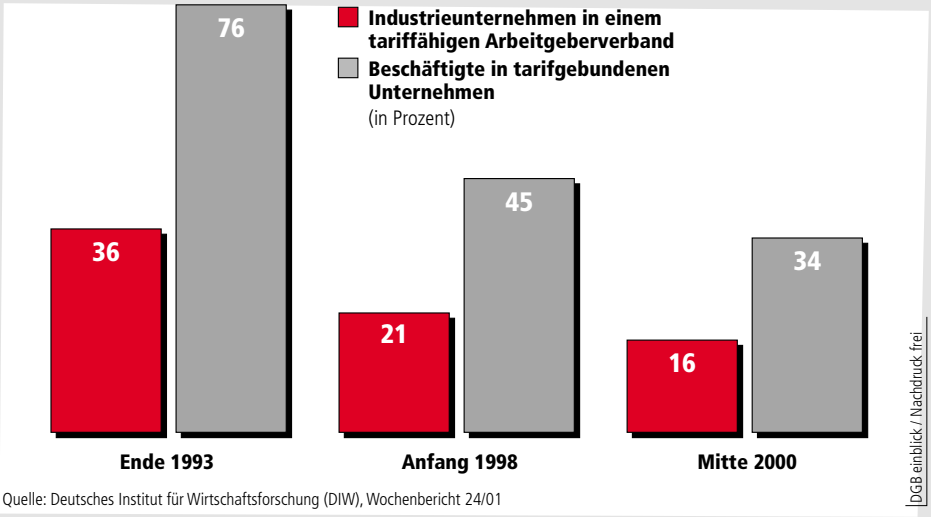
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

TARIFFLUCHT: Ost-Unternehmer verlassen ihre Verbände

Die Effektivlöhne der ostdeutschen ArbeitnehmerInnen liegen um ein Viertel unter denen der Beschäftigten in Westdeutschland, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Dieser Rückstand sei vor allem darauf zurückzuführen, dass im privaten Sektor für immer weniger Unternehmen ein Flächentarifvertrag gelte. Die Tarifflucht wiederum sei die Folge der „anfangs rasanten und – gemessen an der Produktivität – überzogenen Lohnsteigerungen". Der Anfangserfolg in der Lohnpolitik sei ein „Pyrrhussieg".



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 24/01

14 TAGE

30.6. DGB Baden-Württemberg, Landesfrauenkonferenz, Stuttgart

2.7. Eintragung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ins Vereinsregister, Berlin

2.7. DGB Rheinland-Pfalz, Tagung „Reform des Gesundheitswesens", Mainz

3.7. DGB-Bundesvorstand, Beschlussfassung über die Richtlinie für die Einberufung, Zusammensetzung und Durchführung der Bezirkskonferenzen sowie die Bildung der Landesvorstände

7.7. ver.di, HBV-Jugend Berlin, Disco-Party-Ship, Berlin-Spandau

personalien

••• ***Dr. Peter Wilke,*** 47, bis Ende des vergangenen Jahres Leiter des EXPO-Büros der Gewerkschaften und Mitglied der Geschäftsleitung der gewerkschaftsnahen Unternehmensberatungsfirma ISA-Consult, eröffnet am 1. Juli die Unternehmensberatung Dr. Wilke und Partner in Hamburg.

••• ***Andrea Rudel, 39,*** Beraterin bei ISA-Consult und bis Ende des vergangenen Jahres stellvertretende Leiterin des EXPO-Büros der Gewerkschaften in Hannover, ist ab dem 1. Juli Leiterin der Kooperationsstelle Hochschule Gewerkschaften der Region Hannover – Hildesheim.

Tipp

Buch: *Annegret Köchling, Michael Astor, Klaus-Dieter Fröhner u.a. (Hrsg.),* ***Innovation und Leistung mit älter werdenden Belegschaften,*** *Rainer Hampp Verlag, München, Mering 2000, 390 Seiten, 68,05 DM*

Betriebsräte und Geschäftsführungen waren in den neunziger Jahren vor allem mit den Folgen des technisch-ökonomischen Wandels, der Umrüstung der Produktionsprozesse und der Dienstleistungserstellung für den globalen Wettbewerb konfrontiert. Inzwischen gibt es zunehmend weitere Probleme: fehlender Nachwuchs, knapper werdende Fachkräfte und nicht ausgewogene Altersstrukturen. Statt ältere Erwerbstätige aus den Betrieben zu verdrängen oder sie von betrieblicher Weiterbildung auszuschließen, erkennen immer mehr Unternehmen die Chancen einer Betriebsstruktur, die auch ältere Beschäftigte mit einbezieht.

Die vom Bundesbildungsministerium in Auftrag gegebene Studie über das Innovationspotenzial älter werdender Belegschaften zeigt, dass mittelständische Betriebe und innovative Unternehmen nicht auf „olympiareife Belegschaften" setzen, sondern sich ihren wirtschaftlichen Erfolg über die Erschließung des „Potenzials aller Beschäftigten" sichern.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Die Union will nicht den gut ausgebildeten Ingenieur, der mit 50 Jahren ein Problem bekommen hat, aufs Spargelfeld schicken."

Karl-Josef Laumann, sozialpolitischer Sprecher der CDU, am 18. Juni 2001 während der Präsentation des Union-Konzepts zur Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Danach soll die staatliche Unterstützung zum Teil „spürbar unter den heutigen Sozialhilfesätzen" liegen.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 09.07.2001 13/01

DGB

Bündnis für Arbeit

Umwelt-Initiative auf Erfolgskurs

Mit allzu vielen Erfolgen kann das Bündnis für Arbeit nicht glänzen – umso erstaunlicher, dass manche im Verborgenen blühen: Die Idee, Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit gleichzeitig zu bekämpfen, trägt erste Früchte.

Im Frühjahr 1999 konnte DGB-Vorstand Heinz Putzhammer den damaligen Kanzleramtsminister Bodo Hombach (SPD) und Umweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Grüne) für diese Idee begeistern. Auf zehn Politikfeldern regten die Gewerkschaften seinerzeit rund 80 umweltpolitische Maßnahmen an, beispielsweise zur Luftreinhaltung und Abfallvermeidung, zum Klimaschutz, zur Energieeinsparung und zum Export von Umwelttechnologien. Ihr Ziel: die ökologische Modernisierung zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze nutzen.

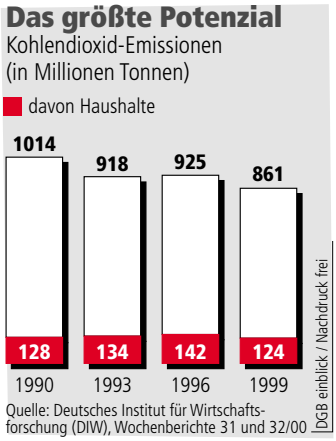
Angesiedelt wurde die Diskussion darüber auf der untersten Ebene des Bündnisses für Arbeit, in den „Fachdialogen" – und verschwand damit aus der öffentlichen Debatte.

Dennoch machte ein DGB-Vorschlag Furore: die Verbesserung des Wärmeschutzes von Gebäuden. Die Bundesregierung stellte 1,2 Milliarden Mark Zinseinnahmen aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen plus 800 Millionen Mark Haushaltsmittel zur Verfügung. Finanziert wird aus diesem Zwei-Milliarden-Topf das neue CO_2-Gebäudesanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Für wärmedämmende Maßnahmen, die eine CO_2-Minderung von mindestens 40 Kilo pro Quadratmeter Wohnfläche und Jahr garantieren, vergibt die KfW zinsgünstige Kredite. Gefördert wird die Sanierung von Wohngebäuden, die vor 1978 errichtet wurden. Anträge auf Förderung können selbstnutzende Eigentümer und private Vermieter, Wohnungsunternehmen und Kommunen stellen (www.kfw.de).

Mit Hilfe der zwei Milliarden Mark Fördermittel wird voraussichtlich ein Kreditvolumen von zehn Milliarden Mark bewegt. Seit Ende Januar steht das Geld zur Verfügung. Und das Interesse an den billigen Darlehen ist riesig. Bis Mitte Juni wurden bereits 440 Millionen Mark beantragt, 260 Millionen Mark bewilligt.

Die Dimensionen des CO_2-Gebäudesanierungsprogramms sind beachtlich. DGB-Umweltexperte Werner Schneider: „Unser Ziel ist die Sanierung von 300 000 Wohnungen pro Jahr, die Schaffung von 200 000 zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, eine Reduzierung der klimaschädlichen CO_2-Emissionen um zwei Millionen Tonnen jährlich, eine deutliche Reduzierung der Heizölrechnung sowie eine Entlastung des Staates um rund acht Milliarden Mark, weil Ausgaben für Arbeitslosigkeit wegfallen und Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen anfallen." •

Im Umweltschutz waren 1998 knapp 1,4 Millionen Menschen beschäftigt – mehr als im Maschinenbau (1,2 Millionen).



Der CO_2-Ausstoß der privaten Haushalte lag 1999 nur geringfügig unter dem von 1990. Gleichzeitig verbirgt sich hier laut DIW „das größte Potenzial zur Minderung der CO_2-Emission".

plusminusBERLIN

+ ***Väter und Mütter sollen künftig bei der Geburt eines Kindes ein Jahr lang ein Erziehungsgeld erhalten, das sich am früheren Gehalt bemisst. Das geht aus einem Leitantrag für den SPD-Parteitag im November hervor, den die SPD-Politikerin Renate Schmidt präsentiert hat.***

– ***Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) will die Gewerbesteuer abschaffen. Die Kommunen sollen statt dessen eine „Gemeinde-Einkommensteuer" erheben. Die neue Steuer müssten nicht die Unternehmen zahlen, sondern die ArbeitnehmerInnen.***

inhalt

Seite 3

Unterstützung für die Akteure vor Ort

Das neue Kompetenzzentrum für Chancengleichheitspolitik hilft in Sachen Gender Mainstreaming

Seite 5

Qualitätssprung angepeilt

Der DGB-Rechtsschutz soll eine gemeinsame Dienstleistung aller Gewerkschaften bleiben. Interview mit IG Metaller Klaus Lang

Seite 7

Nicht um jeden Preis

Das Tauziehen um das VW-Projekt 5000 mal 5000 geht weiter: „Das vorläufige Aus darf nicht das Ende sein", sagt der Hannoveraner IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.abis.iab.de/bisds/berufe.htm

Berufe im Spiegel der Statistik: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 1996 – 1999

Im Faxabruf

0211 / 43 01 661

Welthandel und soziale Gerechtigkeit
Die DGB-Anforderungen an die Liberalisierung des Welthandels

?...nachgefragt

Das von Rot-Grün bereits in der Koalitionsvereinbarung 1998 versprochene Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ist vom Tisch. Darauf haben sich die Bundesregierung und die Spitzenverbände der Wirtschaft am 2. Juli geeinigt. Auch von einer – von Teilen der SPD-Fraktion geforderten – Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Frauenförderung ist nicht mehr die Rede. Stattdessen wollen die Verbände ihren Mitgliedern „betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie der Familienfreundlichkeit" empfehlen. Geben sich die Gewerkschaftsfrauen damit zufrieden? Das fragte *einblick* DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer.

.Auf billige Art und Weise hat die Bundesregierung das versprochene Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft beerdigt. Sie hat sich mit einer „Empfehlung" der Arbeitgeberverbände abspeisen lassen. Es ist naiv, zu glauben, dass so ein Durchbruch in der betrieblichen Gleichstellungspolitik erreicht werden kann. Die Spitzenverbände hatten Zeit genug, Unternehmen aufzufordern, Maßnahmen zur Chancengleichheit umzusetzen. Bis auf wenige Ausnahmen ist aber in den letzten Jahren nichts passiert. Es ist ein Hohn, dass von dem Gesetzesvorhaben nur eine Empfehlung übrig bleibt. Die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft ist geradezu ein Beweis dafür, dass ein Gleichstellungsgesetz unverzichtbar ist. Die Gewerkschaftsfrauen werden sich jedenfalls nicht mit der Empfehlung zufrieden geben. Zumal die Gewerkschaften noch nicht einmal an der Kommission beteiligt werden, die die Umsetzung der Vereinbarung begleiten soll. Sie soll paritätisch von der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft besetzt werden. Es ist ein Affront, dass man bei der betrieblichen Frauenförderung einen Sozialpartner, die Gewerkschaften, nicht am Tisch haben will.

geplant... beschlossen

Einen Tag nach der Eintragung von ver.di ins Vereinsregister hat der DGB-Bundesausschuss am 3. Juli der Aufnahme der neuen Gewerkschaft in den DGB zugestimmt. Damit endet formal die Mitgliedschaft der ver.di-Gründungsgewerkschaften DPG, HBV, IG Medien und ÖTV im DGB. Statt elf hat der DGB nur noch acht Mitglieder: IG BAU, IG BCE, GEW, IG Metall, NGG, GdP, Transnet/GdED und ver.di. Gleichzeitig verändert sich durch die Beteiligung der DAG an ver.di der Delegiertenschlüssel unter den DGB-Gewerkschaften.

Dresdner Bank-Studie

Betriebsrente wird boomen

Die staatlich geförderte private Altersvorsorge schafft in den nächsten Jahren ein Milliardenvermögen. Gleichzeitig verhilft die Tarifpolitik der betrieblichen Alterssicherung zu einer Renaissance. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Dresdner Bank. Danach werden Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bereits in den Tarifrunden 2002 und 2003 je einen Prozentpunkt der Lohnsumme für die Betriebsrente reservieren. Selbst bei einer Rendite von nur sechs Prozent werde bis 2010 dank Förder-Rente ein Vermögen von 265 Milliarden Euro (519 Mrd. DM) aufgebaut. Bis 2020 dürfte dieser Betrag auf 650 Milliarden Euro anwachsen. Rund drei Viertel des Vorsorgesparens werde auf die betriebliche Alterssicherung entfallen. •

Firmenübernahme

EU-Parlament kippt Neutralität

Das Europaparlament hat die umstrittene EU-Richtlinie zur Firmenübernahme am 4. Juli abgelehnt. Danach sollte sich der Vorstand eines Unternehmens nicht mit so genannten Vorratsbeschlüssen gegen eine Übernahme wehren dürfen, sondern zur Neutralität verpflichtet sein (*einblick* 12/01). Der Europäische Gewerkschaftsbund hatte sich deshalb gegen die Richtlinie ausgesprochen. Das geplante deutsche Übernahmegesetz soll laut SPD-Fraktion Vorratsbeschlüsse „für höchstens 18 Monate" vorsehen. •

wiewardiewoche?

Ernst-Ludwig Laux, 52, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG BAU, hat Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) gebeten, im Streit um die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) der Tariflichen Zusatz-Rente im Baugewerbe zu vermitteln. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) hatte die AVE – im Gegensatz zu den Bau-Arbeitgebern – Ende Juni verweigert.

Das ist ungeheuerlich, was sich die Chefideologen der BDA im Tarifausschuss des Bundesarbeitsministeriums geleistet haben: Da beschließt der Bundestag eine Rentenreform zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung – und der Arbeitgeberverband lässt dieses Gesetz ins Leere laufen. Konkret: In Ostdeutschland wird es die Tarifrente vorerst überhaupt nicht geben, weil hier der Tarifvertrag unter den Vorbehalt gestellt worden ist, dass er allgemein verbindlich wird. Und im Westen ist die Tarifrente zwar am 1. Juni in Kraft getreten, gilt aber nur für die tarifgebundenen Unternehmen. Weil aber Bauarbeiter im Schnitt alle drei Jahre ihren Arbeitgeber wechseln, ist es ohne Allgemeinverbindlichkeit reiner Zufall, ob und wie lange sie sich eine zusätzliche Altersversorgung aufbauen, sprich monatlich 78 Mark fürs Alter zurücklegen und die volle staatliche Förderung kassieren können.

Machen wir uns nichts vor: Die Chefideologen der BDA wollen die Tarifautonomie insgesamt aushebeln. Ohne Rücksicht auf Verluste. Sie düpieren nicht nur ihre eigenen Mitglieder, die Bau-Arbeitgeber, sie ignorieren nicht nur die Interessen der knapp eine Millionen Baubeschäftigten und den Willen der Bundesregierung. Sie konterkarieren auch die Verabredungen im Bündnis für Arbeit. Und das trifft nicht nur die IG BAU, sondern alle Gewerkschaften. Es kann doch nicht sein, dass die Tarifparteien Verträge zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung abschließen und die BDA sich anschließend zum Schiedsrichter über deren Inhalte aufspielt. Ich hoffe, dass sich auch Walter Riester das nicht gefallen lässt.

Kompetenzzentrum für Chancengleichheitspolitik

Unterstützung für die Akteure vor Ort

Die EU-Staaten haben sich im Amsterdamer Vertrag 1997 verpflichtet, in allen Politikfeldern eine konsequente Gleichstellungspolitik nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming zu verankern. Auch in der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Seit Anfang 2001 unterstützt das „Kompetenzzentrum für Chancengleichheitspolitik in der Arbeits- und Dienstleistungsgesellschaft" Akteure vor Ort bei der Umsetzung.

Die Initiative für das Projekt ging von der Abteilung Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand aus, getragen wird das Kompetenzzentrum von der Beratungsgesellschaft ISA Consult GmbH. „Die Idee entstand in den Diskussionen um die Reform der EU-Strukturfonds für die Förderperiode 2001 bis 2006", erläutert Projektleiterin Mechthild Kopel. Seit der Reform werden nur noch Projekte gefördert, die den Gender-Aspekt berücksichtigen, Chancengleichheitsprojekte genießen besondere Priorität. „Uns war klar, dass die Berücksichtigung der Chancengleichheit in allen Politikfeldern kein Selbstläufer ist", so Kopel. Zumal das Wissen über Konzepte und Instrumente des neuen Politikansatzes noch kaum entwickelt ist. Gleichzeitig wuchs mit der Reform auch die Rolle der Gewerkschaften. Nach dem neuen Konzept der Partnerschaft sollen die Sozialpartner als Institutionen, die für Chancengleichheitspolitik zuständig sind, einbezogen werden. „Eine Herausforderung, die wir gern angenommen haben", sagt Maria Kathmann vom DGB.

Finanziert wird das Kompetenzzentrum aus Mitteln des EU-Strukturfonds, des Bundesfrauenministeriums und des DGB. Im neuen Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung wird es bereits als Projekt des Bundesfrauenministeriums erwähnt. Ein begleitendes Forschungs- und Transferprojekt wird von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert. Das Projekt soll Konzepte, Instrumente und Implementationsstrategien für eine gleichstellungsorientierte Strukturpolitik analysieren, systematisieren und erproben.

Ausgestattet mit 5,5 BeraterInnen-Stellen ist das Kompetenzzentrum als Unterstützungs- und Entwicklungsagentur Ansprechpartner für alle, die als „Motoren" Gleichstellungspolitik in der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in ihrem Betrieb, in ihrer Region oder Gemeinde umsetzen wollen. Angesprochen sind AkteurInnen aus Politik und Gewerkschaften, Verwaltung, Betrieben, Institutionen oder Verbänden. Ziel ist es, gemeinsam mit ihnen „Gemeinschaftsinitiativen für Chancengleichheit" zu entwickeln, die mit EU-Strukturfonds-Mitteln gefördert werden. „Unsere Funktion ist vergleichbar mit der von Geburtshelfern. Getragen werden müssen die Projekte von AkteurInnen vor Ort. Wir entwickeln mit ihnen zusammen Ideen zu praxisrelevanten Projekten, beraten und begleiten sie bei der Umsetzung", erläutert Mechthild Kopel. Die Palette der bisher betreuten Projekte reicht von Führungskräfteentwicklung und Gender-Trainings bis zum Aufbau einer Multi-Media-Werkstatt im Arbeitsamtsbezirk Schwerin als Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt für Frauen. •

Fragen an ...

Maria Kathmann, 50, ist Referatsleiterin in der Abteilung Frauenpolitik des DGB.

■ Die Initiative für das Kompetenzzentrum ist vom DGB ausgegangen. Warum?

■ *Wenn wir die Chancengleichheit von Frauen und Männern erreichen wollen, müssen wir einerseits politische Maßnahmen einfordern. Ein weiterer Part unserer Arbeit besteht darin, mit konkreten Projekten in Betrieben, Branchen und Regionen gestaltend einzugreifen.*

■ Was erhofft ihr euch dabei vom Kompetenzzentrum?

■ *Ideen für Projekte gibt es genügend, Handlungschancen und -ansätze auch. Ideen sind aber nicht ratzfatz in ein umsetzungsfähiges und förderfähiges Konzept zu „gießen". Konzeptentwicklung kostet Zeit und Geld, und dafür standen bis jetzt wenig Mittel zur Verfügung – auch der DGB und die Gewerkschaften sind hier recht knauserig. Deshalb hat das Kompetenzzentrum für die gewerkschaftliche Frauenpolitik eine enorme Bedeutung. Damit haben wir erstmals für die Entwicklung und Begleitung von Projekten personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung.*

■ Wie sollen die Projekte finanziert werden?

■ *Für Projekte, die der Chancengleichheit dienen, müssen immer öffentliche Mittel eingeworben werden. Mit der Debatte über Gender Mainstreaming und dem damit verbundenen Umsetzungsdruck der EU stehen die Türen für die Finanzierung dieser Projekte weit offen. Wir haben mit dem Zentrum die Chance, einen wichtigen Beitrag für eine bessere Beschäftigungssituation der Frauen zu leisten. Die Begleitforschung eröffnet uns bessere Möglichkeiten, diese Erfahrungen in die Politik einzubringen.*

Kompetenzzentrum für Chancengleichheitspolitik in der Arbeits- und Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts (CHAD)

Das Team des Kompetenzzentrums setzt sich aus erfahrenen BeraterInnen für Arbeitsmarkt-, Struktur- und Chancengleichheitspolitik der Unternehmensberatung ISA Consult GmbH zusammen.

***Kontakt:* Mechthild Kopel**
ISA Consult GmbH
Engeldamm 70
10179 Berlin
Tel.: 030 / 27 87 39 22
Fax: 030 / 27 87 39 11
mkopel@isa-consult.de

Die Broschüre „Gender Mainstreaming – Es wird Zeit....", herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeit, zeigt , wie das Gender-Prinzip auf Bundes- und Landesebene aufgegriffen wird und welche Ansätze es auf der europäischen Ebene gibt. Die Broschüre ist in der Reihe ibv (Heft 20/01) erschienen.

Bestellungen:
Zentralamt der Bundesanstalt für Arbeit, Geschäftsstelle für Veröffentlichungen, 90327 Nürnberg
Fax: 0911/179-1147
E-Mail: Zentralamt.Veroeffentlichungen@arbeitsamt.de.
Ein Einzelheft ist kostenlos; jedes weitere Exemplar kostet 2,50 DM zuzüglich Porto.

PROJEKTE UND PARTNER

Projekt AQU

Seminare zum Umweltschutz

Drei Seminare zum Umweltschutz hat das DGB-Bildungswerk im Programm: Ursachen von Treibhauseffekt, Ozonloch und Artensterben erläutert die Veranstaltung „Umweltschutz wäre eine prima Alternative“ (12.–17.8., Hattingen). Die neue Öko-Audit-Verordnung ist Thema beim „Umweltrecht im Betrieb“ (16.–19.9., Niederpöcking). Wie man Kollegen zum Strom- und Papiersparen bewegt, zeigt das Seminar „Motivation und Qualifizierung für den betrieblichen Umweltschutz“ (20.–21.8., Hattingen). •

www.dgb-bildungswerk.de/aqu

HWP Hamburg

Wege zum Master

Zwei neue Aufbaustudiengänge bietet die Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) an. Die zweijährigen Master-Programme in „Europastudien“ sowie in „Europäischer und internationaler Wirtschaft“ beginnen erstmals im Oktober. Aufgenommen werden jeweils 25 deutsche und 25 ausländische Studierende. Bewerbungsschluss ist der 15. Juli. •

Tel. 040 / 428 38 25 52

Terre des Femmes

Fahnen gegen Gewalt an Frauen

Tausende Fahnen mit der Aufschrift „NEIN zu Gewalt an Frauen!“ sollen am 25. November überall in Deutschland wehen. Mit der Aktion zum Tag der Frauenrechte will Terre des Femmes gegen weltweite Unterdrückung, Folter und Vergewaltigung von Frauen protestieren. Das Thema ist auch in Deutschland aktuell: Wie eine Studie der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe ergab, wird jede fünfte Frau Opfer sexueller Gewalt. 40 000 Frauen flüchten jedes Jahr vor ihren gewalttätigen Männern in Frauenhäuser. Der Aktionstag, an dem sich auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Sportbund beteiligen, soll an drei Frauen erinnern, die am 25. November 1960 in der Dominikanischen Republik vom Militär gefoltert und ermordet wurden. Wer sich an der Aktion von Terre des Femmes beteiligen will: Ein Paket, unter anderem mit Fahne, Plakaten und Handzetteln, gibt es für 300 Mark, ab zehn Paketen gibt's Rabatt. •

Postfach 2565, 72015 Tübingen
www.terre-des-femmes.de

DGB-Bildungswerk

Bildungsarbeit gegen Rassismus

Aktionstage, Seminare und Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit stehen im Mittelpunkt der „Tagung zur antirassistischen und nicht rassistischen Bildungsarbeit“. In Workshops können sich die TeilnehmerInnen vom 14. bis 16. September im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel über zahlreiche erfolgreiche Projekte informieren. Die Teilnahme an der Veranstaltung des DGB-Bildungswerks Thüringen und der IG Metall ist kostenlos. •

DGB-Bildungswerk Thüringen
Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt

Internationale Begegnung

Reiseprogramm erschienen

Unterschiedlichste Reiseangebote hat das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) im Programm: Die TeilnehmerInnen können zum Beispiel im ukrainischen Odessa jüdische Geschichte erleben (27.8.–5.9., 3190 Mark), die Theaterszene der nördlichen Schweiz erkunden (22.–25.11., 650 Mark) oder der deutschen Klassik in Weimar nachspüren (15.–19.10., 500 Mark). •

Thomasstraße 1
44135 Dortmund
Fax 0231 / 52 12 33

GEW-Solidaritätspreis

Auszeichnung für Toleranz

Einen „Preis für Toleranz und Solidarität“ hat die GEW Schleswig-Holstein verliehen. Das Preisgeld von 6000 Mark teilen sich die Landesschülervertretung der Realschulen in Schleswig-Holstein für ihren Aktionstag „Gegen Rassismus und rechte Gewalt“, der Verein „Come together – Bündnis für Fremdenfreundlichkeit“ für seine Ausländerarbeit im Kreis Plön sowie der Lübecker Bacar Gadji für seine deutsch-afrikanische Kulturarbeit. •

interregio

••• Der ***DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg*** hat sich für die ***zivile Nutzung*** des Truppenübungsplatzes Kyritz-Ruppiner Heide ausgesprochen. Der Landesvorsitzende Dieter Scholz sieht darin Chancen für neue Arbeitsplätze in der Region. Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) geht hingegen von einer Nutzung des Bombenabwurfplatzes durch die Bundeswehr aus.

••• Die ***DGB-Jugend Saar*** hat die ***Abgabefrist für ihren Gestaltungswettbewerb*** „kreativ statt primitiv“ bis zum 16. Juli verlängert. Den GewinnerInnen winken Preise im Gesamtwert von 20 000 Mark. Mehr Infos: DGB-Jugend Saar, Tel. 0681 / 4 00 01 25.

••• Unter dem Motto ***„Rote Karte für rot-grüne Spardiktate“*** demonstriert der ***DGB Nord*** am 10. Juli gemeinsam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Kiel. Anlass ist das Nein der Landesregierung in Schleswig-Holstein zur Altersteilzeit sowie die von ihr geplante generelle Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst. Die Kieler Regierung schaffe nach „klassischem Dienstherrenrecht“ vollendete Tatsachen und habe den „Weg des Dialogs verlassen“. Mehr Infos: Alfons Grundheber-Pilgram, Tel. 040 / 28 58 207.

Arbeitslosengruppen

Beratung für Betriebsräte

Worauf Betriebsräte beim Stellenabbau im Unternehmen achten müssen, darüber informiert die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Das Seminar „Instrumente für Betriebsräte bei personalreduzierenden Maßnahmen des Arbeitgebers“ vermittelt, was die InteressenvertreterInnen zu Sozialplänen, Kurzarbeit und Outplacement wissen müssen. Das Seminar am 4. Dezember in Bielefeld kostet 350 Mark. •

Tel. 0521 / 96 78 40
www.erwerbslos.de

Zukunft des DGB-Rechtsschutzes

Qualitätssprung durch Einmalprogramm

Der Rechtsschutz soll als gemeinsame Dienstleistung aller Gewerkschaften in der DGB Rechtsschutz-GmbH verbleiben. Zugleich soll die Qualität durch ein umfassendes, zeitlich befristetes Innovationsprogramm verbessert werden. Das hat eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des IG Metallers Klaus Lang am 3. Juli dem DGB-Bundesvorstand vorgeschlagen.

Foto: Jürgen Seidel

Klaus Lang, 57, ist Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender der IG Metall.

Ende vergangenen Jahres hat die Geschäftsführung der DGB Rechtsschutz-GmbH ein Sanierungskonzept vorgelegt, mit dem die Ausgaben an den zu erwartenden Beitragsrückgang angepasst werden sollten. Warum hat sich die von dir geleitete Arbeitsgruppe gegen dieses Konzept ausgesprochen?

■ *Das so genannte Konsolidierungskonzept 2000 hätte zur Folge gehabt, dass die Zahl der Rechtsstellen von 135 auf 85 reduziert worden wäre. Gleichzeitig sollten noch einmal in erheblichem Umfang Stellen abgebaut werden. Der Rechtsschutz wäre als mitgliedernahe flächendeckende Dienstleistung nicht mehr gewährleistet gewesen. Dagegen gab es Widerstand in allen Gewerkschaften, nicht nur in der IG Metall. Der DGB-Bundesvorstand hat uns deshalb am 5. Dezember beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das auf die Erhaltung und Verbesserung eines flächendeckenden Netzes von Rechtsschutzstellen mit einer Perspektive für die nächsten zehn Jahre zielt.*

Die Probleme beim Rechtsschutz gehen auf die sinkenden Mitgliederzahlen zurück. Muss in dieser Situation nicht auch der Rechtsschutz eingeschränkt werden?

■ *Das sehe ich nicht so. In allen Umfragen kommt immer wieder zum Ausdruck, dass die Mitglieder den Rechtsschutz unabhängig vom Grad der tatsächlichen Inanspruchnahme für sehr wichtig halten. Deshalb müssen die Gewerkschaften die Mittel bereitstellen, die für einen qualitativ hochwertigen Rechtsschutz erforderlich sind. Die Frage lautet nicht, ob wir Rechtsschutzleistungen anbieten, sondern ob das jede Gewerkschaft selbst organisiert oder ob wir das gemeinsam machen. In unserem Bericht haben wir festgestellt, dass es für fast alle Gewerkschaften wesentlich teurer wäre, einen qualitativ vergleichbaren Rechtsschutz selbst zu organisieren.*

Der Rechtsschutz erhält 40 Prozent der Beitragseinnahmen des DGB. Muss der Anteil erhöht werden?

■ *So konkret hat unsere Arbeitsgruppe das nicht diskutiert. Wir schlagen vor, dass die DGB Rechtsschutz-GmbH in die Lage versetzt werden muss, zumindest für die nächsten fünf Jahre die Zahl der jetzt bestehenden Rechtsschutzbüros und der Beschäftigten zu erhalten. Dazu muss der DGB-Bundesvorstand detaillierte Vorstellungen vorlegen. Zweitens brauchen wir eine Modernisierungsoffensive. In einer einmaligen Sonderaktion sollen zusätzliche Mittel u.a. für die DV-Ausstattung und für die Weiterbildung der Rechtsschutz-Beschäftigten bereitgestellt werden. Zudem braucht die Rechtsschutz-GmbH die Möglichkeit, ältere Kolleginnen und Kollegen zu vernünftigen Bedingungen ausscheiden zu lassen, um Jüngere einzustellen.*

Wer soll das Programm bezahlen, der DGB oder die Gewerkschaften?

■ *Das muss der Bundesvorstand entscheiden. Dazu macht unsere Arbeitsgruppe keine Vorschläge.*

Aber es gibt eine Empfehlung, was die Größenordnung angeht?

■ *Auch das soll erst im Bundesvorstand diskutiert werden. Der Bundesvorstand hat am 3. Juli die DGB-Haushaltskommission beauftragt, bis Ende September konkrete Vorschläge zur Finanzierung der Grundausstattung und des Innovationsprogramms zu machen.*

Mehrere Gewerkschaften hätten bereits 1997 den Rechtsschutz am liebsten in eigene Regie übernommen.

■ *Das wäre sicher für die eine oder andere Gewerkschaft denkbar. Aber es ist eine Illusion anzunehmen, dass die Gewerkschaften ein flächendeckendes Netz von Rechtsschutzstellen zu vernünftigen Kosten selbst organisieren können. Das gilt selbst für die IG Metall. Um einen eigenen, flächendeckenden Rechtsschutz aufzubauen, bräuchte die IG Metall 70 Millionen Mark. Das ist fast das Doppelte von dem, was wir für den DGB-Rechtsschutz aufbringen.*

In der Debatte um den Rechtsschutz werden immer wieder Vergleiche mit Rechtsanwälten angeführt.

■ *Wir haben auch diese Frage geprüft. Aber alle Lösungen jenseits der Alternative, dass alle Gewerkschaften den Rechtsschutz selbst machen oder ihn gemeinsam in der Rechtsschutz-GmbH organisieren, scheiden aus Kostengründen aus. Wenn wir den Rechtsschutz Anwälten übertragen würden, wäre das mit Kosten von ca. 2000 Mark pro Fall verbunden, gegenüber 670 Mark in der DGB Rechtsschutz-GmbH. Eine Rechtsschutzversicherung würde 50 Mark pro Mitglied kosten. Das wäre das Dreifache dessen, was die Gewerkschaften bisher im Rahmen der Rechtsschutz-GmbH aufwenden, nämlich rund 17 Mark pro Mitglied.* ●

Der Auftrag

In der Mitgliederwerbung spielt der Rechtsschutz einen großen Stellenwert, und bei den Mitgliedern steht er hoch im Kurs. Aber seit Ende der 80er Jahre ist der Rechtsschutz, den Gewerkschaften ihren Mitgliedern bei Auseinandersetzungen vor Arbeits- und Sozialgerichten gewähren, wegen rückläufiger Beitragseinnahmen in die Krise geraten.

Im April 1998 wurde der Rechtsschutz schließlich in eine eigenständige Rechtsschutz-GmbH unter dem Dach des DGB ausgegliedert, ein Sanierungsprogramm wurde eingeleitet.
Um eine dennoch drohende Schließung weiterer Rechtsschutzstellen zu verhindern, hat der DGB-Bundesvorstand am 5. Dezember 2000 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie sollte Vorschläge entwickeln, wie ein flächendeckender Rechtsschutz für die nächsten zehn Jahre gesichert werden kann.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 687
Interview mit Klaus Lang über das Innovationsprogramm für den DGB-Rechtsschutz (Langfassung)

kurz&bündig

Die GEW hält es für „dringend notwendig", über den Fortbestand des Pflichtfachs Religion nachzudenken. In Ostdeutschland seien 80 Prozent der SchülerInnen nicht an eine Konfession gebunden. Eine Alternative könne das in Brandenburg angebotene Fach „Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde" (LER) sein.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will in der Zeitarbeitsbranche verstärkt Tarifverträge durchsetzen, so Bundesvorstandsmitglied Dorothea Müller. In der Branche wachse die Beschäftigungszahl jährlich um 10 bis 20 Prozent. Müller ist Leiterin des Fachbereichs „Besondere Dienstleistungen".

Die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) hat sich mit dem Arbeitgeberverband Chemie grundsätzlich darauf verständigt, bis spätestens zum Jahresende einen Chemie-Pensionsfonds einzurichten. Er soll auch für die Beschäftigten anderer Branchen der IG BCE geöffnet werden.

Das vor zwei Jahren von IG Medien und DAG gestartete Projekt „connexx.av" zieht am 13. September im Frankfurter Öko-Haus eine erste Zwischenbilanz. connexx.av versucht Beschäftigte im Privaten Rundfunk und bei New Media zu organisieren. Jüngste Erfolge waren die Betriebsratswahlen bei EM.TV und Pixelpark.

Spitzenorganisation DGB

Beamte wieder entdeckt

Das Profil des DGB als Spitzenorganisation für Beamtenpolitik soll geschärft, die öffentliche Wahrnehmung seiner beamtenpolitischen Positionen durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden. Das ist der Kern eines Positionspapiers, das die in der Kommission Beamtenpolitik zusammengeschlossenen DGB-Gewerkschaften Ende Juni vorgelegt haben. Neben einer Ergänzung des „Schöneberger Forums" durch zwei weitere beamtenpolitische Veranstaltungsreihen schlagen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Erweiterung des Beamten-Info um zwei Landesseiten vor. Zudem soll in allen neun Bezirksverwaltungen jeweils eine Stelle für den Bereich öffentlicher Dienst/Beamte zur Verfügung stehen. Hintergrund der Überlegungen sind verstärkte Aktivitäten des Deutschen Beamtenbundes (DBB), der sich in den vergangenen Jahren zunehmend gegen den DGB positioniert hat. Der DGB-Bundesvorstand wird die Vorschläge voraussichtlich im Oktober beraten. •

Organisationsreform

Bezirksrichtlinie beschlossen

Der DGB-Bundesvorstand hat am 3. Juli eine „Richtlinie für die Einberufung, Zusammensetzung und Durchführung der Bezirkskonferenzen sowie die Bildung von Landesvorständen" beschlossen. Die Richtlinie ergänzt den bereits im vergangenen Jahr gefassten Grundsatzbeschluss, den DGB künftig in neun Bezirke statt in zwölf Landesbezirke zu gliedern (*einblick* 16/00). Neben dem neu entstehenden Bezirk West, der aus Rheinland-Pfalz und Saar gebildet wird, sowie den ebenfalls neuen Bezirken Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und Hessen – Thüringen umfassen auch die Bezirke Nord und Berlin - Brandenburg mehrere Bundesländer. Während die Landesvorstände in Zukunft für die „landespolitischen Vorgänge des jeweiligen Bundeslandes" sowie die Europa- und Bundespolitik zuständig sein sollen, „so weit sie Landesinteressen betreffen", ist der künftige Bezirksvorstand für die „mehrere Bundesländer übergreifenden politischen Aufgaben" zuständig. Ihm obliegt auch die finanzielle und personelle Entscheidungsgewalt im Bezirk. Dem Bezirksvorsitzenden unterstehen zudem alle Beschäftigten des Bezirks. Landesvorsitzende, die nicht gleichzeitig auch Bezirksvorsitzende sind, sollen für ihre Arbeit „eigene Haushaltsmittel" erhalten. Über deren Höhe entscheidet der Bundesvorstand. •

Schattenseiten der Globalisierung

Tod auf dem Schiffsfriedhof

Herabfallende Stahlplatten, reißende Taue, fehlende Schutzkleidung – die Mängelliste beim Abwracken ehemaliger Ozeanriesen ist lang. Und nicht minder bedrohlich.

Zum Tonnenpreis werden die ausgemusterten Schiffe der Industrienationen in die Dritte Welt verscherbelt, „wieder verwertet", wie die Abwracker sagen, um den Bedarf an Stahl in Indien oder Bangladesch zu decken. Mit Volldampf werden die Schiffe im südasiatischen Raum auf den Strand gesetzt und in monatelanger Arbeit in ihre Einzelteile zerlegt. Junge und alte Männer nehmen sie nur mit Schweißgeräten und ein paar Handwerkszeugen auseinander. Dabei lauern an allen Ecken die Unfallgefahren: Stahlplatten fallen, oder schadhafte Taue reißen und trennen schon einmal Gliedmaßen oder die Köpfe von Arbeitern ab. Reste von Treibstoffen oder feuergefährlichen Stoffen explodieren beim Kontakt mit den Schneidbrennern. Ganze Armeen von Trägern transportieren das Abbruchgut mit nackten Füßen quer über das mit Schutt übersäte Gelände, Arbeits- und Umweltschutz spielt an den Küsten Südasiens nicht einmal eine untergeordnete Rolle.

Viele der Arbeiter stammen aus weit entfernten ländlichen Armutsregionen. Ihre Schlafstätte ist eine einfache Empore – aus den Stahlplatten des jeweiligen Schiffes errichtet. Die einzige Trennung zwischen Unterkunft und Arbeitsstätte ist eine einfache Ziegelwand, die Demontagegeräusche verstummen auch nachts nie.

Der Geschäftsführende Direktor des Instituts für Arbeitsstudien in Bangladesch stellt in einem Bericht über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Abwrackbetrieben fest: „Ich würde sie nicht als Sklaven bezeichnen, denn Sklaven können fliehen. Aber die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, grenzen an Sklaverei, denn sie haben keinerlei Mitspracherechte und weder das Recht zu Verhandlungen noch zur Gründung einer eigenen Organisation."

Die Arbeit der Schiffsabwracker ist in einem Video unter dem Titel „The Shipbreakers" dokumentiert, das zum Preis von 46 Mark über das Internationale Arbeitsamt bezogen werden kann. •

Bestellungen:
ILO-Vertretung
in Deutschland
Publications
Fax 0228/35 21 86

VW-Projekt 5000 mal 5000

Den tarifpolitischen Dammbruch verhindern

Warum die Tarifverhandlungen über das neue Produktionsmodell von VW im ersten Anlauf scheitern mussten, endgültig aber nicht scheitern dürfen, erklärt Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall Hannover.

5000 mal 5000. Eine griffige Formel, die seit Ende des Jahres 1999 für ein zukunftsweisendes Modell von Automobilproduktion bei Volkswagen steht. Die Auflösung der neuen Formel gelang Volkswagen jedoch nicht. In der entscheidenden Phase brachte das Unternehmen **mit überzogenen Forderungen bei Arbeitszeit und Entlohnung** die Verhandlungen mit der IG Metall vorerst zum Scheitern.

Das Projekt 5000 mal 5000 vereint knallharte Rationalisierung mit innovativen Elementen. Volkswagen will damit Arbeitsplätze an deutschen Standorten im konzerninternen Wettbewerb gegen osteuropäische VW-Werke stärken. Neben 5000 neuen Arbeitsplätzen, davon 3500 in Wolfsburg für die Produktion eines Minivans und weitere 1500 in Hannover, sieht die IG Metall in neuen Formen von Arbeitsorganisation und kontinuierlicher Qualifizierung positive Ansätze. Die IG Metall nahm den Ball auf. **Tarifliche Regelung ja – aber nicht um jeden Preis.** Mit einem eigenen Gestaltungskonzept zu Punkten wie Arbeitsorganisation, Qualifizierung und Mitbestimmung ging die Verhandlungskommission offensiv in die Gespräche mit Volkswagen.

Aber der Autokonzern stellte sich quer. Selbst nach sechs harten Verhandlungsrunden bewegte sich das Unternehmen nicht entscheidend bei Arbeitszeit und Entgelt. An diesem Punkt gab es für die Verhandlungskommission keine andere Wahl: Die Möglichkeiten einer Einigung waren ausgeschöpft. Darin waren sich alle Beteiligten der IG Metall einig.

Dasselbe Unternehmen, das mit der Vier-Tage-Woche (28,8-Stunden-Woche) das Modell zur Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungssicherung schlechthin geprägt hatte, verlangte nun mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 42,5 Stunden an sechs Tagen in der Woche die arbeitszeitpolitische Kehrtwende. Diese Arbeitszeitvorstellungen enthielten einen brisanten Sprengsatz: **die faktische Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche.** Was bei Volkswagen Recht geworden wäre, wäre binnen kurzem jedem Metallarbeitgeber billig erschienen. Der beschäftigungspolitische Erfolg der 35-Stunden-Woche wäre schlagartig vernichtet.

Ein Hundertfaches der mit dem VW-Projekt verbundenen Arbeitsplätze wäre allein in der westdeutschen Metallindustrie auf der Strecke geblieben. Diesen arbeitszeitpolitischen Dammbruch wird die IG Metall nicht zulassen.

NOVUM/Walter Schmidt

Hartmut Meine, 49, Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (Sitz Hannover) hat mit VW über das – vorläufig gescheiterte – Tarif-Projekt „5000 x 5000" verhandelt.

54 000 Mark pro Jahr sah der Autobauer für die neuen Beschäftigten vor, bezogen auf eine 35-Stunden-Arbeitswoche. Ein vergleichbarer Kollege in der niedersächsischen Metallindustrie bringt es aber auf rund 61 000 Mark und mehr im Jahr. Kaum zu glauben: **Satte 7000 Mark weniger** sollte es bei Volkswagen für einen Fahrzeugbauer in der neuen Fertigung geben. Während sich jeder mittelständische Metallarbeitgeber in Niedersachsen, darunter nicht wenige Zulieferer für Volkswagen, an den Flächentarifvertrag halten muss, reklamierte eines der größten Industrieunternehmen Deutschlands eine tarifpolitische Sonderstellung. Mit dieser Provokation hat Volkswagen den Bogen überspannt.

Auch die Einführung des so genannten Programmentgelts war und ist mit der IG Metall nicht zu machen. Das VW-Modell knüpft die Bezahlung, ein Festentgelt, an die Erfüllung des Fertigungsprogramms. Sonstige Leistungskriterien, vor allem aber die Arbeitszeit, geraten zu abhängigen Variablen, lediglich durch den gesetzlichen Rahmen, 48 bis 60 Stunden pro Woche, begrenzt. Alle Risiken des Betriebes wie fehlerhafte Einbauteile und Betriebsstörungen hätten die Kolleginnen und Kollegen in Form längerer, unbezahlter Arbeitszeiten schultern müssen.

Das vorläufige Aus für das tarifliche Modell 5000 mal 5000 darf aber nicht das Ende des neuen Produktionsmodells sein. Nach wie vor muss das neue Fahrzeug in Wolfsburg gebaut werden. 3500 bisher Arbeitslose müssen eine Chance auf einen **Arbeitsplatz zu akzeptablen Bedingungen** erhalten.

Betriebsrat und Unternehmensleitung in Wolfsburg haben sich jetzt auf eine Zwischenlösung verständigt. Dies kann nur ein Anfang sein. Ohne umfassende tarifliche Regelungen kann es keine Lösung des Konfliktes geben. Daran muss jetzt von allen Beteiligten gearbeitet werden. •

Mächtig Prügel bezogen

haben die IG Metall und ihr Vorsitzender Klaus Zwickel, nachdem die Verhandlung über das neue VW-Arbeitsmodell geplatzt war, das die Einstellung von 5000 Leuten, davon 3500 Arbeitslose, vorsah – bei gleichzeitig massiver Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. „Bild" kommentierte: „Das ist die eiskalte Machtpolitik der IG Metall." Die sei ein „Job-Killer", ihr gehe es „um die eigene Macht und nicht um die Arbeitslosen", ereiferte sich die „Sächsische Zeitung". „Eine Schande", schimpfte die „Welt".

Das „Handelsblatt" teilte nach beiden Seiten aus: „Der Machtanspruch der Tarifparteien lässt den Arbeitslosen keine Chance". Und die „FAZ" entdeckte in Klaus Zwickel dankbar ihr altes Feindbild wieder: „der sture Klassenkämpfer". Der Mann wirke „wie eine Karikatur seiner selbst", höhnte der „Spiegel".

„Beispiellose Arroganz" unterstellte ihm die „Financial Times Deutschland" – und schrieb in derselben Ausgabe dennoch, die IG Metall habe dem VW-Deal „mit Recht" nicht zugestimmt, denn flexible Arbeitnehmer müssten „nicht unter, sondern über Tarif bezahlt werden".

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

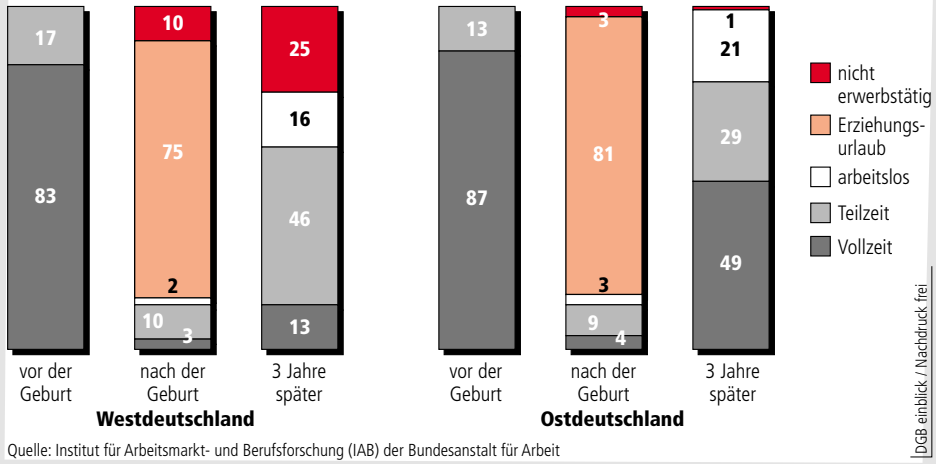
DIES & DAS

die DGB grafik

ERZIEHUNGSURLAUB: Arbeitslosigkeit trotz Weiterbeschäftigungsgarantie

Drei Jahre nach der Geburt des ersten Kindes befinden sich sechs von zehn westdeutschen und knapp acht von zehn ostdeutschen Müttern wieder in Beschäftigung. Das hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ermittelt. Untersucht wurden die Auswirkungen des seit 1992 geltenden dreijährigen Erziehungsurlaubsanspruchs. Trotz gesetzlicher Weiterbeschäftigungsgarantie sind 16 Prozent der Frauen im Westen und 21 Prozent im Osten nach dem Erziehungsurlaub (jetzt Elternzeit) arbeitslos.

Erwerbsstatus von Frauen, die vor der Geburt eines Kindes (geboren zwischen Juli 1996 und Juni 1997) erwerbstätig waren (in Prozent)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit

14 TAGE

11.7. DGB Baden-Württemberg, 10 Jahre Forum Soziale Technikgestaltung, Stuttgart

11.7. DGB Nord, Berufsbildungskonferenz „Spaltung überwinden – Ausbildungschancen verbessern!", Hamburg

13.-15.7. DGB Baden-Württemberg, Landesjugendkonferenz, DGB-Jugendcamp Markelfingen/Bodensee

16.-27.7. UNO, Fortsetzung der Weltklimakonferenz zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls, Bonn

23.7.-3.8. GEW, Betriebsschließung des Hauptvorstands, Frankfurt/M.

personalien

••• ***Andreas Botsch,*** 43, seit Juli 2000 Leiter der Abteilung Struktur- und Umweltpolitik beim DGB-Bundesvorstand, von 1989 bis 1998 Senior Policy Adviser beim Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) der OECD in Paris, danach Sozialreferent in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der Europäischen Union in Brüssel, ist mit Wirkung zum 1. September zum Vorstandssekretär des DGB im Vorstandsbereich Putzhammer ernannt worden. Er folgt ***Dr. Hans-Georg Wehner,*** 64, der Ende August in Ruhestand geht.

Tipp

Buch: ***Michael Kittner, Bertram Zwanziger (Hrsg.), Arbeitsrecht – Handbuch für die Praxis, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2001, 2462 S., Subskriptionspreis 178,- DM (bis 5.9., dann 198,- DM)***

Erstmals erscheint ein Handbuch zum Arbeitsrecht im Bund-Verlag. Die systematische und problemorientierte Konzeption macht es zu einer praktischen Anleitung zur Rechtsberatung. Im allgemeinen Teil gibt es einen umfassenden Überblick über die Grundlagen des individuellen und kollektiven Arbeitsrechts. Einzelgebiete wie spezifische Mitbestimmungsfragen, tarifrechtliche Probleme sowie sozial-, verfahrens- und steuerrechtliche Besonderheiten werden vertiefend behandelt. Mit neuen Themen wie Internet und Arbeitsvertrag, Aktienoptionen, Außendienst, Mobbing und Transfersozialplan reagieren die Herausgeber auf die Veränderungen der modernen Arbeitswelt. Es werden alle Arbeitsrechtsthemen behandelt, die bis zum 1. Januar 2001 gesetzlich neu geregelt wurden, darunter zum Beispiel das Teilzeit- und Befristungsgesetz, die Reform des Schwerbehindertenrechts sowie die Altersteilzeit. Ein Stichwortverzeichnis mit über 120 Seiten gewährleistet hohe Benutzerfreundlichkeit. Ein umfassendes und verlässliches Nachschlagewerk nicht nur für Betriebsräte und GewerkschafterInnen.

Schlusspunkt

Wegen des heutigen Betriebsausflugs der Nachrichtenabteilung entfällt die Übersicht über die Presseaufmacher.

Nachrichtenspiegel Inland des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 21. Juni

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 23.07.2001 14/01

DGB

Im Sommerloch

Arbeitgeber unglücklich

Die von ihnen beklagte „Vertrauenslücke zwischen Bevölkerung und Wirtschaft" wollen die deutschen Arbeitgeber mit einer Imagekampagne schließen, die auf mehrere Jahre angelegt ist und ein vorläufiges Budget von 100 Millionen Mark hat. Start der Kampagne war im Oktober 2000. Wie sie das Sommerloch 2001, die Ereignislücke zwischen Mitte Juli und Ende August, schließen wollen, haben sie jetzt auch erkennen lassen.

Die deutschen Arbeitgeber sind unzufrieden mit dem Volk, weil es zu schlecht über sie denkt. „Immer mehr Menschen begegnen den Unternehmen, vor allem den global agierenden Konzernen, mit Misstrauen. Reformen werden von vornherein mit sozialem Kahlschlag und Arbeitsplatzverlusten verbunden", heißt es in einem internen Papier zu der Kampagne „Chancen für alle".

Die deutschen Arbeitgeber sind unglücklich. In der Begleitbroschüre zur Kampagne, Titel „Gesellschaft im Zwiespalt", sind „erschreckend", „unerklärlich", „unverständlich", „schwer zu glauben" die hervorstechenden Vokabeln: „Geradezu erschreckend" ist für die Arbeitgeber, „dass rund sechs von zehn Deutschen den Markt auch für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich machen". Unverständlich ist ihnen, dass „gerade einmal 10 Prozent" glauben, niedrigere Löhne würden Arbeitsplätze schaffen." „Die größte Barriere", mit den Herausforderungen der Zukunft fertig zu werden, sei „die mangelhafte Identifikation der Bevölkerung mit dem Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik".

Die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft" der Arbeitgeber beschwört im Sommerloch „Chancen für alle": www.chancenfueralle.de

Womit sich die Menschen identifizieren sollen, wird im Sommerloch verkündet. Die Wirtschaftsverbände verlangen, die 40-Stunden-Woche wieder einzuführen. „Auch Feiertage gehören auf die Streichliste. Wir müssen für das gleiche Geld mehr arbeiten." Sonderurlaub für Wohnungswechsel und Hochzeiten müsse auch abgeschafft werden.

BDA-Präsident Dieter Hundt widerspricht „der Ansicht, es gebe genügend willige, bemühte und mobile Menschen in unserem Land, die tatsächlich Arbeit suchen beziehungsweise annehmen wollen". Die soziale Absicherung der Arbeitslosen sei zu hoch.

BDI-Präsident Michael Rogowski fasst zusammen: In Deutschland gebe es im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Urlaubs- und Feiertage. Das treibe die Personalzusatzkosten in die Höhe. Urlaubstage und Sozialversicherungsbeiträge müssten gesenkt werden. Aber er sagt auch: „Ich gönne allen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ihren wohlverdienten Urlaub." •

plusminusBERLIN

+ ***Auch Privatpersonen sollen Handwerker-Rechnungen steuerlich absetzen können, hat Margareta Wolf (Grüne), Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, erklärt. Dann würde sich Schwarzarbeit vielfach nicht mehr lohnen. Das Handwerk bekäme mehr Aufträge, die Sozialkassen hätten höhere Einnahmen.***

– ***Innenminister Otto Schily (SPD) hat die Bitte des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen abgewiesen, das Asylrecht auch auf Opfer nichtstaatlicher Gewalt auszuwenden. Die Aufnahme nichtstaatlicher Verfolgung in den Asylkatalog werde die Asylverfahren „unabsehbar ausufern lassen".***

inhalt

Seite 3

Optimal nutzen
Die Betriebsrente ist lukrativer als die Privatvorsorge, der Staat fördert sie gleich mehrfach

Seite 5

Mehr Spreizung
Das DGB-Gehaltssystem soll stärker differenziert werden. Interview mit DGB-Vorstand Günter Dickhausen

Seite 7

Bürger zweiter Klasse
EU-Osterweiterung ohne Diskriminierung: Pavle Vrhovec erklärt, warum der Freie Gewerkschaftsbund Sloweniens Übergangsfristen in Sachen Arbeitnehmerfreizügigkeit ablehnt

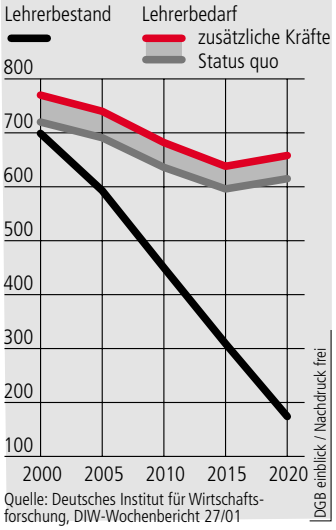
Der Surf-Tipp fürs Internet
www.tarifvertrag.de
Tarifpolitische Berichte

Im Faxabruf
0211 / 43 01 653
Informationen zur konjunkturellen Lage

550 000 oder drei Viertel aller VollzeitlehrerInnen werden 2020 ihren* Schuldienst beendet *haben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat deshalb in Modellrechnungen den künftigen Bedarf ermittelt. In einer Grundvariante wird der Status quo fortgeschrieben; in einer Alternativvariante wird berücksichtigt, dass die Personalausstattung an den Schulen bereits angespannt ist und bessere Lehrer-Schüler-Relationen überfällig sind.

Mehr Pauker braucht das Land

Entwicklung von Bestand und Bedarf an LehrerInnen in Deutschland 2000 – 2020 (in 1000)



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Wochenbericht 27/01

Im Internet

Teilzeit in der Praxis

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat sein Angebot auf den Internet-Seiten www.teilzeit-info.de weiter ausgebaut. Zu den verschiedenen Teilzeit-Modellen kann nun jeweils ein Videoclip mit der Kurzfassung eines Interviews abgerufen werden. Erfahrungsberichte aus unterschiedlichen Branchen, aus kleinen Betrieben und aus großen Konzernen zeigen, dass Teilzeitregelungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorteilhafte Lösungen bieten. Die Interviews belegen darüber hinaus, dass Teilzeit auch bei Führungskräften in bestimmten Aufgabenfeldern möglich ist. •

Europäische Verfassung

Gewerkschaften wollen mitreden

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte hat ankündigt, dass sich die deutschen Gewerkschaften an einer europäischen Verfassungsdebatte beteiligen wollen. Das Gezerre um den Vertrag von Nizza habe die Grenzen des bisherigen Verfahrens der Regierungskonferenzen zur Änderung der europäischen Verträge aufgezeigt. Es liege nun an den Parlamentariern, dem notwendigen europäischen Reformprozess eine neue demokratische Legitimation zu verleihen.

Schulte begrüßte, dass der Bundestag einen Konvent als Beratungsgremium einsetzen wolle, allerdings verbinde der DGB mit der Debatte über die Zukunft Europas auch Perspektiven, die über Verfassungsfragen und das bessere Funktionieren der EU-Institutionen hinausgehen. „Die deutschen Gewerkschaften werden sich in die Verfassungsdebatte einmischen. Wir wollen ein soziales Europa, dass sich auch an den Interessen der Mehrzahl der EU-Bürger orientiert." •

geplant... beschlossen

Die Abteilung Bildungspolitik des DGB-Bundesvorstands setzt ihre Reihe „Bildungsworkshop auf Rädern" fort. Die zweite Bildungsreise für JournalistInnen findet am 25./26. September statt und steht unter dem Titel „Impulse für die Zukunft".
Vom 22. bis 24. November findet in Berlin die 15. DGB-Bundesfrauenkonferenz statt. Ohne Gäste und Mitwirkende werden daran 171 Delegierte teilnehmen. Der Bundesvorstand hat beschlossen, die Kosten in Höhe von 319 000 Mark den Rückstellungen für Arbeitstagungen zu entnehmen.

wiewardiewoche?

Ob in Köln, Berlin oder Hamburg: Jahr für Jahr zeigt die Lesben- und Schwulenbewegung auf Christopher Street Day-Paraden, kurz CSD, Selbstbewusstsein. 750 000 Menschen verfolgten in Köln in diesem Jahr am 8. Juli das bunte Spektakel am Straßenrand. Erstmals nahm die Gewerkschaft ver.di mit einem eigenen Wagen teil. Bodo Busch, 43, vom Kölner ver.di-Arbeitskreis Lesben und Schwule war dabei.

Aufregend war's und sehr befriedigend. Wenn dir zig Menschen winken und zujubeln, das ist schon ein irres Gefühl. Die Stimmung während der Parade war klasse, auf der Straße, aber auch auf unserem Festwagen. Rund 30 Leute sind bei uns mitgefahren – darunter drei Mitglieder des ver.di-Bundesvorstandes: Beate Eggert, Franziska Wiethold und Frank Werneke. Ein tolles Signal dafür, dass ver.di die Tradition der Gründungsgewerkschaften, insbesondere der ÖTV, sich gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen einzusetzen, fortführen will. Flagge zeigte auch der ver.di-Bezirk Köln, als er beschloss, sich an der Parade zu beteiligen. Der Bezirk hat nicht nur den Wagen finanziert, sondern uns auch bei den organisatorischen Vorbereitungen unterstützt. „Traut euch", das Motto des Kölner CSD, haben wir für unseren Wagen ergänzt durch „in der Liebe, im Leben, auf der Arbeit", und den Hinweis „auch für Lesben und Schwule: ver.di Köln" angefügt.
Auf den CSD-Paraden kann man den Leuten nicht mit Flugblättern zur Diskriminierung am Arbeitsplatz kommen. Da feiert die Szene eine schrille Party, und Hunderttausende Familienväter reisen an, um sich schräge Typen, nackte Männer, Tunten oder Leder-Lesben, anzusehen. Statt Flugblätter haben wir 2000 Feuerzeuge verteilt. Sie waren mit der Adresse der Internet-Seiten bedruckt, auf denen ver.di über die Arbeit der gewerkschaftlichen Schwulen- und Lesbengruppen informiert. Diese Seiten hat die ver.di-Internetredaktion eigens für den CSD eingerichtet.

Die Beteiligung am Kölner CSD war ein voller Erfolg, der die Arbeit der Schwulen und Lesben-Arbeitskreise in ver.di beflügeln wird. Genauso wie die neue Betriebsverfassung. Der Paragraph 75 verpflichtet Arbeitgeber und Betriebsrat nun auch dazu, darüber zu wachen, dass jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer sexuellen Identität unterbleibt. Damit ist Antidiskriminierungsarbeit für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender jetzt eine ausdrückliche Aufgabe der Betriebsräte – und auch der Arbeitgeber. Dass es gelungen ist, diesen Passus ins neue Gesetz zu bekommen, kommt nicht von ungefähr. Dafür hat nicht zuletzt das starke Engagement der alten ÖTV gesorgt.

www.verdi.de/regenbogen

Betriebsrente

Die volle Bandbreite

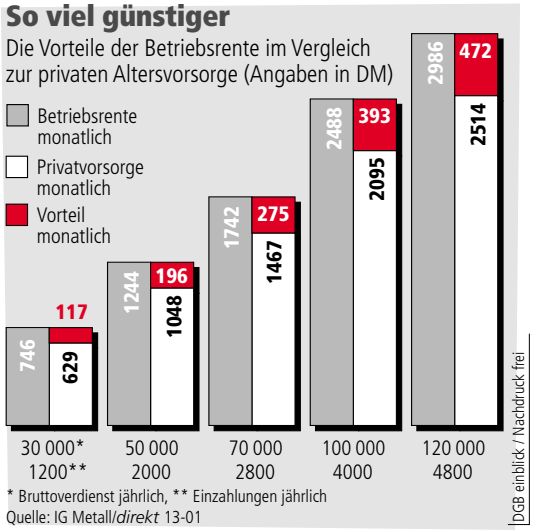
So viel steht fest: Die betriebliche Altersvorsorge ist allemal günstiger als die Privatvorsorge. Knifflig wird's, wenn's darum geht, die staatliche Förderung der Betriebsrente optimal zu nutzen.

Joachim Lemppenau konnte es sich „nicht verkneifen". Die Rentenreform, kritisierte der Vorsitzende der Volksfürsorge, sei „für Normalverbraucher sehr kompliziert". Der Mann hat Recht. Zwar behauptete Arbeitsminister Walter Riester, über diese Kritik könne er „nur lachen", doch selbst in seinem Ministerium – und allein auf das Teilthema Betriebsrente bezogen – haben nur Experten den vollen Durchblick.

Dabei ist die Betriebsrente in zweierlei Hinsicht noch relativ unkompliziert: Sie unterliegt, anders als die Privatvorsorge, nicht dem Altersvorsorge-Zertifizierungsgesetz, ist also grundsätzlich förderfähig; und die Einzahlungen dürfen schon ab 2002 – und nicht erst ab 2008 – volle vier Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens, sprich 4224 Mark, ausmachen.

Dann aber wird's kompliziert. Der Staat fördert die Arbeitnehmerbeiträge zur Betriebsrente nämlich auf drei verschiedene Arten:

1. Anspruch auf Zulagen (in der Höchststufe 300/600 Mark für Ledige/Verheiratete und 360 Mark je Kind) oder Sonderausgabenabzug haben Beschäftigte, die von ihrem Netto-Einkommen Geld abzweigen (Förderung nach § 10 a EstG); vorausgesetzt, ihr Geld fließt in eine Direktversicherung, eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds (Zuflüsse in eine Direktzusage oder Unterstützungskasse werden nicht gefördert).



Die Verwaltungskosten der betrieblichen Altersvorsorge betragen höchstens fünf, die der privaten Altersvorsorge rund 20 Prozent. Denn Kollektivverträge verschlingen weder Provisionen noch Werbungskosten. Nach 30 Jahren Laufzeit macht sich dieser Unterschied deutlich bemerkbar.

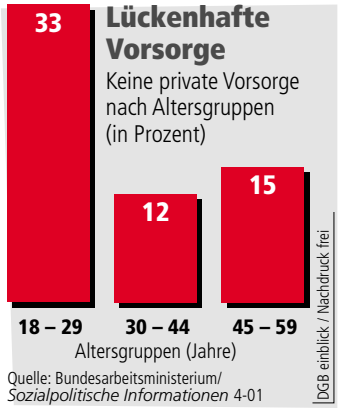
Diese Variante ist günstig für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, die keine oder kaum Steuern zahlen; vor allem dann, wenn sie verheiratet sind und Kinder haben.

2. Stammt der Zufluss via Entgeltumwandlung aus Bruttoeinkommen, greift die Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 EstG. Diese Förderung kann alternativ gewählt werden. Sie gilt für Einzahlungen in Pensionsfonds und Pensionskassen bis zur Höhe von vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der Rentenversicherung (2002: 4224 Mark).

3. Ergänzend greift die Pauschalversteuerung nach § 40 b EstG: Nur 20 Prozent Steuern werden dabei auf Zuflüsse bis 3408 Mark (Regelsatz) in eine Pensionskasse oder Direktversicherung erhoben.

Der Aufwand des Arbeitgebers für die betriebliche Altersvorsorge der Beschäftigten bleibt dauerhaft steuer- und sozialabgabenfrei. Der Aufwand der Arbeitnehmer wird zwar, sofern er aus Entgeltumwandlung stammt, auch in Zukunft steuerfrei sein, ab 2009 werden aber Sozialabgaben fällig.

Wer also zunächst auf die so genannte Riester-Rente (Zulagen bzw. Sonderausgabenabzug) verzichtet, weil die steuer- und sozialabgabenfreie Entgeltumwandlung für ihn günstiger ist, muss dann vielleicht umdenken. Der Wechsel in eine andere Form der staatlichen Förderung ist jedes Jahr möglich. Doch Beratung tut Not.



Zwar haben sich die meisten Deutschen unter 60 Jahren schon zusätzlich privat abgesichert, dennoch weist die Altersvorsorge Lücken auf – vor allem die der Jüngeren. Das Bundesarbeitsministerium rechnet deshalb dank Förderrente mit 30 Millionen neuen Altersvorsorgeverträgen.

Die IG Metall hält für alle, für die die Rente ein Buch mit sieben Siegeln ist, im Internet einen kuriosen, aber gleichwohl goldrichtigen Tipp bereit: Auf die Frage, „Was muss ich tun, um die Förderung zu erhalten?", heißt es dort: „Erst einmal nichts." Denn in den meisten Unternehmen werden Betriebsrat oder Gewerkschaft mit den Arbeitgebern darüber verhandeln. •

Renaissance

Arbeitnehmer haben bislang nur dann die Möglichkeit, Teile ihres Einkommens in eine betriebliche Altersvorsorge umzuwandeln, wenn ihr Arbeitgeber mitspielt. Das ändert sich: Ab 1. Januar 2002 haben alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen individuellen Anspruch auf eine Betriebsrente durch Entgeltumwandlung.

Das dürfte zur Renaissance der Betriebsrente führen. Experten rechnen damit, dass sich der Arbeitnehmer-Anteil mit einer Betriebsrenten-Zusage von derzeit rund 50 Prozent auf über 90 Prozent erhöhen wird.

Anwartschaften auf eine Betriebsrente, die mittels Entgeltumwandlung finanziert wird, sind sofort gesetzlich unverfallbar und insolvenzgeschützt, d. h. im Pleite-Fall übernimmt der Pensions-Sicherungs-Verein (PSV) die Leistungsverpflichtung. Die Frist für die Unverfallbarkeit von Anwartschaften, die vom Arbeitgeber finanziert werden, ist von 10 auf 5 Jahre verkürzt und die Altersgrenze vom 35. auf das 30. Lebensjahr vorverlegt worden.

Der Barwert unverfallbarer Anwartschaften kann beim Arbeitgeberwechsel mitgenommen werden. Die Übertragungsmöglichkeit ist jedoch unvollkommen. Zwar kann der alte Arbeitgeber gezwungen werden, angesammelte Barwerte herauszurücken, der neue Arbeitgeber aber nicht, alte Anwartschaften zu übernehmen.

PROJEKTE UND PARTNER

Verbraucher-Zentrale

Ist Siegel gleich Güte?

Ein einheitliches Öko-Siegel soll vom Herbst an gesunde Lebensmittel schmücken, hat Verbraucherschutzministerin Renate Künast versprochen. Wer jetzt schon wissen will, was er isst, dem hilft die Verbraucher-Zentrale Hessen mit dem Ratgeber „Marken, Zeichen, Siegel & Co". Das Heft entschlüsselt die 40 häufigsten Zeichen und kommt für zehn Mark per Post auf den Esstisch. •

Verbraucher-Zentrale Hessen
Große Friedberger Straße 13-17
60313 Frankfurt/M.
Fax 069 / 97 20 10 40

WSI-Mitteilungen

Drei Monate Probe lesen

Arbeitsmarktentwicklungen, Tarifabschlüsse, europäische Integration oder Frauenpolitik – fundierte Informationen aus gewerkschaftlicher Sicht vermitteln die WSI-Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Ein Test-Abo mit drei Monatsheften im neuen, übersichtlichen Layout gibt's gratis zur Probe. •

Bund-Verlag
Postfach 90 01 68
60441 Frankfurt/M.
Fax 069 / 79 50 10 10

Hans-Böckler-Stiftung

Neues Gesetz im Mittelpunkt

Das neue Betriebsverfassungsgesetz steht im Fokus des „3. Hans-Böckler-Forums zum Arbeits- und Sozialrecht" am 28./29. September in Kassel. Außerdem auf der Tagesordnung: das Teilzeit- und Befristungsgesetz, Möglichkeiten gegen rassistische Diskriminierung vorzugehen, und Erwartungen an ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Es referieren DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer und der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Werner Tegtmeier. •

Hans-Böckler-Stiftung
Bertha-von-Suttner-Platz 1
40227 Düsseldorf
Fax 0211 / 77 78 41 23

DGB-Bildungswerk

Positionen zur Einwanderung

Die Erwartungen des DGB an ein Einwanderungsgesetz sind Thema der „Mitteilungen zur Migrationspolitik" des DGB-Bildungswerks. Danach soll der notwendige Zuzug mit einer umfassenden Integrationspolitik einhergehen und darf die bisherige Aufnahme von Asylbewerbern nicht eingeschränkt werden. Das Heft ist kostenlos. •

DGB-Bildungswerk
Tel. 0211 / 43 01 141
Fax 0211 / 43 01 134

Der DGB beteiligt sich an der Werbekampagne für ein besseres Umweltmanagement. Das EMAS-Logo dürfen nur Unternehmen tragen, die mehr Umweltschutz leisten, als gesetzlich erforderlich ist – und damit die EG-Öko-Audit-Verordnung (EMAS) erfüllen. Mehr Informationen unter www.emas-logo.de oder beim Bundesumweltministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 11055 Berlin (oea-1000@bmu.de).

TBS NRW

Datenschutz im Krankenhaus

In Kliniken lagern unzählige vertrauliche Akten über Beschäftigte und Patienten. Das Seminar „Datenschutz im Krankenhaus" am 18./19. September in Hagen bietet Betriebs- und PersonalrätInnen Konzepte zum Schutz der sensiblen Informationen. Diese Veranstaltung der Technologieberatungsstelle (TBS) NRW ist eine von rund 120 im neuen TBS-Seminarprogramm fürs zweite Halbjahr 2001. •

TBS NRW
Lothringer Straße 62
46045 Oberhausen
Fax 0208 / 8 20 76 41

HWP-Projekt

Firmenpleiten auf der Spur

Mit „Unternehmenskrisen und Insolvenzen" beschäftigt sich ein Forschungsteam der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP). Die WissenschaftlerInnen untersuchen Ursachen und Folgen von Pleiten junger Kleinunternehmen. Das Projekt dauert maximal zweieinhalb Jahre. Im Mittelpunkt stehen neue Ansätze zur Krisenfrüherkennung und die Gestaltung von Insolvenzprozessen. •

www.hwp-hamburg.de

BIBB-Infos

Wegweiser zur Ausbildung

Wer eine Lehre machen will, dem stehen 348 Wege offen. Denn so viele Ausbildungsberufe gibt es. Das Nachschlagewerk für alle Berufe vom Arzthelfer bis zur Verlagskauffrau heißt „Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe 2001". Das Buch, herausgegeben vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), kostet 48,70 Mark. •

Verlag W. Bertelsmann
Postfach 10 06 33
33506 Bielefeld
Fax 0521 / 911 01 19
bestellung@wbv.de
www.wbv.de

interregio

••• Die ***DGB-Jugend NRW*** startet einen ***Plakatwettbewerb*** gegen Rechts („Solidarisch statt solide arisch"). Die besten zwölf Einsendungen erscheinen als Wandkalender 2002. Mehr Infos unter www.dgb-jugend-nrw.de

••• ***DGB-Jugend Saar*** und ***DGB-Jugend Rheinland-Pfalz*** veranstalten ein ***deutsch-französisches Seminar*** unter dem Titel „Der Europäische Binnenmarkt – Einflüsse auf Unternehmen in Frankreich und Deutschland" (vom 15. bis 22 September in der Provence). Mehr Infos: DGB Saar, Tel. 0681 / 4 00 01 25

••• Der ***DGB Hessen*** hat in einer ***Briefaktion*** alle hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten aufgefordert, sich für das in der Koalitionsvereinbarung angekündigte Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft einzusetzen. Mehr Infos: Marita Eilrich, Tel. 069 / 27 30 05 52

••• Der ***DGB NRW*** hat erstmals sein ***Gütesiegel Zeitarbeit*** verliehen – an die START Zeitarbeit NRW GmbH in Duisburg. Ausgezeichnet werden damit Firmen, die Leiharbeit sozialverträglich gestalten. Mehr Infos: Nicola Hirsch, Tel. 0211 / 36 83 116

Neues DGB-Gehaltssystem

„Wir brauchen mehr Spreizung“

Das Einkommen der DGB-Beschäftigten soll stärker differenziert werden. Statt der Dauer der Betriebszugehörigkeit sollen künftig die übernommenen Aufgaben und die Leistung der Beschäftigten für die Gehaltshöhe entscheidend sein. einblick hat DGB-Vorstand Günter Dickhausen gefragt, warum das bisherige Gehaltssystem überholt ist.

■ Warum braucht der DGB eine neue Gehaltsstruktur?

■ *Unser Gehaltssystem ist seit 1949 wild gewachsen. In den Allgemeinen Anstellungsbedingungen finden sich Tätigkeiten, die es zum Teil nicht mehr gibt. Andere sind gar nicht enthalten. Wir haben Gehaltsgruppen mit einem Zeitaufstieg und andere, die das nicht kennen. Es gibt keine Systematik.*

■ Das Gehalt soll sich an der konkreten Tätigkeit der Beschäftigten bemessen. Wird höherwertige Arbeit künftig höher bewertet?

■ *Ja. Aber wir führen das neue Gehaltssystem auch unter dem Gesichtspunkt der Kostenneutralität ein. Der DGB will seine Personalkosten durch das neue Gehaltssystem nicht reduzieren, aber es ist auch keine verdeckte Lohnerhöhung.*

■ Statt 13 soll es künftig zehn Gehaltsgruppen geben, die in vier Anforderungsgruppen gebündelt sind. In den Gehaltsgruppen sind Einkommensunterschiede von 20 Prozent, in den Anforderungsgruppen von bis zu 40 Prozent geplant. Was ist der Sinn dieser Differenzierung?

■ *Zum DGB kommen Menschen mit sehr unterschiedlichen Vorkenntnissen. Wenn jemand bei uns anfangen will, haben wir oft das Problem, dass unsere Gehaltsgruppen nicht ausreichen, um ihn entsprechend seiner Qualifikation zu bezahlen. Und andere erhalten auf Grund des jetzigen Gehaltssystems ein Einkommen, das weit über dem liegt, was auf dem Markt üblich ist. Mit dem neuen System wollen wir flexibler reagieren. Jeder freut sich, wenn er bei der Einstellung ein etwas höheres Gehalt bekommt, als es woanders üblich ist. Aber spätestens nach zehn Jahren wird er sich fürchterlich ärgern, dass der DGB seine Leistung nicht mehr gerecht entlohnt. Deshalb brauchen wir eine Spreizung. Wir müssen auch das während des Arbeitslebens beim DGB hinzuerworbene Wissen vergüten.*

■ Wenn die Gehaltssumme nicht wachsen soll, muss ich dann nicht in anderen Bereichen kürzen?

■ *Ja, aber das betrifft nicht diejenigen, die bereits beim DGB beschäftigt sind. Sie werden zwar in das neue Gehaltssystem integriert, aber ihre Gehälter werden nicht abgesenkt. Den Verteilungsspielraum erhalten wir, indem wir aus 13 Gehaltsgruppen zehn machen. Zweitens wollen wir Aushilfen, die nur vier oder fünf Wochen beim DGB arbeiten, anders bezahlen als diejenigen, die schon zehn Jahre Betriebserfahrung hinter sich haben. Und drittens wollen wir die Einkommen innerhalb der Lohngruppen spreizen.*

J. H. Darchinger

DGB-Vorstand Günter Dickhausen, 57, will sich mit dem Betriebsrat bis Ende des Jahres auf eine neues Gehaltssystem für die DGB-Beschäftigten verständigen.

■ Wer wird von dem neuen Gehaltssystem profitieren?

■ *Das lässt sich noch nicht sagen. Bevor wir Geld verteilen, müssen wir erst die Arbeit neu bewerten. Wir müssen jeden Arbeitsplatz beschreiben. Anschließend müssen wir uns mit dem Betriebsrat über die Bewertung der Tätigkeitsbereiche verständigen. Und erst dann geht es darum, wie wir das Geld verteilen, das als Lohnsumme zur Verfügung steht. Dabei werden wir uns an dem orientieren, was bei den Gewerkschaften üblich ist. Aber wir werden auch berücksichtigen, was marktüblich ist.*

■ Beim Vergleich mit den Gewerkschaften liegt der DGB bislang im Mittelfeld.

■ *Daran wird sich auch in Zukunft nicht viel ändern. Der Wechsel von einer Gewerkschaft zum DGB und vom DGB zu einer Gewerkschaft ist ein Bestandteil unseres Arbeitsmarktes. Deshalb bleibt für uns das Gehaltsgefüge der Gewerkschaften wichtig. Wir werden dabei zwar nicht immer die Ersten sein, aber wir werden auch nicht die Letzten sein.*

■ Bei der Eingruppierung soll die Leistung stärker berücksichtigt werden. Im politischen Bereich ist sie schwer messbar.

■ *Dies wird einer der schwierigsten Fragen in den Verhandlungen mit dem Betriebsrat werden. Aber ich glaube, dass das Problem lösbar ist, wenn wir zu einheitlichen Kriterien kommen. Diese müssen so transparent sein, dass sie jeder durchschaut. Und wir brauchen Verfahrensregeln, die sicherstellen, dass die Beurteilung der Beschäftigten so objektiv wie möglich erstellt wird.*

■ Bislang ist für die Eingruppierung wichtig, ob ich eine bestimmte Arbeit auf Regional- oder auf Bundesebene mache.

■ *Ich halte es nicht für gut, die Gehaltshöhe nach der hierarchischen Ebene festzulegen. Besser wäre es, sie am Arbeitsinhalt zu bemessen. Sicher gibt es bei bestimmten Aufgaben Unterschiede, ob ich sie beim Bundesvorstand wahrnehme oder in einer Region. Aber die Unterschiede müssen objektiv messbar sein.* ●

Eigene Systematik

Gewerkschaftsgehälter folgen einer eigenen Logik. Verwaltungsangestellte verdienen zum Teil mehr, politische SekretärInnen weniger als bei anderen Arbeitgebern: 4004 Mark erhält eine SekretärIn, die zurzeit beim DGB-Bundesvorstand anfängt (Tarifgruppe 3). Nach 15 Jahren steigt ihr Gehalt auf 4767 Mark. Für SekretärInnen, die bereits länger beim DGB beschäftigt sind und in der Tarifgruppe 4 eingruppiert sind, liegt die Spanne zwischen 4349 und 5120 Mark.

Das Einkommen der politischen SekretärInnen liegt im Schnitt 2500 DM darüber: OrganisationssekretärInnen (Gruppe 8) verdienen zwischen 6304 und 6877 Mark. Kreisvorsitzende und ReferatssekretärInnen beim Bundesvorstand (Gruppe 9) erhalten zwischen 6815 und 7505 Mark, ReferatsleiterInnen (Gruppe 10) zwischen 7629 und 8571 Mark. Höhere Gehälter bekommen neben den Vorstandsmitgliedern auch die AbteilungsleiterInnen und die VorstandssekretärInnen. Ende 2000 galt dies für 55 der damals 961 DGB-Beschäftigten.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 685
Interview mit Günter Dickhausen über das geplante neue Gehaltssystem des DGB (Langfassung)

kurz&bündig

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will ihr Engagement für Beschäftigte in Medienunternehmen verstärken. Das Budget für connexx.av, das 1999 von DAG und IG Medien gegründete Projekt, soll auf 2,4 Millionen Mark verdreifacht, die Zahl der Projekt-Standorte auf acht verdoppelt werden.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordern einen gesetzlichen Mindestlohn. Sie wollen damit „die Erweiterung der Europäischen Union für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zumutbar machen" und ruinösen Wettbewerb zu Dumpingpreisen verhindern.

Transnet macht wegen der geplanten Schließung von bundesweit acht Bahnwerken mit insgesamt 6000 Beschäftigten verstärkt Druck auf die Bundesregierung. Der Bund sei immer noch hundertprozentiger Eigentümer der Bahn, erklärte Transnet-Vorsitzender Norbert Hansen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) befürchtet eine Überlastung der Sicherheitskräfte. Im Herbst fände ein Castortransport nach Gorleben und nahezu jedes Wochenende eine Demonstration von Rechtsextremisten statt; außerdem würden Banken und Handel mit Euro beliefert, erklärte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg.

SMS-Demokratie

Abstimmung per Handy

Die Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundesgrenzschutz (GdP-BGS) bietet ihren Mitgliedern die Möglichkeit, über gewerkschaftliche Themen per SMS abzustimmen.

18 000 in der GdP organisierte Polizeibeamte, Arbeiter und Angestellte sind auf über 500 Standorte verteilt. Viele der in diesem Bereich Tätigen sind während ihrer Arbeitszeit ständig unterwegs. Für die Kommunikation untereinander ist das ein riesiges Problem. Martin Schilff, Projektverantwortlicher bei der GdP, ist froh über die Möglichkeiten, die der Kurzmitteilungsdienst fürs Handy der Gewerkschaft bietet: „Mit welchem Medium sonst lassen sich unsere Mitglieder, die in der ganzen Republik verteilt sind, so unkompliziert und zeitnah in Entscheidungsprozesse einbeziehen?"

Gegenstand der aktuellen Mitgliederbefragung war „bedarfsorientiertes Schichtdienstmanagement". Mit einer Rücklaufquote von über 70 Prozent wurden die Erwartungen weit übertroffen.

GdP-Mitglieder können mit diesem Service auch ihr Gewerkschaftslogo auf ihr Handy laden. Die GdP ist die erste Organisation in Deutschland, die Ihre Mitglieder per SMS nach ihrer Meinung fragt.

„Neben den Gewerkschaften gibt es sicherlich noch viele Gruppierungen, für die so ein interaktives Werkzeug interessant ist. Auch Parteien, Verbände oder Vereine könnten manchmal noch ein wenig mehr an direkter Demokratie vertragen", meinen Claudia Pöpperl, Geschäftsführerin von ucp in Deutschland, und eRelation-Vorstand Peter Steigmeier. Sie glauben fest an einen großen Bedarf für SMS-Services dieser Art.

Die SMS-Abstimmungen sind der Beginn einer umfangreichen Zusammenarbeit zwischen der GdP, eRelation und ucp. Die beiden Unternehmen sind für die Realisierung der SMS-Abstimmungen zuständig. •

BGAG

Dividende aufgestockt

Die gute Entwicklung der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG, Frankfurt/M., hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. „2000 war das bisher erfolgreichste Jahr in der Geschichte der BGAG", erklärte der Vorstandsvorsitzende Rolf J. Freyberg bei der Vorstellung des Jahresabschlusses. Der Jahresüberschuss der BGAG hat sich im Geschäftsjahr 2000 um 35 Prozent auf 27 Millionen Euro erhöht. Die Ausschüttung an die gewerkschaftlichen Anteilseigner wurde von acht auf zehn Millionen Euro aufgestockt. Bezogen auf das Grundkapital entspricht dies einer Dividende von zehn Prozent.

Einen wesentlichen Anteil am Erfolg haben die deutlich höheren Ausschüttungen der Beteiligungen im Finanzdienstleistungsbereich, der BHW Holding AG, der Allgemeinen HypothekenBank Rheinboden AG und der Allgemeinen Deutschen Direktbank AG (DiBa).

Für 2001 erwartet die BGAG ein mindestens ebenso gutes Ergebnis. „Unsere wert- und ertragsorientierte Unternehmenspolitik hat sich bewährt, und wir setzen sie konsequent fort", so Freyberg. Zur Unternehmensphilosophie der BGAG gehöre auch, dass die Beteiligungsunternehmen die Chancen in Wachstumsmärkten nutzten. Ein solcher Markt sei zum Beispiel der Bereich Altersvorsorge. BHW und DiBa bieten dafür eine ganze Palette von Produkten und Dienstleistungen dazu an. Die BGAG-Philosophie gelte nicht nur für die Bereiche Finanzdienstleistungen und Immobilien, sondern auch für die sonstigen Beteiligungen, deren Kern vor allem die Unternehmen der Bund-Verlag Gruppe bilden. Sie sollen zu führenden multimedialen Anbietern von Produkten, Informationen und Dienstleistungen rund um Arbeit und Beruf ausgebaut werden. •

ÖTV-Kommunikationsprojekt

Übertragbare Lösungen

Für die Arbeit von Non-Profit-Organisationen ist Kommunikation von zentraler Bedeutung. Deshalb müssen Gewerkschaften wie auch Kirchen oder Verbände professionelle Kommunikationsstrategien entwickeln.

Zweieinhalb Jahre lang hat die ÖTV gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung ihre Kommunikationsstrukturen untersucht und Verbesserungsvorschläge entwickelt. Nur einen Teil dieser Vorschläge hat die ÖTV selbst umgesetzt, aber die Konzepte und Instrumente, die entwickelt worden sind, lassen sich auf andere Organisationen übertragen.

Die Ergebnisse dieses Modellprojektes liegen jetzt als Buch vor. Die AutorInnen der Beiträge haben alle am ÖTV-Projekt mitgearbeitet und beleuchten die Öffentlichkeitsarbeit von Non-Profit-Organisationen aus unterschiedlichen Perspektiven. Allen, die sich mit interner oder externer Kommunikation beschäftigen, bietet das Buch eine Vielzahl wertvoller Einsichten, Anregungen und praxisnaher Empfehlungen. •

Claudia Langen, Werner Albrecht, Zielgruppe: Gesellschaft
Verlag Bertelsmann Stiftung
Gütersloh 2001
318 Seiten, 45 Mark

EU-Erweiterung

Bürger zweiter Klasse

Es sieht ganz danach aus, dass die EU-Mitgliedsstaaten ihre Arbeitsmärkte für die Menschen aus den Beitrittsländern erst nach einer Übergangsfrist vollständig öffnen werden. Pavle Vrhovec beschreibt, weshalb der Freie Gewerkschaftsbund Sloweniens Übergangsfristen in Sachen Arbeitnehmerfreizügigkeit ablehnt.

Pavle Vrhovec, 50, ist beim Freien Gewerkschaftsbund Sloweniens für internationale Beziehungen zuständig. Mit rund 370 000 Mitgliedern ist der Gewerkschaftsbund der größte Sloweniens.

Für die positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung Sloweniens müssen die sozioökonomischen Bedingungen und die Lage der Beschäftigten an das Niveau in den EU-Ländern angeglichen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Integration Sloweniens in die EU für den Freien Gewerkschaftsbund Sloweniens ohne Alternative.

Slowenien steht heute wirtschaftlich recht gut da, auch die EU-Kommission zur Osterweiterung stuft das Land als **funktionierende Marktwirtschaft** ein. Das Wirtschaftswachstum ist stabil, der reale Anstieg des Bruttosozialproduktes übersteigt vier Prozent, die Arbeitslosenrate lag im ersten Quartal 2001 nur noch bei 6,7 Prozent. 1995 erreichte Slowenien 64 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsproduktes der EU, im Jahr 2000 bereits 73 Prozent. 1998 lebten in Slowenien 11,3 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, deutlich weniger als zum Beispiel in Deutschland (16 %), Großbritannien (19 %) oder Portugal (22 %).

Arbeitnehmerfreizügigkeit, freier Kapital-, Dienstleistungs- und Warenverkehr: Diese vier Freiheiten machen zusammen den europäischen Binnenmarkt aus und bedingen sich gegenseitig. Die slowenischen Gewerkschaften glauben an diese enge Verbindung, auf die man in der EU so stolz ist. Deshalb können wir kaum verstehen, dass einige Länder sich nun dafür einsetzen, für eine der vier Freiheiten, für den freien Personenverkehr, eine Übergangsfrist einzuführen. Wir haben uns ja auch nicht gegen ausländische Waren in unseren Geschäften gewehrt, obwohl als Folge Fabriken in Slowenien schließen mussten. Für die EU-Staaten bringt der freie Warenverkehr nur Vorteile: So hat Österreich seit 1989 die Gesamtausfuhr in die benachbarten Kandidatenländer mehr als verdreifacht. Die EU-Länder sollten realisieren, dass dadurch in ihren Ländern Arbeitsplätze gesichert werden.

Wir sind der Überzeugung, dass in Slowenien **alle vier Freiheiten ohne Übergangsfristen** wirksam werden müssen. Wenn man das Funktionieren eines der Märkte verhindert, können auch die anderen nicht optimal funktionieren. Außerdem darf die EU die Kandidatenländer nicht alle über einen Kamm scheren. Die Angst vor Sozialdumping sollte nicht den Blick auf die Realitäten vernebeln. Das kleine Slowenien mit seinen zwei Millionen Einwohnern, darunter 758 000 Erwerbstätige, wird den europäischen Arbeitsmarkt mit Sicherheit nicht gefährden. Lebensstandard, Löhne und Gehälter sind bei uns höher als in den meisten beitrittswilligen Ländern. Die Mobilität der Bevölkerung ist gering. In den 90er Jahren wechselten nur neun von 1000 Einwohnern die Wohngemeinde, in Deutschland waren es 48, in Dänemark sogar 63. Es ist kaum zu erwarten, dass die Slowenen scharenweise ihre Heimat verlassen, um im Ausland zu arbeiten. 79 Prozent wohnen im eigenen Haus – so hoch wie in Slowenien ist der Anteil der Eigenheimbesitzer fast nirgendwo.

Die meisten Slowenen sehen im EU-Beitritt große Chancen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Heimat. Das geht aus einer Umfrage von 1999 hervor. Sorgen machen sich die Slowenen darüber, ob es ihnen gelingt, ihre Souveränität, nationale Identität und Sprache zu bewahren. **Inzwischen nimmt die Zustimmung zum Beitritt ab.** Waren zunächst über 60 Prozent dafür, sind es jetzt nur noch 48 Prozent. Die Begeisterung für die EU schwindet, weil die Slowenen den Eindruck haben, dass einige EU-Länder Angst vor der Erweiterung haben und sie mit immer wieder neuen Bedingungen für den Beitritt hinauszögern.

Insbesondere die Forderung nach Übergangsfristen für den freien Personenverkehr befremdet die Slowenen. Sie sagen: Als die Länder im Osten noch durch die Berliner Mauer von der EU getrennt waren, war im Westen der freie Personenverkehr in aller Munde. Nun, wo die Berliner Mauer Geschichte ist, spricht man vor allem von den Einschränkungen der Freizügigkeit. Slowenien hat die Bedingungen der EU voll und ganz akzeptiert. Wir erwarten, dass die EU-Staaten das gleiche tun. Andernfalls werden sich die Menschen in den Kandidatenländern als EU-BürgerInnen zweiter Klasse fühlen. Es könnte paradox werden: Möglich wäre, dass Slowenien nach dem Beitritt zu den Nettozahlern in die Brüsseler Kasse gehört, dennoch würde die Freizügigkeit für die Slowenen nur eingeschränkt gelten. •

DGB für Übergangsfristen

Um „Spannungen zu verhindern oder zumindest gestaltend eingreifen zu können", setzt sich der DGB bei der EU-Erweiterung für Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit ein. Diese Fristen sollten dazu genutzt werden, so heißt es in einer gerade veröffentlichten DGB-Stellungnahme, „soziale Fortschritte und die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen stärker voranzubringen, als dies im Beitrittsprozess bisher geschehen ist".

Der DGB begrüße, dass „sich eine Entscheidung der Mitgliedsstaaten zu Gunsten von Übergangsfristen in der Arbeitnehmerfreizügigkeit abzeichnet". Erforderlich sei aber auch eine entsprechende Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit. Beide Regelungen sollten miteinander verknüpft werden, damit nicht „über eine weit reichende Auslegung von Dienstleistungsaufträgen Scheinselbstständigkeit und illegalen Praktiken von Entsendefirmen Vorschub geleistet wird".

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Fax-Abruf:
0211 / 43 01 666
„EU-Erweiterung sozial gestalten". Stellungnahme des DGB zu Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit

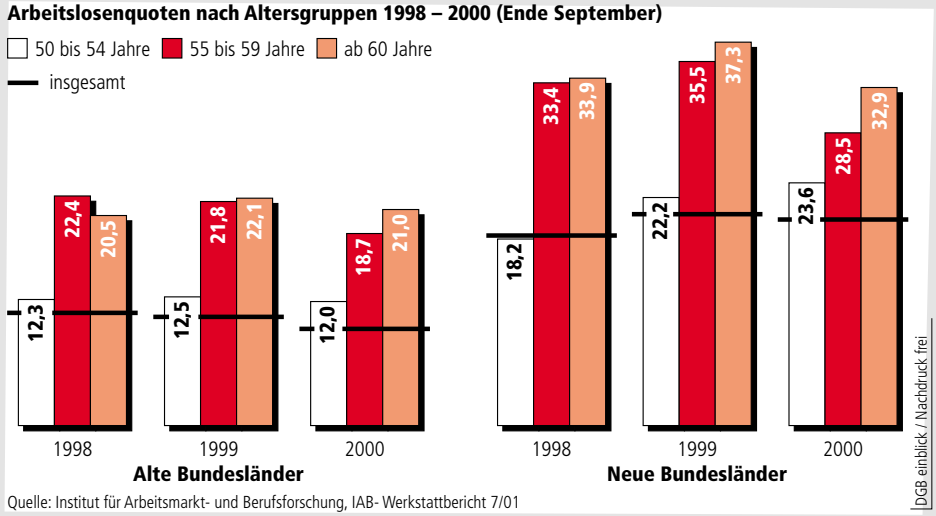
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSMARKT: Ältere sind wieder gefragt

Erstmals nach jahrelangem Anstieg der Arbeitslosigkeit Älterer ist im vergangenen Jahr die Arbeitslosigkeit speziell in der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen deutlich zurückgegangen – auf ein allerdings immer noch sehr hohes Niveau. Die Zugänge in Arbeitslosigkeit sanken in dieser Altersgruppe in den Jahren 1999/2000 um 85 000 auf 525 000. Ein Grund ist die Zunahme von Altersteilzeit ab 55 Jahren. Sie stieg 1999/2000 schätzungsweise um 69 000 auf 162 000 Fälle.



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB- Werkstattbericht 7/01

personalien

••• ***Claudia Meyer,*** 31, studierte Volkswirtin und bisher Referatsleiterin in der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 15. Juli neue DGB-Bundesjugendsekretärin. Sie folgt ***Roland Schinko,*** 41, nach, der diese Funktion knapp vier Jahre lang innehatte.

••• ***Dr. Rolf J. Freyberg,*** 58, bisher Sprecher des Vorstandes der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), Frankfurt/M., ist vom Aufsichtsrat der BGAG zum Vorsitzenden des BGAG-Vorstandes ernannt und mit Wirkung zum 1. Juli 2002 für weitere fünf Jahre als Vorstandsmitglied bestellt worden.

49 TAGE

18.8. DGB Frankfurt/M., „Spuren des Naziterrors und des Krieges – Eine alternative Taunusrundfahrt"

29.8. DGB Thüringen, Fachtagung „Job-Wunder Dänemark – ein Modell für Thüringen?", Erfurt

30.8.-11.9. UNI, Weltkongress der Internationalen der Angestellten, Berlin

1.9. Antikriegstag

1.9. DGB Saar, Landesjugendkonferenz, Saarbrücken; Preisverleihung des Multimedia-Wettbewerbs „kreativ statt primitiv" gegen Rechts

4.9. DGB, 1. Sitzung des Bundesvorstands nach der Sommerpause

5.-8.9. DGB Berlin – Brandenburg, Konferenz der Gewerkschaften der europäischen Hauptstädte, Berlin

7./8.9. DGB Rheinland-Pfalz, Landesjugendkonferenz, Trier

Tipp

***Buch:* Walter Obenaus, *Praxis-Lexikon Arbeitsrecht,* Knaur, München 2000, 368 S., 18,80 DM**

Von A wie Arbeitsvertrag bis Z wie Zeugnis sollen 800 Stichwörter Antworten geben auf „alle Fragen rund um den Arbeitsplatz" (Untertitel). Das muss man nicht wörtlich nehmen. Der Autor wendet sich an juristische Laien. Sie will er kurz und knapp informieren, ohne sie mit komplizierten Erklärungen und juristischen Fachbegriffen zu konfrontieren. Und das ist ihm auch weitestgehend gelungen. Das Praxis-Lexikon ist eine gute Hilfe für den Einstieg ins Arbeitsrecht. Zum Teil haben die Stichwörter nur Querverweise („Altersruhegeld Betriebsrente"), zum Teil werden sie systematisch erläutert: Zuerst gibt's eine Begriffserklärung, dann ein illustrierendes Beispiel, abschließend weiter gehende Informationen.

Schlusspunkt

„Unsere Theatergruppe ist für die Sommerferien abgemeldet."

CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz auf die Frage, ob die Union das diesjährige politische Sommertheater bestreiten wird („Neue Rhein Zeitung" vom 12. Juli).

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.
Die nächste *einblick*-Ausgabe erscheint am 10. September.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.09.2001 15/01

DGB

Neue Betriebsverfassung

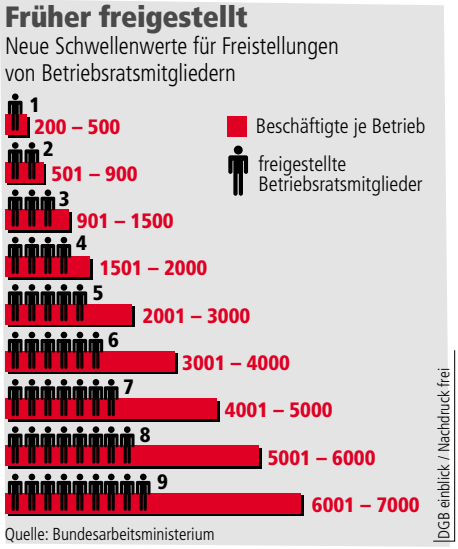
Wahlen ohne Ordnung

Kuriose Situation: Seit In-Kraft-Treten des neuen Betriebsverfassungsgesetzes Ende Juli gilt laut Paragraph 14 a in Kleinbetrieben das vereinfachte Wahlverfahren. Danach kann in Betrieben mit fünf bis 50 Beschäftigten auf zwei Versammlungen innerhalb von acht Tagen ein Betriebsrat gewählt werden. Für Firmen mit 51 bis 100 ArbeitnehmerInnen gilt dasselbe, falls der Arbeitgeber einverstanden ist.

Doch will jemand von dem vereinfachten Wahlverfahren Gebrauch machen, wird die Sache kompliziert, denn noch existiert keine neue Wahlordnung.

Wer trotzdem wählen will, muss sich mit den Fingerzeigen („Maßgaben") in Paragraph 125 Betriebsverfassungsgesetz („Übergangsvorschriften") zufrieden geben oder die vom DGB formulierte „sinngemäße Anwendung der Wahlordnung" zu Rate ziehen – ein Rest von Rechtsunsicherheit bleibt.

Geplant war der Erlass der neuen Wahlordnung mal für September/Oktober. Laut Bundesarbeitsministerium soll aber die Anhörung der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften jetzt erst im Oktober stattfinden. Ministerialrat Gerd Engels: „Wir arbeiten unter Hochdruck."



Bislang konnte ein Betriebsratsmitglied erst in Betrieben ab 300 Arbeitnehmern von der Arbeit freigestellt werden, vier Freigestellte gab's erst ab 2001, fünf erst ab 3001 Beschäftigten.

Die Zeitverzögerung erklärt er mit Personalmangel und verteidigt sie damit, dass ursprünglich das komplette Gesetz erst im Herbst oder Januar 2002 in Kraft treten sollte.

Nach Aussagen des sozialpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Brandner, wird sich der Bundesrat am 9. November mit der neuen Wahlordnung befassen. Wolfgang Däubler, Arbeitsrechtler an der Uni Bremen, bezweifelt das. Die Verbände bräuchten Zeit für ihre Stellungnahmen, die wiederum in den Entwurf eingearbeitet werden müssten. Wie dem auch sei: Fest steht nur, dass der Bundesrat in diesem Jahr noch am 30. November und 20. Dezember tagt.

Für die Gewerkschaften ist die Sache alles andere als spaßig. Ihnen läuft die Zeit weg, um ihre Funktionäre und Betriebsräte rechtzeitig bis zum Beginn der nächsten turnusgemäßen Betriebsratswahlen am 1. März 2002 zu schulen. Die IG Metall hat ihre Schulungen für November geplant, „ein Drama", wenn sie nicht stattfinden könnten, so der Metaller Horst Richter. Micha Heilmann von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten attestiert dem Riester-Ministerium „schlechtes Marketing": Weil die Wahlordnung fehle, stünde jetzt nicht das fortschrittliche neue Gesetz im Vordergrund, sondern die Frage „wie wählen?"

Niemand befürchtet ernsthaft, dass die Betriebsratswahlen 2002 verschoben werden müssen. Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Karl-Josef Laumann, ist sich „ziemlich sicher", dass die Union die Wahlordnung im Bundesrat nicht blockiert. Selbst wenn die CDU/CSU das täte, könnte gewählt werden. Arbeitsminister Riester hat trickreich vorgesorgt: Die „Übergangsvorschriften" im neuen Betriebsverfassungsgesetz gelten bis zum Erlass einer neuen Wahlordnung – wann immer sie kommt. •

plusminusBERLIN

+ ***Die PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer ist gegen eine wirtschaftliche Förderung Ostdeutschlands auf Kosten westdeutscher Standorte. Die Ostförderung dürfe nicht so weit gehen, dass „den Kollegen im Westen die Arbeitsplätze auf die Füße fallen".***

– ***Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hat einen Entwurf zur Reform des Waffenrechts auf Druck der Länder abgeschwächt. Der „kleine Waffenschein" für Gaspistolen wurde gestrichen, weil die Länder einen hohen Verwaltungsaufwand fürchten.***

inhalt

Seite 3
Nicht absichtlich töten
Interview mit DGB-Vorstand Heinz Putzhammer zur Bio- und Gentechnik

Seite 5
Keine Petitionen für den Papierkorb
Gewerkschaften fordern Beteiligung an den Verhandlungen der Welthandelsorganisation

Seite 7
Nicht irremachen lassen
Die Kampagne gegen Arbeitslose zielt darauf ab, dass die Betroffenen ihre Rechte nicht wahrnehmen

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.krisennavigator.de
Informationen zur Bewältigung von Unternehmenskrisen und betrieblichen Risiken

Im Faxabruf
0211 / 43 01 668
Eckpunkte des Altersversorgungswerks von IG Metall und Gesamtmetall

Vergabegesetz

Entwurf noch im September

Bei öffentlichen Ausschreibungen am Bau oder im Nahverkehr sollen künftig nur Unternehmen den Zuschlag erhalten, die die örtlichen Tariflöhne zahlen. Das ist die Kernaussage eines Eckpunktepapiers für ein Vergabegesetz, auf das sich eine Arbeitsgruppe des Wirtschaftsministeriums (*einblick* 10/01) Anfang September verständigt hat. Entscheidend sei dabei, so Reinhard Dombre, DGB, dass die Tarife maßgeblich sein sollen, die an dem Ort gelten, an dem die Dienstleistung erbracht wird, und nicht die, die am Firmensitz gelten. Der DGB sei zuversichtlich, dass ein entsprechender Gesetzentwurf noch im September vorgelegt werde – zumal sich der Bundesrat und die Regierungsfraktionen für ein bundesweites Vergabegesetz ausgesprochen haben. •

EGB

Demo in Lüttich

Für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge rufen der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und belgische Gewerkschaften zu einer Demonstration am 21. September in Lüttich auf. Anlass der Proteste ist die Tagung der EU-Finanz- und Wirtschaftsminister. •

www.etuc.org

wiewardiewoche?

Axel Albrecht, 40, Verkaufsfahrer, ist stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats der Tobaccoland ATG mbH & Co.KG im rheinland-pfälzischen Gundersheim bei Worms – des bundesweit ersten Betriebsrats, der nach In-Kraft-Treten des neuen Betriebsverfassungsgesetzes im vereinfachten Wahlverfahren gewählt worden ist. Die Handelsfirma hat 46 Beschäftigte und war zuvor betriebsratslos.

Weil wir zum ersten Mal einen Betriebsrat gewählt haben, kenne ich nicht den Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Wahlverfahren. Aber so viel kann ich sagen: Alles ging ziemlich einfach über die Bühne. Obwohl wir null Ahnung hatten und alles von unten aufrollen mussten. Wir haben Kontakt mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Mainz aufgenommen, und der Gewerkschaftssekretär Andreas Hofmann hat gleich Nägel mit Köpfen gemacht: Am 31. Juli fand die erste Betriebsversammlung statt, auf der wir den Wahlvorstand gewählt und die Kandidaten aufgestellt haben, und am 7. August wurde gewählt. Ruck, zuck. Die Wahlbeteiligung war okay, gut zwei Drittel der Belegschaft haben mitgemacht.

Warum wir einen Betriebsrat gewählt haben? Das hat mehrere Gründe. Zum Beispiel befürchten wir, dass der Firmensitz verlegt werden könnte. So weit, dass nicht alle mitziehen könnten. Deshalb brauchen wir frühzeitig Informationen. Und die kann uns nur ein Betriebsrat besorgen. Ein anderer Grund war die Umrüstung der Zigarettenautomaten von fünf auf sechs Mark zum Jahreswechsel 2001. Da haben es vor allem die Fahrer in 14 Tagen locker auf 100 Überstunden gebracht. Wir waren bis zu 16 Stunden täglich und auch am Wochenende unterwegs. Für diese Sonderleistung haben wir einen zu geringen Lohn erhalten, und die Zeit zur Umrüstung der Automaten war zu kurz. Das soll sich bei der Umstellung auf den Euro nicht wiederholen. Wir wollen eine leistungsgerechte Bezahlung für jede Mehrarbeit aushandeln. Auch dafür brauchen wir einen Betriebsrat.

Euro-Betriebsräte

Parlament will besseres Gesetz

Das Europäische Parlament hat die EU-Kommission aufgefordert, bis Jahresende die Richtlinie zur Bildung Europäischer Betriebsräte zu reformieren. Die geltende Richtlinie stammt aus dem Jahr 1994. Sie sieht vor, dass in EU-weit operierenden Unternehmen ab 1000 MitarbeiterInnen, von denen 150 in verschiedenen Mitgliedsstaaten beschäftigt sein müssen, ein Euro-Betriebsrat gewählt werden kann. Diese Schwellenwerte sollen nach dem Willen der Euro-Parlamentarier auf 500 bzw. 100 abgesenkt werden. Außerdem soll die Rolle der Gewerkschaften gestärkt werden. •

Göteborg

Gewerkschafter in Haft

Wegen schweren Landfriedensbruchs während der Demonstrationen beim EU-Gipfel in Göteborg ist ein junger Gewerkschafter aus Berlin zu 14 Monaten Haft verurteilt worden. Gegen die Verurteilung protestieren der DGB Berlin-Brandenburg und die ver.di-Jugend. Hannes Heine, 20, Mitglied des IG Medien-Landesbezirksjugendvorstandes, war am 15. Juni mit einer Gruppe GewerkschafterInnen zu friedlichen Protesten nach Schweden gereist. Dort wurde er, so Augenzeugen, abseits der Krawalle in einer Gruppe friedlicher Demonstranten verhaftet. In erster Instanz wurde der vorsitzende Richter, der die Aussage eines einzigen Zeugen als nicht ausreichend für eine Verurteilung ansah, von den Schöffen überstimmt. Die Berufungsverhandlung findet am 24. September statt. •

DGB Berlin-Brandenburg,
Tel. 030 / 2 12 40 312
Spendenkonto: Landesjugendvorstand der IG Medien,
SEB Berlin, BLZ 100 101 11
Konto-Nr. 149 683 1900

geplant... beschlossen

Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des DGB hat Anfang September erste Maßnahmen zur Umsetzung der „Optimierungskonzepte zur Organisationsreform" beschlossen: Danach sollen die 94 DGB-Regionen Prioritäten bei den „Kernaufgaben" festlegen. Durch „jährliche Aktionsprogramme" und ein „Ziel-Controlling" soll sichergestellt werden, dass die gesetzten Prioritäten in die Praxis umgesetzt werden. Außerdem hat der GBV beschlossen, die Buchhaltung der Regionen in den Bezirken zu zentralisieren.

Der DGB hat das Berufsfortbildungswerk beauftragt, für die Beschäftigten des DGB-Bundesvorstands in Düsseldorf, die nach dem Umzug der DGB-Zentrale nach Berlin noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, eine persönliche „Qualifizierungs- und Berufswegeplanung" zu entwickeln. Betroffen sind hiervon 47 DGB-Beschäftigte.

Urheberrecht

Musterbrief im Internet

Mit einer großen Kampagne wollen Zeitungs- und Zeitschriftenverleger die von Rot-Grün eingeleitete Reform des Urheberrechtsgesetzes verhindern – unter anderem sollen leere Zeitungsseiten erscheinen. Das berichtet „mediafon", ein ver.di-Projekt für freie JournalistInnen. „mediafon" ruft dazu auf, sich mit Briefen an die Bundestagsabgeordneten für die Reform des Urheberrechts einzusetzen. Argumente für die Reform und den Musterbrief gibt es unter *www.mediafon.net/download.php3* •

Nationaler Ethikrat

Nicht absichtlich töten

Den umstrittenen Import embryonaler Stammzellen hält DGB-Vorstand Heinz Putzhammer für ethisch fragwürdig. Menschliches Leben dürfe „zu keinem Zweck absichtlich getötet werden". Die Forschung mit erwachsenen Stammzellen hingegen solle vorangetrieben werden.

Bundeskanzler Schröder hat dich in den Nationalen Ethikrat berufen. Was hat der DGB da verloren?

Dass alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen teilnehmen an der Diskussion über Chancen und Risiken von Innovationen wie beispielsweise der Biomedizin gehört zur demokratischen Kultur. Das zum einen. Zum anderen finden Gentests natürlich auch am Arbeitsplatz statt, da sind wir Gewerkschaften direkt betroffen.

Auf der nächsten Sitzung des Ethikrats am 27. September steht der Import embryonaler Stammzellen zur Diskussion. Unser Embryonenschutzgesetz verbietet ihn nicht. Wo also liegt das Problem?

Das Gesetz verbietet ihn zwar nicht ausdrücklich, aber ist er ethisch zulässig? Das ist umstritten. Das Bundesverfassungsgericht hat zum Schwangerschaftsabbruch ausdrücklich festgestellt, dass Menschenwürde auch schon dem ungeborenen Leben zukommt. Daraus ergibt sich das Verbot einer Gewinnung von embryonalen Stammzellen, da sie nicht der Erhaltung des Embryos dient. Ist es unter diesen Voraussetzungen ethisch zulässig, embryonale Stammzellen einfach zu importieren, deren Gewinnung in Deutschland verboten ist?

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft will mit importierten Zellen die Züchtung von Ersatzgewebe für erkrankte Hirne fördern. Das ist doch löblich.

Die Grundsatzfrage lautet: Darf man ein ethisch wünschenswertes Ziel mit ethisch umstrittenen Methoden zu erreichen versuchen?

Das Klonen von Menschen wird geächtet. Das therapeutische Klonen aber verspricht Gewebe- und Organersatz. Verbrennungsopfer und Nierenkranke warten darauf. Was spricht dagegen?

Die schlichte Tatsache, dass Embryonen zu keinem Zweck absichtlich getötet werden dürfen. Deshalb ist das therapeutische Klonen nach dem Embryonenschutzgesetz verboten. Dabei muss es bleiben.

Die so genannte verbrauchende Embryonenforschung, also die Herstellung von Embryonen nur zum Zwecke der Forschung, ist verboten. Was aber ist mit den überzähligen

Heinz Putzhammer, 60, ist Mitglied des Nationalen Ethikrats.

Embryonen, die bei der künstlichen Befruchtung anfallen?

Wer kontrolliert die Herkunft der Embryonen? Wer sagt mir, dass es sich wirklich um überzählige handelt; das steht doch nicht drauf. Vielmehr besteht die Gefahr, dass dann Frauen ausgebeutet werden als Eizellen-Lieferantinnen – ohne davon zu wissen oder gegen Geld.

Es gibt unstrittig überzählige Embryonen, weil die Frauen zwischenzeitlich erkrankt oder verstorben sind. Diese Embryonen landen im Klinikmüll. Wäre es nicht ethisch geboten, sie zu nutzen?

Hier müssen wir Chancen und Risiken abwägen. Die Frage ist immer wieder: Auf welchen Weg begibt man sich damit?

Befürwortest du denn die Forschung mit adulten, sprich erwachsenen Stammzellen, die beispielsweise aus der Nabelschnur Neugeborener oder dem Blut Erwachsener gewonnen werden?

Ja. Denn sie bietet zwei Vorteile. Zum einen wirft sie keine ethischen Probleme auf, weil keine Embryonen verbraucht werden. Zum anderen wird körpereigenes Gewebe nach der Transplantation nicht abgestoßen, Spender und Empfänger sind identisch. Der Nachteil: die geringere Plastizität der adulten Stammzellen, also ihre Möglichkeit, sich in andere Zellen umwandeln zu können – jedenfalls nach dem heutigen Stand der Forschung. Deshalb sollte hier auf jeden Fall das noch ungenutzte Forschungspotenzial ausgeschöpft werden.

Viele setzen große Hoffnungen darauf, dass dank Genforschung Alzheimer, Parkinson, Herzinfarkt, Krebs oder Aids wirksamer bekämpft werden könnten.

Selbstverständlich wäre es dringend wünschenswert, diese Krankheiten mit Methoden der Biomedizin heilen zu können. Aber der Stand der Forschung wird oft überschätzt.

Die Biotechnologie verspricht nicht zuletzt Arbeit und Wohlstand. Hat ihre ökonomische Nutzung nicht auch einen sozialethischen Aspekt?

Auch die Ökonomie muss sich dem Schutz der Menschenwürde unterordnen. Eine kurzfristige Schaffung von Arbeitsplätzen im großen Stil ist im Übrigen nicht im hier angesprochenen Bereich der modernen Biomedizin zu erwarten.

In der Biomedizin ist vieles Zukunftsmusik, in der Genforschung nicht. Ein Embryonenschutzgesetz gibt es seit zehn Jahren, ein Gendatenschutzgesetz aber immer noch nicht.

Ein Unding, in der Tat. Überall dort, wo Einstellungsuntersuchungen stattfinden, besteht die Gefahr, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne ihr Wissen genetisch getestet werden.

Wie müsste die Kernaussage des Gesetzes lauten?

Dass niemand zu Gentests gezwungen oder auf Grund eines vorhandenen oder fehlenden Tests diskriminiert werden darf. •

Kein geschlossener Zirkel

soll der Ethikrat sein, den die Bundesregierung am 2. Mai beschlossen hat, „sondern ein dauerhaftes Forum des Dialogs".

Er soll die ethischen Fragen diskutieren, die sich im Zusammenhang mit der Bio- und Gentechnologie stellen, und Stellung dazu beziehen. Zu deren Chancen zählen die verbesserte Diagnostik und Therapie bislang unheilbarer Krankheiten sowie wirtschaftliches Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Als ihre Risiken gelten die Reproduktion und Selektion von Menschen sowie die Diskriminierung Einzelner auf Grund ihrer genetischen Disposition.

Dem Rat, der sich am 8. Juni konstituiert und am 6. Juli zu einer ersten Arbeitssitzung getroffen hat, gehören 25 Mitglieder aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft an, die auf vier Jahre berufen worden sind (mehr Infos: www.nationalerethikrat.de). Eine seiner Diskussionsgrundlagen ist das Embryonenschutzgesetz (http://jurcom5.juris.de/bundesrecht/eschg).

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 673
Langfassung des Interviews mit DGB-Vorstand Heinz Putzhammer zur Bio- und Gentechnik

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Broschüre

Jetzt fit fürs Euro-Bargeld

An die doppelte Preisausschilderung in Mark und Euro haben wir uns inzwischen gewöhnt. Doch schon steht die nächste Umstellung vor der Tür: Ab März 2002 ist der Euro einziges Zahlungsmittel. Vieles Alltägliche wirft dann Fragen auf. Was bedeutet die Umstellung auf Euro für Löhne und Gehälter? Was wird aus Verträgen, die in Mark abgeschlossen wurden? Wie werden umgerechnete Euro-Beträge richtig gerundet? Wie lange können alte Briefmarken noch auf die Umschläge? Die 51-seitige DGB-Broschüre „Der Euro-Zug rollt – Das neue Euro-Bargeld" gibt auf alles eine Antwort, klärt Fragen zu Miete, Steuern und Versicherungen. Broschüre und Versand sind kostenlos. •

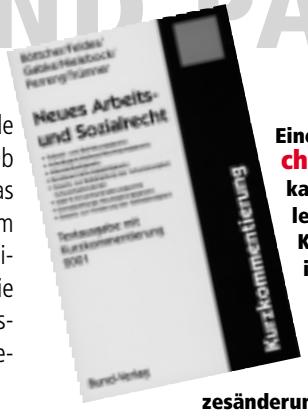
DGB-Bundesvorstand
Fax 0211 / 43 01 111

DGB-Bildungswerk

Einfluss auf das Internet

Wem gehört eigentlich das Internet? Und wer hat die Kontrolle über das weltweite Informationsnetz? Früher galt das World Wide Web als „machtfreier Raum". Ob das heute noch der Fall ist, will das Bildungszentrum Hattingen vom 29. bis 31. Oktober auf dem Seminar „Netcontrol – Wer hat die Macht im Netz?" diskutieren. Kosten: 150 Mark inklusive Verpflegung und Unterkunft. •

DGB-Bildungszentrum Hattingen
Fax: 0 23 24 / 50 83 00
www.hattingen.dgb-bildungwerk.de



Eine stattliche Reihe arbeitnehmerfreundlicher Reformen des Arbeits- und Sozialrechts kann die rot-grüne Bundesregierung mittlerweile vorweisen. Nach den Verbesserungen des Kündigungsschutzes und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall folgten zum Beispiel die Reform des Erziehungsgeldes, der Anspruch auf Teilzeitarbeit und die Berücksichtigung von Einmalzahlungen bei den Leistungen der Sozialversicherung. Zu den aktuellen Gesetzesänderungen liegt jetzt erstmals eine von gewerkschaftlichen JuristInnen kommentierte Textausgabe vor: Neues Arbeits- und Sozialrecht, Bund-Verlag Frankfurt/M., 237 Seiten, 24,90 Mark.

CD-ROM

Arbeitsschutz von A bis Z

Infos rund um Arbeits- und Gesundheitsschutz bietet die IG Metall mit der CD-ROM „Gesünder @rbeiten". Eine Sammlung aktueller Publikationen der Gewerkschaft wird ergänzt durch nützliche Extras: Info-Plakate und Faltblätter, Checklisten und Fragebogen für Beschäftigte sowie eine Sammlung der wichtigsten Gesetze und Verordnungen. Installation und Bedienung des Programms sind auch für Laien kein Problem. Kosten: 20 Mark zzgl. Mehrwersteuer und Porto. •

Union-Druckerei
Fax:
069 / 79 52 242

Teilzeitarbeit

Arbeitshilfe im Netz abrufbar

Eine nützliche Arbeitshilfe für Vorträge und Seminare zum Thema Teilzeitarbeit bietet das Bundesarbeitsministerium im Internet an. Arbeitnehmervertreter können damit einen Überblick über Teilzeitmodelle gewinnen und deren konkreten Nutzen für Beschäftigte aufzeigen. •

www.teilzeit-info.de

Fachtagung

Neue Wege in der Armutspolitik

Eine Fachtagung zur Armutsforschung veranstalten die Gesellschaft für Sozialen Fortschritt und die Arbeiterwohlfahrt am 11./12. Oktober im nordrhein-westfälischen Hennef bei Bonn. •

Gesellschaft für Sozialen Fortschritt
Fax 0228 / 63 49 48
www.sozialerfortschritt.de

Fotowettbewerb

Schnappschuss der Armut

Die soziale Schieflage in Deutschland nimmt zu. Der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit und die IG Metall suchen deshalb Bilder, die „zum Nachdenken über eine gerechte Verteilung" anregen. Ihr Fotowettbewerb „fair-teilen" prämiert Fotos, auf denen „Schieflagen im Alltag" deutlich werden. Eine Jury vergibt Preise im Wert von 15 000 Mark. Sponsoren des Wettbewerbs sind Agfa, Canon und Leica. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2002. •

www.fair-teilen.de

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** hat eine ***Informationskampagne*** gestartet, um türkische Eltern auf ihren Anspruch auf Landeserziehungsgeld hinzuweisen. Ein Höhepunkt der Kampagne ist die „Familienveranstaltung" am 15. September im Stuttgarter Gewerkschaftshaus. Mehr Infos: Jürgen Klose, Tel. 0711 / 2 02 82 01

••• Die ***DGB-Jugend NRW*** bietet kostenlos die ***Broschüre „students at work"*** an. Auf 60 Seiten liefert sie StudentInnen Informationen und Rechtsauskünfte zu Jobs und Praktika, außerdem nützliche Internet-Links, Literaturhinweise und Kontaktadressen. Bestellung per E-Mail: dgbjugendnrw@ dgb.de

••• Der ***DGB-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen*** fordert im Vorfeld der niedersächsischen Kommunalwahlen ein ***Landesvergabegesetz für öffentliche Aufträge,*** das die Einhaltung der Tarifverträge vorschreibt. Immer noch gäbe es Probleme mit Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in den Kommunen. Mehr Infos unter www.nsb.dgb.de.

••• Die ***Mainzer ver.di-Jugend*** lädt für den 20. September BerufsanfängerInnen zur ***Azubifete*** in den DGB-Jugendkeller „Avanti Popolo" ein. Zur Party mit Musik der achtziger und neunziger Jahre sowie aktuellen Hits sind auch Schüler und Studenten willkommen. Eintritt frei. Mehr Infos: Avanti-Popolo-Team, Tel. 0 61 31 / 28 16 28

••• Der ***DGB-Landesbezirk NRW*** feiert am 27. Oktober ***10 Jahre „Gewerkschaft für Lokalfunk"*** (GfL) im Bildungszentrum Hattingen. Die GfL wurde von den DGB-Gewerkschaften in NRW gegründet und produziert „arbeitnehmerorientierte Beiträge" für den lokalen Bürgerfunk. Mehr Infos: Ralf Woelk, Tel. 0211 / 36 83 135

Datenschutz

Protestbriefe an Walter Riester

Die Arbeit am Arbeitnehmerdatenschutzgesetz liegt auf Eis. Das gewerkschaftliche Kooperationsbüro „Multimedia und Arbeitswelt" hat deshalb eine Protestbriefaktion gestartet. Der Briefvordruck „Arbeitnehmerdatenschutz jetzt!" kann aus dem Internet heruntergeladen und an das Bundesarbeitsministerium geschickt werden. •

www.multimediabuero.de

Gewerkschaften und Globalisierung

Keine Petitionen für den Papierkorb

Nicht erst seit Genua verlangen die Gewerkschaften, die Globalisierung human zu gestalten. Diese Forderung stand auch im Mittelpunkt des ersten Weltkongresses der Union Network International (UNI), zu dem sich vom 5. bis 9. September 1400 GewerkschafterInnen aus 140 Ländern in Berlin trafen. Was ist das Signal von Berlin? einblick fragte Kurt van Haaren, den Gründungspräsidenten der Internationalen der Gewerkschaften im Telekommunikations-, Informations-, Medien- und Dienstleistungssektor.

In keiner Branche schreitet die Globalisierung so rasant voran wie im Telekommunikations- und Informationssektor. Was wollen die Gewerkschaften ihr entgegensetzen?

■ *Die Konzentration ist schon unglaublich: In der Telekommunikationswirtschaft beherrschen acht oder zehn Konzerne die Welt. In der Informationswirtschaft sind es sieben oder acht Superkonzerne, in der Medienwirtschaft ebenso. Und die Konzentration schreitet durch die Bildung neuer Mischkonzerne aus Netzträgern und Netzanbietern weiter voran. Deshalb müssen sich auch die Gewerkschaften international aufstellen.*

Welche Forderungen hat die UNI an die Welthandelsorganisation (WTO)?

■ *Wir fordern, dass WTO und IWF ihre Politik total verändern. Es ist nicht akzeptabel, dass durch die Verbreitung der IuK-Technologien eine neue digitale Kluft in der Welt entsteht. Und wir fordern eine demokratische Kontrolle der internationalen Institutionen, damit die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entwickelten Sozial- und Arbeitsnormen endlich weltweit umgesetzt werden.*

Bei den Verhandlungen über den Welthandel sitzen die Gewerkschaften nicht mit am Tisch. Wie können sie ihre Forderungen durchsetzen?

■ *Darauf gibt es keine einfache Antwort. Aber auch in der Vergangenheit haben die Gewerkschaften nichts geschenkt bekommen. Wir müssen uns wehren. Seattle war dafür ein erstes Signal. Dort haben die Gewerkschaften mit zu den Protesten aufgerufen. Wir werfen keine Steine und keine Molotow-Cocktails. Aber wir haben es satt, immer nur mit Petitionen zu agieren, die im Papierkorb landen. Diese Problematik ist im öffentlichen Bewusstsein angekommen.*

In Seattle und Genua gab es eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und NGOs. Ist das ein zukunftsfähiges Modell?

■ *Auf internationaler Ebene Ja. Wir können natürlich nur mit NGO's zusammenarbeiten, die unseren demokratischen Wertvorstellungen entsprechen und auf gewaltfreien Protest setzen. Aber mit diesen beiden Einschränkungen würde ich sagen Ja. Das geht gar nicht anders.*

Für den 9. November hat der IBFG zu Protesten gegen die WTO-Konferenz in Katar aufgerufen. Wie soll der Protest aussehen?

■ *In Katar gibt es keine demokratischen Grundrechte. Wir werden deshalb einen weltweiten Widerstand organisieren. In Deutschland wollen wir uns daran mit Demonstrationen und betriebsnahen Aktionen in den Unternehmen beteiligen, die als Supermultis in der Verantwortung stehen. Und wir wollen Einfluss auf die Vertreter der Bundesregierung nehmen, die zur WTO-Konferenz fahren.* •

Kurt van Haaren, 63, letzter Vorsitzender der im März 2001 in ver.di aufgegangenen Deutschen Postgewerkschaft (DPG), amtierte bis zum Berliner Kongress als erster UNI-Präsident. Gegründet wurde UNI am 1. Januar 2000. Dem Weltverband gehören 1000 Gewerkschaften aus 140 Ländern mit insgesamt 15 Millionen Mitgliedern an.

Aktionstag am 9. November: Globalisierung zum Nutzen der Menschen

An den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) sollten künftig auch Gewerkschaften teilnehmen. Diese Forderung der internationalen Gewerkschaften hat Margret Mönig-Raane, stellvertretende ver.di-Vorsitzende, anlässlich des Berliner UNI-Kongresses bekräftigt. Die WTO-Entscheidungen hätten weit reichende Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte sowohl in den Industrie- als auch stärker noch in den Entwicklungsländern. Die UNI verlangt, dass zu der WTO-Ministerkonferenz am 9. November in Doha, der Hauptstadt von Katar, auch Gewerkschaften und andere Organisationen eingeladen werden, um einen echten Dialog und faire Resultate sicherzustellen. Anlässlich der WTO-Konferenz rufen die internationalen Gewerkschaften, neben UNI u.a. der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) sowie TUAC, der Gewerkschaftliche Beratungsausschuss bei der OECD, zu einem weltweiten Aktionstag auf.
Mehr Infos: www.icftu.org

Solidarität unter Gewerkschaften in einer globalisierten europäischen Wirtschaftswelt ist das Thema der 3. Internationalen Konferenz der Bundesjugendschule des DGB vom 1. bis 8. Dezember im Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Eingeladen sind haupt- und ehrenamtliche GewerkschafterInnen, die im Bereich der internationalen Jugendarbeit aktiv sind.
Infos: Jacques Bister
Tel. 0 61 71 / 59 03 21
Internet: www.hdgj.de

Neue WeltbürgerInnen? heißt eine Tagung, die der DGB-Kreis Mittelbaden zum Thema „Arbeit, Leben und Solidarität im Zeichen der Globalisierung" gemeinsam mit der Evangelischen Arbeitnehmerschaft am 5./6. Oktober in Bad Herrenalb veranstaltet.
Infos: Sabine Leidig
DGB-Kreis Mittelbaden
Tel. 0721 / 93 12 10
E-Mail: sabine.leidig@dgb.de

Werden die Beteiligungsansätze des Managements dem Globalisierungsdruck und dem Shareholder-Value geopfert? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Workshop insbesondere für Betriebsräte im DGB-Bildungszentrum Hattingen vom 30. September bis 2. Oktober.
Tel. 0 23 24 / 50 80
Internet: www.hattingen.dgb-bildungswerk.de

kurz&bündig

Als erste Gewerkschaft kassiert die IG Metall seit Anfang September den Mitgliedsbeitrag in Euro. Alle anderen Gewerkschaften planen die Umstellung erst zum Januar 2002, wenn auch die Girokonten in Euro geführt werden.

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg hat die staatlich kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige als „längst überfällige Maßnahme" begrüßt. Davon erhoffe er sich auch einen Rückgang der Beschaffungskriminalität, so Freiberg. Das Projekt soll im Februar 2002 anlaufen.

Die Unabhängige Flugbegleiter Organisation (UFO) ist vom Darmstädter Arbeitsgericht als Gewerkschaft anerkannt worden. Damit bekommt ver.di Konkurrenz bei der Interessenvertretung des Kabinenpersonals von Fluggesellschaften. Die DAG hatte im vergangenen Jahr dagegen geklagt, dass UFO-Vertreter in den Aufsichtsrat von Condor gewählt wurden.

Die IG BAU weitet ihre in NRW erfolgreiche Kampagne zur Wahl von Betriebsräten im Gartenbau bundesweit aus. Damit würden die Möglichkeiten des neuen Betriebsverfassungsgesetzes für Klein- und Mittelbetriebe erstmals „systematisch in einer Branche" umgesetzt. Vor Beginn der Kampagne hatten von 8000 Betrieben nur 307 einen Betriebsrat.

Organisationsabgrenzung

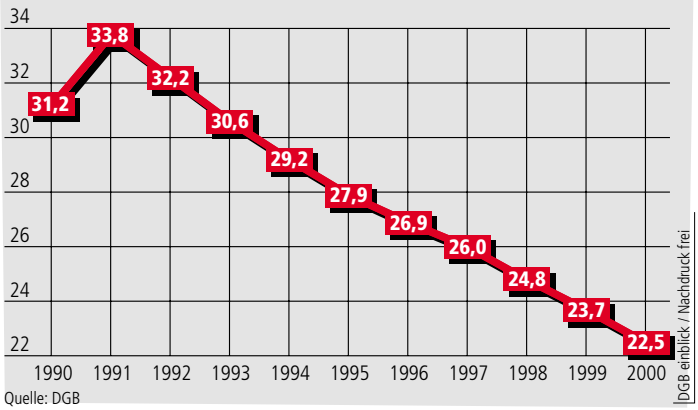
Tarifschutz für DAG-Mitglieder gesichert

IG Metall und IG BCE haben mit ver.di zwei eigenständige, aber wortgleiche Geschäftsbesorgungsverträge geschlossen, die den Tarifschutz für die ehemaligen DAG-Mitglieder im Industriesektor sicherstellen, die nun Mitglied von ver.di sind. Die Vereinbarung war notwendig, weil Tarifverträge nach dem Tarifvertragsgesetz nur für Mitglieder der vertragsschließenden Gewerkschaft gelten, ver.di aber im Industriesektor nicht mehr tätig wird. Die beiden Industriegewerkschaften und ver.di haben sich zudem darauf verständigt, die ehemaligen DAG-Mitglieder im Industriesektor „entsprechend ihrem Mitgliederanteil an der Entscheidungsfindung der zuständigen Tarifkommission" zu beteiligen. Auch NGG und ver.di verhandeln mit dem gleichen Ziel. Die Gespräche seien noch nicht abgeschlossen, so NGG-Vorstandssekretär Klaus Jessolat, aber „der Wille zur Einigung" sei „spürbar".

Keinen Durchbruch gibt es dagegen bei den Abgrenzungsstreitigkeiten zwischen den DGB-Gewerkschaften bei IBM und im Energiesektor. Die Gespräche laufen noch. Im Streit zwischen TRANSNET und NGG um die 300 Beschäftigten der Autoreisezuggesellschaft „RBG Reisebetreuungs GmbH" ist das Vermittlungsverfahren des DGB sogar gescheitert. NGG wirft der Gewerkschaft TRANSNET vor, mit Dumpinglöhnen ein von der NGG betreutes Konkurrenzunternehmen aus dem Markt gedrängt zu haben. Der Fall soll jetzt vom DGB-Schiedsgericht entschieden werden. •

Organisationsgrad gesunken

Anteil der Gewerkschaftsmitglieder im DGB an den abhängig Beschäftigten 1990 – 2000 (in Prozent)



Quelle: DGB

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sinkt. War 1991, als sich dank der deutschen Einheit die Mitgliederzahl von 7,9 auf 11,8 Millionen erhöhte, jeder dritte Beschäftigte in einer DGB-Gewerkschaft organisiert, war's Ende 2000 noch gut jeder fünfte: Der Organisationsgrad ist auf 22, 5 Prozent, die Mitgliederzahl auf 7,8 Millionen gesunken.

Auf einen Blick: Gewerkschaftstermine bis Ende 2001

30.9. – 5.10. IG BAU, Gewerkschaftskongress, Bonn

21. – 25.10. IG BCE, Gewerkschaftskongress, Frankfurt/M.

1./2.11. DGB, bildungspolitische Tagung „Impulse für die Zukunft", Berlin

6.11. Hans-Böckler-Stiftung, Verleihung des Hans-Böckler-Preises, Kassel

22. – 24.11. DGB, Bundesfrauenkonferenz, Berlin

29.11. – 1.12. DGB, Bundesjugendkonferenz, Berlin

4.12. DGB-Bundesvorstand, Beschlussfassung über die satzungsändernden Anträge für den DGB-Kongress 2002

Drei Gewerkschaftskongresse stehen in den nächsten Wochen im Vordergrund: Die IG Bauen–Agrar–Umwelt tagt ab dem 30. September in Bonn, die IG Bergbau, Chemie, Energie drei Wochen später in Frankfurt/M. Zudem wirft der DGB-Kongress im Mai 2002 in Berlin seine Schatten voraus: Bis Ende des Jahres sollen wegen der Satzungsfristen die letzten Grundsatzentscheidungen über die Umsetzung der Organisationsreform fallen. Die DGB-Frauen und die -Jugend wollen bereits ihre Sachanträge auf den Weg bringen.

Mehr Termine im Internet: www.einblick.dgb.de – Im Faxabruf: 0211 / 43 01 684

5000 mal 5000

„VW sollte Schule machen"

Der Hannoveraner IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine wirbt dafür, dass der VW-Tarifvertrag „5000 mal 5000" bundesweit Schule macht – vor allem der Grundgedanke, dass per Tarifvertrag Arbeitsplätze geschaffen werden. Das VW-Experiment sieht vor, dass ab Oktober 2002 in Wolfsburg 3500 Arbeitslose eingestellt werden.

IG Metall-Sprecher Jörg Köther räumt ein, dass das VW-Beispiel nur dort übertragbar ist, wo auch ein tariflicher Spielraum dafür existiert: Der Kompromiss liegt zwar unterhalb des Wolfsburger Haustarifs, aber oberhalb des Flächentarifs für die niedersächsische Metallindustrie. Die Gewerkschaft verwahrt sich energisch gegen Umdeutungsversuche aus dem Arbeitgeberlager. Der VW-Vertrag sei gerade kein Beispiel für Deregulierung. Verhandlungsführer Meine: „Wer das VW-Modell lobt, sagt Ja zum Flächentarifvertrag, zur 35-Stunden-Woche und zu mehr Mitbestimmung." •

www.igmetall-bezirk-hannover.de

Kampagne gegen den Sozialstaat

Nicht irremachen lassen

Rolf Winkel, 49, ist Fachjournalist für Sozialrecht. Er plädiert für ein neues Verhältnis zwischen Arbeitslosen und Arbeitsämtern: „Die Ämter sind Dienstleister, fordern Sie sie. Als selbstbewusster Kunde, nicht als Bittsteller."

Ein Recht auf Faulheit gibt es nicht, belehrt uns Gerhard Schröder; das gelobte Land heißt Wisconsin, verkündet Roland Koch – und Rudolf Scharping übernimmt auf dem Weg dorthin die Führungsarbeit. Von dieser Kampagne gegen den Sozialstaat sollten sich Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nicht irremachen lassen, rät der Journalist Rolf Winkel.

Langweilig. Penetrant. Einfallslos. Dieses Gerede über angebliche Faulenzer und Sozialschmarotzer ist der 300. Aufguss desselben Teebeutels. Mag sein. Allerdings: Die neueste Auflage der im Kern immer gleichen Kampagne gegen Arbeitslose wirkt – wieder einmal. Das Arbeitslosigkeit produzierende Wirtschaftssystem und die Rolle der Unternehmen **geraten dabei völlig aus der Schusslinie.**

Eingeschossen hat man sich dagegen auf die Arbeitslosen, deren „Faulheit" und „Inflexibilität" und – im gleichen Atemzug – auf die „Verkrustungen" des Arbeitsmarktes. Die Gewerkschaften halten dagegen, so gut es geht. Denn klar ist auch: Wenn die Absicherung von Arbeitslosen und Sozialleistungsbeziehern verschlechtert wird, hat dies Folgen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten.

Die Kampagne gegen den Sozialstaat zielt darauf ab, dass die Betroffenen ihre Rechte nicht wahrnehmen. Dabei **schließen sich Arbeitssuche und Sozialleistungsbezug keineswegs aus.** Man kann nur dann erfolgreich und in Ruhe eine angemessene, zufrieden stellende neue oder bessere Arbeit suchen, wenn man finanziell einigermaßen abgesichert ist. Zugleich muss man darauf vertrauen können, dass die Ämter, deren Job es ist, Arbeit Suchende zu unterstützen, sich nicht dem Gegenteil verschreiben, der Schikane der Betroffenen.

Die derzeitige Kampagne geht also genau in die falsche Richtung: Sie verschärft die mancherorts ohnehin schon bestehenden Fronten zwischen den Beschäftigten der Ämter und ihren Kunden, sie denunziert Sozialleistungsbezieher und baut damit neue Hürden vor dem Leistungsbezug auf. Folge: **Die Dunkelziffer der Sozialleistungsbezieher wird steigen,** nicht die Zahl der Arbeitsplätze. Und: Die Kampagne sorgt dafür, dass gesetzliche Ansprüche auf soziale Leistungen zusammengestrichen werden.

Dabei gibt es bei den Arbeitsämtern durchaus unterstützenswerte Reformansätze: Aus der Mammutbehörde soll ein kundenfreundliches Dienstleistungsunternehmen werden. Vermittlungsdienstleistungen sollen passgenauer diejenigen Arbeitslosen erreichen, die auf sie angewiesen sind. Das kann allerdings nur dann klappen, wenn das Klima auf den Ämtern von **Offenheit und Vertrauen** geprägt ist. Die derzeit verbreiteten Stammtischparolen bewirken das Gegenteil. Sie verstärken auf der Seite der Ämter obrigkeitsstaatliche und bürokratische Verhaltensweisen. Viele Vermittler der alten Schule werden sich – noch mehr als bisher – der Jagd auf (sicherlich vorhandene) schwarze Schafe widmen. Und bei Arbeitslosen werden Skepsis, Argwohn und Vorsicht, die ohnehin das Verhältnis vieler zum Arbeitsamt prägen, noch verstärkt werden.

Noch schlimmer übrigens bei den Sozialämtern: Hier wird die derzeitige Kampagne den Kleinkrieg zwischen Sachbearbeitern und Hilfeempfängern, der das Klima in vielen Ämtern bestimmt, zementieren.

***DER ZEITPUNKT PASST:** Mitten in der schärfsten Kampagne gegen den Sozialstaat, bei der – anders als in früheren Zeiten – Regierung und Opposition an einem Strang ziehen, wird ein gewerkschaftlicher Ratgeber veröffentlicht, der für den Sozialstaat und die Nutzung seiner Angebote wirbt: Anfang Oktober erscheinen die vom DGB herausgegebenen „111 Tipps zu Sozialleistungen". Der Ratgeber bietet einen umfassenden Überblick über alle Sozialleistungen für Arbeitnehmer mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie für Arbeitslose.*

DGB-Bundesvorstand (Hrsg.):
111 Tipps zu Sozialleistungen
Bund-Verlag, Frankfurt/M.,
175 Seiten, 9,90 Euro (19,36 Mark)
Dieser Ratgeber ergänzt die ***111 Tipps für Arbeitslose,*** *die in 7. Auflage aktuell im Bund-Verlag erschienen sind (244 Seiten, 18 Mark).*

Sehr empfehlenswert ist auch die völlig neuartige DGB-Broschüre ***Mit 33 Tipps zum neuen Job*** *(90 Seiten, 7 Mark).*
toennes satz + druck
Niermannsweg 1-5
40699 Erkrath,
Fax 0211 / 9 20 08 38
Im Vorwort schreibt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer: „Moderne Arbeitsmarktpolitik sieht den Arbeitslosen als Partner und Kunden und nicht als Gegner."

Kostproben

Auch Erwerbstätige können Sozialhilfe beantragen. Die Sozialämter verlangen dann meist, dass der Arbeitgeber das Formblatt „Arbeitsbescheinigung" bzw. „Verdienstbescheinigung" ausfüllt. Allerdings: Das Gesetz schreibt keineswegs vor, dass das Amt eine solche Arbeitgeberbescheinigung verlangen muss. Das Arbeitseinkommen kann man auch anders nachweisen – beispielsweise durch Lohn- und Gehaltsbescheinigungen.

Nicht nur Familien mit Kindern und relativ geringem Einkommen, sondern auch Pendler mit hohen Werbungskosten haben häufig Anspruch auf Sozialhilfe. Wer zum Beispiel mit dem Auto täglich zur Arbeit fahren muss, kann beim Sozialamt monatlich pro Kilometer zehn Mark Werbungskosten geltend machen, sprich von seinem Einkommen abziehen. Zudem steht Erwerbstätigen ein Freibetrag zu, der in den meisten Kommunen bei rund 280 Mark liegt.

Beim BAföG-Antrag gilt das „Vorletztes-Jahr-Prinzip": Entscheidend ist das Elterneinkommen im vorletzten Jahr. Eltern, die seinerzeit gut verdient haben, jetzt aber arbeitslos sind, haben das Nachsehen. Tipp: Ihre Kinder stellen beim BAföG-Amt einen Vorausleistungsantrag nach BAföG-Paragraph 36.

Mehr Infos:
„111 Tipps zu Sozialleistungen"

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

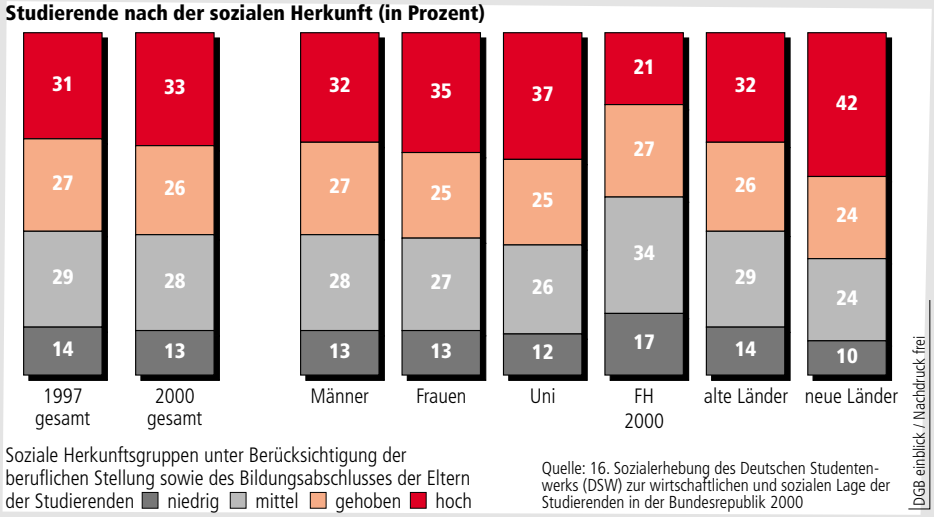
DIES & DAS

die DGB grafik

STUDIERENDE: Soziale Schieflage unverändert

Fast drei Viertel der Kinder von Beamten beginnen ein Studium, Kinder von Selbstständigen studieren zu 60 Prozent, doch nur 37 Prozent der Angestelltenkinder und 12 Prozent der Arbeiterkinder gelangen an die Hochschule. Nach wie vor gibt es eine soziale Schieflage an den Unis. Das geht aus der 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks hervor. Gerade mal 41 Prozent aller Studierenden waren im letzten Jahr niedriger bzw. mittlerer sozialer Herkunft, dagegen 59 Prozent gehobener und hoher Herkunft.

Studierende nach der sozialen Herkunft (in Prozent)



Soziale Herkunftsgruppen unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung sowie des Bildungsabschlusses der Eltern der Studierenden ■ niedrig ■ mittel ■ gehoben ■ hoch

Quelle: 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in der Bundesrepublik 2000

DGB einblick / Nachdruck frei

Tipp

***Buch:* Martina Klein, Klaus Schubert (Hrsg.), *Das Politiklexikon,* Verlag JH.W. Dietz Nachf., Bonn, 2. aktualisierte Auflage 2001, 326 Seiten, 29,79 DM. Kostenlos zu beziehen bei den Landeszentralen für politische Bildung (Adressen unter www.politische-bildung.de)**

Das Politiklexikon mit über 1300 Stichwörtern und über 50 Grafiken und Tabellen wendet sich an alle Politikinteressierten. Schwerpunkte setzt der Band bei der Politik in Deutschland und in der Europäischen Union. Darüber hinaus gibt es Informationen zu den wichtigsten Staaten der Erde wie den G8-Staaten und China, zu den EU-Mitgliedsstaaten, den 16 Bundesländern und zu allen Nachbarn Deutschlands. Stichwörter gibt es unter anderem zur deutschen Innenpolitik, zu regionalen, kommunalen und anderen Ebenen der politischen Selbstverwaltung und Selbstorganisation, zu den politischen Parteien und Verbänden und zu Politikfeldern wie Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Industrie- und Strukturpolitik sowie zu vielen internationalen Themen.

14 TAGE

12.9. TRANSNET, Start der Kampagne „Qualität statt Dumping", Mainz

13.9. ver.di, „connexx.av summit: Eine kritische (Erfolgs-)Bilanz mit Perspektiven", Frankfurt/M.

13.9. DGB Sachsen, Landesfrauenkonferenz, Chemnitz

14.9. DGB Berlin-Brandenburg, „Berlin geht baden", 1. Berliner Schwimmdemonstration gegen unsoziales Sparen

14.9. DGB Nordrhein-Westfalen, „Stammzellenforschung und ihre Folgen", Düsseldorf

14./15.9. DGB Niedersachsen/Bremen, „letzte Warnung …", Landesjugendkonferenz, Springe

23.9. Bürgerschaftswahlen Hamburg

personalien

••• ***Dr. Carmen Bauer,*** 45, Referentin in der Abteilung Sozialpolitik der Deutschen Postgewerkschaft, ist seit dem 1. September persönliche Referentin des IG BAU-Vorsitzenden Klaus Wiesehügel.

••• ***Gisela Breil,*** 50, bisher Abteilungsleiterin Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 1. Juli Gender-Mainstreaming-Beauftragte beim ver.di-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen.

••• ***Peter Gasse,*** 48, IG Metall-Bezirksleiter Nordrhein-Westfalen, hat sein im Mai 2000 gewonnenes Landtagsmandat niedergelegt. Kurz nach der Wahl wurde er Bezirksleiter, als Nachfolger von Harald Schartau. Gasse will sich ganz der Gewerkschaftsarbeit widmen.

Schlusspunkt

„Wenn Atheisten mit der Kirche paktieren, geht es schief."

Karl-Heinz Päulgen, DGB-Kreisvorsitzender in Trier, über den inzwischen stadtbekannten Hochstapler Marcel Weiss, der im März als falscher Diakon das neue Trierer Gewerkschaftshaus gesegnet hat. Weiss, der auch Ehen schloss und Kinder taufte, ist Ende August durch Hinweise des DGB aufgeflogen.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 24.09.2001 16/01

DGB

Bundeswehr-Einsatz gegen Terroristen?

Abgeordnete sind sich uneins

einblick UMFRAGE

Sollte sich die Bundeswehr an Vergeltungsschlägen der USA beteiligen? An dieser Frage scheiden sich die Geister – auch unter den gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten. Das hat eine einblick-Umfrage ergeben.

Für **Klaus Brandner** (IG Metall), den sozialpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, sind die Terroranschläge in New York und Washington vom 11. September „kein Grund, den kollektiven Verteidigungsfall für die NATO auszurufen". Und die Ausrufung des Bündnisfalles bedeute „nicht die Generalbevollmächtigung für die Beteiligung der Bundeswehr an Vergeltungsmaßnahmen der USA". Militärische Mittel zur Bekämpfung von Terroristen seien „das allerletzte Mittel".

„Nicht unschuldige Menschen bekämpfen"

Detlev von Larcher (SPD, ver.di) hält zwar den NATO-Beschluss für richtig, versteht aber unter Solidarität mit den USA, „der amerikanischen Regierung von einem Rachefeldzug abzuraten". Es gelte, Terroristen zu bekämpfen, nicht unschuldige Menschen. Deutschland solle „nur das wirklich Unverzichtbare" an Beistand leisten, zum Beispiel Überflugrechte nicht verweigern. Aber „auf keinen Fall" an militärischen Aktionen teilnehmen, die unschuldige Zivilisten treffen könnten.

Joachim Tappe (SPD, GEW) hingegen hält eine Militäraktion „für unausweichlich". Deutschland sei verpflichtet, seinen Beitrag zu leisten, „wenn er denn angefordert wird", meint auch **Rainer Brinkmann** (SPD, ver.di). **Walter Hoffmann** (SPD, IG Metall) will die USA zwar unterstützen, ist aber dagegen, dass die Bundeswehr „an vorderster Front" eingesetzt wird. **Ewald Schurer** (SPD, GEW) möchte die deutsche Unterstützung deshalb „auf logistische Hilfen" beschränken. **Gerd Andres** (SPD, IG BCE), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, erklärte auf die *einblick*-Anfrage, er halte nichts davon, „spekulative Antworten auf Fragen zu geben, die nicht auf der Tagesordnung stehen". Ähnlich äußerten sich die SPD-Parlamentarier **Gerd Höfer** (GEW) und **Kurt Palis** (ver.di).

Gegenüber der *FAZ* Rhein-Main sagte der IG BAU-Vorsitzende und hessische SPD-Abgeordnete **Klaus Wiesehügel,** notfalls würde er einen Bundeswehreinsatz akzeptieren: „Wenn wir die Beistandsverpflichtung der Nato ernst meinen, können wir den Amerikanern nicht sagen, wir geben euch Blumen mit auf den Weg." Der bayerische SPD-Abgeordnete und DGB-Vorsitzende **Fritz Schösser** appellierte in München, „mit Bedacht" zu reagieren: „Die zivilisierten Staaten dürfen sich nicht auf dieselbe Stufe mit den Terroristen stellen."

Die Grüne **Ulrike Höfken** (IG BAU) verweist gegenüber *einblick* auf den Beschluss der Fraktion, die Annahme des Bündnisfalles nach Artikel 5 des NATO-Vertrages bedeute „nicht schon eine Entscheidung für die Teilnahme an militärischen Planungen oder Aktionen der USA". **Franziska Eichstädt-Bohlig** (Grüne, ver.di) schreibt: „Die Beteiligung Deutschlands an Vergeltungsschlägen, die lediglich einem Rachebedürfnis entsprechen, lehne ich ab." Der Grüne **Winfried Nachtwei** (ver.di) will die erbetene kurze Stellungnahme nicht abgeben, denn sie bedeute „den Verlust jeglicher differenzierten Argumentation".

„Keine Spirale der Gewalt auslösen"

Petra Pau, stellvertretende PDS-Fraktionsvorsitzende und GEW-Mitglied, vertritt die Auffassung, Vergeltungsschläge „würden nichts ungeschehen machen, aber eine Spirale der Gewalt auslösen". Die Schuldigen müssten „ermittelt, dingfest gemacht und bestraft werden". **Wolfgang Gehrcke** (ver.di), außenpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion, ist „gegen jede Form des Einsatzes, der unschuldige Menschen zu Opfern macht".

Den Nutzwert militärischer Aktionen bezweifelt auch **Carsten Hübner** (PDS, ver.di): Militäroperationen würden das Problem des Terrorismus nicht lösen – „und wahrscheinlich noch nicht mal die Drahtzieher der Anschläge treffen". **Heidi Knake-Werner** (PDS, ver.di) und **Heinrich Fink** (PDS, GEW) halten „nichts" von einer Beteiligung der Bundeswehr an Vergeltungsschlägen. Fink: „Die Antwort der viel zitierten ‚zivilisierten Welt' stelle ich mir anders vor."

Von den CDU/CSU-MdBs, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, hat keiner geantwortet. Alle Stellungnahmen – auch die zur Frage nach Alternativen zu militärischen Reaktionen unter *www.einblick.dgb.de*

inhalt

Seite 3

Ein anderes Bild

64 Prozent der Beschäftigten in der Medienbranche beurteilen den Service des ver.di-Projektes connexx.av positiv: Die Bilanz von zwei Jahren connexx.av ist beachtlich

Seite 5

Kurze Wege, schnelle Entscheidungen

Mit einer schlankeren Organisation will sich die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fit machen für die Zukunft. Klaus Wiesehügel, IG BAU-Vorsitzender, im einblick-Interview

Seite 7

Ein Problem, kein Drama

„Panik machen gilt nicht, Beruhigungspillen verteilen auch nicht." Meint Hermann Fischer, DGB-Vorstandssekretär, in Sachen Mitgliederrückgang der Gewerkschaften

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.betriebsvereinbarung.de

4800 betriebliche Vereinbarungen im Netz

Im Faxabruf

0211 / 43 01 656

„Mehr Mittel für öffentliche Investitionen und Arbeitsmarktpolitik erforderlich" DGB-Stellungnahme zum Bundeshaushalt 2002

Terror gegen die USA

DGB mahnt zu Besonnenheit

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die Politik aufgefordert, „gerade jetzt klug und besonnen zu reagieren". Vor allem müsse sie Maßnahmen gegen die Ursachen der Gewalt ergreifen. „Allein mit militärischer Gewalt kann der Terror nicht besiegt werden."

Die unüberschaubar große Teilnahme der Bevölkerung an den fünf Gedenkminuten, zu denen die Gewerkschaften und die Arbeitgeber am 13. September aufgerufen haben, wertet der DGB als „Hoffnungsschimmer in diesen Tagen der Trauer". Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte warnte in einer kurzen Ansprache vor dem Berliner Gewerkschaftshaus davor, jetzt auf das Recht des Stärkeren zu setzen. Er plädierte dafür, auch angesichts tiefsten Unrechts auf die Stärke des Rechts zu vertrauen. Der barbarische Terror gegen die USA dürfe nicht als Kampf der Kulturen missverstanden werden. Auch die arabische Welt verurteile ihn. Auf seiner Homepage hat der DGB ein virtuelles Kondolenzbuch eingerichtet (www.dgb.de).

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eva-Maria Stange, hat die Schulen aufgerufen, „die weltweiten Konflikte sowie die Ursachen und die Folgen von Gewalt und Terror" zu thematisieren. Niemand habe das Recht, ganze Völker mit Krieg zu überziehen, „nur um Mörderbanden das Handwerk zu legen".

Nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gibt es keinen Grund, die Grenze zwischen militärischen Mitteln und polizeilichen Strategien in Frage zu stellen. Ihr Vorsitzender Konrad Freiberg sieht „keinen Anhaltspunkt, wie Terrorismus mit militärischen Mitteln bekämpft werden könnte". •

Arbeitsmarkt

Mehrheit ohne 50-jährige

Fast 60 Prozent aller Unternehmen haben keine Beschäftigen, die älter als 50 Jahre sind. Das hat das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) ermittelt. Im privaten Dienstleistungsgewerb haben nur noch 39 Prozent über 50-lährige. Im Produzierenden Gewerbe gilt das für 49 Prozent der Betriebe im Westen und 48 Prozent im Osten. Lediglich der öffentliche Dienst nutzt mehr die Erfahrungen älterer MitarbeiterInnen: Im Westen gilt dies für 55 Prozent, im Osten noch für 71 Prozent der öffentlichen Einrichtungen. Dagegen halten dreiviertel der Unternehmen ältere ArbeitnehmerInnen für „genauso leistungsfähig wie jüngere". •

wiewardiewoche?

Die beiden Flugzeuge, die am Morgen des 11. September kurz hintereinander in die Türme des New Yorker World Trade Centers gerast sind, haben die Welt verändert. Günther Horzetzky, 50, ehemaliger Bundesvorstandssekretär des DGB, ist Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Washington. Während des Terroranschlags hat er an einer Besprechung in der Botschaft teilgenommen, nur wenige Kilometer vom Pentagon entfernt, wo später das dritte Flugzeug einschlagen sollte.

Ich war in einem Meeting, als eine Kollegin mit der Nachricht hereinplatzte, dass die Twin Tower brennen. Sofort haben wir auf CNN geschaltet. Dass kurz darauf auch Teile des Pentagons in Flammen stehen sollten, ahnte noch niemand. Nicht nur New York, auch Washington war noch nie Ort eines kriegerischen Angriffs von außen. Es gab viele Gerüchte, auch das Gerücht, das State Departement sei von einer Autobombe getroffen. Niemand konnte fassen, was passiert war. Was folgte, war professionelle Arbeitsroutine – das Entsetzen kam eigentlich erst später. Unsere Aufgabe war es, zu berichten und die Reaktionen in Deutschland zu erfassen. Die Schweigeminuten, zu denen BDA und DGB gemeinsam aufgerufen hatten, sind hier sehr dankbar aufgenommen worden. Für John Sweeney, Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO, ist diese Aktion eines der wichtigsten Beispiele für die Solidarität der Europäer.

Beeindruckt hat mich die Trauer und ruhige Entschlossenheit der Amerikaner. „Es ist nicht einfach Gerechtigkeit, die wir verlangen. Es ist Rache, einfach und total!" Dieser Satz eines amerikanischen Gewerkschaftsvorsitzenden blieb eine einzelne Stimme. Was vorherrscht, sind Trauer und Hilfe für die Betroffenen. Praktische Solidarität und Blutspenden. Und der Satz von Sweeney: „Wir sind eine offene Gesellschaft. Wir wollen es bleiben."

Als das amerikanische Repräsentantenhaus George W. Bush Samstagnacht um zwei Uhr früh mit Geld und Vollmachten ausstattete, gingen die Abgeordneten nicht nach Hause, sondern verabschiedeten erst eine Resolution: gegen Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz. Sehr beeindruckend, dieses Land.

Berufsausbildung

DGB: Alles auf den Prüfstand

Der DGB will „das gesamte System der Berufsausbildung" auf den Prüfstand stellen. Das hat Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock angekündigt. In der nächsten Legislaturperiode müsse deshalb auch das Berufsbildungsgesetz (BBiG) reformiert werden. Notwendig sei vor allem die Verbesserung der Mitbestimmung. Zwar sehe BBiG-Paragraph 58 vor, dass die Berufsbildungsausschüsse bei den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern „in allen wichtigen Angelegenheiten der beruflichen Bildung" unterrichtet und gehört werden müssen. In der Praxis aber werde dieses Recht von den Geschäftsführungen der Kammern vielfach ignoriert. DGB-Vorstand Sehrbrock: „Viele Kammern behandeln die 4000 ArbeitnehmervertreterInnen in den Ausschüssen wie geduldete Gäste." Kurzfristig will der DGB gemeinsam mit Bundesbildungs- und -wirtschaftsministerium sowie den Arbeitgebern eine Handreichung erarbeiten, um klarzustellen, was „wichtige Angelegenheiten" sind.

Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit wird der DGB Anfang Oktober eine Zwischenbilanz der Qualifizierungsoffensive ziehen.

Zur Ausbildungsplatzsituation 2000/2001 existieren laut Sehrbrock „noch keine belastbaren Zahlen". Es seien allerdings Trends erkennbar: In den alten Bundesländern habe sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage verbessert, in den neuen Ländern hingegen verschärft.

Weil immer noch weniger als ein Drittel aller Betriebe ausbildet, halten die Gewerkschaften an ihrer Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe fest. Sehrbrock muss jedoch einräumen, „dass wir im Moment nicht genügend Mitstreiter haben, um diese Forderung durchzusetzen". •

Gewerkschaften in der New Economy

„Ein anderes Bild“

Nach knapp zwei Jahren Arbeit war es an der Zeit, Bilanz zu ziehen: Macher und Betroffene berichteten beim connexx-Summit in Frankfurt/M. über ein ungewöhnliches Gewerkschaftsprojekt.

„Es gibt so etwas wie ein anderes Bild von Gewerkschaften.“ Wenn Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender, die Vorzüge des ver.di-Projekts beschreibt, mag man kaum glauben, dass er so etwas wie ein gewerkschaftliches Unternehmen schildert: „Ständige Erreichbarkeit, Flexibilität, Verständnis für die Probleme der Beschäftigten und Nähe zu den Betroffenen – so stelle ich mir Gewerkschaften vor.“

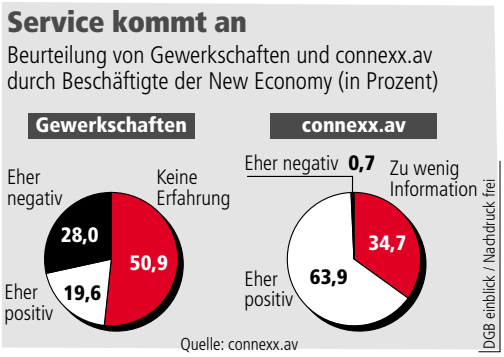
Dabei gingen den Schlussfolgerungen zahlreiche und langjährige Klagen voraus. Unisono lauteten die Feststellungen der Gewerkschaften immer wieder, dass man in der so genannten neuen Ökonomie kein Bein auf den Boden bekomme. Gewerkschaftlich organisierte ArbeitnehmerInnen, gar nennenswerte Organisationsgrade in der New Economy? Fehlanzeige.

Doch mit den Zeiten ändern sich neben den Bedingungen auch die Methoden. Als connexx.av im Oktober 1999 als gemeinsames Projekt der Deutschen Angestelltengewerkschaft und der IG Medien an den Start ging, waren zunächst die verschiedensten Mitarbeiter audiovisueller privater Medien die eigentliche Zielgruppe: Journalisten, Kameraleute und Techniker. Schon das ein Bereich, den zu organisieren nicht einfach ist. Doch mit der Krise der New Economy wuchs die Zahl potenzieller zukünftiger GewerkschafterInnen sehr schnell.

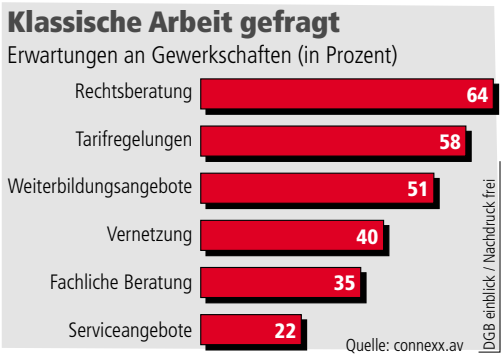
Immer öfter wenden sich inzwischen Beschäftigte aus New-Media- und Internetfirmen an die connexx-Fachleute, fragen um Rat oder bitten um Unterstützung bei der Gründung von Betriebsräten. Bei mehr als 50 Interessenvertretungen hat connexx Geburtshilfe geleistet oder ist aktuell dabei, angefangen bei Branchenführern wie Pixelpark, Kabel New Media und der Tomorrow Internet AG.

Erfolge, die auch für die Träger des Projekts nicht ohne Folgen bleiben. Rund 700 Beitritte habe man zwischenzeitlich aus der Branche zu verzeichnen; nach Jahren, in denen man nur die gewerkschaftlichen weißen Flecken zählte, ein bemerkenswerter Zuwachs. Der – so ganz nebenbei – natürlich auch kostet: Statt das Projekt connexx.av wie geplant im nächsten Jahr zu beenden, soll es nun bis 2005 fortgesetzt, die Zahl der MitarbeiterInnen beinahe verdreifacht werden, und zusätzliche finanzielle Mittel sollen zusätzliche Standorte im Rhein-Main-Gebiet und in Leipzig ermöglichen. Derzeit ist connexx.av in Berlin, Hamburg, München und Köln vertreten. 2,5 Millionen Mark sollen die Aufstockung des Angebots finanzieren.

Und die Erfahrungen, die man mit connexx.av und anderen Modellprojekten im ver.di-Organisationsbereich wie etwa onforte, T.I.M. und mediafon macht? Die sollen nun systematisch ausgewertet und für andere Bereiche genutzt werden. Dabei, so Frank Bsirske, soll es „nicht um kurzfristige Erfolge, um Short-Term-Denken und Shareholder-Value-Mentalität wie in der New Economy gehen“, sondern um „neues gewerkschaftliches Handeln“. Kreativität, Flexibilität, Kompetenz und Dienstleistungsqualität, wie sie in der Branche selbstverständlich sind und wie sie die Praxis von connexx.av geprägt haben, sollen auch für Gewerkschaften selbstverständlich werden. •



Noch verhältnismäßig wenige Informationen haben die Beschäftigten der Branche über das ver.di-Projekt connexx.av. Aber: Wer das Projekt kennt, hat es schätzen gelernt.



Im Auftrag von connexx.av wurde eine Befragung unter 1005 Mitarbeitern der New Economy durchgeführt. Das wohl erstaunlichste Ergebnis: Die Große Mehrzahl erwartet von ihrer Gewerkschaft ganz klassische Hilfen in den Bereichen Rechtsberatung und Tarifverträge

Service für Medienschaffende

Das ver.di-Projekt connexx.av bietet Medienschaffenden im privaten Rundfunk, in Film-, Fernseh- und AV-Produktion sowie Internet Beratung und Hilfe bei der Interessenvertretung an. Feste und freie MitarbeiterInnen können bisher an vier Standorten die Dienstleistungen von connexx.av in Anspruch nehmen. Das gilt für JournalistInnen ebenso wie für Kameraleute oder TechnikerInnen.

www.connexx-av.de bietet im Internet berufliche Tipps, Tarifinfos, Branchennews und vieles andere. Telefonisch sind die connexx.av-BeraterInnen über eine 0180-Nummer erreichbar – für 12 Pf. pro Gespräch, Mitglieder wie Nichtmitglieder gleichermaßen.

connexx.av hilft und berät unter anderem bei

- ***Abschluss von Arbeits- und Honorarverträgen***
- ***Konflikten am Arbeitsplatz (z.B. Arbeitszeitregelung)***
- ***Fragen zur Sozialversicherung***
- ***Urheberrecht (z.B. Zweitverwertung im Internet)***
- ***Beurteilung von Arbeitszeugnissen („Zeugnissprache“)***
- ***Fragen der Altersvorsorge***

connexx.av bietet Unterstützung bei Betriebsratsgründungen, berät Betriebsräte und vermittelt bei betrieblichen Konflikten.

Infoline: 0180/2666399

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Infos

Arbeit lohnt sich für alle

Der Abstand zwischen Sozialhilfe und Geringverdiener-Einkommen ist beachtlich. Zu diesem Ergebnis kommen die „Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik" (ISA) des DGB. „Schon bei einem Stundenlohn von acht Mark verdienen allein stehende Sozialhilfeempfänger mehr, als derzeit an Hilfe zum Lebensunterhalt ausgezahlt wird", so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Die 19-seitige ISA-Ausgabe „Lohnt sich Arbeit für Sozialhilfeempfänger?" kann aus dem Internet heruntergeladen werden. •

www.dgb.de

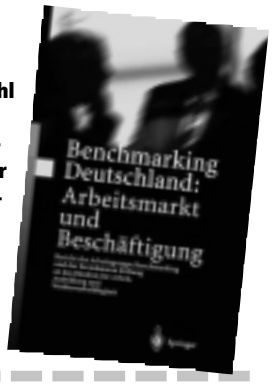
Nord-Süd-Netz

Gewinne mit der Apartheid

Über das Engagement ausländischer Konzerne in Südafrika zur Zeit der Apartheid ist wenig bekannt. Wie deutsche und schweizer Firmen an der Rassentrennung verdient haben, zeigt die Tagung „Entschädigung tut Not". Die Veranstaltung vom 19. bis 21. Oktober in Hattingen wird vom Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks organisiert, die Teilnahme kostet 100 Mark. •

Tel. 0211/43 01 592
www.nord-sued-netz.de

Für eine „freiere Handhabung flexibler Beschäftigungsformen" plädiert die Wissenschaftler-AG im Bündnis für Arbeit. Der Arbeitsmarkt müsse durchlässiger werden, heißt es in ihrem Abschlussbericht zum internationalen Vergleich des Standorts Deutschland. Der Kündigungsschutz sei ein Beschäftigungshemmnis für Arbeitslose und Berufsanfänger. Kein Wunder, dass der Bericht nicht als Dokument des Bündnisses gilt, obwohl zu den Autoren auch Heide Pfarr zählt, die Geschäftsführerin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der HBS. In einer DGB-Stellungnahme heißt es, seine Schlussfolgerungen dürften kaum zur Verständigung im Bündnis beitragen, sondern „eher zum Streit". Benchmarking Deutschland – Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Springer Verlag, Heidelberg, 440 Seiten, 89,90 Mark



connexx.av-Kongress

Filmbranche im Visier

„Tatort: Drehort – Ausbildung und Produktionsbedingungen von Filmschaffenden im internationalen Vergleich" lautet der Titel eines Kongresses während der Medientage in München. Die Veranstaltung des ver.di-Projekts connexx.av findet am 19./20. Oktober statt. •

www.connex-av.de

DGB-Bildungswerk

Arbeits- und Umweltschutz

Wie Betriebsräte Umweltschutz und Arbeitssicherheit unter einen Hut bringen können und damit ihre tägliche Arbeit erleichtern, zeigt das Seminar „Aus zwei mach eins: Integration von Arbeits- und Umweltschutz im Betrieb". Die Veranstaltung des DGB-Bildungswerks vom 4. bis 7. November in Hattingen kostet 950 Mark plus Unterkunft. •

www.dgb-bildungswerk.de

WSI-Bilanz

Steuerpolitik unter der Lupe

Eine „gemäßigt positive Bilanz" der rot-grünen Steuerpolitik ziehen WissenschaftlerInnen in einem Sammelband des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Das vom WSI-Experten Achim Truger herausgegebene Buch kommt zu dem Schluss: Bei sozialen, ökologischen und familienpolitischen Komponenten bestehen noch Verbesserungsmöglichkeiten.

Achim Truger (Hrsg.), Rot-grüne Steuerreformen in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, Metropolis-Verlag, Marburg 2001, 242 S., 36,80 DM. •

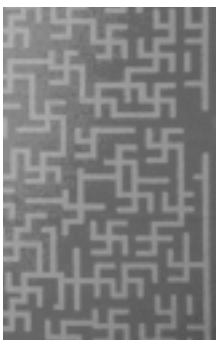
Hans-Böckler-Stiftung

Umzug in ehemalige DGB-Zentrale

Zwei Jahre nach dem Umzug des DGB nach Berlin zieht Anfang Oktober die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) in die ehemalige Düsseldorfer DGB-Zentrale. Für die 120 Beschäftigten der Stiftung stehen sechs der neun Büroetagen des „Hans-Böckler-Hauses" zur Verfügung. Der Umzug ist eine Rückkehr in ein vertrautes Gebäude: Vor 1995 war dort auch das seinerzeit in die HBS integrierte „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut" (WSI) untergebracht. Durch den Umzug vom Hauptbahnhof in den Stadtteil Derendorf verlängert sich der Weg für Bahnreisende um 15 Minuten. Für HBS-Koordinator Rolf Simon bietet der neue Standort dennoch „erhebliche Vorteile". Die Kommunikation in der bislang über mehrere Gebäudeteile verteilten Stiftung werde „durch die übersichtlichere Raumaufteilung leichter". •

Hans-Böckler-Straße. 39
40476 Düsseldorf

interregio



••• Lilly Messina aus Offenbach ist ***Gewinnerin des Plakat-Wettbewerbs*** „kreativ statt primitiv" zu dem der ***DGB-Landesbezirk Saar*** aufgerufen hatte. Ihr Entwurf zeigt ein aus Hakenkreuzen gebildetes Labyrinth mit einer klaren Botschaft: „Wer nur nach rechts geht, kommt nicht weiter." Zu haben ist das Hakenkreuz-Labyrinth ab Anfang Oktober gemeinsam mit weiteren prämierten Motiven als digitale Postkarte: www.dgb-saar.de

••• Auf den Internet-Seiten des ***DGB-Landesbezirks Sachsen*** konnten User bis zum 17. September ***tippen, wer nächster Ministerpräsident des Freistaates wird.*** Die Online-Gäste des DGB entschieden sich – unter vier möglichen Kandidaten – mit 50,8 Prozent für den CDU-Landesvorsitzenden Georg Milbrand, gefolgt von Wolfgang Tiefensee mit 22,3, Peter Porsch mit 14,4 und Steffen Flath mit 12,5 Prozent. Der DGB Sachsen setzt seine Online-Votings fort. Bei der aktuellen Abstimmung geht es um die möglichen Reaktionen auf den Terrorangriff gegen die USA: www.dgb-sachsen.de

••• Der ***DGB-Landesbezirk Thüringen*** hat seine ***neue Abwanderungsstudie*** vorgelegt. Er sieht durch den Verlust junger Fachkräfte an West-Bundesländer den Wirtschaftsstandort Thüringen gefährdet. Der DGB fordert die Gründung einer von Gewerkschaften und Arbeitgebern mitgetragenen „Zeitarbeitsagentur", die arbeitslose Fachkräfte im Land hält: www.dgb-thueringen.de

Organisationsreform der IG BAU

Kurze Wege, schnelle Entscheidungen

Die Weichen für die Zukunft ihrer Organisation will die IG BAU auf ihrem Gewerkschaftstag vom 30. September bis 5. Oktober in Bonn stellen. Im Mittelpunkt der Beratungen steht ein neuer Satzungsentwurf. Er sieht eine klare Branchenorientierung und eine stärkere Mitgliederbeteiligung im Rahmen eines zweigliedrigen Organisationsaufbaus vor. Klaus Wiesehügel, IG BAU-Vorsitzender, im einblick-Interview.

■ Dem neuen Satzungsentwurf ist ein intensiver Prozess der „OrganisationsEntwicklung" vorangegangen. Wie sieht die Bilanz aus?

■ *Wir sind Ende 1996 angetreten, uns unter breiter Beteiligung der Mitglieder, Funktionäre und Beschäftigten zu verändern. Die Krise am Bau hat uns dazu gezwungen. Dieser Prozess ist gut vorangekommen. Unsere Finanzsituation wie auch die Arbeits- und Servicestrukturen haben wir verbessern können. Allerdings haben wir mehr erarbeitet, als wir bisher in die Praxis umsetzen konnten. Wer eine solch umfassende Organisationsveränderung in Angriff nimmt, der muss eben wissen, dass alles seine Zeit braucht. Mit unserem Gewerkschaftstag schließen wir den OE-Prozess ab – jetzt werden die Ergebnisse umgesetzt.*

Foto: Joh. Haas

Klaus Wiesehügel, 48, ist seit November 1995 Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU).

■ Die IG BAU hat die Zahl ihrer Bezirksverbände von 144 auf 60 reduziert. Zieht sie sich aus der Fläche zurück?

■ *Nein, das Gegenteil ist der Fall: Wir haben die Verwaltungseinheiten vergrößert, damit insbesondere die Verwaltungsarbeiten in einem Bezirksverband effizienter durchgeführt werden können. Die Gewerkschaftssekretäre bekommen mehr Freiraum für ihre Kernaufgaben, für politische Arbeit und Branchenorientierung. Die Büros der bisherigen Bezirksverbände sind in den meisten Fällen erhalten geblieben. Dort stehen wir nun für die direkte Betreuung der Mitglieder zur Verfügung und sind nach wie vor wohnortnah als Gewerkschaft präsent.*

■ Wie wollt ihr den Mitgliederrückgang stoppen?

■ *Dafür gibt es keine Patentrezepte, aber einige positive Erfahrungen aus der „OrganisationsEntwicklung", die wir nun systematisch umsetzen. Beispiel Branchenorientierung: In der Tarifrunde des vergangenen Jahres haben wir in der Gebäudereinigung unterm Strich über 4000 Mitglieder gewinnen und behalten können. Bei den Auszubildenden haben wir im letzten Jahr um 19 Prozent zugelegt. Seit 1998 haben wir die Neuaufnahmen kontinuierlich gesteigert. Bei einer gleichzeitig verbesserten Haltearbeit, zum Beispiel durch einen guten Mitgliederservice, haben wir die Zahl der Austritte von beruflich aktiven Mitgliedern im gleichen Zeitraum begrenzen und sogar senken können.*

Die Ziele der Organisationsreform

1. **Branchenspezifische Gewerkschaftsarbeit**
2. **Leistungsstarke Bezirksverbände im Rahmen einer zweigliedrigen Struktur**
3. **Stärkere Mitgliederbeteiligung**
4. **Verbesserte Durchsetzungsfähigkeit**
5. **Höhere Flexiblität für zukünftige Entwicklungen**

■ Wie soll der Service für Mitglieder verbessert werden?

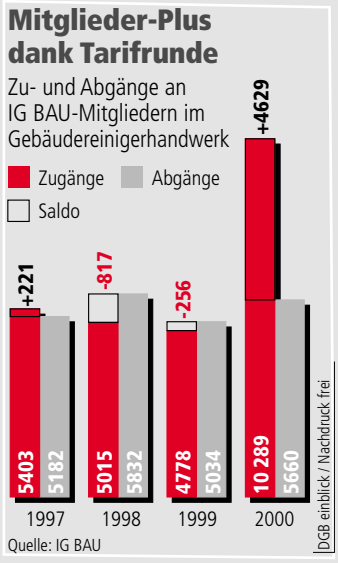
■ *Wir haben schon einiges dafür getan: So können wir beispielsweise mit einer eigens gegründeten Mitglieder Service GmbH Dienstleistungen wie Baufinanzierung, Kontoführung und Versicherungen günstig anbieten. Außerdem haben wir ein Rechtsschutzprojekt durchgeführt und arbeiten in diesem für die Mitglieder sehr wichtigen Bereich mit bundesweit gleichen Standards. Im kommenden Jahr werden wir die telefonische Erreichbarkeit und Erstberatung in zunächst 20 ausgewählten Bezirksverbänden mit einem neu gegründeten Service-Center unterstützen.*

■ Die IG BAU will zur „Mitmachgewerkschaft" werden. Was heißt das konkret?

■ *Es gehört zum kleinen Einmaleins für erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit, ihre Mitglieder einzubeziehen, damit jeder mit seiner Kompetenz zu den Veränderungen beitragen kann. Ein herausragendes Beispiel dafür ist unsere neue Satzung: Sie sieht vor, dass die Mehrheit im Gewerkschaftsbeirat, dem höchsten Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, von den ehrenamtlichen Vertretern aller Bezirksverbände gestellt wird.*
Mit der zukünftigen Zweigliedrigkeit unserer Organisation – die Landesverbände sollen als Organisationsebene entfallen – schaffen wir eine Möglichkeit für unsere Bezirksverbände, direkt auf die Organisationsspitze Einfluss zu nehmen. Kurze Wege, schnelle, kompetente Entscheidungen, umfassende Branchenarbeit, die Tarif- und Betriebspolitik zusammenbringt, und die breite Mitwirkung der Mitglieder – das sind Leitlinien für unsere Organisationsreform, und darin besteht unsere Vision einer mitglieder- und betriebsnahen Gewerkschaft, die wir in der neuen Struktur ausleben werden. ●

Premiere auf dem Gewerkschaftstag

Gewerkschaftliche Organisation als Thema eines spannenden Spielfilms – geht das? „Bread and Roses", der neue Film von Ken Loach, dem engagierten britischen Polit-Filmer, beweist es. Er erzählt von mexikanischen Putzfrauen, die, illegal in die USA eingereist, unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen arbeiten. Bis sie, unterstützt von einem Gewerkschafter, beginnen, sich zu wehren ... Als Vorpremiere ist der Film am 30. September auf dem IG BAU-Gewerkschaftstag zu sehen.
Mehr zum Film: Seite 8



Dank einer erfolgreichen Tarifrunde konnte die IG BAU im letzten Jahr im Gebäudereinigerhandwerk per Saldo 4629 neue Mitglieder gewinnen. Rund 45 000 der insgesamt 540 000 IG BAU-Mitglieder waren Ende 2000 in dieser Branche beschäftigt.

kurz&bündig

Der SPD-Gewerkschaftsrat wird sich künftig alle drei Monate treffen statt wie bisher jedes halbe Jahr. Dem Rat gehören neben den SPD-Mitgliedern im DGB-Vorstand und unter den Gewerkschaftsvorsitzenden die Mitglieder der SPD-Spitze an.

Die IG BAU und die holländische Bau-Gewerkschaft FNV Bouw haben ihre Kooperation erweitert. Künftig werden Mitglieder, die im jeweils anderen Land arbeiten, auch von der dort ansässigen Gewerkschaft unterstützt. Sie erhalten eine kostenlose Zweitmitgliedschaft und können jederzeit übertreten, ohne zuvor erworbene Gewerkschaftsrechte zu verlieren.

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg hat scharfe Kritik an Gerichten geübt, die Verbote von „Nazi-Aufmärschen" aufheben. Neben der politischen Dimension solcher Versammlungen gebe es regelmäßig auch eine „Gefährdung der Öffentlichkeit" durch die Gewaltbereitschaft der Neo-Nazis und linksextremer Gegendemonstranten.

Die Verhandlungen zwischen IG Metall und ver.di über die Zuständigkeit für den IBM-Konzern sind gescheitert. In dem Streit um die Mitglieder soll jetzt das DGB-Schiedsgericht entscheiden.

DGB-Reform

Richtlinie für Ortsebene vorgelegt

Gewerkschaftsmitglieder, die sich vor Ort ehrenamtlich im DGB engagieren, sollen stärker vom hauptamtlichen Apparat unterstützt werden. Ihre Aufgaben und Kompetenzen sollen genauer definiert und die Bildung ehrenamtlicher Strukturen soll auf Kreis- und Ortsebene mit Hilfe gemeinsamer Qualitätsstandards vereinheitlicht werden. Das ist der Kern einer „Richtlinie für die Binnenstruktur der Regionen", die der DGB-Bundesvorstand Anfang Oktober beschließen will. Die Richtlinie soll die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der DGB auch nach der Ablösung der 134 DGB-Kreise durch 96 Regionen als dritte hauptamtliche Ebene politisch vor Ort präsent ist.

Zu den Aufgaben der neuen ehrenamtlichen Kreis- und Ortsverbände gehören insbesondere die „gewerkschaftliche Interessenvertretung in der Kommunalpolitik", die „Initiierung kommunaler Netzwerke", die „Mobilisierung für zentrale Kampagnen" sowie die „lokale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit". Mitarbeiten können alle DGB-Mitglieder, die in dem jeweiligen Gebiet wohnen oder arbeiten. Unterstützt werden die ehrenamtlichen Kreis- und Ortsverbände von den DGB-Regionen, die neben der fachlichen Beratung und der Informationsvermittlung auch Verwaltungsaufgaben übernehmen sollen. Dafür erhalten die Regionen zweckgebundene Mittel.

Grundlage der Richtlinie sind die Erfahrungen der im September 2000 gestarteten Pilotprojekte zur Organisationsreform (*einblick* 18/00). Inwieweit deren Empfehlungen bundesweit übertragbar sind, soll jetzt mit Hilfe von 50 Piloteinheiten erprobt werden. •

Im Faxabruf: 0211 / 43 01 660
Richtlinie für die Binnenstruktur der Regionen des DGB

Altersversorgung

Chemie-Pensionsfonds in trockenen Tüchern

Die Beschäftigten der chemischen Industrie können ab Januar 2002 pro Jahr bis zu 4176 Mark (vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung) durch Entgeltumwandlung für den Aufbau ihrer Altersversorgung nutzen. Darauf haben sich am 18. September die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) geeinigt. Der neue „Tarifvertrag über Einmalzahlungen und Altersvorsorge" ersetzt die bisherigen Tarifvereinbarungen über die Nutzung der vermögenswirksamen Leistungen, des 13. Monatsgehalts und des Urlaubsgelds für die Altersvorsorge. Neben den klassischen Wegen der Betriebsrente über Direktzusagen, Unterstützungs- und Pensionskassen sowie Direktversicherungen sieht der Tarifvertrag die Gründung eines „Chemie-Pensionsfonds" vor. Das Management des paritätisch verwalteten Fonds soll einem professionellen Finanzdienstleister übertragen werden.

ArbeitnehmerInnen, die den neuen Tarifvertrag zur betrieblichen Altersvorsorge nutzen, haben Anspruch auf eine zusätzliche „Chemietarifförderung". Sie beträgt bei einer Eigenleistung von 936 Mark pro Jahr analog dem bisher gültigen Tarifvertrag 264 Mark. Für jede weitere 196 Mark (100 Euro) erhöht sie sich um 25,43 Mark (13 Euro). Die Sparleistung liegt dadurch pro Jahr um mehrere 100 Mark über der Riester-Rente. Ein weiterer Vorteil der tariflichen Altersvorsorge sind die erheblich günstigeren Verwaltungskosten.

Tarifvereinbarungen zur Riester-Rente gibt es auch für die Metall- und Elektroindustrie (3,6 Millionen Beschäftigte), das Bauhauptgewerbe (950 000), den Groß- und Außenhandel (1,2 Millionen), den Einzelhandel (2,3 Millionen) sowie die Süßwarenindustrie (55 000).

Der Anteil der Arbeitgeber an der zusätzlichen betrieblichen Altersvorsorge ist unterschiedlich. Während die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie allein für den Versicherungsbeitrag aufkommen müssen, gibt es im Bauhauptgewerbe bis zu 720 Mark dazu. Im Groß- und Außenhandel sind es 312 Mark aus VL-Leistungen plus 15 Prozent des umgewandelten Entgelts, in der Süßwarenindustrie 0,35 Prozent des Entgelts. •

Im Faxabruf:
0211 / 43 01 682
Gemeinsame Erklärung der Tarifparteien zum Altersvorsorge-System der chemischen Industrie

Doorn-Initiative

Grenzenlose Tarifpolitik

Die Gewerkschaften in Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Deutschland wollen ihre Tarifforderungen für 2002 untereinander abstimmen. Ziel sei die „Ausschöpfung des Verteilungsspielraums, der sich aus der Preis- und Produktivitätsentwicklung ergibt", so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer. Zudem wollen die Gewerkschaften, die ihre Tarifpolitik bereits seit längerer Zeit im Rahmen der so genannten Doorn-Initiative koordinieren, im kommenden Jahr in ihren Ländern Qualifizierungs-Tarifverträge durchsetzen. •

Mitgliederentwicklung

Ein Problem, kein Drama

In den vergangenen zehn Jahren ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad stark gesunken (einblick 15/01). „Was sind die Gründe für den Mitgliederrückgang?" hat einblick DGB-Vorstandssekretär Hermann Fischer gefragt.

Der Vergleich hinkt, erhellt aber das Problem: Als die T-Aktie im März 2000 ihr ungewöhnliches Rekordhoch von 104 Euro erreichte, soll Ron Sommer gesagt haben: „Du liebe Güte, die muss aber wieder runter gehen." Der Fall kam schneller, als er es gewollt hatte, und war tiefer als er sich vorgestellt hatte. Der Schwindel erregende Höchststand bleibt aber als Vergleichsmaßstab bestehen. Jede Entwicklung der T-Aktie geht daran gemessen tief in den Keller.

Als der DGB 1991, im zweiten Jahr der Wiedervereinigung, seinen absoluten Höchststand an Mitgliedern erreicht hatte, war den Verantwortlichen klar: Das wird nicht so bleiben. Auf mittlere Sicht wird sich der Organisationsgrad in den neuen Bundesländern auf das Niveau der alten Länder einpendeln. Die Mitgliederzahl von über 12 Millionen „krönt" aber seither jede Statistik und gibt dem Mitgliederrückgang ein dramatisches Aussehen.

Damit kein Missverständnis entsteht: Die Mitgliederentwicklung des DGB **ist problematisch – aber eben nicht dramatisch.** Denn die Bemühungen interessierter Beobachter, mit Hilfe der 91er-Zahl Niedergangsszenarien zu malen, gehen an den Realitäten vorbei: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist handlungs- und kampffähig, und dies offenbar in sehr viel höherem Maße als es den Arbeitgebern und ihren politischen Freunden lieb ist.

Der DGB-internen Prognose eines zu erwartenden deutlichen Mitgliederverlustes im Osten lag die Bewertung zugrunde, dass das Organisationsniveau von rund 50 Prozent durch vielerlei Faktoren überhöht war. So ist zu berücksichtigen, dass nicht wenige der in den turbulenten Zeiten nach dem Fall der Mauer registrierten Mitglieder später nicht mehr auffindbar waren und von vielen keine Beiträge kassiert werden konnten. Die gewerkschaftlichen Mitgliederstatistiken mussten nach und nach um solche Fälle bereinigt werden. Es brauchte auch einige Zeit, bis die Menschen realisiert hatten, dass es die mit einer Quasi-Pflichtmitgliedschaft gepaarte Allzuständigkeit der Gewerkschaft nach DDR-Muster nun nicht mehr gab. Vor allem aber gingen durch den ökonomischen Zusammenbruch Millionen von Arbeitsplätzen verloren. Die „Normalisierung" des gesamtdeutschen Organisationsgrades vollzog sich in einem Zeitraum von nur drei Jahren. Bereits 1994 lag er mit 29,2 Prozent im Rahmen des historisch Gewohnten.

Die ostdeutsche Sonderentwicklung macht aus der Mitgliederstatistik einen „Trauerfall". **Die tatsächlichen Schwierigkeiten aber liegen woanders.** Zum einen sind sie zu suchen in dem nachhaltig defizitären Organisationsgrad bei Angestellten, Frauen und Jugendlichen. Trotz vielfacher Anstrengungen konnten diese traditionellen Lücken nicht geschlossen werden. Hinzu kommt der aktuelle gesellschaftliche Strukturbruch, der die Auf- und Ablösung industrieller Arbeitsverhältnisse bedeutet. In gewerkschaftlichen Hochburgen werden Arbeitsplätze in großer Zahl abgewickelt, neue Arbeitsplätze entstehen meist in Klein- und Mittelbetrieben sowie in eher „gewerkschaftsfernen" Wirtschaftsbereichen.

Hermann Fischer, 57, ist Vorstandssekretär für den Bereich Organisation beim DGB-Bundesvorstand.

Von 1991 bis 1997 hat es in fast jedem Jahr eine im Saldo negative Entwicklung bei abhängig Beschäftigten gegeben. Arbeitsplatzabbau, besonders in Großbetrieben, wo Gewerkschaften seit jeher stärker vertreten sind, sowie die Schließung ganzer Betriebe stellen nach wie vor die Hauptursachen des Mitgliederrückgangs dar.

Obwohl 1998 bis 2000 ein merklicher Beschäftigungsaufbau stattfand, konnte der Mitgliederrückgang nicht gestoppt werden. Er hat sich – wenn auch abgeschwächt – fortgesetzt und somit zu einem weiteren Absinken des Organisationsgrades geführt. Dass die Zahlen schlechter aussehen, dazu hat schließlich auch ein gewerkschaftlicher Erfolg beigetragen: Seit die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (630-Mark-Jobs) sozialversicherungspflichtig sind, fließt ihre Zahl in weit größerem Umfang in die der Erwerbstätigen ein als zuvor. Das Statistische Bundesamt hat auf Grund dessen die Zahl der abhängig Erwerbstätigen auch rückwirkend nach oben korrigiert, allein für 1999 um fast zwei Millionen, von bisher rund 32 auf knapp 34 Millionen. Weil die Gewerkschaftsmitglieder unter den geringfügig Beschäftigten nur unterdurchschnittlich vertreten sind, sinkt der gewerkschaftliche Organisationsgrad durch die Neuberechnung des Bundesamtes. Deshalb: **Panik machen gilt nicht, Beruhigungspillen verteilen auch nicht.** •

Nur der Zugang zählt

Noch ist die Trendwende nicht geschafft, weder auf dem Arbeitsmarkt, noch bei den Mitgliedern. Aber die Botschaft ist bei den Gewerkschaften angekommen: dass die Mitgliederzahlen nicht von selbst wieder steigen, wenn die Beschäftigungsquote wieder nach oben geht, ebenso wie die nüchterne Erkenntnis, dass die Zeit mitgliedsstarker Großbetriebe ein für alle Mal ihrem Ende näher rückt.

Dort, wo die Gewerkschaften diese Botschaft nicht nur verstanden, sondern in Alltagshandeln umgesetzt haben, kippt der Trend. Erwachen weiße Flecken zu neuem Leben. Ob bei den neuen Medien oder den kleinen Selbstständigen, ob bei den Zeitarbeitskräften oder den Frauen: Wenn Service und Politikangebot stimmen, geht die Zahl der Mitglieder wieder nach oben (Seite 3).

Da die Zahl der Abgänge wegen Alter und Arbeitslosigkeit noch immer die der Neueintritte übersteigt, bleibt das Saldo im Minus. Aber es gibt auch einen gegenläufigen Trend: steigende Eintritte gerade in den Branchen und Arbeitsfeldern, in denen Gewerkschaften bislang nicht als besonders stark galten. Diese Erfolge genauer in den Blick zu nehmen, macht den Blick frei für eine Trendwende, von der die Gewerkschaften nicht nur reden.

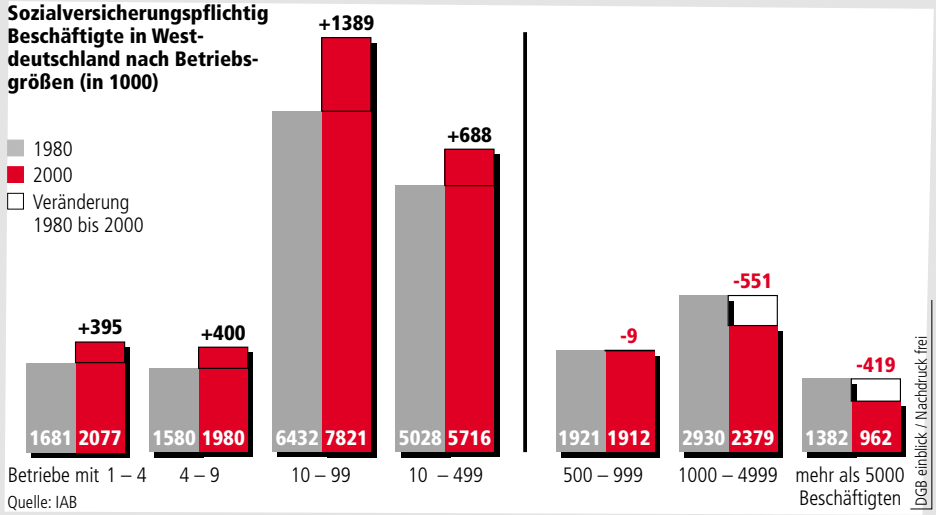
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSMARKT: Mittelstand schafft die meisten Jobs

Der Mittelstand als Motor des Arbeitsmarktes: In den letzten 20 Jahren haben die westdeutschen Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten rund 2,9 Millionen neue sozialversicherte Arbeitsplätze geschaffen. Ein Plus von fast 20 Prozent. Gleichzeitig haben die Großbetriebe rund 15 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut. Auch in Ostdeutschland ist die Entwicklung ähnlich: In den kleinen und mittleren Unternehmen nahm die Zahl der Arbeitsplätze von 1996 bis 2000 um 1,6 Prozent ab, in den Großbetrieben dagegen um 38 Prozent.



personalien

••• ***Stefan Körzell,*** 38, DGB-Kreisvorsitzender in Bad Hersfeld-Eschwege sowie kommissarischer Kreisvorsitzender in Kassel und Waldeck-Schwalm-Eder, soll neuer Landesbezirksvorsitzender des DGB Hessen werden. Er folgt ***Dieter Hooge,*** 58, der aus Gesundheitsgründen auf eine weitere Kandidatur verzichtet. Das hat der Landesbezirksvorstand vorgeschlagen. Körzell soll auch Vorsitzender des im Februar 2002 entstehenden Bezirks Hessen/Thüringen werden.

••• Mit dem Umzug nach Berlin ist die Pressestelle von ver.di neu strukturiert worden. Leiter der Pressestelle ist ***Harald Reutter,*** 44, zuletzt Pressesprecher der ÖTV. Stellvertreter ist ***Hermann Zoller,*** 62, bisher Pressesprecher der IG Medien. Weitere Pressesprecher sind die Journalistin ***Cornelia Berger,*** 28, sowie der ehemalige DAG-Pressesprecher, ***Ingo Schwope,*** 59, der die Außenstelle in Hamburg leitet. Die frühere Pressesprecherin der Deutschen Postgewerkschaft, ***Sigrun Schmid,*** 35, ist persönliche Referentin von Rolf Büttner, dem Vorsitzenden des ver.di-Fachbereichs 10, Postdienste, Speditionen und Logistik. ***Christiane Zerfaß,*** 36, ist im neu geschaffenen Bereich Kommunikationsmanagement für die Koordination und Planung der ver.di-Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

25.9. Allianz pro Schiene, Abschluss der Kampagne „Raus aus dem Stau – Bahnoffensive jetzt", Berlin

25./26.9. DGB, Bildungsworkshop auf Rädern, Schwerin und Waren/Grevensmühlen

27./28.9. Otto-Brenner-Stiftung, Tagung „Rechtsextremismus in den Gewerkschaften – Vorurteil oder Realität?", Berlin

28./29.9. Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht, Kassel

29.9. DGB Halle, Open-Air Konzert „Pop 4 You – Gegen rechte Gewalt", Halle

30.9.-5.10. Gewerkschaftskongress der IG BAU, Bonn

4.-6.10. Zukunftskongress der IG Metall-Jugend, Halle

Tipp

Film: Bread and Roses, Sozialdrama, Start: 4.10.

Der neue Film des britischen Politfilmers Ken Loach erzählt vom Arbeitskampf illegaler Reinigungskräfte 1990 in Los Angeles. Im Mittelpunkt steht Maya, eine illegal eingereiste Mexikanerin. Als es ihr mit Hilfe ihrer Schwester gelingt, einen Job in einer Putzkolonne zu bekommen, erweist sie sich als Mensch von hoher moralischer Integrität. Nach anfänglichen Problemen nehmen die Reinigungskräfte unter der Regie des unorthodoxen Gewerkschafters Sam ihren Kampf auf. Dramatisch wird's, als Maya ihre Schwester beim Verrat an den Streikenden ertappt.

Schlusspunkt

„Von ver.di wünsche ich mir, dass connexx.av nicht in die alten, klassischen Gewerkschaftsstrukturen eingebunden, also handlungsunfähig wird."

Pixelpark-Betriebsratsvorsitzende Katja Karger anlässlich des connexx-Summit am 14. September 2001 in Frankfurt/M.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.10.2001 18/01

Bündnis-Treffen jetzt?

DGB will „kein neues Fass aufmachen“

Krisen-Stimmung: Die Bundesregierung korrigiert ihre Wachstumsprognosen ständig nach unten. Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) hält zum Jahreswechsel sogar mehr als vier Millionen Arbeitslose für möglich. Das Ziel, die Zahl der Arbeitslosen im Wahljahr 2002 auf 3,5 Millionen zu drücken, rückt in weite Ferne. Schlägt jetzt die Stunde des Bündnisses für Arbeit?

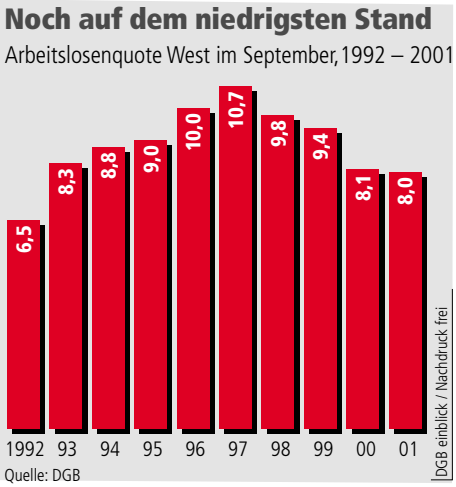
Eine Extra-Bündnisrunde sei „jetzt nicht vereinbart“, so DGB-Chef Dieter Schulte. Die Gewerkschaften wollten vielmehr am geplanten Treffen Ende des Jahres festhalten, um Bilanz zu ziehen. Es kommt jetzt darauf an, die Verabredungen mit den Arbeitgebern einzulösen. Schulte: „Wir wollen kein neues Fass aufmachen.“

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer erinnert daran, dass noch immer der im Bündnis für Arbeit zugesagte Abbau von Überstunden ausstehe, ebenso die Umsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen. Die Arbeitgeber forderte sie mit Blick auf die weltpolitische Lage auf, die Situation nicht zum Stellenabbau auszunutzen. Der Beschäftigungsmotor stottere zwar, doch von Krise könne angesichts der leichten Herbstbelebung keine Rede sein. Auch wenn sich in Westdeutschland die Kurzarbeit in den vergangenen zwölf Monaten verdoppelt habe. Konjunkturprogramme lehne der DGB ebenso ab wie ein Vorziehen der Steuerreform. Falls es wider Erwarten zu einem Konjunktureinbruch komme, müssten abgestimmte europäische Initiativen ergriffen werden.

Auch Klaus Lang, Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender der IG Metall und Mitglied der Steuerungsgruppe des Bündnisses, sieht „momentan keinen unmittelbaren Gesprächsbedarf“. Die Regierung sei noch nicht bereit, etwas für die Konjunkturbelebung zu tun, die Wirtschaft wolle primär über Tarifpolitik reden – „und das wollen wir nicht“. Lang mutmaßt, die Arbeitgeber könnten eine kurzfristig einberufene Bündnisrunde zum Vorwand nehmen, den Beschäftigten ein Sonderopfer abzuverlangen. Sollte es tatsächlich zur Stagnation des Wirtschaftswachstums kommen, sei „erst recht“ eine Steigerung der Binnenkaufkraft notwendig, um die Wirtschaft zu stärken.

Einer DGB-Studie zur Einkommensentwicklung zufolge ist die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen seit 1991 um 5,9 Prozent gesunken. „Die Ursache für den Anstieg der Arbeitslosigkeit“, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, „liegt in der schwachen Wachstumsentwicklung.“ Eine weitere Umverteilung der Einkommen zu Gunsten der Gewinne und zu Lasten der Lohneinkommen verspreche keine Besserung der Arbeitsmarktlage.

Die Gewerkschaften werden ihre Tarifforderungen für 2002 so spät als möglich festlegen. Die ersten Tarifverträge laufen Ende Februar nächsten Jahres aus – in den Branchen Metall und Chemie. •



3,74 Millionen abhängig Beschäftigte waren Ende September arbeitslos gemeldet – 49 000 weniger als im Vormonat, 58 000 mehr als im Vorjahr. Noch liegt die Arbeitslosenquote West auf dem niedrigsten Septemberstand seit 1992.

plusminusBERLIN

+ ***Die grüne Haushaltsexpertin Antje Hermenau fordert eine weitere Aufstockung des Entwicklungs-Hilfe-Etats. Die bereits geplanten zusätzlichen 200 Millionen Mark seinen zu wenig. Die Begründung: Wer die Schieflage in der Welt ändern wolle, müsse dafür „auch etwas tun“.***

– ***Die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU Gerda Hasselfeldt ist gegen eine Tobin-Steuer. Mit der Steuer auf internationale Finanztransfers soll die weltweite Armut bekämpft werden. Die Forderung nach einer Anti-Spekulationssteuer sei ein Beleg für „Ideenlosigkeit“.***

inhalt

Seite 3

Abstieg in die zweite Liga

Die berufliche Weiterbildung fristet hierzulande ein Schattendasein. Deutschland belegt in einem internationalen Vergleich den 14. von 17 Plätzen

Seite 5

Wir müssen mehr Offenheit an den Tag legen

Interview mit dem IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt zum Gewerkschaftstag

Seite 7

Terror bekämpfen – Terror überwinden

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte warnt vor dem Glauben, den Terrorismus allein mit militärischen Mitteln bekämpfen zu können

Der Surf-Tipp fürs Internet

nibis.ni.schule.de/haus/dez4/gegenrechts

Internet gegen Rechts

Im Faxabruf

0211/43 01 658

Einwanderung und Asyl. Richtlinien, Mitteilungen und Arbeitsprogramm der EU

Neue Betriebsverfassung

DGB mit Wahlordnung zufrieden

Mit dem Entwurf der neuen Wahlordnung zum Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), den Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) Anfang des Monats vorgelegt hat (*einblick* 15/01), ist der DGB weitestgehend einverstanden. Nach Auffassung der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer werden die Vorschläge des Arbeitsministeriums „ganz überwiegend den Anforderungen an eine erleichterte Handhabung der Wahlvorschriften gerecht".

Der reformierten Betriebsverfassung zufolge „muss" das Geschlecht, das in der Belegschaft in der Minderheit ist, „mindestens entsprechend seinem zahlenmäßigen Verhältnis im Betriebsrat vertreten sein" (Paragraph 15 Abs. 2 BetrVG). Der Entwurf der Wahlordnung berücksichtigt jedoch nicht den Fall, dass keine einzige Person des so genannten Minderheitengeschlechts auf den Vorschlagslisten zur Betriebsratswahl kandidiert. Deshalb schlägt der DGB vor, „dem Wahlvorstand aufzugeben, in diesen Fällen eine entsprechende Nachfrist zu setzen". Diese Fristverlängerung um eine Woche solle allerdings nicht für das vereinfachte Wahlverfahren in Betrieben mit fünf bis 50 Beschäftigten gelten; außerdem sollen bereits eingereichte Vorschlagslisten dadurch nicht ungültig werden.

Die neue Wahlordnung steht höchstwahrscheinlich am 30. November auf der Tagesordnung des Bundesrats. DGB-Vize Engelen-Kefer: „Wir erwarten, dass die Länderkammer ihr zustimmen wird, so dass sie Anfang Dezember in Kraft treten kann." •

geplant... beschlossen

Die Seniorenarbeit im DGB soll auf Bundesebene durch einen ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten gestärkt werden. Zur Unterstützung seiner Arbeit kann der neue Seniorenbeauftragte einen Koordinierungskreis aus VertreterInnen der acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB bilden. Auch auf Bezirksebene soll es künftig eigene ehrenamtliche Seniorenbeauftragte geben können. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) vorgeschlagen. Das neue Instrument des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten soll zwei Jahre lang auf seine Praxistauglichkeit erprobt werden.

Schwerbehinderten-Kampagne

Erste Erfolge auf dem Arbeitsmarkt

Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten ist seit Oktober 1999 um 23 700 gesunken. Für Bundesarbeitsminister Walter Riester ist das ein „wichtiger Etappenerfolg" der vor einem Jahr gestarteten Kampagne „50 000 Jobs für Schwerbehinderte". Es gebe „gute Chancen", das Kampagnenziel – die Zahl der Stellen für Schwerbehinderte auf dem Arbeitsmarkt deutlich zu erhöhen – bis Oktober 2002 zu erreichen. Nötig seien aber noch erhebliche Anstrengungen. So startet am 22. Oktober die zweite Anzeigenkampagne, die für die Einstellung Schwerbehinderter wirbt. Parallel dazu will der Bund mehr Geld für die erst jüngst eingerichteten Integrationsfachdienste der Arbeitsämter zur Verfügung stellen. Statt 80 Millionen Mark stehen ihnen im kommenden Jahr 100 Millionen Mark zur Verfügung. Infos zur Kampagne gibt es unter: www.jobs-fuer-behinderte.de •

wiewardiewoche?

Jahrelang war die Friedensbewegung fast vollständig von der Bildfläche verschwunden. Seit den Terroranschlägen vom 11. September und den Gegenschlägen der Amerikaner in Afghanistan ist sie wieder da. Über 50 000 Menschen haben am 13. Oktober in Berlin und Stuttgart gegen weitere Militäreinsätze demonstriert. Sabine Leidig, 40, Vorsitzende der DGB-Region Mittelbaden, hat zur Stuttgarter Demonstration mit aufgerufen.

„Aufstehen für den Frieden. Solidarität, Gerechtigkeit, kein Krieg" – dafür sind am 13. Oktober allein in Stuttgart fast 20 000 Menschen auf die Straße gegangen. So viele wie schon lange nicht mehr. Und was mich besonders gefreut hat, unter ihnen waren viele Gewerkschaftsmitglieder. Sybille Stamm, die ver.di-Vorsitzende von Baden-Württemberg, war sogar eine der RednerInnen. Dass die Gewerkschaften beginnen, sich wieder stärker in der Friedensbewegung zu engagieren, finde ich ermutigend, auch wenn wir in der Frage, wie Terroranschläge verhindert werden können, nicht immer einer Meinung sind. „Wir wenden uns gegen Krieg und Kriegsrhetorik. Vergeltung und Rache können nicht unsere Ziele sein", heißt es in der bereits am 26. September, also vor den Gegenschlägen der Amerikaner verabschiedeten Erklärung des DGB-Landesbezirks zur Stuttgarter Demonstration. Der Einsatz militärischer Gewalt wird darin allerdings nicht völlig ausgeschlossen. Er könne „allerletzte Konsequenz" bei der „Durchsetzung eines an rechtsstaatlichen Kriterien orientierten Strafverfolgungsanspruchs" sein, so der Landesbezirk.

Da geht unser Kreis weiter. Auch wir fordern, dass die Verantwortlichen für die Attentate zur Rechenschaft gezogen werden. Vergeltungsschläge lehnen wir aber ab. „Auch gegen ein undemokratisches Regime wie das der Taliban ist ein militärischer Angriff kein geeignetes Mittel", heißt es in unserer Erklärung. Militärschläge führen nur zu einer „ungewollten Solidarisierung in Afghanistan".

250 Menschen sind allein aus Karlsruhe mit zur Demo nach Stuttgart gefahren. Das zeigt, dass es sich lohnt, wenn wir uns wieder stärker einmischen. Dabei geht es auch um unsere Glaubwürdigkeit. Wir können uns nicht erst gegen den Krieg aussprechen und dann, wenn es losgeht, sagen: „Gezielte Militärschläge, das geht ja noch." Und wir müssen den Zusammenhang zur sozialen Frage herstellen. Das Geld, das jetzt in die Aufrüstung investiert wird, fehlt doch nachher, wenn es um die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen geht und um eine vernünftige Sozialpolitik. Auf der Regionalkonferenz zwei Tage vor der Stuttgarter Demonstration haben wir intensiv über diese Frage diskutiert. Dass mich anschließend 77 Prozent der Delegierten als Regionalvorsitzende wiedergewählt haben, sehe ich als Bestätigung.

Qualifizierungsoffensive

Abstieg in die zweite Liga

Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen Arbeitgeber, Bundesregierung und Gewerkschaften gemeinsam dafür sorgen, dass Deutschland in Sachen berufliche Bildung nicht in die zweite Liga absteigt. Doch in der betrieblichen Realität ist Weiterbildung eher ein Störfaktor.

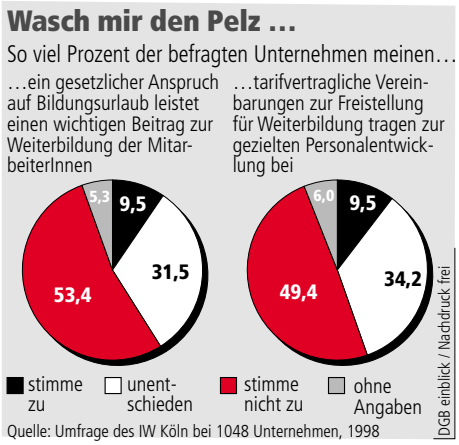
Als „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" hatten sie gemeinsam zu einer Fachkonferenz gebeten, in deren Mittelpunkt positive Qualifizierungsbeispiele stehen sollten. Positives gab es denn auch reichlich. Bundesministerin Bulmahn freute sich: Erstmals seit Jahren könne man jedem Jugendlichen wieder einen Ausbildungsplatz anbieten. Ausbildungsordnungen wurden in Rekordzeit modernisiert, neue Berufe seien geschaffen worden. Und trotzdem: Die Freude war nicht ungetrübt.

Berufliche Weiterbildung ist in Deutschland keineswegs en vogue. Nur zwischen 20 und 25 Prozent der Beschäftigten nehmen an Qualifizierungsmaßnahmen teil. Einhergehend mit der demographischen Entwicklung, droht langfristig Fachkräftemangel. Ingrid Sehrbrock, im DGB-Bundesvorstand zuständig für Bildung, fürchtete anlässlich der Qualifizierungskonferenz: „Da droht der Abstieg in die zweite Liga."

Die Benchmarking-Gruppe des Bündnisses wurde im März 2001 damit beauftragt, eine Zusammenstellung und Bewertung von Best-Practise-Beispielen betrieblicher Weiterbildung vorzulegen. Die Wissenschaftler haben das System beruflicher Bildung und seine zu erwartende Entwicklung außerdem analysiert und kommentiert. Einige Ergebnisse:

- An beruflicher Weiterbildung nehmen in Deutschland vergleichsweise wenige ArbeitnehmerInnen teil. Bei einer Reihung von 17 Ländern, die auf einer Kombination verschiedener Erhebungen der OECD und der EU basiert, kommt Deutschland nur auf den 14. Platz.
- Das Bild ändert sich, wenn man das durchschnittliche jährliche Volumen der Weiterbildung in Stunden je Beschäftigtem zwischen 25 und 54 Jahren betrachtet. Hier lag Deutschland Mitte der neunziger Jahre mit einem Wert von rund 40 Stunden nah am Durchschnitt. Schlussfolgerung: In Deutschland kommen relativ wenig Beschäftigte in den Genuss beruflicher Weiterbildung, sie werden aber vergleichsweise zeitintensiv weiterqualifiziert.
- Berufliche Weiterbildung konzentriert sich in den meisten Ländern auf jüngere, besser ausgebildete und auf ArbeitnehmerInnen mit unbefristeten Vollzeitstellen sowie Beschäftigten in großen Unternehmen. Ältere und gering qualifizierte Arbeitskräfte, aber auch Personen mit befristeten oder Teilzeitverträgen, nehmen nur in geringem Umfang an beruflicher Weiterbildung teil. Dies kann die Segmentierung des Arbeitsmarktes verfestigen.
- Auffällig ist: In den Niederlanden, Frankreich und Deutschland liegt die Weiterbildung von älteren ArbeitnehmerInnen weit hinter der Qualifizierung von jüngeren ArbeitnehmerInnen zurück. Der Rückstand gegenüber Schweden und Dänemark ist deutlich, wo es gelingt, auch bei ArbeitnehmerInnen über 45 Jahren noch eine hohe Teilnahmequote an Weiterbildung zu erzielen. Bemerkenswert ist auch, dass in den Niederlanden viele gering Qualifizierte von beruflicher Weiterbildung profitieren, während in Deutschland HochschulabsolventInnen eine mehr als viermal so hohe Teilnahmequote bei der beruflichen Weiterbildung aufweisen.
- Bei der Verteilung der beruflichen Weiterbildung auf die Geschlechter zeigt sich, dass in Deutschland Frauen etwas seltener weitergebildet werden als Männer. In den meisten Vergleichsländern ist hingegen die Teilnahmerate der Frauen höher als die der Männer.

Trotz des Konsenses beim Grundsatz Qualifizierung – in vielen Detailfragen war es mit der Harmonie schnell vorbei: Das Ansinnen, Beschäftigten Qualifizierung per Tarifvertrag zu ermöglichen, beantworteten die Unternehmer mit dem Wunsch nach flexiblen Regelungen und „Eigenbeteiligung" der Arbeitnehmer. Dem Ansinnen der Arbeitgeber nach kürzeren Ausbildungsgängen und Niedriglohnsektoren können Gewerkschaften natürlich nicht zustimmen. Einigkeit herrscht dann aber wieder beim Bündnisziel, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu fordern. Handwerkspräsident Dieter Philipp: „Der Paradigmenwechsel zugunsten der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer wurde nicht mit letzter Konsequenz verwirklicht." •



Wie die Unternehmen die Qualifizierung am liebsten hätten, zeigt eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft: In jedem Fall nicht geregelt, weder gesetzlich noch per Tarifvertrag. Dass die MitarbeiterInnen dennoch gut ausgebildet sein müssen, ist beinahe selbstverständlich.

Vor allem vier Ansprüche werden heute an ein zeitgemäßes System der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung gestellt:

- ***Es muss aus Sicht der Unternehmen helfen, deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, insbesondere unter den Bedingungen einer Hochlohnökonomie;***
- ***es muss aus Sicht der Arbeitnehmer in der Lage sein, zur individuellen Beschäftigungsfähigkeit im Erwerbsverlauf beizutragen, was das rechtzeitige Erkennen und geeignete Maßnahmen gegen Qualifikationsmängel einschließt;***
- ***es muss zur Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes beitragen, indem es räumliche und berufliche Mobilität von Männern und Frauen sowie Beschäftigungschancen von Problemgruppen, insbesondere Älteren, Langzeitarbeitslosen und gering qualifizierten Arbeitnehmern, verbessert***
- ***und es muss zumindest aus Sicht der Arbeitnehmervertreter den Mindestanforderungen an Chancengleichheit, Fairness und Verteilungsgerechtigkeit genügen.***

Die verschiedenen Funktionen der betrieblichen Weiterbildung werden von den beteiligten Akteuren unterschiedlich gewichtet. Unbestreitbar ist, dass sie eng miteinander zusammenhängen und in der Praxis nur schwer voneinander zu unterscheiden sind.

Aus dem Bericht der Benchmarking-Gruppe

PROJEKTE UND PARTNER

Büchergilde Gutenberg

Essaypreis „Europa in den Köpfen"

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind politisch längst eng verflochten. Jetzt will die Büchergilde Gutenberg in ihrem dritten Essaywettbewerb wissen, wie junge Menschen die „Union in den Köpfen" erleben. Mit knapp 5000 Mark (2500 €) belohnt sie den gelungensten Beitrag zum Thema „Sehnsucht nach Sinn? Lebensziele und Wertvorstellungen im vereinten Europa". Zudem erscheinen die besten Beiträge in der Buchreihe „Edition Zeitkritik". Wer abgedruckt wird, entscheidet eine Jury. Deren Mitglieder sind der EU-Parlamentarier Daniel Cohn-Bendit, der Schriftsteller Selim Özdogan, Büchergilde-Chef Mario Früh und die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Gesine Schwan. Die Essayisten sollten höchstens 30 Jahre alt sein. Einsendeschluss ist der 30. April 2002. •

Büchergilde Gutenberg
Untermainkai 66
60329 Frankfurt/Main
www.buechergilde.de

AiB-Verlag

Kongress zur Riester-Rente

Die Rentenreform stärkt neben der privaten auch die betriebliche Altersvorsorge. Wie der Rechtsanspruch der ArbeitnehmerInnen auf Entgeltumwandlung realisiert werden kann, um eine eigenfinanzierte Betriebsrente aufzubauen, ist Thema des Kongresses „Betriebliche Altersvorsorge" am 10. und 11. Dezember in Hannover. Die Tagung des Verlags „Arbeitsrecht im Betrieb" (AiB) kostet für Frühbucher bis 31. Oktober 1580 Mark plus Mehrwertsteuer, danach sind 1780 Mark fällig. •

AiB-Verlag
Hansestraße 63 a, 51149 Köln
Tel. 0 22 03 / 935 25 46
Fax 0 22 03 / 935 25 41
info@aib-verlag.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Globalisierung menschlich

Welche sozialen Standards sind im globalen Wettbewerb nötig? Antworten auf diese Frage suchen die TeilnehmerInnen der Konferenz „Globalisierung mit sozialem Fortschritt: Die Aufgaben der ILO" am 30. Oktober in der Bonner Friedrich-Ebert-Stiftung. Diskussionsgrundlage ist das Projekt „Menschenwürdige Arbeit", mit dem die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf einen Beitrag zur sozialen Gestaltung des weltweiten Globalisierungsprozesses leisten will. •

Friedrich-Ebert-Stiftung
Gewerkschaftskoordination
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Tel. 0228 / 88 35 17
Fax 0228 / 88 35 75

DGB-Bildungswerk

Die Folgen der Anschläge

Die politischen Nachwirkungen der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten sind das Thema der Tagung „Der 11. September und die Folgen" des DGB-Bildungswerks. Vom 31. Oktober bis 2. November diskutieren die Teilnehmer in Hattingen, was hinter platten Formeln wie dem „Kampf der Kulturen" steckt und wie eine demokratische Öffentlichkeit auf die Geschehnisse reagieren sollte. Die Veranstaltung entsteht in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW. Die Teilnahme kostet 100 Mark. •

DGB-Bildungszentrum
Am Homberg 46 – 50
45529 Hattingen
Tel. 0 23 24 / 50 80
Fax 0 23 24 / 50 83 00
hattingen@dgb-bildungswerk.de
www.hattingen.dgb-bildungswerk.de

Hans-Böckler-Stiftung

Teilzeit umsetzen

Die „Möglichkeiten und Grenzen eines gesetzlichen Anspruchs auf Teilzeit" werden auf einem Workshop am 13. November in Bonn diskutiert. Veranstalter der Tagung sind das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und das Landesarbeitsministerium NRW. Die Teilnahme am Workshop ist kostenlos. •

Hans-Böckler-Stiftung / WSI
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Fax 0211 / 77 78 190
www.wsi.de

DGB-Bildungswerk

Transfer zum neuen Job

Insolvenz, Umstrukturierung oder Rationalisierung eines Unternehmens gefährden oft Hunderte von Arbeitsplätzen. Immer öfter sollen Transfermodelle den MitarbeiterInnen neue Jobs vermitteln. Welche Vor- und Nachteile die gezielte Arbeitsvermittlung birgt, beleuchtet die Tagung „Beschäftigtentransfer – Transparenz und Qualitätssicherung" am 5. November in Bochum. Veranstalter sind das Arbeitsministerium in Nordrhein-Westfalen, die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände und der DGB-Landesbezirk. •

DGB-Bildungswerk NRW
Friedrich-Ebert-Straße 34 – 38
40210 Düsseldorf
Fax 0211 / 36 83 161

WSI-Tarifarchiv

Neuer Service zur Tarifrunde

Das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) bietet einen neuen Info-Service zur anlaufenden Tarifrunde 2002 an. Unter www.tarifvertrag.de – Butto „Tarifrunde 2002" – finden sich aktuelle Informationen zu den Kündigungsterminen der Tarifverträge sowie den Forderungen der Gewerkschaften. Hinweise auf frühere Abschlüsse, Dokumente und Links runden das Bild ab. •

interregio

••• Einen öffentlichen Dialog über die Zukunft der Arbeit und der Gewerkschaften will der ***DGB Östliches Ruhrgebiet*** führen. Grundlage dafür ist ein ***Diskussionsentwurf*** der DGB-Region. Neben dem Strukturwandel im Ruhrgebiet sind auch die Serviceleistungen der Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Angebote an Nichtmitglieder Ausgangspunkte des Diskussionspapiers. Geplant ist eine „kontroverse" Dialogreihe, die besonders „junge Menschen in den jungen Branchen" neugierig machen soll. Der Diskussionsentwurf kann beim DGB Östliches Ruhrgebiet bestellt werden:
Tel. 0231 / 55 70 44 0 oder
dortmund@dgb.de

Interview mit Hubertus Schmoldt, IG BCE-Vorsitzender

Konsens und Offenheit

„Die Zukunft gestalten" ist das Motto des Gewerkschaftskongresses der IG BCE vom 21. bis 25.Oktober in Frankfurt/Main. Über die Zukunft der Gewerkschaften und des Bündnisses für Arbeit sprach einblick mit dem IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt.

Hubertus Schmoldt, 56, seit dem Fusionskongress 1997 Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie, kandidiert erneut für dieses Amt.

■ Was hat sich seit dem letzten Kongress verändert?

■ *Die letzten vier Jahre waren vor allem geprägt vom Zusammenwachsen der Fusionsgewerkschaften IG Chemie, Papier, Keramik, IG Bergbau und Energie und Gewerkschaft Leder. Seit dem Fusionskongress 1997 ist es uns gelungen, eine neue Organisation mit einer eigenen Identität zu schaffen.*
Vor dem Hintergrund der Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft stehen die Gewerkschaften vor neuen Herausforderungen. Wie muss sich die Organisation darauf einstellen? Wie gehen wir mit den veränderten Ansprüchen der Mitglieder und der Nicht-Mitglieder an eine Gewerkschaft um? In unserem vor vier Jahren begonnenen Organisationsentwicklungsprozess versuchen wir, Antworten auf diese Fragen zu finden.

■ Welche gesellschaftliche Rolle spielen die Gewerkschaften künftig?

■ *Ich hoffe, nach wie vor eine maßgebliche. Das liegt nicht zuletzt an uns selbst. Um unsere Stellung in der Gesellschaft zu erhalten, müssen wir mehr Offenheit an den Tag legen. Denn wir müssen auch Akzeptanz finden bei Beschäftigtengruppen, die wir bisher noch nicht von der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation überzeugen konnten.*
In unserem Leitbild, das wir auf dem Kongress 1997 verabschiedet haben, haben wir auch etwas zur Zukunft der sozialen Marktwirtschaft gesagt. Dabei geht es nicht zuletzt um Konsens, Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft. Auch deshalb halten wir am Bündnis für Arbeit fest. Ich klammere mich nicht an den Namen, auch über die Form kann man nachdenken. Ob alle Projekte immer effektiv sind, darüber muss man kritisch Bilanz ziehen. Aber den Anspruch, über solche Instrumente als gesellschaftliche Reformkraft zu wirken, den dürfen wir nicht aufgeben.

■ Was sind eure wichtigsten politischen Projekte in den nächsten Jahren?

■ *Das Mega-Thema ist nach wie vor eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Zudem müssen wir größeres Gewicht legen auf die internationalen Fragen. Da haben wir als Gewerkschaften erheblichen Nachholbedarf. Das beginnt in Europa. Wir müssen in der EU endlich die Sozialunion nach vorn bringen.*

■ Wie sieht deine Bilanz des Bündnisses für Arbeit aus? Allzu viel wurde ja nicht erreicht.

■ *Das sehe ich anders. Wir haben erreicht, dass soziale Gerechtigkeit wieder zu einem Thema geworden ist. Wie müssen Reformen aussehen? Wie können wir den Abbau der Arbeitslosigkeit zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe machen? Das sind dabei die entscheidenden Fragen. Natürlich hätten wir in einzelnen Bereichen gern mehr erreicht, das bestreite ich doch gar nicht. Kritik ist berechtigt, die Frage ist, welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen.*
Die Gewerkschaften haben das Bündnis gewollt. Wir müssen weiter dafür kämpfen, dass die richtigen Inhalte in das Bündnis kommen und vom Bündnis Impulse ausgehen. Das Bündnis ersetzt nicht die Regierung, das Parlament, die Tarifpolitik. Im Bündnis können wir nur versuchen, uns auf gemeinsame Positionen zu verständigen und damit einen gewissen Druck auszuüben. Das Bündnis für Arbeit entlässt niemanden aus der Verantwortung in seinem Bereich.

■ Es sieht so aus, als würde der Abbau der Arbeitslosigkeit ins Stocken geraten.

■ *Die Arbeitgeber haben wichtige Zusagen im Bündnis zum Abbau der Arbeitslosigkeit bislang nicht umgesetzt. Das wird bei unserer Bewertung eine wichtige Rolle spielen.*

■ Wie wird die nächste Tarifrunde aussehen?

■ *Da sage ich immer das Gleiche: Es war ein Riesenfehler, über eine Tarifrunde, die im Frühjahr 2002 stattfindet, schon ein Jahr vorher zu spekulieren. Im Frühjahr haben maßgebliche Arbeitgeberfunktionäre damit bereits angefangen. Das ist alles dummes Zeug. Wir werden am Jahresende die Situation bewerten und dann die Tarifforderungen stellen.*

■ Der Kanzler kommt zu eurem Gewerkschaftstag. Zum IG BAU-Kongress hat er als Geschenk das Vergabegesetz mitgebracht. Bringt er euch auch etwas mit?

■ *Das weiß ich nicht. Es geht auch nicht um Geschenke. Wir haben bisher in den wesentlichen politischen Vorhaben die Unterstützung des Bundeskanzlers gefunden. Das gilt beispielsweise in Sachen Steinkohle, Chemikaliengesetz, Übernahmerichtlinie, Ökosteuer oder Kraft-Wärme-Kopplung. Wir sind ein wenig stolz auf das, was wir gemeinsam erreicht haben. Wir gehen davon aus, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändert.* ●

Zukunft gestalten

450 Delegierte werden auf dem 2. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IG BCE die Weichen für die künftige Politik der Gewerkschaft stellen. Sie entscheiden über rund 140 Anträge und wählen die acht Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes, die 27 Mitglieder des Hauptvorstandes sowie die Ausschüsse und die Satzungskommission.

Einen Schwerpunkt des Kongresses werden die Beratungen über die Arbeit der Organisation bilden. Grundlage dafür ist das Leitbild der IG BCE, das auf dem Fusionskongress 1997 beschlossen wurde. Es fasst Selbstverständnis und Ziele der IG BCE in 20 Thesen zusammen. www.igbce.de

„Wenn wir gestaltungsfähig bleiben wollen, brauchen wir einen ständigen Prozess der Erneuerung", so der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt. Dieser Prozess lasse sich nur dann erfolgreich gestalten, wenn die IG BCE weiter den im Leitbild formulierten Grundsatz einer „lernenden, offenen, und beteiligungsorientierten Organisation" verfolge.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 686
Langfassung des Interviews mit Hubertus Schmoldt

kurz&bündig

DGB

Trotz drohendem Facharbeitermangel kommen die Unternehmen erneut nicht ihrer Verpflichtung nach, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Darauf hat DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock hingewiesen Zwar sei die Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze im Westen um 8275 gestiegen, im Osten sei sie aber um 8645 gesunken. In den neuen Bundesländern würden nur vier von zehn Jugendlichen eine Ausbildungsstelle finden.

ver.di

In der Seeschifffahrt bahnt sich wegen der „miserablen Bedingungen" für die Besatzungen eine Personalkrise an, so ver.di-Vorstand Jan Kahmann. „Immer weniger" könnten sich einen Beruf auf See vorstellen. Die Bundesregierung müsse endlich Schritte gegen sogenannte Billigflaggen-Schiffe unternehmen weil sie Reeder, die vernünftige Arbeitsbedingung und hohe Sicherheitsstandards garantieren, systematisch vom Mark verdrängen.

IG Metall

Die IG Metall hat mit der Satorius AG, Göttingen, den bundesweit ersten Tarifvertrag für StudentInnen im Praxisverbund abgeschlossen. Dabei wird das Studium mit Praxissemestern in Betrieben verknüpft. Der Arbeitgeber übernimmt nicht nur die Kosten der Ausbildung, sondern garantiert nach deren Abschluss auch ein mindestens 12-monatiges Beschäftigungsverhältnis.

Organisationsstreit um Autoreisezüge

Chancen auf Einigung ohne Schiedsgericht?

214 Beschäftigte hat die DB European-Railservice GmbH (ERS). Das Tochterunternehmen der DB-Autoreisezug GmbH ist seit Juni für die bislang von der Mitropa-Tochter RGB geführte Hotelerie und Gastronomie auf den Autoreisezügen zuständig. Weil sich TRANSNET und NGG nicht über ihre Zuständigkeit einigen, schreibt das kleine Unternehmen möglicherweise Gewerkschaftsgeschichte: Erstmals könnte das Schiedsgericht des DGB über Organisationsgrenzen entscheiden.

Hintergrund der bereits seit mehreren Monaten schwelenden Auseinandersetzung zwischen den beiden Gewerkschaften sind konkurrierende Organisationszuständigkeiten und die unterschiedliche Bewertung der Frage, welcher Tariflohn durchsetzbar ist. Während TRANSNET für die DB-Töchter zuständig ist, organisiert NGG die Beschäftigten der Mitropa. Deren Bemühungen, einen Tarifvertrag für die unter dem Branchenniveau bezahlten Beschäftigten der RGB durchzusetzen, sind bislang am Widerstand des Mitropa-Managements gescheitert. Anfang Juni hatte die NGG die Beschäftigten deshalb zum Streik aufgerufen. Parallel hierzu hat die Bahn AG die European-Railservice GmbH als Tochterunternehmen gegründet und den RGB-Beschäftigten ein Angebot zur Übernahme der Beschäftigungsverhältnisse unterbreitet. Den Tarifvertrag hatte sie mit TRANSNET vereinbart.

Weil dessen Niveau unter den NGG-Forderungen liegt, hatte die NGG TRANSNET vorgeworfen, mit Dumpinglöhnen zu arbeiten (*einblick* 15/01). Diesen Vorwurf weist die Bahngewerkschaft zurück. Zum einen gehöre die ERS als Bahntochter in den Organisationsbereich von TRANSNET. Zum anderen sei es NGG bis zur Überleitung der Aufgaben der RGB an die ERS nicht gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen, so der stellvertretende TRANSNET-Vorsitzende Günter Ostermann gegenüber *einblick*. Pressesprecher Hubert Kummer betont, die Beschäftigten bekämen zudem „bis zu 30 Prozent mehr als vorher".

Ob der Streit tatsächlich vom DGB-Schiedsgericht entschieden werden muss, ist noch offen. „Wir sehen Chancen für eine gütliche Einigung", so Hubert Kummer. Auch NGG schließt eine Einigung nicht aus, sieht deren Chancen aber eher als gering an. Eine Teilung der Belegschaft wie vom DGB im Vermittlungsverfahren vorgeschlagen, nach der NGG den Gastronomie- und Schlafwagenbereich und TRANSNET die Reiseleiter organisiert, kann sich NGG-Referatsleiter Frank Maur nicht vorstellen. Das sei ein Verstoß gegen das Prinzip „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft". •

Foto: Harry Schnitger

Freispruch nach 103 Tagen Haft: Hannes Heine, 20, aktives ver.di-Mitglied aus Berlin, ist in zweiter Instanz vom Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs während der Demonstrationen beim EU-Gipfel in Göteborg/Schweden freigesprochen worden. Der junge Gewerkschafter war am 15. Juni abseits der Krawalle verhaftet worden. In einem umstrittenen ersten Verfahren war er zu 14 Monaten Haft verurteilt worden (*einblick* 15/01). Zahlreiche GewerkschafterInnen hatten gegen Heines Verurteilung und seine Haftbedingungen protestiert (auf dem Foto der ver.di-Landesjugendvorstand Berlin-Brandenburg). „Ich bin mir sicher", so Heine, „dass dank der massiven Öffentlichkeit und der Prozessbeobachter die zweite Verhandlung einen günstigeren Verlauf genommen hat."

Tarifrente

Bauarbeiter zögern noch

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat Probleme mit ihrer Tariflichen Zusatzrente. Die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes habe bislang weniger Verträge abgeschlossen als erwartet, erklärte IG BAU-Sprecher Michael Knoche, ohne Zahlen zu nennen. Ein Grund dafür seien die Warnungen der Verbraucherverbände und anderer Gewerkschaften, jetzt schon private Altersvorsorgeverträge abzuschließen. Diese Warnungen, so Knoche, seien berechtigt, weil noch kein zertifiziertes Vorsorgeprodukt auf dem Markt ist. Die Bau-Tarifrente unterliege dem Zertifizierungsgesetz aber gar nicht, sondern sei längst rechtskräftig.Seit 1. Juni können die westdeutschen Baubeschäftigten monatlich 78 Mark für ihre Altersvorsorge ansparen, müssen davon aber nur 18 Mark aus der eigenen Tasche zahlen, 60 Mark steuert der Arbeitgeber bei. Ein 20-jähriger Bauarbeiter kann nach 42 Versicherungsjahren mit bis zu 1139 Mark Zusatzrente rechnen. •

Der 11. September und die Folgen

Terror bekämpfen – Terror überwinden

Allein mit militärischen Mitteln kann der Terrorismus nicht bekämpft werden. Davon ist der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte überzeugt. Schulte fordert ein globales Bündnis für Freiheit und soziale Gerechtigkeit und warnt vor Hysterie.

Dieter Schulte, 61, ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Der 11. September 2001 wird als „Tag des Terrors" in die Geschichtsbücher eingehen. Die abscheuliche Brutalität der menschenverachtenden Anschläge auf New York und Washington hat uns auf die schlimmste Weise vor Augen geführt, wozu Hass und blinder Eifer führen können. Die Täter müssen deshalb mit allen legitimen Mitteln verfolgt werden, und sie müssen bestraft werden. Aber allein mit militärischer Macht wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein.

Es wird immer Menschen geben, die aus ideologischer Verblendung oder Machtgier heraus das Leben anderer bedrohen, selbst wenn wir alle Ungerechtigkeiten dieser Welt beseitigen könnten. Aber diese falschen Propheten werden wesentlich weniger Anhänger haben. **Wir brauchen eine Koalition der Menschlichkeit,** ein weltweites Bündnis für Freiheit und soziale Gerechtigkeit in der einen Welt. Die Verbrechen in New York und Washington haben gezeigt, dass wir in einer Welt leben, in der sich niemand mehr von den anderen abschotten und in der niemand mehr auf Kosten der anderen leben kann.

Es ist nicht neu, dass es Armut und brutale Ausbeutung auf der Welt gibt. Auf allen Kontinenten sind es gerade die Gewerkschaften, die immer wieder hierauf hinweisen und sich für Menschenrechte und Demokratie, für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Diesen Weg müssen wir entschlossen weiter gehen, und das hat wenig mit Sozialromantik zu tun.

Wir sollten uns vor jeder Art von Hysterie hüten. Jeder, der in dieser Situation den „Kampf der Kulturen" ausruft, betreibt die Sache der Terroristen. Jeder, der den Islam insgesamt für die Anschläge verantwortlich macht, verunglimpft eine der großen Weltreligionen. Menschen, die eine andere Religion haben oder aus einem anderen Land zu uns kommen, dürfen nicht dem Generalverdacht ausgesetzt werden, sie seien eine Bedrohung für die innere Sicherheit Deutschlands. Deutsche und ausländische Arbeitnehmer müssen zusammenstehen und jeder Form der Stigmatisierung energisch entgegentreten. Was für ein grausamer Sieg der Terroristen, wenn sie erreichten, dass wir alle positiven Erfahrungen des Zusammenlebens von heute auf morgen verdrängen. Deshalb gibt es auch nicht ein gutes Argument dafür, das Zuwanderungsgesetz nicht zu verabschieden. **Wer in Deutschland politische Verantwortung trägt, darf Vorurteile und Ängste nicht verstärken,** sondern muss ihnen Argumente entgegensetzen.

Keine Hysterie, das gilt auch für die innere Sicherheit. Mit den Änderungen im Vereinsgesetz und im Strafgesetzbuch hat die Bundesregierung schnell und angemessen reagiert. Dies geschah aus der Verantwortung heraus, die Menschen möglichst umfassend vor Anschlägen zu schützen. Trotzdem sollten wir jede Maßnahme zur Stärkung der Sicherheit daraufhin überprüfen, inwieweit sie unsere Freiheit beschneidet: Wenn mich meterhohe Mauern umgeben, bin ich zwar relativ sicher, aber nicht mehr frei. Auch der Schutz der Demokratie ist ein hohes Gut und wer sie verteidigen will, muss sie auch bewahren können.

Keine Hysterie, das gilt nicht zuletzt für die wirtschaftlichen Folgen der Anschläge. Sie erfolgten zu einer Zeit, in der die Konjunktur ohnehin lahmt. **Doch die Auswirkungen rechtfertigen keine Entlassungen.** Leider ist nicht auszuschließen, dass einige Arbeitgeber nun das tun, was sie ohnehin vorhatten, verbrämt durch die weltpolitische Lage. Was für ein grausamer Sieg der Terroristen, wenn sie erreichten, dass sich die Zahl der Arbeitslosen weiter erhöht. Tausende von Arbeitnehmern schieben Berge von Überstunden vor sich her; Zeit, sie endlich abzubauen. Und es braucht nur ein wenig Fantasie, um mit Arbeitszeitmodellen auf die konjunkturelle Krise zu reagieren. •

Kluft zwischen Arm und Reich verringern

Eine neue weltweite Sicherheitspolitik setzt auch nach Ansicht des IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel eine Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich voraus. Die militärischen Reaktionen könnten nur ein Teil der Antwort auf die Terroranschläge sein, sagte Zwickel auf der Konferenz christlich-demokratischer Gewerkschafter der IG Metall am 12. Oktober in Bad Honnef.

Eine neue globale Sicherheitspolitik müsse miteinander und nicht gegeneinander gestaltet werden. In den vergangenen 15 Jahren der immer enthemmteren neoliberalen Globalisierung sei grob und fahrlässig gegen eine sozialere Ordnung verstoßen worden. Heute werde vielen wieder bewusst, dass die gerechtere Ordnung in der Weltwirtschaft ein Topthema der politischen Agenda sein müsse. Dazu gehören zum Beispiel auch die Forderung nach der Einhaltung sozialer und arbeitsrechtlicher Mindeststandards sowie die Forderung der Entwicklungsländer nach einem ungehinderten Zugang ihrer Waren auf die Märkte in Europa und den USA. „Eine neue und sozialere Weltpolitik, die terroristischen Gruppen die emotionale Unterstützung entziehen kann, erfordert sehr schnell eine veränderte Politik, die uns in den entwickelten Gesellschaften direkt betrifft."

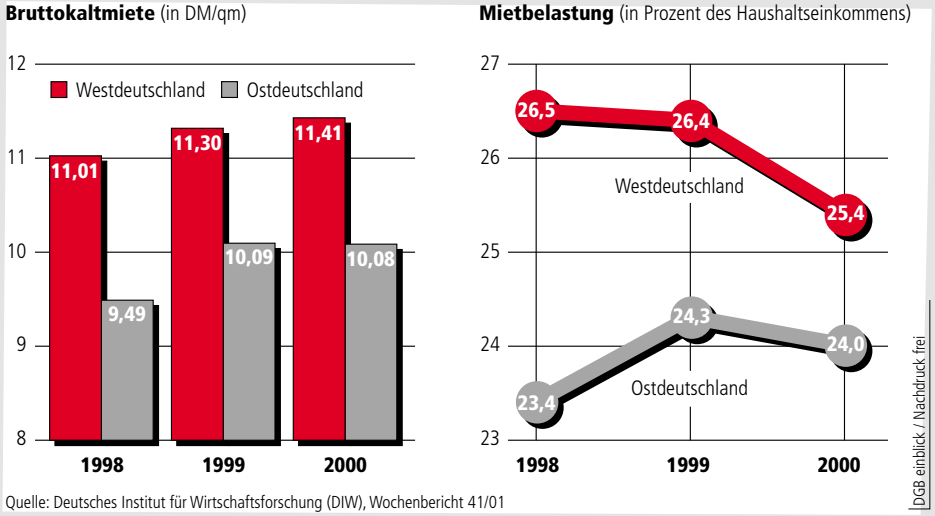
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

WOHNSITUATION: Mietanstieg gestoppt, Mietbelastung gesunken

Zehn Jahre nach der Vereinigung haben sich die Wohnverhältnisse in Ost und West angenähert, berichtet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Der bis Mitte der 90er Jahre steile Anstieg der Ost-Mieten ist zum Stillstand gekommen; im Westen hat sich der Anstieg ebenfalls deutlich abgeschwächt. Weil die Haushaltseinkommen in beiden Teilen Deutschlands stärker gestiegen sind als die Mieten, ist der Anteil, der für die Miete ausgegeben wird, erstmals seit der Vereinigung leicht gesunken.



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 41/01

personalien

••• ***Anne Jenter,*** 48, GEW, stellvertretende Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg, ist ab 1. Dezember Leiterin der Abteilung Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstandes.

••• Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat auf ihrem Bonner Kongress (30.9.-5.10.) ihren Bundesvorstand von sieben auf elf Mitglieder vergrößert. Wieder gewählt wurden neben dem Bundesvorsitzenden ***Klaus Wiesehügel,*** 48, und den beiden Stellvertretern ***Ernst-Ludwig Laux,*** 52, und ***Hans-Joachim Wilms,*** 46, die bisherigen Mitglieder ***Irmgard Meyer,*** 56, und ***Rolf Steinmann,*** 54. Neu im Vorstand sind ***Dietmar Schäfers,*** 46, bislang Geschäftsführer des Bezirksverbands Mülheim-Essen-Oberhausen, ***Andreas Steppuhn,*** 39, Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, ***Margot Gudd,*** 47, Geschäftsführerin in Wiesbaden-Limburg, ***Christoph Burmester,*** 52, Landesvorsitzender Nord, ***Karl Heinz Strobel,*** 54, Landesvorsitzender Bayern und ***Frank Wynands,*** 49, Landesvorsitzender in Nordrhein und in Westfalen.

••• ***Ruth Gruber,*** 50, leitet ab 1. November die Redaktion von *metall* und *direkt*. Die ehemalige Betriebsratsvorsitzende von Burda München war zuletzt als freie Journalistin tätig. Sie folgt Michael Rediske, der die IG Metall Ende Mai verlassen hat.

14 TAGE

21.-25.10. Gewerkschaftskongress der IG BCE, Frankfurt/M.

24.10. DGB Berlin-Brandenburg, „Im Osten geht die Sonne auf – Perspektiven der EU-Osterweiterung", Frankfurt/Oder

26.10. DGB Bayern, „40 Jahre türkische ArbeitnehmerInnen in Deutschland", München

26./27.10. DGB Nordrhein-Westfalen, Landesbezirksfrauenkonferenz, Herne

1./2.11. „Impulse für die Zukunft", Bildungspolitische Tagung des DGB, Berlin

6./7.11. Hans-Böckler-Stiftung, Verleihung des Hans-Böckler-Preises 2001 und „Europäisches Gespräch", Potsdam

Tipp

Heft: Das neue Betriebsverfassungsgesetz, Sonderheft von „Arbeitsrecht im Betrieb" und „Arbeit und Recht", AiB Verlag, 80 Seiten, 19,56 DM (10 €)

Die Extra-Ausgabe bietet einen übersichtlichen und umfassenden Überblick über das reformierte Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Neben einer Gegenüberstellung von altem und neuem Recht sowie Erläuterungen zu den Änderungen wird die Übergangsregelung für Betriebsratswahlen erklärt, die bis zum Erlass der neuen Wahlordnung gilt.

Schlusspunkt

„Offenbar braucht die CSU einige verletzte Polizisten als Trophäe."

Gerhard Keller, bayerischer Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), laut Süddeutscher Zeitung vom 9. Oktober zur Weigerung der CSU, den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi angesichts der verschärften Sicherheitslage nach den Angriffen auf Afghanistan um einen Verzicht auf seine Teilnahme am CSU-Parteitag in Nürnberg zu bitten. Berlusconi sagte seine Teilnahme später wegen einer Trauerfeier für die Opfer des Flugzeugunglücks in Mailand selbst ab.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 05.11.2001 19/01

DGB

DGB-Vorsitz

Kommt der Generalsekretär?

„Die Zwischenergebnisse der DGB-Reform können sich sehen lassen. Aber auch die Führungsstrukturen müssen auf die Höhe der Zeit gebracht werden." Der Vorstoß des IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt auf dem Frankfurter Kongress seiner Gewerkschaft, die Reformdebatte im DGB auch auf den Bundesvorstand auszuweiten, hat bei den Gewerkschaften unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Diskutiert wurde vor allem die Idee Schmoldts, die Aufgaben des DGB-Vorsitzenden im Rotationsverfahren auf die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften zu übertragen.

Die Idee sei „originell", über seine Umsetzbarkeit müsse „geredet werden", hatte in einer ersten Reaktion ver.di-Pressesprecher Harald Reutter erklärt. Auch der TRANSNET-Vorsitzende Norbert Hansen sah hierin einen „nachdenkenswerten Vorstoß". Zurückhaltender reagierte der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel. Die Führungsstruktur des DGB hänge von seiner „kommenden Aufgabenstellung" ab. Klaus Wiesehügel (IG BAU) und Konrad Freiberg (GdP) gingen auf Distanz. Der Vorschlag sei eine „Schwächung des DGB", so Freiberg. Die Gewerkschaftsvorsitzenden könnten neben ihrer Arbeit nicht auch noch die des DGB-Vorsitzenden übernehmen, erklärte Wiesehügel. Zudem würden zwischen den Gewerkschaften in vielen Punkten inhaltlich unterschiedliche Positionen bestehen. Jeder Vorsitzende sei in bestimmten Fragen „seiner Klientel verpflichtet".

Dennoch zeigte sich Schmoldt mit den ersten Reaktionen zufrieden. Sein Vorschlag sei kein fertiges Reformkonzept, sondern „eine Möglichkeit", die „zusammen mit weiteren Vorschlägen möglichst breit im DGB diskutiert werden" sollte. In den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* hatte Schmoldt zudem gefordert, auch die Aufgabenteilung zwischen dem Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) und dem Bundesvorstand (BV), dem auch die Vorsitzenden der acht Mitgliedsgewerkschaften angehören, zu überprüfen. Die bisherige Trennung sei „überholt".

Ganz neu sind die Ideen des IG BCE-Vorsitzenden nicht. Bereits 1992 hatte der damalige Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Bruno Köbele, vorgeschlagen, den DGB-Vorsitz im Rotationsverfahren einem der Gewerkschaftsvorsitzenden zu übertragen. Dieser sollte durch einen „Generalsekretär" unterstützt werden. Ob der Schmoldt-Vorstoß für eine Reform der DGB-Führung mehr Erfolg hat, muss sich zeigen. Beim Treffen der Gewerkschaftsvorsitzenden am 26. Oktober in Düsseldorf hat das Thema zumindest keine Rolle gespielt. Stattdessen haben die Vorsitzenden drei Stunden mit Bundeskanzler Schröder über die Bekämpfung des Terrorismus und die kommende Tarifrunde diskutiert. •

Meist Metaller an der Spitze

Die Vorsitzenden des DGB und ihre Amtszeit

Hans Böckler	**13.10.49 – 16.02.51**
IG Metall	
Christian Fette	**22.06.51 – 17.10.52**
IG Druck und Papier	
Walter Freitag	**17.10.52 – 06.10.56**
IG Metall	
Willi Richter	**06.10.56 – 26.10.62**
IG Metall	
Ludwig Rosenberg	**26.10.62 – 19.05.69**
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	
Heinz Oskar Vetter	**19.05.69 – 19.05.82**
IG Bergbau und Energie	
Ernst Breit	**19.05.82 – 23.05.90**
Deutsche Postgewerkschaft	
Heinz-Werner Meyer	**23.05.90 – 09.05.94**
IG Bergbau und Energie	
Dieter Schulte	**seit 14.06.94**
IG Metall	

Vier der bislang neun DGB-Vorsitzenden waren Mitglied der IG Metall. Drei wurden von den ver.di-Vorläufergewerkschaften IG Druck und Papier, HBV und DPG gestellt, die beiden Übrigen waren Mitglied der 1997 in die IG BCE integrierten IG Bergbau und Energie.

plusminusBERLIN

+ ***Wolfgang Gerhardt, Vorsitzender der FDP-Fraktion, fordert die „Aussetzung der Wehrpflicht". Nur die Hälfte der jungen Männer würde gezogen. Es gebe keine Notwendigkeit mehr, derart tief in die individuelle Freiheit junger Bürger einzugreifen.***

– ***Jörg van Essen, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, fordert die Streichung von Artikel 15 Grundgesetz. Die mögliche Vergesellschaftung von Produktionsmitteln sei eine „potenzielle Bedrohung der Wirtschaftsordnung".***

inhalt

Seite 3

Die Betriebsrente boomt

Schlag auf Schlag nutzen die Gewerkschaften die Chancen der neuen Förderrente

Seite 5

Auf dem Weg zum Dialog

Die Gewerkschaften könnten von den Nichtregierungsorganisationen viel lernen, meint IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel

Seite 7

Bomben sind die falsche Antwort

IG Metall-Bezirksleiter Berthold Huber fordert ein Ende der Bombardierung Afghanistans. Er will aber auch die Forderungen der Friedensbewegung auf den Prüfstand stellen

Der Surf-Tipp fürs Internet

berufenet.arbeitsamt.de

Das neue Online-Informationsangebot der Bundesanstalt für Arbeit

Im Faxabruf

0211 / 43 01 671

DGB-Positionen zur Reform des Gesundheitswesens

Österreich

88 Prozent der Gewerkschafter für Streikaktionen

56,5 Prozent aller Mitglieder des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) haben sich an einer Urabstimmung über den rigiden sozialpolitischen Kurs der ÖVP/FPÖ-Regierungskoalition beteiligt. Drei Wochen lang hatten die 1,4 Millionen ÖGB-Mitglieder die Möglichkeit, über einen Forderungskatalog des ÖGB zu Sozialpolitik und Arbeitnehmerrechten abzustimmen. 806 545 Mitglieder konnte der Gewerkschaftsbund mobilisieren. „Ein sensationelles Ergebnis", so der ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch. Die ÖGB-Urabstimmung war die weltweit erste dieser Art, was Inhalt und Umfang betrifft. 95,4 Prozent der Befragten sprachen sich etwa für eine Ausweitung der Mitbestimmung der Beschäftigten aus; 96,4 Prozent wollen, dass das bisherige Sozialversicherungssystem beibehalten wird. Der ÖGB hat die Regierung aufgefordert, Verhandlungen über die ÖGB-Forderungen aufzunehmen. Falls sie nicht ernsthaft verhandele, sei der ÖGB, so Verzetnitsch, „zu anderen Maßnahmen bereit". Den Segen der Basis für Kampfmaßnahmen gegen den Sozialabbau hat er bereits. 88 Prozent haben sich in der Urabstimmung dafür ausgesprochen, notfalls auch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu ergreifen. •

www.oegb.at

Gewerkschaftsrechte

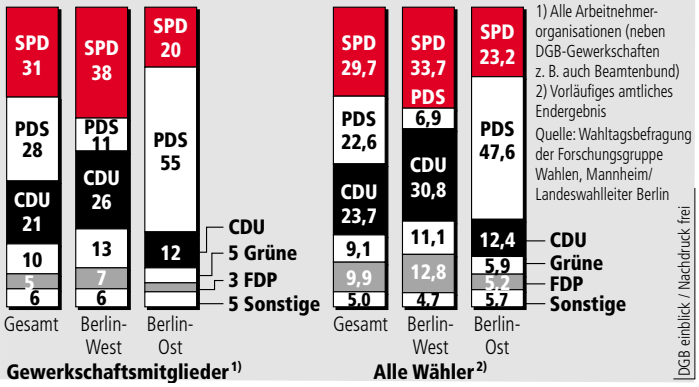
Verfolgung nimmt weltweit zu

Die Zahl der ermordeten Gewerkschafter hat im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 50 Prozent zugenommen. Nach Angaben des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) wurden im letzten Jahr 210 Gewerkschafter ermordet, 8245 inhaftiert und 2931 misshandelt oder gefoltert. Kolumbien ist für sie das gefährlichste Land. 153 Menschen wurden dort wegen ihres Engagements für Arbeitnehmerrechte ermordet. Seit 1998 gibt der IBFG alljährlich einen Bericht zur Verfolgung von GewerkschafterInnen heraus. 141 Länder werden im Bericht von 2001, der die Verfolgung im Jahr 2000 dokumentiert, aufgeführt. Die Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte nehme zu, so der IBFG, nicht nur in Entwicklungsländern, auch in Industriestaaten. •

www.icftu.org

Gewerkschafter im Osten Berlins: Absolute Mehrheit für die PDS

Stimmenanteile bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21.10.2001 (in Prozent)



1) Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
2) Vorläufiges amtliches Endergebnis
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim/ Landeswahlleiter Berlin

DGB einblick / Nachdruck frei

Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Berlin-Ost und Berlin-West haben sich wieder verstärkt. Auch bei den gewerkschaftlich organisierten Wählern: Während die PDS im Ostteil der Stadt gegenüber 1999 rund acht Prozent zulegte, waren es bei den GewerkschafterInnen 14 Prozent. 55 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Berlin-Ost votierten für die PDS. In ganz Berlin gilt das für 28 Prozent der Mitglieder. Unterdurchschnittlich ist dagegen der Gewinn der SPD: Mit 31 Prozent gewann sie bei den GewerkschafterInnen 4 Prozent hinzu, während ihr Zuwachs bei allen WählerInnen über 7 Prozent ausmacht.

wiewardiewoche?

Seit kurzem sitzt Regine Stuttner, 22, Bauzeichnerin und Architekturstudentin aus dem Taunus, im Gewerkschaftsbeirat der IG Bauen-Agrar-Umwelt. Die Jüngste im 92 Köpfe starken Beirat vertritt dort die Interessen des Bundesjugendausschusses.

Sehr ereignisreich und voller neuer Eindrücke war sie – meine erste Woche an der Hochschule genauso wie meine erste Sitzung im neu konstituierten Gewerkschaftsbeirat. Nachdem unser Gewerkschaftstag in Bonn die Landesverbandsebene abgeschafft hat, ist das Gewicht dieses Gremiums größer geworden. Erstmals wurde im Beirat die Geschäftsverteilung des Bundesvorstandes nach der neuen Satzung beschlossen, und es war schon toll, mit dabei zu sein. Wichtig ist mir aber vor allem, dass ich in dem Gremium auch etwas erreiche. So ist auf unserem Gewerkschaftstag eine ganze Reihe zukunftsweisender Beschlüsse im Sinne der Gewerkschaftsjugend verabschiedet worden. Jetzt geht es darum, genau zu beobachten, wie sie umgesetzt werden. Zum Beispiel wurde festgelegt, dass Bezirksverbände, bei denen der Anteil der Jugend an den Mitgliedern mehr als 15 Prozent ausmacht, 0,75 Prozent extra aus dem Etat für die Bezirke erhalten sollen. Ein Anreiz, sich noch stärker um junge Mitglieder zu bemühen. Die kommen heute nicht mehr unbedingt von allein zur Gewerkschaft. Aber wenn man auf sie zugeht, gibt's auch mal Erfolgserlebnisse. Gemeinsam mit einem hauptamtlichen Kollegen habe ich in einem Monat bei einer Tour durch Berufsschulen immerhin 200 neue Mitglieder gewonnen.

Für mich war es zu Beginn meiner Ausbildung bei der Firma Hochtief selbstverständlich, in die Gewerkschaft einzutreten. Auch in der Jugend- und Auszubildendenvertretung im Betrieb und auf Konzernebene habe ich mich engagiert. Ich habe bei der Gewerkschaftsarbeit viel gelernt, und Spaß macht's mir auch. Wenn ich was mache, dann richtig. Deshalb werde ich mich wohl in der Jugendarbeit im Bezirk rar machen. Zumal mir das Studium einiges abverlangt. Von wegen freies Wochenende – mit Samstagsseminaren geht es gleich gut los. Und nach zwei Tagen sehe ich schon: Nicht nur in den Betrieben und Berufsschulen, auch an den Hochschulen ist es mit der Qualität der Ausbildung nicht immer zum Besten bestellt.

Tarifpolitik

Die Betriebsrente boomt

Geschafft: „MetallRente" heißt das Altersversorgungswerk, das IG Metall und Gesamtmetall jetzt gemeinsam aus der Taufe gehoben haben. Schlag auf Schlag nutzen die Gewerkschaften die Chancen der neuen Betriebsrente.

Bereits am 4. September hatten sich die Tarifparteien der Metall- und Elektroindustrie auf ein Versorgungswerk zur überbetrieblichen Altersvorsorge für die 3,6 Millionen ArbeitnehmerInnen ihrer Branche verständigt. Gleichzeitig einigten sie sich auf einen Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung. Danach können die Beschäftigten künftig bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung in eine Betriebsrente umwandeln (2002: max. 4225 Mark).

„MetallRente" bietet sowohl die Geldanlage in Pensionsfonds als auch in Pensionskassen und Direktversicherungen an. Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel rechnet damit, dass sie jeder zweite Beschäftigte in der Metallbranche in Anspruch nehmen wird.

Beide Gesellschafter, IG Metall und Gesamtmetall, stellen je einen Geschäftsführer. Die Gesellschaft bildet einen Beirat, der paritätisch besetzt wird. Mit der Gestaltung und Betreuung der Anlageprodukte werden ein oder mehrere professionelle Finanzdienstleister beauftragt, die sich verpflichten müssen, bei der Kapitalanlage ethische, soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen. Wer den Zuschlag erhält, wird Mitte November entschieden. Mit ihrer Kontrolle wiederum wird ein externer Dienstleister beauftragt.

Zur „MetallRente" hat die Gewerkschaft eine gleichnamige Broschüre ins Netz gestellt *(www.igmetall.de/tarife/nachrichten/private_altersvorsorge.de)*. Außerdem hat sie eine Hotline zum Nulltarif geschaltet: 0800 / 4 46 38 25.

Die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und der Bundesarbeitgeberverband Chemie haben schon am 21. Oktober die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG damit beauftragt, ihren am 18. September verabredeten Pensionsfonds Chemie für die rund 590 000 Beschäftigten der westdeutschen Chemie-Industrie zu managen. Damit ist auch in dieser Branche der neue, fünfte Durchführungsweg der betrieblichen Altersvorsorge begehbar. Über die seit 1998 bestehenden tariflichen Möglichkeiten hinaus erhalten die ArbeiternehmerInnen eine zusätzliche Chemie-Förderung: Wer mehr als 1200 Mark (936 Mark vermögenswirksame Leistungen plus 264 Mark Arbeitgeber-Beitrag) für die Altersvorsorge aufbringt, erhält für jede weitere 100 Euro 13 Euro vom Chef.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat sich mit der Deutschen Post AG auf die Einrichtung eines Pensionsfonds geeinigt. „Damit haben wir für über 270 000 Menschen die Möglichkeit geschaffen, die Riester-Rente in Anspruch zu nehmen", erklärte Bundesvorstand Rolf Büttner am 25. Oktober. Ende des Jahres soll dazu ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Das strebt ver.di auch für die 220 000 Beschäftigten bei den privaten Versicherungen an.

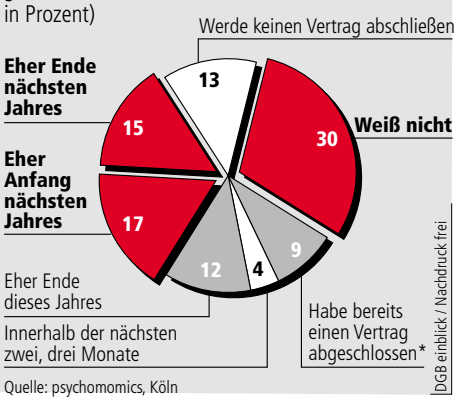
Damit kann die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) bereits aufwarten. In der Süßwarenindustrie erzielte sie schon am 8. Mai den Durchbruch. Sie einigte sich mit den Arbeitgebern auf die Gründung einer Pensionskasse. Der Altersvorsorgebeitrag beträgt 0,35 Prozent des Entgelts. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Entgeltumwandlung. Ähnliche Verträge folgten für die Milchwirtschaft (Bayern, Baden-Württemberg) und die Mineralbrunnenindustrie (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen/Bremen und neue Bundesländer).

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) kann auf ihre 1957 gegründete Zusatzversorgungskasse Soka-Bau zurückgreifen. Sie hat das klassische Umlageverfahren um die kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzt. Die 740 000 westdeutschen Baubeschäftigten können seit 1. Juni monatlich 78 Mark ansparen. Der Arbeitgeber zahlt davon 60 Mark.

Für die ostdeutschen Bauleute ist der Tarifvertrag noch immer nicht in Kraft, weil die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihm die Allgemeinverbindlichkeit verweigert. IG BAU-Vize Ernst-Ludwig Laux: „250 000 Bauarbeiter im Osten schauen wegen der BDA-Blockade in die Röhre." •

Viele lassen sich Zeit

„Wann wollen Sie einen Vertrag zur staatlich geförderten Zusatzrente abschließen?" (Antworten in Prozent)



Keine Eile: Ein Drittel der Befragten will sich für die Riester-Rente Zeit lassen; ein weiteres Drittel hat noch keine zeitlichen Vorstellungen vom Abschluss eines Altersvorsorge-Vertrags. Das hat eine Befragung des Kölner Marktforschungs- und Beratungsinstituts psychonomics im Zeitraum April – Juli ergeben.

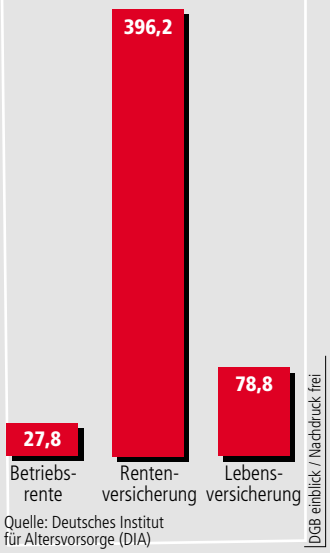
Nachbessern

Tarifliche Regelungen zur betrieblichen Altersvorsorge gibt es seit Jahren und Jahrzehnten, sie entsprechen aber meist nicht den Fördervoraussetzungen des neuen Altersvermögensgesetzes. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Untersucht wurden 57 Tarifbereiche mit 10,5 Millionen Beschäftigten.

***Mehr Infos in:** Tarifliche Altersvorsorge (Reinhard Bispinck/ WSI-Tarifarchiv), Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 47, Düsseldorf 2001, 80 S., 20 DM*

Noch ein Zwerg

Ausgaben der betrieblichen im Vergleich zur gesetzlichen und privaten Altersversorgung (in Mrd. DM, 1998)



Von den drei Säulen der Altersicherung trägt die gesetzliche Rente die Hauptlast. Ihre Ausgaben übertreffen die ausgezahlten Leistungen der Lebensversicherer um das 5fache, die der betrieblichen Altersversorgung um das 14fache. Diese Größenverhältnisse dürften sich dank des gewerkschaftlichen Engagement und der staatlichen Förderung zu Gunsten der Betriebsrente ändern.

PROJEKTE UND PARTNER

Akademie der Arbeit

Verein sucht neue Förderer

Ganze Generationen von Gewerkschaftern sind durch die Frankfurter Akademie der Arbeit (AdA) gegangen. Für viele war es der Start einer Gewerkschaftskarriere. Gut 400 von ihnen unterstützen über den „Verein der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit" die gemeinsam vom DGB, vom Land Hessen und der Stadt Frankfurt/M. getragene Weiterbildungseinrichtung. Weil alle drei Träger unter Finanznot leiden, sucht der Förderverein ehemalige Absolventen, die die AdA regelmäßig unterstützen. Der Mindestbeitrag beträgt 60 Mark. Er ist als Spende steuerlich absetzbar. •

Gert Lütgert, DGB-Bildungswerk Hessen, Tel. 069 / 27 30 05 50

IG Metall

Arbeitsverträge bewerten

Wie ein fairer Arbeitsvertrag aussehen muss, das zeigt der „Ratgeber Arbeitsvertrag", herausgegeben von der IG Metall. Die dritte Auflage beschreibt aktuelle Neuregelungen und erklärt, was in der Vereinbarung aufgeführt sein sollte und was auf keinen Fall drinstehen darf. Die 84 Seiten starke Broschüre kostet 5,20 Mark plus Porto. •

Union-Druckerei
Theodor-Heuss-Allee 90-98
60486 Frankfurt/M.
Bestellnummer 1330

Otto-Brenner-Stiftung

Ausgezeichnete Zivilcourage

Unter dem Motto „Jugend für Zivilcourage" hat die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall mutiges Verhalten gegen Rechtsextremismus ausgezeichnet. Mit dem Otto-Brenner-Preis 2001 wurde die 18 Jahre alte Lena Töpler aus Bielefeld geehrt. Ihr Engagement im Projekt „Blaue Hand" belohnten die Juroren mit 20 000 Mark. Der zweite Preis ging an das Netzwerk für Demokratie und Courage in Dresden (10 000 Mark). Dritte Plätze belegten das Gymnasium Bergschule Apolda mit seinem Theaterprojekt sowie die Jugend- und Auszubildendenvertretung der Adam Opel AG in Bochum (jeweils 5000 Mark). •

www.otto-brenner-stiftung.de

Uni-Projekt

Miese Jobs für Studis

Rund zwei Drittel aller Studierenden müssen jobben, um ihr Studium zu finanzieren. Nur wenige stellen dabei schlechte Arbeitsbedingungen in Frage. Über die Mindeststandards studentischer Arbeit soll das Projekt „ISA15" StudentInnen in München aufklären. Das Projekt des AStA der Uni München wird von den Gewerkschaften ver.di, Transnet, GEW und IG Metall unterstützt. •

AStA Uni München
Michael Bayer
Tel. 089 / 21 80 30 52

Arbeit und Leben

Programm für Junge

Rund 100 Veranstaltungen umfassen die „Jugendseminare 2002" des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben. Nach den Anschlägen in den USA wurde das Angebot um aktuelle Workshops zum Thema Terror und Extremismus erweitert. Das Programm richtet sich an junge Leute bis 26 Jahre. Arbeit und Leben ist eine Bildungskooperation von DGB und Volkshochschulen. •

Arbeit und Leben
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
bildung@arbeitundleben.de

Auto Club Europa

Schnelle Hilfe per Internet

Wer sich per E-Mail an seinen Automobilclub wendet, hat beim Auto Club Europa (ACE) die Antwort am schnellsten auf dem heimischen Rechner. Die Zeitschrift *Online Today* testete in ihrer aktuellen Ausgabe (11/01) den Internet-Service aller deutschen Automobilclubs: der ACE reagierte auf die online gestellten Kundenanfragen bereits nach rund einer halben Stunde, andere Clubs ließen sich mit der Antwort bis zu vier Tage Zeit. Der ACE habe das „partnerfreundlichste Angebot". Nur die „biedere Optik" des Online-Auftritts kritisierte die Zeitschrift. Anfang nächsten Jahres wird der Club in einem Relaunch das Design und den Aufbau seiner Web-Site weitgehend erneuern. •

www.ace-online.de

DGB-Bildungswerk

Bildung für 2002

Das Seminarprogramm 2002 des DGB-Bildungswerks ist erschienen. Das Angebot umfasst knapp 500 Veranstaltungen. Darunter: „Stressfrei kommunizieren mit Vorgesetzten" (27.01. – 01.02.2002, Hattingen, 600 €), „Welche Jobs entstehen in der New Economy?" (24.02. – 01.03.2002, Hattingen, 100 €) oder „Sozialplan, Gestaltung und sozialrechtliche Folgen" (03. – 08.02.2002, Hamburg-Sasel, 600 €). •

Tel. 0211 / 43 01 318
Fax 0211 / 43 01 500
duesseldorf@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de

interregio

••• Einen „weiteren Schritt zur Bildungsgewerkschaft" will die ***GEW in Marburg*** mit der ***Eröffnung eines Wissenschaftsbüros*** machen. Das Büro für Hochschule und Forschung dient als Anlaufstelle für Angestellte, MitarbeiterInnen und studentische Hilfskräfte hessischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das Büro ist mittwochs und donnerstags ganztägig geöffnet. Mehr Infos: Andreas Staets, Tel. 0 64 21 / 95 23 95.

••• Die Bürgerinitiative „Pro kommunale Sparkassen" hat mit Unterstützung des ***DGB Sachsen*** ihren ***Gesetzentwurf*** für den „Erhalt der kommunal verankerten Sparkassen" im Freistaat per Bürgerentscheid durchgesetzt. Über 85 Prozent der WählerInnen sprachen sich gegen die Pläne der Landesregierung zur Zentralisierung der Sparkassen aus. Rund ein Viertel der Wahlberechtigten hatte am Entscheid teilgenommen. Mehr Infos: www.dgb-sachsen.de

••• Der ***DGB Niedersachsen/Bremen*** beteiligt sich an einem ***Bündnis*** gegen die in Niedersachsen geplante Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende. Das Bündnis hat die Landtagsabgeordneten in einer Resolution aufgefordert, sich für die Rücknahme der Gesetzesvorlage einzusetzen. Studiengebühren würden den „Bildungszugang erschweren und neue soziale Härten schaffen". Die Resolution kann bei der Pressestelle des DGB Niedersachsen/Bremen angefordert werden: Tel. 0511 / 126 01 33.

••• In Karlsruhe haben 50 Mitglieder aus Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien eine regionale ATTAC-Gruppe gegründet. Vorangegangen war eine Einladung von VertreterInnen der ***DGB-Region Mittelbaden*** und der Evangelischen Akademie Baden. Die Regionalgruppe will zunächst mit einer eigenen Homepage online gehen und sich an den internationalen Aktionstagen der GlobalisierungskritikerInnen am 9. und 10. November beteiligen. Mehr Infos: Albrecht Kappis, Tel. 0721 / 933 85 05.

Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen

Auf dem Weg zum Dialog

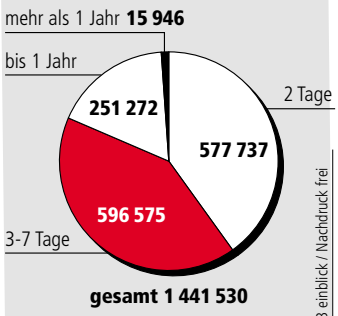
Die Globalisierung sozial gestalten, das wollen Gewerkschaften genauso wie entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Nachdem beide Seiten lange Zeit eher das Trennende betonten, beginnen sie, sich vorsichtig anzunähern.

Seit Genua sind sie die Medienstars in Sachen sozialer Bewegung: die GlobalisierungskritikerInnen, die sich zum Beispiel im Netzwerk attac zusammengeschlossen haben. Mit ihren medienwirksamen Aktionen sorgen die zumeist jungen AktivistInnen für Furore. Verglichen mit ihnen sehen die Gewerkschaften ziemlich alt aus. „Die Gewerkschaften könnten von den Nichtregierungsorganisationen viel lernen", meint der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel, zum Beispiel schnell und weniger bürokratisch zu sein. „Die NGOs sind ganz anders organisiert als Gewerkschaften und können natürlich rascher agieren", gibt Andreas Botsch, DGB-Abteilung Wirtschaftspolitik, zu bedenken. Zwei wichtige Unterschiede zeigt er auf: Die Gewerkschaften sind Mitgliederorganisationen, und als Tarifpartner tragen sie makroökonomische Verantwortung. Ihre Möglichkeiten, auf politische Entscheidungsprozesse einzuwirken sind, seien andere.

Für Botsch sind die NGOs „keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung". Notwendig sei, den Dialog zu führen und Verständnis füreinander zu entwickeln. Das war auch Ziel des Workshops „Globalisierung gestalten – strategische Allianzen bilden", zu dem Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB-Bildungswerk Mitte September nach Berlin eingeladen hatten. Im Zentrum standen die verschiedenen Strategien, um weltweit grundlegende soziale Standards durchzusetzen. Es gelte gemeinsam nach der Rolle zu suchen, die eine nationale Bewegung aus Gewerkschaften und NGOs in diesem globalen Prozess spielen könnte. Darin waren sich die TeilnehmerInnen einig. Doch es zeigte sich auch, dass die alten Vorurteile nicht aus der Welt sind. So erwarten manche NGOs von den Gewerkschaften eine klarere Positionierung in Sachen Entwicklungspolitik, dagegen mahnten Gewerkschafter an, dass die NGOs die vermeintliche Untätigkeit der Gewerkschaften oft vorschnell konstatierten. „Die Missverständnisse beginnen bei den unterschiedlichen Begrifflichkeiten", sagt Klaus Heidel von der Werkstatt Ökonomie. Statt die großen Problemfelder zu diskutieren, sollte man sich auf konkrete Themen konzentrieren: „Wir sollten dünnere Bretter bohren, damit wir sie mit größtmöglichen Erfolg bohren können."

Gigantische Geldströme

Durchschnittlicher Umsatz an den Devisenmärkten pro Tag 1998, Anteile nach Laufzeit (in Mio. US$)



Quelle: Social Watch Report Deutschland 2001

DGB einblick / Nachdruck frei

Auf jeden im globalen Handel ausgegebenen Dollar kommen 75 Dollar, die in Geldvermögen angelegt werden. NGOs wie attac, aber auch die IG Metall und ver.di, fordern eine Spekulationssteuer auf Devisengeschäfte.

Zwar wurden noch keine strategische Allianzen für die Zukunft geschmiedet, „aber der Grundstein für einen intensiven Dialogprozess ist gelegt", sagt Werner Oesterheld vom DGB-Bildungswerk. Am 28./29.1.2002 trifft sich der Kreis wieder. Dann will man diskutieren, wie man die international vereinbarten Kernarbeitsnormen am besten durchsetzen kann.

Ob in Deutschland oder weltweit: Gewerkschaften und NGOs gehen zunehmend aufeinander zu. So präsentierten sich die Gewerkschaften 1999, bei der 3. WTO-Ministerkonferenz in Seattle, erstmals als Teil der immer breiteren Bewegung von Globalisierungskritikern. 50 000 Menschen nahmen an einer vom AFL-CIO, dem Dachverband der US-Gewerkschaften, organisierten Großdemo teil. Und in einer gemeinsamen Pressekonferenz forderten am 11. September IG Metall, ver.di, attac, Misereor, BUND und WEED den Bundeskanzler auf, sich für die Einführung einer Spekulationssteuer auf Devisengeschäfte international einzusetzen.

Bei der Vielzahl von losen Bündnissen, die sich für eine grundlegende Reform der neoliberalen Globalisierung engagierten, meint Klaus Zwickel, sei es „wenig hilfreich, sich wechselseitig auf die hundertprozentige programmatische Übereinstimmung abzuklopfen". Deshalb plädiere er für eine punktuelle, inhaltlich an gemeinsamen Anliegen orientierte Politik von Gewerkschaften und NGOs."

Ein Kurs, den auch ver.di fährt, auch wenn immer wieder die Zeitungsente durch die Medien geistert, die Dienstleistungsgewerkschaft sei Mitglied bei attac. Zwar engagieren sich viele, vor allem junge, GewerkschafterInnen in der neuen Protestbewegung, und mit ver.di-Vize Margret Mönig-Raane und IG Metall-Vorstand Horst Schmitthenner nahmen zwei Gewerkschafts-Promis am Berliner attac-Kongress Ende Oktober teil. Formalisierte Kontakte zu attac kann sich Achim Schabedoth, Leiter der Abteilung Grundsatz beim DGB, dennoch schwerlich vorstellen. Aber „man nimmt sich kritisch-sympathisch gegenseitig wahr. Unsere Zielrichtungen ähneln sich." •

Globaler Aktionstag

Am 9. November beginnt die 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Doha/Katar. Anlässlich der Konferenz haben die internationalen Gewerkschaften zu einem weltweiten Aktionstag aufgerufen. Sie fordern eine „neue Globalisierung", die

- ***die Rechte und die Arbeitsplatzsicherheit der ArbeitnehmerInnen verbessert,***
- ***für eine qualitativ hochwertige Bildung und Gesundheitsversorgung für alle sorgt,***
- ***den Armen hilft und nicht nur den Reichen,***
- ***offen und demokratisch ist,***
- ***allen Menschen überall nützt,***
- ***und für wirkliche globale Gerechtigkeit und Gleichheit sorgt***

Mehr Infos und Positionen der deutschen Gewerkschaften zum Welthandel: www.dgb.de

Welthandelsorganisation und Sozialstandards ist der Titel einer soeben erschienenen Broschüre, die die gewerkschaftliche Forderung nach der Verankerung von Kernarbeitsnormen in der WTO erläutert. Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Band 60 (Bestell-Nr.: 13060), Preis: 13,69 DM (7 Euro). Bestellungen per Fax: 0211/408 00 80

Infos zum dezentralen Aktionstag der NROs am 10. November: www. attac-netzwerk.de

kurz&bündig

Bis zum Ausbildungsjahr 2002 müsse ein dualer Ausbildungsberuf „Fachkraft für die ambulante Pflege" geschaffen werden, so eine gemeinsame Forderung von ver.di und dem Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung. Die neue Ausbildung sei die einzige „wirtschaftliche Lösung" zur Vermeidung eines Pflegenotstands.

Der IG Metall-Bezirk Küste hat gemeinsam mit den Arbeitgebern die Ausbildungsinitiative „Quas-Plus" gestartet. „Noch nicht ausbildungsreife Jugendliche" werden in dem Projekt auf eine betriebliche Ausbildung vorbereitet. Mögliche Bildungsdefizite sollen so kompensiert werden.

Kinder sollten „so früh wie möglich" den Umgang mit Fremdsprachen, Naturwissenschaften und Computern lernen. Kindergärten müssten deshalb zur „Bildung verpflichtet werden", fordert die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange, statt als „Parkhäuser" zum Abstellen von Kindern missbraucht zu werden.

IG Metall

Zukunftsreport bricht mit Tabus

Ein Jahr nach dem Start hat die IG Metall erste Ergebnisse ihrer Zukunftsdebatte präsentiert. In einem 170 Seiten starken „Zukunftsreport" analysiert die Gewerkschaft nicht nur die ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungspfade, sondern benennt auch Schwachstellen der eigenen Organisation und kündigt Korrekturen in der Tarif- und Arbeitszeitpolitik an.

Grundlage des Zukunftsreports ist die mit 12 000 TeilnehmerInnen bislang größte empirische Untersuchung im Gewerkschaftsbereich. Über 90 Prozent der befragten ArbeitnehmerInnen hatten darin „die Sicherung der Arbeitsplätze" und die „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" als wichtigste Ziele bezeichnet. Die Forderung nach einer weiteren generellen Arbeitszeitverkürzung über die 35-Stunden-Woche hinaus, die bereits 1997 vom IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel in die Diskussion gebracht worden war, erteilt der Zukunftsreport dagegen eine Absage. Sie sei „zurzeit nicht tragfähig". Statt dessen solle sich die IG Metall stärker für den Abbau von Überstunden einsetzen, um die Lücke zwischen der tatsächlichen und der vereinbarten Arbeitszeit zu schließen.

Kritisiert werden im Zukunftsreport auch Versäumnisse in anderen Politikfeldern: Die „Angestelltenlücke" sei in den letzten Jahren noch gewachsen. Um mehr Frauen als Mitglied zu gewinnen, seien „veränderte innere Organisationsstrukturen" erforderlich. Und das Engagement für Arbeitslose sei „zu gering".

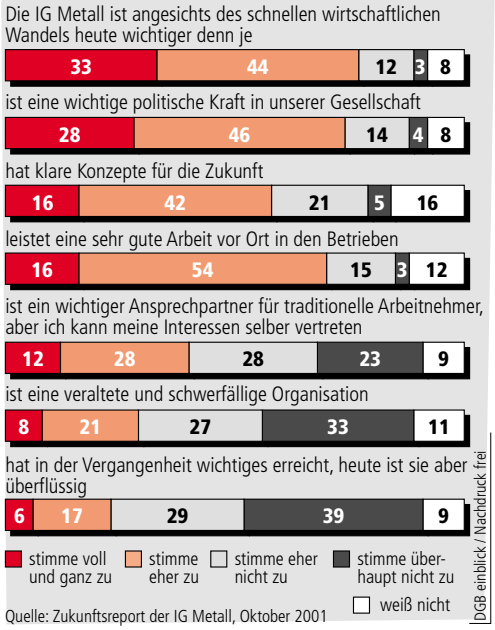
Gute Noten erhält die IG Metall dagegen für die Wahrnehmung betrieblicher Interessen. Sie werde als „kompetente Interessenvertretung für die Belange der Arbeitswelt wahrgenommen". Gleichzeitig bestehe angesichts der Globalisierung allerdings „Skepsis hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit, sowohl was die Entwicklung geeigneter Konzepte als auch was die Durchsetzungsmacht angeht".

Die in 32 so genannten Zuspitzungen gebündelte Kritik soll in der weiteren Debatte als Leitfaden dienen. Sie soll Diskussionsanreize bieten, nicht neue Positionen festschreiben. „Weiter diskutieren" heißt deshalb das Motto für die mit der Vorlage des Zukunftsreports gestartete zweite Phase der Zukunftsdebatte. Bilanz ziehen will die IG Metall dann auf einem eigenen Zukunftskongress vom 13. bis 15. Juni 2002 in Leipzig •

Im Internet:
www.igmetall.de/zukunft

Jeder Vierte vermisst klare Konzepte für die Zukunft

Welches Image hat die IG Metall bei den Arbeitnehmern? (in Prozent)



Quelle: Zukunftsreport der IG Metall, Oktober 2001

Drei von vier ArbeitnehmerInnen sehen die IG Metall als eine „wichtige politische Kraft". Trotz der hohen Akzeptanz hat der Zukunftsreport der IG Metall auch Schwachstellen offen gelegt: 29 Prozent der Befragten halten die größte deutsche Industriegewerkschaft für „veraltet". 26 Prozent vermissen „klare Konzepte für die Zukunft".

Betriebsratswahlen

Kampagne in Arbeit

Beim DGB wird an einer Kampagne zu den Betriebsratswahlen gearbeitet. Sie soll sich über den Zeitraum von Januar bis Ende Mai 2002 erstrecken. Die Kampagne wird den gewerkschaftlichen Wahlkampf in den Betrieben begleiten. Sie soll die Leistungen der Betriebsräte bekannter machen und die Motivation erhöhen, neue Betriebsräte zu gründen. Das Konzept sieht vor, die Kampagnen-Aktivitäten im regionalen und lokalen Bereich zu konzentrieren. Dadurch sollen die politischen Aktions- und öffentlichen Präsentationsmöglichkeiten der sich neu bildenden DGB-Regionen verbessert werden. Beschlüsse stehen noch aus. •

Gewerkschaft der Polizei

Leserfreundliche Kurznachrichten

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) testet in einem Pilotprojekt die Kommunikation mit ihren Mitgliedern per SMS über das Handy. Durch die Kurznachrichten informiert die Gewerkschaft über Tarifabschlüsse oder führt schnelle Meinungsumfragen an der Basis durch. Die Resonanz auf die SMS-Umfragen ist groß: Antwortquoten von 70 Prozent sind keine Seltenheit. Die Gewerkschaft zahlt für jede SMS acht Pfennig, für die Mitglieder ist der Service kostenlos. Derzeit plant dennoch keine gewerkschaftliche Organisation den Umstieg vom Mitgliedermagazin oder Newsletter auf SMS: Maximal 160 Zeichen sind ihnen doch zu wenig. •

Krieg gegen den Terrorismus

Bomben sind die falsche Antwort

Die Militärschläge gegen Afghanistan sind in den Gewerkschaften umstritten. Berthold Huber, Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart, fordert das Ende der Bombardierung. Und er fordert, dass auch die Friedensbewegung nach neuen Antworten auf die seit dem 11. September grundlegend veränderte Situation sucht.

Wir brauchen eine neue Definition von Krieg und Frieden, denn der Terrorakt vom 11. September, dem Tausende von Menschen zum Opfer gefallen sind, kann nicht hingenommen werden. Viel schwieriger wird es, wenn es um die Frage geht, was dieses Nichthinnehmen konkret bedeutet.

Seit mehr als drei Wochen fliegt die Airforce der USA und Großbritanniens Militäreinsätze gegen – so wird gesagt – Einsatz- und Ausbildungsbasen der terroristischen Gruppen um Bin Laden und gegen militärische Einrichtungen des Taliban-Regimes. Unschuldige Menschen sind diesen Militäreinsätzen zum Opfer gefallen, den islamisch geprägten Menschen wurden weitere Demütigungen beigebracht. Mehr noch: Bei einer weiteren Bombardierung Afghanistans drohen wir **in eine nicht mehr kontrollierbare Situation zu geraten.** Es droht ein Szenario, das weit über die berechtigten militärischen Einsätze zur Zerschlagung des Terroristennetzwerkes führt. Deshalb setze ich mich für eine Einstellung, zumindest für eine Unterbrechung der Bombardierung ein. Auch um weitere Verluste in der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Denn daraus kann Krieg zwischen Staaten entstehen, und die Rechnung von fanatischen Terroristen wird dann erst recht aufgehen.

Wie viele von uns quält mich seit dem 11. September die Frage, **wie eine angemessene Reaktion aussehen kann.** Für die amerikanische Bevölkerung stellt sich das anders dar als für uns. Über 90 Prozent der Amerikaner unterstützen die Militärschläge. Der Grund liegt sicher nicht in der unsensiblen Ignoranz der Amerikaner, sondern vor allem in der Tatsache, dass sie das Ziel der Terroranschläge waren. Die Debatte wäre in Deutschland anders, wenn nicht New York, sondern Frankfurt/M. das Ziel der Gewalttäter gewesen wäre.

Ich bin gegen Krieg, auch wenn ich nicht in jedem Fall den begrenzten Einsatz militärischer Gewalt ablehne. Mit Sicherheit ist aber der bisherige Kriegsbegriff untauglich für die heutige Situation. Im „alten" Sinne findet ein Krieg zwischen Staaten statt. Doch darum geht es gegenwärtig nicht. Erhard Eppler spricht von einer Entstaatlichung, einer **Kommerzialisierung und Privatisierung der Gewalt** als der vorherrschenden Form der Auseinandersetzungen des 21. Jahrhunderts. Er spricht von einer Gewalt, die keinen Staat will, weil er den privaten, kommerziellen Geschäften im Wege steht. Und er plädiert eindringlich dafür, dass wir dieser Entwicklung das Gewaltmonopol des Rechtsstaates entgegenstellen.

Wir leben nicht mehr im Kalten Krieg. Wir müssen uns deshalb der Frage stellen, was dies für die Sicherheitspolitik, die in vergangenen Zeiten entstanden ist, bedeutet. Und wir müssen **die Rolle des Militärs neu definieren.** Einigkeit besteht darüber, dass die UNO künftig eine wichtige Rolle spielen muss. Allerdings kann sie das nur, wenn sie nicht nur Frieden und Moral verkündet, sondern wenn ihr auch exekutive Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Zudem stellt sich die Frage, was der 11. September für die innere Sicherheit bedeutet. Der Staat ist dazu da, die Sicherheit der Menschen zu garantieren. Ohne Sicherheit kann auf Dauer keine Freiheit existieren. In Anlehnung an Benjamin Franklin, einem der Gründerväter der amerikanischen Verfassung, gilt aber auch: Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren.

Berthold Huber, 51, Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg, fordert, dass die Rolle des Militärs neu definiert wird.

Erhard Eppler hat dem eine weitere Frage hinzugefügt, nämlich die, welches Maß an Ungleichheit unsere Gesellschaft aushält. Er verweist darauf, dass der Neoliberalismus mit seiner Forderung nach Deregulierung und Entstaatlichung mit dazu beigetragen hat, Demütigung und Ausbeutung über den Globus hinweg voranzutreiben. Dieser Kritik schließe ich mich nachdrücklich an. Denn **Entstaatlichung pur und ungehemmte Profitgier führen in die Katastrophe.**

Wer auf diese Fragen die alten Antworten der bipolaren Welt gibt, führt in die Irre. Wir müssen neue Antworten finden. Und wir müssen dabei auch die Positionen der Gewerkschaften und der Friedensbewegung neu definieren. Auch die Forderungen der Friedensbewegung, so richtig sie in der Vergangenheit waren, stehen auf dem Prüfstand. •

In der *einblick*-Debatte über die Folgen der Terroranschläge in den USA sind zuletzt Beiträge von Hermann Zoller (*einblick* 17/01) und Dieter Schulte (*einblick* 18/01) erschienen.

Mehrheit für Feuerpause

In Deutschland wächst der Widerstand gegen eine weitere Bombardierung Afghanistans. 69 Prozent der Bevölkerung sind dafür, die Bombenabwürfe zumindest auszusetzen, nur 28 Prozent plädieren für deren Fortsetzung. Das hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der Zeitung „Die Woche" ermittelt.

Widerstand gibt es auch gegen das so genannte Sicherheitspaket von Bundesinnenminister Otto Schily. Die Vorsitzende der Deutschen Journalisten-Union (dju), Franziska Hundseder, warnte, die geplanten Antiterrorgesetze dürften nicht zu einem „Vehikel der Einschüchterung von Journalisten werden". Sie wies alle Versuche zurück, „das Redaktionsgeheimnis einzuschränken".

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, erklärte, seine Gewerkschaft werde die „zur Terrorabwehr notwendigen Maßnahmen" unterstützen, warnte jedoch vor überzogenen Gesetzesänderungen. Es gebe „kein Gesetzgebungs-, sondern ein Vollzugsdefizit". Das „Vertrauensverhältnis zwischen den Sicherheitsbehörden und der Bevölkerung" dürfe nicht zerstört werden. Auch die Aufhebung der im Grundgesetz verankerten Trennung der Aufgaben von Polizei und Bundeswehr lehnt die GdP entschieden ab.

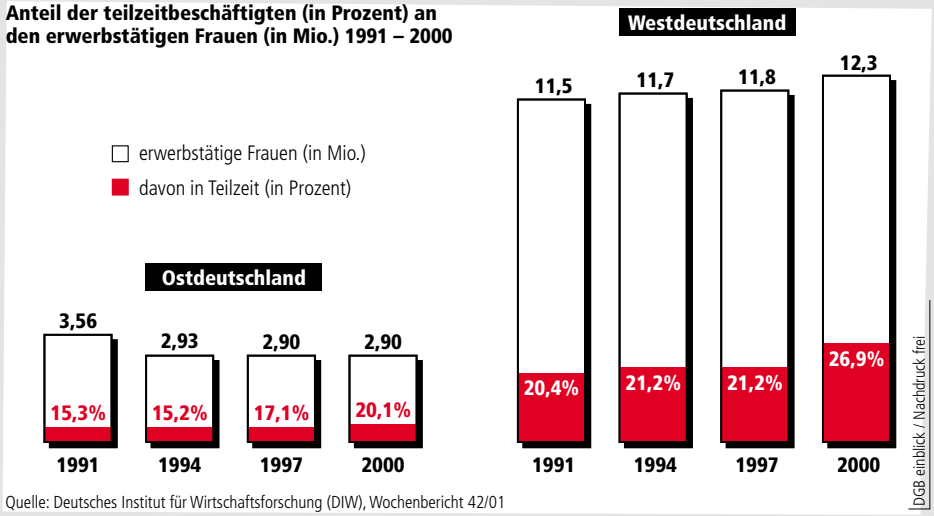
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ERWERBSTÄTIGE FRAUEN: Trend zu mehr Teilzeitarbeit

In ganz Deutschland tendieren die Frauen zu mehr Teilzeitarbeit, die Unterschiede im Erwerbsverhalten sind aber immer noch groß: Im Westen sind 27 Prozent der erwerbstätigen Frauen sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigt, im Osten 20 Prozent. Dort sind die Frauen jedoch häufig unfreiwillig in Teilzeit. Ein Drittel von ihnen hätte lieber eine Vollzeitstelle, im Westen nur sechs Prozent. In den neuen Bundesländern wollen nur fünf Prozent aller Frauen nicht erwerbstätig sein, in den alten knapp 14 Prozent.



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 42/01

personalien

••• ***Peter Schulz,*** 63, Betriebsratsvorsitzender der Hennigsdorfer Elektrostahlwerke, erhält am 6. November in Potsdam den Hans-Böckler-Preis 2001.

••• Die IG Bergbau, Chemie, Energie hat auf ihrem Kongress (21. – 25. 10.) in Frankfurt/M. ihren geschäftsführenden Vorstand in seinem Amt bestätigt. Wieder gewählt wurden neben dem Vorsitzenden ***Hubertus Schmoldt,*** 56, und seinem Stellvertreter ***Klaus Südhofer,*** 57, auch die anderen Mitglieder: ***Werner Bischof,*** 53, ***Ulrich Freese,*** 50, ***Fritz Kollorz,*** 56, ***Hartmut Löschner,*** 56, ***Veronika Keller-Lauscher,*** 53, sowie ***Jürgen Walter,*** 56.

14 TAGE

5./6.11. HBS, „Die zukünftige Gestalt Europas", Europäisches Gespräch, Potsdam

9.11. DGB-Jugend Bayern, Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht 1938, Dachau und Flossenbürg

11.-14.11. Weltkongress des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB), Sydney/Australien

12.11. Rhein-Main-Runde zur Gewerkschaftspolitik, Cockpit und die Folgen, Flughafen Frankfurt/M.

14./15.11. DGB, Schöneberger Forum: „Der aktivierende Staat und seine Beschäftigten", Berlin

16./17.11. DGB Baden-Württemberg, Start des Mentoring-Projekts „Marta Ebenhoch" für Frauen in der Gewerkschaft, Stuttgart

Tipp

Heft: ***Marco Althaus (Hrsg.), Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying,***
LIT Verlag, Münster 2001, 392 Seiten, 39,80 DM

Die Anforderungen an politische Kommunikation haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Nach dem Muster moderner Wahlkämpfe setzen immer mehr Unternehmen, Verbände und Organisationen auf Kampagnen, um Menschen, Medien und Politik für ihre Sache zu mobilisieren. Kampagnenfähigkeit ist zum wichtigen Kriterium für die Zukunftstauglichkeit von Organisationen geworden. Das gilt auch für den DGB und die Gewerkschaften. Doch was macht eine gelungene Kampagne aus? Anschaulich, präzise und praxisorientiert beschreibt das Buch „Kampagne!" Aufgabe, Struktur und Funktion von Kampagnezutaten. Der Inhalt des Bandes, herausgegeben von Marco Althaus, Pressesprecher im niedersächsischen Wirtschaftsministerium ist dabei „nichts für Sensibelchen", so die Ankündigung im Vorwort. 22 junge Medien-, Parteien- und Marketingprofis beschreiben facettenreich und pointiert Strategien für Kampagnen und geben Lektionen aus der Wirklichkeit. Für Gewerkschaften besonders interessant: die Kampagne der United Steelworkers gegen die Continental AG.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Es gibt Leute, die, wenn sie Licht am Ende des Tunnels sehen, sich sofort ein neues Stück Tunnel kaufen."

Bundespräsident Johannes Rau auf der Eröffnungsveranstaltung des IG BCE-Kongresses am 21. Oktober in Frankfurt/M.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.11.2001 20/01

DGB

Jugend & Gewerkschaft

Sachte Rückkehr zur Organisation

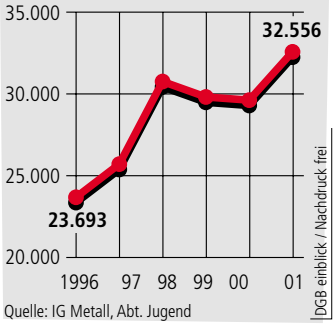
Wie anderen Großorganisationen geht auch den Gewerkschaften langsam die Jugend aus. 518 068 junge Menschen, gerade mal 6,7 Prozent aller DGB-Mitglieder, zählen heute noch zur Gewerkschaftsjugend. Wie können wir Jugendliche binden? Diese Frage wird auch die Delegierten der DGB-Bundesjugendkonferenz vom 29.11. bis 1.12. in Berlin beschäftigen. Anhand von Best-Practise-Beispielen wollen die Delegierten ergründen, wie die Gewerkschaften junge Menschen besser ansprechen können.

Es gibt sie, die Beispiele aus der Praxis fast aller Gewerkschaften, die zeigen, dass Jugendliche noch nicht ganz verloren sind – angefangen von erfolgreichen Berufsschulaktionen, über konsequente Interessenvertretung der Azubis im Betrieb bis hin zu Projekten gegen Rechts wie die vom DGB Sachsen initiierte Aktion Courage.

So kann etwa die IG Metall in diesem Jahr erstmals seit Anfang der 90er Jahre einen Zuwachs an Mitgliedern unter 25 Jahren verbuchen. Gelungen sei das, so Jan Engelhardt, Leiter der IG Metall-Abteilung Jugend, weil man auf einen systematischen Verjüngungsprozess bei den hauptamtlichen JugendsekretärInnen setze: „In den Bezirken, in denen das bereits umgesetzt ist, macht sich das bei den Neuaufnahmen bemerkbar." Unterstützt werden die Maßnahmen vor Ort mit zielgruppenspezifischen Faltblättern, Broschüren und Material für den Berufsschulunterricht.

Rückgang gestoppt

Neu aufgenommene jugendliche Mitglieder in der IG Metall (1996 bis 2001, jeweils Januar bis Oktober)



Quelle: IG Metall, Abt. Jugend

Die IG Metall-Jugend kann erstmals auch seit Anfang der 90er Jahre einen echten Zuwachs an jugendlichen Mitgliedern verbuchen – von 187 405 im Oktober 2000 auf 189 524 in diesem Jahr.

Anfang November hat die IG Metall außerdem ein auf zwei Jahre angelegtes Projekt zur Mitgliederentwicklung im Jugendbereich gestartet: Acht Projektsekretäre sollen sich um den gewerkschaftlichen Nachwuchs kümmern.

Festgestellt haben die Metaller, dass sich jugendgerechte Kampagnen mit klaren politischen Forderungen positiv auswirken: „In den Jahren mit solchen Kampagnen", so Engelhardt, „treten rund 4000 Jugendliche mehr ein." Gemeinsam mit anderen Gewerkschaften hat die IG Metall fürs nächste Jahr bereits eine Kampagne geplant. Unter dem Motto „Her mit dem schönen Leben!" fordert sie eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zur Finanzierung von Bildung.

Bestätigt werden solche Ansätze auch durch die von der Metall-Jugend in Auftrag gegebene Studie „Neue Orientierungen und Engagementformen bei jungen ArbeitnehmerInnen" der Uni Tübingen. Die Studie soll im Februar präsentiert werden, erste Ergebnisse stellte Prof. Josef Held, Leiter der Studie, auf einem Workshop von DGB-Jugend und Hans-Böckler-Stiftung im Oktober vor. Zwar diagnostiziert er eine „Abkehr von der Politik" bei der jungen Generation nach der Devise: „Politik ist allein Sache der Politiker". Held sieht aber durchaus Chancen für die Gewerkschaften, von Jugendlichen wieder stärker wahrgenommen zu werden. Seit einiger Zeit ließe sich eine „sachte Rückkehr zur Organisation" feststellen. Wichtig sei, die Jugendlichen erst einmal über die Gewerkschaften zu informieren: „Das dürfen sie nicht mit Werbung verwechseln, sonst kommt es nicht an." •

plusminusBERLIN

+ ***NRW-Innenminister Fritz Behrens (SPD) fordert, Osama bin Laden vor ein Weltgericht zu stellen. Ein Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof finde mehr Akzeptanz in arabischen Staaten als eine Verhandlung vor einem US-Gericht. Das Problem: Die USA sind dem Gerichtshof noch nicht beigetreten.***

– ***FDP-Vize Rainer Brüderle will verhindern, dass die Öffnung von Märkten für die Entwicklungsländer an die Einhaltung sozialer Standards geknüpft wird. Die Kernarbeitsnormen der ILO ließen sich schneller durch eine Liberalisierung des Welthandels durchsetzen als durch Sanktionen.***

inhalt

Seite 3

Humanitäre Hilfe ist dringend geboten

Im Dezember werden 500 000 Menschen in Afghanistan ohne Nahrung sein. Die versprochenen Hilfslieferungen bleiben bislang aus

Seite 5

Unisex-Tarife in der Altersvorsorge

Ob Mitarbeiterbeteiligung oder betriebliche Altersvorsorge: Auch beim Einkommen der Zukunft sind Frauen Männern gegenüber im Nachteil

Seite 7

Gender Mainstreaming in den Gewerkschaften

„Irgendwann ist alles Essig", warnt der Kölner Journalist Thomas Gesterkamp

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.migration-online.de

Den Newsletter „Forum Migration" des DGB-Bildungswerks gibt es jetzt auch online im Netz

Im Faxabruf

0211 / 43 01 677

Erklärung des DGB zum Konflikt in Afghanistan

Leiharbeit im EU-Vergleich

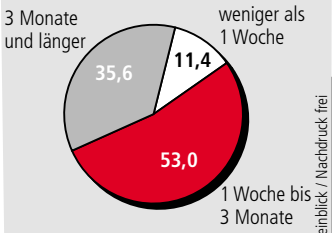
Nachholbedarf bei den Arbeitsrechten

32 800 Leiharbeitsverhältnisse gab es im vergangenen Jahr im Schnitt in Deutschland, gut doppelt so viel wie noch 1995. Die Leiharbeit boomt. Doch für die dort Beschäftigten bedeutet der Boom ihrer Branche keineswegs sichere Arbeitsplätze. 650 000 Leiharbeitsverhältnisse wurden im vergangenen Jahr neu abgeschlossen, 660 000 beendet. Zwei Drittel der Beschäftigten müssen innerhalb der ersten drei Monate gehen. Der DGB fordert deshalb, die Rechte der LeiharbeiterInnen besser abzusichern. Im EU-Vergleich habe Deutschland Nachholbedarf.

Laut einer DGB-Studie ist der Kündigungsschutz von LeiharbeiterInnen in Deutschland schlechter als in Portugal, Italien und den Niederlanden. Bei den Befristungsmöglichkeiten und bei der Beschränkung von Überstunden, Wochenend- und Nachtarbeit sowie bei den Einsatzmöglichkeiten von LeiharbeiterInnen liegt Deutschland auf dem siebten Rang unter den elf EU-Mitgliedern. Nur Irland, Großbritannien, Dänemark und die Niederlande schneiden schlechter ab. In den meisten EU-Ländern ist zudem die Gleichbehandlung der LohnarbeiterInnen bei der Bezahlung mit den Beschäftigten im Einsatzbetrieb vorgeschrieben. „Es spricht nichts dagegen, diese Regelung auch in Deutschland gesetzlich zu verankern", so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer •

Heuern und Feuern die Regel

Anteile der Leiharbeitsverhältnisse nach Dauer (in Prozent)



Quelle: DGB-Bundesvorstand, Informationen zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik 6/2001

DGB einblick / Nachdruck frei

In der Leiharbeitsbranche sind kurzfristige Arbeitsverhältnisse die Regel. Nur gut ein Drittel der Beschäftigten behält seinen Job zumindest drei Monate.

geplant... beschlossen

„Globalisierung gerecht gestalten", unter diesem Motto sollen die Gewerkschaften am 1. Mai 2002, dem Tag der Arbeit, ihrer Forderung nach der Einführung sozialer Mindeststandards im weltweiten Handel Nachdruck verleihen. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB vorgeschlagen.

Auch das Motto für den Internationalen Frauentag, den 8. März 2002, steht: „CHANCHENGLEICH ... und alles ist anders". Das gleiche Motto steht bereits im Mittelpunkt der Bundesfrauenkonferenz des DGB am 22. – 24. November in Berlin. Mehr Informationen zum Internationalen Frauentag 2002 finden sich in dem von der Abteilung Frauenpolitik herausgegebenen aktuellen Rundbrief „Frau geht vor".

Ab Januar kommt die Förderrente. Die ArbeitnehmerInnen haben dann die Qual der Wahl: Förderrente nutzen – ja oder nein? Und wenn ja – privat oder betrieblich? Hilfe im Rentendschungel bietet das neue *einblick*MAGAZIN Nummer sieben. Unter dem Titel „Förderrente. Richtig riestern" gibt es nicht nur jede Menge Informationen über die neue staatlich geförderte Zusatzrente und die Renaissance der Betriebsrente, sondern auch ein Interview mit dem Erfinder der Förderrente: Arbeitsminister Walter Riester. Das einblick-MAGAZIN zur Förderrente gibt es ab Ende November in den Geschäftsstellen der Gewerkschaften und des DGB.

wiewardiewoche?

Deutschland hat jetzt eine Gewerkschaft für Berufssportler und Trainer. Sven Wehrmeyer, 38, Diplom-Sportlehrer, Wirtschafts-Sportreferent und Basketball-A-Trainer, ist bei ver.di zuständig für die neue Fachgruppe, die unter dem Namen „sports-union" firmiert. Mitte November präsentierte sie sich erstmals in der Öffentlichkeit.

Die neue ver.di-Fachgruppe ist aus dem Verband der Basketball-Vertragsspieler (VBV) hervorgegangen. Im November 1999 haben wir begonnen, uns im VBV zu organisieren. Dabei sind relativ schnell über 50 Prozent der Erstligaspieler und der Nationalmannschaft zu uns gestoßen. So konnten wir auch einheitliche Arbeitsverträge und Mitsprache bei der Termingestaltung durchsetzen. Gespräche mit Gerd Nies von der IG Medien haben den Boden bereitet für unsere Organisation innerhalb einer DGB-Gewerkschaft. Seit Anfang Juli ist der VBV nun komplett als Fachgruppe „sports-union" bei ver.di dabei. Momentan sind das rund einhundert Mitglieder. Als nächstes wollen wir versuchen, Handballer und Eishockey-Mannschaften für die „sports-union" zu interessieren – aber wie bei den Volleyballern werden die Kontakte auch schon von der anderen Seite gesucht.

Trotzdem: Im Moment ist das noch ein schönes Stück Arbeit, da ich zum einen lediglich eine 25-Stunden-Stelle und zum anderen keine Verwaltungskraft habe. Und eine Fahrt zu Bundesligavereinen und Trainervereinigungen irgendwo in der Republik – da ist eigentlich meine Arbeitszeit für eine komplette Woche beinahe erledigt.

Unmittelbare Unterstützung bekomme ich noch von Harald Stein, einem Basketball-Profi. Unmöglich sonst die Anfragen, Bitten um Vertragsprüfung und andere Nachfragen alle zu bearbeiten, die jeden Tag bei mir eingehen. Denn natürlich gehört auch die Akquise von Mitgliedern in neuen Bereichen zu meinen Aufgaben. Und da sehe ich langfristig, dass sich ständig neue Bereiche und Grauzonen in den Vereinen und Ligen auftun. Aber die Vorzeichen sind gut, jetzt greifen wir an!

Afghanistan

Humanitäre Hilfe ist dringend

Seit Beginn der Militäraktionen der US-geführten Anti-Terror-Allianz hat sich die humanitäre Situation in Afghanistan dramatisch verschärft. Almut Wieland-Karimi über nach wie vor notwendige Hilfsaktionen.

Dr. Almut Wieland-Karimi hat mehrere Jahre in Afghanistan gelebt. Sie arbeitet derzeit im Referat Entwicklungspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Schon vor dem 11. September berechnete die UN die Zahl der Binnenflüchtlinge in Afghanistan mit ca. einer Million, für März 2002 prognostiziert die UN ca. zwei Millionen und zusätzlich 1,5 Millionen Menschen, die in den Nachbarländern Schutz suchen. Wechselnde Frontlinien und Bombardements verursachen einen stetigen Flüchtlingsstrom, der internationale Hilfslieferungen erschwert. Viele fliehen in Bergregionen, wo sie noch schwerer zu erreichen sind. Die Arbeit internationaler Organisationen und NGOs wird durch die Sicherheitslage und die Taliban stark behindert, lokale Organisationen in Afghanistan können die Versorgung allein nicht bewältigen. Einige Regionen in Nord- und Zentralafghanistan sind bereits jetzt nicht mehr zu erreichen, das Welternährungsprogramm der UN schätzt, dass im Dezember mindestens 500 000 Menschen gänzlich ohne Nahrung sein werden.

Flüchtlinge, die nach Pakistan und in den Iran fliehen, stranden im Niemandsland und sind dort Zugriffen der Nord-Allianz oder der Taliban ausgesetzt – auch hier sind sie kaum zu versorgen; Hilfslieferungen, die durchkommen, werden zum Teil von den Milizen beschlagnahmt. Wer illegal die Grenzen nach Pakistan oder zum Iran überquert, wird entweder deportiert (Iran) oder registriert sich nicht, um den Behörden zu entgehen. Als illegale Flüchtlinge können sie kaum von den Organisationen versorgt werden. Der UNHCR hat nur ein Mandat für Flüchtlinge, nicht für „internally displaced persons", die offiziell keine Grenze überschritten haben.

Ruud Lubbers, Chef des UNHCR, appelliert deshalb an die Anrainerstaaten, die Grenzen zu öffnen. Die westlichen Staaten fordert Lubbers auf, ihre Zusagen an das afghanische Volk nicht zu vergessen. Vor dem Beginn der Luftangriffe sei den Afghanen erklärt worden, der Krieg richte sich nicht gegen das Volk und Bedürftige könnten auf humanitäre Hilfe zählen.

Um die humanitäre Katastrophe zu mildern, muss eine ausreichend sichere Situation geschaffen werden, die es internationalen Organisationen ermöglicht, im Land zu operieren. Hilfslieferungen sind fruchtlos, so lange sie nicht verteilt werden können.

Letztendlich kann nur eine politische Lösung die humanitäre Situation nachhaltig verbessern:

- Die Mehrheit der Afghanen stellt die zivile Opposition. Diese muss gestärkt werden.
- Es gibt seit den 1920er Jahren eine demokratische Bewegung. Sie könnte im Nachkriegs-Afghanistan eine wichtige Rolle spielen, wenn sie entsprechend gefördert wird.
- Nur ein umfassendes UN-Mandat und langfristiges internationales Engagement können eine dauerhafte Lösung bewirken.
- Erfahrene NGOs, darunter die politischen Stiftungen, können zivilgesellschaftliche Partner beim Aufbau demokratischer Strukturen unterstützen. •

Gewerkschaften:

Ruf nach Hilfe wird lauter

Bei den bundesdeutschen Gewerkschaften wird der Ruf nach humanitärer Hilfe und politischen Lösungen für Afghanistan lauter. Die IG Metall forderte bereits Ende Oktober die Bundesregierung auf, sich gemeinsam mit der Europäischen Union für die „sofortige Einstellung der Bombardierung" einzusetzen.

In einer „aktualisierten, ergänzten und vertiefenden Position" bezieht der DGB Position: Skepsis gegenüber den Wirkungen der militärischen Aktionen müsse sich artikulieren dürfen. Und weiter: „Vor allem muss der Not leidenden Zivilbevölkerung und den Flüchtlingen in Afghanistan und in den angrenzenden Ländern schnell geholfen und die humanitäre Hilfe ausgeweitet werden. Die Anrainerstaaten müssen von der internationalen Politik dabei unterstützt werden, afghanische Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen."

Noch weiter geht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Der Hauptvorstand der GEW fordert die Bundesregierung auf, sich für eine sofortige Einstellung der Bombardierung und der kriegerischen Aktionen einzusetzen sowie eine Ausweitung von Militärschlägen auf andere Länder zu verhindern, weil sie politische Lösungen behindern und zunehmend zivile Opfer fordern. Der Einsatz deutscher Bundeswehrsoldaten sei einzig im Rahmen eines UNO-Blauhelmeinsatzes zum Schutz der Bevölkerung und zur Sicherung des Aufbaus demokratischer Strukturen in Afghanistan zu rechtfertigen. •

Hilfsorganisationen

Heinrich-Rodenstein-Fonds der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
SEB AG, BLZ: 500 101 11,
Kto.-Nr. 1707 274 700,
Kennwort: Flüchtlingshilfe Afghanistan

Ärzte ohne Grenzen,
Sparkasse Bonn,
BLZ 380 500 00,
Spendenkonto 970 97

Deutsche Humanitäre Stiftung,
Projekt- und Arbeitsbüro
Lamachstr. 40,
66894 Wiesbach/Pfalz,
Tel. 0 63 37 / 99 31 53,
Fax 0 63 37 / 99 31 54,
info@dhst.org,
www.dhst.org

Komitee zur Förderung medizinischer und humanitärer Hilfe Afghanistans e.V.,
Schmittburgstr. 11,
D-64546 Mörfelden-Walldorf,
Tel. 0 61 05 / 95 14 24,
Fax 0 61 05 / 95 14 23
hans-j.lebuser@t-online.de

Im Internet
www.labournet.de
www.gfbv.de
http://krit.de
www.db.idpproject.org (Link Afghanistan, in englischer Sprache)

PROJEKTE UND PARTNER

BGAG

Joint Venture zur Altersvorsorge

Die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), Frankfurt/M., und der niederländische Finanzkonzern ING, Amsterdam, wollen ihre Zusammenarbeit auf dem Markt der privaten und betrieblichen Altersvorsorge ausbauen. Um sich Anteile auf dem neuen Markt der „Riester-Produkte" zu sichern, gründen die BGAG, die zur niederländischen ING-Gruppe gehörende BHF-Bank, Frankfurt/M., sowie die BHW-Gruppe, Hameln, ein Joint Venture, die „BHW Invest FT GmbH". Die Kooperation wird durch eine indirekte Beteiligung der BGAG und der BHW Holding AG in Höhe von jeweils zehn Prozent an der BHF-Investmentgesellschaft Frankfurt Trust untermauert. Die BGAG hält 34,2 Prozent an der BHW Holding AG. Die BGAG verhandelt außerdem mit der ING-Gruppe über den Verkauf von 21 Prozent ihrer Beteiligung an der Allgemeinen Deutschen Direktbank (DiBa), Frankfurt/M.

Nachdem die ING-Gruppe bereits vor drei Jahren 49 Prozent der DiBa-Aktien von der BGAG erworben hatte, soll ihre Beteiligung jetzt auf 70 Prozent aufgestockt werden. Die BGAG bliebe weiter mit 30 Prozent an der DiBa beteiligt. •

Tarifvertrag

Billiger pendeln

Azubis im Hamburger Einzelhandel pendeln jetzt billiger mit Bus und Bahn zum Job. Ein Zusatz im Tarifvertrag verspricht den Auszubildenden einen monatlichen Zuschuss zum Ticket von 20 Mark. Kaufen sie ihre Fahrkarte zudem über das Großkundenabo des Auto Club Europa (ACE), zahlen sie knapp die Hälfte des sonst 110 Mark teuren Tickets. •

ACE Hamburg, Manfred Maertzke
Tel. 040 / 25 30 46 11

FU Berlin

Literatur über Gewerkschaften

Rund 7000 Aufsätze, Bücher und Broschüren zum Thema Gewerkschaften stehen in den Regalen des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin. Die Bibliothek ist Teil der Arbeitsstelle für „Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik". Alle Einträge sind jetzt auch im Internet recherchierbar. Ausleihen muss man allerdings nach wie vor im Institut. •

www.fu-berlin.de/gewerkschaften

DGB-Bildungswerk

Lernen am Computer

Effizientes Lernen am Computer soll das „L3-Lernzentrum" in der e-kademie des DGB-Bildungswerks ermöglichen. Die neuen Kursräume werden am 6. Dezember mit einer Tagung zum Thema „E-Learning im betrieblichen Alltag" eröffnet. Mitveranstalter der Tagung ist der Deutsche Multimedia Verband. Das Zentrum ist Teil des Projekts „L3 Lebenslanges Lernen – Weiterbildung als Grundbedürfnis" des Bundesbildungsministeriums. •

Tel. 0211 / 43 01 270
Fax 0211 / 43 01 500

Friedrich-Ebert-Stiftung

Ausländer integrieren

Noch immer werden ausländische ArbeitnehmerInnen bei Einstellung, Beförderung und Weiterbildung benachteiligt. Konzepte zur Integration ausländischer KollegInnen im Betrieb stehen im Mittelpunkt der Konferenz „Gleichbehandlung oder positive Diskriminierung?" am 27. November in Bonn. Die Veranstaltung von Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB-Bildungswerk ist kostenlos. •

Friedrich-Ebert-Stiftung
Tel. 0228 / 88 32 72

WSI-Herbstforum

Bringt der Euro Arbeit?

„Europäische Währungsunion und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik – Abschied oder Neuanfang?" Diese Frage diskutieren die TeilnehmerInnen des Herbstforums des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Die Teilnahme an der Veranstaltung am 29. und 30. November in Düsseldorf ist kostenlos. •

Tel. 0211 / 77 78 247

Stiftung Warentest

Weiterbildung im Internet

Bei den meisten Weiterbildungskursen im Internet fehlt es an persönlicher Betreuung. Zu diesem Urteil kommt die Stiftung Warentest. Von 14 überprüften Anbietern von Online-Kursen bekamen nur drei das Urteil „gut". Nur ein einziger Weiterbilder bot mit einem Sprach-Chat alle zwei Stunden eine sehr gute Hilfestellung. Details der Untersuchung stehen in der November-Ausgabe der Zeitschrift *Test.* •

www.warentest.de

GEW Thüringen

Gesetze auf CD-ROM

Wichtige Gesetze aus dem Thüringer Bildungswesen hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf eine CD-ROM gebrannt. Neben mehr als 50 Gesetzen und Verordnungen enthält die „GEW Thüringen CD-ROM 2001" auch ein Archiv des *einblick* und anderer Gewerkschaftspublikationen. Die CD-ROM kostet für GEW-Mitglieder 20 Mark (sonst 30 Mark) plus Versandkosten. •

GEW Wirtschaftsdienst
Geschwister-Scholl-Str. 45
99085 Erfurt

interregio

••• Seit dem 12. November verfügt der ***DGB Berlin-Brandenburg*** über eine eigene ***Weiterbildungsagentur.*** Die vom DGB-Bildungswerk und von der Vereinigung der Unternehmensverbände (uvb) getragene Agentur soll durch „Qualifizierung und passgenaue Beratung" Schulabgänger, Hochschulabsolventen und ArbeitnehmerInnen an kleinere und mittlere Unternehmen vermitteln. Ergänzt wird das Serviceangebot durch ein eigenes Internet-Portal. Unter www.job-chance-berlin.de finden Hochschulabsolventen Informationen über Unternehmen, die Fachkräfte suchen.

••• Der ***DGB Bayern,*** die bayerischen Arbeitgeberverbände und die Landesregierung haben im Rahmen des Beschäftigungspaktes Bayern ein gemeinsames ***Positionspapier*** zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung vorgelegt. Nach Meinung der Bündnispartner muss der Zugang von Frauen, Teilzeitbeschäftigten und älteren ArbeitnehmerInnen zur beruflichen Weiterbildung verbessert werden. Zudem müsse das Bildungssystem durchlässiger werden. Um die Ziele durchzusetzen, soll ein „Maßstäbegesetz zur beruflichen Weiterbildung" verabschiedet werden. Alle Beschlüsse des Beschäftigungspaktes sind im Internet abrufbar: www.dgb-bayern.de/aktuell/bepakt/bepakt.htm

Einkommen der Zukunft

Unisex-Tarife in der Altersvorsorge

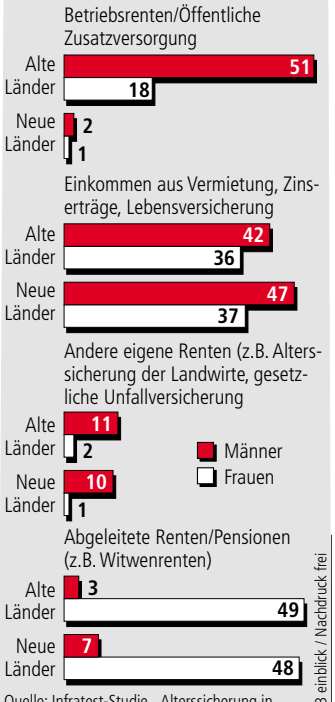
Ob Mitarbeiterbeteiligung oder betriebliche Altersvorsorge: Auch bei den neuen Formen der Vermögensbildung sind Frauen derzeit gegenüber Männern im Nachteil. Mit Modellen für das Einkommen der Zukunft setzt sich ein Forum auf der DGB-Bundesfrauenkonferenz auseinander.

Für immer mehr Beschäftigte wird das Einkommen in Zukunft nicht mehr allein aus Lohn und Gehalt bestehen. Immer mehr Firmen bieten ihren MitarbeiterInnen Beteiligungen an, zum Beispiel in Form von variablen Einkommensbestandteilen, Kapital- und Gewinnbeteiligungen, Zeitwertpapieren und betrieblichen Altersvorsorgeplänen. Theoretisch ist die Beteiligung am Kapital eines Unternehmens gleichermaßen für Männer wie Frauen möglich. Doch die Praxis sieht anders aus. Männer profitierten mehr, meint Experte Peter Wilke, einer der Referenten auf der Konferenz. Beteiligungsmodelle würden öfter für besser Verdienende und leitendes Personal, angeboten, und das sind überwiegend Männer. Zum anderen sind Beteiligungsmodelle vielfach konzipiert als Möglichkeit, durch Zuschüsse begünstigt Geld im eigenen Unternehmen zu investieren. Eine Möglichkeit, die disponibles Einkommen voraussetzt. Und darüber verfügen Frauen in geringerem Maße.

Auch beim Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge ist der finanzielle Spielraum von Frauen aufgrund ihres niedrigeren Einkommens kleiner, stellt ver.di-Expertin Judith Kerschbaumer, die zweite Referentin des Forums, fest. Von einer eigenständigen Alterssicherung sind Frauen bisher weit entfernt. Während männliche Bezieher einer gesetzlichen Rente im Westen durchschnittlich 2399 Mark erhalten, müssen sich die Frauen mit einer eigenen Rente von 917 Mark begnügen (ASID-Studie 1999). Nicht ganz so groß sind die Unterschiede im Osten: Dort erhalten die Männer im Schnitt 2298 Mark, die Rentnerinnen 1278 Mark. Auch bei den

Nicht von der Rente allein

Verteilung der Zusatzeinkommen bei RentnerInnen der gesetzlichen Rentenversicherung 1999 (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Infratest-Studie „Alterssicherung in Deutschland" (ASID)/BMA

DGB einblick / Nachdruck frei

Vor allem Männer im Westen können ihre gesetzliche Rente durch Betriebsrenten oder öffentliche Zusatzversorgung aufbessern.

Betriebsrenten sind Frauen bisher schlechter gestellt: 1999 kamen in den alten Bundesländern nur 6 Prozent der versicherten Frauen in der Altersgruppe der 65- bis 75-Jährigen in den Genuss, aber 29 Prozent der Männer.

Die Rentenreform 2001 hat die Anrechnung von Kindererziehungszeiten verbessert. Dennoch kritisiert die Equality-Gruppe Alterssicherung, in der Kerschbaumer mitarbeitet: Die Kürzungen der Hinterbliebenenversorgung und die Senkung des allgemeinen Rentenniveaus trifft vor allem diejenigen, die bereits gegenwärtig über nur geringe Rentenanwartschaften verfügen. Und das sind vor allem Kinder erziehende Frauen.

Kritisch beurteilt die Equality-Gruppe auch die Realisierung des Reformziels, die Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch den Aufbau einer staatlich geförderten privaten Vorsorge und der Reform der betrieblichen Altersvorsorge auszugleichen: „Mit einer reduzierten Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung wird deren soziales Umverteilungselement zwischen beitragsstarken und beitragsschwachen Versicherten abnehmen." Die kapitalfundierte private Altersvorsorge kenne keine Umverteilungselemente. Benachteiligt werden Frauen auch dadurch, dass sie beim Abschluss von privaten Rentenversicherungen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartungen rund 15 Prozent höhere Beiträge als Männer zahlen müssen, um die gleiche Rentenleistung zu erhalten.

Unisex-Tarife, gleiche Tarife für beide Geschlechter, könnten durch Systeme erreicht werden, die alle drei so genannten biometrischen Risiken – Langlebigkeit, Tod und Invalidität – absicherten, da die Absicherung des Hinterbliebenenschutzes im Todesfall bei Männern teurer ist als bei Frauen. Auf solche Tarife sollte auch bei der Ausgestaltung von betrieblichen Versorgungseinrichtungen geachtet werden, empfiehlt die Equality-Gruppe.

Trotz aller Kritik an der Riester-Reform kommt Judith Kerschbaumer zu einem überraschenden Schluss: „Die Förderkriterien sind so ausgestaltet, dass sie vor allem niedrig Verdienende und Kinder Erziehende unterstützen. Werden die Neuregelungen geschickt genutzt und kombiniert, bieten sie etwa Müttern oder geringfügig Beschäftigten eine gute Möglichkeit, ihre Alterssicherung zu verbessern." •

Chancengleich und alles ist anders

Unter diesem Motto findet vom 22. bis zum 24. November die 15. DGB-Bundesfrauenkonferenz in Berlin statt. Einiges wurde in Sachen Gleichstellungspolitik in den letzten Jahren erreicht, etwa das Teilzeitgesetz oder die Reform der Betriebsverfassung, anderes scheiterte, wie das Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Auf der Konferenz wird Bilanz gezogen und werden neue Strategien für die künftige Arbeit entwickelt.

Die Delegierten beraten über rund 50 Anträge. Inhaltliche Schwerpunkte der Anträge sind Gender Mainstreaming, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichstellungsgesetz, Tarif-, Arbeitszeit-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik.

In fünf Foren setzen sich die Delegierten mit folgenden Themen auseinander:

- ***Entdecke die Möglichkeiten – Qualifizierungsoffensive für Frauen***
- ***Vorsicht Sackgasse! Wohin steuert die Niedriglohndebatte***
- ***Der kleine Unterschied: Paul verdient mehr als Paula***
- ***Gewinn garantiert? Einkommen der Zukunft***
- ***Vom Gesetz zur Empfehlung: Gleichstellungspolitik für die private Wirtschaft***

kurz&bündig

Der DGB hat vor einer Verschärfung des Akademikermangels gewarnt, falls es zur Einführung von Studiengebühren im Erststudium kommt. Bereits heute müssten 70 Prozent der Studierenden für ihren Lebensunterhalt jobben. Zusätzliche Gebühren würden nur das Studium verlängern und Bafög-Bezieher von den Hochschulen fernhalten, so DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock.

Die IG Metall fordert weitere Nachbesserungen im Entwurf für das Zuwanderungsgesetz. Besonders kritisch beurteilt die Gewerkschaft die befristete Anwerbung ausländischer ArbeitnehmerInnen. Zudem müsse das Nachzugsalter von Kindern auf 18 Jahre angehoben werden. Zuvor hatte bereits der DGB den geplanten Vorrang befristeter Zuwanderung als „Fehlentscheidung" kritisiert.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Wirtschaft aufgefordert, Castortransporte so lange zu verschieben, „bis sich die Sicherheitslage in Deutschland wieder verbessert hat". Wegen des möglichen Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan sei sogar eine Verschärfung der Sicherheitslage zu befürchten. Es könnte ein Punkt kommen, „wo wir die Durchführbarkeit der Transporte nicht mehr sicherstellen können", so der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg.

Gewerkschaft der Polizei

Politischer Teil geht nach Berlin

Ab dem 1. Januar sind die politischen Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin angesiedelt. Sitz der neuen, zweiten Bundesgeschäftsstelle ist die Stromstraße, in unmittelbarer Nähe des Bundesinnenministeriums. Betroffen vom Teilumzug der GdP in die Bundeshauptstadt sind neben dem Büro des Vorsitzenden die Abteilungen Beamtenpolitik, Tarifpolitik und Frauen sowie die Pressestelle und die Redaktion der GdP-Zeitschrift „Deutsche Polizei". Die anderen Abteilungen und der Verlag „Deutsche Polizeiliteratur" bleiben dagegen in Hilden (bei Düsseldorf).

Mit dem Teilumzug nach Berlin werde der „Mindestumzugsbeschluss" des Bremer GdP-Kongresses von 1998 umgesetzt, so der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg gegenüber *einblick*. Der Beschluss war gefasst worden, um ein Gegengewicht zu dem bereits in Berlin ansässigen Beamtenbund zu schaffen. Für den Umzug weiterer Abteilungen gebe es derzeit „keine Beschlusslage". Ob es langfristig bei der Zweiteilung der Bundesgeschäftsstelle bleibt, werde auf dem Bundeskongress im Oktober 2002 in Magdeburg entschieden. •

IG BCE

Kampagne für Steinkohle

Mit der Vorstellung von „Kohlepolitischen Eckpunkten" hat die IG BCE eine auf mehrere Monate angelegte Imagekampagne für den heimischen Steinkohlebergbau gestartet. Sie steht unter dem Motto „Unsere Kohle kann mehr – Unsere Kohle fördert die Zukunft".

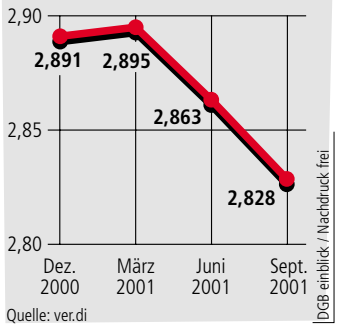
Wesentliche Grundvoraussetzung bleibe, so heißt es in den Eckpunkten, dass auch künftig ein lebens- und leistungsfähiger Steinkohlebergbau ermöglicht wird. Um den vielfach geforderten Auslaufbergbau zu verhindern, müsse auf nationaler wie europäischer Ebene ein langfristiger Kohlesockel vereinbart werden. Betriebsbedingte Kündigungen sollten im Zuge der Anpassung ausgeschlossen sein.

Anfang 2002, wenn die politischen Entscheidungen über die Zukunft der Steinkohle anstehen, soll die Kampagne ihren Höhepunkt erreichen. 750 000 Mark ist der IG BCE die Werbung für den heimischen Bergbau, die dort Beschäftigten und ihre kohlepolitischen Forderungen wert. Zunächst will die IG BCE mit Flugblättern und Broschüren Vorurteilen gegen die Kohle entgegenwirken. Anfang 2002 soll die Kampagne mit Großflächenplakaten, zahlreichen Veranstaltungen, Rundfunk- und Kinospots eine breite öffentliche Wirkung entfalten. •

www.igbce.de

Keine Trendwende

Mitglieder von ver.di (in Mio.)

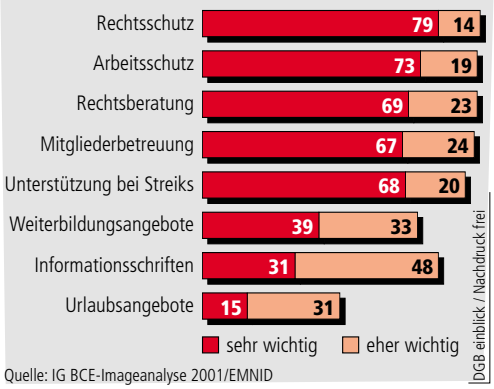


Quelle: ver.di

Seit dem Fusionskongress im März ist die Mitgliederzahl von ver.di um fast 67 000 auf 2,828 Millionen zurückgegangen. Nur 5 Prozent der Mitglieder sind unter 28 Jahre alt, dagegen 16,7 Prozent älter als 60. Allein im nächsten Jahr will ver.di 25 Millionen Mark für Mitgliederwerbung investieren, um diesen negativen Trend bis spätestens 2004 umzukehren.

IG BCE: Rechtsschutz am wichtigsten

Wichtigkeiten der Dienstleistungen aus Sicht der Mitglieder (in Prozent)



Quelle: IG BCE-Imageanalyse 2001/EMNID

Im Auftrag der IG BCE hat das Emnid-Institut das Image der Gewerkschaft bei ihren Mitgliedern analysiert. Das Ergebnis der repräsentativen Meinungsumfrage zeigt eine hohe Zufriedenheit: 89 Prozent der Mitglieder sind mit der IG BCE im Großen und Ganzen zufrieden, davon 28 Prozent sehr. Für rund 90 Prozent sind die klassischen Gewerkschaftsfunktionen – wie Tarifpartei und Solidargemeinschaft – am wichtigsten. Gefragteste Dienstleistung ist der Rechtsschutz bei arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzungen. 79 Prozent der befragten Mitglieder stufen ihn als sehr wichtig ein. Weitere hoch geschätzte Dienstleistungen sind Maßnahmen zum Arbeitsschutz (73 %) sowie Rechtsberatung (69 %).

Gender Mainstreaming in den Gewerkschaften

Irgendwann ist alles Essig

Ein Neuanfang in den Geschlechterbeziehungen ist das Ziel der Strategie Gender Mainstreaming. Der Journalist Thomas Gesterkamp befürchtet, dass viele Frauen die Gender-Strategie vor allem als neuen Ansatzpunkt in der Frauenpolitik sehen und ein eigenständiger männlicher Zugang zum Gender-Konzept wenig Chancen hat.

Bisher sind es überwiegend Frauen, die den Begriff Gender Mainstreaming im Munde führen. Sie halten die neue Strategie für eine geeignete Methode, um geschlechterpolitische Veränderungen „top down", also von der Führungsebene aus, durchzusetzen. Sie bemühen sich dabei um den Dialog mit dem anderen Geschlecht, **verstehen sich aber weiterhin als Multiplikatorinnen weiblicher Interessen.** Die Männer machen gutwillig mit, oft haben sie einfach keine Ahnung. Meist unausgesprochen bleibt ihr Verdacht, dass es sich um den Versuch handeln könnte, den Wein der alten Frauenpolitik in neuen Schläuchen anzupreisen.

Mancher Wein wird erst richtig gut, wenn er älter wird; irgendwann aber wird alles zu Essig. Bei aller Wertschätzung der Diskussionen, die die feministische Bewegung angestoßen hat: Die Formel von der Frauengleichstellung klingt ein wenig abgestanden. Können mit Gender Mainstreaming erfolgreicher junge Frauen (und Männer) gewonnen werden?

Der inflationäre Gebrauch dieser Vokabel hat auch finanzielle Gründe: Die EU verknüpft die Vergabe ihrer Fördergelder an das Gender-Kriterium. Landauf, landab absolvieren deshalb GewerkschafterInnen „Gender-Trainings". Solche Übungen scheinen notwendig, **denn mit der Kommunikationskultur zwischen den Geschlechtern steht es nicht zum Besten.** Auf Gender-Seminaren machen Frauen ihrer Enttäuschung Luft: Sie seien es Leid, wieder und wieder zu versuchen, Männer von ihren Anliegen zu überzeugen: Männer sind jetzt endlich an der Reihe, sich zu bewegen!

Die Zeiten eines platt anti-maskulinen Feminismus sind vorbei. Doch manche Frauen sind ungeduldig, wenn sie Männern beim Artikulieren ihrer Interessen zuhören sollen – selbst wenn sich diese im Kern mit frauenbewegten Positionen decken. Auf Tagungen ernten Redner irritiertes Gemurmel, sobald sie darauf hinweisen, dass auch der männliche Lebensentwurf seine Schattenseiten hat. Wenn Männer die Zwänge der eigenen Rolle beklagen, **wittern Frauen schnell eine besonders perfide Spielart der Männerbündelei.** Sie übersehen, dass sie nicht nur mit Gewerkschaftern oder Managern alten Schlages, sondern auch mit jungen, veränderungswilligen Männern diskutieren. Diese wollen keineswegs bedauert oder mütterlich bestärkt, sondern schlicht ernst genommen werden.

Die in Politik und Wirtschaft dominierenden alten Männerbünde haben das Thema Geschlecht auf bequeme Weise an Sondergremien delegiert. Frauenausschüsse, -ministerinnen oder -beauftragte fordern Beschlüsse ein, die selten Wirkung zeigen. Männer beharren auf dem, was sie für die Sachebene halten – und nehmen die „Gender"-Dimension ihrer Handlungen nicht wahr. An diesem Typus von Maskulinität arbeiten sich auch die Gewerkschaftsfrauen ab. Jetzt aber beginnt eine langsam wachsende Gruppe von Männern, über Männlichkeit zu reflektieren. Dafür braucht es Frauen, die sich von Klischees lösen und nicht nur mühselig erkämpfte Ecken verteidigen. Denn das blockiert den eigenständigen männlichen Zugang zum Gender-Konzept.

Wenn Altherren-Stadträte die Institution der Frauenbeauftragten mit der Begründung in Frage stellen, das sei nun Bestandteil aller Ressorts, ist das eine Fehlinterpretation der Mainstreaming-Idee. Ein Neuanfang kann aber nur mit Männern und nicht gönnerhaft für Männer gemacht werden. **Mit der ständigen Aufforderung, der Mann möge sich endlich ändern, ist die Stagnation vorprogrammiert.** Angesichts der Rivalitäten um knappe Gelder ist die Verlockung groß, einfach alte Fraueninhalte mit einem neuen Etikett zu versehen. Als Tarnkappenbegriff hat Gender keine Zukunft.

Neue geschlechterpolitische Bündnisse müssen sich gegen die vorherrschenden Normen der Entscheidungsträger wenden. Wer etwa die Aufstiegschancen von Müttern im Beruf verbessern will, muss die männliche Habituskultur von Organisationen in Frage stellen. Wenn Stellen angeblich nicht teilbar sind; wenn Leitung automatisch 60-Stunden-Woche bedeutet, dann kann Gleichstellungspolitik nicht funktionieren.

Ein zentraler Gedanke des Gender Mainstreaming lautet: Die Institutionen sollen sich den Menschen anpassen, nicht die Menschen den Institutionen. Die einfache weibliche Kopie der üblichen Karrieren bestätigt lediglich die bekannten Muster. Wenn sich aber Unternehmenskulturen grundsätzlich wandeln, **könnte Gleichstellungspolitik auch für Männer interessant werden** – und beiden Geschlechtern ein „gutes Leben" in und jenseits der Erwerbsarbeit ermöglichen. •

Thomas Gesterkamp, 43, Journalist aus Köln, ist Ko-Autor von „Hauptsache Arbeit? – Männer zwischen Beruf und Familie" (Rowohlt 1998). Zusammen mit Inge von Bönninghausen hat er die ver.di-Tagung zum Gender Mainstreaming in Leipzig moderiert. 2002 erscheint sein neues Buch über „Männer, Frauen und die Informationsgesellschaft".

Gender Mainstreaming

soll die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen. Die neue Strategie soll in Verwaltungen, Verbänden oder Gewerkschaften dafür sorgen, dass alle wichtigen Entscheidungen daraufhin überprüft werden, ob die Interessen von Männern und Frauen berücksichtigt werden (einblick 4/01). Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat das Prinzip als erste Gewerkschaft in der Satzung verankert und die erste Großveranstaltung nach der Fusion diesem Thema gewidmet (einblick 11/01). Auf ihrem Gewerkschaftstag in Frankfurt/M. hat sich auch die IG BCE verpflichtet, in allen Politikfeldern das Gender-Prinzip zu berücksichtigen.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

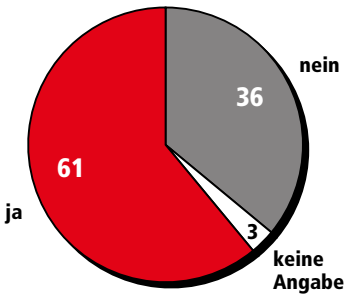
die DGB grafik

IT-BRANCHE: Unternehmen vernachlässigen Personal

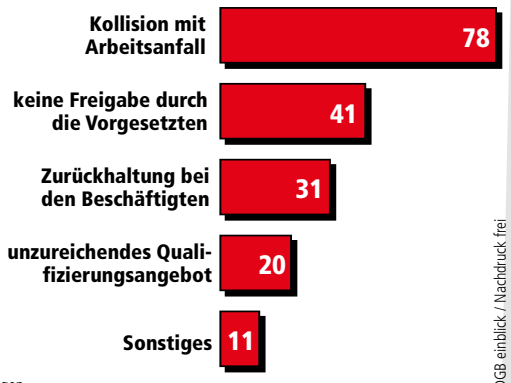
Unternehmen der Informations- und Telekommunikationsbranche vernachlässigen ihr Personal. Laut einer Studie der Uni Kassel wird die Personalauswahl vom „Hire-and-Fire"-Prinzip bestimmt. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung hat bei einer Betriebsrätebefragung herausgefunden, dass sich die Unternehmen auch keine Gedanken über die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter machen. 61 Prozent der Betriebsräte der IT-Branche gaben an, dass es Probleme mit der Weiterbildung gibt.

Angaben der IT-Betriebsräte (in Prozent, n = 201)

„Gibt es Weiterbildungsprobleme in IT-Betrieben?"



„Welcher Art sind die Weiterbildungsprobleme?"
(Mehrfachnennungen)



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2001 Software/IT-Dienstleistungen

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

••• Dr. ***Wolfgang Jäger,*** 47, ist ab dem 1. Januar 2002 Bundesvorstandssekretär des DGB. Er folgt ***Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen,*** 51, der im Oktober zum Vorsitzenden der DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft gewählt worden ist. Wolfgang Jäger war zuletzt stellvertretender Leiter des IG BCE-Bildungszentrums Haltern, davor Sekretär im Vorstandsbüro der 1997 in die IG BCE aufgegangenen IG Bergbau und Energie in Bochum.

••• ***Miriam Muhs,*** 28, PR-Beraterin der „a + o Kommunikationsberatung" in Berlin, ist seit dem 15. Oktober Sachgebietssekretärin in der Abteilung Jugend des DGB. Sie ist für die Themenbereiche Internationales, Antirassismus und allgemeine Jugendpolitik zuständig.

••• ***Dietmar Muscheid,*** 44, stellvertretender Leiter des ver.di-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, soll Vorsitzender des neuen DGB-Bezirks West werden. Das haben die Vorstände der beiden DGB-Landesbezirke Rheinland-Pfalz und Saar vorgeschlagen, die ab dem 16. Februar 2002 den neuen DGB-Bezirk West bilden. Zuvor soll Muscheid am 8. Dezember als Nachfolger von ***Dieter Kretschmar,*** 63, zum DGB-Landesbezirksvorsitzenden Rheinland-Pfalz gewählt werden. Stellvertretender Bezirksvorsitzender West soll ***Eugen Roth,*** 43, werden, der bislang DGB-Landesbezirksvorsitzender Saar ist.

••• ***Armin Schild,*** 40, seit 1992 Referent in der Abteilung Tarifpolitik der IG Metall mit den Arbeitsschwerpunkten Entgeltgestaltung, Arbeitszeit- und Leistungspolitik, ist seit dem 1. November Leiter der Abteilung Tarifpolitik der IG Metall. Er folgt ***Heribert Karch,*** 47, der einer der beiden Geschäftsführer des Altersversorgungswerks „Metall-Rente" wird, das gemeinsam vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall und von der IG Metall getragen wird.

14 TAGE

22.-24.11. DGB, „CHANCENGLEICH… und alles ist anders", Bundesfrauenkonferenz, Berlin

23.-25.11. DGB-Jugend Sachsen-Anhalt, Zukunftswerkstatt „Part(y)zipa(k)tion", Magdeburg

25.11. Terre des Femmes, DGB, bundesweiter Aktionstag zum Thema „Gewalt gegen Frauen"

29.11.-1.12. DGB, Bundesjugendkonferenz, Berlin

30.11./1.12. GEW, Tagung „Gender Mainstreaming als Politikkonzept der GEW", Nürnberg

4.12. DGB-Bundesvorstand, Beschlussfassung über die satzungsändernden Anträge für den DGB-Bundeskongress im Mai 2002

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Gespräche, aber keine Absprachen: DGB-Chef Klaus Zwickel und Bundeskanzler Gerhard Schröder bei ihrem Treffen am 26. Oktober"

Bildunterschrift im Handelsblatt vom 12. November. Auf dem Foto sind der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte und Bundeskanzler Gerhard Schröder zu sehen, nicht aber der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel, der ebenfalls an dem Treffen teilgenommen hat.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 03.12.2001 21/01

DGB

Gleichstellung in der privaten Wirtschaft

Bundesregierung übt noch

Die Gewerkschaftsfrauen halten an ihrer Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft fest. Das haben die Delegierten der DGB-Bundesfrauenkonferenz vom 22. bis 24. November in Berlin bekräftigt. Sie verlangen, dass ein wirksames Gleichstellungsgesetz in die Wahlaussagen des DGB für die nächste Legislaturperiode aufgenommen wird.

Ein solches Gesetz war von Rot-Grün bereits 1998 versprochen worden. „Davon ist nur eine unverbindliche Vereinbarung zwischen der Regierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft übrig geblieben", so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Die Bundesregierung dürfe nicht vergessen, dass sie ihren Wahlsieg vor allem den Frauen zu verdanken habe. Eines der zentralen Projekte im Koalitionsprogramm „Frau und Beruf" sei das Gleichstellungsgesetz gewesen.

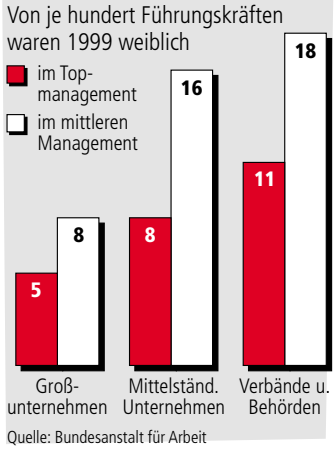
In ExpertInnen-Gruppen oder Dialogforen arbeiteten seit 1999 Gewerkschafterinnen mit VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft an einem Konzept für ein mehrstufiges Gesetz, das in der ersten Stufe nur einen Handlungsrahmen vorschreibt. Sanktionen wären danach erst vorgesehen, wenn die Betriebe keinerlei Maßnahmen ergriffen.

Doch selbst zu einem Gesetz, das den Betrieben viel Spielraum lässt, waren die Arbeitgeberverbände nicht bereit. Am 3. Juli 2001 sicherten sie in der Vereinbarung mit der Bundesregierung lediglich zu, ihren „Mitgliedern betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit sowie der Familienfreundlichkeit zu empfehlen". Im Gegenzug versprach die Regierung, zunächst auf das Gesetzesvorhaben zu verzichten. Eine erste Bilanz der Vereinbarung soll 2003 gezogen werden.

Für Bundesfrauenministerin Christine Bergmann (SPD) ist die Kritik an dieser Vereinbarung „nicht nachvollziehbar". Schließlich müsse die Wirtschaft nachweisen, dass sie sich erfolgreich um die Gleichstellung bemühe. Zudem würde die Umsetzung von einer mit VertreterInnen der Regierung und der Arbeitgeberverbände hochrangig besetzten Arbeitsgruppe begleitet.

Topmanagement: Männer unter sich

Von je hundert Führungskräften waren 1999 weiblich



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

DGB einblick / Nachdruck frei

Gerade mal fünf Prozent beträgt in Großunternehmen der Frauenanteil im Topmanagement. Die besten Karrierechancen haben Frauen im öffentlichen Dienst: Elf Prozent der Top-Positionen sind dort von Frauen besetzt. Anders als in der privaten Wirtschaft ist im öffentlichen Dienst Gleichstellung gesetzlich geregelt.

Falls 2003 die Erfolgskontrolle negativ ausfiele, „dann gibt es das Gesetz", betonte Bergmann auf der Frauenkonferenz. Das Gesetz liege in der Schublade bereit, und die Vereinbarung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft sei auch eine „gute Übung" dafür.

Kriterien für die Umsetzung der Vereinbarung existieren indes bisher nicht. Am 10. Dezember soll die Arbeitsgruppe erneut tagen. Die DGB-Frauen erwarten, dass dann endlich Kriterien vorgelegt werden. Derzeit erarbeiten sie eigene Prüfkriterien zur Beurteilung der betrieblichen Gleichstellungspolitik. Der DGB-Bundesfrauenausschuss hat außerdem ein Aktionsprogramm entwickelt, mit dem DGB und Gewerkschaften ihren Beitrag zu mehr Chancengleichheit auf verschiedenen Handlungsfeldern festschreiben. Das Papier soll bald in den DGB-Bundesvorstand eingebracht werden. •

plusminusBERLIN

+ *Der PDS-Abgeordnete Walter Kaczmarcyk soll auf die Nachzahlung von Arbeitslosengeld verzichten. Das fordert der PDS-Fraktionsvorstand im Berliner Abgeordnetenhaus. Kaczmarcyk, bereits seit 1995 Abgeordneter, hatte gerichtlich die Nachzahlung von 30 000 Mark durchgesetzt.*

− *Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) hat es abgelehnt, eine Aufklärungskampagne des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen zur Riester-Rente zu finanzieren. Für die Anbieterkontrolle und die verbraucherchernahe Begleitung der Rentenreform habe der Verband keine Mittel zu erwarten.*

inhalt

Seite 3
Das Glas ist erst halb voll
Das Bündnis für Arbeit kommt auf den Prüfstand – eine Generalabrechnung ist jedoch nicht zu erwarten

Seite 5
Der Name ist Programm
Das „junge forum", vor 40 Jahren gegründet, wollte nie kulturelles Sprachrohr des DGB sein

Seite 7
Allein Erziehende allein gelassen
Das Kindergeld wird zwar erhöht, allein Erziehende aber profitieren davon nicht – ihr Haushaltsfreibetrag wird gestrichen. Der Berliner Journalist Christian Hülsmeier wundert sich, dass die Gewerkschaften dagegen nur mit Pressemitteilungen protestieren

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.europarl.eu.int/home/default_de.htm
Die Homepage des Europäischen Parlaments

Im Faxabruf
0211 / 43 01 657
„Der Euro-Zug rollt" Auszüge aus dem DGB-Ratgeber zur neuen Währung

Kombilohn

DGB befürwortet Ausweitung des Mainzer Modells

Der DGB begrüßt die geplante Ausweitung des Mainzer Modells staatlich subventionierter Niedriglöhne auf das gesamte Bundesland Rheinland-Pfalz. Von den vier im Bündnis für Arbeit verabredeten Modellprojekten in Rheinland-Pfalz und Brandenburg, im Saarland und in Sachsen ist das Mainzer Modell das erfolgreichste. Es hat nach einem Jahr Laufzeit 654 Beschäftigungsverhältnisse gebracht, das Saar-Modell 128. Im einen Fall erhalten ArbeitnehmerInnen einen Zuschuss zu ihren Sozialabgaben und einen Kindergeldzuschuss, im anderen Fall werden die Arbeitgeber subventioniert. Die Modellversuche enden 2005.

Obwohl auch das Mainzer Modell nur relativ erfolgreich ist, hält DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy es für „richtig, damit in die Fläche zu gehen". Adamy verspricht sich davon Anregungen zur Weiterentwicklung gezielt einsetzbarer Förderinstrumente. Einem begrenzten Personenkreis könnten damit Wege aus der Arbeitslosigkeit gewiesen werden, große Effekte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien jedoch nicht zu erwarten. •

geplant... beschlossen

Die Vermögens- und Treuhandgesellschaft (VTG) des DGB wird sich treuhänderisch für den DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz an der „tbs-gmbh Gemeinnützige Gesellschaft zur Technologieberatung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz" beteiligen. Das hat der GBV vorgeschlagen. Zudem soll sich die VTG für die DGB-Region Westpfalz mit einer Einlage an der „Interkulturelles Kompetenzzentrum Rheinland-Pfalz GmbH" beteiligen.

EU-Parlament

Öffentlicher Nahverkehr bleibt Sache der Kommunen

Das Europäische Parlament hat sich dafür ausgesprochen, die Zuständigkeit für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bei den Kommunen zu belassen. Der Entwurf der EU-Kommission zur Vergabe von Aufträgen im ÖPNV, der eine generelle Ausschreibungspflicht für alle ÖPNV-Leistungen vorsah, wurde Mitte November zu Gunsten der kommunalen Entscheidungsfreiheit und des Schutzes der Arbeitnehmerrechte erheblich verändert. Das Recht der zuständigen Behörde, Nahverkehr anzubieten, ohne eine Ausschreibung vorzunehmen, soll nach dem Willen der Parlamentarier fortbestehen. „Verschiedene Gerichtsurteile und vor allem das Subsidiaritätsprinzip stützen diese Auffassung", so Willi Piecyk, Abgeordneter der sozialistischen Fraktion im EU-Parlament. Bis zu einem Volumen von einer Million Euro sollen die Behörden Aufträge direkt vergeben können. Dienstleister, die fortlaufend soziale Standards missachten, sollen von der Auftragsvergabe ausgeschlossen sein. „Nach dem Willen des Parlaments", so Piecyk, „wird es keinen Wettbewerbsvorteil durch Lohndumping geben". Wenn der Abschluss eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu einem Wechsel des Betreibers führt, soll der neue Betreiber den Beschäftigten die Rechte gewähren, die diese vor dem Wechsel innehatten. Beschlossen wurde außerdem eine Übergangsfrist von acht Jahren zur Vorbereitung auf den Wettbewerb für die ÖPNV-Unternehmen, die Vertragslaufzeiten wurden auf acht Jahre für Busdienste und 15 Jahre für Schienendienste angehoben. •

wiewardiewoche?

Mehr als 70 000 Gewerkschaftsmitglieder aus ganz Europa werden am 13. Dezember in Brüssel für ein soziales Europa demonstrieren. Manfred Wotke, 47, Sekretär des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, sorgt dafür, dass allein aus Deutschland fast 80 Busse ihren Weg zur EGB-Kundgebung finden werden.

70 Prozent aller Entscheidungen des Bundestags sind nichts anderes als die Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht. Deshalb ist es an der Zeit, dass die Gewerkschaften der europäischen Politik mehr Gewicht beimessen. Wir müssen Europa endlich als Realität wahrnehmen, wenn wir unser Gewicht bei der Ausgestaltung der EU geltend machen wollen. Denn jetzt entscheidet sich, welche Verfassung sich das künftige Europa geben wird. Und darüber darf nicht hinter verschlossenen Türen entschieden werden, wir müssen unsere Forderungen auf die Straße tragen.

Mehr als 70 000 Gewerkschaftsmitglieder aus ganz Europa, vor allem aus Frankreich, den Benelux-Staaten, Deutschland und Italien, wollen am 13. Dezember in Brüssel ihrer Forderung nach einem sozialen Europa und nach besseren Arbeitsplätzen Nachdruck verleihen. Wir haben den Tag gewählt, weil sich zeitgleich auch die Regierungschefs der EU im belgischen Laeken zu ihrem Gipfel treffen. Ihnen wollen wir das Feld nicht überlassen.

Die Demonstration findet mitten in der Woche, an einem Donnerstag, statt. Deshalb ist es nicht ganz einfach, Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland für die Demo zu mobilisieren. Denn wer mitwill, muss an diesem Tag frei haben, weil der 13. zum Beispiel in seine Freischicht fällt oder weil er an diesem Tag Überstunden abbauen kann. Oder er muss für die Demonstration Urlaub nehmen. Trotzdem werden mindestens 3000 bis 4000 ArbeitnehmerInnen aus Deutschland mit nach Brüssel fahren, vor allem aus den grenznahen Regionen, aus den Landesbezirken Baden-Württemberg und Saar, aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Damit es noch mehr werden, helfe ich nicht nur den Gewerkschaften vor Ort, genügend Busse bereitzustellen und Informationen über den Demonstrationsablauf zu verteilen, sondern reise seit Wochen von einem Gewerkschaftstreffen zum nächsten. Meine Erfahrung: In den Köpfen ist Europa längst angekommen. Aber auf der politischen Ebene müssen die Gewerkschaften Europa noch viel mehr Gewicht geben.

Bündnis für Arbeit

Das Glas ist erst halb voll

Zur Jahreswende 2001/2002 werde eine Bilanz des Bündnisses für Arbeit gezogen, verkündete der DGB-Bundesvorstand im Frühjahr. Diese Bilanz wird's auch geben, aber nicht im Stil einer Generalabrechnung. „Wir schreiben unsere Zwischenbilanz fort", hängt Hans Joachim Schabedoth, Leiter der Grundsatzabteilung des DGB, die Erwartungen tiefer.

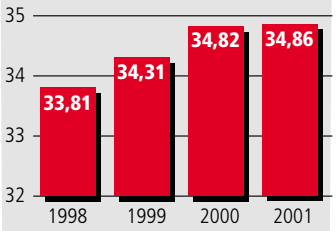
Die Wirtschaft stagniert, sogar eine Rezession droht. Das Bruttoinlandsprodukt, der Geldwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen, legte im dritten Quartal 2001 nur um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal zu. So niedrig war das Wachstum seit Anfang 1997 noch nie.

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt wohl bei rund 3,9 Millionen liegen – und damit so hoch sein wie im vergangenen Jahr. Nächstes Jahr erwartet der Sachverständigenrat im Schnitt sogar vier Millionen Erwerbslose. Bundeskanzler Schröder ist mittlerweile von seinem Ziel abgerückt, im Wahljahr 2002 die Zahl der Arbeitslosen unter 3,5 Millionen zu drücken. Und er findet das „bedauerlich". Hausgemachte Gründe für die wieder anschwellende Arbeitslosigkeit kann er jedoch nicht entdecken und verweist auf die weltweite Konjunkturschwäche. Der gewerkschaftsnahe Wirtschaftsweise Jürgen Kromphardt sieht das ähnlich. Die drei entscheidenden Ursachen der miesen Lage seien die schlappe US-Konjunktur, der Ölpreisschock und der Konsumverzicht auf Grund des BSE-Skandals. Also nichts, wofür die Regierung verantwortlich wäre.

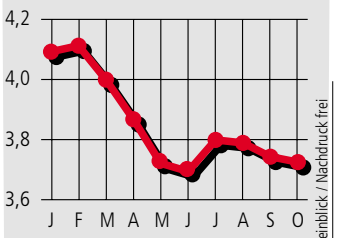
Gleichwohl beweist die steigende Zahl der Arbeitslosen, dass das Bündnis für Arbeit sein Hauptziel verfehlt hat. Drastischer drückt das IG Metall-Vize Jürgen Peters aus: Außer „salbungsvollen Reden" sei im Bündnis „nichts" für die Beschäftigung herausgekommen. Auch das zweite wichtige Vorhaben, die Zahl der Jobs zu steigern, lässt sich nicht auf der Habenseite verbuchen. Ein Großteil des Zuwachses bei den Erwerbstätigen beruht eher auf der neuen Sozialversicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte als auf zusätzlichen Einstellungen der Unternehmen. Und auch deren Ausbildungsanstrengungen lassen zu wünschen übrig: Von den 1,2 Millionen Betrieben in Deutschland bilden nur noch 35 Prozent aus. Statt ihre Beschäftigten weiterzubilden, riefen die Unternehmer nach der Greencard.

Stillstand auf dem Arbeitsmarkt

Zahl der ArbeitnehmerInnen 1998 – 2001, III. Quartal (in Mio)



Zahl der Arbeitslosen 2001, Januar bis Oktober (in Mio)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt

DGB einblick / Nachdruck frei

Die Zahl der ArbeitnehmerInnen im dritten Quartal 2001 stagniert, sie ist mit der im dritten Quartal 2000 nahezu identisch. Die Zahl der Arbeitslosen von bisher durchschnittlich 3,86 Millionen in diesem Jahr gleicht der von 2000 (3,89 Millionen) fast aufs Haar.

Die Arbeitsmarktbilanz sei „unbefriedigend" und die Arbeitsmarktentwicklung „enttäuschend", hat der DGB-Bundesvorstand schon vor acht Monaten festgestellt. Beim nächsten, dem achten Bündnistreffen, das voraussichtlich Mitte Dezember stattfindet, dürfte sein Urteil härter ausfallen. Dennoch trägt sich keine Gewerkschaft ernsthaft mit Ausstiegsgedanken oder zweifelt den Sinn der Kanzlerrunden grundsätzlich an. Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE): „Wenn wir feststellen, dass die Fortschritte ungenügend sind, müssen wir uns überlegen, wie man die Vereinbarungen verbindlicher regelt."

Der erste Versuch könnte noch vor Weihnachten stattfinden. Womöglich beim Reizthema Überstunden. Dass der Berg von 1,85 Milliarden bezahlten Überstunden im Jahr 2000 trotz gegenteiliger Arbeitgeberzusagen noch nicht merklich geschrumpft ist, bringt die Gewerkschaften zunehmend in Rage. Hatte DGB-Chef Dieter Schulte bislang ein Gesetz gegen Überstunden eher zurückgewiesen, so bringt er jetzt gesetzgeberische Aktivitäten gegen die Mehrarbeit ins Spiel.

Grundsätzlich wollen die Gewerkschaften die Bündnisarena nutzen statt meiden. „Das Glas ist erst halb voll, da muss mehr rein", sagt DGB-Mann Schabedoth. Es gebe bereits „eine Reihe von Vereinbarungen und Erfolgen", die es ohne das Bündnis so nicht gegeben hätte: zum Beispiel den Konsens über Tarifgespräche zur Qualifizierung und zum Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge, die jetzt ausgeweiteten Modellprojekte zur Beschäftigung gering Qualifizierter und Langzeitarbeitsloser, den Ausbau der Altersteilzeit, die Absicherung von Arbeitszeitkonten, die Jobrotation, den Rechtsanspruch auf Teilzeit und das neue Job-Aqtiv-Gesetz, das die Chancen einer passgenauen Vermittlung Arbeitsloser erhöht. •

DGB: Staat muss handeln

Der DGB hat Vorschläge zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung gemacht. Denn Deutschland befinde sich am Rande einer Rezession, erklärte Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer. Wenn der Sturz in die tiefe Krise vermieden werden soll, müsse der Staat handeln: „Sofort und nicht erst morgen!"

Auf keinen Fall dürfe der Staat auf konjunkturbedingte Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben sowie auf Mehrausgaben wegen Arbeitslosigkeit mit zusätzlichen Sparoperationen reagieren. Im Gegenteil, eine höhere Neuverschuldung müsse hingenommen, öffentliche Investitionen müssten so weit wie möglich vorgezogen werden.

Würde der Anteil von 1,8 Prozent auf den europäischen Schnitt von 2,5 Prozent angehoben, entspräche das einem zusätzlichen Investitionsvolumen von 30 Milliarden DM.

Die für 2003 geplanten Steuersenkungen sollten aber nicht vorgezogen werden, insbesondere bei hohen Einkommen würde sonst ein Teil „in einer stärkeren Ersparnis versickern".

Im Faxabruf

0211 / 43 01 662

DGB-Vorschläge zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung (Auszüge)

PROJEKTE UND PARTNER

connexx.av-Befragung

Medienberufe: Nicht nur Traumjobs

Die Arbeitsbedingungen in der Medienbranche lassen zu wünschen übrig: Die Arbeitszeiten sind überlang, zwei Drittel der Beschäftigten sind mit den betrieblichen Qualifizierungsangeboten unzufrieden, und fast die Hälfte empfindet ihr Privatleben als durch den Beruf stark belastet. Das sind Ergebnisse einer Befragung von Medienschaffenden, die das ver.di-Projekt connexx.av organisiert hat.

Im privaten Rundfunk, in der Filmwirtschaft und den audiovisuellen Produktionsbetrieben arbeiten weit über 50 000 freie und fest angestellte Beschäftigte – oft unter völlig ungeregelten Verhältnissen. Zwar hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in diesem Wirtschaftssektor drei Flächentarife abgeschlossen, sie decken jedoch lediglich einen Bruchteil der Branche ab.

In Kooperation mit WissenschaftlerInnen der „AG Befragungen im Betrieb" hat connexx.av im Laufe des Jahres 2000 erstmals

eine bundesweite Befragung zur Arbeitssituation im privaten Rundfunk und in der Film-, Fernseh- und AV-Branche durchgeführt. Ihre Ergebnisse sind jetzt als Broschüre erhältlich. Mit erläuternden Kommentaren werden sie anschaulich dargestellt. •

connexx.av, Rhonestraße 2
60528 Frankfurt/M.
Fax 069 / 663 000 659
mail@connexx-av.de

WSI-Tarifarchiv

Wer verdient wie viel?

Was verdient man eigentlich als VerkäuferIn, ArzthelferIn oder ChemikantIn? Die Antwort steht im Internet-Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Die Übersicht ausgewählter Löhne und Gehälter ist nach Berufen und Branchen sortiert. •

www.boeckler.de/wsi/tarchiv/swredirect.cgi?target=299

Unterschriftenaktion

Menschenwürde statt Gentechnik

Das „Bündnis Menschenwürde" will der Biotechnologie Grenzen setzen und sammelt deshalb Unterschriften. Die von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen gegründete Initiative tritt gegen das Klonen menschlicher Embryonen ein. •

Bündnis Menschenwürde
c/o Lebenshilfe Berlin
Wallstraße 15/15a, 10179 Berlin
Fax 030 / 82 99 98 199
www.buendnismenschenwuerde.de

DGB-Bildungswerk

Islam in der Arbeitswelt

Der Alltag der Muslime in Deutschland steht im Mittelpunkt des Seminars „Islam in der Arbeitswelt" vom 10. bis 14. Dezember in Bonn. Während der Veranstaltung des DGB-Bildungswerks wird auch die Frage diskutiert, welche Anforderungen islamische KollegInnen an Gewerkschaften haben. •

DGB-Bildungswerk
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Fax 0211 / 43 01 134

Altersversorgung I

Mehr Rente vom Betrieb

Das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium wirbt kräftig für die betriebliche Altersvorsorge. Die kostenlose Broschüre „Initiativ in NRW. Einkommen der Zukunft: Betriebliche Altersversorgung. Die Grundlagen. Die Förderung." soll von den Vorteilen der neuen Betriebsrente überzeugen (Bestellnummer 1043). Sie sei „die bundesweit detaillierteste und umfangreichste Informationsschrift zu dem Thema", so Arbeitsminister Harald Schartau (SPD). •

Gemeinnützige Werkstätten Neuss
Fax 0 21 31 / 74 50 21 32

Meister-Bafög

Mehr Geld im nächsten Jahr

Angehende Meister fördert die Bundesregierung im kommenden Jahr mit zusätzlichen 100 Millionen Mark. Wer das Meister-Bafög beantragen kann und wie hoch der zinsgünstige Förderkredit individuell ausfällt, verrät die Zeitschrift Finanztest der Stiftung Warentest in ihrer Dezember-Ausgabe. •

www.finanztest.de

Altersversorgung II

Wegweiser zur Riester-Rente

Informationen zur staatlich geförderten Zusatzvorsorge bietet der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) in einer Broschüre an. Das kostenlose Heft „Die Riesterrente – 100 Fragen und Antworten" enthält auch eine Checkliste für Gespräche mit Anbietern von Vorsorgeprodukten. •

VDR, Eysseneckstraße 55
60322 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 15 22 310

Ratgeber

Kein Recht auf Abfindung

Wird vor Gericht über eine Kündigung gestritten, einigen sich Firma und Betroffene in 50 Prozent der Fälle auf eine Abfindung. Doch wer das Geld annimmt, verzichtet endgültig auf seinen Job. Was bei den Zahlungen sonst noch zu beachten ist; und dass es bei einer Kündigung keinen generellen Rechtsanspruch auf eine Abfindung gibt, steht im Ratgeber „Aufhebungsvertrag und Abfindung" von Jens Peter Hjort. •

Bund-Verlag, Franfurt/M. 2001,
235 Seiten, 29,14 Mark/19,90 Euro

interregio

••• Das ***Bildungsförderwerk Arbeit und Leben Sachsen*** betreut in der Region Leipzig das ***Projekt*** „Gemeinsam in Arbeit und Ausbildung!" (GIAA) gegen Fremdenfeindlichkeit. GIAA richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene und will besonders in Betrieben und Berufsschulen mit seiner Arbeit ansetzen. Vermittelt werden Strategien zur Gewaltprävention und Konfliktlösung sowie gegen fremdenfeindliches Verhalten. Die Maßnahmen des Projekts sollen später als „Ausbildungsmodule" in Schulen verwendet werden können. GIAA hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird aus Mitteln des Bundesprogramms XENOS gefördert. Mehr Infos: Kerstin Schöne, Tel. 0341 / 212 31 66

••• Der ***DGB Bayern*** hat eine ***Kampagne*** unter dem Motto „gesund versichert – auch in zukunft!" gestartet. Ihr Ziel ist, Parteien und PolitikerInnen davon zu überzeugen, dass „ein erstklassiges Gesundheitswesen für alle" sinnvoll und finanzierbar ist.
Mehr Infos: Lorenz Ganterer, Tel. 089 / 51 70 02 19 (http://home.t-online.de/home/lorenz.ganterer)

40 Jahre „junges forum"

Ein Ort der Begegnung

Der Name ist Programm: Das „junge forum", die Kulturwerkstatt der Gewerkschaftsjugend, wollte nie kulturelles Sprachrohr des DGB sein, sondern vor allem jungen Menschen ein offenes Forum, eine Kommunikationsplattform, bieten.

Gleich doppelt wird am 7. Dezember im Festspielhaus in Recklinghausen Jubiläum gefeiert: Vor 40 Jahren, 1961, wurde das „junge forum", die Kulturwerkstatt der Gewerkschaftsjugend, gegründet. Und bereits zum zehnten Mal findet 2001 das „UnArt"-Festival statt. Mit dieser Reihe, die Musik, Theater, Comedy, Kabarett und Literatur von „artig bis unartig" präsentiert, beschreitet das „junge forum" konsequent – und von Beginn an mit guter Resonanz – eigene Wege in Sachen Unterhaltung jenseits ausgetretener Kleinkunstpfade und Mainstream-Komik. Die „UnArt"-Reihe ist nur ein Beispiel für die kreativen Spielräume, derer sich das „junge forum" gern annimmt. Kultur hat seit 40 Jahren für die MacherInnen des Forums vor allem etwas mit Kommunikation und Mitmachen zu tun, wenig mit Konsum, Starkult oder auch Agitprop. Mit seiner Arbeit hat sich das „junge forum" immer wieder in die (jugend)kulturellen Entwicklungen eingemischt und eigene Impulse gesetzt.

Das Foto entstand 1977 bei einem Modern Dance Workshop des „jungen forums".

Entstanden ist es aus den „Kulturtagen der Gewerkschaftsjugend", zu denen sich in den 50er Jahren junge GewerkschafterInnen aus dem Ruhrgebiet in Recklinghausen trafen. Dort waren 1946 die Ruhrfestspiele von den Gewerkschaften mit begründet worden, um Theater und Kultur den Kumpeln aus dem Revier zugänglich zu machen. Bei den Kulturtagen wurde aufgeführt, was in der Freizeit einstudiert worden war: Volkstanz, Chorgesang, Akkordeon-, Mundharmonika- und Orchestermusik.

Zu den Laienspielgruppen gesellten sich bald politisches Kabarett und begleitende Seminare. Nach und nach entwickelten sich die Kulturtage zu einem Forum, auf dem sich Jugendliche aller Gruppierungen trafen – zu einem „jungen forum".

In den 60ern war das „junge forum" vor allem eine Institution der Ruhrfestspiele, die junge BesucherInnen an das Theaterprogramm der Festspiele heranführte und das Programm mit eigenen Inszenierungen erweiterte. In den 70er Jahren entwickelte das „junge forum" zunehmend ein eigenständiges Profil mit bundesweiten, unabhängigen Programmen. Seit 1996 ist das „junge forum" eine gemeinnützige GmbH, an der zu jeweils 50 Prozent die Stadt Recklinghausen und der DGB beteiligt sind.

Obwohl das „junge forum" mit $2^1/_4$ festen Stellen heute personell nicht gerade üppig ausgestattet ist, ist das Programm Jahr für Jahr beachtlich. „In den Projekten arbeiten Honorarkräfte mit, ansonsten wäre die Arbeit nicht möglich", erläutert Geschäftsführerin Julia Diamé. Gemeinsam mit den Ruhrfestspielen gestaltet man nach wie vor jedes Jahr in Recklinghausen das Kulturvolksfest am 1. Mai, mit rund 150 000 Besuchern eines der größten Events am Tag der Arbeit. In Kooperation mit den Ruhrfestspielen oder der Gewerkschaftsjugend finden auch alljährlich Theater- und Konzertreihen statt, wie etwa die „Heimatklänge", ein Festival der Weltmusik. Einen großen Stellenwert nimmt die kulturpädagogische Arbeit mit jungen Menschen in Workshops, Wettbewerben, Projekten und Seminaren ein. Ein Beispiel dafür ist das Jugendkulturprojekt „Bilder aus der Zukunft", das gemeinsam mit der IG BCE-Jugend auf der EXPO 2000 in Hannover präsentiert wurde. Unterstützt von KünstlerInnen setzten sich sechzig Jugendliche in Workshops künstlerisch mit Zukunftsfragen auseinander. Es entstanden dreidimensionale Traumwelten, filmische Zeitreisen, Foto-, Schwarzlicht- und Klanginstallationen, die auf der Weltausstellung viel Beachtung fanden.

Das „junge forum" ist überdies Geschäftsstelle des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an" und gibt das „Kulturinfo" heraus, eine Übersicht über die freie Musik- und Theaterszene in Deutschland. Außerdem steht das „junge forum" DGB und Gewerkschaften zur Seite, wenn beispielsweise Kulturprogramme auf Kongressen oder Bundesjugendtreffen organisiert werden müssen. So hat es 2001 unter anderem das Abendprogramm bei den Jugendkongressen von IG BCE und DGB gestaltet und die DGB-Jugend NRW bei der „Job Parade" am 1. Mai in Dortmund unterstützt. „Solche Kooperationen mit den Gewerkschaften wollen wir noch ausbauen", sagt Julia Diamé. •

Selbstverständnis und Profil

Das „junge forum" will eine Plattform für den offenen Gedankenaustausch und ein Ort kulturpädagogischer Praxis sein. Es soll

- ***den Dialog zwischen verschiedenen Kulturen fördern***
- ***den selbstbewussten und eigenständigen kulturellen Ausdruck der Jugend fördern***
- ***verkrustete Denk- und Wahrnehmungsstrukturen aufbrechen, Urteils- und Handlungsfähigkeit stärken***
- ***die Phantasie beflügeln***
- ***Menschen ins Gespräch bringen und zum gemeinsamen Handeln ermutigen***

Das „junge forum" organisiert

- ***Workshops, Wettbewerbe, Projekte und Seminare für junge Menschen mit künstlerischen und politisch-kulturellen Inhalten***
- ***Kulturveranstaltungen bzw. künstlerische Programmpunkte im Rahmen von Gewerkschaftskongressen, Freizeiten oder Paraden***

Das „junge forum" fungiert außerdem als Geschäftsstelle des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an" und ist für den Vertrieb der Materialien wie „Gelbe Hand"-Sticker, -Pins oder -Folder zuständig.

junges forum
Otto-Burrmeister-Allee 1
45657 Recklinghausen
Tel. 0 23 61 / 91 84 80
Fax 0 23 61 / 91 84 85
jungesforum@kulturinfo.de
www.kulturinfo.de

kurz&bündig

Nach dem Austritt von RTL aus dem Tarifverband Privater Rundfunk (TPR) haben ver.di und der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) mit dem Privatsender einen Haustarifvertrag abgeschlossen. Er sieht eine Gehaltserhöhung von 2,5 Prozent zum Januar 2002 vor. Zuvor hatte RTL bereits die Weiterführung des Manteltarifvertrags zugesichert. Nach dem Austritt von RTL organisiert der TPR jetzt ausschließlich Radiosender.

Die NGG hat die Preisträger ihres Journalistenpreises zum Thema „Qualität für Lebensmittel und Arbeitsplätze" ausgezeichnet. Der mit 5000 Mark dotierte erste Preis ging an Michael Houben und Thomas Liesen für das WDR-Umweltmagazin „Dschungel".

Sollte das Prostituiertengesetz in Kraft treten, könnten sich auch Huren als Arbeitnehmerinnen oder Freiberuflerinnen gewerkschaftlich organisieren. Sie würden dem Fachbereiche 13 („Besondere Dienstleistungen") von ver.di angehören. Das Prostituiertengesetz befindet sich derzeit im Vermittlungsausschuss.

Die GdP protestiert gegen Pläne des Berliner Senats, PolizeibeamtInnen Namensschilder tragen zu lassen. Das kriminelle Milieu könne sonst die Privatadressen der BeamtInnen ausforschen und deren Familien terrorisieren.

DGB-Bundesfrauenkonferenz

Nein zum Militäreinsatz der Bundeswehr

Die DGB-Bundesfrauenkonferenz hat sich gegen einen militärischen Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ausgesprochen. „Krieg als Antwort auf Terrorakte ist keine Lösung. Den Militäreinsatz deutscher Soldaten lehnen wir ab", heißt es in einem Initiativantrag, den die Konferenz am 24. November in Berlin beschloss. Die Gewerkschaftsfrauen fordern die Bundesregierung auf, „alles daran zu setzen, dass der Krieg in Afghanistan umgehend beendet wird". Eine politische Neuordnung in dem Land dürfe „nicht ohne die gleichberechtigte Beteiligung der afghanischen Frauen" zu Stande kommen. Außerdem soll nach Auffassung der DGB-Frauen der UNO eine zentrale Rolle bei der demokratischen Umgestaltung der Weltordnung zukommen. Unter ihrem Dach müsse eine internationale Strafverfolgungsbehörde eingerichtet werden. •

Im Internet:
www.einblick.dgb.de
Im Faxabruf: 0211 / 43 01 669

DGB-Rechtsschutz

Gewerkschaften wollen 40 Millionen investieren

Der Rechtsschutz soll über 2002 hinaus als gemeinsame Dienstleistung der Gewerkschaften unter dem Dach des DGB fortgeführt werden. Die Flächenpräsenz der DGB Rechtsschutz GmbH soll auf der Basis der jetzt bestehenden Rechtsschutzbüros erhalten bleiben. Die Qualität des Rechtsschutzes soll bis 2005 durch Investitionen in Höhe von 40 Millionen Mark (20,5 Millionen Euro) verbessert werden. Das sieht eine Beschlussvorlage für die DGB-Bundesvorstandssitzung am 4. Dezember vor, auf die sich die Gewerkschaften nach jahrelangen Auseinandersetzungen bereits Anfang Oktober im Grundsatz verständigt haben.

Grundlage des geplanten Beschlusses sind die Empfehlungen, die eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des IG Metallers Klaus Lang Anfang Juli vorgelegt hatte (*einblick* 13/01). Sie hatte die Auffassung vertreten, dass es für alle Gewerkschaften kostengünstiger sei, den Rechtsschutz als gemeinsame Einrichtung unter dem Dach des DGB zu erhalten. Zudem hatte die Arbeitsgruppe vorgeschlagen, der Rechtsschutz GmbH, die bislang 40 Prozent der DGB-Einnahmen erhält, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie auch bei rückläufigen Mitgliederzahlen ihre jetzige Flächenpräsenz aufrecht erhalten kann. Über das 40 Millionen Mark schwere Innovationsprogramm hinaus soll die Rechtsschutz GmbH hierfür nach der jetzt vorliegenden Beschlussempfehlung bis 2005 eine Grundsicherung von „nicht unter 115 Millionen DM" (58,8 Millionen Euro) pro Jahr erhalten. Falls die Grundsicherung die 40-Prozent-Marke übersteigt, soll der Differenzbetrag über den Solidaritätsfonds der Gewerkschaften finanziert werden. Zudem soll künftig jede DGB-Gewerkschaft einen Vertreter in den Aufsichtsrat der DGB Rechtsschutz GmbH entsenden. Dazu wird die Zahl der Anteilseigner von acht auf zehn aufgestockt, die der Arbeitnehmervertreter von vier auf fünf. •

Öffentlicher Dienst

Riester-Rente ab 2002 möglich

Die Bundestarifkommission der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat am 26. November das Verhandlungsergebnis zur Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst gebilligt. Am 13. November hatte sich ver.di mit den öffentlichen Arbeitgebern von Bund, Ländern und Gemeinden darauf verständigt, die Zusatzversorgung ab 1. Januar 2002 in eine Betriebsrente nach dem Betriebsrentengesetz umzuwandeln. Ansonsten wäre bis 2008 ein Defizit von 15 Milliarden Mark entstanden.

Die Rentenanwartschaften aller 4,8 Millionen Beschäftigten werden in das neue System überführt. Für die heutigen RentnerInnen und die ArbeitnehmerInnen, die älter als 55 Jahre sind, ändert sich nichts. Jüngere müssen mit einer Absenkung des Versorgungsniveaus rechnen. Sie erhalten künftig nach 40 Beschäftigungsjahren 90 Prozent ihrer alten Nettobezüge. Die Differenz von 1,75 Prozentpunkten zum alten Modell gleicht die staatliche Förderung der Altersvorsorge aus, denn auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes können ab Anfang nächsten Jahres die Riester-Rente in Anspruch nehmen.

Die Koppelung der Gesamtversorgung aus gesetzlicher Rente plus Zusatzversorgung ans letzte Nettoeinkommen wird aufgehoben. Die neue Rente wird nicht mehr per Umlage bezahlt, sondern ist kapitalgedeckt. Die Beschäftigten erwerben so genannte Rentenbausteine, deren Größe vom individuellen Alter und vom persönlichen Einkommen abhängt. •

Mehr Infos unter www.verdi.de

Streichung des Haushaltsfreibetrags

Allein Erziehende allein gelassen

Im Januar steigt das Kindergeld. Doch ausgerechnet allein Erziehende, die besonders auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, profitieren nicht davon. Denn parallel hat die Bundesregierung ihnen den Haushaltsfreibetrag gestrichen.

Mit einigem Recht brüstet sich die rot-grüne Koalition, dass der Regierungswechsel 1998 insbesondere Familien zugute gekommen ist. Tatsächlich hat die Bundesregierung das Bafög und das Wohngeld erhöht, mehr Familien erhalten wieder Erziehungsgeld. Und durch den neuen Rechtsanspruch auf Teilzeit fällt es leichter, Beruf und Familie zu vereinbaren. Ab Januar steigt zudem das Kindergeld, zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode: um weitere 30 Mark auf dann 300 Mark pro Monat ab dem ersten Kind, auf 350 Mark ab dem vierten Kind.

Der Stillstand der Ära Kohl ist überwunden, und das wissen auch die Bürger zu würdigen. Familienpolitische Kompetenz schreiben sie heute vor allem der SPD zu, mit einem Vorsprung von 20 Prozent vor der CDU. Die Christdemokraten haben ihr Ansehen als Lobby der Familien vorerst verspielt. Doch die Union schöpft neue Hoffnung, und das nicht ohne Grund. Denn ausgerechnet die Familien, die am stärksten finanzielle Unterstützung benötigen, gehen im kommenden Jahr leer aus. Ausgerechnet **für allein Erziehende zahlt sich das höhere Kindergeld nicht aus.**

Natürlich erhalten auch allein Erziehende mehr Kindergeld, aber gleichzeitig entfällt ihr Haushaltsfreibetrag. Schrittweise schrumpft dieser Steuervorteil für die bereits heute allein Erziehenden. Statt 5616 Mark können sie ab 2002 nur noch 4576 Mark geltend machen (ab 2004: 2324 Mark; ab 2005: kein Haushaltsfreibetrag). Ein-Eltern-Familien, die sich erst im neuen Jahr bilden, genießen keinen „Bestandsschutz". Sie sind bereits ab dem Jahreswechsel um den Steuervorteil gebracht. Im Ergebnis sinkt – trotz höheren Kindergelds – das Netto-Einkommen von allein Erziehenden. Nicht für alle im kommenden Jahr, aber ab 2003 und verstärkt ab 2005. Allein Erziehende mit einem Jahresverdienst von 30 000 bis 60 000 Mark haben dann etwa **600 Mark weniger in der Haushaltskasse.** Das hat der DGB errechnet und in der Anhörung zum „Zweiten Gesetz zur Familienförderung" kritisiert.

Schade, dass es zu mehr Widerstand nicht gereicht hat. Außer der ein oder anderen Pressemitteilung haben die Gewerkschaften in dieser aktuellen Verteilungsfrage nichts zu bieten. Die sonst so streitfreudigen Arbeitnehmerorganisationen gewähren der Bundesregierung bemerkenswerte Schonung.

Natürlich **trägt das Bundesverfassungsgericht die Hauptverantwortung** dafür, dass allein Erziehende künftig schlechter dastehen. Zuerst, 1982, haben Deutschlands höchste Richter die Einführung des Haushaltsfreibetrages für allein Erziehende verfügt, weil diese nicht vom Ehegattensplitting profitieren. Dann, 1998, erkannte Karlsruhe in eben diesem Haushaltsfreibetrag nur für allein Erziehende eine grundgesetzwidrige Benachteiligung der Ehe. Ein wilder Salto rückwärts der roten Roben.

Christian Hülsmeier, 43, lebt als freiberuflicher Journalist in Berlin. Er betreut unter anderem als verantwortlicher Redakteur die Zeitschrift Soziale Sicherheit.

Sicher ist die Bundesregierung durch den Richterspruch gebunden – aber nicht aus der Pflicht. Ein vernünftiger Vorschlag kommt zum Beispiel aus den Reihen des kleinen Koalitionspartners. Ginge es nach den Grünen, dann wären die Kosten der Kinderbetreuung künftig bei der Steuer zu berücksichtigen. Und zwar von der ersten Mark an. Stattdessen können Familien ab 2002 bei den Kinderbetreuungskosten, die 1548 Euro pro Jahr übersteigen, maximal 1500 Euro absetzen. Von dieser Regelung werden nur wenige allein Erziehende profitieren. Ebenso wäre es möglich, den Splitting-Vorteil zu begrenzen. Das eingesparte Finanzvolumen könnte für ein höheres Kindergeld eingesetzt werden, von dem insbesondere allein Erziehenden profitieren, die nichts zum „Splitten" haben.

Dass die Regierung bislang den Eindruck erweckt, als wäre ihr keine andere Wahl geblieben, **liegt auch im halbherzigen Protest begründet:** Allein Erziehende verfügen über keine starke Lobby. Auch nicht in den Gewerkschaften. Sie könnten im Bündnis mit anderen Sozialverbänden verhindern, dass allein Erziehende gegenüber anderen Gruppen der Gesellschaft weiter zurückfallen. Wo bleibt ihr entrüstetes Aufbegehren? Nicht nur die Bundesregierung gefährdet ihre soziale Kompetenz, wenn sich durch ihre Politik die Lebenssituation von allein Erziehenden verschlechtert. Auch die Gewerkschaften kostet es Zustimmung, wenn sie diese Entwicklung stillschweigend tolerieren. •

Kinderfeindlich

Die Familie unterliegt dem besonderen Schutz des Staates. Für Konservative ist dieser Verfassungsauftrag ein gern genutzter Hebel, um alles zu bekämpfen, was nicht ihrem Familienideal entspricht. Für sie geht es beim Schutz der Familie nicht um die Kinder, sondern um die Ehe. Eine Rechtsauffassung, der im November 1998 auch das Bundesverfassungsgericht gefolgt ist. Seither gilt der besondere Steuerfreibetrag für allein Erziehende als grundgesetzwidrig. Die Bundesregierung hat ihn deshalb gestrichen.

Für den Bund der Steuerzahler ist dieser Schritt „ungerecht und rechtlich fragwürdig". Und der Verband allein erziehender Mütter und Väter (VAMV) wirft der Bundesregierung vor, die steuerliche Belastungsfähigkeit von Eltern mit Kindern nicht zu berücksichtigen.

Die SPD-Fraktion verteidigt dagegen die steuerliche Schlechterstellung von allein Erziehenden. Sie sei eine „zwingende verfassungsrechtliche Vorgabe", so der SPD-Fraktionsvize Joachim Poss. Zudem habe die Regierung durch die Stufenlösung bei der Streichung des Freibetrags einen „Worst Case für die allein Erziehenden" verhindert.

Im Internet

www.vamv.de

Kampagne gegen die Streichung des Freibetrags für allein Erziehende

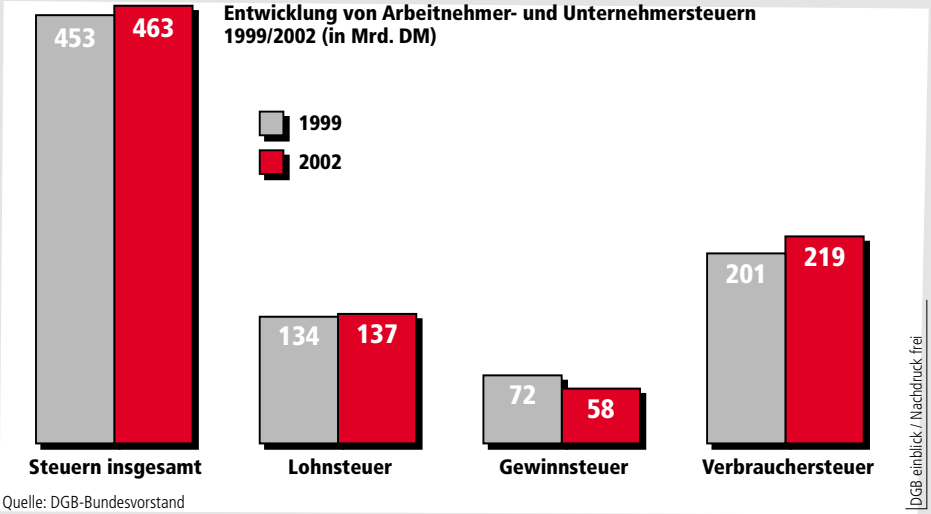
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

STEUERN: Staat begünstigt Unternehmer immer mehr

Die rot-grüne Bundesregierung betreibt die Umverteilung von unten nach oben weiter. Der Anteil der Unternehmenssteuern am Steueraufkommen wird 2002 nur noch 12,5 Prozent betragen (1999: 15,9 %). Der Anteil der Lohnsteuern bleibt zwar annähernd gleich (29,6 % statt 29,5 %), das Lohnsteueraufkommen steigt jedoch absolut um gut zwei Prozent, während das Gewinnsteueraufkommen um mehr als 20 Prozent sinkt. Zudem zahlen die ArbeitnehmerInnen die meisten Verbrauchersteuern – prozentual und absolut.



Quelle: DGB-Bundesvorstand

Tipp

Buch: *Margareta Steinrücke, Helmut Spitzley, Sibylle Raasch u.a. (Hrsg.),* ***Neue Zeiten – neue Gewerkschaften. Auf der Suche nach einer neuen Zeitpolitik,*** *Edition Sigma, Berlin 2001, 348 Seiten, 39 DM*

Was kommt nach dem Abschied der Gewerkschaften von einer weiteren, generellen Reduzierung der Wochenarbeitszeit jenseits der 35 Stunden? Wie ein roter Faden zieht sich diese Frage durch die fast dreißig Beiträge des Diskussionsbandes. Die AutorInnen, Wissenschaftler, Zeit-Forscher und GewerkschafterInnen geben unterschiedliche Antworten. Aber in einem stimmen sie überein: Zeit wird zu einem zentralen Thema der gewerkschaftlichen Politik. Ihre Gestaltung muss in viel höherem Maße individuellen Anforderungen gerecht werden.

Dass einige der Beiträge des sonst spannenden Bandes durchaus mutiger hätten ausfallen können, liegt auch an der langen Produktionszeit des Readers. Grundlage der meisten Beiträge ist das Hattinger Forum „Neue Zeiten – neue Gewerkschaften?" vom Februar 2000: lange vor dem Ausstieg der IG Metall aus der 32-Stunden-Woche.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

6.12. IG Metall, HBS, Internationaler Workshop „Verhaltenskodices in multinationalen Unternehmen", Frankfurt/M.

7.12. DGB Niedersachsen/Bremen, Hochschulpolitische Jahrestagung, Hannover

8.12. DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Landesbezirkskonferenz, Mainz

10.12. ver.di-Gewerkschaftsrat, Beschlussfassung über ein Positionspapier zum Kampf gegen den Terror und zum Krieg in Afghanistan, Berlin

10.12. ver.di, Einweihung der Bundesvorstandsverwaltung, Berlin

10.12. DGB-Bildungswerk, Tagung anlässlich des UN-Tages der Menschenrechte „Jenseits des Tellerrandes? Die Zuwanderungsdebatte im europäischen Kontext", Düsseldorf

15.12. DGB-Jugend Sachsen-Anhalt (Mitveranstalter), Festival „Bunt statt Braun", Magdeburg

personalien

••• Der britische Gewerkschafter ***Guy Ryder,*** 45, Kabinettschef des Generalsekretärs der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf, ist am 21. November vom Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) zum neuen Generalsekretär des IBFG gewählt worden. Er folgt dem Briten ***Bill Jordan,*** 65, der sein Amt aus gesundheitlichen Gründen mit Wirkung zum 31. Dezember 2001 niedergelegt hat.

Schlusspunkt

„Wer den Kopf in den Sand steckt, kann immer noch in den Hintern getreten werden."

Leni Breymaier, ver.di-Landesfrauensekretärin Baden-Württemberg, während der DGB-Bundesfrauenkonferenz am 23. November 2001 in Berlin

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.12.2001 22/01

DGB

DGB-Kampagne zur Betriebsratswahl 2002

Erster Auftritt der Regionen

„Ich arbeite gut. Besser mit Betriebsrat." Das ist die zentrale Botschaft der DGB-Kampagne zu den Betriebsratswahlen 2002.

Das Super-Wahljahr 2002 ist nicht nur Bewährungsprobe für Rot-Grün. Vor der Bundestagswahl im September wird sich bei den turnusgemäßen Betriebsratswahlen vom 1. März bis 31. Mai zeigen, ob die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ihr erklärtes Ziel erreicht: die Zahl der Betriebsräte deutlich zu erhöhen.

Auch für die Gewerkschaften hat der erste Praxistest des neuen Gesetzes eine zentrale Bedeutung. Längst haben sie mit ihren Wahlkampagnen begonnen. Flankiert werden die Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften in Branchen und Betrieben durch eine bundesweite Kampagne des DGB. „Ich arbeite gut. Besser mit Betriebsrat." lautet ihre zentrale Botschaft.

Starten soll die Kampagne im Januar. Sie soll das Thema betriebliche Mitbestimmung auf der Medienagenda im ersten und zweiten Quartal 2002 verankern, ihren Wert sowie die Rolle der Betriebsräte bei der Durchsetzung humaner Arbeitsbedingungen veranschaulichen und die Motivation für die Gründung von Betriebsräten erhöhen. Gleichzeitig bietet die Kampagne den 94 neuen DGB-Regionen die Chance, sich erstmals vor Ort der Öffentlichkeit zu präsentieren.

5 Millionen Mark ist dem DGB die Kampagne wert. Mehr als fünfzig Prozent des Etats stehen dabei den Landesbezirken und Regionen zur Verfügung. Verschiedene zentrale Elemente sollen die von den Regionen und Bezirken initiierten Aktionen unterstützen. So wird es neben der zentralen Pressearbeit und den PR-Aktionen des Bundesvorstandes einen Kampagnen-Newsletter in einer E-Mail- und Printversion geben. Schnelle Informationen bieten ab Ende Januar eine Kampagnen-Homepage (www.besser-mit-betriebsrat.dgb.de) und eine bundesweite Telefonhotline (0180 / 234 00 00). Der DGB-Bundesvorstand hat außerdem ein Bausteinsystem mit Instrumenten für die Aktivitäten vor Ort entwickelt. Die Aktionsideen und Materialien reichen von Veranstaltungsmodulen über Eindruckplakate und dezentrale Anzeigenkampagnen bis hin zu Telefonaktionen, Kinovorführungen und After-Work-Partys.

Im Dezember wollen die Landesbezirke und Regionen ihre konkreten Planungen abschließen. Mehrere Schwerpunkte zeichnen sich bislang ab. Während einige Regionen vor allem auf öffentlichkeitswirksame Aktionen zum Thema Betriebsräte setzen, konzentrieren sich andere auf eine Kopplung von Informationsmaßnahmen und gezielten Aktivitäten zur Neugründung von Betriebsräten in Bereichen, in denen bislang kaum Interessensvertretungen existieren, den so genannten „weißen Flecken", wie etwa den Klein- und Mittelbetrieben. In einigen Regionen sind eigene Projektgruppen gebildet worden, die mit der Übernahme von Patenschaften für neue Betriebsräte die Aktivitäten über den Kampagnenzeitraum hinaus weiterführen wollen. •

plusminusBERLIN

+ *Karl-Josef Laumann, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU, hält die Forderung der IG Metall nach deutlichen Lohnerhöhungen für „sehr verständlich". Seine Begründung: Die Erhöhung der Öko- und Versicherungssteuer sowie steigende Sozialabgaben hätten die Beschäftigten „richtig Geld" gekostet.*

– *Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU, ist gegen die Novellierung des Urheberschutzgesetzes. Er kritisiert den „Zwang zum Schiedsgerichtsverfahren" bei Auseinandersetzungen über die Vergütung und Probleme der Weiterverwertung „bei nicht bekannten Nutzungsarten".*

inhalt

Seite 3
Die Vorteile überwiegen
Was brächte die Einbeziehung der Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung? Eine neue Prognos-Studie zeigt die Konsequenzen auf

Seite 5
Soziale Kompetenz zahlt sich nicht aus
Frauenarbeit wird in Tarifverträgen diskriminiert. Ein ver.di-Projekt liefert Belege dafür

Seite 7
Gefährliche Nebenwirkungen
ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske kritisiert das rot-grüne Sicherheitspaket II: Die Bekämpfung des Terrorismus dürfe nicht zur Einschränkung demokratischer Grundrecht führen

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bma.de

Das ändert sich zum 1. Januar 2002 im Arbeits- und Sozialrecht sowie im Arbeitsförderungsrecht

Im Faxabruf

0211 / 43 01 651

„10 x Qualität für bessere Schule"
Das 10-Punkte-Papier der GEW zur PISA-Studie

wiewardiewoche?

Andreas Suß, 42, Geschäftsführer der IG Bauen-Agrar-Umwelt in Hamburg, hat sechs bulgarische Bauarbeitern, die zu Stundenlöhnen zwischen 1,84 Mark und 4,15 Mark arbeiten sollten, Kirchenasyl vermittelt. Erst auf massiven öffentlichen Druck hin haben die bulgarischen Arbeiter statt der zunächst drohenden Abschiebung 24 000 Mark an ausstehenden Löhnen erhalten, um die sie geprellt werden sollten.

Der erste Hinweis auf die sechs bulgarischen Bauarbeiter kam von Kollegen der GdP: Die Bulgaren saßen im Hamburger Polizeipräsidium fest. Sie sollten abgeschoben werden, weil sie sich dagegen gewehrt hatten, zu Stundenlöhnen zwischen 1,84 Mark und 4,15 Mark zu arbeiten statt den vorgeschriebenen Mindestlohn von 13,67 Mark netto zu erhalten. Um trotzdem für Kontrollen der Baustelle gewappnet zu sein, hatte ihr Arbeitgeber, die Universal Design Implex GmbH, von ihnen verlangt, die ordnungsgemäße Entlohnung schriftlich zu quittieren. Als sich die Kollegen weigerten, wurde ihnen fristlos gekündigt. Gleichzeitig hat die Implex GmbH die bulgarischen Kollegen aufgefordert, unverzüglich die Bundesrepublik zu verlassen, weil auf Grund der Kündigung auch die Aufenthaltserlaubnis erloschen sei. Das ist die moderne Form der Sklaverei, die an Deutschlands Baustellen inzwischen gang und gäbe ist.

Ganze 200 Mark Handgeld hatten die Bulgaren bis zu diesem Zeitpunkt als Lohn erhalten. Und das nach zum Teil zwei Monaten Arbeit. Wären die Kollegen sofort nach Bulgarien abgeschoben worden, hätten sie ihre Lohnforderungen abschreiben können. Denn die Chancen, von Sofia aus gegen dieses Unrecht vorzugehen, sind faktisch gleich null.

Dass die sofortige Abschiebung verhindert werden konnte, ist nicht nur den Kollegen der GdP zu verdanken, sondern auch der Kirchengemeinde Borgfelde. Sie hat den Bauarbeitern Kirchenasyl gewährt. Gleichzeitig wurde die Abschiebung für zwei Wochen ausgesetzt. Diese Zeit haben wir genutzt, um für die Kollegen zumindest den größten Teil der ausstehenden Löhne von insgesamt fast 35 000 Mark einzutreiben. Kein leichtes Unterfangen, denn der Auftrag für die Arbeiten am „Berliner Bogen" war in einer Kette von Subunternehmen vergeben. Eigentlicher Auftragnehmer ist als Generalunternehmer die Imbau in Hamburg. Sie hatte den Auftrag an die Münchener Trockenbau GmbH weitergereicht, von da aus war er an die Universal Design Implex GmbH in Sofia gegangen. Und alle wollen verdienen.

Aber der öffentliche Druck, den die IG BAU gemacht hat, hat geholfen: Am vergangenen Dienstag hat die Imbau vorab 24 000 der geforderten 34 785 Mark gezahlt. Und am Freitag, als wir die Kollegen in den Bus nach Sofia gesetzt haben, konnten wir ihnen auch die Rückfahrtkosten von 1320 Mark überreichen. Ende gut, alles gut? Leider nein. Denn so lange die Auftragsvergabe in einer Kette von Subunternehmen zu Subsubunternehmen verläuft, werden wir immer wieder mit solchen Sklavenarbeitsverhältnissen konfrontiert werden. Wer saubere Baustellen will, muss die bestehenden Löhne akzeptieren. Deshalb ist es gut, dass in Hamburg inzwischen die Staatsanwaltschaft ermittelt. Ohne den Mut der bulgarischen Kollegen wäre es dazu nicht gekommen.

geplant... beschlossen

Der DGB-Haushalt 2002 soll Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 288,5 Millionen Mark (147,5 Millionen Euro) umfassen. Das sind 7 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Der Etat erhöht sich damit trotz sinkender Mitgliederzahlen erstmals seit zehn Jahren. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB (GBV) dem Bundesvorstand vorgeschlagen.

Weihnachtsgeld

ver.di klärt auf

Trotz Konjunkturdelle ist das Weihnachtsgeld nach Angaben der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) sicher. Soweit der Anspruch auf tariflichen Regelungen beruhe, sei eine Einstellung der Zahlung durch den Arbeitgeber unzulässig. Auch ein so genannter freiwilliger Verzicht des Arbeitnehmers auf das tariflich vereinbarte Weihnachtsgeld sei nicht möglich. Unter der Überschrift „Wie sicher ist das Weihnachtsgeld?" hat ver.di die geltende Rechtslage detailliert dargestellt.

Faxabruf 0211/43 01 659

Tarifjahr 2001

Magere Ausbeute

Die Tariferhöhungen 2001 haben „nur mit Mühe" die Preissteigerung von rund 2,5 Prozent ausgeglichen. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in seiner Tarifbilanz 2001. Die für das zu Ende gehende Jahr vereinbarten Abschlüsse bewegten sich zwischen 1,6 und 2,8 Prozent. Belastet worden sei die Tarifrunde in vielen Wirtschaftsbereichen durch die zweijährigen Tarifabschlüsse des Vorjahres mit ihren „zumeist bescheidenen Tariferhöhungen".

in eigener Sache

Dass die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus ihrem Fraktionsmitglied Walter Kaczmarcyk nahe gelegt hat, auf das Arbeitslosengeld zu verzichten, das er per Gericht für die Zeit erstritten hat, in der er im Abgeordnetenhaus saß, war der Redaktion im letzten *einblick* ein „plus" wert. Nicht so dem DGB-Rechtsschutzsekretär Robert Nazarek. Der hatte nämlich den PDS-Abgeordneten erfolgreich vor Gericht vertreten. Seine Begründung: Die Berliner Abgeordneten seien nur „Teilzeitparlamentarier" mit niedrigen Diäten. Sie müssten vormittags einer regulären Arbeit nachgehen. Zudem hätten die Ansprüche auf Arbeitslosengeld gesichert werden müssen, falls die Wiederwahl scheitert.

Ab 2002 rollt der Euro. In der Grafik „Steuern: Staat begünstigt Unternehmer immer mehr" (*einblick* 21/01, Seite 8) haben wir das übersehen. Die Entwicklung der Arbeitnehmer- und der Unternehmersteuern 1999 – 2002 war dort bereits in Euro angegeben, aber noch mit „DM" bezeichnet. An der Aussage ändert sich nichts: Auch Rot-Grün betreibt Umverteilung von unten nach oben.

Ausweitung der Rentenversicherungspflicht

Die Vorteile überwiegen

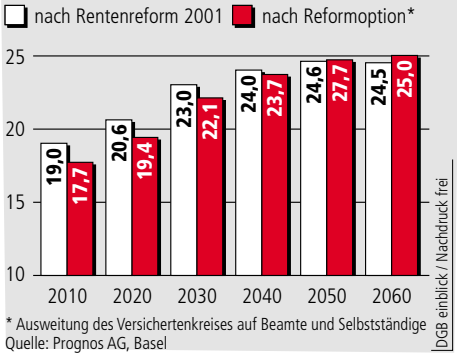
Die vom DGB und den Gewerkschaften „mittelfristig" angestrebte Ausweitung der Rentenversicherungspflicht „auf alle Erwerbspersonen" ist eine durchaus sinnvolle Reformoption. Die Einbeziehung der Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung bringt mehr Vor- als Nachteile. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebene Studie der Baseler Prognos AG.

Die Vergrößerung des Versichertenkreises würde die beitragspflichtige Bemessungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) beträchtlich ausweiten: Je mehr Versicherte, desto kräftiger klingelt es in der Rentenkasse. Den Mehreinnahmen stünden zunächst keine nennenswerten Mehrausgaben gegenüber: Zusätzliche Beitragszahler lösen ihre Rentenansprüche erst mit erheblicher Zeitverzögerung ein.

Die Erweiterung der Bemessungsbasis bewirkt im – angenommenen – Einführungsjahr 2003 eine drastische Absenkung des Beitragssatzes zur GRV um 1,7 Prozentpunkte. Dieser „Primärimpuls" (Prognos) führt – dank Rentenanpassungsformel – zu einer deutlichen Rentenerhöhung und mindert den Bundeszuschuss zur Rente. Die so initiierte Absenkung der Versicherungsbeiträge wirkt zwar nicht auf Dauer, aber bis zum Jahr 2020 beträgt der Vorteil der Reformoption immerhin 1,2 und im Jahr 2030 noch 0,9 Prozentpunkte. Das Blatt wendet sich erst um 2050, dann wäre die Beitragsbelastung ungefähr gleich groß. Erst 2060 führten die höheren Rentenausgaben auch zu höheren Beitragssätzen.

Langfristiger Nutzen

Entwicklung der Rentenbeiträge
(in Prozent vom Bruttoeinkommen)



* Ausweitung des Versichertenkreises auf Beamte und Selbstständige
Quelle: Prognos AG, Basel

Wenn auch Beamte und Selbstständige rentenversicherungspflichtig würden, wäre bis 2050 der Beitragssatz niedriger.

Prognos hat nicht nur die Auswirkungen der Reformoption auf die Finanzen der GRV untersucht, sondern auch deren Verteilungswirkung. Eindeutige Verlierer wären die Beamten. Ihre real verfügbaren Einkommen fielen 2010 um 7,5 Prozent und 2060 um 9,6 Prozent niedriger aus; für die Selbstständigen lauteten die Vergleichszahlen minus 1,3 (2010) und minus 4 (2060). Umverteilungsgewinner der Reformoption wären die Arbeiter und Angestellten, weil ihre Abgabenbelastung durch die Einbeziehung der Beamten und Selbstständigen in die GRV dauerhaft abnähme. Auch bestimmte Geburtsjahrgänge profitierten davon: Während zu den Gewinnern der Rentenreform 2001 (Absenkung des Rentenniveaus und Einführung der Förderrente) die Jahrgänge ab 1971 zählen, würden durch die Rentenoption bereits die ab 1962 Geborenen begünstigt, d.h. fast zehn Jahrgänge würden von Verlierern zu Gewinnern.

Juristisch dürfte die Einbeziehung der Beamten in die GRV nicht unproblematisch sein, weil sie im Widerspruch zu den verfassungsrechtlich geschützten Grundsätzen des Berufsbeamtentums steht. Die Modellannahmen von Prognos sehen zwar einen weitgehenden Vertrauensschutz für jetzt aktive Beamte vor; letztlich laufen sie aber auf eine Abschaffung des Berufsbeamtentums hinaus. Noch größer als die juristischen dürften die politischen Probleme sein, denn die Beamten besitzen eine einzigartig starke Lobby: Was immer zu ihren Lasten gehen sollte, müsste von Beamten vorbereitet und von – in Sachen Altersversorgung – ihnen gleichgestellten Politikern entschieden werden. •

„Reformoptionen für die gesetzliche Rentenversicherung"
Prognos-Studie AG
(136 Seiten, 15€)
Bestellung: Der Setzkasten,
Fax 0211/408 00 80

Modellannahmen

Die Prognos-Simulation geht davon aus, dass ab 2003 Beamte und Selbstständige rentenversicherungspflichtig werden. Und zwar alle derzeit aktiven Beamten im selben Umfang wie die Arbeiter und Angestellten; die Selbstständigen aber nur, insofern sie jünger als 50 Jahre sind, und dann auch nur mit einer Beitragsleistung entsprechend dem halben Durchschnittsentgelt der abhängig Beschäftigten. Außerdem wird angenommen, dass für alle aktiven Beamten im Alter die gesetzliche Rente vom Staat auf das frühere Niveau der Beamtenversorgung angehoben wird. Nur die künftigen, noch nicht aktiven Beamten erhalten eine gesetzliche Rente wie die Arbeiter und Angestellten.

Renten-News

Die Verbraucher können 2002 zwischen mehreren tausend neuen Produkten zur privaten Altersvorsorge wählen. Beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) in Bonn sind bis Ende November knapp 3500 Zertifizierungsanträge eingegangen. Erhalten sie erwartungsgemäß den BAV-Stempel, sind diese Rentenversicherungen, Fonds- und Banksparpläne riesterfähig.

Fondsgesellschaften können im milliardenschweren Geschäft mit der Riesterrente Kunden mit hohen Einmalzahlungen zu Beginn der Auszahlungsphase locken. Das BAV hat Musterverträge gebilligt, wonach maximal 20 Prozent des bis zum Auszahlungsbeginn gebildeten Kapitals auf einen Schlag ausgezahlt werden können. Der Nachteil: Diese Summe muss voll versteuert werden, der Fiskus schlägt also kräftiger zu.

Pensionsfonds erhalten voraussichtlich völlige Freiheit bei der Wahl ihrer Anlagestrategie. Sie können bis zu 100 Prozent ihres Kapitals in Aktien anlegen. Über die Mischung der Anlageformen entscheiden allein die Betreiber des Fonds. Das sieht der Entwurf der „Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Pensionsfonds" vor, dem der Bundesrat noch zustimmen muss.

PROJEKTE UND PARTNER

VDR-Ratgeber

Wegweiser zur Förderrente

Ein flotter 70-jähriger im roten Cabrio ziert den Buchtitel. Das ist das einzig Schmucke am dickleibigen „Ratgeber zur Altersvorsorge", den Fachleute des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) und Steuerexperten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young herausgegeben haben. Auf mehr als 400 eng bedruckten Seiten werden die gesetzliche, die betriebliche und die private Rentenversicherung im Allgemeinen und die Förderrente im Besonderen dargestellt. Systematisch, übersichtlich und detailgenau. Zustande gekommen ist ein kenntnisreicher Führer durch den Rentendschungel. Vor allem geeignet für Berater sowie Betriebs- und Personalräte. •

„Ratgeber zur Altersvorsorge", Stollfuß Verlag, Bonn, Berlin, 416 Seiten, 29,20 Euro

Broschüre

Leben und lernen in Euroland

Tipps zum „Leben, lernen und arbeiten in Europa" gibt das Bundesarbeitsministerium in einer druckfrischen Broschüre. Das kostenlose Heft ist ein Wegweiser zu den verschiedenen Förderprogrammen der Europäischen Union. Es erleichtert mit weiterführenden Post- und Internetadressen die Planung eines längeren Aufenthalts im europäischen Ausland. •

Universum Verlagsanstalt
Taunusstraße 54
65183 Wiesbaden
Fax 0611 / 90 30 556

Nord-Süd-Netz

Spenden für den Süden

Wer den Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen in der Dritten Welt unterstützen will, ist beim Nord-Süd-Netz des DGB richtig. Der Arbeitskreis hilft beispielsweise dem brasilianischen Gewerkschaftsbund bei der Durchsetzung von ArbeitnehmerInnenrechten, berät ausgebeutete Hausangestellte in Südafrika beim Aufbau einer Gewerkschaft und schult im ehemaligen Apartheidstaat GewerkschafterInnen. Mehr Infos unter www.nord-sued-netz.de •

Nord-Süd-Netz, Projekte
SEB Bank AG Düsseldorf
BLZ 300 101 11
Konto 101 600 9300

Arbeit und Leben

Jugendseminare im neuen Jahr

„Terror und Extremismus – Wie können junge Menschen konstruktiv Position beziehen?" Die Teilnahme an diesem Seminar vom 25. Februar bis 1. März 2002 in Oberhausen kostet 55 Euro. Rund 90 Veranstaltungen hat der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben von DGB und Volkshochschulen in sein Bildungsprogramm „Jugendseminare 2002" gepackt. •

Arbeit und Leben
Fax 0211 / 43 01 103
bildung@arbeitundleben.de

„111 Tipps zu Sozialleistungen" ist ein Wegweiser durch das komplizierte Geflecht von Hilfen und Unterstützungen, die besonders Menschen mit niedrigem Einkommen zustehen. Dieser neue DGB-Ratgeber ermutigt dazu, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen – gerade weil das häufig als soziales Schmarotzertum diffamiert wird. Das Buch ist im Bund-Verlag Frankfurt/M. erschienen, hat 175 Seiten und kostet 9,90 Euro. Derselbe Autor, Rolf Winkel, hat einen weiteren, sehr empfehlenswerten Ratgeber geschrieben: „Beste Tipps Sozialhilfe" (Bund-Verlag, 135 Seiten, 8,90 Euro). Hier geht es nicht so sehr um die Gegenwehr gegen staatliche Zumutungen; das wichtigste und dickste Kapitel trägt den Titel „Perspektiven raus aus der Sozialhilfe".

DGB-Jugend

Volles Programm

Die Zukunft des Friedensprozesses im Nahen Osten diskutieren die TeilnehmerInnen einer „Deutsch-israelischen Fachtagung" im Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Die Veranstaltung am 31. Januar und 1. Februar ist Auftakt für rund 50 Seminare im kommenden Jahr. Details verrät das „Seminarprogramm 2002". •

Haus der Gewerkschaftsjugend
Fax 0 61 71 / 59 03 27
info@hdgj.de

Bund-Verlag

„werden" 2001/ 2002 erschienen

Kritische Beiträge rund um Arbeitswelt und Gewerkschaften bündelt die 44. Ausgabe von „werden – Jahrbuch für die deutschen Gewerkschaften" (330 Seiten, 6 Euro). Unter den 46 AutorInnen ist reichlich Prominenz: Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte schreibt über die Reform des Gewerkschaftsbundes, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske resümiert die Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft und Wirtschaftsprofessor Jörg Huffschmid plädiert für eine neue Beschäftigungspolitik in Europa. •

FMS Fach-Media-Service
Fax 0 61 72 / 67 05 36

DGB-Bildungswerk NRW

Studienreisen ins Ausland

Allgemein- und betriebspolitische Themen stehen im Mittelpunkt des Seminarprogramms „Bildungsurlaub 2002" des DGB-Bildungswerks NRW. Neben zahlreichen Veranstaltungen in der Region werden auch Studienreisen ins nahe Ausland organisiert. Geplant sind ein Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg (2. – 7. Juni, 345 Euro) und eine Fahrt nach Prag (7. – 14. April, 420 Euro). •

DGB-Bildungswerk NRW
Fax 0211 / 36 83 161
www.dgb-bildungswerk-nrw.de

interregio

••• Die Herbert-Wehner-Medaille des ***ver.di-Landesbezirks Hamburg*** ist dem ***„Bündnis gegen Neonazis"*** aus Elmshorn verliehen worden. Das Bündnis tritt mit Aktionen wie der „Move gegen Rechts"-Parade immer wieder gegen fremdenfeindliche Aktivitäten in Elmshorn und Umgebung ein. Entgegengenommen wurde die Auszeichnung von Uwe Zabel, dem 1. Bevollmächtigten der IG Metall-Verwaltungsstelle Unterelbe, die Mitglied des Bündnisses ist. Der mit 5000 Mark dotierte Preis wird alle zwei Jahre verliehen. In diesem Jahr ging er zu gleichen Teilen an das Elmshorner Bündnis und die Kirchengemeinde Mümmelmannsberg. ••• Die ***DGB-Jugend NRW*** und die Landesschülervertretung wollen ihre ***Kooperation*** im Rahmen des Modellprojekts „Selbstständige Schule" vertiefen. Das Projekt des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums will Schulen mehr Eigenverantwortung in Bereichen wie Unterrichts- oder Personalplanung übertragen. Die DGB-Jugend sieht dabei auch Möglichkeiten für eine stärkere Beteiligung von Schülerinnen und Schülern. Mehr Infos: Ralf Woelk, ralf.woelk@dgb.de

ver.di-Projekt: Aufwertung von Frauentätigkeiten

Soziale Kompetenz zahlt sich nicht aus

Trotz gleicher Voraussetzungen werden typische Frauen- und Männerberufe tariflich unterschiedlich eingeordnet. Das Modellprojekt „Diskriminierungsfreie Bewertung von (Dienstleistungs-)Arbeit", im Sommer 2000 von ÖTV und Stadt Hannover gestartet, liefert dafür Belege. Und es zeigt auch, wie Diskriminierung in Tarifverträgen abgebaut werden kann.

Die Ursachen für die geringeren Verdienste von Frauen sind vielfältig: das andere Berufswahlverhalten, mangelnde Aufstiegschancen, Brüche in den weiblichen Berufskarrieren, der höhere Anteil weiblicher Teilzeitbeschäftigter. Dass auch die gegenwärtig zur Arbeitsbewertung verwendeten Verfahren Frauentätigkeiten unterbewerten, ist eine Erkenntnis, die sich erst allmählich durchsetzt. Arbeitsbewertung galt lange Zeit als geschlechtsneutral, schließlich würde die Tätigkeit bewertet und nicht die Person, die sie ausübt. Da die Ausgestaltung von Arbeitsbewertungsverfahren in der Regel auf tariflicher Ebene erfolgt, ist sie Aufgabe der Tarifparteien. In die Pflicht genommen werden sie dabei unter anderem von der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, der Kriterien für diskriminierungsfreie Entgeltsysteme aufgestellt hat.

Diesen Kriterien genügt auch der Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) nicht. Das ergab bereits ein Gutachten, das die ÖTV 1997 in Auftrag gegeben hatte. „Zahlreiche Tarifverträge in der Bundesrepublik entsprechen weder dem EU-Recht noch der nationalen Gesetzgebung zur Lohngleichheit", stellte Bundesfrauenministerin Christine Bergmann auf der DGB-Bundesfrauenkonferenz fest. Dabei mangele es nicht an analytischen Verfahren und Konzepten für diskriminierungsfreie Entgelt-Tarife.

Eines dieser Verfahren ist ABAKABA. Das ist keine Zauberformel, sondern steht für „Analytische Bewertung von Arbeitstätigkeiten nach Katz und Baitsch" und wurde 1996 in der Schweiz entwickelt. Mit Hilfe von ABAKABA haben ÖTV und Stadt Hannover in ihrem empirischen Vergleichsprojekt die tariflichen Bewertungsmaßstäbe typischer Männer- und Frauenberufe im öffentlichen Dienst untersucht. Ziel war auch, Kriterien zu ermitteln, mit denen verschiedene Tätigkeiten vergleichbar bewertet und Tarifverträge diskriminierungsfrei gestaltet werden können.

Die Studie überprüfte die Bewertungsmaßstäbe auf mögliche Benachteiligungen: Wird etwa körperlicher Einsatz anders bewertet als psychischer Stress? Eine paritätisch besetzte Kommission bewertete die Tätigkeiten anhand eines Punktesystems und auf Basis einer von den Beschäftigten erstellten Arbeitplatzbeschreibung neu. „Die bislang angewandten Bewertungskriterien werden den typischen Frauentätigkeiten nicht gerecht. So verlangen personenbezogene und soziale Dienstleistungen, etwa in der Pflege, den Beschäftigten zwar soziale Kompetenz ab, sie werden bei der Bewertung aber nicht honoriert", fasst ver.di-Expertin Petra Ganser zusammen.

Den Handlungsbedarf haben inzwischen Gewerkschaften wie öffentliche Arbeitgeber erkannt. So will jetzt auch das Bundesinnenministerium den BAT auf geschlechtsspezifische Diskriminierungen hin überprüfen. •

?...nachgefragt

Wie setzt ver.di die Erkenntnisse zur diskriminierungsfreien Bewertung von Arbeit um? Petra Ganser, 42, ist Referentin in der Abteilung Tarifpolitische Grundsatzfragen beim ver.di-Bundesvorstand und Gender-Beauftragte für Tarifpolitik.

Die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst (BTK) ist sich einig, dass die Ergebnisse genutzt werden müssen, um geschlechtsspezifische Diskriminierung in Tarifverträgen abzubauen. Es wurde eine Arbeitsgruppe installiert, die bis zum Frühjahr exemplarisch erarbeiten soll, wie Tarifverträge unter Gender-Gesichtspunkten aussehen müssen.
Die Ergebnisse des Vergleichsprojektes werden auch in den begonnenen Diskussionsprozess mit den öffentlichen Arbeitgebern über diskriminierungsfreie Bewertung von (Dienstleistungs-)Arbeit sowie in die Verhandlungen zur Modernisierung des öffentlichen Tarifrechts und zur BAT-Reform einfließen.
Unter Einbeziehung der Erfahrungen und Projekte aller in ver.di verschmolzenen Gewerkschaften wollen wir Grundlagen für eine gendersolidarische Tarifpolitik entwickeln. Wir arbeiten zur Zeit an einer Checkliste zur Überprüfung von Tarifkonzepten, Verhandlungsergebnissen und Tarifverträgen auf Diskriminierungsfreiheit. Sie soll VerhandlungsführerInnen und Mitgliedern von Tarifkommissionen helfen, mittelbare Diskriminierung bereits im Vorfeld von laufenden Tarifverhandlungen zu minimieren oder ganz auszuschließen.

Lohngleichheit in 178 Jahren

Im Auftrag des Bundesfrauenministeriums hat die Hans-Böckler-Stiftung erstmals einen umfassenden Lohngleichheitsbericht erstellt. Anfang 2002 soll er veröffentlicht werden.

Erste Ergebnisse stellte Ministerin Christine Bergmann (SPD) auf der DGB-Bundesfrauenkonferenz Ende November in Berlin vor. Danach erhalten im Westen Frauen im Schnitt 75 Prozent der Gehälter von Männern in vergleichbaren Tätigkeiten, im Osten 94 Prozent.

Je qualifizierter die Arbeit ist, umso größer sind die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede. „Wenn sich am Tempo der Annäherung von Frauen- und Männergehälter nichts ändert", so Bergmann, „haben wir im Westen Lohngleichheit in 178 Jahren, im Osten in 31 Jahren erreicht".

Der Projektbericht „Diskriminierungsfreie Bewertung von (Dienstleistungs-)Arbeit" ist zum Preis von 14 DM zzgl. Verpackungs- und Portokosten bei der Union-Druckerei, Frankfurt/M., zu beziehen. Bestell-Nummer 1141801 Fax 069 / 79 52 242

kurz&bündig

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat sich für die – vom Bundeskartellamt aus Wettbewerbsgründen abgelehnten – Fusionen von Aral und BP sowie RWE/DEA mit Shell eingesetzt. Ohne weitere Zusammenschlüsse könnten sich die deutschen Mineralölfirmen nicht im Wettbewerb behaupten.

Die GdP fordert eine stärkere Beteiligung der Wirtschaft an der Stiftung „Deutsches Forum für Kriminalprävention" (DFK). Bisher hätten sich für die im Juni ins Leben gerufene Stiftung neben dem Bund, den meisten Bundesländern erst 16 private Stifter gefunden, kritisiert die GdP.

Der DGB und die Umweltverbände BUND und Deutscher Naturschutzring (DNR) haben sich für eine europaweite Angleichung der Energiebesteuerung ausgesprochen. Viele EU-Staaten hätten „ähnliche Ökosteuern wie Deutschland". Bundeskanzler Schröder müsse sich bei „unentschlossenen Mitgliedsstaaten" für die Einführung einer Energiesteuer einsetzen.

Die IG Metall will multinationale Unternehmen mit Hauptsitz in Deutschland vertraglich zur weltweiten Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen verpflichten. Die Firmen sollen auf Zwangs- und Kinderarbeit bei der Herstellung ihrer Produkte verzichten.

DGB-Jugendbildungsreferenten

Fünf-Jahres-Verträge geplant

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) will die befristeten Arbeitsverträge der JugendbildungsreferentInnen von zwei auf fünf Jahre verlängern. Geplant ist, dazu eine Vereinbarung mit dem Gesamtbetriebsrat abzuschließen.

Seit einigen Jahren erhält ein Großteil der neu eingestellten JugendbildungsreferentInnen nur noch auf zwei Jahre befristete Arbeitsverträge. Die DGB-Jugend kritisiert diese Einstellungspraxis seit langem, da sie die Kontinuität der gewerkschaftlichen Jugendarbeit gefährde. So würden die Stellen teilweise nur verzögert wieder besetzt, außerdem sei die Attraktivität befristeter Stellen gering. Dem hält der DGB-Vorstand entgegen, dass die Richtlinien für die öffentliche Förderung dieser Stellen nur Befristungen zuließen und unbefristete Einstellungen die Überalterung der Jugendsekretäre zur Folge haben könnten. Im Sinne einer langfristig angelegten Jugendarbeit reicht für die DGB-Jugend die Verlängerung aber nicht aus. Auf der DGB-Bundesjugendkonferenz in Berlin haben deshalb die Delegierten ihre Forderung nach Entfristung der Stellen von JugendbildungsreferentInnen erneuert. •

DGB-Jugend

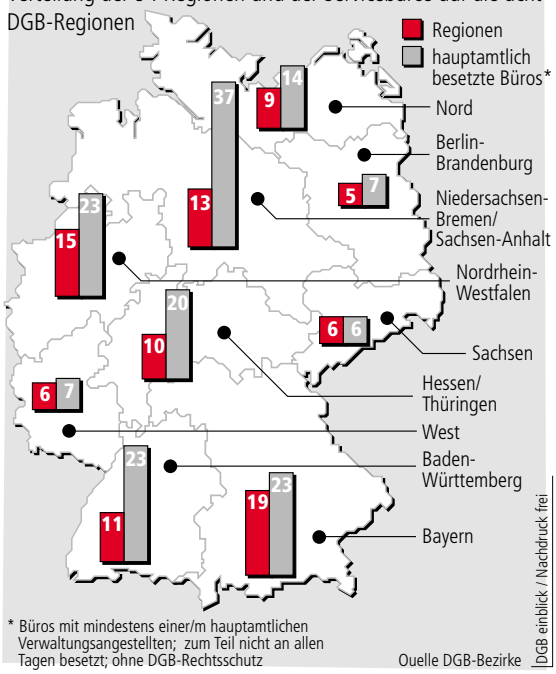
Mitglied bei attac

Die Gewerkschaften sollten ihre Unabhängigkeit gegenüber den Parteien klarstellen und sich wieder stärker an außerparlamentarischen Bewegungen beteiligen. Das haben die Delegierten der DGB-Bundesjugendkonferenz gefordert. Die DGB-Jugend müsse sich „stärker aktiv in die Debatte um die Globalisierung einbringen", so Claudia Meyer, DGB-Bundesjugendsekretärin. Als ein erster Schritt wurde auf der Konferenz beschlossen, dass die DGB-Jugend dem globalisierungskritischen Netzwerk attac beitritt. •

Die Gewerkschaften wollen die Folgen der Globalisierung zum zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung des kommenden Jahres machen. Wenn am 1. Mai 2002 in zahlreichen Städten mehrere hunderttausend Menschen unter der Forderung „die Globalisierung gerecht gestalten" auf die Straße gehen, werden deren Folgen auch in Deutschland stärker zu spüren sein: Dann ist der Euro bereits vier Monate als Währung eingeführt.

Das neue Profil des DGB

Verteilung der 94 Regionen und der Servicebüros auf die acht DGB-Regionen

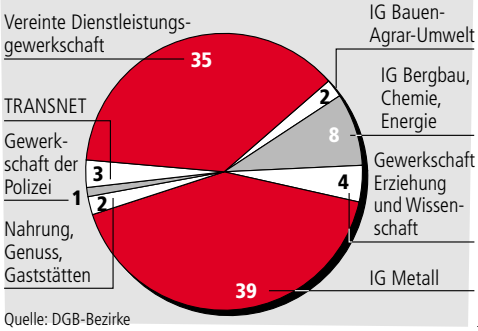


* Büros mit mindestens einer/m hauptamtlichen Verwaltungsangestellten; zum Teil nicht an allen Tagen besetzt; ohne DGB-Rechtsschutz

Quelle DGB-Bezirke

IG Metall und ver.di stellen 80 Prozent

Vorsitzende der DGB-Regionen nach Gewerkschaftszugehörigkeit



Quelle: DGB-Bezirke

Wenn am 17. Dezember der DGB-Landesbezirk NRW formal beschließt, dass der DGB Aachen den Namen „Region NRW Süd-West" erhält, ist auch die letzte Hürde genommen: Neun Jahre nach dem Start der Organisationsreform ist mit der Umwandlung der zuletzt 139 DGB-Kreise in 94 Regionen der erste Schritt zum Umbau des DGB beendet. Im Februar folgt mit der Zusammenlegung und Umbenennung der derzeit 12 DGB-Landesbezirke zu 9 Bezirken der zweite Schritt.

Im Faxabruf: 0211 / 43 01 667; Im Internet: www.einblick.dgb.de *Name und Anschrift aller 94 DGB-Regionen, der 163 Servicebüros in den Regionen und der neu gewählten Regions-Vorsitzenden*

Sicherheitspaket II

Gefährliche Nebenwirkungen

Drei Tage vor Weihnachten, am 21. Dezember 2001, will der Bundesrat über das von Innenminister Otto Schily (SPD) vorgelegte „Sicherheitspaket II" entscheiden. Das Gesetz, mit dem die Bundesregierung Terroranschläge wie in New York verhindern will, ist auf massive Kritik gestoßen. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske warnt vor einer drohenden Verschärfung der bereits im Regierungskompromiss vorgesehenen Eingriffe in die individuellen Grundrechte.

Foto: Jürgen Seidel

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, 49, fürchtet, dass die Antiterrorgesetze in vielen Branchen zur flächendeckenden Überprüfung der ArbeitnehmerInnen führen.

Maßnahmen zur Abwehr von Terrorismus dürfen den Rechtsstaat und die Offenheit unserer Gesellschaft nicht gefährden. Es gilt abzuwägen zwischen dem effektiven Kampf gegen den Terrorismus und der Verteidigung der Rechte der Bürger. Weil grundlegende Rechte auf der Strecke zu bleiben drohten, gab es massive Kritik am Gesetzesvorhaben der Bundesregierung. Als Reaktion darauf verzichtet die Regierungskoalition auf die ursprünglich vorgesehene Erweiterung der Befugnisse des Bundeskriminalamtes zur Ermittlung ohne Anfangsverdacht. Und die Ermächtigung zur Aufnahme maschinenlesbarer „biometrischer" Merkmale in Ausweisen ist mit dem Verbot der Speicherung zu anderen Zwecken als der Identitätsfeststellung versehen worden.

ver.di begrüßt die von den Grünen durchgesetzten Entschärfungen des Sicherheitspaketes: In einem demokratischen Rechtsstaat darf es **keine verdachtsunabhängigen Ermittlungen** des Bundeskriminalamtes geben, ebenso wenig wie Kontenüberwachungen durch den Verfassungsschutz ohne parlamentarische Kontrolle. Staatsanwälte und Richter müssen wirksam kontrollieren können, welche Maßnahmen angemessen sind.

Wir schließen uns der Meinung der Bürgerrechtsorganisationen an, dass der Staat beweis- und darlegungspflichtig dafür ist, dass jede einzelne Maßnahme geeignet ist, dem vorgegebenen Zweck der Terroristenabwehr zu dienen, dass Polizei und Verfassungsschutz nachweislich keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, die unsere Grundrechte verletzen, und dass staatliche Maßnahmen nicht unverhältnismäßig in die Rechte Einzelner eingreifen.

Auch in der modifizierten Form enthält der Gesetzentwurf noch Regelungen, die zur Terrorismusbekämpfung wenig geeignet sind, aber **erhebliche Eingriffe in Grundrechte** vorsehen. Das gilt z.B. für die Ausweitung der Geheimdienstbefugnisse, die das Gebot der Trennung von Geheimdiensten und Polizei weiter durchlöchert. Das gilt vor allem für die Überprüfung von Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen. Wir befürchten, dass mit dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz, das die sicherheitsempfindlichen Stellen definieren soll, eine unabsehbare und tendenziell unbeschränkte Zahl von ArbeitnehmerInnen einer Überprüfung durch den Verfassungsschutz unterzogen wird. Notwendig ist deshalb eine unverzügliche Konkretisierung, welche Beschäftigten wirklich in „besonders sensiblen Stellen" arbeiten. Eine Überprüfung aller Beschäftigten lehnen wir ab. Ein demokratischer Staat zeichnet sich eben nicht dadurch aus, dass er alle BürgerInnen generell unter Verdacht stellt, sondern dadurch, dass er in einer schwierigen Situation **die demokratischen Freiheitsrechte wahrt.**

Verantwortungsvolle Politik darf nicht in blindem Aktionismus ausarten, sondern muss die Beseitigung der Defizite beim Vollzug der geltenden Gesetze durch die unzureichende personelle und technische Ausstattung der Polizei anpacken. Mit einer besseren Ausstattung wären die Sicherheitsbehörden ein gutes Stück weiter. ver.di kritisiert zudem das Tempo, mit dem die Sicherheitspakete durch den Bundestag gebracht werden sollen. Gründliche Abwägung eines Gesetzgebungsverfahrens, zumal wenn es derart massiv in die Selbstbestimmungsrechte der Menschen eingreift, muss Vorrang haben.

Die vorgesehene Verschärfung des Ausländergesetzes, insbesondere durch die Einschränkung des Abschiebeschutzes, ist von einem Menschenbild geprägt, das in jedem Ausländer eine abzuwehrende Gefahr sieht. Ich halte dies für kontraproduktiv, gerade vor dem Hintergrund der im Zuwanderungsgesetz geforderten Integrationsanstrengungen. Einige Wochen nach dem Schock des 11. September dürfen wir es nicht zulassen, dass kollektive Verdächtigungen um sich greifen, dass Muslime gar unter Generalverdacht gestellt werden. Der Kampf gegen den Terrorismus darf nicht dazu führen, die Gegensätze zwischen den Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität zu vergrößern. Was wir benötigen, ist mehr Interesse für die unterschiedlichen Lebenswelten. Es geht eben nicht um einen „Kampf", sondern um ein **gegenseitiges Verständnis der Kulturen.** •

Countdown für Otto

Die Ablehnungsfront steht. Anders als bei der Frage, ob der Kampf gegen den Terrorismus auch den Einsatz militärischer Mittel einschließt, sind sich die Gewerkschaften diesmal einig: Die Bekämpfung des Terrorismus darf nicht zur Einschränkung demokratischer Grundrechte führen. Die Terrorabwehr darf nicht in eine flächendeckende Überprüfung ganzer Arbeitnehmergruppen münden. Die Verhinderung religiös motivierter Gewalttaten darf nicht zu einem Kampf der Kulturen führen.

Aber die Akzente in dieser Auseinandersetzung setzen andere. Wenn am 21. Dezember der Bundesrat über das von Innenminister Otto Schily (SPD) vorgelegte Sicherheitspaket berät, geht es nicht mehr um die Frage, ob die Sicherheitsgesetze verschärft werden, sondern nur noch darum, ob sich die Verschärfungen im Rahmen des von den Regierungsparteien verabschiedeten Kompromisses bewegen. Oder ob sich die CDU/CSU mit ihrer Forderung nach weitergehenden Einschnitten in die demokratischen Grundrechte durchsetzt.

Ein Teil der Gesetzesänderungen steht unter zeitlichem Vorbehalt. Sie gelten nicht auf Dauer. Das gibt den Gewerkschaften die Chance, auf deren schnelle Wiederabschaffung zu drängen.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

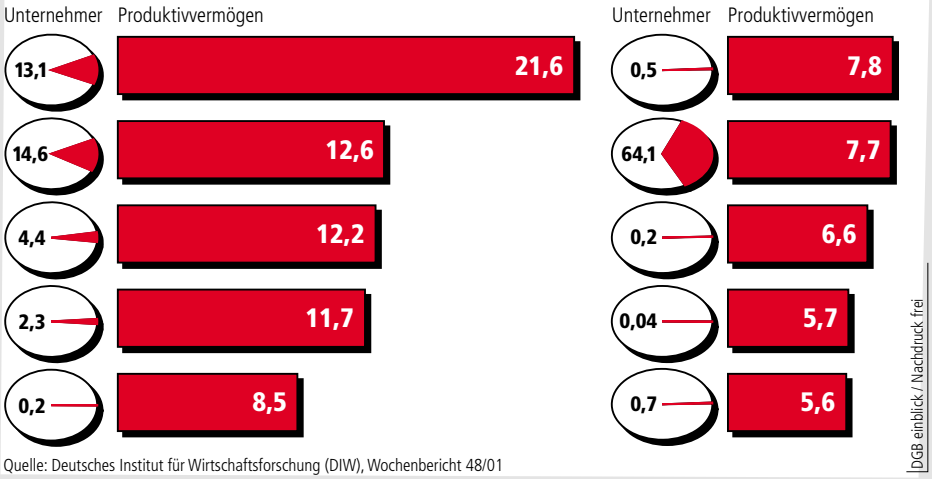
DIES & DAS

die DGB grafik

UNTERNEHMER-REICHTUM: Die wenigsten besitzen das meiste

Der wahre Reichtum liegt in den Händen weniger: Alle 3,5 Millionen Unternehmer in Deutschland besitzen ein Vermögen von 1,5 Billionen Mark, das jedoch nach DIW-Angaben krass unterschiedlich verteilt ist. So verfügen gut 64 Prozent der Unternehmer über nur 8 Prozent des Gesamtwerts. Am oberen Ende der Skala besitzen dagegen 8 Prozent der Unternehmer 42 Prozent des Produktivvermögens oder – zugespitzter – weniger als ein Prozent der Unternehmer verfügen über knapp 30 Prozent der Unternehmenswerte.

Verteilung des Produktivvermögens auf die Unternehmer (in Prozent)



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 48/01

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

••• ***Hubert Kummer,*** 45, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaft TRANSNET, ist ab dem 1. Januar Repräsentant der Deutschen Bahn AG beim Deutschen Bundestag, bei Parteien und Verbänden. Seine Funktion bei TRANSNET übernimmt zum 1. Februar ***Michael Klein,*** 34, Journalist beim FAZ Business-Radio Berlin.

••• ***Marika Briedigkeit,*** 30, Rechtsanwältin, ist seit dem 11. Dezember Referatssekretärin für Beamtenversorgung/Beihilfe des DGB. Sie folgt ***Ortrud Taube,*** 48, die Ende Oktober ausgeschieden ist.

••• ***Dr. Hans-Joachim Schabedoth,*** 49, Leiter der Grundsatzabteilung des DGB, wird Vertreter des DGB in der Steuerungsgruppe im Bündnis für Arbeit. Er übernimmt diese Funktion von ***Dr. Wolfgang Uellenberg-van Daven,*** 51.

••• ***Stephan Engelfried,*** 48, Pressesprecher der ÖTV Rheinland-Pfalz, zuletzt Leiter des ver.di-Fachbereichs Gemeinden, ist ab dem 1. Januar Pressesprecher des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz. Er folgt ***Dominique Bendel,*** 32, die den Bereich Frauenpolitik übernehmen wird.

••• ***Dr. Thomas Möhlmann-Mahlau,*** 33, Berater der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, ist seit dem 1. Dezember weiterer Geschäftsführer der Union-Druckerei in Frankfurt/M. Er ist für den kaufmännischen Bereich zuständig. ***Frank Zehetner,*** 41, übernimmt in der Geschäftsführung den Bereich Produktion.

35 TAGE

20.12. DGB Thüringen, Vorsicht, Euro-Falle, Perspektiven europäischer Beschäftigungspolitik, Erfurt

14.1. Jahrespressekonferenz des DGB, Berlin

19.1. Landeskonferenz DGB Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Tipp

Buch: ***Barbara Ehrenreich, Arbeit poor, Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft,*** *Verlag Antje Kunstmann, München 2001, 253 Seiten, 37 DM*

Die amerikanische Publizistin Barbara Ehrenreich hat im Selbstversuch erkundet, wie man von den Jobs im „Niedriglohnsektor" (über)leben kann. Sie arbeitete als Zimmermädchen, Serviererin und Verkäuferin bei Wal-Mart. Ehrenreich zeigt, wie schnell der Mut verloren geht, sich gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen zu wehren. Authentische Reportagen, die unter die Haut gehen.

Schlusspunkt

„Otto Schilys Anti-Terror-Gesetze passieren beinahe staatsstreichartig den Bundestag. Ich fühle mich als Bürger ziemlich verlassen."

Der ehemalige Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP) auf der ver.di-Konferenz „Sicherheit für Bürger – Sicherheit für die Demokratie" am 8. Dezember 2001 in Berlin

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.
Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des Verlags C.H. Beck bei.
Der nächste *einblick* erscheint am 21. Januar 2002